UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 00637731 1

772
1
55

# Amerikanische Wirtschaftspolitik.

Ihre ökonomischen Grundlagen,
ihre sozialen Wirkungen und ihre Lehren für die deutsche Volkswirtschaft.

Von

**Dr. Franz Erich Junge,**

Beratender Ingenieur, New York.

**Berlin.**
Verlag von Julius Springer.
1910.

LIBRARY
DEC 16 1970
UNIVERSITY OF TORONTO

HC
106
J8

Alle Rechte, insbesondere das der
Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten.

# Vorwort.

Zweck vorliegender Arbeit ist es, in der wirtschafts- und sozialpolitischen Literatur über die Vereinigten Staaten von Nordamerika eine bestehende Lücke auszufüllen. Wohl werden wir durch die Handelsblätter unserer großen Tageszeitungen über die neuesten Erscheinungen auf kommerziellem Gebiet, durch die Berichte des Reichsamtes des Innern über ebendiese Vorgänge älteren Datums und durch die statistischen Sammelwerke über die alljährlich festgestellten Ergebnisse der gesamten amerikanischen Wirtschaftsgebarung auf dem laufenden erhalten. Doch fehlte es bisher an einer einheitlichen Darstellung, welche auf Grund interner Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse die Grundlagen der nordamerikanischen Produktion: Natur, Arbeit und Kapital im Zusammenhange mit den übrigen Bedingungen staatlichen Wesens analysiert, kritisiert und, wo solches angängig, mit den entsprechenden Wirtschaftsfaktoren und Zuständen der alten Kulturländer, insbesondere Deutschlands, in Vergleich setzt. Wenn auch die vorliegende Untersuchung zu dem Schlusse kommt, daß eine wissenschaftliche Volkswirtschaftspolitik, d. h. eine Systematik der Maßnahmen, mit denen die Staatsgewalt behufs Wahrnehmung der Interessen der nationalen Allgemeinheit eine unmittelbare Einwirkung auf das Wirtschaftsleben des Volkes beabsichtigt, in Amerika nicht gut möglich ist, weil Gütererzeugung, -verbrauch, -umsatz, Arbeiterfürsorge usw. in der Union überwiegend sporadische Augenblicksmaßnahmen sind, die sich selbst regulieren, und weil eine weitsichtige dispositive und produktive Betätigung des Staates mangels genügenden Ansehens und zureichender Kompetenz der Regierung und mangels Bereitwilligkeit des Sammelvolkes, höherer Einsicht zu folgen, sich nur schwer durchsetzen läßt, so wird das Studium dieser Grundlagen doch vielfach nützlich sein, indem es die Überschätzung amerikanischer und die Unter-

schätzung deutscher Werte auf das richtige Maß zurückführt und die Vorteile sowie die Gefahren des Übergreifens des „Amerikanismus" auf die deutsche Volkswirtschaft offenlegt. Denjenigen Kritikern deutscher Zustände, welche im Hinblick auf das Land des praktischen Liberalismus Amerika und ohne tiefgehende Kenntnis der dortigen Verhältnisse, den monarchischen Gedanken, das Staatschristentum, die Züchtung der Vaterlandsliebe, die gesellschaftliche Staffelung, den Militarismus und andere geschichtlich begründete Entwicklungseigenheiten Deutschlands für alle bei uns bestehenden Übelstände verantwortlich halten und lediglich als die Mittel der herrschenden Klassen betrachten, um ihre eigensüchtigen Interessen zu fördern, die Unabhängigkeit der Gesinnung und des Charakters des freien Bürgertums zu vernichten, die selbständige Individualität zu brechen und die große Masse des Volkes zu wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft herabzudrücken — ihnen soll das vorliegende Buch den Beweis erbringen, daß in einem demokratischen Staatswesen mit den Eigenheiten Nordamerikas, wo alle historisch hemmenden Momente fehlen, wo Geographie, Geschichte und Regierungsform das freie Spiel aller Kräfte fördern, wo Persönlichkeit und Ich-Geist und Charakter sich schrankenlos entfalten können, daß dort im Laufe der Zeit nicht nur eine ähnliche Herrscherkaste sich entwickelt wie in den alten Kulturländern, sondern daß dieselbe die Entmündigung der Massen, die schroffe Betätigung ihres Erwerbstriebes auf Kosten der Allgemeinheit, die Untergrabung des politischen und wirtschaftlichen Ansehens der Nation und deren künftiger Gedeihlichkeit weit rücksichtsloser und verhängnisvoller betreibt, als die schärfste Kritik solches für das paternale Staatssystem Deutschlands nachzuweisen vermag. Der Umstand, daß die vorliegenden Schlüsse nicht das Ergebnis flüchtiger Reiseeindrücke, sondern das Resultat vieljähriger praktischer Studien eines werktätigen Gliedes der amerikanischen Industrie darstellen, dürfte dieselben der Aufmerksamkeit ernsthafter Kreise empfehlen, namentlich solcher, deren Interessen die ungeschminkte Erkenntnis des wirtschaftlichen Milieus der nordamerikanischen Union erfordern.

Berlin, im Oktober 1909.

**Der Verfasser.**

# Inhaltsverzeichnis.


Teil I. Seite

Wirtschaftspolitische Grundlagen . . . . . 1
Einwanderung und Rassenprobleme . . . . . 12
Volksstruktur und sozialer Gedanke . . . . . 28
Gesetzgebung, Rechtsprechung und exekutive Gewalt . . . . . 45

Teil II.

Bodenprobleme . . . . . 64
Mineralienerzeugung und Vergeudung . . . . . 75
Agrarprobleme . . . . . 91
Zukünftige Landverwertung . . . . . 102

Teil III.

Die Entwicklung von Arbeit und Lohn . . . . . 113
Organisationsbestrebungen und Arbeitslöhne . . . . . 122
Lehrlingswesen . . . . . 150
Soziale Schäden und Mißstände . . . . . 162

Teil IV.

Die Konzentration der Privatwirtschaft . . . . . 172
Wirkungen des Kapitalismus . . . . . 194
Konzentration und Technik . . . . . 216
Trusts und Zolltarif . . . . . 238
Politischer und wirtschaftlicher Imperialismus . . . . . 257
Zusammenfassung der Ergebnisse . . . . . 281
Anhang . . . . . 291

# Literaturverzeichnis.

United States Census Bulletins. Washington 1900—1907.
U. S. Consular and Trade Reports. Washington 1900—1907.
Reports of the Industrial Commission. Washington 1900—1907.
Carrol D. Wright, Industrial Evolution of the U. S. New York 1902.
William D. P. Bliss, Encyclopedia of Social Reform. New York 1908.
P. Leroy-Beaulieu, The United States in the 20th Century. New York 1907.
J. Ellis Barker, Modern Germany. London 1907.
The World Almanac and Encyclopedia. New York 1908—1909.
von Eheberg, Volkswirtschaftliche Vorlesungen. Erlangen 1908.
Berichte über Handel und Industrie. Reichsamt des Innern. Berlin 1909.
Abhandlungen und Notizen aus den Zeitschriften: „Literary Digest", New York, „Zukunft", Berlin, „Kartell-Rundschau", Düsseldorf, „Technik und Wirtschaft", Berlin, ferner aus der Handelszeitung des Berliner Tageblattes, der Frankfurter Zeitung, der deutschen Bergwerkszeitung usw.

I. Teil.

# 1. Wirtschaftspolitische Grundlagen.

Von den drei Momenten, die zur Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes grundsätzlich in Betracht kommen: geographische, historische und gouvernementale, haben in den Vereinigten Staaten von Nordamerika alle gemeinsam in der Richtung gewirkt, welche ihrer Wirtschaftsgebarung heute das eigentümliche Gepräge verleiht: Im Rahmen einer Geldherrschaft in republikanischem Gewande drängt ein betriebsames Sammelvolk unaufhaltsam nach der raschen Entfaltung aller materiellen Werte des Bodens, streben alle Erwerbszweige rastlos einer gigantischen Entwicklung zu, deren Haupt- und Schlagwort: „get tonnage" die Art der politischen Ökonomie des Landes treffend kennzeichnet, treiben alle freien Kräfte vereint zu einer nationalen Rekordleistung, deren einziges S y s t e m sich offenbart als: Raubbau, Freibeuterei und große Margen auf seiten der Erzeuger, und Wirtschaft aus dem vollen auf seiten der Verbraucher.

Die Gunst der geographischen Verhältnisse: ein über die verschiedensten Zonen und Klimate sich erstreckender, natürlich geschützter, enormer Binnenmarkt — 9 420 670 qkm mit 90 Millionen Menschen —, mit leicht hebbaren Bodenschätzen, die jeder Verschwendung zu spotten scheinen und großen Leistungen große Gewinne versprechen; die Eigenart der Verfassung: welche nach Begebung der Mehrzahl aller Rechte und Nutzbarkeiten an das Volk die Föderalregierung einer festgefügten Trustoligarchie mit ihrer legalisierenden Gewalt und ihren nationalschädlichen Tendenzen tributär macht; die krasse Hochschutzpolitik, ein Werk des Anlage suchenden Großkapitals und zugleich seine Grundstütze: welche es dem starken, innerlich freihändlerischen Binnenmarkt ermöglicht, sein eigener Produzent und Konsument zugleich zu sein, somit die nationale Bedarfsdeckung nötigenfalls unabhängig vom Auslande zu befriedigen; die strenge Ausschließung fremder Konkurrenz: welche es — im Namen von Suprematie, Imperialismus, Weltherrschaft — wenigen beutelustigen Interessengruppen gestattet, das Ausland auf Kosten des Inlandes durch Schleuderausfuhr dauernd

zu begünstigen: das Fehlen jeglicher Tradition: welche geeignet wäre, das Rechtsgefühl der Massen zu entwickeln, ethischen Werten Kurs zu verleihen, den Glauben an die Wohltaten einer weisen Regierungskontrolle zu festigen, einen staatserhaltenden, sparsamen, disziplinierten Mittelstand zu schaffen, der politisch-moralische Kraft, Mut und Begeisterung zur Durchsetzung idealer Gedanken und wirklich großer Ziele besäße und mäßigend und stetigend auf die Wirtschaftsgebarung des Sammelvolkes einwirken könnte, — alle diese Momente sind verantwortlich für die sprunghafte, fieberische, sensationelle Machtentfaltung der nordamerikanischen Union.

Vergegenwärtigen wir uns demgegenüber kurz unsere eigene wirtschaftliche Lage. Als älteres Kulturvolk müssen wir dabei weiter in die Geschichte zurückgreifen: Während andere Länder an der Aufschließung ihrer Bodenwerte, an der Anknüpfung von Handelsbeziehungen, an der Ausdehnung ihres territorialen Besitzes durch Aufteilung herrenloser Gebiete arbeiten, ist Deutschland der Schauplatz politischer und religiöser Kämpfe, das Volk von kirchlichen und weltlichen Herren ausgesogen und geknechtet, dürstend nach Freiheit des Geistes und des Körpers, dabei innerlich zersplittert, fruchtlosen Spekulationen nachjagend und unfähig, sich zu gemeinsamer materiell-produktiver Tätigkeit zusammenzuschließen. Wie Voltaire die politische Konstellation jener Zeit so treffend charakterisiert: „England beherrscht die See, Frankreich das Land, Deutschland die Wolken!“ Was uns in jenen düsteren Tagen an territorialer Expansionsmöglichkeit verloren gegangen, ist nicht wieder gutzumachen. In der Aufteilung herrenloser Länder sind wir zu spät gekommen. Vielleicht zu unserm Besten! Was uns nach Gründung des Zollvereins, nach Verschmelzung der deutschen Stämme zu nationaler Einheit, nach Schaffung des Deutschen Reiches — unter Angliederung der industriell überaus wichtigen Gebiete von Elsaß, Lothringen und Luxemburg — nach Änderung der Freihandels- in eine mäßige Schutzzollpolitik, als einheitlicher Inlandmarkt heut zur Verfügung steht — die Kolonien kommen in ihrer derzeitigen Entwicklung als Produktions- und Konsumtionsfaktoren kaum in Betracht — ist ein Gesamtareal von 542072 qkm, zu einem Viertel von Wasser umgrenzt, zum übrigen Teil von rivalisierenden Völkern umgeben, mit günstig treppenförmigem Aufbau, annehmbaren Binnengewässern, wenig guten Häfen, mäßigen Bodenschätzen und mittlerer Fruchtbarkeit der Scholle: Reichen die eignen Nahrungsmittel den 65 Millionen Menschen doch kaum für 11 Monate im Jahre aus; für den Rest der Zeit sind wir der Union, Argentinien, Rußland usw. tributär, deren Lieferungen wir mit eignen Industrieprodukten oder mit dem Erträgnis auswärtigen Erwerbes bezahlen müssen.

So weit Geschichte und Geographie. Wir haben langsam, aber sicher aus der Vergangenheit unsere Konsequenzen gezogen und sind entschlossen, unseren lang verhaltenen Energien die Wege zu weisen, welche als die einzig friedlichen uns heute noch offen stehen: Geistige Expansion. Wie steht's mit dem Rüstzeug?

Wir sind ein Volk, dem traditioneller Druck und territoriale Beschränkung den Sinn für Großzügigkeit verkümmert, dem steter Kampf und blutige Läuterung aber die Tugend der Beharrlichkeit, den Mut ruhiger Entschlossenheit anerzogen; dem die Triebe der Rasse und die harten Lehren der Geschichte den Hang zum Denken, die Lust zu grübelnder Forschung — Not macht erfinderisch — den Eifer nach völkischer Bewährung, vor allem Anpassungsfähigkeit: das große Geheimnis unseres Erfolges auf dem Weltmarkt, entwickelt haben. Gleichzeitig hat die Pflicht der Wahrung unserer nationalen Güter, hat die Not der Wehrhaftigkeit aller Tauglichen den aggressiven Gelüsten unserer Rivalen gegenüber, hat die gemeinsame Erziehung im Heeresdienste die für eine rationelle Landesverwaltung so wertvolle Geneigtheit aller Volksschichten zur fügsamen Unterwerfung unter den Staatswillen gefördert. Unsere allgemeine Wehrpflicht hat die große Masse der Erwerbstätigen physisch gekräftigt und militärisch diszipliniert, zwei für den modernen Großbetrieb so unschätzbare Eigenschaften, die im Verein mit der wissenschaftlichen Schulung aller leitenden Organe unsern nationalen Produktivwirkungsgrad in Kraft- und Stoff- und Menschenökonomie auf eine Höhe gebracht haben, die zum Teil verantwortlich für unsere politische Isoliertheit ist.

Genügsame Bescheidung und Sparkraft sind teils gute, Dienstbeflissenheit und mangelnder Wagemut teils schlechte Eigenschaften des deutschen Volkscharakters. Hier hat der Einschlag jüdischer Elemente in der Richtung stärkeren Geschäftsdranges und größerer Rührsamkeit wertvolle Ergänzung gebracht. Idealismus, Zwang und die Not der Zeiten haben ethischen Werten Schätzung verliehen. Die Arbeitswilligkeit, die gewissenhafte Pflichtenerfüllung, die vorbildlich straffe Organisation unseres Bildungs- und Staatswesens, die Manneszucht in Heer, Flotte und Beamtenschaft, die musterhafte Gebarung unserer ganzen nationalen Wirtschaft, die extreme Volksverdichtung auf beschränktem Boden mittlerer Güte, wie wir ihn eignen — wer will dies Lob bemängeln, der ausländische Zustände gründlich und vorurteilsfrei mit den unsrigen verglichen? — sie wären nicht denkbar ohne die künstliche Züchtung des Ehrbegriffes, ohne die Brauchlichmachung imaginärer Werte, um die uns das Ausland belacht und beneidet: Uniform, Rang, Titel und Orden, Standesbewußtsein und Adelsverleihung, diese billigsten aller inländischen Zahlungsmittel.

Wir wollen ihre leidigen Auswüchse nicht verkennen: Neidigkeit, Klassenjustiz, Günstlingswirtschaft, einseitige Kapitalverschiebung, Dämpfung des Individualismus und Verbitterung der untersten Volksschichten, aus denen heraus wir ja die besten Triebe zu physischer, geistiger und moralischer Erstarkung empfangen. Doch stehen die Vorteile des preußischen Systems in der Entwicklungsgeschichte Deutschlands turmhoch über seinen Nachteilen.

Besonders deutlich tritt das in Erscheinung, wenn man deutsche Zustände von dem gepriesenen Boden „unbegrenzter Möglichkeiten" aus betrachtet, wo jede Rekordleistung — gleich welcher Bewährung — in bar beglichen wird. Selbst für die vaterländischen Verdienste eines Dewey, des Helden von Manila, der die ruhmreiche spanische Armada verlustlos vernichtet, findet die siegestrunkene junge Nation kein besseres Zahlungsmittel als Häuser und Renten! Nur handgreifliche Gewinne reizen zur Rührsamkeit. Kein Wunder, daß Heer und Flotte, Zivil- und Konsulardienst so schwer vermögen tüchtige Kräfte in ihren Reihen zu halten: The empire of business verschlingt sie alle.

So finden wir denn, als den universalen Geist der rasseverschmelzenden Union sich offenbarend: einen auf Tatsachen, Quantitäten, Dimensionen und Sensationen gerichteten rastlosen Erwerbsdrang, der Natur und Kunst, Kraft und Stoff, Politik und Wissenschaft, Philosophie und Technik — von Religion ganz zu schweigen — in seine Fesseln schmiedet, um sie dem einen Endzweck: Mammon, dienstbar zu machen. „Mit Geld kann man sich alles kaufen!" — Man wird, bis die Bedingungen sich ändern, die Entwicklungsmöglichkeit jedes Kulturzweiges in den Vereinigten Staaten, ohne Skepsis und mit Billigkeit, nach dem Grade einschätzen dürfen, bis zu welchem eine Beschäftigung mit demselben geeignet ist, Wirkungen geldlicher Art auszulösen.

Es ist so überaus tragisch für die amerikanische Nation — wenn wir nun einmal kosmopolitisch-sentimental sein wollen —, daß dieser Geist der materiellen Quantitäten sogar die Fortpflanzungsfähigkeit, nicht nur der oberen Schichten des eigenen, sondern der großen Masse unverbrauchten, zuwandernden Volkes, gleich welcher Rasse, nachteilig beeinflußt, trotzdem die Lebensbedingungen im neuen Lande so ungleich günstigere sind als irgendwo anders. Ist es wohl Zufall, daß das Abnehmen der Geburtsraten gerade in den zwei Ländern am schärfsten zutage tritt, die sich mit Stolz ihrer „demokratischen Zivilisation" rühmen? Unzweifelhaft sind in der Union der extreme Erwerbsdrang und die potenzierte Sucht nach handgreiflichen Lebensgenüssen in erster Linie verantwortlich für das Nachlassen der Triebe, die auf die Erhaltung der Art gerichtet sind; ein Zustand fortschreitenden

Rasseselbstmordes, den der einsichtige Präsident Roosevelt so tief beklagt, weil er in dem raschen Anwachsen der Negerbevölkerung und in der abnehmenden Assimilierung der fremdrassigen, wirtschaftlich und kulturell tiefstehenden Einwanderer — über eine Million im Jahr — an das amerikanische Stammvolk einen für die zukünftige Entwicklung des Landes stark bedrohlichen Ausdruck findet.

Betrachten wir nun die Entwicklungsmöglichkeiten der amerikanischen Industrie vom Boden der oben erörterten Grundlagen aus, so zeigt sich weiter, daß die Technik, als befruchtender Geist der Industrie und daher Mittel zum Zweck, sich im Gegensatz zu anderen Kunst- und Wissenszweigen zu großen und größten Dimensionen auswachsen kann, daß aber die Tendenzen, Ziele und Wirkungen solcher Entwicklung von den unsrigen ganz wesentlich verschieden sein müssen.

Zunächst ist grundsätzlich zu bedenken, daß die Unterschiede der natürlichen Bedingungen der beiden Länder: klimatische, räumliche, geognostische, einen entsprechenden Unterschied in deren Produktionstechnik zeitigen müssen. „Die Geschichte und die Beobachtung der heutigen Völker lehrt uns", sagt von Eheberg, „daß nicht diejenigen Länder die fortgeschrittensten und reichsten sind, welche unter den günstigsten klimatischen Verhältnissen leben und von der Natur am üppigsten bedacht sind. Die damit gegebene Leichtigkeit des Erwerbes ist nicht selten die Veranlassung zu Bequemlichkeit und Erschlaffung, während umgekehrt eine gewisse Kargheit der Natur, die nur zweckbewußter Arbeit sich erschließt, zur Anspannung der geistigen und körperlichen Kräfte nötigt und zu Fortschritten der Technik anregt. Und so kann man sagen, daß es mehr darauf ankomme, wie der Mensch die gegebenen Naturbedingungen auszunutzen versteht, als daß er überhaupt von der Natur besonders begünstigt ist".

Ein Unterschied prinzipiellster Natur, der gar nicht stark genug betont werden kann, weil er so vieles verständlich macht, liegt weiter darin, daß wir Deutsche kein Sammelvolk sind wie die Amerikaner — welch letztere bisher jede Kapitals- und Arbeitskraft, solange sie nur der unmittelbaren Aufschließung brachliegender Bodenschätze diente, willkommen hießen —, sondern eine Nation, die gewillt ist, ihr gedrängtes Territorium für die künftige Verdichtung der eigenen Rasse vorzubehalten, daher im Interesse nationaler Unabhängigkeit jede Infiltration fremder Elemente nach Möglichkeit beschränken muß. Daraus ergibt sich ohne weiteres die grundsätzlich verschiedene Auffassung der beiden Völker bezüglich der Erschließung ihrer unersetzlichen Naturschätze: Die Bodenausbeutungspolitik der Union ist, solange der Vorrat reicht, in erster Linie eine Geldfrage, denn Geld kauft alles, in letzter Linie ein Frage profitabler Absatzmöglichkeiten, findet

ihre Leistungsgrenzen also einzig in der Kreditwürdigkeit des heimischen und in der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes. Die Hebung und Auswertung der Bodenschätze Deutschlands dagegen darf nur in dem Maßstabe erfolgen, als die wachsenden Arbeits- und Kapitalkräfte sowie die Aufnahmefähigkeit der durch legitime Inzucht vermehrten einheimischen Bevölkerung das zulassen. Je mehr fremde Arbeit und fremdes Kapital zur Deckung unserer nationalen Bedarfsbefriedigung ins Land fließt, desto stärker werden wir dem Auslande tributär, desto rascher treiben wir dem verhängnisvollen Zustand der Aufsaugung zu, der sich in extrem-abstrakter Fassung etwa folgendermaßen ausdenken läßt: „Wenn von zwei Nationen die eine alle Produkte, deren sie bedarf, selbst erzeugt, die andere auf Produkte der ersten angewiesen ist, so entsteht auf die Länge der Zeit ein seltsames Verhältnis: Die empfangende Nation wird zuerst in Waren zu zahlen versuchen. Da man deren bei der gebenden Nation nicht bedarf, so muß sie auf andere Mittel sinnen. Sie zahlt in Anleihen. Aber auch die Zinsen der Anleihen müssen in neuen Titeln bezahlt werden, und der Staatsbedarf ist begrenzt. Sie zahlt in industriellen Werten, in Hypotheken, in Aktien. Aber stets muß die greifbare Unterlage dieser Titel im zahlenden Lande verbleiben, denn das liefernde weiß damit nichts anzufangen. So bleibt denn im zahlenden Lande scheinbar alles beim alten: Landwirtschaft, Bahnen, Industrie, Schiffahrt werden betrieben, erzeugen Güter und prosperieren. Aber im liefernden Lande sitzen die Eigentümer des Bodens, der Fabriken, der Verkehrsmittel. Ihnen wird Rechenschaft gegeben, sie verfügen über die Stellung der Beamten, ihnen sind die Erträge zur beliebigen weiteren Investierung gutzuschreiben. Freilich werden sie auch diese Einträge im Lande belassen, eben weil sich eine geeignete Exportform nicht finden läßt, aber jede Gutschrift führt dazu, die Grenzen des Einflusses zu erweitern. Man kann dieses Phänomen so definieren: Die unterlegene Nation zahlt in Macht. Die überlegene Nation tritt zu ihr in das Verhältnis eines Eigentümers und Verpächters. Und dieses Machtverhältnis ist um so furchtbarer, als fast jeder Einwohner persönlich in die Botmäßigkeit des Fremden gerät: Kriegerische Auflehnung ist das einzige Mittel gegen diese friedliche Unterjochung.“ [1])

Wir wollen hier nicht untersuchen, wie weit dieses Gemälde den Tatsachen entspricht und auf den Verlauf unserer eigenen Wirtschaftsgebarung zutrifft. Wir wollen aus der philosophischen Spekulation nur die praktische Lehre ziehen, die uns auch eine weniger dramatische Überlegung aufzwingt: daß Deutschland, um ohne gewaltsame Expan-

[1]) Leonhardt: Hundert ungeschriebene Schriften. Zukunft. Berlin 1907.

sion unabhängig existieren zu können, sich zum Industrieexportstaat höchster Ordnung fortentwickeln muß. Ausfuhr und Handel sind ja als Deckungsmittel für unsern dringendsten Bedarf an Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten, soweit dieselben nicht im Inland zu haben sind, schon längst unentbehrlich geworden. Bekanntlich zeigt unsere (passive) Handelsbilanz für den Gesamtgüterumsatz des Landes das charakteristische Gepräge einer höheren Einfuhr, hauptsächlich von Produktionsmitteln, also Rohstoffen, die zur industriellen Weiterverarbeitung oder für den direkten Konsum verwendet werden, und einer niedrigeren Ausfuhr, die jedoch in immer wachsendem Umfange zur Deckung der Einfuhr dient und im wesentlichen in Fabrikaten höherer Ordnung besteht, in denen also ein großer Arbeits- resp. Affektionswert, aber ein geringer Bodenwert steckt.

Da im Gegensatz zu Amerika das Heil unserer nationalen Wirtschaftsgebarung infolge territorialer Beschränkung und mangelnder Rohstoffe einzig im W e i t e r v e r a r b e i t e n liegt, so wird das Ergebnis eines derartigen Wertaustausches für uns um so günstiger sein, je geringer die durch die Ausfuhr verursachte Verarmung unseres Bodens, je größer seine Betätigungsdichte und je höher die Zahl der ihm auf die Flächeneinheit entziehbaren verkäuflichen Stoffe.

Demnach ergeben sich für die deutsche Industrie, welche im Gegensatz zur amerikanischen nicht einer Augenblicks-Rekordwirtschaft, sondern einer D a u e r w i r t s c h a f t dienen will, zwei Grundrezepte. Das eine weist der Technik ihre Wege und lautet: Ein ärmeres Land, mit dichter Bevölkerung und spärlichen Naturschätzen, das sich seiner Rohstoffe aus Rücksichten nationaler Selbsterhaltung nicht begeben darf, muß, um reicheren Ländern annehmbare Austauschwerte zu bieten und nicht in ein ungesundes Abhängigkeitsverhältnis von diesen zu geraten, an industrieller Intelligenz das Niveau der andern stets überragen, in der Prägung neuer Brauchlichkeiten jenen vorauseilen. Es muß im Bedarfsgeschmack, in schöpferischer Kraft, in Verkaufstalenten nach dem Höchsten streben, und wo es Hegemonie besitzt, solche erhalten! Soweit die ständig wachsenden Bedürfnisse der Nation aus heimischen Quellen nicht gedeckt werden können — und das nötige Qantum an Geld können wir einzig durch Gegenleistungen anderstofflicher Art ins Land ziehen —, liegt die Stärke und Zukunft der deutschen Industrie, dank ihren analytischen Fähigkeiten, in der Schaffung neuer Werte, die vermöge ihrer überlegenen Qualität sich den Weltmarkt erobern, vermöge ihrer Nötigkeit selbst den Schutzwall fremder Märkte zu überklettern imstande sind.

Das zweite Rezept bezieht sich auf die Behandlung der Industrie als Glied des nationalen Organismus und diktiert dem Staate, als dem

anerkannten Vertreter der Interessen der Allgemeinheit, die Pflicht: den Erwerbsdrang der Privatunternehmer — soweit er sich in einer Verschleuderung der heimischen Bodenwerte auf Kosten der Nation gemeinschädlich bemerkbar macht — durch geeignete Maßnahmen kontrollierend zu zügeln, vor allem den staatlichen Bedarf an Mineralien zu decken, ihre Preisstellung zu regeln und überhaupt die Tätigkeit der Privatindustrie mit vaterländischer Weitsicht in solche Bahnen zu leiten, die eine möglichst vollkommene Ausnutzung der Rohstoffe, eine Kräftigung der Veredlungsindustrien und eine tunlichst gleichmäßige Verteilung unserer nationalen Lasten und Güter auf dem heimischen Markt herbeizuführen geeignet scheinen, zum Zweck, allen Volksgliedern entsprechend ihren wirtschaftlichen Leistungen einen Anteil an den Gütern der Kultur zu verschaffen: Suprema lex salus publica!

Dabei ist vor allem Sorge zu tragen, daß die wirtschaftliche Verfassung des Landes, resp. seine Produktionstechnik, dem Druck der wachsenden Bevölkerung sich entsprechend dehnt, daß neue Erwerbsgelegenheiten und Absatzgebiete geschaffen werden, daß neue Fortschritte eine vergrößerte Nahrungsmittelerzeugung, eine Erweiterung des Außenhandels und die Beschaffung fremder Nahrungsmittel gestatten, um so den Übelständen einer absoluten Übervölkerung — die in einem kleinen Lande natürlich eher zu erwarten steht als in einem großen — nach Möglichkeit zu steuern und höhere Sterblichkeit, Sinken der Geburtsfrequenz, Volksverluste an das Ausland, kurz den Verfall der Nation zu verhüten.

Ein weiterer Unterschied, der mit dem ersten aufs engste verknüpft ist, liegt darin, daß in Deutschland ein bedeutender Teil der grundlegenden Produktionsfaktoren: Natur, Arbeit und Kapital, infolge Nationalisierung oder Verstaatlichung den Händen der Privatwirtschaft entzogen ist und dem Gemeinwohl dient. Forsten und Domänen, Kohlen- und Erzbergwerke, Eisen- und Stahlhütten, Porzellan- und Textilfabriken, vor allem die Verkehrsmittel: Eisenbahnen, Telegraphen, Telephone, und andere Erwerbsunternehmungen, welche in Amerika von privatem Großkapital betrieben werden, sowie manches Lieferungsinstitut für Heer und Flotte sind bei uns Eigentum des Staates oder des Reiches, d. h. sie sind, wenn auch nicht gänzlich außer Wettbewerb, so doch einheitlich organisiert, und ihre Erträge, soweit solche vorhanden sind, kommen der Allgemeinheit zugute. Betrachtet man diese Unternehmungen nicht als Produzenten, sondern als Konsumenten, bedenkt also vor allem die Bedeutung der Eisenbahnen als Verbraucher für Bergwerksprodukte und für die Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie, so wird offenbar, daß durch diese Einbeziehung eines großen Teiles der nationalen Produktionsmittel Staat und Regierung in Deutsch-

land einen weit größeren Einfluß auf die Gebarung der nationalen Gesamtwirtschaft auszuüben befugt und in der Lage sind, als Staat und Regierung in Amerika es vermögen. Der relativ stabile Verlauf unserer Wirtschaftskurven gegenüber den Zuckungen der amerikanischen Konjunkturlinien ist nicht zum wenigsten der stärkeren Produktivtätigkeit und kontrollierenden Gewalt unserer Staatswirtschaft resp. der Dämpfung des übereifrigen Erwerbstriebs der Privatwirtschaft durch erstere zu verdanken. Wir teilen nicht den Standpunkt derjenigen Wirtschaftsapostel, die, vom Amerikanismus angekränkelt, zwischen der Hetzpeitsche des Niederganges und dem Zuckerbrot des Aufschwungs, also in einem forcierten Produktionstempo, zu dem der Kapitalismus allein den Takt schlägt, das Heil unserer Wirtschaftsgebarung erblicken. Wir halten vielmehr ein langsames, aber stetes Aufwärtssteigen unseres Geschäftsganges für gesünder und zweckdienlicher als ein nervöses Auf- und Abflackern der kommerziellen Tendenz, weil jede Stockung, jeder Rückschlag, jede Panik den wirtschaftlich Schwächeren Schaden bringt und nur dem Spekulanten nützt. Uns ist Menschenwürde der nationalen Gesamtheit ein erstrebenswerteres Ziel völkischen Wirkens als die Bereicherung einzelner auf Kosten der Massen. Uns ist der Staat und innerhalb dieses die Stadt das Symbol eines musterhaften Arbeitgebers, das Vorbild eines gerechten Herrn, der die geschäftlichen Aufgaben seines Unternehmens mit den sozialen Verpflichtungen seinen Angestellten gegenüber in Einklang zu bringen weiß.

Paternale Staatsfürsorge ist die traditionelle Politik der Hohenzollern, mit denen unser Geschick unlösbar verknüpft ist. Schon Friedrich der Große nannte sich stolz: le roi des gueux. Von allen Regierungen des 17. Jahrhunderts war die preußische die erste, welche sich die Förderung des Gemeinwohles zum Ziele setzte. Das preußische Landrecht erkennt im Staate den Beschützer der ärmeren Klassen und bezeichnet es als eine seiner obersten Pflichten, den wirtschaftlich Bedrängten Unterhalt und Arbeit zu verschaffen. Nur auf dieser Basis war es Bismarck möglich, den Staatsbürgern das Recht auf Arbeit zuzuerkennen; nur hierdurch konnte er der Welt das Beispiel einer großzügigen Sozialpolitik setzen; nur so vermochte er prophetischen Geistes den Grund zur Vergesellschaftung unserer fundamentalsten Hilfsmittel zu legen und eine neue Ära staatlichen Wirkens ins Leben zu rufen, die er mit den bedeutsamen Worten einleitete: „Viele Maßregeln, die wir zum großen Segen des Landes getroffen haben, sind sozialistisch, und der Staat wird sich noch an ein wenig mehr Sozialismus gewöhnen müssen!“ — Wir besitzen also ein aus der geschichtlichen Entwicklung unseres Landes mählich

herauskristallisiertes, wirklich nationales System der politischen Ökonomie, ein System, das Natur, Arbeit und Kapital, die drei Grundfaktoren materieller Produktion, zur gedeihlichen Entfaltung des Wirtschaftsstaates maßvoll nutzt und diesem eine immer breitere Basis neben dem Rechtsstaat einräumt.

Anders in Amerika, wo die junge Nation — soweit man bei dem Völkergemisch, das sich dort zur gemeinsamen Ausbeutung der reichen Naturschätze zusammengefunden, von nationalen Zielen reden darf — zum Teil in biblischer Ehrfurcht vor dem Geist der Verfassung befangen, zum Teil infolge der ablehnenden Haltung des juristischen Körpers — der von der Auslegung des ungeschriebenen Rechtes der Union zehrt — sich außer Stande findet, eine Konstitution zu ändern, die auch der Weisesten einer nicht den komplizierten Wirtschaftsbedingungen künftiger Zeiten entsprechend fassen konnte. Wieviel wohltätige Gesetzentwürfe sind nicht schon an dem starren Idol der Verfassung gescheitert, wieviel materielle Schätze, wieviel ethische Werte auf die Autorität verflossener Generationen hin und auf Kosten der kommenden dem ungezügelten Erwerbstrieb des Großkapitals geopfert worden!

Erfahrung und nationalökonomische Logik lehren uns, daß eine Nation, die sich darauf beschränkt, ihre Einnahmen aus dem Weltmarkt hauptsächlich durch den Verkauf von Rohmaterialien zu beziehen, an technischer Intelligenz, Wettbewerbsfähigkeit, Solidität und Kaufkraft unter diejenigen Völker herabsinkt, die sich mit der Veredlung und Weiterverarbeitung dieser Stoffe befassen, für alle Produkte höherer Ordnung diesen tributär wird. Nicht nur für die Eisenindustrie der Vereinigten Staaten, sondern für die gesamte amerikanische Wirtschaftsgebarung trifft das von Carnegie geprägte Wort zu: „Either a prince or a pauper!" Eine Nation, die in Zeiten der Fülle unbehindert aus dem Vollen schöpft, sich leichtlebig mühelosen Erwerbszweigen widmet und ohne Not und Druck und Wettbewerb am freien Spiel ihrer eigenen Kräfte berauscht, eine solche Nation verlernt — gleich dem in Üppigkeit aufgewachsenen Einzelmenschen — bald das Maßhalten, erschlafft ihr Bemühen nach höchster Vollendung, verliert Fähigkeit und Willen zur Selbstzucht und harter Arbeit und gerät leicht in die Gefahr, der Armen ärmster zu werden, wenn die reichen Quellen des Landes einmal spärlicher zu fließen beginnen. Hier liegt die Gefahr für die Vereinigten Staaten! Der Einsicht ihrer Bedrohlichkeit kann sich kein ernsthaft Denkender entziehen, dem die Interessen des Vaterlandes über den Dividendenhorizont reichen. Doch ist der Ausblick selbst des patriotischsten Durchschnittsamerikaners infolge der das ganze Volk durchdringenden Routine materieller Quantitäten derartig geozentrisch geworden, daß er jede Satzung oder Lehre, die

eine Kontrolle oder Einschränkung seines übertriebenen Geschäftsdranges zum Ziel hat, als einen Eingriff in sein gutes Recht entrüstet zurückweist.

Solange das Völkerkonglomerat Nordamerikas nicht zu einem höheren Begriff des nationalen Gedankens, zur Idee der unbedingten Rechtsdurchsetzung, zu der Einsicht der willigen Unterwerfung des Individuums unter den Staatswillen erzogen werden kann, und solange die Geschicke des Landes theoretisch von der großen Masse, also dem unintelligenten Teil des Volkes, praktisch von den Vertretern der Kapitalassoziationen geleitet werden, deren politische Maßnahmen einzig durch selbstische Augenblicksinteressen, nicht durch vaterländische Weitsicht bestimmt sind, so lange ist auch an eine radikale Änderung der gegenwärtigen Freibeuterwirtschaft nicht zu denken.

Und was die Vorzüge der demokratischen Verfassungsform anbetrifft, mit denen man uns gern über die herrschenden Mißstände hinwegzutäuschen versucht, so haben sie noch keine Gelegenheit gehabt, s ch im Feuer wirklicher Krisen zu bewähren. Es ist administrativ verhältnismäßig leicht, eine Mischung verschiedenartiger Volksrassen, die sich zu gemeinsamem Bachanal zusammengefunden, auf einem von Reichtum strotzenden Boden ein Zentennium lang in Ordnung zu halten. Menschen, die in Hülle und Fülle leben, wünschen sich selten eine Änderung ihres Zustandes. Wie die Verfassung der Union — deren Auslegung und Betätigung sich ebenso wie die gesamte Wirtschaftslage seit ihrer ursprünglichen Ratifikation im Jahre 1787 von der idealen Grundlage der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ganz wesentlich fortentwickelt hat — sich in Zeiten der Not bewähren wird, bleibt abzuwarten.

Es will uns scheinen, als ob das ideal gedachte Regierungssystem der Union an der extrem materialistischen Entwicklung seiner Wirtschaftsgebarung scheitern müßte. Jedenfalls hat die amerikanische Privatwirtschaft in ihren gigantischen Monopolmächten einen Sonderorganismus gezeitigt, der die Funktionen des Staates teils hemmt, teils korrigiert, und für den die Konstitution keine Vorsorge getroffen. Ein Organismus, der auf Habgier und Furcht vor den Massen großgewuchert, trotz äußerer Interessengemeinschaft innerlich zersplittert ist; während sein Gegenprinzip, die koalierte Arbeit, trotz äußerlicher Spaltung innerlich gefestigt ist durch die Einheit der Erfahrung, der Bedrückung und der Sehnsucht nach sozialer Besserung.

Das größte Problem, welches dem neuen Präsidenten William Howard Taft zu lösen bleibt, ist: den inneren Widerspruch zwischen der individualistischen Regierungstheorie und der kooperativen Trustpolitik zu klären. Eine Konsistenz zwischen beiden ist heute weniger

als je erkennbar. Die Vergesellschaftungstendenz der modernen Privatmonopole ist bis auf die Verteilung der Profite entschieden sozialistisch, und wie eine kollektivistische Produktionsweise mit einer individualistischen Staatsverwaltung in Einklang gebracht werden soll, ohne daß entweder die eine oder die andere Schaden leidet, das bleibt uns und vielen einsichtigen Amerikanern vorläufig noch ein Rätsel.

Eine Regierungsform, die sich der Theorie nach auf das ganze Volk, in der Praxis aber auf denjenigen Teil des Volkes stützt, welcher die öffentliche Meinung formt, das ist die Plutokratie, muß in ihren legislativen, juridischen und exekutiven Äußerungen unweigerlich die Wünsche der jeweiligen politischen Machthaber verdolmetschen, oder, wie man in Amerika sagt: „the interpretation of a constitution must be that which best reflects the prevalent sense of right". Diese Spannung zwischen der geschriebenen Konstitution und deren ungeschriebener Auslegung, die, wie die Geschichte uns lehrt, bisher immer nur durch gewaltsame Eingriffe, Kriege und Revolutionen, gelöst wurde, hat sich infolge der intensiven privatwirtschaftlichen Konzentrationsbewegung innerhalb der letzten Jahre aufs äußerste gesteigert, und es bedarf heute keines sonderlichen Pessimismus mehr, um das Eintreten einer Katastrophe, wie sie die Auseinandersetzung zwischen den zentralisierten und den dezentralisierten Kräften der Union bedeuten würde, als im Bereich der Wahrscheinlichkeit liegend zu bezeichnen. In keinem Lande der Welt ist die Gefahr, daß das friedliche Ringen zwischen Besitzenden und Begehrenden in blutigen Kampf ausarte, in bedrohlicherer Nähe als im Lande des ungezügelten Individualismus, Nordamerika. Selbst der jeder Phantasterei abholde, maßvolle und praktisch denkende Präsident Taft kann sich der Einsicht, daß eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit bevorsteht, nicht verschließen. „A gigantic controversy between capital and labor", sagt er in einer kürzlich zu Chicago gehaltenen Rede, „will decide once for all how capital and labor shall share the joint profits which they create."

## 2. Einwanderung und Rassenprobleme.

Vergleiche: „In applying results drawn from the experience of one country to problems which present themselves in another, the difference of social and political habit and education should ever be borne in mind. The nations of Europe are by political habit administrative, the latter are parliamentary. In other words, France and Germany are essentially executive in their governmental systems, while England

and America are legislative. A country, therefore, with a week and unstable executive, or a crude and imperfect civil service, should accept with caution results achieved under a government of bureaux. Nevertheless, though conclusions cannot be adopted in the gross, there may be in them much good food for reflection." So sprach der amerikanische Staatsmann Charles Francis Adams vor mehr als 30 Jahren. Zu jener Zeit blickte man in Europa noch mit souveräner Lässigkeit auf den jungen Kolonialparvenu herab. Dachte nicht, daß die Union einst der Ausgangspunkt einer neuen „Zivilisation" werden würde, die das alte Europa mit dem Geist der materiellen Quantitäten rückwirkend befruchtet. Heut gefällt man sich in dem entgegengesetzten Extrem. Findet es modern, alle Eigenschaften der Amerikaner zu bestaunen: die Sachlichkeit und Schärfe ihres Urteils, das Selbstbewußtsein und die Sicherheit ihres Auftretens, die Kühnheit und Großzügigkeit ihres Unternehmungsgeistes, die spielende Bewältigung ihrer riesenhaften Probleme, die sieghafte Zuversicht in die Unerschöpflichkeit ihrer Hilfsmittel, die automatische Produktionsweise ihrer Industrie, mittels deren sie die Welt mit handgreiflichen Zivilisationsgütern aller Art überschwemmen.

Es ist ja verständlich, daß der Erwerbsenthusiasmus eines rasch zu großem Wohlstand gediehenen Volkes über die nationalen Grenzen hinausstrahlt; daß die Phänomene sichtbaren Erfolges älteren, durch lange Kulturepochen angekränkelten Nationen Bewunderung abnötigen; daß die jugendliche Kraftentfaltung eines neuen Landes frisches Leben in die schlaffen Glieder des anderen weht. Doch ist es weise, über all dem Staunen nicht den Fußhalt zu verlieren; den Wert statistischer Paradezahlen nicht zu überschätzen; einen gesunden Pessimismus zu bewahren und uns in amerikanischen Werten nicht sklavisch festzulegen. Vielmehr von der heute beliebten Praxis der dortigen Privatwirtschaft logische Schlüsse auf die Kreditwürdigkeit der großen Landeskorporation zu ziehen, deren Aktionäre die 90 Millionen Menschen der Union sind. „Kredit ist der Glaube auf ökonomischem Gebiet; die Gläubigen sind die Gläubiger." Namentlich wir Deutsche müssen unsere wohlbekannte Neigung zur skrupellosen Nachbetung alles Ausländischen mit derselben Reserve betätigen, wie sie einst der amerikanische Staatsmann beim Studium europäischer Institutionen geübt, indem er aus dem preußischen Verwaltungssystem nur die für die Union passendsten Schlüsse gezogen. Ganz abgesehen von den geographischen, historischen und gouvernementalen Sonderheiten, die trennend zwischen den beiden Ländern stehen, ist die Zivilisation Amerikas im tiefsten Wesen von der Kultur Germaniens verschieden. Die Ideale des neuen Landes sind nicht unsere Ideale. Jene gründen sich auf die

Erstehung greifbarer Zivilisationsgüter durch individuellen Erwerb. Diese auf die Erkämpfung ethischer Werte durch Selbstzucht und gemeinsame Arbeit. Mögen wir die traditionellen Triebe in uns verleugnen, mögen wir sie kalten Erwerbsinstinkten unterordnen, mögen wir sie fremdartig einfiltrierten Gelüsten opfern wollen: aus unserem Volkskörper reißen lassen sie sich nicht! Es sind die unabänderlichen Merkmale germanischer Rasse, welche — wie zur Zeit des Tacitus — auch heute noch den Urgrund unseres nationalen Wesens bilden. Mögen Carnegie's Ideale einer Mehrzahl unserer Erwerbstätigen auch erstrebenswert dünken: der deutschen Nation hat der Merkantil-Illusionismus dieser fliehenden Tage das höhere kritische Bewußtsein, den Glauben an die alten Ideale nicht ertöten können, wie sie auch Amerikas Besten einst nicht fremd waren: „Society can be regenerated, the human race can be advanced, only by moral principles diffused through the multitude." Bancroft 1835.

Wenn wir so, unbeirrt durch den Gründergeist des neuen Landes, unbeschwert durch die Phänomene sichtbaren Erfolges, unverblüfft durch flüchtige Reiseeindrücke, aber ausgerüstet mit klarer Erkenntnis alles dessen, was gut und dauernd ist im eigenen Lande, die Sonde sachlicher Kritik an den Riesenleib amerikanischer Gütererzeugung legen und uns fragen: Was an dieser Entwicklung ist „bluff", was ist Augenblickserfolg, und was ist gediegener Fortschritt? so öffnet sich uns eine Reihe hochinteressanter Perspektiven. Gerade die Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Struktur Nordamerikas gibt zu bedenken. Dort in allen Zweigen der nationalen Produktion: Landwirtschaft, Industrie, Handel, Verkehr, die extremste Form der extensiven Wirtschaft. Hier die extremste Form der intensiven Wirtschaft. Man sagt nicht ganz zu Unrecht, daß wir von den Rückständen leben könnten, die Amerika fortwirft. So viel ist Wahrheit: In dem Maße, als unsere notwendig wachsende Gütererzeugung der extensiven Wirtschaft zudrängt, in dem Umfang, als das Volumen unserer nationalen Produktion sich vergrößert, kann uns Amerika Vorbilder geben, Massenfabrikation und -Transport, automatische Produktionsweise, Reduzierung des physisch-menschlichen Arbeitsanteils, Bewältigung weiter Distanzen, großzügige Betriebsorganisation usw., all dies bietet Stoff zum Nachdenken.

Und doch will es uns dünken, als ob die quantitative Überlegenheit der amerikanischen Industrie uns, außer einigen technischen Sonderheiten, recht wenig positive Anregungen gegeben hätte, viel weniger jedenfalls, als wie unsere qualitative Überlegenheit Amerika Stoff zur Nachahmung bietet. Wir dürfen nie so extensiv werden wie die Amerikaner; diese müssen sich mit abnehmenden

Naturschätzen mehr und mehr unserer Intensität zuentwickeln, wollen sie nicht verfallen. Hierin liegt der Unterschied einer gegenseitigen Befruchtung: Die Lehren der amerikanischen Industrie sind meist negativer Art; ihre Systeme zum Teil auf unsere Verhältnisse nicht übertragbar, alles launisch, unbeständig, auf die fetten Jahre berechnet, aber deshalb als Exempel doch wertvoll genug. Es gibt so viele Irrungen, von denen wir uns fernhalten, Verluste, die wir vermeiden, Auswüchse, die wir ersticken können, daß eine genaue Kenntnis amerikanisch-industrieller Entwicklungstendenzen die Mühe lohnt.

Hier sind einige Beispiele nutzbringenden Vergleichs: Wir beklagen uns, um mit Mommsen zu reden, daß das preußische System der „administrativen Prellerei" ganzen Ständen unmündigen Beamtencharakter verleiht. Daß das Hervorragen einzelner Führer über die träge gouvernementale Masse eine politische und moralische Entmannung unseres Volkes zur Folge hat. Verschließen uns aber der Überzeugung, daß im Lande der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, dessen modernes Industriesystem sich von der gouvernementalen Domination doch am stärksten frei gemacht hat, die Konzentrationstendenz der Privatwirtschaft ganz ähnliche Symptome der Erstarrung des Individualismus und der Entmündigung der Massen gezeitigt, als wir sie der absolutistisch-bureaukratischen Staatswirtschaft zur Last legen; jedoch mit dem Unterschiede, daß der die Funktionen des Staates usurpierende kapitalistische Sonderorganismus dort weder die historische Berechtigung noch die vaterländische Weitsicht eines wirklichen Staates besitzt, in dem Nation und Gesellschaft und Interessen der Allgemeinheit in eins zusammenschmelzen. Wir reden gern von einer Distanzierung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt infolge wachsender Lasten für soziale Fürsorge; wollen uns aber nicht im klaren sein über die Schäden und Nachteile, welche das F e h l e n staatlicher Fürsorge und Überwachung in Form enormer Kapital-, Material- und Menschenverluste für die Industrien der Vereinigten Staaten im Gefolge hat. Wir debattieren eifernd über das notwendige Übel fremder Arbeit in unseren Bergwerksbetrieben, ohne uns über die Wirkungen einer derartigen Infiltration in Ländern wie Amerika Gewißheit zu verschaffen, deren ganze spasmodische Industriegebarung sich auf der periodischen Anziehung und Abstoßung fremder Arbeit aufbaut. Wir bedauern patriotisch den Ausfall von Arbeitskräften, der durch das System der allgemeinen Wehrpflicht alljährlich unserer nationalen Produktion ersteht, verschließen uns aber der Überzeugung, daß der Mangel an Arbeiterdisziplin der amerikanischen Wirtschaft durch Schleuderei, Streiks und Gewalttätigkeiten weit größere Verluste zufügt. Wir schwärmen von den Vorzügen automatischer Massenfabrikation, ohne deren monotoni-

sierende Wirkungen auf die Menschenarbeit und deren erstarrende Tendenz auf die Ausgestaltung des Absatzes genügend zu berücksichtigen. Wir suchen nach Mitteln, um etwaigen Entgleisungen unserer Arbeiterkoalitions- und Kapitalkonzentrationsbewegungen vorzubeugen und können doch nirgends besser über die Vorzüge, Schwächen und Entartungen derartiger Entwicklungserscheinungen uns Bescheid holen als im Lande der „unions, associations, fusions und trusts". Nirgends ist die Kampfesorganisation beider Prinzipien weiter entwickelt, nirgends die gewaltsame Auseinandersetzung des einen mit dem andern in bedrohlicherer Nähe. Wir vernehmen Klagen über das mangelnde Entgegenkommen unserer Staatsbahnen der Privatindustrie gegenüber und halten es nicht der Mühe für wert, die tiefgreifenden Nachteile, welche das Privatbahnsystem Amerikas für dessen nationale Wirtschaftsgebarung in sich schließt, unseren Kritikern zur Kenntnis zu bringen. Kurz, wir schimpfen weidlich auf alles, was nach Regierung schmeckt, ohne unsere deutschen Institutionen gründlich und vorurteilsfrei mit den Errungenschaften anderer Länder zu vergleichen.

Einwanderung und Rassenprobleme. Arbeit, so lehrt die Nationalökonomie, ist jede auf Wertschaffung gerichtete Tätigkeit. Damit ist uns noch wenig gedient. Hier kommt es darauf an, die Zusammensetzung des Volkskörpers näher zu kennen, auf den die nationale Arbeit sich grundsätzlich stützt. Denn alle die Entwicklung der amerikanischen Industrie tangierenden Probleme: Leistungsfähigkeit der Arbeit, Entgeistigung der Arbeitenden, Ersetzung der nicht vertretbaren durch fungible Elemente, Neigung der Arbeiter zum Zusammenschluß, zum Streik, zu Gewalttätigkeiten, Arbeitslosigkeit, politische Stellungnahme usw., all diese haben ihren Ursprung in den physischen, geistigen und moralischen Eigenschaften der auf dem Boden der Union an- und abwandernden Völkermassen.

Somit ist die Struktur des amerikanischen Arbeitskörpers infolge des ständigen Zusammenflusses heterogener Bestandteile in dauernder Änderung begriffen. Von einer Homogenität ist nicht die Rede; von einer Nationalität nur mit Beschränkung. Höchstens kann man von einer regelmäßigen Ungelerntheit, bei der breiten Masse der Einwandernden auch von einem wirtschaftlichen und kulturellen Tiefstande Notiz nehmen. Regelmäßig ist auch der Trieb jedes Einwandernden: sich möglichst rasch und unter Vermeidung bindender Verantwortlichkeiten einen möglichst großen Bissen des nationalen Reichtums zu sichern und — das ist die neueste und gefährlichste Tendenz— unter Wahrung seiner Rasseeigenheiten mit den erarbeiteten Schätzen wieder in die Heimat abzuwandern, sobald den fetten Jahren die mageren Jahre folgen oder früher. Racial labor, racial engineering! Regelmäßig ist

ferner eine gewisse ständische Verschiebung, indem die zuletzt eingewanderten Junioren die untersten Arbeitsstrata füllen, und die erfahrenen Senioren, soweit sie im Lande bleiben, einem höheren Erwerbsniveau zudrängen. Bemerkenswert ist endlich, als eine Folge der Freizügigkeit, das Zusammenballen proletarischer Existenzen in den Großstädten des Ostens.

„Amerikanisierung", so lernen wir, „ist eine organisierte Vereinigung von Rasselementen, eine Evolution aus den Vorgängen natürlicher Zuchtwahl und gesellschaftlicher und politischer Auslese." Wie stimmt diese Theorie mit den Tatsachen überein? Von der Uransiedlung durch Indianer abgesehen, kann man seit Entdeckung Amerikas in dem Volksevolutionsprozeß drei Entwicklungsstufen unterscheiden: die koloniale, die völkische und die allvölkische; in neuester Zeit den Beginn einer vierten: die Epoche ethnischer Disharmonie, indem die Triebe der Rassen stärker werden als der Sättigungsdrang des Völkergemisches. In der europäischen Einwanderung lassen sich weiter folgende Hauptgruppen mit fließenden Grenzen zeitlich nacheinander feststellen: Spanier, Franzosen, Engländer, Holländer, Irländer, Deutsche, Österreicher und Ungarn, Italiener und Slawen. Dazu schwächere Gruppen aus den übrigen Ländern Europas. Endlich farbige Elemente: Neger, Chinesen, Hindus und Japaner.

Seit 1820, von wo an Zensuszählungen vorliegen, bis Ende 1907 sind etwa 25,9 Millionen Menschen in die Union eingewandert. Dabei ist es von Wichtigkeit zu konstatieren, daß die Einwanderung per Dekade niemals mehr als 8 % betragen hat. So beträchtlich, wie diese Ziffer ist, bleibt sie doch wesentlich hinter den entsprechenden Werten anderer Kolonialländer zurück, z. B. Australiens, wo zu Mitte des 19. Jahrhunderts rund 50 % der Zahl der dort Ansässigen neu zuwanderten. Amerika hat also Zeit und Kraft gehabt, den Zustrom fremder Rassen zu absorbieren und mit seinen nationalen Idealen zu durchtränken, solange die Neuankömmlinge dort ihr dauerndes Heim aufschlugen. Heute ist es anders. Die Union ist ein „dumping ground" für die überschüssigen Arbeitskräfte aller Herren Länder geworden, die die Staaten nicht mehr als Adoptivvaterland, sondern als vorübergehendes Absteigequartier und als Ausbeutungsobjekt betrachten. Seitdem ist die Einwanderung ein nationales „Problem" geworden.

Es gibt in dem demokratischen Experimentalstaat überhaupt eine stattliche Reihe von „Problemen". Ihre Lösung wird wegen Mangels an Zeit von einer Generation immer großmütig auf die Schultern der nächsten geschoben: Après nous le déluge! Wohl debattiert man darüber auf Kongressen und Versammlungen; die Regierung veröffentlicht lesenswerte Bände über die Notwendigkeit der Einkehr; und die Presse

sorgt eifrig für Verbreitung der sensationellsten Stellen ihres Inhaltes. Aber dabei bleibt alles beim alten: „Man kann sich doch nicht beim Geschäft versäumen!“ Machen wir uns einmal klar, was das in unserem konkreten Falle bedeutet.

Die amerikanische Einwanderungsstatistik teilt die zuströmenden Völkermassen wohlweislich in drei Gruppen: wünschenswerte, weniger wünschenswerte und nicht wünschenswerte, oder anders gesprochen: leicht verschmelzbare, schwer zu assimilierende und unverdauliche. Zu den ersten gehören alle Völker aus den nördlichen Ländern Europas: Großbritannien und Irland, das in der Dekade von 1850—1860 allein 1,3 Millionen Menschen an Amerika abgegeben; Deutschland, dessen Volksverluste an die Union zwischen 1880 und 1890 rund 1,5 Millionen Menschen betrugen, und Schweden, Norwegen und Dänemark, deren entsprechende Ziffern zwischen 1890 und 1900 sich auf 379 000, gegen 544 000 von Deutschland und 745 000 von Großbritannien und Irland beliefen. Zu der zweiten Gruppe gehören Österreich-Ungarn, Italien und Rußland, die zwischen 1890 und 1900 je 597 000, 656 000 und 586 000 Menschen an die Vereinigten Staaten lieferten. Zur dritten Gruppe endlich gehört Asien einschließlich der „gelben Gefahr“ und andere Länder.

Nun hat sich schon von 1830 an, dem Zeitpunkt des eigentlichen Beginns der Einwanderung des 19. Jahrhunderts, zu welchem schätzungsweise 28 % der in den Staaten ansässigen Bevölkerung angelsächsischen, 25 % deutschen und 47 % vermischten Geblütes waren, eine bemerkenswerte Verschiebung der Einwanderung nach der Richtung der weniger und nicht wünschenswerten Gruppe nachweisen lassen. Aber erst zu Anfang des 20. Jahrhunderts setzte diese Bewegung in voller Schärfe ein. So betrug im Jahre 1903 die Einwanderung der zweiten Kategorie 572 000 gegen 187 000 der ersten. Von der Gesamteinwanderung von 814 000 kamen 609 000 aus Ost- und Süd-, 205 000 aus Nord- und Westeuropa. Während also zwischen 1840 und 1860 etwa 43 % der Neuankömmlinge Irländer und 35 % Deutsche waren, bildeten diese beiden Rassen in den 5 Jahren zwischen 1901 und 1906 nur je 5 % der Gesamteinwanderung. Der Rest von 90 % bestand zu 28 % aus Italienern, zu 27 % aus Österreichern und Ungarn, zu 20 % aus Russen und Polen. Man kann das Verschwinden des Stammvolkes angelsächsischen Geblütes in dem Strom andersrassiger Zuwanderer am deutlichsten erkennen, wenn man die Bevölkerungsstatistik der großen Städte, z. B. Chicagos, studiert, wo unter 2 Millionen Einwohnern nur noch 375 000 echte Amerikaner nachweisbar sind.

Dazu kommt von der pazifischen Küste der Vorstoß der Mongolen. Diese Völker sind Amerika doppelt gefährlich. Einmal, weil das Niveau

ihrer Lebenshaltung ein äußerst niedriges, ihre physische Leistungsfähigkeit dagegen eine äußerst hohe ist; während moderne Arbeiter doch ihren Ehrgeiz darein setzen, mit großem Eklat möglichst viel zu genießen und möglichst wenig zu leisten. In der Bedürfnislosigkeit der Mongolen und darin, daß sie um billigen Preis besser arbeiten, also in ihrer überlegenen Menschenökonomie, liegt somit ihre „Gefährlichkeit" für das amerikanische Gemeinwohl. Diese wird weiter akzentuiert durch die rasche Vermehrung der asiatischen Rassen, also durch ihre gesunden Naturtriebe — der bessere Amerikaner spricht von dem Kindersegen inferiorer Rassen wie der Atheist von Religion — und durch die Zähigkeit, mit der sie fern von der Heimat ihre völkischen Eigenschaften bewahren. Der Chinese kann 20 Jahre lang New-Yorks Wäsche waschen, Kolorados Frauen bedienen oder Kaliforniens Boden bebauen, er bleibt Chinese. Der Deutsche schwingt nach fünf Jahren stolz das Sternenbanner, wird loyaler Bürger eines Landes, dessen ganzes öffentliches Leben, nach dem Ausspruch seines Präsidenten, von Korruption durchseucht ist, und kann sich selbst mit vollem Beutel in der alten Heimat nicht mehr zurechtfinden. Hier liegt unser Emigrantenproblem: in Amerika, in England, in Österreich-Ungarn, überall dasselbe Abbröckeln, dasselbe Aufsaugen der vom germanischen Stamm getrennten Volkszweige durch fremde Rassen. Fürwahr Kulturdünger!

Nach der Immigrationsstatistik der Vereinigten Staaten wanderten im Jahre 1907 bei einer Gesamteinwanderung von 1,28 Millionen aus Asien insgesamt 40 524 Menschen ein, davon 30 226 Japaner und 961 Chinesen. Bekanntlich sind durch das „Chinese seclusion law" die letzteren von der Einwanderung ausgeschlossen, kommen aber, da sich Kanada und Mexiko nicht durch Barrieren sperren lassen, in Tonnen, Kisten, Warenballen oder auch ohne Emballage ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten geschlüpft. Auf leisen Sohlen kommt auch der Japaner. Selbst durch diplomatische Verträge zwischen Washington und Tokio läßt er sich nicht zurückhalten. Was will man tun, wenn die auf amerikanischem Boden rechtlich geborenen Japaner sich durch legitime Inzucht mehren? Man blicke auf Hawai, wo der Vorstoß der gelben Rasse am deutlichsten zu spüren ist. Nahezu die Hälfte der Inselbewohner ist japanischer Herkunft. Nach der Statistik des „Territorial Board of Health" zeigen die Geburtsziffern des letzten Fiskaljahres folgendes Bild: Es wurden geboren: 126 Amerikaner, 30 Briten, 388 Chinesen, 37 Deutsche, 674 Hawaianer, 2445 Japaner, 591 Portugiesen, 174 Porto Ricaner, 86 Spanier und 42 andere, insgesamt 4593 Menschen, wovon über die Hälfte Japaner sind. Die Amerikaner, denen man Mangel an Optimismus gerade nicht nachsagen kann, fangen selbst an, Betrachtungen darüber anzustellen, was werden soll, wenn

die Tausende dort gebürtiger Japaner als rechtmäßige Bürger der Vereinigten Staaten Großjährigkeit erlangt haben werden und dann ihre billigen und willigen Arbeitskräfte auf den ungeschützten Markt werfen. Wer dächte da nicht an die Gefahr friedlicher Unterjochung!

Der Amerikaner allerdings tut sich auf seine kolonisatorischen Fähigkeiten viel zu gute und glaubt auch heute noch an die rasseverschmelzende Kraft seines Landes, an die Geneigtheit des Völkerchaos, sich durch dramatischen Kriegslärm, durch die kraftvolle Persönlichkeit Roosevelts, durch die Ideale amerikanischer Demokratie und, last not least, durch den fetten Boden zu wirklicher nationaler Einheit zusammenzuschließen: „Amerika", so heißt es, „ist die große Völkerschule, in welcher Fehden und Eifersüchteleien der alten Welt der Rassenharmonie und der internationalen Verbrüderung Platz machen." Wir ehren das Selbstvertrauen der Amerikaner. Wollen auf die Ausschreitungen des italienischen Kontingents der „black hand societies" und ähnliche Schandtaten neu Eingewanderter gar nicht eingehen, möchten nur auf eine merkwürdige Diskrepanz verweisen, welche darin besteht, daß es den Amerikanern in 43jährigem Mühen seit dem Bürgerkriege nicht möglich gewesen ist, das viel konkretere Negerproblem zu lösen! Nicht einmal eine Versöhnung zwischen der weißen und schwarzen Rasse zuwege zu bringen! Wenigstens zeigen die 60 Lynchmorde, die innerhalb der ersten 7 Monate des Jahres 1908 von Weißen an Negern begangen wurden, daß die Verbrüderung noch nicht weit genug vorgeschritten ist. Auch hier wird der elementare Rassenhaß geschürt durch Motive der Erwerbsgier, indem der schwarze Arbeiter sehr niedrige Ansprüche an die Lebenshaltung stellt und so dem weißen Arbeiter durch billige Preise den Mehrverdienst streitig macht. Keines der bisher von der Regierung versuchten Mittel: gesetzgeberische Aktionen, Erziehung, Vermischung, Verteilung, Trennung, hat eine Besserung zu bringen vermocht; im Gegenteil hat sich die Negerfrage infolge ihrer moralischen Rückwirkungen zu einem nationalen Problem erster Ordnung ausgewachsen.

Gegenwärtig bildet die Negerbevölkerung zirka 11,6 % der Gesamtbevölkerung der Union. Jeder Zensus seit 1810 hat eine stetige Abnahme dieses Prozentsatzes gezeigt. Damit wäre eigentlich jede Gefahr beseitigt, wenn nicht die Abnahme von 1890 bis 1900 relativ niedriger gewesen wäre als die des vorhergehenden Jahrzehnts. Dabei ist zu bedenken, daß seit Aufhebung der Sklaverei die Einwanderung der Neger keinen Einfluß auf deren Vermehrung gehabt. Nun ist die einheimische Negerbevölkerung in der Dekade von 1890 bis 1900 um 18,1 %, die weiße um 21,4 % gewachsen. Berücksichtigt man bei der letzteren

die starke Einwanderung, so ergibt sich, daß die Neger sich stärker vermehrt haben als die Weißen.

Um die Tragweite dieser Tatsache zu würdigen, muß man die Verteilung der Negerbevölkerung über die verschiedenen Landesdistrikte in Betracht ziehen. In den südatlantischen Staaten leben 3,7 Millionen Neger und bilden 35 % der dortigen Bevölkerung. Im südlichen Zentralamerika leben 4,1 Millionen oder 29,8 % der Bevölkerung. Demnach sind $^9/_{10}$ aller Neger in einem breiten Gürtel vereinigt. Der Rest von 900 000 ist über das Land zerstreut. Ein noch besseres Bild von dem Überwiegen der schwarzen Rasse bekommt man, wenn man die Bevölkerungszusammensetzung in den einzelnen Staaten vergleicht. Der Prozentsatz der Neger beträgt im Staate Mississippi 58 %, Südcarolina 58 %, Louisiana 47 %, Georgia 46 %, Alambama 45 %, Florida 43 %, Virginia 35 %, Nordcarolina 33 %, Arkansas 28 %, Tennessee 23 %, Texas 20 % usw. Die Neger haben also ihren Hauptsitz am Golf von Mexiko, wo von 8,8 Millionen Menschen über die Hälfte schwarz ist. Da den Negern verfassungsmäßig gleiche Rechte zustehen wie den Weißen, die letzteren aber die soziale und politische Gleichheit der ersteren nicht anerkennen wollen, so ergeben sich fortwährende Reibereien, die in der berühmten Lynchjustiz ihren Ausdruck finden. Besonders abschreckend sind die Verhältnisse in den counties, wo die Zahl der Neger diejenige der Weißen um ein Vielfaches überragt, so in Arkansas county 6mal, in Alabama county 7mal, in Beaufort county 9mal, in Isaquene county 16mal. In verschiedenen Landstrichen wurden die Weißen direkt gezwungen auszuwandern. In Alabama county wohnten im Jahre 1880 5600 Weiße und 25 500 Schwarze. Heute leben dort nur 4700 Weiße und 30900 Schwarze. In einem Orte Mississippis hat sich die schwarze Bevölkerung in 20 Jahren von 7900 auf 21 000, die weiße nur von 2200 auf 2700 vermehrt. Hierin liegt die große Gefahr! Denn wo der Einfluß der Weißen fehlt, machen die Neger keine Fortschritte, sondern sinken in die Barbarei zurück. Deshalb ist auch der ganze Süden der Union der weißen Einwanderung und damit der Erschließung im modernen Sinne entzogen. *)

Werfen wir nun noch einen kurzen Blick auf den augenblicklichen

---

*) Die Zahl der Analphabeten unter den Negern der Südstaaten ist etwa viermal so groß als unter den dort lebenden Weißen. Es ist den Negern Nordamerikas das Verdienst allerdings nicht abzusprechen — was auch Booker T. Washington an seinen Landsleuten besonders rühmt — daß es ihnen gelungen ist, sich seit ihrer Entsklavung im Jahre 1860 durch Beharrlichkeit zu Pächtern resp. Besitzern von etwa 21% sämtlicher Farmländereien des Südens emporzuarbeiten. Der Wert des von Negern insgesamt besessenen landwirtschaftlichen Areals beträgt 230 Millionen Dollar.

Stand der Einwanderung, so finden wir, daß von den insgesamt 1,28 Millionen Ankömmlingen des Jahres 1907 etwa 1,19 Millionen aus Europa kamen; davon 338 400 aus Österreich-Ungarn, 285 700 aus Italien, Sizilien und Sardinien und 258 900 aus Rußland und Finnland. Aus Asien kamen 40 500, aus Afrika, Australien und andern Ländern 45 200 Menschen. Von der Gesamtheit der Ankömmlinge, deren wertvollste Mitgift physische Kraft ist, waren 777 700 ungelernte Arbeiter, 304 700 berufslos (inkl. Kinder), 190 300 gelernte Arbeiter. Dem Beruf nach waren 291 100 Gelegenheitsarbeiter, 121 500 Diener, 323 800 Farmarbeiter, 30 600 Schneider, 14 400 Kaufleute und Händler, 20 600 Zimmerleute, 13 000 Schuhmacher, 11 900 Bureauschreiber, 7200 Seeleute, 11 400 Bergleute. Die Zahl der Einwanderer, welche eine Profession gelernt hatten, betrug 12 600, darunter 822 Schauspieler, 2400 Techniker, 1100 Musiker und 1600 Lehrer. Auf diesem bunten Gemisch von Arbeitskräften baut sich die gigantische Produktion der Vereinigten Staaten auf.

Daß die ständig wachsende Menge kulturell tiefstehender Zuwanderer die intellektuellen Fähigkeiten der Amerikaner herabsetzen werde, ist kaum zu befürchten, obgleich man sich über die Wirkungen derartiger Infiltration noch keineswegs im klaren ist. Die nachweislichen Gefahren der Einwanderung liegen vielmehr in den Material-, Arbeits- und Kapitalsverlusten, welche die Horden ungelernter Kräfte dem Lande zufügen. Aber so lange die Bodenschätze zureichen, schlummern auch sie wie ein Lavastrom unter grünender Decke. Sobald jedoch die Rohstoffe Amerikas zur Neige gehen, tritt eine Flut vitalster Fragen unabweislich in den Vordergrund: Auseinandersetzung zwischen Kapital, Arbeit und Regierung; zwischen Arbeitern verschiedener Rasse, Farbe, Lebenshaltung und Religion; Wirkung sinkender Profitaussichten auf Unternehmungsgeist, Technik, soziale Fürsorge; Abwanderung von Kapitalien und Menschen ins Ausland; Notwendigkeit einer Exportindustrie höherer Ordnung im Wettbewerb mit andern Ländern, kurz alle langverhaltenen Probleme drängen gebieterisch nach Lösung. Und dann kommt die Zeit, wo die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre Lebensfähigkeit im Feuer wirklicher Krisen werden erweisen müssen! Denn die periodischen Konjunkturstockungen, wie wir deren mehrere teilnehmend durchlebt, sind nicht Krisen, sondern notwendige Begleiterscheinungen einer jeden Epoche materiell-produktiven Aufschwunges.

Auf den Zusammenhang zweier weiterer Momente sei, weil sie zur Fassung eines Schlusses berechtigen, hier noch verwiesen: die prinzipiell höhere Entlohnung der amerikanischen Arbeit und das Verschwinden der Stammbevölkerung. Sagt Theodor Roosevelt in seiner letzten Bot-

schaft an den Kongreß vom 7. Dezember 1908: „Bezüglich der Lohnarbeiter bin ich der Ansicht, daß alle, mögen sie körperliche oder Kopfarbeit verrichten, einen weit größeren Anteil als jetzt an den Reichtümern haben sollen, die sie schaffen, und in den Stand gesetzt werden, einen größeren Anteil an dem Eigentum an Eisenbahnen, Fabriken und Geschäften zu erlangen.....“ Und bei früherer Gelegenheit: „The general tariff policy to which, without regard to changes in detail, I believe this country should be irrevocably committed, is fundamentally based upon ample recognition of the difference in labor cost here and abroad.“ Letztere Auffassung wurde auf der Konvention der republikanischen Partei im Jahre 1907 deren ticket zugrunde gelegt; gipfelt also in der Überzeugung, daß die Bewertung der amerikanischen Arbeit dauernd höher sein soll als in irgendeinem andern Lande, und daß das amerikanische Durchschnittsheim ein Vorbild für die Welt werde.

Wir wollen hier nicht untersuchen, wie weit dies Ziel überhaupt praktisch realisierbar ist; wie weit die Erhöhung der Löhne, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Steigerung der Behaglichkeit des Arbeiters, die Verteuerung der Materialien getrieben werden können, ohne die Gestehungskosten der nationalen Produkte in dem Maße zu verteuern, daß ein Absatz auf dem Weltmarkt nicht mehr möglich wird. Es ist ja klar, daß diese Absatzgrenzen in einem reichen Lande, dessen Größe in der Erzeugung von Rohstoffen besteht, wegen des geringen Anteils, den die Arbeit an den Gesamtkosten der Produkte hat, weiter gesteckt sind als in Ländern, deren einzige Existenzmöglichkeit im Weiterverarbeiten liegt. Ferner, daß das hohe Niveau inländischer Bedarfsbefriedigung wohl künstlich aufrecht erhalten werden kann, solange das Land sein eigener Produzent und Konsument ist, und die Inlandpreise seiner Fertigwaren infolge des Zollschutzes dauernd über den Weltmarktpreisen liegen. Aber endlich ist es ebenso sicher, daß das angestrebte Arbeiterparadies in dem Augenblick zur Utopie wird, als diese Insichgeschlossenheit der Union aufhört, als Amerika gezwungen wird, für seine wachsende Bevölkerung zahlreichere Arbeitsgelegenheiten und Bedarfsartikel zu schaffen, Industrien höherer Ordnung zu entwickeln und seinen Export an Fertigwaren auf internationalen Märkten mit Japan, China und andern Ländern unverbrauchter Naturschätze, hoher Intelligenz und billiger Arbeitskräfte zu messen. Ob dann die großzügige Organisation, die automatische Massenfabrikation und sonstige Sparmittel — die andern Ländern heute auch kein Geheimnis mehr sind und nur auf bestimmte Warengattungen Anwendung finden — imstande sein werden, die hohen Arbeitslöhne, die kurze Arbeitszeit, die verringerte Leistungsfähigkeit der Produktionstechnik erfolgreich zu kompensieren, das ist zum mindesten wieder ein „Problem“.

Übrigens hat Roosevelt, dem man gewöhnlich imperialistische Gelüste andichtet, der sich aber in der Propagierung politischer Lehren einer bemerkenswerten Wechselfarbigkeit befleißigt, sich auch in der Rolle des Sozialistenhäuptlings schicklich zurechtgefunden. Sagt Rodbertus, der Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus: „Nur physische Arbeit erzeugt Werte; demnach kann Eigentum nur auf Arbeit gestützt, durch diese erworben werden. Nun leidet der Unternehmer durch Mangel an Absatz, der Arbeiter durch Mangel an Befriedigungsmitteln. Gebt dem Arbeiter höhere Entlohnung, gewährt ihm einen größeren Anteil am Nationalertrag, so erhöht Ihr damit die Kaufkraft des Konsumenten, den Absatzmarkt des Produzenten und schafft ein wirksames Korrektiv gegen die Verschiebung des Kapitalbesitzes in die Hände weniger!“ Nun gibt es im Lichtkreis des Weltwirtschaftslebens weder einen isolierten Staat mit absoluter und dauernder Unabhängigkeit noch — bis heute — einen Weltsozialismus, wie ihn obige Theorie zur Voraussetzung hat; sondern alle Kulturländer sind, genau wie die Einzelmenschen, durch nationalegoistische Beziehungen, durch Sättigungstrieb, Genußsucht und Glückverlangen unlöslich miteinander verkettet. Sogar das Land der unbegrenzten Möglichkeiten macht keine Ausnahme. Deshalb werden, ebenso wie aus beregten Rassegründen, solange das kapitalistische System ungebrochen bestehen bleibt, und der Einwanderung die Tore nicht geschlossen werden, auch in Amerika den Arbeitern die Bäume niemals in den Himmel wachsen, selbst wenn die Rohstoffe des Landes unerschöpflich wären.

Es kam uns aber nur darauf an, aus der oben zitierten parteipolitischen Verquickung zwischen Arbeitslohn und Tarif den Beweis zu erbringen, daß in dem demokratischen Experimentalstaat das Niveau der Lebenshaltung grundsätzlich ein höheres sein soll als irgend wo anders. Da nun unsere deutschen Arbeiter auch leben — und, wie englische Beobachter finden, gar nicht so schlecht — so folgt daraus, daß der amerikanische Erwerbstätige prinzipiell einen Zuschuß zum Existenzdurchschnitt des deutschen bezieht. Das geht ja auch ohne weiteres aus einem Vergleich der Lohnstatistiken hervor, die für den Durchschnitt von 12 Berufsarten rund 3mal so hohe Ziffern zeigen als wie in Deutschland (zirka 1,50 M gegen 0,50 M pro Stunde), wenn wir uns auch hüten werden, bei der Fülle unterschiedlicher Lebensbedingungen und bei der Mannigfaltigkeit der das individuelle „Glück“ tangierenden Imponderabilien daraus einen Schluß auf das verhältnismäßige Wohlergehen und noch weniger auf die relative Zufriedenheit der arbeitenden Klassen beider Länder zu riskieren. Denn zufriedener und fleißiger als beide ist ja der Kuli, der doch nach unseren „zivilisierten“

Anschauungen am wenigsten Grund dazu hat, weshalb er einer Epoche krassen Materialismus zur „gelben Gefahr" werden mußte.

Daß das Niveau materieller Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten, solange der Vorrat reicht, stets ein höheres sein muß als in Deutschland, geht schon aus einem Vergleich der ethnischen Eigenschaften der beiden Volkskörper hervor. Wir in Deutschland sind eine mehr oder weniger einheitliche, systematisch organisierte, nationale Masse, mit fest umrissenen völkischen Eigenschaften, Tugenden und Schwächen. Die zahlreichen romanisch-keltischen, slawischen und mongolischen Elemente sind in dem germanischen Stamm aufgegangen. Wenn wir die Sturm- und Drangperiode wirtschaftlichen Aufschwunges hinter uns gelassen haben werden, und unsere rasche Volksvermehrung ruhiger Beständigkeit gewichen ist, müssen wir auch wieder einen Zustand des Gleichgewichts, der wirtschaftlichen Sättigung erlangen, in dem, so hoffen wir, das Streben nach den höchsten Gütern der Menschheit über die Sucht nach materiellem Erwerb endgültig die Oberhand gewinnen wird. Holland, Frankreich und England sind Beispiele, wenn auch nicht unbedingt Vorbilder solcher wirtschaftlichen Beruhigung.

Anders Amerika, dessen wechselnde internationale Masse infolge des ständigen Zustromes heterogener und nicht assimilierbarer Elemente einen solchen Zustand wirtschaftlicher Sättigung und psychischer Harmonie gar nicht zuläßt, vielmehr diesen Zustand mit dem endgültiger Erschöpfung der nationalen Bodenschätze identisch macht. Kein Mensch wandert heute nach Amerika aus, der sich dort nicht etwas holen will; der nicht als Entschädigung für vieles, was er daheim aufgegeben, dort besser leben möchte als zu Hause. Und dieses Plus an Lebensgütern besteht eben nicht wie bei uns in ästhetischen Werten, in Kunst, Wissenschaft, Religion — denn wozu strömten sonst Tausende gebildeter Amerikaner alljährlich an die Kultstätten Europas, nähmen Tausende pekuniär gesättigter dauernden Wohnsitz in alten Kulturländern? — sondern in materiellen Gütern, in tangiblen Schätzen, deren einzige, aber nicht unerschöpfliche Quelle der Boden des gelobten Landes ist. Solange dessen Vorrat reicht, bleibt alles beim alten. Menschen kommen, nehmen und gehen. Aber was hat die Union dem Zuwanderer, was dem Bürger zu bieten, was stützt Handel und Industrie, welch starkes Band hält das Rassenchaos zusammen, wenn einst die Grundlage, auf der die materielle Begehrlichkeit aller Zehrenden fußt, ins Wanken gerät.

Und noch eine letzte Frage, die zum Schluß berechtigt ist: Wie steht's mit dem Wachstum des amerikanischen Stammvolkes? Wir wissen, das jede nationale Kultur, vor allem aber die wirtschaftliche,

sich aufbaut auf der Bevölkerung; und neben den physischen, geistigen und moralischen Eigenschaften dieser besonders auf ihrer Gliederung und Masse. Deutschlands Bevölkerung vermehrt sich jetzt jährlich um rund 800 000 Köpfe, eine Zuwachsrate von 15 pro Tausend, die bei dem uns wie allen Kulturvölkern eigenen Sinken der Geburtsfrequenz hauptsächlich dem Abnehmen der Sterbeziffern, also dem Fortschritt unserer staatlich und unterstaatlich geregelten Hygiene zu verdanken ist. Deutschland ist somit, was die Bevölkerungsvermehrung anbetrifft, jetzt an die Spitze aller Kulturstaaten getreten. Über das Wachstum des amerikanischen Volkes sind genaue Angaben nicht erhältlich, einmal weil die Zählung an und für sich unzuverlässig ist, ferner weil viele Staaten keine Zivilregistratur über die Geburten führen, dann weil keine Gesetze darüber vorhanden sind, und endlich weil die Angaben vieler der Landessprache Unkundiger nicht hinreichen. Pierre Leroy-Beaulieu kommt auf Grund eingehender Sichtung des statistischen Materials auf eine Durchschnittsgeburtsrate des Sammelvolkes von 32—33 und auf eine Sterberate von 17,4 pro Tausend. Dabei ist bewerkenswert, daß die neu eingewanderten Völker eine Geburtsrate von 40 $^0/_{00}$, die Neger eine solche von 36,5 $^0/_{00}$, die einheimischen Weißen dagegen nur eine solche von 30 $^0/_{00}$ aufweisen. Diese Geburtsfrequenz der einheimischen Weißen ist überdies seit 1830 ständig zurückgegangen. Wenn demnach die Zuwachsrate der amerikanischen Bevölkerung in der letzten Volkszählungsperiode 18,9 $^0/_{00}$ beträgt, so entfällt davon ein beträchtlicher Teil auf die fremdrassige Einwanderung, ein weiterer auf die rasche Vermehrung der Neger und Mongolen.

Und warum dieser Rückgang des Uramerikanertums in einem gesegneten Lande, dessen billiger Boden, fruchtbare Gefilde, reiche Naturschätze der heranwachsenden Jugend auch heute noch unübertreffliche Lebensbedingungen gewähren? — Vielleicht gibt uns Rankes Philosophie die richtige Erklärung: „Je mehr die materielle Kultur zunimmt, desto mehr verschärfen sich die Gegensätze der Geschlechter, und desto mehr verwischen sich ihre Unterschiede. Die Männer hören auf, Männer zu sein, die Frauen wollen Männer sein. In rohen Zeiten erziehen die Männer ihre Kinder, die Frauen bringen sie zur Welt; in Kulturzeiten wollen die Männer ihre Kinder nicht mehr erziehen, die Frauen keine zur Welt bringen — in Wahrheit können sie weder das eine noch das andere!“ *)

*) Einen bemerkenswerten Einblick in die Ehestandsverhältnisse der Union gewährt das kürzlich von der Föderalregierung veröffentlichte Zensusbulletin über Scheidungen. Darnach ist die Ehescheidungsziffer pro 100 000 der Bevölkerung von 29 im Jahre 1870 auf 82 im Jahre 1905 und pro 100 000 Verheiratete von 81

Und in dieser völkischen Erschlaffung des amerikanischen Stammvolkes gegenüber dem Zustrom internationaler Massen liegt ein höchst bedeutsames Moment, das uns in kommenden Wirtschaftskämpfen klar vor Augen stehen sollte: Wir Deutsche haben als wirkliche Kulturnation das moralische Recht zur wirtschaftlichen Expansion. Denn unsere durch legitime Inzucht stetig wachsende Bevölkerung verlangt gebieterisch nach Mitteln zur Deckung ihrer dringendsten Lebensbedürfnisse. — Der amerikanische Imperialismus, wie er entgegen dem Geiste Washingtons, Hamiltons, Jeffersons, Madisons und selbst Monroes in der Rooseveltschen Auslegung der Monroe-Doktrin: „Amerika für die Nordamerikaner" neuerdings zum Ausdruck kommt, ist nicht ein Kind der Not, sondern ein Gespinst der politischen Ambition einzelner; nicht die unabweisliche Willensäußerung des amerikanischen Volkes, sondern ein Werkzeug des Anlage suchenden Großkapitals, darauf gerichtet, mit Hilfe fremder Arbeit wenigen begehrlichen Interessegruppen der Union einen Teil des Weltreichtums auf Kosten der interethnischen Masse zu verschaffen. Für uns Deutsche ist die Erweiterung des Außenhandels die einzige Existenzalternative. Es ist der Kampf ums Dasein, den wir kämpfen, die letzte Möglichkeit, unser überströmendes Volkstum vor der Aufsaugung durch fremde Rassen zu bewahren. Uns treibt zwingende Not, den Yankee prickelnder Unternehmungsgeist. Und in diesem völkerbewegenden Moment der Erhaltung deutscher Art liegt die Berechtigung für unser weltwirtschaftliches Bemühen, liegt die expansive Kraft unseres Handels, unserer Schiffahrt, unserer Industrie, liegt das Geheimnis unseres Erfolges auf international umstrittenen Märkten. *)

---

auf 200 in derselben Zeitspanne gestiegen. Anders ausgedrückt: In den 20 Jahren von 1867 bis 1886 wurden 328 716 Scheidungen vollzogen, in den folgenden 20 Jahren, also bis 1906, 945 625 oder nahezu dreimal so viele. Zurzeit endet unter 12 Heiraten immer eine mit Scheidung.

*) Deutschlands Anteil am Welthandel ist in den letzten Jahren bekanntlich stetiger und stärker gewachsen als der irgend einer anderen Macht und beträgt zurzeit etwa 14%, gegen Großbritannien mit 18%, die Vereinigten Staaten mit zirka 11% und Frankreich mit 8,9%, letzteres im Jahre 1906. Was den absoluten Umsatz des deutschen Außenhandels angeht, so betrug die Wertsumme der Ein- und Ausfuhr im Jahre 1907 rund 17 Milliarden Mark, gegen 15,5 Milliarden in 1906 und 13 Milliarden in 1905. Von der Gesamtausfuhr in letztgenanntem Jahre, 6 Milliarden Mark, waren zirka 11% Nahrungsmittel, 27% Rohstoffe und 62% Fabrikate, von der Gesamteinfuhr waren zirka 30% Nahrungsmittel, 40% Rohstoffe und nur 20% Fabrikate.

## 3. Volksstruktur und sozialer Gedanke.

„Wenn wir uns umsehen in der Geschichte der Kulturvölker, so sind es nicht die Monarchien, in denen am wenigsten für die Arbeiter geschieht. Es steht fest, daß jede nichtmonarchische Verfassung zur Parteiregierung führt, und das jede Parteiregierung unendlich langsamer auf sozialpolitischem Gebiet vorgeht.“ Graf Posadowsky. — Da volle persönliche Freiheit der Erwerbstätigkeit und des Privateigentums sowie Vertragsfreiheit und Rechtsgleichheit aller Individuen im Staat als die Grundlagen der modernen Volkswirtschaft gelten, so ist dieses Prinzip sowohl in dem demokratischen Experimentalstaat der Union als in dem monarchisch-konstitutionellen Bundesstaate Deutschland verkörpert. Nur die Einschränkungen, welche dasselbe im Interesse der Entwicklung des Ganzen notwendigerweise erleiden muß, und welche durch Geschichte, Geographie und Menschentum zeitlich bedingt werden, sind in den beiden Volkswirtschaften der Union und Deutschlands verschieden geartet. Staatshilfe auf der einen, organisierte wirtschaftliche und politische Selbsthilfe auf der andern Seite werden das beregte Prinzip stets mehr oder weniger stark beschränken; doch während die erste nur im Interesse der Gesamtheit wirkt oder wirken soll, wird die zweite überwiegend um der betreffenden Einzelwirtschaften oder Klassen willen Platz greifen. Das sollte auch bei der Erörterung des sozialen Gedankens grundsätzlich bedacht werden.

Es kann sich im Rahmen dieser Darstellung nicht darum handeln, die Aufgaben und Ziele der modernen Arbeiterwohlfahrtspolitik im einzelnen zu erörtern. Daß es not tut, die wirtschaftliche Lage der Lohnarbeiterklasse, die für die nationale Stellung und Wehrmacht eines Landes und namentlich unseres Landes, genau so unentbehrlich ist wie die höheren und selbständigen Berufe, zu heben und zu festigen, darüber dürfte in der Welt, die sich zivilisiert nennt, kaum ein Zweifel bestehen. Nur über die Möglichkeiten, die Richtlinien und die Grenzen des sozialen Fortschrittes gehen die Meinungen und Wünsche der beteiligten Kreise in den verschiedenen Ländern naturgemäß auseinander.

Der demokratische Experimentalstaat Nordamerikas als Exempel hat keine Vorläufer, das Sammelvolk als solches keine Vergangenheit; kann demnach aus den Fehlern früherer Zeiten nicht lernen, aus deren Vorzügen nicht Nutzen ziehen, darf aber auch die Last schädlicher Traditionen nicht dauernd mit sich herumtragen. Die Struktur des amerikanischen Arbeitskörpers und dessen Zweck, die Güterbeschaffung,

wird demnach weit weniger als die deutsche durch geschichtliche Momente geformt, sondern ist wie Volk und Saat selbst eine Schöpfung der Neuzeit. Gewisse Grundtendenzen aber, soweit sie durch Klima, Einwanderung und Verfassung bedingt werden, sind leicht feststellbar.

Zunächst bewirkt das Fehlen geschichtlicher Überlieferungen und gesellschaftlicher Prärogative, daß der einzelne nicht wie bei uns in eine bestimmte soziale Berufsklasse hineingeboren wird, aus der er sich trotz genügender Fähigkeiten nur schwer loszulösen vermag, sondern die Berufswahl und Änderung geht frei von gesellschaftlicher Retardation vor sich, wodurch die soziale Auslese, also das Aufsteigen der wirtschaftlich Tüchtigsten aus der breiten Masse des Volkes, erheblich gefördert wird.

Das ist unstreitig ein Vorzug, welchen die amerikanische Demokratie den Arbeitsbedingungen älterer Kulturländer gegenüber bietet, aber ein Vorzug, der durch Nachteile mannigfacher Art erkauft wird. Hier sei nur auf die durch die obige „Scheidung nach Kräften" bewirkte stärkere Tendenz zur einseitigen Kapitalverschiebung verwiesen; ferner auf die Bevorteilung des Wirtschaftsstaates auf Kosten des Rechtsstaates, auf die Durchsetzung des nationalen Wirtschaftslebens mit den der heterogenen Einwandererschar vererbten Trieben; eine Infiltration, die häufig gute, häufiger aber recht schlechte Resultate zeitigt. Von einer „inneren Tüchtigkeit" des stets wechselnden Arbeitskörpers der Union zu reden, ist jedenfalls ebenso unvorsichtig, als den anerkannten Tiefstand des völkischen Rechtsbewußtseins zur Grundlage eines Beweises zu machen. Es läßt sich eben nichts über das Volk der Amerikaner verallgemeinern. Feststehend ist nur, daß es länger als eine Reihe von Jahren nimmt, um aus einer Horde kulturell tiefstehender Zuwanderer eine kulturell hochstehende Nation zu machen. Namentlich da, wo der erzieherische Einfluß des Stammvolkes der Kavaliere und Puritaner auf den Zustrom der Fremden zusehends nachläßt, wo die nivellierende Wirkung der Routine materieller Quantitäten so verblüffend gründlich ist, und wo der kulturbildenden Faktoren in den Vereinigten Staaten so wenige sind. Vergessen wir nicht, daß Information nicht gleichwertig mit Erziehung, Zivilisation nicht identisch mit Kultur ist.

Wenn Volumen und Qualität der Einwanderung von den verantwortlichen Regierungsstellen der Union aus geleitet würden, dann wollten wir uns gern dem Optimismus H. G. Dwights anschließen, der seine Landsleute mit folgenden hübschen Worten charakterisiert: „We are not, as some of us would like to think, a legendary race in its infancy face to face with the primal problems of men. Neither are we, as others of us would like to think, a historical race rich with the accu-

mulations of ages. We are rather the younger sons of the ages, with a tradition and country that do not match. Our feverish activity, our prodigious progress, are the haste of pioneers with civilization in their blood to create anew — and more perfectly! — the world from which they came."

Wie grundverschieden die Beurteilung des Sammelvolkes selbst innerhalb des verhältnismäßig kleinen Kreises der echten Amerikaner ist — d. h. solcher, die von in Amerika geborenen Eltern abstammen — geht aus dem folgenden Zitat hervor, das im Gegensatz zu der optimistischen Auffassung der Majorität die pessimistische Auffassung der Minorität wiedergibt. Schreibt Mr. Ernest Crosby in der „Arena": „I cannot in justice overlook our faults nor be blind to the fact that the good points of other races supply our deficiencies. In the great century of music, none of our blood produced a work of even the third class. We have never had a painter who could rank among the first score or two of great artists. We must go to Germany for our highest philosophy and to France for the most finished elegance of thought and manners. We know little of the joy of living. We take our holidays sadly, and laugh with mental reservations The Europeans come to us with a new capacity for mirth, a genius for joviality and sociability. Are these ingredients to be despised? For a few years he may navigate our streets with his hand organ or his plaster-casts and frequent his genial café, but before long he must fit himself to our Procrustean bed, and at last we find him at work in the regulation store or at rest before the rigid bar or at the taciturn dairy-lunch counter. Is it desirable that we should compass sea and land in this way to make a proselyte? Should we reduce the whole world to one dead level? And not content with stifling the originality of the immigrant, we must needs carry our missionary zeal for uniformity to foreign lands in the hope of destroying all individuality. In Anglosaxonizing India and Japan we are crushing out the most wonderful of arts beyond a possibility of resurrection. We are the Goths and Vandals of the day. We are the Tartars and the Turks. And the countries which we overrun have each its own priceless heritage of art and legend which we ruthlessly stamp under foot."

Die geographischen, historischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Nordamerikas sind unzweifelhaft sämtlich dazu angetan, auf das zur Ausschlachtung des reichen Bodens zusammengeströmte Völkerkonglomerat verflachend zu wirken, sowie die koloniale Ignoranz und den selbstgefälligen Provinzialismus der dort einheimischen Yankees zu stärken. Es ist völlig verkehrt, anzunehmen, daß die bloße Tatsache in einem ungeheuer großen Lande geboren zu sein und aufzuwachsen

dem Amerikaner ohne weiteres einen weiten Gesichtskreis und eine großzügige Lebensauffassung verschafft. Nicht Gleichförmigkeit, sondern Abwechslung fördert die geistige Regsamkeit. Nicht universelle Zweckmäßigkeitsroutine, sondern ein gesunder Wechsel von Erwerb und Genuß, Arbeit und Muße, Ernst und Laune hebt Natursinn und Kunstverständnis. Nicht ein geschlossener, einheitlicher Binnenmarkt mit gleichförmigen Ansprüchen schafft ein hochstehendes Gewerbetum, sondern ein buntfarbiges Absatzfeld mit kapriziösen Forderungen. Nicht politische Isoliertheit, sondern die Not der Wehrhaftigkeit gegen eine aggressive Umgebung stählt den Mannesmut und reizt zur ingeniösen Leistung. Nur Reibung und Widerstand drängen zum Fortschritt, nicht seichtes Gewähren.

Sagt Reverend Herbert W. Horwill in der „National Review" (London): „The necessity of making acquaintance with what is happening elsewhere in the world has been minimized for Americans, until lately, by the political isolation of the United States. That country has been spared not only the entanglement of foreign alliances, but also the educating influence of direct contact with foreign problems. Its freedom from European complications, however helpful on the whole to the development of its internal resources, has certainly tended to circumscribe the ideas of its people. Further, in the Old World, even if we are not able to go abroad, a constant appeal is made to the imagination by visible memorials of past centuries. We can travel in time, if not in space. We have before our eyes persistent reminders that the civilization of the twentieth century is not the sudden creation of our own contemporaries, or of a generation immediately preceding, but has been slowly built up by the genius and toil of our forefathers." Es ist nur recht und billig, bei der Beurteilung völkischen Wesens die Urteile angelsächsischer Beobachter über das aus ihnen hervorgegangene Volk der Amerikaner in erster Linie zu berücksichtigen.

Wir Deutsche würden uns gern der optimistischeren Auffassung anschließen, wenn das Wesen des Völkerzustromes nach den Vereinigten Staaten sich seit Anbruch der kraß-kapitalistischen Produktionsperiode nicht so vollständig geändert hätte. Nicht der Staat entscheidet ja über die Einwanderung, sondern das Anlage suchende Großkapital, d. h. in erster Linie die Schiffahrtsgesellschaften und deren Agenten, in zweiter die Großindustrie. Denn an einer gemischtsprachigen Grenzbevölkerung, die uns Deutschen die Anziehung und Abstoßung brauchbarer Arbeitskräfte so sehr erleichtert, fehlt es in der Union.

Seit 1882 hat die Föderalregierung die Kontrolle über die Einwanderung den Einzelstaaten aus der Hand genommen. Die drei

hauptsächlichen Gesetzesmaßnahmen: der Akt vom 3. März 1903, wonach jeder Einwanderer mit einer Kopfsteuer von 2 Dollar belastet wurde, und unwünschenswerte Elemente, besonders solche, die der Allgemeinheit zur Last zu fallen drohten, ferngehalten werden sollten; der Contract Labor Act vom 26. Februar 1885, wonach Arbeiter, Mechaniker und Kunsthandwerker, die kontraktliche Verpflichtungen mit inländischen Arbeitgebern eingegangen waren, nicht zugelassen wurden; und der vorerwähnte Chinese Seclusion Act, all diese haben die Übelstände, welche durch die Selbstsucht des Großkapitals heraufbeschworen waren, nicht zu mindern vermocht. Zur raschen Erschließung reicher Naturschätze sind reichliche Arbeitskräfte und starker Konsum zweifellos nötig. Es fragt sich lediglich, ob das von der Plutokratie eingeschlagene Ausbeutungstempo nicht auf Kosten nationalen und sozialen Prestiges durchgesetzt wird.

Was bedeutet z. B. die von den Einwanderern im Jahre 1905 eingebrachte Geldsumme von 25 Millionen Dollar gegenüber der Tatsache, daß die Mittel zur Einwanderung in überwiegendem Maße aus Amerika vorgestreckt werden; daß die Ersparnisse und Geldsendungen dort Tätiger nach der Heimat den obigen Betrag um das 2- und 3fache übersteigen; daß etwa 80 % aller Einwanderer gänzlich ungelernt, ohne Berufskenntnis und Unterhaltsmittel ins Land kommen, daß 26 % von ihnen Analphabeten sind und daher den Fortschritt der Volksbildung dauernd zurückhalten; daß die Tendenz der neuzeitigen Einwanderung überwiegend in den Schlamm der großen Städte führt; daß die kriminellen Triebe des Sammelvolkes durch den Zustrom minderwertiger Rassen nachweislich gefördert werden; daß die niedrige Lebenshaltung der Ankömmlinge das Steigen der Löhne, wenn nicht verhindert, so doch verzögert und somit die Konsumkraft der Massen schwächt; daß die Einwanderer für die Vermehrung zahlloser Krankheiten: Trachoma, Tuberkulosis, Pocken, Geistesgestörtheit, Kindersterblichkeit usw. verantwortlich sind und durch ihre Unwissenheit die Durchsetzung sanitärer Maßnahmen hindern; daß von den männlichen Personen fremder Abkunft etwa dreimal so viele der öffentlichen Armenpflege anheimfallen — pro Million stimmberechtigter Bevölkerung — als von den dort geborenen; daß die Zuwanderer, das sind 1,3 % der Gesamtbevölkerung, zirka 11 % der Insassen aller Straf-, Besserungs- und Wohlfahrtsanstalten ausmachen usw.

Kann man sich diesen durch zahlenmäßige Belege erwiesenen Tatsachen gegenüber der Einsicht verschließen, daß gerade die E i n w a n d e r u n g , auf welcher die materielle Entwicklung der Vereinigten Staaten grundsätzlich fußt, es ist, welche Nationalität, Freiheitsliebe, Religion, Intelligenz, kurz die Durchsetzung des Volkes mit ethischen

Werten, das Endziel aller sozialen Entwicklung, aufs schwerste gefährdet? —

Als eine Wirkung des zwischen dem Wendekreis des Krebses und, bei Berücksichtigung Alaskas, dem Nordpolarkreis stark wechselnden Klimas macht sich in der Union eine stark wechselnde Intensität der völkischen Arbeit bemerkbar. So bedarf der Süden bei sinkender Lebenshaltung und Kultur zur Erzielung geringerer Produktionswerte größerer Arbeitskräfte als der Norden, weshalb Neger-, Frauen- und Kinderarbeit dort besonders im Schwunge ist. Deshalb ist auch das soziale Problem in verschiedenen Distrikten der Union verschieden geartet.

Das Fehlen einer Vergangenheit und damit einer völkischen Klassengliederung, die Ausschaltung der einer Demokratie nicht verfügbaren imponderablen Kompensationswerte, die Beschränkung gesellschaftlicher Distinktion auf das Bankguthaben, all dieses trägt dazu bei, auch das Entlohnungssystem der amerikanischen Arbeit auf eine absolut materialistische Basis zu stellen. Die Mängel dieses Systems wiegen allerdings weniger schwer innerhalb der breiten Masse von Erwerbstätigen, deren „Standard of life" vorwiegend durch den Magen bedingt wird. Doch auch hier geben die abnorm hohen Gehälter und Tantiemen der Leiter industrieller Unternehmungen — eine typische Begleiterscheinung des modernen Großbetriebes — den untergeordneten Organen berechtigten Grund zur Mißstimmung. Der Arbeiter kann und wird nie einsehen, daß das Salär eines Managers, selbst wenn er härter schaffen müßte und größere Verantwortung trägt, dem sich häufenden Umsatz des betriebenen Geschäftes proportional zunehmen soll, während sein eigener Lohn stets seiner individuellen täglichen Leistungsfähigkeit gleich bleibt, und seine Existenz dazu von Konjunkturschwankungen viel stärker abhängig ist als die des kapitalistisch Kräftigeren.

Das ist ja in Deutschland auch nicht anders. Nur ist hier glücklicherweise die Entlohnungsdifferenz zwischen den Berufsextremen geringer, eben weil wir unsern leitenden Persönlichkeiten mit imaginären Werten aufwarten können, die in Amerika nicht Geltung haben. Die Befriedigung über kleinere Erfolge ist bei uns größer, der Ehrgeiz, öffentliches Ansehen zu erringen, stärker ausgeprägt, die Aussicht, infolge verdienstvoller Tätigkeit auf der gesellschaftlichen Staffelleiter zu steigen, eventuell gar ein „Ahn" zu werden, vielen höchst reizvoll, eben weil Titel, Würden und Klassengebarung in unserm System Kurs haben.

Besonders schwerwiegend fällt dieser Vorzug unserer gesellschaftlichen Anciennetät ins Gewicht, wo es sich um den Nachwuchs geeigneter Kräfte für öffentliche Ämter und Ehrenstellen sowie für Erziehungsposten ziviler und militärischer Art in dem vierfach gestaffelten Orga-

nismus unseres Volksbildungswesens handelt. Deutlich wie bei uns der Zug vom Privatgelehrten zur Universitätsprofessur, vom bürgerlichen Jüngling zur Offizierslaufbahn, vom praktisch bewährten Finanz- oder Industriekapitän zur Regierungsleitung wahrnehmbar ist — obwohl die Entlohnung solcher Ämter hinter der für gleiche Leistungen in der Privatwirtschaft gezahlten Kompensation oft bedeutend zurücksteht —, ebenso deutlich macht sich in Amerika der umgekehrte Vorgang bemerkbar: Universitätsprofessur, Offiziersstand, Regierungsstellung dienen dem ehrgeizigen Streber als Übergangsstadium zu einem fetten Posten in dem empire of business. Denn Geschäft steht über Gesellschaft, Staat, Nation, Gemeinwohl.*)

Diese Tendenz der oberen Gesellschaftsstrata Amerikas, sich lieber mit materiellen als mit imaginären Werten abspeisen zu lassen, steht im Einklang mit der Berufsstaffelung, wie sie Professor Hadley von Yale in folgenden Worten präzisiert: „There are, in the U. S., three professions to day which do not regard themselves as servants, but as masters, the financier, the journalist and the politician. If the engineer and the lawyer accept positions as servants, simply putting their technical knowledge at the disposal of the merchant, the journalist or politician, who will pay the highest price for it, it is not only a question of inferiority, but a dereliction of public duty.“ Wiederum ist es also die Routine materieller Quantitäten, welche die Entwicklung staatlicher und unterstaatlicher Organisation nach dem bei uns erprobten System außerordentlich erschwert, so daß wir es begreiflich finden, wenn sich in der Union private Sonderorganismen bilden, welche die Lücken staatlicher Hilfe namentlich nach der Richtung kräftiger Durchsetzung des nationalen und des sozialen Gedankens unabhängig für sich auszufüllen bemüht sind.

Wir Deutsche sollten uns aber nicht darüber im unklaren bleiben, daß wir in unserm ererbten Standesbewußtsein ein mächtiges Zahlungs-

*) Um ein Beispiel zu geben: Obgleich ein Unterleutnant der U. S. Army 4 Dollar, ein Kapitän 6—7 Dollar den Tag verdient, außerdem Zuschläge für Wohnung und Bedienung erhält, Haushaltungsgebrauchartikel vom Regierungskommissar zum Selbstkostenpreis erstehen kann und beim Abschied $^3/_4$ seines Salärs als Ruhegehalt bezieht, so nimmt das Abströmen von Offizieren aller Waffengattungen in die Privatwirtschaft derart überhand, daß die Regierung sich gezwungen sieht, eine durchgreifende Gehaltsaufbesserung aller Chargen ernstlich in Erwägung zu ziehen. Ein anderes Zugmittel, Leute im Heere zu behalten, gibt es nicht. Oberst Hugh L. Scott, Direktor der Kadettenanstalt zu Westpoint, weist in seinem letzten Jahresbericht selber auf die bedenkliche Tatsache hin, daß zum ersten Mal in der Geschichte der Akademie das Korps um 73 Köpfe unter seiner autorisierten Stärke zurückgeblieben, und daß von den im Jahre 1907 als reif befundenen Prüflingen 9 sofort den Militärdienst zugunsten einer besser bezahlten Privatstellung quittierten.

mittel der Union voraus besitzen, von dem bei der Entlohnung der unteren Arbeitsschichten leider noch nicht genügend Gebrauch gemacht wird. Auf das Übergreifen ausländischer Sozialinstitutionen nach Europa zu warten, erübrigt sich für uns, die wir auf dem Boden ureigenster Sozialreform alle Probleme der Neuzeit lösen können, wenn wir nur dem mit fortschreitender Volksbildung zunehmenden Drängen der unteren Erwerbsklassen nach hochwertigeren Arbeitsgelegenheiten rechtzeitig nachgeben und gleichzeitig durch staatliche Maßnahmen den nationalschädlichen Tendenzen der „wüsten" Kapitalkonzentration kräftig entgegenarbeiten.

Das Herausheben des Arbeiters aus dem Proletarierstande entwickelt sich bei uns, wie überall, als eine natürliche Folge des universellen Volksbildungsprozesses sowie als ein Resultat der Evolution unserer nationalen Industrie zu Stufen höherer Ordnung. Die untersten Arbeitsstrata füllen sich, wie in Amerika, mit wirtschaftlich und kulturell tiefstehenden Ausländern, allerdings in bedeutend langsamerem Tempo als dort. Beispielsweise betrug der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der Belegschaft des Ruhrkohlenbergbaus im Jahre 1906 etwa 7,42 %, während im amerikanischen Bergbau zirka 90 % Ausländer beschäftigt sind. Die heimischen Arbeiter beider Länder streben, in Deutschland stärker wie in der Union, höheren Erwerbssprossen zu.

Hier liegt der Unterschied der sozialen Struktur: Während in Amerika die gesellschaftliche Staffelung einzig durch pekuniäre Momente bedingt wird — und im Großbetrieb sind der Massenentlohnung ganz bestimmte obere Grenzen gezogen — ist in Deutschland die Entlohnung der höheren Stände oft geringer als die der unteren. Dafür wird der weiße Kragen, das Bürgertum, der Herrentitel, die Ehre in Zahlung genommen. Auch das Interesse an der Tätigkeit selbst, das Bewußtsein, als Kopfarbeiter über der großen Masse der Handarbeiter zu schweben, und ähnliche Imponderabilien spielen hier mit.

Bedenkt man, daß für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt deren Produktivwirkungsgrad, d. h. in diesem Falle das Verhältnis zwischen Löhnen und Erträgnissen, von hervorragender Bedeutung ist, und daß wir auf international umstrittenen Märkten wie Südamerika, Asien usw. in Zukunft mit Nationen wie Japan und China mit ihren überaus billigen und willigen Arbeitskräften zu rechnen haben, so läßt sich nicht leugnen, daß die Nutzung ständischer Verschiebung, welche es uns ermöglicht, hochwertigere Arbeitsfunktionen ohne besonderen Kapitalaufwand zu kompensieren, der deutschen Industrie vor der amerikanischen einen bedeutenden Vorsprung gewährt, gleichwie der habituelle Fleiß des deutschen Volkes, welcher den Mangel mancher Talente aufwiegt, und seine Sparkraft diesen noch vergrößern.

Doch wollen wir nicht verkennen, daß äußeren Vorteilen innere Nachteile gegenüberstehen: Die Konsumkraft und die Steuerfähigkeit des betreffenden Mittelstandszuwachses werden durch übergroße Anspruchslosigkeit herabgedrückt — ein Übelstand, der bei der großen Bedeutung des Binnenmarktes für Deutschland nicht zu unterschätzen ist — und die Kluft zwischen Unternehmergewinn und Arbeitslohn, also die einseitige Kapitalverschiebung nach der privatwirtschaftlichen Seite hin, wird erweitert. Kein Wunder, daß, obwohl das psychische Milieu Deutschlands in viel schwächerem Maße als das der Union kapitalistischer Ordnung ist, das Anlehnungsbedürfnis der großen Masse der Erwerbstätigen, die in früheren Zeiten ihre eigene Existenz hatten, heute aber durch den Lauf industrieller Entwicklung zu unselbständigen Lohnarbeitern herabgedrückt wurden, an den Staat im Wachsen begriffen ist.

Was dem gebildeten Sozialisten Amerikas als eines der erstrebenswerten Ideale des Zukunftsstaates vorschwebt: die Ersetzung des Wettbewerbs um materiellen Gewinn durch den Erwerb um Ehre — wir Deutsche besitzen es in unserm ererbten Drang nach Bewährung vor dem Forum der öffentlichen Meinung. Was dem Amerikaner wegen der alle Volksschichten durchsetzenden Korruption unmöglich zu realisieren ist: die kollektivistische Eignung der Produktionsmittel durch die straff organisierte Allgemeinheit und ihre kooperative Nutzung zum Besten aller — wir sichten das Erstrebte in unsern verstaatlichten Verkehrsmitteln, in unsern Domänen, in unsern fiskalischen Berg- und Hüttenwerken, in der Selbstverwaltung unserer vorbildlich geleiteten Stadtgemeinden und unterstaatlichen Kommunalverbände. Was endlich die Grundnote aller Sozialreform betrifft: die Sicherung eines Existenzminimums für die große Masse der unselbständigen Lohnarbeiter, so hat Deutschland auch in dieser Beziehung durch seine Arbeiterschutz- und Fürsorgepolitik der ganzen Welt ein Beispiel gegeben, indem die Regierung den wirtschaftlich schwächeren Volksschichten im Interesse des nationalen Gesamtwohls den staatlichen Schutz überall da zuwendet, wo die eigene Kraft der Beteiligten versagt, d. h. Sorge trägt, den Industriearbeitern in den durch Krankheit, Invaliditäts- und Altersschwäche herbeigeführten Notlagen ein Anrecht auf eine standesgemäße, vor der Armenpflege bewahrende Fürsorge gesetzlich zu sichern.

Unter dem Einfluß dieser von Kaiser Wilhelm I. und dem Fürsten Bismarck eingeleiteten Sozialpolitik hat sich auch eine neue segensreiche Tätigkeit der Städte zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen entfaltet. Bekanntlich sind die Städte an der Sozialpolitik beteiligt, teils als ausführende Verwaltungsorgane der drei Versicherungszweige, teils als verantwortliche Träger der Krankenversicherung, teils

als Arbeitgeber. Und da die Versicherung nur den wirklichen Arbeitern zugute kommt, suchen die Städte durch Einrichtung von Arbeitsnachweisen, durch Vornahme von Notstandsarbeiten und überhaupt durch Ausdehnung der kommunalen Produktivtätigkeit den Arbeitern eine dauernde Beschäftigung zu sichern. Auch die Frage der Arbeitslosenversicherung ist bereits in Angriff genommen, ebenso die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter durch mittelbaren oder unmittelbaren Bau geeigneter Wohnungen und durch die Einrichtung von Wohnungsinspektionen, endlich die Weiterbildung der Arbeiterbevölkerung durch obligatorische Fortbildungsschulen, Volksbibliotheken, Lesehallen, Haushaltungsschulen und ähnliche Institute.

Auf der andern Seite wird durch die Erstarkung der Produktivität und der Kontrollgewalt des Staates über das „wüste Kapital" die Möglichkeit industrieller Krisen und damit die Ursache des Massenelendes mehr und mehr ausgeschaltet, und wir nähern uns auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung und ohne Gefährdung der Stabilität unserer nationalen Produktion zielbewußt den Idealen des Zukunftsstaates, wie sie Rodolphe Broda-Paris folgendermaßen charakterisiert: „Aufstieg des Arbeiters zur freien Mitbestimmung der industriellen Verhältnisse, der ihm ein starkes Gefühl der Mitverantwortlichkeit und der Arbeiterpartei ein starkes nationales Gefühl verleiht; und allgemeines Empfinden gesicherter Lebensexistenz, die, von keiner Krise mehr bedroht, einer neuen harmonischen Lebensauffassung Raum gibt."

In der Union tritt an die Stelle staatlicher Hilfe die organisierte Selbsthilfe der Lohnarbeiter selbst. Wenigstens der Theorie nach. Sagt William Howard Taft in einer kürzlichen Tendenzrede: „The really practical justification for popular representative government rests on the truth that any set of men or class in a political community are better able to look after their own interests and more certain to keep those interests constantly in mind than the members of any other class or set of men, however altruistic." Diese Worte enthalten, auf ein konkretes Problem angewendet, die Auslegung des individualistischen Regierungsprinzips: laissez faire, ... pas trop gouverner! — wie es der Staatsverfassung angelsächsischer Völker tatsächlich zugrunde liegt.

Ihnen ist ja der Staat — das muß man sich immer wieder vor Augen halten — nicht wie uns das Exekutivmittel des organisierten Volkswillens, welcher im Gegensatz zu den Trieben des Einzelmenschen frei von sklavischem Erwerbstrieb handelt, vaterländische Weitsicht besitzt und Stabilität und Dauer der hastigen Entwicklung unserer nationalen Struktur in seinen Entschließungen voranstellt. In Amerika ist der Staat, und als körperlicher Ausdruck dieses die Föderalregierung und die Regierungen der Einzelstaaten, in der Phantasie der Massen ein

deus ex machina, dessen tyrannischer Domination sich mannhaft zu widersetzen für nationale Pflicht gilt, d. h. Geschäftssache ist; praktisch ein biegsames Werkzeug der launischen Allgemeinheit, ein geduldetes, weil notwendiges Übel, ein saft- und kraftloses Scheinwesen, das der großen Masse nichts bedeutet und nichts nützt, niemandem Vertrauen einflößt, keine Initiative besitzt, keine Anregungen gibt und etwaige Reformen den organisierten Kräften der Opposition gegenüber nicht durchzusetzen vermag. Die beste Regierung erschien dem Kolonisten von jeher: the governement which governs least!*)

Die Unhaltbarkeit dieses Zustandes administrativer Zerfahrenheit und die Gefahr der Abhängigkeit des amerikanischen Gemeinwohls von einem vielköpfigen Sonderorganismus, wie die Trusts ihn darstellen, ist den verantwortlichen Leitern der Unionsregierung genau so klar wie den fremden Beobachtern. Sagt Roosevelt in seiner letzten Botschaft an den Kongreß: „The danger to American democracy lies not in the least in the concentration of administrative power in responsible and accountable hands, since concentrated power is palpable, visible, responsible, easily reached, quickly held to account. The danger lies, rather, in having the power insufficiently concentrated, so that no one can be held responsible to the people for its use." Das ist, in kurzem, das republikanische Glaubensbekenntnis.

Bemerkenswert an der Situation ist nicht, daß die Schlaffheit der nationalen Organisation der Union in scharfem Gegensatz zu unserer eigenen einheitlich geleiteten Staatsdisziplin steht. Dafür ist ja die Historie verantwortlich. Auffallend ist vielmehr, daß sie sich im Widerspruch mit den Tendenzen der amerikanischen Privatwirtschaft selbst befindet, insbesondere der Industrie, deren Leistungsfähigkeit überwiegend oft das Resultat ingeniös straffer Organisation und Verwaltung ist, worin einzelne Betriebe in der Tat Vorbildliches leisten.

Ungeeignet, wie uns die Jeffersonsche Theorie des zügellosen Individualismus, auch „Dezentralisationsdoktrin" genannt — welche im Gegensatz zu den Ansichten der ersten Föderalisten: Washington, Hamilton und anderer, besonders von Madison und Monroe, den Verfechtern der demokratischen Richtung, gestützt wurde — erscheinen mag, um einem bunt zusammengewürfelten Völkerkonglomerat als Regierungsprinzip zu dienen, zeigt sie ihre Unhaltbarkeit besonders deutlich, wo es sich um die Durchsetzung sozialer Reformen im Interesse des nationalen Gesamtwohles handelt. Aus der geplanten Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk, ist eine Herrschaft der Pluto-

*) „The principle of our Constitution is fear of the State, fear of its encroachments", McClure.

kratie, durch die Plutokratie, für die Plutokratie, geworden, also eine Parteiregierung. Von dieser Seite ist daher schwerlich großes Heil zu erwarten. Nur insoweit als das Gemeinwohl zum Geschäftserfolge unentbehrlich ist, also z. B. unter der Stammarbeiterschaft großer Betriebe, werden wir deshalb vereinzelte Anläufe zur sozialen Fürsorge wahrnehmen.

Aber die Grundnote all dieser Reformen, industrial betterment genannt, beginnt und endet in dem Bestreben, den Wirkungsgrad des physisch-menschlichen Arbeitselements, sei es durch geklügelte Lohnsysteme, durch sorgfältige Registrierung und Überwachung der Einzelleistung, durch sanitäre Vorkehrungen, durch sportliche Veranstaltungen, durch erzieherische Maßnahmen, nach Möglichkeit zu erhöhen, also wie beim sweat shop-System alles Erreichbare an Saft und Kraft aus dem Arbeitskörper herauszupressen.

Amerika hat nur Brauch für den Starken. Wer seine Kräfte auf dem Amboß der Industrie verspritzt, seine Knochen im Räderwerk des Verkehrs zermürbt, seine Nerven auf der Wahlstatt des Handels gelassen hat, dem winkt fürs Alter die Gosse oder das Asyl. Welch Armutszeugnis für den Geist einer Industrie, wenn Männer von über 30 Jahren an leitender Stelle keine Verwendung mehr finden! Fürwahr keines besseren Beweises für die das ganze Land durchsetzende Augenblicksroutine, keiner weiteren Bestätigung für die fieberische Krankhaftigkeit der amerikanischen Machtentfaltung bedarf es, als dieses Ausmerzen des erfahrenen, bedächtigen, zügelnden Alters. Was bedeuten die zahllosen Scheingesetze, was die state boards of charities, was die 200 Privat-Wohltätigkeits-Gesellschaften, was die Suppenanstalten Kushmans, die Stiftungen Rockefellers, die Bibliotheken Carnegies, mit denen sich die Plutokratie ein billiges Denkmal setzt, gegenüber der überwältigenden Zahl von 10 Millionen Bedürftiger, die heute der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen oder darben müssen!

Selbst wenn wir zugeben wollten, daß die staatliche Sozialpolitik, wie sie Deutschland auszeichnet, nicht rein altruistischen Motiven entsprungen, sondern aus national-egoistischen Überlegungen hervorgegangen ist, teils als eine Folgeerscheinung volkswirtschaftlicher Entwicklung, teils aus den Selbsterhaltungstrieben der Rasse heraus, so läßt sich doch nicht verkennen, daß der Durchsetzung des Arbeiterwohlfahrtsgedankens durch Private viel engere Grenzen gezogen sind als der staatlichen Fürsorge, weil in der Privatwirtschaft, und namentlich in der amerikanischen, das Geschäftsinteresse alle Regungen höherer Art überwuchert, und weil die vaterländische Weitsicht, die Einheitlichkeit der Organisation und die Beständigkeit der Administration des Staates fehlen. Kurz gefaßt, läßt sich das so ausdrücken: In der Union

tritt die Plutokratie an die Stelle des Staates und übernimmt dessen Privilegien, ohne seine Verantwortlichkeiten mit zu übernehmen.

Daß das amerikanische Großkapital nach Erweiterung seiner Betriebe drängt, um, wie einige Magnaten zur Rechtfertigung ihrer Freibeuterpolitik versichern, den millionenweis zuströmenden armen Fremden Unterschlupf, Arbeit und Verdienst zu gewähren, also aus Nächstenliebe, daran glaubt wohl kaum einer, der mit industriellen Verhältnissen in der Union praktisch vertraut geworden. Das ist ja in der modernen kollektivistischen Form der Kapitalgesellschaftsunternehmung, bei der nicht nur das vermögensrechtliche Band zwischen Aktionären und Unternehmung, sondern auch die Persönlichkeit der Mitglieder und damit ihre Anteilnahme an den Geschehnissen der Betriebe gegenüber ihrem Erwerbstrieb gänzlich in den Hintergrund tritt, gar nicht anders zu erwarten. Aber hier liegt der Unterschied der sozialen Gebarung der beiden Länder: Wird es dem Staate schaden? — ist die Losung bei uns, wenn Reformvorschläge laut werden. Will it hurt business? — ist die Kardinalfrage, welche, von den W e n i g e n aufgeworfen, alle privat- und staatswirtschaftlichen Neuerungen in der Union leitet, und an welcher reformatorische Maßnahmen für die M a s s e n fast immer zerschellen. Deshalb hat auch die amerikanische Industrie die traurige Berühmtheit, zur Bewältigung ihrer Riesenproduktion mehr Menschenopfer zu erfordern als die übrigen Industrien der Welt zusammengenommen.

Solange die Verhältnisse bleiben, wie sie sind — und das Großkapital hat in erster Linie Interesse daran, sie so zu erhalten — wird auch der Mensch, und insbesondere der nicht unionierte, niedrig stehende, fungible Zuwanderer, resp. der Neger, dem amerikanischen Geschäftsmann als Arbeitskraft in vielen Fällen wertvoller bleiben als die Maschine, ein Umstand, der in Europa häufig verkannt wird. Der Arbeiter verschlingt weder zinstragendes Anlagekapital noch hohe Abnutzungskosten. Er verursacht keine kostspieligen Ausfälle durch Betriebsstörungen oder Untauglichwerden, denn sobald er fällt, tritt ein anderer an seine Stelle. Anziehung und Abstoßung der menschlichen Arbeit erfolgt bei dem großen Angebot ausländischer Kräfte ohne jede patriarchalische Rücksichtnahme, wie wir sie wohl noch kennen, sondern einzig diktiert durch den augenblicklichen Bedarf. Auch die Wiederherstellungskosten spart sich der Unternehmer, indem die Mitarbeiter für Krankheit, Siechtum und Anhang der Betroffenen selber zu sorgen haben.*)

*) Treffend ist folgender Ausspruch eines amerikanischen Erfinders: „Wenn ich einen Apparat baue, der Zeit spart, so kann ich denselben an 20 Stellen verkaufen; wenn ich aber eine Idee offeriere, wie man Leben zu retten vermag, dann kann ich dieselbe überhaupt nicht an den Mann bringen."

Bezeichnend für die Wirtschaftsgebarung der amerikanischen Industrie ist noch das Fehlen der großen Zahl schleichender Betriebe, wie sie sich bei uns, vom Vater auf den Sohn vererbend, sozusagen aus Ehrerbietung für die Vorfahren über Wasser halten, einer Anzahl von Arbeitern und Familien sicheres Brot gewährend und dem Inhaber eine bescheidene, aber ehrliche und unabhängige Existenz sichern. Nun steht ja heute eine ganze Anzahl amerikanisierter Wirtschaftsapostel, namentlich solche, die im Fahrwasser des Großkapitals schwimmen, auf dem Standpunkt, daß derartige schwächliche Industrien und Mittelstandsgewerbe, die sich knapp bezahlt machen und keine großen Überschüsse abwerfen, als Parasiten des öffentlichen Gemeinwohls zu betrachten seien und in den Großbetrieb einbezogen werden müßten. Es scheint uns das aber auf Grund langjähriger und sorgfältiger Vergleiche eine ungesunde Verpflanzung amerikanischer Ideen auf deutschen Boden, wo sie wegen des gänzlich verschiedenen Milieus nicht gedeihen können und nicht gedeihen sollten. Mit viel größerem Recht könnte man einem Erwerbszweig die Existenzberechtigung absprechen, wenn er sich, um hohe Dividenden zu erzielen, in so erschreckendem Maße der Kinderarbeit bedienen muß wie ein großer Teil der amerikanischen Industrie.

Die Wirtschaftsgebarung der Vereinigten Staaten — einschließlich der Landwirtschaft als der fundamentalsten aller Industrien — ist, obgleich sich einzelne Zweige derselben, namentlich die Eisen- und Stahlindustrie, einer höheren Ordnung zu entwickelt haben, prinzipiell anders geartet als die deutsche. Sie ist überwiegend der Erzeugung von Nahrungsmitteln und Rohprodukten gewidmet und wird sich, mit Ausnahme der Produktion weniger Bedarfsmittel, die sich durch automatische Massenfabrikation herstellen lassen, schwerlich jemals über dieses Niveau herauswachsen.

In derartigen Industrien extensiver Kultivierung, die der Erzeugung großer Massen dienen, und bei denen die Spannungsdifferenz zwischen dem Wert der verarbeiteten Urstoffe und dem Wert der erzeugten Fertigwaren eine relativ geringe ist, spielt die Arbeit, namentlich die hochwertige, eine verhältnismäßig geringe Rolle, während die Erstehung der Rohmaterialien, Standorte und Kraftquellen in jüngeren Ländern billig ist, also ein relativ großer Teil des in der Produktion tätigen Kapitals für Entlohnungszwecke zur Verfügung steht.

In älteren Ländern mit Industrien höherer Ordnung dagegen muß ein höherer Prozentsatz des investierten Kapitals für Materialien, Maschinen, Betriebskraft, Grundstücke, Gebäude, Sicherheitsvorkehrungen usw. aufgewendet werden. So mögen beispielsweise in Deutschland von 100 000 Dollar, die in irgendeinem Zweige, sagen wir

der Kohlenauswertungsindustrie, werbend angelegt sind, 80 000 Dollar dem letztgenannten Zwecke dienen, so daß nur 20 000 Dollar für Bestreitung der Arbeitslöhne bleiben.

In den Vereinigten Staaten dagegen würden von 30 000 Dollar, die in landwirtschaftlichen Betrieben investiert sind, kaum mehr als 5000 für Werkzeug, Maschinen usw. benötigt werden, so daß 25 000 Dollar für Entlohnungszwecke verbleiben. Deshalb wird, solange der Boden an Ausgiebigkeit nicht nachläßt, selbst wenn die verfügbaren Kapitalien knapper, und der landesübliche Zinsfuß höher ist, der für die Arbeiter abfallende Betrag der industriellen Wertschaffung in der Union stets größer, werden die Löhne stets höher sein als in Deutschland, obgleich auch hierin ganz bestimmte obere Grenzen gezogen sind.

Um so bedenklicher ist es daher, wenn Eltern und Unternehmer in Amerika, wo Wettbewerb und Steuerlast so wenig drückend sind, das Kind schon im zartesten Alter in die Knochenmühle der Industrie treiben und es um des Erwerbes weniger Dollar willen den schweren Gefahren an Leib und Seele aussetzen, die seiner dort harren. Wie weit nicht nur das Kind selbst, sondern das Wohl künftiger Generationen und deren nationale Produktions-, Konsum- und Wettbewerbsfähigkeit unter dem jetzigen „System" leiden müssen, wird die Zukunft lehren.

Maxim Gorki vertritt in einer seiner historisch-sozialpolitischen Arbeiten: „Die Zerstörung der Persönlichkeit" betitelt, die Ansicht, daß der Individualismus, das herrschende Prinzip unserer Tage, überaus schädlich sei, insofern er das allgemeine ethische Niveau herabdrückt und damit den Verfall der Intelligenz unweigerlich nach sich zieht. Rückkehr zur Allgemeinheit, zum völkischen Schaffen, aus dem alles Große einst hervorgegangen ist und auch in Zukunft wieder hervorgehen muß, erscheint ihm als die einzige Lösung. „In dem Maße," schreibt er, „wie die Technik wuchs, die Konkurrenz zunahm, die Habgier sich steigerte, und im Bürgertum das Bewußtsein seiner herrschenden Stellung und der Wunsch, diese durch Gold und Bajonette für immer zu sichern, lebhafter wurde; in dem Maße, wie die Produktion immer anarchischer wird, und die Schwierigkeiten, all diese Aufgaben zu bewältigen, immer größer werden — wächst auch die Inkommensurabilität der Kräfte des Einzelnen mit dem, was die Sache verlangt. Die rasende Nervenarbeit hat Erschöpfung im Gefolge, das einseitige angestrengte Denken macht den Menschen zum geistigen Krüppel, und die Psyche verliert jede Widerstandsfähigkeit; wir sehen, wie in bürgerlichen Kreisen die Neurasthenie und die Verbrechen zunehmen, beobachten typische Degenerierte schon in der dritten Stammfolge bürgerlicher Familien. Merkwürdig, daß der Degenerationsprozeß sich am meisten in bürgerlichen

Familien in Rußland und Amerika entwickelt. Diese historisch jungen Länder, in denen die kapitalistische Entwicklung am schnellsten vor sich ging, liefern einen ungeheuren Prozentsatz Geisteskranker aus den Kreisen des Finanz- und industriellen Bürgertums. Hier zeigt sich augenscheinlich der Mangel historischen Trainings; die Leute erweisen sich zu schwach vor dem Kapital, das in voller Rüstung vor sie hintritt, sie unterjocht und die nicht schmiegsam genug entwickelte Energie erschöpft."

Die Versumpfung des sozialen Gedankens in der Routine des alle Ideale nivellierenden immediaten Geschäftstriebes ist, trotz der hervorragenden Taten einiger Philanthropen, eines der traurigsten Kapitel in der neueren Wirtschaftsgeschichte der Union. Hier ist die Lehre: Nicht das ungezügelte Sichausleben der Massen, nicht die schwächliche Frönung jeglicher Gelüste des Einzelnen auf Kosten der Allgemeinheit kann soziale Besserung bringen, sondern einzig Selbstzucht; das geregelte Zusammenwirken aller Volksglieder im Rahmen des straff organisierten Gemeinwesens; die zielbewußte Unterwerfung der Wünsche des Individuums unter die Bedürfnisse und den Willen des Staates.

Trotz des Prinzips der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, trotz der hervorragenden Stellung der Frauen im öffentlichen Leben, trotz Trennung von Kirche und Staat, trotz höherer Löhne, besserer Koalition und unbegrenzter Möglichkeiten hat die nordamerikanische Demokratie in mehr als 100 jähriger Entwicklungszeit der alten Welt weder den Typus eines zufriedenen und für sich und seine Familie selbst sorgenden Arbeiters, noch überhaupt das Vorbild einer physisch, geistig und moralisch höher stehenden Menschheit entwickeln können. Dafür liefern die nachstehenden Ziffern den unwiderleglichen Beweis *). Die menschenunwürdigsten Zustände, die längsten Arbeitszeiten und die niedrigsten Löhne finden sich nachweislich in der amerikanischen Hausindustrie, also da, wo die Kontrolle der Regierung vollständig versagt, der Initiative des Privatmanns der weiteste Spielraum gelassen und das konkurrenzfreie Angebot billiger Arbeitskräfte am größten ist. Dagegen wirkt jede unter dem Druck höherer Selbstkosten, intensiveren Werbens und staatlicher Kontrolle errungene Verbesserung der Organisation, Betriebsmittel, Fabrikate und Menschenökonomie — wie die Erfolge Deutschlands beweisen — auf die Wettbewerbsfähigkeit einer solide fundierten und fähigen Industrie unstreitig begünstigend.

„Die Menschenverluste, welche die Industrien der Vereinigten Staaten zu Friedenszeiten im Gefolge haben," schreibt Präsident Roosevelt in

*) Vgl. Kapitel: „Soziale Schäden und Mißstände."

einem Brief an Dr. Josiah Strong, „übersteigen diejenigen eines großen und ständigen Krieges." — Ein Volk, das seine sichtbaren Erfolge mit so erschreckenden Opfern an Leben und Gesundheit, mit so enormen Verlusten an Geld und Gut, mit so gründlicher Einbuße an sozialem Prestige erkaufen muß wie das amerikanische, kann Deutschland in seinem Ringen nach nationaler Menschenwürde nicht als Vorbild dienen. Unsere industrielle Entwicklung ist durch traditionelle Rücksichten beengt, durch soziale Fürsorge beschwert, durch fiskalischen Druck in bestimmte Bahnen verwiesen, durch staatlichen Eingriff in die Privatwirtschaft weislich verzögert; mit einem Wort, sie ist konservativer; aber gleichwohl ob trotz oder wegen solch gouvernementaler Domination ist sie um vieles s t e t i g e r, durchgängig r a t i o n e l l e r und vor allem grundsätzlich h u m a n e r als die amerikanische Industriegebarung.

Insbesondere ist unsere staatliche Sozialpolitik der unwiderlegliche Beweis dafür, daß I d e a l i s m u s noch immer der vornehmste Zug der deutschen Volksseele und G e r e c h t i g k e i t s s i n n nach wie vor das alles beherrschende Motiv völkischen Wirkens ist; daß Volk und Staat e i n s sind in dem Gefühl ihrer sozialen Verantwortlichkeit, und daß sie die Unterstützung der schwächeren Klassen in ihrem Kampf ums Dasein sowie ihre physische, geistige und sittliche Hebung als die heiligste Pflicht nationaler Arbeit betrachten. —

In diesen Tagen uferloser Kritik, wo jeder, berechtigt oder unberechtigt, an dem ehrwürdigen Bau deutscher Institutionen rütteln zu müssen glaubt, wo Regierung und Bureaukratie und Volksvertretung all den Tadel tragen, den sie verdienen, und mehr, ist es nur recht und billig, daß diejenigen, welche vergleichende Einsicht besitzen, ein offenes Wort zu ihrer Verteidigung sagen. Wohl wird den meisten von uns der heimische Herd, das vaterländische Staatswesen, die deutsche Wirtschaftspolitik nicht eher schätzbar, als bis die harte Schule der Fremde uns den rechten Maßstab hat finden lassen. Auch ist die Zahl derer, die heute von ihrer politischen Meinung leben, so erdrückend geworden, daß es schwerer als je hält, durch ehrlichen Ausspruch auf die verhetzte Menge überzeugend zu wirken. Möchte der Ausblick auf die sozialen Mißstände Amerikas den deutschen Arbeiter zum Nachdenken anregen, und der Einblick in die geordneten Verhältnisse des Vaterlandes ihn mit seinem Lose zufriedener machen. Mehr als zu irgendeiner Zeit unserer Geschichte gilt für ihn heute das Wort: Bleib im Lande und nähre dich redlich! —

## 4. Gesetzgebung, Rechtsprechung und exekutive Gewalt.

„To the end, that this shall be a government of laws and not of men". So geschrieben vor 300 Jahren in der Kabine der Mayflower. Heute schätzt man die Zahl der jährlich in die Statutenbücher der Union aufgenommenen Gesetze auf etwa 15 000. Die Quantität der Rechtsprechung irrt ebenso sehr nach der Seite des Exzesses als ihre Qualität nach der Seite der Defizienz: es werden zu viele Gesetze geschaffen und zu wenige durchgeführt. Hierin, also in der Verkennung der Maxime des Horatius: „Das geschriebene Gesetz ist hinfällig, wenn es nicht beobachtet wird", liegt des Übels Kern. Seine Wurzel in dem unentwickelten Rechtsbewußtsein des durch den Massenzustrom tiefstehender Einwanderer in seinem kulturellen Fortschritt stetig gehinderten Sammelvolkes, in dessen übertriebenem Geschäftsdrang, in dem individualistischen Regierungsprinzip des Landes, in dem mangelnden Prestige staatlich ordinierter Obrigkeit, in deren Überwuchern durch Privatmonopolmächte, sowie in der Verquickung von Gesetzgebung, Rechtsprechung, Parteipolitik und Kapital. Wohl auch in dem Aberglauben an die Unfehlbarkeit der Verfassung und in der mechanischen Denkungsart über das Allheilmittel parlamentarischen Regimes. „The great political superstition of the past was the divine right of kings. The great political superstition of the present is the divine right of parliaments." Herbert Spencer.

„Rein juristisch gesprochen, krankt die amerikanische Rechtsprechung an der bei uns längst überwundenen Verquickung von Privatrechten und subjektiven öffentlichen Rechten. Den Sozialpolitiker wird diese Erkenntnis aber wenig befriedigen. Professor Hadley hat betont, daß viele Gesetze der Vereinigten Staaten sich deshalb als undurchführbar erwiesen hätten, weil der oberste Gerichtshof dem Kongreß nicht gestatte, an dem Verfassungsgrundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums zu rütteln. Die Verfassung selbst soll als Nationalheiligtum nicht durch Gesetze geschändet werden können. Gesetze, die der Kongreß um des sozialen Friedens wegen erlassen hat, werden von Bundesgerichtshöfen somit einem Götzenbilde geopfert. Wer soll bei diesem Kampf zwischen gesetzgebender und richterlicher Gewalt Frieden stiften?"

Verfolgt man den Lauf legislativer und juridischer Entwicklung sowie die Entfaltung des völkischen Rechtsbewußtseins durch die drei Jahrhunderte amerikanischer Geschichte, so läßt sich ein gewisser Fort-

schritt nicht verkennen. Es hat eine Generation gedauert, um den Amerikanern die Unbilligkeit des Schuldgefängnisses klar zu machen, und drei Generationen, ihnen das Menschenunwürdige der Sklaverei zum Bewußtsein zu bringen. Noch im Jahre 1871 schrieb Charles Francis Adams: „Die bestehende Koalition zwischen der Erie-Bahn und dem Tammany-Ring (d. h. zwischen Korporation und politischer Maschine) ist eine natürliche, denn die erste braucht Stimmen, die letztere Geld." Und bis heute blieb die Behauptung des jetzigen englischen Gesandten James Bryce unwidersprochen, die besagt: „daß alle Legislatur, welche Korporationen und Fabrikationen betrifft, durch Korruption systematisch geleitet, oder wenigstens beeinflußt wird; daß etwa 5 % beider Häuser des Kongresses durch direkte Geldgeschenke bestechlich sind, daß 17—20 % von ihnen mit ziemlicher Sicherheit der Korruption zugänglich erscheinen, und daß eine noch viel größere Zahl in dem Verdacht stehe, unehrlich zu sein." (American Commonwealth.)

Und wenn wir in der letzten Botschaft des Präsidenten Roosevelt die sarkastischen Worte lasen: „Eine besondere Ausnahme könnte in dem Gesetz (die Beschränkung des Secret Service betreffend) vorgesehen werden, derart, daß die Benutzung des Geheimdienstapparates bei Untersuchung von Kongreßmitgliedern ausgeschaltet werde" —, und wenn wir bislang vergeblich auf eine Rechtfertigung der dieserart insultierten höchsten gesetzgebenden Körperschaft der Union gewartet haben, so ist all dieses wenig geeignet, dem fremden Beobachter eine höhere Meinung von der moralischen Kraft und von der Wirkungsfähigkeit der amerikanischen Gesetzgebung beizubringen, als sie die einsichtsvollen Eingeborenen selber besitzen.

Von den zwei übrigen Gewalten, welche die Konstitution der U.S.A. neben der gesetzgebenden vorsieht: der richterlichen und der exekutiven, ist die erste in ihrer obersten Staffelung, dem Supreme Court, in Puncto Gelahrtheit und Charakter wohl den besten Tribunalen der Welt an die Seite zu stellen; nur dauert es oft unvernünftig lange, bis der Rechtsuchende die Türen dieser höchsten Instanz — entweder auf dem Appellationsumwege über die Föderal- oder über die Staatsgerichtshöfe — erreicht. Und gerade diese „Zwielichtzone" zwischen Föderal- und Staatsjurisdiktion hat den Trusts und andern Kapitalmächten bisher als willkommener Zufluchtsort gedient. Die Korruption der unteren richterlichen Funktionäre aber ist geradezu sprichwörtlich, und nur die Bravour einzelner unter ihnen, welche im Bewußtsein übernommener Verantwortlichkeiten unbestechlich ihre Pflicht tun und — namentlich in den West- und Südstaaten — dem mob spirit oft unter Gefährdung ihres eigenen Lebens trotzen, kann uns mit dem Tiefstand des unterstaatlichen Rechtswesens einigermaßen versöhnen. Die Schießaffäre

in San Francisco, der Mord Carmacks, der Prozeß gegen die night riders in Union City sind noch in aller Munde. Lynchjustiz, ungeschriebenes Gesetz, Immunität reicher Verbrecher, das sind Schlagworte, die bei dem Kenner amerikanischer Verhältnisse eine Flut peinlicher Eindrücke auslösen.

Kann man die Laxheit der Rechtsdurchsetzung nicht gutheißen, so wird man sie doch milder beurteilen, wenn man bedenkt, daß die richterlichen Funktionäre aller Instanzen staatlicher Gerichtsbarkeit, im Gegensatz zu denen der Bundesgerichtshöfe, vom Volke auf kurze Zeit gewählt werden, schlecht besoldet sind und ihre Anstellung den Leuten und Parteien verdanken, über die sie gegebenenfalls pflichtmäßig zu Gericht sitzen sollen. Daß sich dann in der ihrer Kompetenz unterliegenden Berufstätigkeit retardierende und kollidierende Momente aller Art einstellen müssen, ist wohl selbstverständlich. Daher die Titel lawyer und politician gleich schlechten Klang haben. Dazu kommt, daß die Urteile der unteren Rechtsinstanzen auf Grund oft vorbedachtlich eingeflochtener Formfehler, die mit dem Wesen der Sache absolut nichts zu tun haben, einfach umgestoßen oder wie bei der „Commodities-Klausel" der Hepburn-Eisenbahn-Akte für „verfassungswidrig" erklärt und Prozesse so ad infinitum verschleppt werden, falls eine der beiden Parteien kapitalkräftig genug ist, die Verzögerung durchzusetzen.

Die Aufhebung der 29 Millionen Dollar-Strafe (welche der Trial Court unter Judge Landis über die Standard Oil Company von Indiana wegen Annahme von Rabatt auf Eisenbahnfrachten verhängt), durch den Appellationshof unter Judge Grosscup, und die Gewährung einer neuen Verhandlung sowie die Abweisung des Gesuchs der Bundesregierung um Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Gesellschaft ist ein erneuter Beweis dafür, daß, wie in Europa die Könige, so in Amerika die Trusts über dem Gesetze stehen. Daß es den skrupellosen Kombinationen der Privatwirtschaft infolge ihrer Kapitalkraft möglich ist, mit Hilfe gewiegter juristischer Beiräte die Technikalitäten des Gesetzes gegen die Inkompetenz der legalen Maschinerie des Landes erfolgreich auszuspielen, daß in der Union Geschäftsinteresse über Recht, Sitte und Ordnung steht. Hier sind die drei Hauptpunkte des denkwürdigen Freispruches: „The Court of Appeals — by a unanimous decision — holds that Judge Landis excluded evidence for the Standard Oil Company of Indiana which should have been admitted to show proper intent in the rate the company paid on oil; that he erred in considering each car-lot a separate offense, and that in imposing the maximum fine for a first offense he abused the discretion vested in his court." —

Weil die Standard Oil Company von New Jersey (dem Idealstaat für Korporationsgründungen), eine 100 Millionen Dollar-Korporation,

welche die Standard Oil Co. von Indiana (Kapital 1 Million Dollar) eignet und kontrolliert, ihr konstitutionelles Recht auf einen Tag vor Gericht nicht genossen hat, kann sie für die Vergehen der Tochtergesellschaft nicht verantwortlich gehalten werden. Im Gegensatz zur physischen Person darf bei der juristischen das Haupt nicht sühnen, was der Arm verbrach. Unzweifelhaft korrekt, solch technische Distinktion. Doch mit dem Laien steht das amerikanische Volk murrend vor dieser Satire legaler Schwerfälligkeit und juridischer Prellerei. Kein Wunder, daß Roosevelt, als oberster Exekutivbeamter der Union, angesichts derartiger Entscheidungen der „Los vom Buchstaben"-Bewegung richterlicher Funktionäre energisch das Wort redet, und daß er sich eins weiß mit den Reformen der Rechtspflege, wie sie der Volkswille kategorisch fordert: „If this is law, it must cease to be law. This artificial creature, the corporation, must not in its ubiquity forever escape the single justice, which the natural individual must face. If through defects in our procedure an actual identity is now able to escape its own misdeeds by a fiction, that fiction must be destroyed by statute."

Und um die menschliche Schwäche kündende Divergenz zwischen Privatgewissen und Geschäftsgewissen zahlenmäßig zu belegen, sei erwähnt, daß innerhalb einer Stunde nach der Urteilsverkündung des Appellationshofes die Standard Oil-Aktien um 270 Millionen Dollar im Werte stiegen. Das „Vertrauen" der Kapitalisten zu dem Fortbestande der bisherigen Geschäftsusancen, welches durch die Verhängung der enormen Geldstrafe wie durch die ganze aggressive Politik der Ära Roosevelt aufs schwerste erschüttert worden, war wieder hergestellt. Es wird weiter investiert, und die politische Maschine der Standard mahlt fort. Macht sich Parlament, Kirche, Presse, Volk, alles tributär: the capture of government by commercialism. Und wie ein Hohn klingt uns das ernste Wort der ersten Pilger: Auf daß dies sei eine Regierung der Gesetze und nicht der Menschen!

Bereits spürt man den Pesthauch von Standard Oil in Europa. Die Ablehnung der flash point bill in England im Jahre 1898 (ein Gesetzentwurf, der den Verkauf einer selbst in Amerika dem Handel entzogenen explosionsgefährlichen Ölsorte verbieten sollte und allgemeinem Verlangen entsprach) wird nicht zu Unrecht auf den geldlichen Einfluß John D. Archbolds zurückgeführt. Der Versuch Rockefellers, durch Aufsaugung der österreichischen Petroleumindustrie ein Weltmonopol zu errichten, der kecke Einbruch des amerikanischen Düngertrusts in die deutsche Kaliindustrie sind Zeichen der Zeit, die zu denken geben. Auch deutsche Regierungskreise wissen schon von dem Liebeswerben des amerikanischen Großkapitals zu erzählen. Aber was tut's, wenn Recht und Gesetz und Ehrbarkeit und Nationalitätssinn in Europa

zum Teufel gehen, solange nur Rockefellers 400 Millionen Dollar und die Millionen seiner Freunde reiche Dividenden bringen! „Kombination ist notwendig, und ihre Mißbräuche können auf ein Minimum reduziert werden: sonst müssen unsere Gesetzgeber ihre Unfähigkeit zugestehen, mit dem allerwichtigsten Instrument der Industrie fertig zu werden," sagt John D. Rockefeller, Apostel des 20. Jahrhunderts.

Ist durch solche Fälle testantibus actis erwiesen, daß in einem individualistischen Staatswesen mit den Eigenheiten Nordamerikas infolge Fehlens der paternalen Regierungsdomination das Großkapital die traditionellen Rechte des Staates usurpiert, ohne dessen Pflichten gerecht zu werden, ohne die physische, geistige und moralische Erstarkung des nationalen Volkskörpers durchsetzen zu können, wie wir solche für Deutschland nachzuweisen in der Lage sind, und weiter, daß das amerikanische Großkapital heute wie ehedem durch Erkaufung der besten juristischen Talente, durch Bestechung der Beamten und ähnliche Machtmittel sich die Rechtsprechung des Landes gefügig zu machen versteht, so sind doch Anzeichen vorhanden, die auf eine Klärung der Jurisdiktion sowie auf eine gegen frühere Jahre gesteigerte Reagenz des völkischen Rechtsempfindens den Offenbarungen der Gesetzlosigkeit gegenüber hindeuten. Hierfür einige Beispiele.

Es sind in der allerletzten Zeit vom obersten Bundesgerichtshof verschiedene Entscheidungen gefällt worden, welche darauf hindeuten, daß die Intervention der Föderalautorität in Sachen staatlicher Rechtsprechung im Nachlassen begriffen ist, also die Tendenz zur Abwälzung der richterlichen Gewalt auf die Einzelstaaten zunimmt. Die definitive Regulierung der Eisenbahnraten im Staate Virginia, die Festsetzung der Gaspreise im Staate New York, die Bestätigung der 1623900 Dollar-Strafe gegen die Waters-Pierce Oil Company in St. Louis und die Ausweisung der letztgenannten Monopolgesellschaft aus dem Staate Texas durch Justice Day, ferner der Sieg des Generalstaatsanwalts und jetzigen Gouverneurs Hadley im obersten Gerichtshof des Staates Missouri über die Standard Oil Co. von Indiana, die Republic Oil Co. von Missouri und die bereits erwähnte Waters-Pierce Oil Co. in St. Louis, all das sind Beweise dafür, daß die staatliche Gerichtsbarkeit, solange sie gegen die fundamentalen Rechte und Vorsehungen der Bundeskonstitution nicht verstößt — was allerdings schwerhält —, das Antitrustgesetz selbständig und wirkungsvoll handhaben kann, ohne durch das Eingreifen der Bundesgerichte gestört zu werden. Das bedeutet aber eine Reduzierung der Zwielichtzone und damit der Möglichkeit für das Großkapital, Entscheidungen jahrelang zu verschleppen. Ähnlich wirkt eine im verflossenen Jahr durchgesetzte Entscheidung der Legislatur des Staates Mississippi, dahin gehend, daß eine Public Service

Corporation, die, bei irgendeinem Staatsgerichtshof verklagt, die Angelegenheit vor einen Bundesgerichtshof verschleppen sollte, oder die ein Verfahren beim Föderalgerichtshof anhängig macht, das sie als unter den Gesetzen des Staates inkorporierte heimische Korporation nicht aufrecht erhalten könnte, des Rechtes zum zwischenstaatlichen Handel in diesem Staat sowie zum Erwerb von Privateigentum für öffentliche Zwecke verlustig gehen soll.

Tiefgreifend ist auch die Entscheidung des U. S. Supreme Court vom 1. Februar 1909 gegen die Continental Wall Paper Company von Cincinnati, Ohio, worin Justice Harlan den Grundsatz niederlegt, daß ein Trust solche Schulden, die er durch den Verkauf von Waren unter einem den Handel beschränkenden ungesetzlichen Vertrage kontrahiert, nicht einklagen und beitreiben kann. Endlich sei noch der Tatsache Erwähnung getan, daß die International Harvester Company in Kansas sich einer Gerichtsentscheidung unterworfen hat, wonach ihre Preisfestsetzungen und Geschäftsführung vom Staate überwacht werden sollen, und die Standard Oil Company von Indiana dem Ausweisungsbeschluß des Missouri Supreme Court den Vorschlag entgegensetzte, den Staat zu ihrem überwachenden Teilhaber zu machen. Wir geben uns allerdings nicht der Illusion hin, daß das letztgenannte Manöver mehr als ein kluger Schachzug der Standard Oil Company ist, sich durch den Regierungsstempel Immunität zu verschaffen, d. h. durch den Hinweis auf die partielle Teilhaberschaft des Staates in Missouri ihr Geschäftsgebaren in den übrigen Staaten vor der Öffentlichkeit zu decken. Und auch die übrigen wohltätigen Gesetzesmaßnahmen werden wohl an dem starren Idol der Verfassung scheitern. Ist doch selbst das Unternehmerhaftpflichtgesetz sowie die Vorlage zur Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit als „verfassungswidrig" bezeichnet worden, letztere weil sie die Wohlfahrt der Allgemeinheit nicht gleichmäßig wahrnimmt. Immerhin aber geben uns die oben zitierten Fälle die Richtlinien legaler Evolution dem Korporationsproblem gegenüber, dessen endgültige Lösung nicht eher zu erwarten steht, als bis die Eisenbahnen in die bundesstaatliche Kontrolle einbezogen sein werden, was allerdings schwer halten dürfte.

Als Beispiel für die Steigerung des völkischen Rechtsempfindens: Früher galten Parteikontributionen zur politischen Kampagne als ehrbarer Brauch. Wer von dem neuen Regime Begünstigung erwartete, „gute" Gesetzgebung, Sonderrechte, Steuernachlässe usw., der mochte dem Komitee gebührend dafür zahlen: those are the politics of business. Wer sich vom Freihandel Vorteil erhoffte, der steuerte nach Kräften dem free trade campaign fond bei; wer zum Erfolg des Schutzzolls bedurfte, zahlte an den protective tariff

campaign fond: let those who ride pay fare. Das war die Losung 1892 und früher. Heute mühen sich die beiden Parteien, die Reinlichkeit ihrer Geldzuwendungen vor der Öffentlichkeit zu dokumentieren; die Republikaner nach, die Demokraten sogar vor der Wahl. Daß Senator Foraker, der Antipode Roosevelts, und Governor Charles N. Haskell, weil ihnen Hearst in seiner Zeitung „American" nachgewiesen, daß sie bezahlte Agenten der Standard Oil Company waren, sowie General T. Coleman du Pont, Präsident des Pulvertrusts, aus der republikanischen respektive demokratischen Kampagne zurückgezogen wurden, und daß sich die 23 000 Zeitungen der Union mit derartigen „Kleinigkeiten" befassen, ist ein Beweis moralischer Aufwärtsbewegung. Ist die Wahlkorruption auch nicht kleiner, so ist sie doch offenkundiger geworden. So kann man jetzt wenigstens die relative Stellung der Rassen im amerikanischen Commonwealth nach der Höhe der Beträge einschätzen, mit denen die Wahlleitung ihre Stimmen erkauft: 2 Dollar für den Neger, 2.50 für den Italiener, 3 Dollar für den Amerikaner. Je höher auf der demokratischen Zivilisationsleiter, desto teurer verkauft man seine politische Überzeugung. Oder man behält sie resigniert für sich. Es ist schwer, bei Besprechung dieses Themas den Vorwurf der Bitterkeit abzulehnen.

Wen trifft die Schuld an der munizipalen Korruption, die Ganz-, Halb- oder Viertelamerikaner? Oder das System? Philadelphia, die Stadt der Puritaner, der Ort der Heimstätten, mit 47 % eingeborener Bevölkerung, besitzt nach dem „Report of the Municipal League" die verrottetste aller politischen Maschinen. Nicht weil die Puritaner schlechter sind als andere Leute, sondern eil sie sich dem Laster gegenüber untätiger zurückhalten. Andererseits beanspruchen New York, Chicago, Pittsburg, die Städte mit der größten Zahl zugewanderter Bewohner, für sich den Rekord, die größte Zahl von „boodlers" zu besitzen. Es ist schwer zu entscheiden, wem in diesem edlen Wettstreit die Palme gebührt. Von Tammany Hall, von seinem früheren Häuptling Richard Croker und dessen Nachfolger Charles Murphy dringt wohl am ehesten Kunde nach Deutschland, weil die meisten unserer Kriminalstudenten sich auf den Osten des Landes beschränken. Aber auch Westen und Süden bieten reiche Anregung. Magee (†) und Flinn in Pittsburg, Colonel Butler in St. Louis, Doc Ames in Minneapolis, Hinkey-Dink und Bath-house John in Chicago, Abe Ruef und Mayor Schmitz in San Francisco, welch letzterer dem Deutsch-Amerikanertum einen bösen Fleck in den Ehrenschild gesetzt, das sind Namen, die denjenigen, welche die Kommunalgeschichte der Union studieren wollen, früher oder später nachdrücklich aufstoßen werden.

„Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken" ist ein Dichterwort, das sich bei der Analyse legislativer Korruption bewahrheitet. Staatslegislatur und Kongreß besitzen größeres Prestige als die Stadtverwaltungen, auch sind Bedeutung und Tragweite der behandelten bills umfassender. Deshalb ist einerseits Ehrenhaftigkeit häufiger und Schurkerei in genialerer Form anzutreffen als in den unteren Regionen. Überall, sei es in New Jersey, New Hampshire, Pennsylvania, Illinois, Missouri, California — um die berüchtigten Staaten nacheinander zu zitieren — ist jedoch der Pesthauch des konzentrierten Kapitals zu spüren, welches vermöge einer tatkräftigen „lobby" sich die Gesetzgebung völlig tributär macht. Auch der Kongreß ist noch keineswegs frei von unwünschenswerten Elementen, wie die Fälle der Senatoren Burton von Kansas und Mitchell von Oregon sowie der Ausfall des Präsidenten neuerdings beweisen. Auch der joviale Depew, Vertreter der Vanderbilt-Interessen, und der unverwüstliche Mr. Platt sind nun endlich der öffentlichen Meinung zum Opfer gefallen, wenn auch das freie Volk des Empire-Staates New York nicht in der Lage ist, sie aus dem fetten Posten im Senat zu jagen: im Lande der repräsentativen Regierung und der Majoritätsweisheit.

Eine entschiedene Besserung scheint mir dagegen in der Wirtschaftspolitik der beiden großen politischen Gruppen: Republikaner und Demokraten, nachweisbar zu sein. „Die aus natürlichen Wurzeln entstandenen Parteien selbst werden nicht verschwinden. Aber sie werden, wenn die edel und groß Denkenden sich zurückziehen, immer mehr in die Hände der Kleinen und Schlechten fallen, die aus jedem Tempel ein Geschäftshaus, aus jedem Heiligtum ein Pfund Ware machen, das zu den höchsten Preisen verkauft wird. Sie werden sich die Macht anmaßen und eine Schreckensherrschaft aufrichten, die schließlich auch alle still in der Ecke stehenden edlen Geister demütigen und bedrücken muß." Dieser Ausspruch, obgleich eigentlich der parteipolitischen Indifferenz Meister Roseggers auf den Leib geschrieben, charakterisiert den bisherigen Verlauf der amerikanischen Parteipolitik aufs vortrefflichste: Aufsaugung aller politischen Ideale durch den Erwerbstrieb des Großkapitals. „Politics, not patriotism, and greed for special privilege rather than regard for the common welfare have become the dominant influence in the Senate!" ist die bewegliche Klage. Und doch Fortschritt. So waren die Republikaner, wie aus ihren Schutzzoll- und Goldwährungskampagnen hervorgeht, früher entschiedene Verteidiger der einseitigen Kapitalverschiebung. Heute zeigt die Handhabung des Antitrustgesetzes durch Roosevelt, daß sie auf eine gerechtere Verteilung des Kapitalbesitzes hindrängen. Während seiner achtjährigen

Amtszeit hat Grover Cleveland nur 41 Verfahren zwecks Durchführung der Gesetze zum Schutze des Handels eingeleitet. Das Mac Kinley-Hanna-Regime weist einen ähnlichen Rekord auf. Dagegen hat Roosevelt bereits in den ersten drei Jahren seiner Amtszeit 58 Verfolgungen gegen die Freibeuterpolitik des Großkapitals durchgesetzt. Ein entschiedener Fortschritt in dem Prozeß des Großreinemachens. Auch Tafts Korporationsbesteuerung, welche weniger eine Maßnahme zur Deckung staatlicher Finanzbedürfnisse ist, als ein Versuch, durch scharfe Kontrolle aller Korporationen und holding-Gesellschaften eine Bresche in die Selbstherrlichkeit der Kapitalassoziationen zu legen, ist ein Beweis von dem ehrlichen Wunsch der neuen Regierung, auf dem von Roosevelt eingeschlagenen Wege fortzuschreiten.

Was die Beziehung von Gesetzgebung und Rechtsprechung zur Industrie anlangt, so ist ohne weiteres klar, daß in einem Staatsmilieu, das sich von dem Ideal völkischer Selbstbestimmung zu der Praxis kapitalistischer Domination ausgewachsen, diese beiden Faktoren dem Industrieherrn günstiger liegen müssen als dem Industriearbeiter. „Nun ist das Sprichwort, daß man die kleinen Diebe hängt und die großen laufen läßt, nicht in Amerika entstanden, und an seine Richtigkeit glauben wohl die Völker aller Länder," schreibt George von Skal in seinem Buch über „Das amerikanische Volk", das wie alle Äußerungen gewissenhafter Deutsch-Amerikaner ein Versuch ist, den unversöhnlichen Widerspruch zwischen dem Herzenstrieb zum alten Vaterland und dem Pflichtgefühl dem Lande ihrer Wahl gegenüber erklärend zu rechtfertigen. Aber sind denn die geschichtlichen, geographischen und gouvernementalen Grundbedingungen der beiden Länder, Deutschland und Amerika, nicht gänzlich verschieden? Und wenn dem so ist, lassen sich Übelstände, die auf verschiedenem Boden gewachsen sind, folgernd miteinander in Beziehung setzen? — Was uns Deutschen mangelt, ist vergleichende Einsicht! Die altländische Klassenjustiz ist ein Produkt der Jahrhunderte: Wem, in hoher Kaste geboren, Herz und Sinn in der Treibhausluft einseitiger Abschließung verkümmert, der Ausblick durch Standespflichten gehemmt, die Handlung durch verbriefte Rechte getragen, die Rede durch den Geist der Ahnen gemodelt ward, dem neidet der freie Bürger nicht die aristokratische Gebarung, die ihn sondert von der Masse. Nur der Streber hofft auf die türmende, der Neidige auf die ebbende Wirkung der Zeit. Beide verkennen die wirtschaftliche Tragweite gesellschaftlicher Staffelung; auch daß, wo sie fehlt, geldliche Sonderung mit ihren Mängeln an deren Stelle tritt.

Aber in Amerika fehlen die Grundbedingungen zu solcher Beurteilung. Hier gibt es keine angestammten Vorrechte, keine fürstliche Sonderstellung, keinen Kastengeist. Weiß und Schwarz, Yankee

und Dago, Thaw und Orchard, Rockefeller und Gompers, alles ist gleich vor dem Gesetz. So wollen es Geschichte und Geist der Verfassung. Und wie verschieden ist auch hier wieder die Saat von der Ernte. Von 100 der Lynchgerechtigkeit des letzten Jahres Geopferten 93 Neger. Gewissenlos unterschiedliche Behandlung Reicher und Armer, Einheimischer und Fremdgeborener, Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor dem Gesetz. Klassenjustiz in der übelsten Form pekuniärer Differenzierung. Kann man von Recht und Billigkeit, von fair play in der erstarrten und rückständigen Rechtspflege der Union reden, wenn der eine Gegner die allmächtige Waffe des Kapitals schwingt, die dem Widersacher nur in den seltensten Fällen zu Gebote steht? *)

Diese Geldjustiz ist es, welche auf der einen Seite den Multimillionär geschaffen und zu einer nationalen Kalamität gemacht, auf der andern die große Masse der Arbeiter auf ein tieferes Niveau herabgedrückt hat, was soziale Fürsorge anlangt, als es die ärmsten der Armen in Deutschland innehaben. Wenn unserer deutschen Rechtspflege heute von ernsthafter Seite ein Vorwurf gemacht wird, so geschieht dies wegen angeblichen Überhandnehmens sentimentaler „Sozialjustiz", wegen der Neigung unserer Richter, die Gesetze zugunsten des Schwächeren gegenüber dem Stärkeren, des Lehrlings gegenüber dem Lehrherrn, des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber zu interpretieren. Tatsache ist, daß wir danach streben, unsere Arbeiter, nachdem wir ihnen ein Existenzminimum gegeben und damit die Grundbedingung zur Durchsetzung ethischer Werte geschaffen, über das Niveau der Maschine hinauszuheben, während die Amerikaner erst trachten müssen, sie der Maschine gleichzustellen. Das ist der Kern der erneuten Bemühungen die unbedingte Haftpflicht des Unternehmers durchzusetzen. „Workmen should receive a certain definite and

*) Ein Beispiel aus der Hauptstadt industriellen Elends, Pittsburg. Dort werden alljährlich über 500 Menschen in den Stahlmühlen getötet und eine nicht feststellbare Zahl verkrüppelt. Über die Hälfte der Opfer sind Ausländer: 51% haben Familien, gegen 30% sind zugewanderte Männer, die ihre Verwandten im Auslande durch Geldsendungen unterstützen. Verunglückt ein solcher Fremdling ohne Anhang in den Staaten, so ist es den Angehörigen unmöglich, Schadenersatzansprüche mit Erfolg geltend zu machen, selbst wenn die Schuld für den Unfall allein die Korporation trifft. „Wir sind froh", sagt ein Führer der italienischen Arbeiterkolonie, „wenn wir uns mit der Kompagnie auf ein paar hundert Dollar einigen können. Das ist das Resultat bitterer Erfahrung. Die Gerichtshöfe sind gegen uns, die Jury wird einer Korporation keine Geldbuße auferlegen, die nach Europa fließt; Verwandte, die ihren Verlust beim Gericht einklagen könnten (und Geld zur Bestallung eines tüchtigen Anwalts), sind oft nicht da. Der Durchschnittsamerikaner hat nichts übrig für den Fremden. Auf Schritt und Tritt stoßen wir auf Vorurteil und finden nichts als Verachtung vom obersten Gerichtsherrn herab bis zum Constable." Vgl. auch Kapitel: „Soziale Schäden und Mißstände."

limited compensation for all accidents in industry, irrespective of negligence." T. R.

Nicht mehr verlangt man, als daß die menschliche Arbeitskraft, wenn sie im Dienste des Brotherrn versagt, so wie die maschinelle wieder repariert und gebrauchsfähig gemacht oder wenigstens lebensfähig erhalten werde. In der Tat eine Mindestforderung, wenn man bedenkt, daß der Grenzwert jedes Körpergliedes für den Arbeiter so unendlich viel höher ist als für den kapitalistisch Kräftigeren. Nichts billiger als das Verlangen, die Unkosten der Arbeiterfürsorge über den Unternehmer auf die große Masse der Allgemeinheit abzuwälzen, die als Konsumentin die Früchte sowohl der menschlichen als der maschinellen Tätigkeit verzehrt, und zu deren Nutz und Frommen ja schließlich alle Industrien in letzter Linie betrieben werden. Und schon dieser bescheidene Anlauf zu einer Arbeiterunfallversicherung ist ein enormer Fortschritt gegen bisherige Anschauungen, die seit etwa 70 Jahren in dem Satze gipfeln: „Principles of justice and good sense demand that a workman shall take upon himself all the ordinary risks of his occupation."

Eine andere die Industrie tangierende Betätigungsform der Geldjustiz entrollt sich uns unter dem Kennwort government by injunction. Der Übelstand, durch vorläufige Verfügung Einhaltsbefehle zu erwirken, ist durch die letzte Wahlkampagne stark in den Vordergrund öffentlichen Iuteresses gerückt und daher eingehender Erörterung wert. Aus dem Pullmann Car Strike des Jahres 1893 in Chicago, als Präzedenzfall, hervorgegangen, beruht er auf der aus dem englischen Recht übernommenen Gepflogenheit der courts of equity Einhaltsbefehle gegen die gewalttätige Sperrung öffentlicher Wege zu erlassen. Dabei ist in der Entscheidung des obersten Gerichtshofes durch Judge Brewer in dem berühmten Fall Debs ausdrücklich hervorgehoben, daß es sich bei dem temporären Einhaltsbefehl (den jeder zuständige Richter auf Ansuchen eines Klägers erlassen kann) nur um den Schutz der öffentlichen Wege handelt, auf denen zwischenstaatlicher Handel sich abwickelt und die Post befördert wird, nicht aber um eine Stärkung der Stellung des Unternehmers gegenüber dem Arbeiter. Verblendung, Bestechung, Zwang und unlogische Denkart auf seiten der Richter haben schließlich zu einer Überschreitung der aus königlichem Prärogativ hervorgegangenen Machtbefugnis geführt. Es folgten zahllose Maßregelungen wirtschaftlich Schwächerer, die in dem Fall Levy contra The Cigar Makers' International Union im Jahre 1900 ihren prägnantesten Ausdruck fanden. Wurde den Mitgliedern des Verbandes doch nicht nur untersagt, mit ihrem Arbeitgeber zu verhandeln, sondern auch, sich mit ihrer Beschwerde an die Öffentlichkeit zu wenden, Neueingestellte von der Rechtlichkeit ihrer Anschauungen zu überzeugen,

sogar Streikgelder zur Unterstützung der Familien der Ausständigen zu zahlen.

Da die Verletzung des Einhaltsbefehls nach amerikanischem Recht als Nichtachtung des Gerichts betrachtet und die Strafe dafür allein von dem den Einhaltsbefehl erteilenden Richter festgelegt wird, der Schuldige außerdem des Rechtes auf den Prozeß vor einer Jury verlustig geht, so ist durch die Machtbefugnis der injunction der Schwächere machtlos in die Gewalt des Stärkeren gegeben. Das Absurdum der Einrichtung wurde aber auf den Gipfel getrieben durch eine Entscheidung des Appellationshofes von Texas im Jahre 1899, wonach es Gesetz wurde, daß ein eifersüchtiger Gatte gegen den Galan seiner Frau einen „Einhaltsbefehl" durchsetzen konnte, und in Ohio, wo die Mutter der Verheiratung ihres Sohnes wegen „Befangenheit" Einhalt gebieten durfte. „Wenn diesem Unfug nicht gesteuert wird, kämen wir schließlich auf eine gerichtliche Regelung der Etikette", schreibt John Brooks Leavitt; und das wäre verfassungswidrig.

Eine neue Beleuchtung erfährt die Institution des Einhaltsbefehls durch das kürzlich gefällte Urteil gegen Samuel Gompers, John Mitchell und Frank Morrison, die Führer der American Federation of Labor (wegen Fortsetzung des Boykotts durch ihr Organ „The Federationist" gegen die Bucks Stove and Range Company in St. Louis). Nicht daß wir die Integrität der Motive, die höhere Einsicht und die Weisheit des Justice Daniel Thew Wright vom obersten Gerichtshof des Distrikts Columbia anzweifeln, oder die Gesetzlosigkeit der Handlungsweise der Beklagten beschönigen, oder die Tragweite ihres Vergehens für die Erhaltung sozialer Ordnung verkennen wollten. Sie haben ihre Strafe wegen offener, vorsätzlicher und fortgesetzter Nichtachtung des Gerichtes und wegen mißbräuchlicher Verhängung der industriellen Exkommunikation wohl verdient. Handelt es sich doch hier um den überaus bedeutsamen Kampf zwischen der staatlich ordinierten Gerichtsbarkeit und der Macht eines innerhalb des Staates großgewachsenen Sonderorganismus: der koalierten Arbeit. Was zu wünschen bleibt, ist, daß die Bundesrichter Gelegenheit fänden, das geheiligte Recht der Arbeit ebenso eifersüchtig zu wahren als das des Kapitalbesitzes und den oft grausamen Ausschreitungen, welche von Unternehmern durch das Mittel der „schwarzen Liste" gegen Arbeiter und deren Familien begangen werden, dieselbe Billigkeit der Beurteilung zuteil werden zu lassen als den Fällen, in denen das Belieben des Eigentümers der Ware Arbeit, zu schaffen oder zu feiern, zu kaufen oder zu boykottieren, zu loben oder zu tadeln, gerichtliche Beschränkung erleidet. Bisher ist es noch nicht dagewesen, daß ein Kapitalist wegen Vergehens gegen die Rechte der Arbeiter mit Geldbuße bestraft oder gar ins Gefängnis gesteckt wurde;

und bis zu dem Zeitpunkte, wo die Rechtsprechung zugunsten der wirtschaftlich Schwächeren irren wird, wie bei uns, ist in Amerika noch ein weiter Weg. Auch bis zur Schaffung eines Existenzminimums für den Arbeitswilligen, obgleich das inmitten einer christlichen Zivilisation kein unbilliges Verlangen wäre.

Nachdem die Antiinjunction Bill, ein Gespinst Samuel Gompers, durch die Bemühungen der National Manufacturers Association im Mai 1908 im Kongreß vernichtet worden, löst sich die Kontroverse von Kapital und Arbeit über diesen Gegenstand in folgenden Betrachtungen: Die organisierten Industriellen sind der Ansicht, daß die Gesundung und Stabilität der allgemeinen Geschäftslage zum großen Teil von dem Schutz abhängt, den die Gerichtshöfe im Notfall durch die Ausübung ihrer Macht zur Verfügung des Einhaltbefehls zu gewähren vermögen. Auch daß die Injunktion das einzig zureichende Mittel ist, um die 93 % der nicht organisierten Arbeit vor Übergriffen von seiten der Arbeiterverbände zu schützen. Die American Federation of Labor, als Vertreterin der organisierten Arbeit der Union, behauptet, daß der unbeschränkte Gebrauch des Einhaltsbefehls ihre Interessen schwer geschädigt hat und daher modifiziert werden muß; und bezüglich der Anwendung auf den Boykott: daß kein Mensch Eigentumsrecht an der Kundschaft eines andern besitzt, daher auch keinen Einhaltsbefehl auf den Schutz von Eigentum beanspruchen könne, das er niemals besaß.

Roosevelts Ansicht läßt sich dahin zusammenfassen: „It is futile to concede the right and the necessity of organized effort on the part of the wageearners and yet by injunctive process to forbid peaceable action to accomplish the lawful objects for which they are organized and upon which their success depends." (Botschaft vom 31. Januar 1908.) Und an anderer Stelle: „The black list and the secondary boykott are two of the most cruel forms of oppression ever devised by the wit of man for the infliction of suffering on his weaker fellows". (Brief an Senator Knox.) Die Ansichten Tafts über den Mißbrauch der ex parte Verfügung des Einhaltsbefehls sind folgende: „I think it would be entirely right in this class of cases to amend the law and provide that no temporary restraining order should issue at all until after notice and a hearing. Then the court could be advised by both sides with reference to the exact situation, and the danger of issuing a writ too broad, or of issuing a writ without good ground would generally be avoided." (Rede vom 10. Januar 1908.) Präsident Taft befürwortet natürlich die gütliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit, glaubt aber selbst nicht an die Möglichkeit, die Institution eines zwangsweisen Schiedsverfahrens durchsetzen zu können. Über

die Tragweite einer möglichen Koalition zwischen Kapital und Arbeit auf Kosten des konsumierenden Publikums liegt noch keine Äußerung vor. Jedenfalls wird er die Härten des government by injunction nach Kräften zu reformieren trachten. Denn die Macht, ein zukünftiges Begehen durch richterlichen Eingriff zu beschränken, hat sich als weit gefährlicheres Instrument in den Händen gewissenloser Richter erwiesen als die Macht, begangene Missetat rechtskräftig zu sühnen; daher der Exekutive der Gerichtshöfe notwendigerweise engere Grenzen gezogen werden müssen.

Von der exekutiven Gewalt: Solange die Funktionäre der Staatsleitung sich in der Union einzig aus dem Reich der Geschäftswelt rekrutieren, müssen wir auch darauf gefaßt sein, in dem Gebaren des Regierungskörpers auf mehr oder weniger reinliche Geschäftsusancen zu stoßen. Selbst der größte Mann ist zu menschlich, als daß er nach einer jahrelangen erfolgreichen Tätigkeit als Korporationsanwalt nicht ein faible für die Trusts zurückbehielte, nachdem er Staatssekretär geworden. So schwimmt jeder government official bewußt oder unbewußt im Fahrwasser des Großkapitals, und diese ungesunde Domination des Kommerzialismus wird so lange dauern, bis sich, wie in Preußen-Deutschland, eine von Erwerbsinstinkten befreite, mit spezifischen Neigungen und Anlagen für ihre Tätigkeit begabte Beamtenkaste entwickelt, aus der die über den Parteien stehende Krone geeignete Persönlichkeiten zur Staatsleitung heranzieht. Es würde unserm Geschmack wenig behagen, wenn der Minister für Handel und Gewerbe plötzlich sein Amt niederlegte, um, wie der Sekretär Cortelyou im Jahre 1904 getan, bei Beginn der politischen Kampagne die Leitung einer der großen Parteien selbst zu übernehmen. Wie nicht anders zu erwarten, wurde besagtem Herrn von Roosevelts damaligem Gegenkandidaten Judge Parker vorgehalten, daß er als früherer Staatssekretär im Besitz gewichtiger Beweise über ungesetzliche Handlungen der großen industriellen Korporationen, diese Kenntnis benutzen könnte, um von den betreffenden Gesellschaften ungewöhnlich „liberale" Zuwendungen zum republikanischen Kampagnefonds einzutreiben. Dies als Beispiel für die Schattenseiten einer zur intimen Verquickung von Regierung, Parteileben und Geschäft. Nach den in Amerika gesammelten Erfahrungen kann man dem Veredlungsprozeß unserer Beamtenschaft durch Pfropfreiser aus der Privatwirtschaft nicht ganz ohne Skepsis gegenüberstehen; wenn auch anderseits nicht zu vergessen ist, daß die Geschäftsmoral bei uns eine wesentlich höhere ist als in Amerika, und daß die Heranziehung bewährter Persönlichkeiten aus der geschäftlichen Praxis geeignet ist, den Auswüchsen des Bureaukratismus, wo solche bestehen, erfolgreich entgegenzuarbeiten.

Über die Bedeutung der Stellung des obersten Exekutivbeamten wäre folgendes hinzuzufügen: Eine Demokratie wie die amerikanische, deren wechselnde internationale Volksmassen weder durch ethnische Bande noch durch eine gemeinsam durchlebte Vergangenheit noch durch das einmütige Streben nach ethischen Zielen, sondern einzig durch den Erwerbstrieb zusammengehalten werden, ist mehr als irgendeine andere Nation dem Parteigetriebe unterworfen und deshalb auch dessen unvermeidlichen Übeln stärker ausgesetzt als ein Rassevolk. Weder ein Präsident noch ein Richter noch irgendein Beamter, der seine Ernennung einer politischen Partei verdankt, kann in seinem Amt das Ideal nicht nur der Losgelöstheit von materiellen Sonderinteressen, sondern auch das der nationalen Einheit vollkommen verkörpern. Insbesondere wird das Staatsoberhaupt entweder, wie in Frankreich, eine fungible Ziffer oder, wie in der Union, eine kontroverse Figur. Das ist der Fundamentaldefekt jeder Demokratie. Auch fehlt, ganz abgesehen von den administrativen Verlusten, welche durch den häufigen Personenwechsel in der Verwaltung dem Organisieren der nationalen Kraft entstehen, das Gefühl der abstrakten Kontinuität des obersten Amtes, denn jeder jeweilige Inhaber, Herkules oder Schwächling, drückt dem Presidential Cabinet, der Bundesrichterschaft und allem, was davon abhängt, den Stempel seiner mit tausend Fäden an die Partei, an das Privatleben, an das Geschäft gefesselten Persönlichkeit auf. Aus dem Präsidentschaftsamt wird eine Ära. Aus dem Regierungsprinzip eine Kette wechselnder Doktrinen. Aus der politischen Überzeugung des obersten Beamten ein schmiegsames Brauchmittel. Es fehlt der starke Einfluß eines traditionellen Bindegliedes, welches in dem ewigen Wechsel von Rassen, Stimmungen, Parteien, Konjunkturen der Imagination des Volkes den Gedanken der nationalen Einheit nachdrücklich einprägt.

Hingegen wandelt die erbliche Monarchie auf mannigfach subtile Art der Parteien Konflikt in Koordination, schafft und erhält die Stetigkeit der nationalen Politik durch wechselnde Administrationen hindurch und verkörpert in sich den Ausdruck der geschichtlichen Einheit des Volkes. Auch hat die persönliche Geeignetheit des jeweiligen Monarchen auf die transzendentalen Wirkungen seines Amtes wenig Einfluß. Nur bringt mangelnde Kraft dem König Entlastung, dem Parlament Stärkung, dem Volk politische Schulung, dem Reich Entwicklung zu streng konstitutionellem Wesen. Bis heute hat die politische Philosophie einen vollwertigen Ersatz für das bewährte System der erblichen Monarchie nicht entwickeln können. Jedenfalls umfaßt dasselbe noch gegen 75 % des Gesamtareals und etwa 88 % der Gesamtbevölkerung der bewohnbaren Welt. Je stärker der Einfluß des

kapitalistischen Sonderorganismus auf das politische Parteileben eines Landes ist, desto mehr bedarf es des Korrektivs der Krone.

Unter vielen Mißbräuchen, die der gouvernementalen Domination in Deutschland zur Last gelegt werden, spielt auch der gegen die staatliche Beamtenschaft und Arbeiter, z. B. auf den fiskalischen Zechen, bei politischen Wahlen geübte Terrorismus in den Debatten unseres Parlamentes eine große Rolle. Es ist deshalb nicht uninteressant zu beobachten, wie in Amerika die gefürchtete Beeinflussung abhängiger Wähler — bekanntlich ein Hauptargument professioneller Politiker gegen Verstadtlichung und Verstaatlichung öffentlicher Nutzbarkeiten, z. B. der Bahnen — in höchst skrupelloser Weise durch das Großkapital besorgt wird. „This Factory Will Resume Within Ten Days After the Election of William H. Taft", stand während der letzten Wahlkampagne an den Türen vieler Industriekonzerns zu lesen, die infolge der verflossenen Panik den Betrieb eingestellt hatten. Lieferungskontrakte mit dem Vorbehalt: „void if the country goes Democratic", Drohungen der Lohnherabsetzung, der Stillsetzung für den Fall, daß Bryan gewählt wurde, waren an der Tagesordnung, ebenso Versprechungen aller Art für den Fall der Erwählung Tafts. Wenn ich zwischen zwei Übeln: dem Parteiterrorismus des Großkapitals und dem politischen Terrorismus der Regierung, die Wahl hätte, so wählte ich mir das letztere als das kleinere von beiden. Denn die Staatsregierung besitzt drei Eigenschaften, welche dem kapitalistischen Sonderorganismus mangeln: historische Berechtigung, vaterländische Weitsicht und Einheitlichkeit des Organisierens der nationalen Kraft. Die Staatswirtschaft noch ein viertes vor der Privatwirtschaft: größeres Vertrauen bei dem investierenden Publikum, wie der Stand unserer Staatsnoten, preußischen Konsols, deutschen Fonds zu beweisen scheint.

Es läßt sich bei aller Berücksichtigung mildernder Umstände doch nicht verkennen, daß die nordamerikanische Union in ihrer jetzigen kraß-kapitalistischen Gestaltung den Aufgaben eines modernen Staates nur höchst unzureichend gerecht wird. Verglichen mit den Kulturländern Europas, befindet sie sich noch tief im Bann der liberal-individualistischen Auffassung, welche den wirtschaftlichen Egoismus zum herrschenden Prinzip der Volkswirtschaft macht, ohne den Rechtsschutz, die soziale Tätigkeit und andere Reformen durchsetzen zu können, welche für das Gedeihen des nationalen Gesamtwohls unerläßlich sind. Der Vorsprung unserer staatlichen Entwicklung vor derjenigen der Union wird besonders deutlich, wenn man sich die Aufgaben und Ziele staatlichen Wirkens auf dem Gebiet des neuzeitigen Wirtschaftslebens vor Augen hält, wie sie sich für Deutschland definieren lassen:

1. Erlaß besonderer, den speziellen wirtschaftlichen Bedürfnissen dienender Rechtsordnungen (Agrarrecht, Gewerberecht, Handelsrecht, Kredit-, Bank-, Börsen-, Verkehrsrecht usw.) und Anpassung des allgemeinen, vor allem des bürgerlichen Rechtes an diese. 2. Maßnahmen der Wirtschaftspflege zur Beseitigung der der individuellen, genossenschaftlichen oder sonstigen Tätigkeit entgegenstehenden Hemmnisse und zur positiven Förderung der Urproduktion, der Gewerbe, des inneren und äußeren Handels, sofern die Tätigkeit des Einzelnen oder freier Vereinigungen hierzu nicht ausreicht. 3. Übernahme wirtschaftlicher Unternehmungen auf den Staat und die Gemeinden, falls deren Betrieb durch Private unmöglich ist oder zur Ausbeutung des Publikums oder zu anderen Nachteilen führen würde (Post-, Eisenbahn-, Trambahnunternehmungen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke u. dergl.). 4. Gesetzliche Vorkehrungen zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen gegen Übervorteilung und Ausbeutung durch die Stärkeren und zur Besserung ihrer Lebenshaltung überhaupt (Arbeiterschutzgesetzgebung, Arbeiterversicherung, Fabrik- und Wohnungsinspektion u. dgl.).

Außer der Fernhaltung fremder Intervention, der Gewährung fast unbeschränkter Erwerbsfreiheit und dem Schutz der Privilegien und Rechte des durch das Kapital erworbenen Besitzes gibt es kaum eine Aufgabe, welche der Staat in Amerika in einer moderne Ansprüche befriedigenden Weise zu lösen vermochte. Deshalb darf auch die Kreditwürdigkeit der Union heute nicht mehr ohne Berücksichtigung der sozialen und psychologischen Momente, ohne Erkenntnis des legislativen, juridischen und exekutiven Milieus analysiert werden. Denn in Europa hat sich nachgerade das Gefühl durchgesetzt, daß Dollars und Cents nicht der einzige Maßstab wirtschaftlichen Erfolges sind, sondern daß es noch eine Reihe anderer Dinge gibt, die keinen Preis haben, aber deren Besitz für ein starkes Staatswesen unbedingt erforderlich ist: daß das Fehlen ethischer Werte nicht nur den Verfall der sozialen und politischen Institutionen, sondern auch die Erschütterung der finanziellen Grundlagen eines Landes zur Folge haben kann. — Somit können wir durch alle Phasen des neuzeitigen Wirtschaftslebens der Union, in der Gesetzgebung, der Rechtsprechung, der Sozialreform, der politischen Ökonomie, selbst in der Kreditwürdigkeit nationaler Werte, das Versagen des Prinzipes der individuellen Selbstbestimmung, die Liquidation der Jeffersonschen Regierungsdoktrin, das Überwuchern des Ideals der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit durch das Gewächs des Großkapitals verfolgen, dem das Zwerggewächs der koalierten Arbeit drohend nachwuchert. *)

*) Siehe Anmerkung.

Aber ein Gutes hat das demokratische Experiment uns doch gebracht: es hat unsern Freiheitsbegriff geläutert. Nirgends kann man so gründlich „regierungsfromm" werden als im Lande gouvernementaler Emanzipierung, nirgends die antinationalen, -sozialen und -kulturellen Tendenzen der Privatmonopolmächte besser analysieren lernen als im Lande der Freiheit, nirgends die unmögliche Begrenztheit unbegrenzter Möglichkeiten klarer erfassen als im Industriegetriebe der nordamerikanischen Union.

Der im Filter demokratischer Zivilisation abgeklärte Freiheitssinn verlangt nach Freiheit, aber nach wahrer, innerer, solcher, die sich äußert in einsichtsvoll weiser Beschränkung jedes und aller im Rahmen traditionell bewährter, göttlicher und menschlicher Obrigkeit; nicht nach selbstgefälligem Freiheitsillusionismus, der zum Sklaven seiner ungezügelten Begierden wird, nicht nach Verneinung jedes individuellen Zwanges, die in Willkür, ungehemmtem Erwerbstrieb, der in Kapitalmacht, stürmischem Aufschwung, der in Industriedespotismus ausartet, wobei die wirklich großen Kulturtätigkeiten: Religion, Sittlichkeit, Kunst, Altruismus zu geschäftlichem oder sportlichem Tändelwerk herabsinken. Das hat uns Amerika durch Negation gelehrt. Auch die Ehrfurcht vor nationalen Traditionen, sozialen Konventionen und vor der Würde des Alters. Und durch positive Befruchtung: Freude an der starken Persönlichkeit, Lust zu großzügig-schöpferischer Tätigkeit, Energie zum Kampf gegen die Auswüchse des Lasters. Zieht sich doch, wie ein versöhnendes Motiv, durch das Schauspiel staatswirtschaftlichen Fiaskos in Amerika ein sympathischer Name: Theodor Roosevelt.

In dem Ringen nach Recht, Sitte und Ordnung, nach administrativer Konsolidation, nach nationaler Drainage und Sanierung der industriellen Finanzgebarung, an der auch Deutschland ein dringendes Interesse hat, verliert die Union mit dem scheidenden Präsidenten einen politischen Herkules, auf den sie bauen konnte. Das große Verdienst seiner Administration ist es gewesen, die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes von der Routine des Geschäftslebens auf die großen sozialen Fragen unserer Zeit gelenkt, und den engen Horizont der kulturell tiefstehenden Masse nach der moralischen Richtung hin erweitert zu haben, wenn auch seine Arbeit mehr ethisch begehrend als ethisch positiv, mehr ein Wachrütteln des Volksgewissens als eine Durchsetzung großer Reformen war.

Wer Roosevelt als Privatmann kannte, wenn er den theatralischen Kriegsputz abgelegt, mit dem sich der politische Kämpe im Lande des bluffs nach Indianerbrauch umgeben muß, um auf den Gegner zu wirken, der wird ihn sicherlich für höher einschätzen als für einen Johannes Baptista amerikanischen Demagogentums. Wird ihn nicht mit William

RandolphHearst,demMarcosBozzarris dieser fliehendenTage,vergleichen. Wird ihn vielmehr der energischen Herrin an die Seite stellen, die mit kühnem Besenstrich die gierigen Meereswogen von den Stufen ihres Hauses in den Ozean zurückzufegen sich unterfing. Auf seinen politischen Leichenstein wird man die Worte setzen: „Wer wollte versuchen, einem Flußlauf die Wege zu weisen, indem er mit einem Hölzchen ins Wasser peitscht? Wer Ströme ablenkt, muß Erdmassen bewegen, Höhenniveaus berechnen, Schleusen bauen; aber wer mit Hauptzuständen unserer Kultur und Lebensart unzufrieden ist, der glaubt oft etwas Rechtes zu tun, wenn er mit Worten Raison predigt!" —

*Anmerkung:* Einen bemerkenswerten Einblick in die Auffassung, welche in der Union über die Bedeutungslosigkeit der Volksregierung vorherrscht, gewähren folgende Ausführungen des Hauptrichters am obersten Gerichtshof von Nord Carolina, Honorable Walter Clark: „The people's part in the government, in the choice of a House of Representatives, even when reenforced by the executive, is still nullity in the face of the senate and judiciary in whose selection the people have no direct voice. The government of the United States is a government by Senate and judges — by whatever power can control the selection of Senators and judges. What is that power? We know that it is not the American people .... It rests with those great „interests" which select the majority of the Senate and the judges. The sole remedy for this is by amendment of the Constitution (the „Great Instrument" that stands beside the bible, inviolate) that shall make it more democratic, in other words, counteract the effects of the reactionary influences following the strenuous patriotism of the declaration, which was so strong during the framing of the Constitution."

II. Teil.

# 1. Bodenprobleme.

„So wirken in der Frage der Gestaltung des Eigentumsrechtes verschiedene Tendenzen, welche bald mehr die Bildung von öffentlichem Eigentum, bald mehr die von Privateigentum begünstigen. Es wird sich aber nicht verkennen lassen, daß die neuere Zeit mehr dem scharf individualistisch gestalteten Privateigentum zuneigte, weil man dieses als Grundlage der persönlichen Freiheit und Unabhängigkeit, als Hauptmotiv für die Vermögensbildung und Produktionssteigerung als wirksamsten Hebel für technische Fortschritte erkannt hat. Wenn daneben in jüngster Zeit das öffentliche Eigentum begünstigt wird, so liegen die Gründe hierfür in dem Bestreben, wichtige für die allgemeine Kulturentwicklung maßgebende Bedürfnisse in gleichheitlicher, zuverlässiger und billiger Weise zu befriedigen, in der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Vereinigung großer Arbeits- und Kapitalmengen zur Erreichung bestimmter Zwecke, und in dem Wunsche, auf gewissen Gebieten, auf denen die rücksichtslose Geltendmachung des Privatinteresses mit dem Zwecke oder dem allgemeinen Interesse unverträglich ist, dem letzteren zur Anerkennung zu verhelfen. . . . Ob die Gesellschaftsunternehmungen, welche, obwohl von Privatpersonen gebildet, doch durch ihren Umfang, ihre Kapitalmacht und folglich durch ihren Einfluß den Unternehmungen öffentlicher Körperschaften an Bedeutung nahekommen oder sie auch übertreffen, ob diese den Übergang zu öffentlichen Unternehmungen, also zur Verstaatlichung einleiten werden, oder ob die Staatsgewalt sie später mehr im Sinne der Zurückdrängung des reinen Interessenstandpunktes beeinflussen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht absehen.“ — Mit diesen Worten kennzeichnet von Eheberg das Eigentumsrecht der modernen Volkswirtschaft, wie es vom Standpunkt der gesellschaftlichen Zweckmäßigkeit aus in Deutschland begriffen und verteidigt wird.

Gesunder Wettbewerb zwischen staatlicher, unterstaatlicher bzw. kommunaler und privatwirtschaftlicher Produktivtätigkeit auf dem Gebiete der Rohstofflieferung, des Verkehrswesens, der Beschaffung

öffentlicher Nutzbarkeiten hat sich bei uns als das wirksamste Mittel erwiesen, um mit geringstem Aufwand an Bodenwerten, Arbeit und Kapital und mit gebührender Berücksichtigung der Wohlfahrt aller beteiligten Volksglieder die größten wirtschaftlichen Leistungen zu erzielen. Der vorbildliche Betrieb unserer Staatseisenbahnen und ähnlicher im Dienst der Allgemeinheit stehender Institute hat mehr getan, uns auf dem Wege der allmählichen Ausdehnung des öffentlichen Sondereigentums dem sozialistischen Zukunftsideal näherzubringen als alle Theorien von Marx bis Bernstein. Und doch muß auch der überzeugteste Verfechter des Staatssozialismus, sofern er geschichtlicher Belehrung zugänglich ist, angesichts der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung zugeben, daß das Endziel der grundsätzlichen Umgestaltung des Eigentumrechtes, wenn überhaupt, so erst durch langsame und stetige Höherentwicklung der menschlichen Gesellschaft erreicht werden kann; daß die kapitalistische Wirtschaftsform lange noch nicht erschöpft ist, vielmehr der Erreichung des Endzweckes am besten dient, weil sie am einträglichsten ist; daß sie von allen Aufwärtsstrebenden unterstützt werden muß, damit Werte geschaffen und angehäuft werden, deren allmählich gerechter werdende Verteilung die Lebenshaltung und Kultur zunächst der nationalen, dann der internationalen Gesamtheit einem höheren Niveau zuführt.

In Amerika liegen die Verhältnisse des Eigentumsrechtes wesentlich anders und wesentlich komplizierter. Gemäß der dort vorherrschenden extrem-individualistischen Wirtschaftsgebarung sind die Aufgaben und Ziele des Staates weit beschränktere; hat der Einzelstaat doch lediglich das zu tun, was durch private und gemeinsame Tätigkeit der Bürger keinesfalls geleistet werden kann, und die Föderalregierung das, was die Einzelstaaten für das Gemeinwohl zu tun versäumen. Der Staat greift also nicht konkurrierend und auch kaum kontrollierend in die Privatwirtschaft ein, weil die Regierung der Union nicht, wie bei uns, das Exekutivorgan der völkischen Gesamtheit ist, sondern das Parteiorgan der besitzenden Klasse, die durch ihre Kapitalmacht und ihre „historisch erworbenen Rechte“ die Volkswirtschaft beherrscht.

Unser völkischer Idealismus hat nach langen Kämpfen in dem preußisch-paternalen Regierungssystem eine zweckentsprechende, wenn auch keineswegs vollkommene Ausdrucksform gefunden. Bei aller gouvernementaler Domination und polizeilicher Beaufsichtigung werden wir aber, wie unsere schärfsten Kritiker zugeben, neben den wirtschaftlichen auch den sittlichen Forderungen eines modernen Staatswesens besser gerecht, als andere Völker mit demokratischer Verfassung. In Amerika kann man von ererbtem Idealismus deshalb

kaum reden, weil die heutige Bevölkerung ethnisch und politisch eine ganz andere ist, als sie zur Zeit der Gründung der Union gewesen. Von dem Geiste Washingtons ist in dem heutigen plutokratischen Regime wahrlich nicht mehr viel zu spüren. Das ideal gedachte Regierungssystem der Verfassungsgründer ist dem materiell denkenden Nachwuchs ein brauchliches Werkzeug zur Stillung seiner Erwerbsgelüste geworden. Durch Staatsgewalt nicht gezügelt und durch Staatstätigkeit nicht eingeschränkt vermag die Privatwirtschaft, vermögen die Monopolmächte die Bodenschätze des eigenen und die Arbeitskräfte fremder Läder rücksichtslos auszubeuten, ohne den Anforderungen einer rationellen, d. h. konservierenden Produktionstechnik und einer humanen, d. h. volksaufziehenden Menschenökonomie gerecht zu werden, wobei die Zerrüttung der materiellen Grundlagen des Landes das Gedeihen künftiger Generationen untergräbt.

Die Verstaatlichung eines Teiles der natürlichen Kräfte und Stoffe des Landes nach deutschem Muster, namentlich der Bahnen, die als Frachtträger und Hauptkonsumenten der Eisen- und Stahlindustrie die Hauptursache der einseitigen Kapitalverschiebung, der wüsten Spekulation, der schwankenden Konjunktur und der politischen Korruption sind, würde, so sehr sie theoretisch plausibel scheint, praktisch kaum durchführbar sein. Ganz abgesehen von den finanziellen Schwierigkeiten der Übernahme der stark verwässerten Privatwerte durch den Staat würde, so lange die Regierung unter der Domination des Großkapitals bleibt, der Vorgang der Verstaatlichung rein formelle Bedeutung haben. In Wirklichkeit bliebe alles beim alten, nur daß die herrschende Partei durch die große Zahl der von ihr abhängigen Beamten und Angestellten einen noch gewalttätigeren Einfluß auf die politische Gebarung des Landes auszuüben vermöchte, als sie es jetzt schon tut.

Ferner, wenn es nach dem übereinstimmenden Urteil der Experten fast unmöglich ist, gewisse städtische Dienstleistungen, Gas- und Wasserversorgung, Kraftlieferung, Beleuchtung, Straßenreinigung usw. wegen der herrschenden Korruption in die kommunale Verwaltung einzubeziehen, so ist das wenig ermutigend für die Ausdehnung der staatlichen Produktivtätigkeit; denn die Staatsregierung der Union besteht ja, im Gegensatz zu derjenigen des Deutschen Reiches, zum großen Teil aus Gliedern der Privatwirtschaft, die nicht dadurch bessere Menschen werden, daß sie in den Dienst des Staates treten. Sollte aber im Laufe der Zeit der Staat jemals, wie bei uns, das Exekutivorgan der völkischen Gesamtheit werden, so würde das den staatlichen Betrieb kaum ökonomischer gestalten, weil zu erwarten stünde, daß durch Volksbeschluß die Preise der staatlich erzeugten Nutzbarkeiten erniedrigt, und damit

ein „Karneval der Verschwendung "eingeleitet würde, wie ihn die Welt toller noch nicht gesehen hat*). Zur Durchführung des preußisch-deutschen Wirtschaftssystems gehört eben auch ein einheitlich organisiertes und diszipliniertes Volk wie das unsrige. Die charakteristischen Merkmale der amerikanischen Systemlosigkeit aber sind: Raubbau und Wirtschaft aus dem vollen, und nur eine Änderung des Volkscharakters oder der Lebensbedingungen kann sie ändern.

Wenden wir uns zu den verfassungsmäßigen Grundlagen: Artikel IV, Sektion III, Absatz 2 der Konstitution besagt: „The Congress shall have power to dispose of and make all needful rules and regulations respecting the territory or other property belonging to the United States, and nothing in this constitution shall be so construed as to prejudice any claims of the United States or of any particular State." Gemäß dieser Klausel, und von der einst berechtigten Vorstellung geleitet, daß Ländereien wertlos seien, solange sie unentwickelt bleiben, — dies zu einer Zeit, da die Bodenwerte Amerikas wegen Mangels an Arbeit und Kapital und wegen Fehlens aufnahmefähiger Märkte für die Produkte des Landes noch gering eingeschätzt wurden, — fand sich die Regierung bewogen, den größten Teil des öffentlichen Eigentums an Farmländereien, Mineralfeldern, Forsten und Wasserkräften um billigen Preis an Privatunternehmer zu veräußern.

Nach dem Homestead Gesetz konnte die Regierung von den meist im Westen gelegenen öffentlichen Domänen gegen Zahlung einer nominellen Gebühr von $ 1,25 pro Acker 160 Acker dem einzelnen Unternehmer überlassen, falls derselbe sich dort anzusiedeln und das Land zu bebauen verpflichtete. Das Gesetz hat Millionen der besten Ackerbürger nach Amerika gezogen. Bald wurde eine Ergänzung in Form der sog. Kommutationsklausel durchgebracht, wonach der claim bereits nach vierzehnmonatlicher Besiedlung in den Besitz der eingetragenen Person überging. Dadurch ward es den Spekulanten möglich, ungeheure Landstrecken unter fiktivem Namen aufzukaufen und den Grundstückssyndikaten zu überliefern. Demselben Zweck diente das desert land law, ein Gesetz, welches unter der Vorgabe der Urbarmachung wüster Landstriche es dem Unternehmer möglich machte, sich 640 Acker „Wüstenland" zuteilen zu lassen, das dann nach wirklicher oder vorgeblicher Bewässerung eines Teiles davon in seinen Besitz überging. Unter diesem Gesetz, welches neuerdings auf 320 Acker als Landeinheit beschränkt ist, sind ganz enorme Strecken nicht nur minderwertigen, sondern auch reichen Landes in die Hände privater Korporationen gespielt worden, welche dasselbe nun auf Grund

*) Siehe Anmerkung 1.

ihrer „vested rights" zu Spekulationszwecken halten, ohne es der Bebauung zu erschließen.

In den siebziger Jahren wurde ferner im Interesse des einzelnen Ansiedlers oder Heimstättensuchers das timber and stone law erlassen, welches ihm gestattete, 160 Acker Forstland zu $ 2,50 pro Acker für eigenen Gebrauch zu erwerben. Dieses Gesetz ist noch stärker gemißbraucht worden als die anderen. Ganze Eisenbahnzüge mit Leuten wurden von den Holzhandlungssyndikaten nach dem Westen befördert, um dort ihre 160 Acker pro Kopf käuflich zu erwerben, und dann gegen Zahlung eines Bonus an das Syndikat zurückzugeben. Weite Waldstrecken im Werte von 100 Dollar pro Acker sind so für $ 2,50 von der Regierung verschleudert worden. Kürzliche Untersuchungen im General Land Office haben ergeben, daß ähnliche Schwindeleien durch Mißbrauch des coal land laws bei Vergebung von Kohlenländereien unterlaufen sind. Bereits die Hälfte der hochwertigen Kohlenfelder des Westens sind heut aus öffentlichem Besitz in Privathände übergegangen.

Im Gegensatz zu Deutschland, wo das Bergregal von jeher Geltung gehabt, besaß nach altem Gewohnheitsrecht dort wie in England als Regel der Grundeigentümer auch das Recht an den nutzbaren Mineralien. Nachdem nun heut durch die starke Zuwanderung bzw. Volksvermehrung ein reger Bedarf für diese Nutzbarkeiten geschaffen worden, und nachdem die ihnen innewohnenden Werte auf das Vielfache des ursprünglichen gestiegen, sieht sich das amerikanische Volk gezwungen, sein ihm rechtlich zustehendes Erbteil an Naturschätzen zu jedem durch die Privatmonopole willkürlich festgesetzten Preise von jenen zurückzukaufen. Verfassungsgemäß steht der Regierung eine Kontrolle nur noch auf solchen Ländereien zu, die öffentliches Eigentum geblieben sind. Sie kann die Benutzung deren Bodenerzeugnisse vollständig verbieten, (wie das kürzlich durch ein Forstgesetz im Staate New York geschah, wonach die Wälder für ewige Zeiten nicht geschlagen werden dürfen!), oder sie mag sie verkaufen, verpachten oder in eigene Regie übernehmen, nur darf sie mit den „vested rights and contracts" der Privatwirtschaft nicht in Konflikt geraten. Denn auch bei gestohlenem Gut wacht man eifersüchtig über die historisch erworbenen Rechte. Angesichts dieser Raubwirtschaft, welche die Union an den Rand des Ruins zu bringen droht, macht sich neuerdings in verantwortlichen Regierungskreisen allerdings das Bestreben geltend, derartige nationalschädliche Kontrakte, deren „Heiligkeit" von Staats wegen nicht gestört werden darf, durch Kongreßbeschluß umzustoßen. Doch dürfte der Druck der öffentlichen Meinung, bzw. der Plutokratie welche solche fabriziert, die Privatwirtschaft vor derartig unerhörtem Eingriff in ihre profitable Geschäftstätigkeit bewahren.

Auch bietet die Art und Weise, in der die Federal- und Staatsregierungen die natürlichen Hilfsquellen der Union bisher verwaltet haben, keinerlei Garantie dafür, daß eine Ausdehnung der staatlichen Produktivtätigkeit oder Kontrolle wirklich reformatorisch wirken würde. Besitzt die Regierung doch nicht einmal eine Karte, die erkennen läßt, welche Mineralfelder öffentliches Eigentum sind. Noch nie hat eine Vermessung stattgefunden, die Staatsbesitz und Privatbesitz gegeneinander abgrenzt. Zur Eintragung des Titels als Eigentümer ist die Angabe der Örtlichkeit nicht erforderlich. Wenn ein Bürger wünscht, in bestimmter Gegend ein Stück Land zur bergbaulichen Ausschlachtung zu erwerben, so wendet er sich an die Regierung, die ihm folgende typische Antwort erteilt: „We do not know whether we own it or not; but you can have it surveyed, if you like, and then advertise for ninety days your desire to purchase it; and if nobody appears within that period to oppose your claim, we will conclude that we own the land, and will sell it to you!" Diese Praxis führt natürlich zu vielfachen Zwistigkeiten. So hat neuerdings die Missouri-Kausas-Texas Eisenbahn die amerikanische Regierung auf Schadenersatz im Betrage von rund 61 Millionen Dollar verklagt, weil die Regierung große Landstrecken längs der Route der Eisenbahn, die der letzteren vom Kongreß verliehen worden seien, anderweitig vergeben haben soll.

Ähnlich unzureichend und oft geradezu unsinnig sind die Bergbau-, Forst- und andere Bodenbenutzungs-, Verbesserungs- und Schutzgesetze der Union und der Einzelstaaten. Meist opportunistische Augenblicksmaßnahmen ohne wissenschaftliche Gründlichkeit und ohne jegliche Berücksichtigung der Erfahrung der alten Kulturländer, oft auch direkte Interessenmanöver des eigensüchtigen Großkapitals wie z. B. der Nichtausbau der Wasserstraßen auf Betreiben der Eisenbahnmagnaten. Der Versicherungsrechtsausschuß des amerikanischen Anwaltsvereins erklärt, daß die Aufsichtsämter der Einzelstaaten mit wenigen Ausnahmen nach politischen Erwägungen ohne Rücksicht auf Sachkenntnis besetzt seien. Man kann es daher den Amerikanern kaum verdenken, wenn sie die Erschließung und Bewahrung brachliegender Bodenschätze der Legislatur bzw. Executive des Staates nicht anvertrauen wollen. Sagt Dr. R. W. Raymond, Sekretär des American Institute of Mining Engineers, New York: „But an overruling Providence has saved our State from the results of absurd legislation in this respect by withholding from it, so far as is now known, any considerable deposits of those minerals to which the most archaic, confused, impracticable and absurd provisions of its mining laws would apply." Und weiter über die Zerstörung der Verantwortlichkeit und

Initiative des Individuums durch übertriebene Gesetzgebung: „Human nature being what it is, we are all prone to order something done which we think ought to be done, and than to feel that we have performed our duty in the premises. The result is an overwhelming multiplicity of laws with corresponding feebleness or sporadic irregularity in their execution, and, worse yet, a general disregard of the sanctity and authority of the law. General intelligence is a law which executes itself. I need not argue this point further. We all know that the everlasting multiplication of statutes is a crying nuisance of our generation. And we must all agree that if any real or supposed evil can be cured by enlightening the public mind, it is folly to try to cure it by legislation, in advance of such enlightenment."

Diese Argumentation deckt sich mit dem Begriff der „fraternalen" Regierung, deren „wohltuendste, wirksamste und am wenigsten verwerfliche Funktion die Erziehung des Volkes durch Verbreitung von Information ist". Wegen geringen Prestiges und Kompetenz der Regierung ist man also trotz der anerkannten Auswüchse des Erwerbstriebs der Privatmonopolmächte wenig geneigt, die bisherige Bodenpolitik zu verlassen, teils, weil es dem Besitz so profitabel scheint, teils, weil man fürchtet, vom Regen in die Traufe zu kommen. Die Achtung der Massen vor einer großen Privatkorporation wie z. B. dem Stahltrust, der seine Pflichten der Öffentlichkeit gegenüber wenigstens mit einem Schein geschäftlicher Dezenz gerecht wird, ist in der Tat größer, als die Achtung vor der Bundesregierung. Wenn man mir gelegentlich der Diskussion eines Vortrages über: „Die rationelle Auswertung der Kohlen" von amerikanisch industrieller Seite schrieb: „your plan for the nationalization of coal mines would be alright if it were not for the r a s c a l i t y o f o u r g o v e r n m e n t", so hielt ich das in den ersten Jahren meines Aufenthaltes in der Union — für eine vereinzelte Meinungsäußerung. Ich habe mich später überzeugen müssen, daß diese Auffassung dem allgemeinen Sentiment entspricht.

Zu berücksichtigen ist ferner, daß die demokratische Idee eifersüchtig darüber wacht, daß die Zentralgewalt durch Erweiterung ihrer Machtbefugnisse nicht ungebührlich erstarke und die Freizügigkeit des Individuums dadurch beeinträchtigt werde. Grade bei der Bodenauswertungspolitik der Union kann man so recht erkennen, wie sehr die Überspannung des individualistischen Prinzipes die Einheitlichkeit des Organisierens der nationalen Kraft hindert, und wie die Befriedigung der kleinlichen Gelüste und Eitelkeiten der kapitalistischen Auslese die Durchsetzung des Wohles der nationalen Gesamtheit schwächt.

Die vier oben zitierten Gesetze sind in den letzten Jahren Gegenstand heftigster Agitation gewesen. Die von Roosevelt eingesetzte

Untersuchungskommission hat ganz unglaubliche Zustände der Verrottung ans Tageslicht gebracht, ebenso der Sekretär des Innern durch seine Enthüllungen über betrügerische Landverkäufe. Die ersten Vorschläge des Präsidenten zur Reformierung der Landgesetze fanden beim Kongreß kein Gehör. Auch seine verschiedentlichen späteren Botschaften sind vom Parlament wenig beachtet worden. So hat er schließlich den etwas phantastischen Plan gefaßt, einen Weltkongreß zur Konservierung der natürlichen Hilfsquellen nach dem Haag zu berufen. Wenn die Frage auch gewiß internationale Bedeutung hat, so ist es doch Sache jedes Landes, die internen Haushaltungsangelegenheiten mit sich selbst abzumachen. Die wirtschaftliche Machtstellung des Deutschen Reiches beruht nicht zum wenigsten auf seiner rationellen Bodenpolitik, und es kann nicht unsere Aufgabe sein, diesen Vorsprung durch reformatorische Maßnahmen kosmopolitischer Art zu verringern.

Die Union wird die rücksichtslose Verschwendung ihrer grundlegenden Kräfte und Stoffe zweifellos schwer büßen müssen. „Noch diese Generation", sagt Roosevelt in einer Botschaft an den Kongreß, worin er eine zu weitgehende „water power franchise bill" mit seinem Veto belegt, — weil bereits angeblich 33 % der verfügbaren Wasserkräfte der Union von Privatmonopolen kontrolliert werden, — „wird die Erschöpfung unserer Gas- und Ölquellen erleben und eine Steigerung der Kohlenpreise zu solcher Höhe, daß der Preis des durch Wasserkraft erzeugten und übertragenen elektrischen Stromes ein kontrollierender Faktor im Transportwesen, Fabrikation, Hausbeleuchtung und Heizung werden wird." Noch befindet sich der größte Teil der amerikanischen Wasserkräfte unter nationaler und Staatskontrolle. „Dieses eines unserer bedeutendsten Hilfsmittel bedingungslos wegzugeben, wäre ein Akt der Narrheit. Wenn wir uns dessen schuldig machen, werden unsere Kinder gezwungen sein, einen jährlichen Zuschuß auf eine Kapitalisierung zu zahlen, die auf den höchsten Preisen basiert, die das Geschäft vertragen kann. Sie werden sich einer mächtigen Interessenkoalition gegenüber finden, die sich hinter der Doktrin der historisch erworbenen Rechte verschanzt und ihren Besitz mit allen Mitteln verteidigt, die man mit Geld erkaufen und mit dem Genie findiger Korporationsanwälte ersinnen kann. Lange vor dieser Zeit aber werden sich die Wasserinteressen bereits zu einer starken Gruppe vereinigt haben, die von den großen finanziellen Zentren geleitet die Bedingungen diktiert, unter denen der Bürger sein Geschäft betreiben und seinen Lebensunterhalt verdienen darf." Die Weissagungen des Präsidenten haben neuerlich insofern eine Bestätigung gefunden, als ein W a s s e r k r a f t t r u s t unter der Direktive der General Electric Company tatsächlich in Bildung begriffen ist. Auch in der Erschließung der noch übrig bleibenden M i n e -

ralien schreitet die Vertrustung rüstig vorwärts, trotz aller Gegenmaßregeln des obersten Exekutivbeamten.

Nun muß man sich, um die weitere Entwicklung richtig zu verstehen, zunächst darüber klar werden, was für Werte hier in Frage kommen. Fassen wir, wie das in der Zensus-Statistik geschieht, unter Mineralprodukte alle aus dem Boden hebbaren Erze, Brennstoffe, Steine, Erden, Chemikalien, Metalle, kurz alles zusammen, was der nationalen Industrie — ausgenommen den von der Land- und Forstwirtschaft zehrenden Teil derselben — als Grundlage dient, so ergibt sich für die Union ein Totalwert aller Produkte von 1872 Millionen Dollar für das Jahr 1906. Von diesem Gesamtwert entfallen auf die Hauptposten der Mineralien und Erze: Kohle 566,8 Millionen, Eisenerz 107,0 Millionen, Erdöl 80,2 Millionen; der Metalle: Roheisen 453,8 Millionen, Kupfer 180,0 Millionen, Gold (fein) 96,1 Millionen; der Brenn- und Baustoffe höherer Ordnung: Koks 86,8 Millionen, Portlandzement 51,2 Millionen Dollars.

Bedenkt man, daß Kohle in einer Menge von 413,8 Millionen short tons den wertvollsten Posten der Mineralproduktion der Vereinigten Staaten darstellt, Eisenerz mit 49,2 Millionen long tons (+ 25,0 Millionen Tonnen Roheisen) den zweiten, und Erdöl in der Menge von 131,7 Millionen Faß (barrels of 42 gallons) den drittgrößten, so ergibt sich daraus ohne weiteres das kollidierende Moment zwischen Privat- und Staatswirtschaft. Die Interessenpolitik der Privatwirtschaft, geleitet durch das Anlage suchende Großkapital, wird dahin trachten, die Hebung und Weiterverarbeitung dieser drei Produkte in erster Linie zu monopolisieren. Resultat: Kohlenmonopol, Stahl-Korporation, Standard Oil Co. Die Interessenpolitik der Staatswirtschaft, solange sie nicht mit der erstgenannten identisch ist, wird danach streben, die nationalschädliche Ausbeutung des Bodens durch besagte Privatmonopole nach Kräften zu verhindern. Resultat: Bisher negativ.

Bedenkt man ferner, daß nach dem heutigen Stande unseres Wissens es kein Rohmaterial gibt, dessen rationelle Auswertung im Inlande der nationalen Wirtschaft eine solche Fülle neuer Produkte, Betätigungsmöglichkeiten, Erwerbsquellen und Anregung bietet als gerade die Kohle, so finden wir es begreiflich, daß die Bestrebungen des weitsichtigen Präsidenten — der die Union gern auf einem höheren Niveau industrieller Intelligenz als auf dem kolonialer Rohstofflieferanten sehen möchte — darauf hinzielen, das Land vor der systematischen Plünderung seiner unersätzlichen Kohlenvorräte durch vaterlandslose Kapitalassoziationen zu schützen.

Der Nimbus Roosevelts und seine Popularität bei den breiten Massen des Volkes, die ja bei der Ausbeutungspolitik des konzentrierten

Kapitals stets der leidende Teil sind, gründet sich vornehmlich auf die Freimut, Furchtlosigkeit und Konsequenz, mit der er die Reformen, welche er für Amerika als richtig erkannt, den mächtigen Gebilden der Privatwirtschaft gegenüber durchzuführen versuchte. Denn schon der bloße Versuch, selbst wenn er nur auf Bühneneffekte berechnet wäre, birgt große praktische Werte in sich.

Die Grundnote der neueren Wirtschaftspolitik der Federalregierung, soweit sie sich auf die Bewahrung und Aufschließung der noch in öffentlichem Besitz befindlichen Kräfte und Stoffe des Bodens bezieht, läuft augenblicklich darauf hinaus, die staatlichen Mineralfelder nicht wie bisher einfach zu verkaufen und so der Willkür der Privatunternehmer und der Kontrolle der Industriekorporationen für immer preiszugeben, sondern sie dem Publikum zur Nutzung zu vermieten. Die Vorzüge dieses für Amerika neuartigen Systems werden in Roosevelts Botschaft an den Kongreß wie folgt auseinandergesetzt: 1. Das System wird unter günstigen Bedingungen solchen Bergbautreibenden, welche nicht im Besitz großer Kapitalien sind, den Abbau von Kohlenflötzen für lokale Märkte möglich machen, da kein Kaufgeld zur Erwerbung der Felder notwendig ist und die geringen Gebühren an den Staat aus den Erträgnissen des Betriebes bestritten werden können; 2. es wird Operationen in größerem Maßstabe erleichtern, da die Vermietung in bezug auf Zeit, Fläche und andere Bedingungen genügend liberal gehalten werden kann, um gesunden Wettbewerb anzuregen und allen wirklichen Bedürfnissen des Landes nachzukommen; 3. dabei könnte in jedem Falle die allgemeine Überwachung durch die Regierung eine solche sein, daß einer Verwüstung in der Hebung und Behandlung dieser Brennstoffe wirksam entgegengearbeitet würde; 4. das System kann so gehandhabt werden, daß die Übelstände monopolistischer Kontrolle verhindert würden; 5. auch wird es die Regierung in den Stand setzen, Brennstoffe, die besonders für metallurgische oder andere Spezialindustrien geeignet sind, dem allgemeinen Verbrauch zu entziehen; 6. es wird ihr ermöglichen, das Publikum gegen unvernünftige und diskriminierende Preisforderungen für die Lieferung von Brennstoffen zu schützen.

Die im Auszug wiedergegebene Botschaft des Präsidenten enthält mehr als eine programmatische Darlegung der von der Regierung einzuschlagenden Wirtschaftspolitik bezüglich Bewahrung, Erschließung und Auswertung der unersetzlichen Bodenschätze des Landes. Sie enthält, aus dem Munde eines der ehrlichsten, stärksten und sympathischsten Leiter der Union eine bedeutsame öffentliche Anklage gegen Schwächen, Laster und falsche Grundzustände der amerikanischen

Wirtschaftsgebarung, deren Einfluß auf die Entwicklung der nationalen Industrie gar nicht tiefgreifend genug bedacht werden kann.

Es ist nur bedauerlich, daß die Botschaften Roosevelts, so schön sie klingen, so wirkungslos verhallen. Für die europäischen Kulturländer sind es nationalökonomische Gemeinplätze, die er propagiert, Binsenwahrheiten, die uns längst in Fleisch und Blut übergegangen sind. Was wir aus der Bodenpolitik der Union, — wie aus fast allen Maßnahmen deren innerer Verwaltung, — lernen können, ist: wie wir es nicht machen dürfen, um nicht in absehbarer Zeit aus dem Lichtkreis des Weltwirtschaftslebens ruhmlos zu verschwinden. Für die Amerikaner sind die Botschaften Roosevelts beherzigenswerte Lehren, die leider nichts als sensationelle Leitartikel auslösen. Wirtschaftsphilosophische Reflektionen, selbst wenn sie vom Präsidenten kommen, finden niemals Anklang in der amerikanischen Geschäftspraxis. Legislative Maßnahmen müssen, wie wir sahen, in der Union unweigerlich versagen, teils weil sie unzureichend, teils weil sie undurchführbar sind. Auch Verstaatlichung oder paternale Fürsorge ist gänzlich ausgeschlossen. Ebenso eine Änderung der Hochschutzzollpolitik, welche geeignet wäre, die Überspannung des Produktionstempos zu mildern. Soll eine Reform kommen, so muß sie aus der Privatwirtschaft selbst herauswachsen.

Die einzigen Impulse, welche den Amerikaner zur Änderung der herrschenden Mißwirtschaft treiben können, sind: der ökonomische Druck und der Erwerbstrieb, d. h. die Erkenntnis, daß sich die Marktlage der betreffenden Brauchlichkeiten geändert hat. Mit anderen Worten, verringertes Angebot infolge Erschöpfung, größere Nachfrage infolge Volksvermehrung und höherer Preis als das Resultat beider Tendenzen wird die Reform der Bodenpolitik bringen, wird die Konservierung der natürlichen Hilfsquellen einleiten, — verausgesetzt, daß die Einsicht früh genug kommt und daß die zu erwartenden Profite das Konservierungsgeschäft lohnend erscheinen lassen. Sonst dürfte sich das Wort des Staatsgeologen von West-Virginien, Dr. I. C. White, erfüllen, mit dessen Auffassung ich mich im vollsten Maße identifiziere: „Just as sure as the sun shines and the sum of two and two is four, unless this insane riot of destruction and waste of our fuel resources which has characterized the past century, shall be speedily ended, our industrial power and supremacy will after a meteor-like existence, revert, before the close of the present century, to those nations that preserve and prize at their proper value their priceless treasures of carbon!“

*Anmerkung.* Im folgenden ist die sehr interessante Ansicht eines Amerikaners, Professor Dr. H. H. Powers-Boston, über die Bodenpolitik der Union wiederge-

geben. „Now I am absolutely convinced that in this country any attempt at government ownership and management would introduce a factor into politics, which would be absolutely disastrous. I have heard men of influence urge that the government should take possession of our forests, our mines, our oil deposits, and all these natural resources of limited amount, with the direct intention of exploiting them just as fast as the labor resources of the country would permit and putting the product upon the market at the lowest possible price. Of course this man saw in the low price an immediate advantage. It never occured to him, apparently, that the low price could only be temporary, that it could only result in wasteful consumption, and that it would be followed immediately by exhaustion and famine prices. Yet that man was representative of a sufficiently large class to turn the majority vote of any party that might be in power. You Germans can never understand the situation here until you have grasped the idea which, I think, I have never yet seen a German grasp — that our government actually springs from beneath, that it is the majority, which means of course, the unintelligent end of our people, who determine these great questions of policy. Say all you will against trusts and monopolies and enhancement of price in this country. They are our salvation. When Rockefeller gets his grip on one of our great natural resources and charges twice as much as it would cost under a competetive regime (if indeed that has ever happened, which I seriously doubt) he is our good angel saving us from ourselves, uncidentelly getting a mighty good price for his services, no doubt, but protecting is in the only way that we can possibly be protected from that feverish and wasteful exploitation of our unrivalled resources of which you so justly complain. It is the ragedy of the Western hemisphere, the way in which our gas and oil and forests have disappeared in a generation with no adequate service to justify their destructive exploitation. The rule of monopoly simply means in these matters the absence of any other adequate rule, but that absence of adequate rule is not a result; it is a cause; the primary, inexorable fact for which at present there is no cure. Say what you will, our hemisphere was discovered five hundred years too soon. The world would have been better of if it had stayed for half a millenium in the possession of the savage. That does not mean that I am not a patriotic American. It doesn't mean either, that I believe in your German solution of things for I don't .... But for the moment your Prussian regime is infinitely better than ours because in its own imperfect way it grapples with the situation, whereas our more ideal system of government doesn't. About the time that our resources are exhausted we shall have learned the lesson of the prodigal son, but whether anybody will then be ready to kill a fatted calf for us, I do not know."

## 2. Mineralienerzeugung und Vergeudung.*)

Die Gewinnung mineralischer Erzeugnisse in den Vereinigten Staaten von Amerika ist während der letzten 28 Jahre im Werte um 1704,4 Mill. Mark oder 467 % gestiegen. Die Zunahme ist keine stetige gewesen.

*) Die folgenden statistischen Ermittelungen über die Gewinnung mineralischer Erzeugnisse in den Vereinigten Staaten von Amerika seit 1880 sind nach dem Bericht unseres Handelssachverständigen beim Kaiserl. Konsulat in Chicago im Reichsamt des Innern zusammengestellt und in den „Berichten über

Bis 1895 waren die Rückschläge sogar ziemlich häufig, und noch 1904 war ein solcher zu verzeichnen. In den letzten 8 Jahren — namentlich in den Jahren 1899, 1905 und 1906 — war jedoch die Zunahme größer als zuvor. Die Gewinnung von nicht metallischen Mineralien ist mit Ausnahme des Jahres 1880 immer größer gewesen als die von metallischen; letztere haben sich im Werte um 390 %, die nichtmetallischen sogar um 574 % vermehrt. Nichtmetallische Mineralien machten 1880 etwa 47 % der gesamten Mineralienerzeugung aus, ihr Anteil stieg bis zu 68 % für 1894; 1907 betrug er 57 %. Die metallischen Erzeugnisse stellten 1880 rund 51 % des Gesamtwerts, 1894 nur 34 %, zuletzt wieder 44 %. Ganz erheblich 1886 und 1904 geradezu auffällig, ist die Abnahme in der Gewinnung der sonstigen mineralischen Produkte. Höchstwahrscheinlich handelt es sich hier um Veränderungen in der Einreihung einiger dieser Waren. Die Zahlen in dieser Gruppe sind Schätzungen. In der für 1907 angegebenen Ziffer von 100 000 $ sind inbegriffen: salpetersaures, kohlensaures, schwefelsaures Natron und Alaunton; ferner Molybdän, Nickel, das seit 1905 nicht mehr besonders unter den metallischen Produkten aufgeführt wird, Kobalt, Tantal, Titan, Uran und Vanadium; für letztere Gruppe zusammen ist der Erzeugungswert auf 31 945 $ zu schätzen.

Unter den 10 wichtigsten mineralischen Erzeugnissen stand 1880 die Kohle an erster, das Eisen an zweiter Stelle. Ihnen folgten dann dem Werte nach Gold, Silber, Petroleum, Kalk, Bausteine, Kupfer, Blei und Salz. Auch heute steht Kohle noch an erster Stelle und Eisen an zweiter. Ihnen folgen aber der Reihe nach Kupfer, Tonprodukte, Petroleum, Gold, Bausteine, Zement, Naturgas und Blei. Gold ist also von der dritten auf die sechste Stelle gekommen; Silber aus den ersten 10 Produkten ganz ausgeschieden, desgleichen Salz und Kalk; Petroleum hat die fünfte, Bausteine haben die siebente Stelle behauptet; Kupfer ist von der achten an die dritte Stelle gerückt, Blei von der neunten an die zehnte. Neu hinzugekommen sind Tonprodukte an vierter, Zement an achter und Naturgas an neunter Stelle.

Die mineralische Produktion ist über alle Bundesstaaten und Territorien verteilt; im letzten Jahre hatten nur drei Staaten eine Förderung in geringerem Werte als eine Million Dollars aufzuweisen, während zwölf mit je über 50 Millionen Dollars beteiligt waren. Pennsylvania liefert etwa ein Drittel der gesamten mineralischen Erzeugung; es ist der bei weitem größte Produzent von Kohle, Zement, Naturgas und

---

Handel und Industrie" vom 15. III. 1909 veröffentlicht. Der Abschnitt über die Vergeudung der mineralischen Hilfsquellen entstammt der „Kartell-Rundschau" vom Juni 1909, bzw. der „Deutschen Bergwerks-Zeitung" vom 22. IV. 1909.

Steinen; Minnesota hat die Führung in Eisenerz, Arizona in Kupfer, Ohio in der Tongewinnung, Oklahoma in Petroleum, Kolorado in Gold und Silber, Missouri in Blei und Zink. Doch ist zu bemerken, daß sich die Haupterzeugungsgebiete häufig verschieben. Im Jahre 1900 ging die Führerschaft für Petroleum von Ohio auf Kalifornien über, von dort auf Oklahoma; innerhalb eines Jahres mußte Montana in der Kupferproduktion Arizona weichen, desgleichen Idaho in der Bleiproduktion, Missouri und Montana in der Silberproduktion Kolorado. Deshalb ist es nicht eher möglich, Bestimmtes über die zukünftige Entwicklung der amerikanischen Bergbauindustrie vorauszusagen, als bis die Mineralreserven in ihrer Lage und Ausdehnung genau bekannt sind.

Von den metallischen Erzeugnissen ist Eisen bei weitem das wichtigste; die Gewinnung von Roheisen macht fast 60 % des gesamten Metallerzeugungswerts aus. Besonders interessant sind die Unterschiede in dem Verhältnis des geförderten Erzes zum hergestellten Roheisen sowie diejenigen in den Rohstoffpreisen von einst und jetzt. Im Jahre 1898 kommen auf 1 Tonne Erz etwa $^3/_5$ Tonnen Roheisen, 1907 nur noch $^1/_2$ Tonne Roheisen. Im Jahre 1898 kostete die Tonne Roheisen im Durchschnitt 10 $, 1907 über 20 $. Diese Tatsachen beweisen, daß die Erze nicht mehr so ergiebig sind wie früher und daß die Tonne Roheisen in 10 Jahren auf das Doppelte des Preises gestiegen ist. Nach der deutschen Statistik sandten im Jahre 1907 die Vereinigten Staaten nach Deutschland für 6,8 Millionen Mark Eisen und Eisenlegierungen sowie Waren daraus, während Deutschland nach den Vereinigten Staaten für 20,5 Millionen Mark Eisen und Eisenwaren ausführte. — Der zweite große Artikel unter den metallischen Produkten, Kupfer, ist deswegen von besonderer Wichtigkeit, weil Deutschland den weitaus größten Teil seines Bedarfs an diesem Metall aus Amerika bezieht. Kupfer ist der zweitgrößte Einfuhrartikel, den Deutschland aus den Vereinigten Staaten bezieht, und nur England kauft noch mehr von diesem, namentlich für die Elektrotechnik hochwichtigen Metalle. Im Jahre 1907 lieferte Amerika nach Deutschland für 202,1 Millionen Mark Rohkupfer und für 2,1 Millionen Mark Waren aus Kupfer und Kupferlegierungen, während Deutschland nur für 4,55 Millionen Kupferwaren und Kupferlegierungen nach den Vereinigten Staaten ausführte. — Der deutsch-amerikanische Austausch von Gold und Silber ist ganz außerordentlichen Schwankungen unterworfen. Es wurden aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland Edelmetalle eingeführt:

1907 für 17 140 000 M (Feingold 16,4 Millionen Mark),
1906 für 811 000 M,
1905 für 12 398 000 M,

dagegen aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten ausgeführt:
1907 für 4 274 000 M (fremde Goldmünzen 3,7 Millionen Mark),
1906 für 12 720 000 M,
1905 für 795 000 M,

Von geringerer Bedeutung ist der Verkehr in den übrigen Metallen. Es kamen 1907 aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland Blei, Zinn, Nickel, Aluminium, Zink usw. nebst Legierungen und Waren daraus für rund 12 Millionen Mark. Hierzu kommt noch die Einfuhr von Erzen, die aber nur beim Zinkerz mit 1 575 000 M von Bedeutung ist. Andererseits gingen 1907 aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten Zinn, Zink, Blei, Nickel, Aluminium usw. nebst Waren daraus für rund 11 Millionen Mark, so daß sich hier eine für Deutschland passive Handelsbilanz von $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark ergibt. Die amerikanische Einfuhr nach Deutschland besteht hierbei fast ganz aus Rohmetallen. In der deutschen Ausfuhr macht bei Zinn und Zinnwaren der Wert des Rohmetalls $^8/_9$ des Gesamtwerts aus; beim Zink sind noch ungefähr $^3/_4$ der Gesamtausfuhr Rohmetall, beim Blei sinkt sein Anteil auf die reichliche Hälfte, und beim Nickel macht er nur noch $^1/_{10}$ aus.

Unter den nichtmetallischen Mineralerzeugnissen sind die Brenn- und Heizmaterialien im Erzeugungswert bei weitem die bedeutendsten. Es erreichen in Millionen Dollars die 1907 gewonnenen Brenn- und Heizstoffe einen Wert von 787,8, Baumaterialien einen solchen von 325 und die übrigen nicht metallischen Produkte einen solchen von 54,35. Bei den beiden wichtigsten Brenn- und Heizstoffen, der bituminösen und der Anthrazit-Kohle, zeigt sich wie bei Eisen- und Eisenerz eine nicht unbeträchtliche Steigerung der Gestehungskosten für die letzten 10 Jahre. Die Tonne bituminöser Kohle kostete 1898 im Durchschnitt 80 Cents, 1907 dagegen 114 Cents; für Pennsylvania-Anthrazit stellten sich die Preise 1898 auf 158 Cents, 1907 auf 214 Cents. Ausgeführt wurde 1907 bituminöse Kohle für 22,6 Millionen Dollars; davon gingen für 20 Millionen Dollars nach dem übrigen Nordamerika, besonders nach Kanada. Deutschland bezog nur sehr kleine Mengen, deren Wert in den Jahren 1903 bis 1907 zwischen 3500 und 20 500 $ schwankte. Die amerikanische Ausfuhr von Anthrazitkohle im Werte von 12 Millionen Dollars richtet sich fast nur nach Kanada. Für den deutsch-amerikanischen Handelsverkehr wichtig ist in dieser Gruppe nur das Petroleum. Die Einfuhr von Mineralölen insgesamt nimmt die vierte, die von Petroleum allein die fünfte Stelle in der deutschen Einfuhr aus den Vereinigten Staaten ein. Im Jahre 1907 führte Deutschland gereinigtes Erdöl (Petroleum) für 66 Millionen Mark, ferner mineralisches Schmieröl für 16,7 Millionen Mark, Mineralöle überhaupt für 85,4 Millionen Mark aus den Vereinigten Staaten ein. Der Preis

des Petroleums ist großen Schwankungen unterworfen. So kostete das Faß Petroleum 1898 etwa 80 Cents, stieg auf fast 120 Cents für 1900, sank auf 62 Cents für 1905 und stellte sich 1907 auf 72 Cents. Das nächstwichtigste unter den gewonnenen Brenn- und Heizstoffen, das Naturgas, hat zwar große Bedeutung als billige Betriebskraft für gewisse amerikanische Industrien, kommt aber für den Handelsverkehr nicht in Betracht.

Zu den in den Vereinigten Staaten gewonnenen Baumaterialien gehören Tonwaren, Steine, Zement, Sand und Kies, Kalk, Schiefer, Gips und Kalkstein. Die übrigen mineralischen Erzeugnisse sind Chemikalien (Felsphosphate, Salz, Schwefel, Borax, Flußspat usw.) oder Farbstoffe (Zinkweiß, Mineralfarben, Baryt usw.) oder Schleifmaterialien (Ölsteine, Schleifsteine usw.) u. a. m. Deutschland bezog von den Baumaterialien und übrigen Erzeugnissen im Jahre

Tabelle I.

**Gesamtwert der Mineralienerzeugung der Vereinigten Staaten von Amerika.**

| Jahr | Metallische Erzeugnisse | Nichtmetallische Erzeugnisse | Sonstige Erzeugnisse | Im ganzen |
|---|---|---|---|---|
| | Werte in Dollars | | | |
| 1880 | 185 649 163 | 173 279 135 | 6 000 000 | 364 928 298 |
| 1881 | 187 549 908 | 206 783 144 | 6 500 000 | 400 833 052 |
| 1882 | 214 061 009 | 231 340 150 | 6 500 000 | 451 901 159 |
| 1883 | 196 547 259 | 243 812 214 | 6 500 000 | 446 859 473 |
| 1884 | 179 230 899 | 221 879 506 | 5 000 000 | 406 110 405 |
| 1885 | 172 491 087 | 241 312 093 | 5 000 000 | 418 803 180 |
| 1886 | 203 249 225 | 230 088 769 | 800 000 | 434 137 994 |
| 1887 | 236 598 254 | 270 989 420 | 800 000 | 508 387 674 |
| 1888 | 237 574 422 | 286 150 114 | 900 000 | 524 624 536 |
| 1889 | 247 768 701 | 282 623 812 | 1 000 000 | 531 392 513 |
| 1890 | 292 649 877 | 312 826 503 | 1 000 000 | 606 476 380 |
| 1891 | 282 617 183 | 321 767 846 | 1 000 000 | 605 385 029 |
| 1892 | 281 514 539 | 340 028 842 | 1 000 000 | 622 543 381 |
| 1893 | 219 436 649 | 323 257 318 | 1 000 000 | 543 693 967 |
| 1894 | 185 804 594 | 362 570 173 | 1 000 000 | 549 374 767 |
| 1895 | 245 874 431 | 393 897 097 | 1 000 000 | 640 771 528 |
| 1896 | 251 445 519 | 388 098 702 | 1 000 000 | 640 544 221 |
| 1897 | 265 209 975 | 380 782 607 | 1 000 000 | 646 992 582 |
| 1898 | 305 482 183 | 417 790 671 | 1 000 000 | 724 272 854 |
| 1899 | 487 831 631 | 525 524 074 | 1 000 000 | 1 014 355 705 |
| 1900 | 511 632 891 | 594 398 501 | 1 000 000 | 1 107 031 392 |
| 1901 | 480 006 859 | 660 993 170 | 1 000 000 | 1 142 000 029 |
| 1902 | 599 916 009 | 722 186 708 | 1 000 000 | 1 323 102 717 |
| 1903 | 583 433 948 | 907 495 032 | 1 000 000 | 1 491 928 980 |
| 1904 | 502 149 624 | 860 522 721 | 400 000 | 1 363 072 345 |
| 1905 | 702 453 101 | 922 282 734 | 400 000 | 1 625 135 835 |
| 1906 | 886 110 856 | 1 017 696 178 | 200 000 | 1 904 007 034 |
| 1907 | 903 024 005 | 1 166 165 191 | 100 000 | 2 069 289 196 |

Tabelle II.

**Mineralien-Erzeugung der Ver-**
in den Kalender-
(Mengen in Millionen der Einheit.
(Erzeugnisse mit einem geringeren Produktionswerte als

| Erzeugnisse | | 1898 | |
|---|---|---|---|
| | | Menge | Wert (a) |
| I. Metalle. | | | |
| Roheisen | lange Tonnen (b) | 11.8 | 116.56 |
| (Eisenerz, Wert an der Mine | lange Tonnen | 19.4 | 22.06 |
| Kupfer, Wert in New York, Stadt | Pfund (c) | 526.5 | 61.87 |
| Gold, Münzwert | Troy Unzen (d) | 3.1 | 64.46 |
| Blei, Wert in New York, Stadt | kurze Tonnen (e) | 0.2 | 16.65 |
| Silber, Handelswert | Troy Unzen | 54.4 | 32.12 |
| Zink, Wert in New York, Stadt | kurze Tonnen | 0.1 | 10.39 |
| Aluminium, Wert in Pittsburg | Pfund | 5.2 | 1.72 |
| Quecksilber, Wert in San Francisko | Flaschen (f) | 0.03 | 1.19 |
| Antimon, Wert in San Francisco | Pfund | 0.003 | 0.53 |
| II. Nichtmetalle. | | | |
| Bituminöse Kohle (g) | kurze Tonnen | 166.5 | 132.61 |
| (Koks | kurze Tonnen | . | . |
| Pennsylvanische Anthrazitkohle | lange Tonnen | 47.6 | 75.41 |
| Tonprodukte | | . | 74.49 |
| (Unbearbeiteter Ton | | . | 1.38 |
| Petroleum | Barrels (h) | 55.4 | 44.19 |
| Steine (i) | | . | 28.64 |
| Zement | Barrels (k) | 12.1 | 9.86 |
| Naturgas | | . | 15.30 |
| Kalk | | . | 6.89 |
| Fels-Phosphate (Navassit) | lange Tonnen | 1.3 | 3.45 |
| Salz, Wert ausschließlich Verpackung | Barrels (l) | 17.6 | 6.21 |
| Mineralwasser | verkaufte Gallonen | 28.8 | 8.05 |
| Zinkweiß | kurze Tonnen | 0.03 | 2.31 |
| Schiefer | | . | 3.72 |
| Schwefel (n) | kurze Tonnen | 0.001 | 0.03 |
| Gips | kurze Tonnen | 0.3 | 0.76 |
| Mineralfarben (m) | kurze Tonnen | 0.05 | 0.53 |
| Asphalt | kurze Tonnen | 0.08 | 0.68 |
| Glassand | kurze Tonnen | — | — |
| Borax | Pfund (v. 1900 ab kurze Tonnen) | 16.0 | 1.12 |
| Talk- und Seifenstein | kurze Tonnen | 0.02 | 0.29 |
| Schleifsteine | | . | 0.49 |
| Tungstein | kurze Tonnen | — | — |
| Pyrit (n) | lange Tonnen | 0.2 | 0.59 |
| Edelsteine (o) | | . | 0.16 |
| Faser- oder Feder-Talk | kurze Tonnen | 0.05 | 0.41 |
| Feldspat | kurze Tonnen | 0.01 | 0.03 |
| Bauxit | lange Tonnen | 0.03 | 0.08 |
| Glimmer in Tafeln | Pfund | 0.13 | 0.10 |
| Glimmerbruch | kurze Tonnen | 0.004 | 0.03 |

Tabelle II.

**einigten Staaten von Amerika**
jahren 1898—1907.
Werte in Millionen Dollars.)
1 Million Mark im Jahre 1907 sind ausgelassen.)

| 1899 | | 1900 | | 1901 | | 1902 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Menge | Wert | Menge | Wert | Menge | Wert | Menge | Wert |
| 13.6 | 245.17 | 13.8 | 259.94 | 15.9 | 242.17 | 17.8 | 372.78 |
| 24.6 | 35.00 | 27.5 | 66.60 | 28.8 | 49.26 | 35.5 | 65.41) |
| 568.7 | 101.22 | 606.1 | 98.49 | 602.1 | 87.30 | 659.5 | 76.57 |
| 3.4 | 71.05 | 3.8 | 79.17 | 3.8 | 78.67 | 3.9 | 80.00 |
| 0.2 | 18.95 | 0.3 | 23.56 | 0.3 | 23.28 | 0.3 | 22.14 |
| 54.8 | 32.86 | 57.65 | 35.74 | 55.2 | 33.13 | 55.5 | 29.42 |
| 0.1 | 14.84 | 0.1 | 10.65 | 0.1 | 11.27 | 0.2 | 14.63 |
| 6.5 | 1.72 | 7.2 | 1.92 | 7.2 | 2.24 | 7.3 | 2.28 |
| 0.03 | 1.45 | 0.03 | 1.30 | 0.03 | 1.38 | 0.3 | 1.47 |
| 0.003 | 0.56 | 0.004 | 0.84 | 0.003 | 0.54 | 0.004 | 0.63 |
| 193.3 | 167.95 | 212.3 | 220.93 | 225.83 | 236.42 | 260.2 | 290.86 |
| . | . | . | . | . | . | 25.4 | 63.34) |
| 53.9 | 88.14 | 51.2 | 85.76 | 60.24 | 112.50 | 36.9 | 76.17 |
| . | 95.80 | . | 96.21 | . | 110.21 | . | 122.17 |
| . | 1.65 | . | 1.84 | . | 2.58 | . | 2.06) |
| 57.0 | 64.60 | 63.6 | 75.99 | 69.4 | 66.42 | 88.8 | 71.18 |
| . | 35.2 | . | 36.97 | . | 47.28 | . | 54.80 |
| 15.5 | 12.89 | 17.2 | 13.28 | 20.1 | 15.79 | 25.8 | 25.37 |
| . | 20.07 | . | 23.70 | . | 27.07 | . | 30.87 |
| . | 6.98 | . | 6.80 | . | 8.20 | . | 9.34 |
| 1.5 | 5.08 | 1.5 | 5.36 | 1.5 | 5.32 | 1.5 | 4.69 |
| 19.7 | 6.87 | 20.9 | 6.94 | 20.6 | 6.62 | 23.8 | 5.67 |
| 39.6 | 6.95 | 47.6 | 6.25 | 55.8 | 7.59 | 64.9 | 8.79 |
| 0.04 | 3.21 | 0.05 | 3.67 | 0.05 | 3.72 | 0.05 | 4.02 |
| . | 3.96 | . | 4.24 | . | 4.79 | . | 5.70 |
| 0.005 | 0.11 | 0.004 | 0.09 | . | . | . | . |
| 0.5 | 1.29 | 0.6 | 1.63 | 0.6 | 1.51 | 0.8 | 2.09 |
| 0.05 | 0.52 | 0.06 | 0.64 | 0.05 | 0.64 | 0.06 | 0.75 |
| 0.08 | 0.55 | 0.05 | 0.42 | 0.06 | 0.56 | 0.12 | 0.77 |
| — | — | — | — | — | — | 0.9 | 0.81 |
| 40.7 | 1.14 | 0.03 | 1.02 | 0.02 | 0.01 | 0.02 | 2.54 |
| 0.02 | 0.33 | 0.03 | 0.38 | 0.03 | 0.42 | 0.03 | 0.53 |
| . | 0.68 | . | 0.71 | . | 0.58 | . | 0.67 |
| — | — | 0 | 0.01 | 0 | 0.03 | 0 | 0.03 |
| 0.2 | 0.54 | 0.2 | 0.75 | 0.2 | 1.26 | 0.21 | 0.95 |
| . | 0.19 | . | 0.23 | . | 0.29 | . | 0.33 |
| 0.05 | 0.44 | 0.06 | 0.50 | 0.07 | 0.48 | 0.07 | 0.62 |
| 0.02 | 0.21 | 0.02 | 0.18 | 0.03 | 0.22 | 0.05 | 0.25 |
| 0.04 | 0.13 | 0.02 | 0.09 | 0.02 | 0.08 | 0.03 | 0.12 |
| 0.11 | 0.07 | 0.46 | 0.09 | 0.36 | 0.10 | 0.37 | 0.08 |
| 0.002 | 0.05 | 0.005 | 0.06 | 0.002 | 0.02 | 0.001 | 0.04 |

| Erzeugnisse | | 1903 | |
|---|---|---|---|
| | | Menge | Wert |
| Graphit, kristallinisch | Pfund | 2.4 | 0.75 |
| „ amorph | kurze Tonnen | 0.001 | 0.75 |
| Baryt (roh) | kurze Tonnen | 0.03 | 0.11 |
| Walkerde | kurze Tonnen | 0.01 | 0.11 |
| Flußspat | kurze Tonnen | 0.008 | 0.06 |
| Ölsteine usw. | | . | 0.18 |
| I. Metalle. | | | |
| Roheisen | langeTonnen | 18.0 | 344.35 |
| (Eisenerz, Wert an der Mine | lange Tonnen | 35.0 | 66.33 |
| Kupfer, Wert in New York, Stadt | Pfund (c) | 698.0 | 91.51 |
| Gold, Münzwert | Troy Unzen (d) | 3.6 | 73.59 |
| Blei, Wert in New York, Stadt | kurze Tonnen (e) | 0.3 | 23.52 |
| Silber, Handelswert | Troy Unzen | 54.3 | 29.32 |
| Zink, Wert in New York, Stadt | kurze Tonnen | 0.2 | 16.72 |
| Aluminium, Wert in Pittsburg | Pfund | 7.5 | 2.28 |
| Quecksilber, Wert in San Francisco | Flaschen (f) | 0.04 | 1.54 |
| Antimon, Wert in San Francisco | Pfund | 0.003 | 0.55 |
| II. Nichtmetalle. | | | |
| Bituminöse Kohle (g) | kurze Tonnen | 282.7 | 351.69 |
| (Koks | kurze Tonnen | 25.3 | 66.50 |
| Pennsylvanische Anthrazitkohle | lange Tonnen | 66.6 | 152.04 |
| Tonprodukte | | . | 131.06 |
| (Unbearbeiteter Ton | | . | 2.59 |
| Petroleum | Barrels (h) | 100.5 | 94.69 |
| Steine (i) | | . | 57.43 |
| Zement | Barrels (k) | 29.9 | 31.93 |
| Naturgas | | . | 35.81 |
| Sand (Gießerei-, Bau- usw.) und Kies | kurze Tonnen | — | — |
| Kalk | kurze Tonnen | . | 9.26 |
| Fels-Phosphat (Navassit) | lange Tonnen | 1.6 | 5.32 |
| Salz, Wert ausschließlich Verpackung) | Barrels (l) | 19.0 | 5.29 |
| Mineralwasser | verkaufte Gallonen | 51.2 | 9.04 |
| Zinkweiß | kurze Tonnen | 0.06 | 4.80 |
| Schiefer | | . | 6.26 |
| Schwefel (n) | kurze Tonnen | . | . |
| Gips | kurze Tonnen | 1.0 | 3.79 |
| Mineralfarben (m) | kurze Tonnen | 0.06 | 0.50 |
| Asphalt | kurze Tonnen | 0.10 | 1.01 |
| Glassand | kurze Tonnen | 0.82 | 0.86 |
| Kalksandsteinziegel | | . | 0.16 |
| Borax | kurze Tonnen | 0.03 | 0.66 |
| Talk- und Seifenstein | kurze Tonnen | 0.03 | 0.42 |
| Schleifsteine | | . | 0.72 |
| Tungstein | kurze Tonnen | 0 | 0.04 |
| Pyrit (n) | lange Tonnen | 0.23 | 1.11 |
| Edelsteine (o) | | — | 0.31 |
| Faser- oder Feder-Talk | kurze Tonnen | 0.06 | 0.42 |
| Feldspat | kurze Tonnen | 0.04 | 0.26 |
| Bauxit | lange Tonnen | 0.05 | 0.17 |
| Glimmer in Tafeln | Pfund | 0.62 | 0.12 |

| 1904 | | 1905 | | 1906 | | 1907 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Menge | Wert | Menge | Wert | Menge | Wert | Menge | Wert |
| 2.9 | 0.17 | 5.5 | 0.20 | 4.0 | 0.17 | 4.0 | 0.18 |
| 0.002 | 0.17 | 0 | 0.20 | 0 | 0.17 | 0.005 | 0.18 |
| 0.04 | 0.14 | 0.07 | 0.19 | 0.05 | 0.16 | 0.06 | 0.20 |
| 0.01 | 0.08 | 0.01 | 0.07 | 0.01 | 0.10 | 0.01 | 0.10 |
| 0.02 | 0.10 | 0.02 | 0.10 | 0.02 | 0.11 | 0.05 | 0.27 |
| . | 0.21 | . | 0.17 | . | 0.16 | . | 0.22 |
| 16.5 | 233.03 | 23.0 | 382.45 | 25.3 | 505.70 | 25.8 | 529.96 |
| 27.6 | 43.19 | 42.5 | 75.17 | 47.7 | 100.60 | 51.7 | 132.00) |
| 812.5 | 105.63 | 901.9 | 139.80 | 917.8 | 177.60 | 869.0 | 173.80 |
| 3.9 | 80.46 | 4.3 | 88.18 | 4.6 | 94.37 | 4.4 | 90.44 |
| 0.3 | 26.40 | 0.3 | 28.69 | 0.4 | 39.92 | 0.4 | 38.71 |
| 57.7 | 33.46 | 56.1 | 34.22 | 56.5 | 38.26 | 56.5 | 37.30 |
| 0.2 | 18.67 | 0.2 | 24.05 | 0.2 | 24.36 | 0.2 | 26.40 |
| 8.6 | 2.48 | 11.3 | 3.25 | 14.9 | 4.26 | 17.2 | 4.93 |
| 0.03 | 1.50 | 0.03 | 1.10 | 0.03 | 0.96 | 0.02 | 0.83 |
| 0.003 | 0.51 | 0.003 | 0.71 | 0.002 | 0.60 | 0.002 | 0.62 |
| 278.7 | 305.40 | 315.1 | 334.66 | 342.9 | 381.16 | 394.8 | 451.21 |
| 23.7 | 46.14 | 32.2 | 72.48 | 36.4 | 91.61 | 40.8 | 111.54) |
| 65.3 | 138.97 | 69.3 | 141.88 | 63.6 | 131.92 | 76.4 | 163.58 |
| . | 131.02 | . | 149.70 | . | 161.03 | . | 158.94 |
| . | 2.32 | . | 2.77 | . | 3.25 | . | 3.45) |
| 117.1 | 101.18 | 134.7 | 84.16 | 126.5 | 92.44 | 166.1 | 120.11 |
| . | 58.77 | . | 63.80 | . | 66.38 | . | 71.11 |
| 31.7 | 26.03 | 40.1 | 35.93 | 51.0 | 55.30 | 52.2 | 55.90 |
| . | 38.50 | . | 41.56 | . | 46.87 | . | 52.87 |
| — | 4.95 | 22.1 | 10.12 | 31.8 | 11.50 | 40.7 | 13.24 |
| 2.7 | 9.95 | 3.0 | 10.94 | 3.2 | 12.48 | 3.1 | 12.64 |
| 1.9 | 6.58 | 1.9 | 6.76 | 2.1 | 8.58 | 2.3 | 10.65 |
| 22.0 | 6.02 | 26.0 | 6.10 | 28.2 | 6.66 | 29.7 | 7.44 |
| 50.72 | 7.20 | 47.6 | 6.81 | 48.1 | 8.03 | 52.1 | 7.33 |
| 0.06 | 4.81 | 0.07 | 5.52 | 0.07 | 6.00 | 0.07 | 6.49 |
| . | 5.62 | . | 5.50 | . | 5.67 | . | 6.02 |
| . | . | 0.18 | 3.71 | 0.29 | 5.10 | 0.29 | 5.14 |
| 0.9 | 2.78 | 1.0 | 3.03 | 1.5 | 3.84 | 1.75 | 4.94 |
| 0.06 | 1.49 | 0.07 | 1.93 | 0.07 | 2.16 | 0.07 | 2.98 |
| 0.11 | 0.88 | 0.12 | 0.76 | 0.14 | 1.29 | 0.22 | 2.83 |
| 0.86 | 0.80 | 1.06 | 1.11 | 1.09 | 1.21 | 1.19 | 1.25 |
| . | 0.46 | . | 0.97 | . | 1.17 | . | 1.23 |
| 0.05 | 0.70 | 0.05 | 1.02 | 0.06 | 1.18 | 0.05 | 1.12 |
| 0.03 | 0.43 | 0.04 | 0.64 | 0.06 | 0.87 | 0.07 | 0.91 |
| . | 0.88 | . | 0.78 | . | 0.74 | . | 0.90 |
| 0 | 0.18 | 0 | 0.27 | 0 | 0.35 | 0.002 | 0.89 |
| 0.33 | 3.48 | 0.25 | 0.94 | 0.26 | 0.93 | 0.25 | 0.79 |
| — | 0.32 | — | 0.33 | — | 0.59 | — | 0.74 |
| 0.06 | 0.51 | 0.06 | 0.45 | 0.06 | 0.56 | 0.07 | 0.63 |
| 0.04 | 0.27 | 0.04 | 0.23 | 0.04 | 0.40 | 0.08 | 0.50 |
| 0.05 | 0.24 | 0.05 | 0.24 | 0.08 | 0.37 | 0.10 | 0.48 |
| 0.67 | 0.11 | 0.92 | 0.16 | 1.42 | 0.25 | 1.06 | 0.35 |

| Erzeugnisse | | 1903 | |
|---|---|---|---|
| | | Menge | Wert |
| Glimmerbruch | kurze Tonnen | 0.002 | 0.03 |
| Graphit, kristallinisch | Pfund | 4.54 | 0.23 |
| „ amorph | kurze Tonnen | 0.02 | 0.23 |
| Baryt (roh) | kurze Tonnen | 0.05 | 0.15 |
| Walkerde | kurze Tonnen | 0.02 | 0.19 |
| Flußspat | kurze Tonnen | 0.04 | 0.21 |
| Ölsteine usw. | | . | 0.37 |
| Mangan-Eisenerz | lange Tonnen | — | — |

Anmerkungen.

(a) Wo nichts Besonderes genannt, ist der Wert am Gestehungsort gemeint.

(b) und (c) Lange Tonne = 2240 Avoirdupois-Pfund (amerikanische Pfund) = 1016 kg; 11 amerikanische Pfund = 10 deutsche Pfund.

(d) 12 Troy Unzen = ein amerikanisches Pfund.

(e) Kurze Tonne = 2200 Avoirdupois-Pfund = 907 kg.

(f) Flasche bis 1903 = 76½ Avoirdupois-Pfund netto, vom 30. Juni 1904 an 75 Pfund.

(g) Einschließlich Braunkohle, Lignit und Anthrazitkohle außer der in Pennsylvania geförderten.

1907 Rohstoffe für etwa 22 Millionen Mark, darunter natürlichen (phosphorsauren) Kalk für 18,3 Millionen Mark, Asbest für 1,2 Millionen Mark, Zinkweiß und Zinkgrau für 1 Million Mark, Asphalt für 225 000 M, Graphit für 152 000 M usw. Es sandte von Erzeugnissen dieser Gruppe in der Hauptsache fertige Waren nach den Vereinigten Staaten im Betrage von 90 Millionen Mark, und zwar Tonwaren für 34,3 Millionen Mark, Teerfarbstoffe für 32 Millionen Mark, Glas und Glaswaren für 11,6 Millionen Mark, Bronzefarben für 2,7 Millionen Mark, Steinwaren für 2,6 Millionen Mark, Zement für 2,4 Millionen Mark, Baryt für 782 000 M, Zinkweiß für 732 000 M, Zinkstaub für 447 000 M, Glimmer für 314 000 M, Barytweiß für 207 000 M, Lithopon für 167 000 M, Bimsstein für 158 000 M, Asphaltmastix usw. für 157 000 M usw.

Es sind also in der Hauptsache drei mineralische Rohprodukte, welche Deutschland in großen Mengen aus den Vereinigten Staaten bezieht: Kupfer, Petroleum und natürlicher (phosphorsaurer) Kalk im Gesamtwert von über 300 Millionen Mark im Jahre.

Von den vorstehenden beiden Tabellen veranschaulicht die erste die Steigerung der Mineralerzeugung in den Vereinigten Staaten von 1880 ab in den Werten der Hauptgruppen, während die zweite für die Jahre 1898 bis 1907 einen genauen Überblick über Menge und Wert der einzelnen gewonnenen Mineralien gestattet.

Die nachfolgenden Ausführungen über die Verschwendung der amerikanischen Kohlen- und Erzschätze, eine

| 1904 | | 1905 | | 1906 | | 1907 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Menge | Wert | Menge | Wert | Menge | Wert | Menge | Wert |
| 0.001 | 0.01 | 0.001 | 0.02 | 0.001 | 0.02 | 0.003 | 0.04 |
| 5.68 | 0.32 | 6.04 | 0.32 | 5.89 | 0.24 | 4.95 | 0.17 |
| 0.02 | 0.32 | 0.02 | 0.32 | 0.02 | 0.10 | 0.03 | 0.13 |
| 0.07 | 0.17 | 0.05 | 0.15 | 0.05 | 0.16 | 0.09 | 0.29 |
| 0.03 | 0.17 | 0.03 | 0.21 | 0.03 | 0.27 | 0.03 | 0.29 |
| 0.04 | 0.23 | 0.06 | 0.36 | 0.04 | 0.24 | 0.05 | 0.29 |
| . | 0.19 | . | 0.24 | . | 0.26 | . | 0.26 |
| — | — | — | — | 0.04 | 0.12 | 0.10 | 0.26 |

Anmerkungen.

(h) Barrel = 42 Gallonen, eine Gallone = 3¾ Liter.
(i) Einschließlich Kalksteine für Eisenfluß, aber ausschließlich Schleifsteine.
(k) Barrel = 380 Pfund netto.
(l) Barrel = 280 Pfund netto.
(m) Seit 1904 einschließend: Metall- und Mörtelfarben, Oker, Umbra, Sienna, Alaunschiefer, Schiefermehl, sublimiertes Blau-, Weiß- und Zinkblei.
(n) Die Zahlen für Pyrit 1901—1904 schließen die Mengen für Schwefel ein.
(o) 1906 und 1907 einschließlich Perlen im Werte von 318 000 $ und 264 500 $.

unzweifelhafte unmittelbare Folge der rapiden Entwicklung der Riesenorganisationen der großkapitalistischen Industrie, ist auch für die jüngste Entwicklung in Deutschland nicht ohne Belehrung.

Der große Fehler dieser Form der industriellen Organisation ist es, daß sie, im Gegensatz zur Kartellentwicklung, eben durch die Gesetze des Kapitalismus zu einem gewaltsamen Produktionstempo vorwärts gepeitscht werden. Allerdings hemmten diese Bewegung bei uns die nüchternen Tatsachen der heute schon viel schwierigeren Gewinnungsbedingungen der Rohstoffe, ein wenig auch die Hand des Staates durch die freilich unter dem Gesichtspunkte der Erhaltung vaterländischer Bodenschätze nicht weit genug gehende Änderung der Berggesetzgebung.

Indes auch unsere Riesenkonzerne werden in weiterer Entwicklung, nur um ihre gewaltigen Kapitalien am Arbeiten zu erhalten, je länger je mehr an Stelle einer vorsichtigen Kalkulation der verfügbaren Bodenschätze eine gewisse Raubbaupolitik mit diesen Urstoffen treiben müssen. Vielleicht allerdings gleichen auch die Gewinne, die sie im ganzen der Nationalwirtschaft zuführen, diesen Schaden wieder aus, vielleicht aber auch nicht!

Bekanntlich war einer der letzten Wünsche, heißt es in dem Aufsatz der „D. Bgw. Ztg." vom 22. IV., die Roosevelt vor Ablauf seiner Präsidentschaft geäußert hatte, es mögen alle Nationen der Erde ihre Delegaten zu einer Konferenz im Haag zusammentreten lassen, um da zu beraten, auf welche Weise der immer mehr um sich greifenden Ver-

wüstung und Vergeudung der natürlichen Hilfsquellen der Länder Einhalt geboten werden könnte. Roosevelt war offenbar von der Ansicht ausgegangen, daß dasselbe Raubsystem, das in den Vereinigten Staaten bei Ausnützung der Waldungen und der mineralischen Produkte schon vom Anbeginn an Platz gegriffen hatte, auch anderwärts, auch in anderen Ländern sich ebenso fühlbar gemacht hätte, eine Voraussetzung, die bei vielen Staaten, insbesondere bei Deutschland nicht zutrifft. In den Vereinigten Staaten ist aber diese Vergeudung eine ganz ungeheure, immer lauter werden dort die Rufe nach einem staatlichen Schutz der reinen natürlichen Anlagen vor gewissenloser Ausbeutung, und immer eindringlicher beginnt man sich mit diesen, so wichtige Lebensinteressen der Allgemeinheit berührenden Fragen zu beschäftigen. Nimmt man eine geologische Karte der Vereinigten Staaten zur Hand und liest man gleichzeitig die Jahresberichte der „Geological Survey", gewissermaßen der obersten Bergbauinspektion, so erkennt man, daß die Vereinigten Staaten nicht nur mit einer überraschenden Mannigfaltigkeit an Mineralien beglückt sind, sondern daß diese in ungeheuren Mengen sich an leicht zugänglichen Orten befinden. In der Menge von Kohlen und Eisen, den wichtigsten unter allen Mineralien, übertreffen die Vereinigten Staaten alle Länder der Erde, insoweit sie bisher bekannt sind. Und zwar verfügen sie über drei große Kohlenregionen, die erste und bedeutendste erstreckt sich entlang der Apalachischen Hochländer, die zweite reicht vom Michigansee über den Ohio hinweg bis zum Mississippi und die dritte erstreckt sich längs der beiden Ufer des unteren Missouri. In Eisen existieren vier große Fundstätten, am Lake Superior, in den Alleghanygebirgen, in den Adirondakegebirgen und in Alabama. Nächstbei gibt es noch verschiedene kleine Eisenregionen. Petroleum und Naturgas kommen in unglaublichen Mengen vor in Pennsylvania, Ohio, West-Virginia, Indiana, New York, Colorado und Californien, wertvolle Kupferminen hat man in Michigan, Montana und Orizona, Blei und Zink werden in Missouri, Kansas und Wisconsin gewonnen, der Westen hat die reichen Silber- und Goldminen und in den reich bebevölkerten Oststaaten sind alle Arten Bausteine, Granit, Marmor, Sandstein, Schiefer usw. reich vertreten, gerade dort, wo man ihrer am meisten bedarf.

Welchen Gebrauch machen die Amerikaner von diesen reichen Naturschätzen? Die Geschichte des amerikanischen Bergbaues gibt darauf eine sehr betrübende Antwort; denn sie entwickelt vor unseren Augen eine geradezu abstoßendes Bild einer wahnwitzigen Jagd nach Beute und Gewinn, einer grauenhaften Verschwendung und Zerstörung.

Wie lange werden unsere Kohlenvorräte reichen? fragt der berühmte amerikanische Geologe John L. Cochrane in der Über-

schrift eines diesem Problem gewidmeten Aufsatzes und sagt darüber unter anderem folgendes: „Mancher wird fragen, besteht denn eine Möglichkeit, daß die Kohlengruben Amerikas je erschöpft werden können? So wird er fragen, nachdem er aus seinen Schulbüchern gelernt hat, daß die Kohlenfelder der Vereinigten Staaten ein Gebiet von 400 000 (engl.) Quadratmeilen bedecken und die reichsten der Erde sind. Wir wollen sehen, wie wir die Frage beantworten. Auf Grund sehr sorgfältiger Untersuchungen und Abschätzungen veranschlagt die U. S. Geological Survey die Gesamtmenge der im Bereich der Vereinigten Staaten (ausgenommen Alaska) vorhandenen Kohlen auf ungefähr 2 000 000 000 000 t, jede Tonne zu 20 Zentner. Zu einem Block vereint würden diese Kohlen einen Würfel bilden, dessen Kanten je $7\frac{1}{2}$ englische Meilen lang sind, also einen Würfel von ungefähr 420 englischen Kubikmeilen. Dieser Würfel würde die höchsten Gebirgsspitzen der Erde überragen. Eine so ungeheure Masse von Kohle scheint tatsächlich unerschöpflich zu sein. Die Sachverständigen des Geologischen Amtes stellten aber auch den Kohlen*verbrauch* der Vereinigten Staaten je nach Jahrzehnten fest und fanden eine so gewaltige Verbrauchszunahme, daß, falls dieser Konsum nur in diesem Verhältnis zunimmt, (und wahrscheinlich wird das Verhältnis noch steigen), sämtliche Kohlenlager der Union in 100 Jahren aufgebraucht sein werden.

Nach Jahrzehnten berechnet, stellt sich der Verbrauch folgendermaßen:

1816—1825 331356 t, 1826—1835 4168149 t, 1836—1845 23177677 t, 1846—1855 83417825 t, 1856—1865 172795014 t, 1866—1875 419425104 t, 1876—1885 847760319 t, 1886—1895 1566098641 t, 1896—1905 2832599452 t.

Wie diese Ziffern zeigen, kam der Kohlenverbrauch in irgend einem der Jahrzehnte dem Verbrauch in allen vorhergegangenen Jahrzehnten gleich. Wir dürfen daraus schließen, daß der Verbrauch in dem Jahrzehnt 1906 bis 1915 wahrscheinlich dem Verbrauch in allen den vorangegangenen 90 Jahren gleich kommen wird. Ein in diesem Verhältnis zunehmender Kohlenverbrauch bedingt eine Kohlenproduktion, welcher kein noch so gewaltiger Vorrat auf die Dauer entsprechen kann, und das geologische Amt, das hierdurch beunruhigt wurde, stellte Untersuchungen über die in den Vereinigten Staaten üblichen Methoden der Kohlengewinnung an, um zu sehen, ob die Produktion sich nicht rationeller gestalten, der Konsum bei größerer Sparsamkeit sich nicht einschränken ließe. Man fand, daß die Produktion in höchstem Grade verschwenderisch vorgeht, da 40 bis 70 % der vorhandenen Kohlenmengen unbenützt in der Grube verbleiben. Man fördert nur die besten Teile der Kohlenflöze zutage, während man untergeordnete und ins-

besondere etwas schwerer abzubauende Strecken gar nicht in Angriff nimmt. Häufig beutet man die untersten reichsten Lager zuerst aus, so daß die darüberliegenden Flöze einbrechen und auch ihr späterer Abbau für immer unmöglich gemacht wird. Man hat allerdings in Amerika eine Methode erfunden, die sogenannte „flushing method" die darin besteht, daß Sand, Schlacken, Schlamm und dergleichen in halbflüssigem Zustand durch Röhren in die bereits abgebauten Stellen eines Kohlenbergwerks geleitet werden, wo sie sämtliche Hohlräume ausfüllen, wodurch ein Durchbrechen der oberen Schichten vermieden werden kann. Aber selbst diese geringe Mühe wird sehr häufig gescheut und kommen oftmals Durchbrüche bei Kohlenbergwerken vor. Man scheut diese Mühe, obgleich sie sich reichlich bezahlt macht. Denn diese eingeleitete Flüssigkeit verhärtet sich zu einer festen Masse und hierdurch wird dem Bergmann ermöglicht, sämtliche Kohlenpfeiler abzubauen, die er früher als Stützen für die oberen Schichten hatte stehen lassen müssen. Diese Methode ist amerikanischen Ursprungs, findet aber in Deutschland weit mehr Anwendung als in Amerika.

In den Tagen vom 13. bis 16. März 1908 fand im Weißen Hause in Washington eine Konferenz sämtlicher Staatsgouverneure statt, die sich nebst manchem anderen auch mit Bergwerksfragen beschäftigte, und Andrew Carnegie, der wohl einiges darüber verstehen dürfte, wurde als Sachverständiger einvernommen und gab an: Bis in die neueste Zeit seien die Formen des Abbaues so extravagant gewesen, daß, wenn man 4 000 000 t Kohlen der Grube entnahm, man 6 000 000 t entweder vernichtete oder an einer später nicht mehr erreichbaren Stelle zurückließ. Während des Jahrzehntes 1896 bis 1905 förderte man fast 3000 Millionen Tonnen Kohle, aber mindestens ebensoviel verwüstete man oder ließ sie an Orten zurück, von denen sie später nicht mehr geholt werden können. Die amerikanische Gesamtproduktion von Kohlen bis auf den heutigen Tag könne man auf 5000 Millionen Tonnen beziffern, die der vergeudeten Menge auf 9000 Millionen Tonnen. Eine weitere Verschwendung, welche die in der Produktion der Kohle noch weit übertrifft, wurde erst vor kurzer Zeit durch die zum Prüfen der verschiedenen Brennstoffe geschaffene „Fuel testing-division" der „U. S. Geological Survey" nachgewiesen. Diese Behörde stellte fest, daß gewöhnlich nur 7 bis 9 % der in der Kohle enthaltenen Kraft in wirkliche Arbeitsleistung umgesetzt werden. Die restlichen 91 bis 93 % gehen in Dampf und Rauch auf, oder werden durch die Reibung und Inaktivität der Maschinen absorbiert. Zirka 100 Millionen Tonnen Kohle verbrauchen im Jahre die Eisenbahnen (ungefähr der vierte Teil der jetzigen Ausbeute), und nicht mehr als 5 % verwandeln sich dabei in Kraft zum Fortbewegen der Züge. Aber auch noch andere Beispiele der Nichtausnützung der vollen Kraft sind vor-

handen. So macht Dr. Joseph Holmes, der Vorsteher der technologischen Abteilung des Geological Survey darauf aufmerksam, daß den amerikanischen Bessemerhochöfen alljährlich Gasmengen entweichen, die 2 000 000 Pferdekräften gleichkommen. Beim Betrieb der Gasöfen lasse man unglaubliche Mengen Leuchtgas entfliehen, ebenso Nitrogen im Werte von Millionen Dollar, von anderen wertvollen Nebenprodukten nicht zu reden. Die Vergeudung sei geradezu erstaunlich, und es sollten alle Mittel aufgeboten werden, um sie auf das geringste Maß zu beschränken, damit die Vorräte an Feuerungsstoffen in Amerika nicht bloß für die heutigen, sondern auch für die künftigen Bedürfnisse der Nation ausreichen.

Von allen Metallen ist Eisen das nützlichste. Im Verein mit Kohle bildet es die Grundlage der Blüte der amerikanischen Industrie. Man schätzt die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten vorrätigen Mengen auf 10 000 000 000 t. Der Eisenbergbau in den Vereinigten Staaten ist viel jünger als der Kohlenbergbau, man schätzt die Gesamtproduktion bei Beginn des Eisenbergbaues bis zum Jahre 1890 auf rund 275 000 000 t. Während des Jahrzehntes 1890 bis 1900 förderte man ungefähr 200 000 000 t und in den 7 Jahren 1900 bis 1907 über 270 000 000 t. Man sieht, in welch progressivem Verhältnis der Eisenverbrauch steigt, und Carnegie glaubt, daß beim jetzigen Verhältnisse der Zunahme die sich in jedem Jahrzehnt verdoppelt, der Verbrauch im Jahre 1818 über 100 000 000 t, im Jahre 1928 rund 200 000 000 t und im Jahre 1938 ungefähr 400 000 000 t betragen werde. „Zu einer Zeit, die manche von unserem Geschlechte noch zu erleben hoffen, wird mindestens die Hälfte des gesamten ursprünglichen Vorrats an Eisen aufgebraucht sein. Nur die geringeren Erze werden dann noch verfügbar sein, und auch diese wie alle irgendwie nutzbaren Erze werden lange vor dem Ausgange des 20. Jahrhunderts aufgebraucht sein."

In der Tat liegen bereits manche Eisenbergwerke, darunter der berühmte Ironmountain in Missouri, der vor vierzig Jahren von Sachverständigen als unerschöpflich bezeichnet wurde, heute verlassen da, weil sie bereits vollständig erschöpft sind. Aus ihnen wie aus vielen anderen Gruben hat man nur die hochklassigen Erze zutage gefördert und hat die minderwertigen zurückgelassen und zwar unter Umständen, die ihren späteren Abbau, wenn ein solcher überhaupt möglich ist, nur zu außerordentlich hohen Kosten gestatten würden. Wie groß die Originalbestände an Kupfer, Zink, Blei, Silber, Gold und anderen Metallen in den Vereinigten Staaten sind, weiß niemand zu sagen. Man hält sie heute für unerschöpflich, wie man vor einem Menschenalter die Vorräte an Eisen für unerschöpflich hielt. Alles was man weiß, beschränkt sich auf die Tatsache, daß viele Minen und Distrikte bereits

ausgebeutet sind oder daß man bereits in so ungeheure Tiefen hinabsteigen müßte, daß die großen Kosten der Förderung den weiteren Abbau der Erze verbieten. Auch hier wird der gegenwärtige Verlust beim Schmelzen der Erze von Sachverständigen auf durchschnittlich 30 % veranschlagt, ein Verlust, den man bei größerer Vorsicht und Umsicht vermeiden könnte. In früheren Zeiten war er noch viel größer, um so mehr, als man damals die minderwertigen Erze auf die Schutthalden warf oder in der Erde zurückließ. Der Verlust im Bergbau hat sich in der neueren Zeit durch Annahme besserer Methoden verringert, besteht aber, was die spätere Behandlung der Erze betrifft, noch fort. Nach Aussage von Sachverständigen beläuft sich heute der Gesamtverlust der ganzen Produktionsmasse auf ungefähr 50 %.

Aber alle diese Verluste treten in den Hintergrund gegen die zum Teil absichtlich veranlaßten Verluste bei der Petroleumgewinnung. In früherer Zeit ließ man die Quellen einfach überlaufen und leitete das Überfließende in einen Fluß. Wollte man bei einer Quelle, die zu langsam floß, den Zufluß wieder vermehren, so wandte man die durch den Oberst E. A. L. Roberts im Jahre 1862 ersonnene Methode an, durch Anwendung von Explosivstoffen die unterirdischen Kanäle zu erweitern. Man nannte diese Methode: „shooting the well". Sie ist ziemlich einfach. Man läßt in das Bohrloch eine beträchtliche Menge von Nitroglyzerin hinab, das in Blechbüchsen von 10 Fuß Länge und 5 Zoll Durchmesser geborgen ist. Der zugespitzte Boden jeder Büchse paßt genau in eine entsprechende Vertiefung im Deckel der anderen Büchse, so daß alle, wenn aufeinandergestellt, einen den unteren Teil des Bohrloches ausfüllenden Schacht bilden. Auf dem Deckel der obersten Büchse ist ein Zündhütchen oder irgend ein anderer leicht explodierender Gegenstand angebracht. Ist alles fertig, läßt der „Operator" ein 20 Pfund schweres Eisen „the go devil" im Bohrloch hinabfallen, worauf er sich schleunigst in Sicherheit bringt. Da die meisten Ölquellen ungefähr 2000 Fuß tief sind, so ist von der im Schoß der Erde erfolgten Explosion kein Laut vernehmbar. Nach einigen Minuten hört man aber eine Flüssigkeit dampfgurgelnd im Bohrloch emporrauschen, die dann plötzlich gleich einem mächtigen, Felsstücke und Blechtrümmer mit sich reißenden Springbrunnen turmhoch in die Lüfte schießt. Da es schwer ist, diesen kolossalen Ausbruch zu hemmen, gehen nach jedem Schusse oft viele tausende Fässer Petroleum verloren. Diese Methode ist nicht nur an und für sich höchst verschwenderisch, sie richtet manchmal eine ganze Ölregion zugrunde, und es kamen Fälle vor, in denen Urquellen, die bis zu 20 000 Fässer Petroleum innerhalb 24 Stunden lieferten, infolge des Schusses völlig versiegten. Als in den ersten Zeiten des Petroleumgeschäftes der Verkauf noch nicht organisiert und demzufolge noch

unentwickelt war, ließ man Millionen von Fässern Öls in die Ströme rinnen oder verbrannte sie, von einer Verwertung der Nebenprodukte, wie Gasolin, Naphtha, Vaselin usw. war nicht die Rede. Die ärgste Verschwendung wird aber bei der Gewinnung und beim Verbrauch von Naturgas getrieben. Die Vereinigten Staaten haben bekanntlich eine sehr große Anzahl gleichfalls unerschöpflich scheinender und doch zu einem Teile schon erschöpfter Quellen von Naturgas. Dieses entstand durch die Zersetzung organischer Überreste, sowohl animalischer wie vegetabilischer Art, die seit Millionen von Jahren unter mächtigen Erdschichten begraben liegen. Seine außergewöhnliche Heizkraft, die Leichtigkeit in der Handhabung, die vollständige Geruchlosigkeit, das Freisein von Schwefel, Rauch und Asche, die Gleichmäßigkeit, mit der seine Verwendung geregelt werden kann, sichern dem Naturgas unter allen Brennstoffen der Erde den ersten Rang. Während man sich bei den übrigen Mineralien und mineralischen Stoffen, die aus der Erde geholt werden, doch bereits einigermaßen sich bemüht, die frühere Verschwendung einzudämmen, und bereits Blicke in die Zukunft wirft, hält die Vergeudung beim Naturgas noch ungeschwächt an.

Diese Vergeudung der Mineralschätze in den Vereinigten Staaten sind eine sehr ernste Sache für das Land, ernster, wichtiger und bedeutungsvoller als die Ausrodung der Wälder. Denn Wälder lassen sich wieder anpflanzen und in 60, 80, 100 Jahren können neue Wälder entstanden sein. Was aber die Natur innerhalb Millionen Jahre an Mineralien hervorbrachte, können Menschen nicht mehr erneuern. Sind diese einmal erschöpft, sind sie für alle Zeiten verloren.

An eine Änderung der gegenwärtigen Freibeuterwirtschaft ist aber vorläufig nicht zu denken, denn die Zweckmäßigkeit einer konservierenden Produktionstechnik wird nicht nur von den Organen der Privatwirtschaft bestritten, sondern ist auch innerhalb der exekutiven Regierungskreise auf erbitterten Widerspruch gestoßen, wie die kürzliche Kontroverse zwischen Roosevelt-Pinchot und Ballinger-Mc Harg bewies. Wie kann das amerikanische Volk zu einer solchen Regierung Zutrauen fassen!

## 3. Agrarprobleme.

„Agriculture in the most intelligent meaning of the term is something almost unknown in the United States". James J. Hill. — Man wird die Gebarung der amerikanischen Industrie nicht sachlich behandeln können, ohne auch die Entwickelungstendenzen der Landwirtschaft kurz zu untersuchen, welche die fundamentellste aller Industrien dar-

stellt. Ganz abgesehen davon, daß sie den Nährboden für alle Erwerbstätigen, die Beschäftigungsmöglichkeit für den größten Teil der Bevölkerung und den Grundstock für den Riesenexport der Union bildet, steht die Landwirtschaft als Rohstofflieferantin für die Industrie, als Konsumentin für Industrieprodukte und als Regenerativmittel für die industrielle Bevölkerung im engsten Zusammenhange mit der nationalen Gesamtwirtschaft.

Im Zensusjahre 1900 war von der Gesamtära der Vereinigten Staaten ausschließlich Alaska etwa 40 % Farmland, das ist ein Gebiet von 841,2 Millionen Acker. (1 acre = 40,4 a). Davon entfielen 317,3 Millionen Acker auf das nordzentrale Gebiet, 257,7 Millionen auf das südzentrale, 104,3 Millionen auf das südatlantische, 93,8 Millionen auf das westliche und 65,4 Millionen Acker auf das nordatlantische Gebiet. Etwa die Hälfte des gesamten Farmlandes (21 %) war durch Bodenkultur verbessert, der Rest noch in seinem ursprünglichen Zustand. Im nordzentralen Gebiet, dem wichtigsten von allen, werden hauptsächlich Heu- und Getreidebau, auch Viehzucht in größerem Maße betrieben. Die durchschnittliche Farmgröße ist 175 bis 250 Acker und deren jährlicher Ertrag schwankt zwischen 500 und 1000 Dollar pro Farm. In dem halbtropischen und sehr wasserreichen südzentralen Gebiet ist Baumwolle das Hauptprodukt, auch Mais, Tabak, Zuckerrohr und Reis werden gebaut, in einzelnen Teilen (Texas) wird auch Viehzucht betrieben. Die Vegetation ist ähnlich der des südatlantischen Gebietes, nur herrscht dort der Garten- und Obstbau vor. In beiden Gebieten ist der Durchschnittsfarmtyp 50 bis 100 Acker groß und meist von weißen oder farbigen Pächtern besetzt, die einen Ertrag von 250 bis 500 Dollar pro Farm herauswirtschaften. Das nordatlantische Gebiet, der Sitz der großen Industriezentren, ist naturgemäß stark mit Viehzuchtwirtschaft, insbesondere mit der Produktion von Milch, Butter und Käse, mit Gemüse und Obstbau und mit Geflügelzucht beschäftigt, alles Waren, die von der städtischen Bevölkerung am dringendsten benötigt werden. Die durchschnittliche Farmgröße ist dort 50 bis 100 Acker und der Wert der Produkte 500 bis 1000 Dollar pro Farm. Der Westen endlich, mit Ausnahme Kaliforniens, wo der Obstbau vorherrscht, ist hauptsächlich der Viehzucht gewidmet. Deshalb sind die einzelnen Farmen sehr groß und häufig Eigentum von Korporationen.

Sondert man das landwirtschaftliche Areal der Union nach Staaten, so stehen obenan Jowa und Illinois mit einer Bruttoproduktion von 365 bzw. 345 Millionen Dollar. Es folgen Texas mit 240, Ohio mit 257, New York mit 245, Missouri mit 219, Kansas mit 210, Indiana mit 204 und Pennsylvania mit 208 Millionen Dollar. Diese neun Staaten repräsentieren beinahe die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen

Produktion. Es folgen Nebraska, Minnesota, Michigan, Wisconsin und Kentucky, sämtlich mit einer Nettoerzeugung von über 100 Millionen Dollar im Jahr.

Das nordzentrale, also das zwischen den großen Seen, dem Ohio und dem Mississippi liegende Territorium, ist demnach das bestbestellte und ertragreichste der Union. Infolge der intensiven Industrialisierung des Ostens ist dagegen in den Neuengland-Staaten ein Rückgang der Bodenbebauung zu verzeichnen. Auch hat der Fortschritt der Kältetechnik und der Transportmittel — bereits im letzten Zensusjahr zählte man 60 000 Refrigerator Cars — es den West- und Südstaaten ermöglicht, in der Lieferung von Molkereiprodukten, Obst usw. nach den Großstädten des Ostens erfolgreich mit den nordatlantischen Farmen in Wettbewerb zu treten. So ist in der Landwirtschaft, ähnlich wie in der Industrie, ein deutlicher Zug nach dem Westen und namentlich nach dem Süden bemerkbar.

In dem Maße nun, wie die amerikanische Landwirtschaft zu den kostspieligeren Betätigungsarten übergeht, bei denen entweder größere Weidestrecken benötigt werden oder die Urbarmachung und Bewässerung brachliegender Ländereien in Frage kommt oder ein großzügiger Betrieb zur Anwendung gelangt, zu dessen Durchsetzung kostspielige Maschinen erforderlich werden, zeigt sich eine ähnliche Erscheinung, wie sie den Aufstieg der Industrie zu Stufe höherer Ordnung begleitet: Die wachsende Anteilnahme des Großkapitals an der Auswertung von Grund und Boden. Die Konzentration des Farmbetriebs offenbart sich an der wachsenden Farmgröße (500 bis 1000 Acker und mehr) hauptsächlich in den Staaten Texas, North und South Dakota, Kansas, Nebraska, überhaupt nach dem Westen zu. Auch im nordatlantischen Gebiet ist sie in Zunahme begriffen, während im Süden, namentlich in Arkansas und Louisiana wegen des Vorwiegens der stark wachsenden Negerbevölkerung eher eine zunehmende Zersplitterung in kleine Anwesen wahrnehmbar ist. Die durchschnittliche Farmgröße beträgt heut in Amerika 145 Acker gegen 60 in Großbritannien und 20 in Frankreich, deren Durchschnittswert 3500 Dollar oder 25 Dollar pro Acker. Dabei ist der Wert des Viehs, der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte inbegriffen. Bringt man diesen in Abzug, so sinkt der Durchschnittsfarmwert auf 3000 Dollar, wovon Gebäude rund 21 % ausmachen, so daß also pro Acker ein Durchschnittswert von 15 Dollar verbleibt.

Was den Wert der erzeugten Produkte anlangt, so brachten während der Feststellungen des letzten Zensus $^1/_6$ der insgesamt 6 Millionen Farmen mehr als 1000 Dollar und nur 154 000 mehr als 2500 Dollar pro Farm. Das wäre für amerikanische Verhältnisse ein relativ geringer Betrag, der nicht auf Konzentration hindeutet. Es ist jedoch zu berück-

sichtigen, daß die Bebauer der Farmen namentlich im Süden in steigendem Maße Pächter und nicht Eigentümer sind, also mehr und mehr in die Abhängigkeit des Großkapitals geraten. Die spekulative Ausbeutung des Bodens durch Unternehmer, wie überhaupt die ganze Art der Latifundienbildung, ist für die Union deshalb besonders gefährlich, weil sie der so notwendigen Bildung einer zahlreichen, seßhaften und konsumkräftigen Landbevölkerung entgegenarbeitet. Im Jahre 1880 waren nur 25,5 % aller Farmen an Pächter vergeben, im Jahre 1900 bereits 35,3 %, heut annähernd 40 %. Diese Pächter, Italiener, Schweizer usw., denen es meist an Geld mangelt, um die Farmen käuflich zu erwerben, und die solches nicht wie bei uns mit Staatshilfe von den Agrikulturbanken, Landschaften usw. billig vorgeschossen bekommen, haben naturgemäß das Bestreben, in kurzer Zeit möglichst viel aus dem Boden herauszuwirtschaften. Da die Leute gewöhnlich nur wenige Jahre an Ort und Stelle bleiben, häufig nach Kanada abwandern oder nach Europa zurückkehren, so nehmen sie wenig Interesse an kommunalen Angelegenheiten, am Straßenbau, Errichtung von Schulhäusern, Bibliotheken, sanitären Brunnenanlagen, Musterwirtschaften und dergl. Sie bilden also einen stetig wechselnden Strom von Kolonisten, die infolge ihrer angeborenen Bedürfnislosigkeit während ihres Aufenthaltes in Amerika der Industrie als Konsumenten wenig nützen und nach Erwerb eines kleinen Vermögens mit ihrem Geld aus dem Lande wandern.

Unsere „Sachsengänger", bzw. die polnischen und sonstigen fremden Wanderarbeiter, deren die deutsche Landwirtschaft leider nicht entbehren kann, verhalten sich ja ähnlich. Namentlich beginnt sich ihr schädlicher Einfluß auf die unteren Schichten der heimischen Arbeiter stark fühlbar zu machen. Aber die Entziehung deutschen Kapitals durch diese ca. 400 000 Leute dürfte kaum 50 Millionen Mark im Jahre erreichen. Der Hauptunterschied gegenüber Amerika liegt jedoch darin, daß wir eine im Boden wurzelnde, kernige Bauernbevölkerung besitzen, die intelligent genug ist, sich zu gemeinnützigen Vereinen zusammenzuschließen, ihre Interessen einheitlich wahrzunehmen und den Anregungen einer paternalen Regierung willig Folge zu leisten. Ein Bauernstand, der sein Geld zusammenhält, seine Anwesen zu erweitern strebt und infolge seiner höher entwickelten Bedarfsansprüche und größeren territorialen Verdichtung der Industrie ein hervorragendes Absatzfeld bietet. Eine ländlich sozialistische Organisation, die als Gegenstück zu den gewerblichen und anderen städtischen Verbänden erfolgreich bestrebt ist durch genossenschaftlichen Zusammenschluß die Bauernschaft vom Markte zu emanzipieren, d. h. einerseits unter Ausschaltung des Händlertums die Verwertung ihrer Produkte zu

erleichtern und ihr auf der anderen Seite die günstige Beschaffung ihrer Produktionsmittel zu ermöglichen.

Die amerikanische Agrikultur dagegen ist überwiegend eine solche extensiver Ordnung, die einzelnen Anwesen sind weitläufig zerstreut, und in manchen Gegenden und Zweigen herrscht die Spezialitätenwirtschaft vor, wie z. B. in Kalifornien der Apfelsinenbau. Die Interessen der Farmer sind fast ausschließlich auf die augenblickliche Erzielung hoher Profite konzentriert. Die Verbesserung der Lebenshaltung, der Wohnlichkeit, des örtlichen Behagens tritt kaum in den Kreis der Betrachtungen. Den Anregungen der Regierung wird nur Folge gegeben, soweit dem einzelnen die Einträglichkeit der Verordnung einleuchtet. Maßnahmen, die fernerliegende Ziele oder das Gemeinwohl betreffen, finden wenig Anklang. Die oft mustergültigen Lehrbücher, die vom Department of Agricultur verfaßt und verteilt werden, können keine Früchte tragen, solange es an einer wirklich bodenständigen landwirtschaftlichen Bevölkerung fehlt, die sich belehren läßt und die fähig ist, den Lockungen des Stadtlebens dauernd zu widerstehen. Deshalb kommt die von Roosevelt ins Leben gerufene Commission on Country Life zu dem Schluß, daß abgesehen von der Verbesserung der Verkehrsmittel (namentlich der Binnenschiffahrtswege, deren Entwicklung von den Bahngesellschaften bisher so daniedergehalten wurde, daß ihre Konkurrenz als Transportmittel für die Ernte fast gar nicht in Frage kam), der sanitären Verhältnisse, des Zusammenschlusses der Farmer, vor allem die Erziehung der Kinder auf dem Lande in andere Bahnen gelenkt werden müsse.

Ob sich die Liebe zur Scholle, die unser Volk sich in einer hunderte von Jahren währenden Entwicklung erwarb, in Amerika durch Belehrungen in der Schule wird einprägen lassen, ist bei der stets wechselnden ethnischen Zusammensetzung der Landbevölkerung zum mindesten fraglich. Auch der Zusammenschluß der Farmer (Baumwollpflanzer) dürfte gegenüber den bereits bestehenden riesigen Kombinationen, welche alle Waren, die der Landmann benötigt, und alle Verkehrsmittel, mittelst deren er seine Ernten zu Markte befördert, unter Kontrolle halten, nicht leicht zu bewirken sein. Das U. S. Homestead Law in seiner jetzigen Fassung, wonach jeder Ignorant, der von Landwirtschaft keine Ahnung hat, 160 Acker zu Ansiedelungszwecken erwerben und jede Korporation unter fiktivem Namen soviel Territorium, als sie will, zu Spekulationszwecken aufkaufen kann, ist kaum geeignet, die herrschenden Mißstände zu beseitigen. Namentlich die Beschaffung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte dürfte auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Eine wissenschaftliche Ausbildung der Ökonomen, wie solche unseren Landwirten auf den Landwirtschaftlichen

Hochschulen und unseren Forstwirten auf den Forstakademien zuteil wird, existiert in Amerika nicht. Einige nach dieser Richtung zielende Versuche sind fehlgeschlagen. Deshalb mangelt der landwirtschaftlichen Betätigung in den Vereinigten Staaten die höhere Einsicht und Weitsicht, die Fühlung mit der Zentralidee und die Berufsfreudigkeit, welche allein durch höhere Bildung erworben werden kann.

Andererseits bietet die große Ausdehnung der Union der Anziehung zahlreicher untergeordneter Hilfskräfte, wie sie namentlich im Westen zur Zeit der Ernte verübergehend gebraucht werden, weit größere Schwierigkeiten, als das auf dem gedrängten landwirtschaftlichen Areal Deutschlands der Fall ist. Nicht jede Arbeit kann durch Maschinen besorgt werden, und auch die Bedienungsmannschaften der maschinellen Betriebe sind schwer zu beschaffen. Wohl gibt es genug Arbeitslose und Arbeitswillige im Osten, denen die Ernte eine willkommene Betätigungsmöglichkeit böte. Aber die Entfernung vom Osten des Landes, wo sich die Einwanderer in den Großstädten stauen, bis zu den westlichen Farmen ist zu groß, die Eisenbahnfahrt zu teuer. Die Arbeiter können nicht ohne weiteres ihre Familien im Stich lassen, um des lohnenden, aber kurzen Verdienstes wegen, (der durch die Reisekosten größtenteils aufgezehrt wird), der Landwirtschaft auszuhelfen. Denn nach Erledigung der Ernte finden sie sich oft vis-à-vis de rien, ohne Barmittel, um die Rückkehr zu ihren Familien im Osten zu bestreiten. Das sind durch die Ausdehnung des Landes bedingte, aber kaum zu beseitigende Hindernisse, welche einem intensiveren Landbau im Wege stehen. „The call of the farm" hat seine Anziehungskraft verloren, seit die Industrie so mächtig emporstrebte, und ob und wann ein Umschwung in der Richtung der Rückkehr aufs Land eintreten wird, ist heute nicht abzusehen. Wahrscheinlich ist, daß schließlich doch Kuli- oder Hinduarbeit herangezogen werden wird, um die fehlenden Arbeitskräfte zu ersetzen und die unumgänglich notwendigen Verrichtungen zu leisten. Damit kommt aber wieder die „gelbe Gefahr", welche, wie wir schon sahen, die Gefahr überlegener Menschenökonomie ist und welche alle Nationen bedroht, die das Arbeiten verlernen.

Trotz all dieser Mißstände und dank dem noch überwiegend frischen Boden von immenser Ausdehnung — die Farmen allein bedecken eine Fläche von 6 mal der Größe Frankreichs — und dank dem ungehinderten Erwerbstrieb der europäischen Kolonisten ist der Ertrag der amerikanischen Landwirtschaft, begünstigt durch eine Reihe guter Ernten, während der letzten Jahre ein ungeheuer großer gewesen. Nach dem letzten Bericht des Landwirtschaftssekretärs Wilson hat sich der Wert sämtlicher Farmprodukte von 2,2 Milliarden im Jahre 1880 auf 7,7 Milliarden im Jahre 1908 erhöht. (Die letztgenannte Summe entspricht

etwa dem Wert aller Bergbauprodukte zusammengenommen ausschließlich Petroleum und Edelmetalle). Die Hauptprodukte waren dem Werte nach: Vieh, Getreide, Baumwolle und Heu. Der Farmer steuerte etwa 87 % aller Rohmaterialien zu denjenigen Industrien bei, welche hauptsächlich auf landwirtschaftliche Materialien angewiesen sind und welche 42 % aller Stoffe verarbeiten, die in der gesamten Industrie gebraucht werden. Setzt man den Wert der Farmprodukte im Zensusjahre 1900 gleich 100, so ist derselbe in 9 Jahren auf 165 gestiegen. Das ist eine außerordentliche Wertsteigerung, die allerdings weniger einer Steigerung der Ernten als einer starken Preiserhöhung bzw. T e u e r ung zuzuschreiben ist, welch letztere wohl dem Farmer und dem Spekulanten, aber nicht der Allgemeinheit in gleichem Maße zugute kommt.

Der Export landwirtschaftlicher Produkte belief sich im Fiskaljahr 1908 auf rund 1 Milliarde Dollar, die größte bisher erreichte Ziffer mit Ausnahme des Vorjahres. Es wurden ausgeführt: an Baumwolle 438 Millionen, an Getreide und Getreideprodukten 215 Millionen, an Packhausprodukten 196 Millionen Dollar. Die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte betrug 540 Millionen, die Wiederausfuhr 10 Millionen, also der Nettoüberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr 488 Millionen Dollar. Rechnet man von der Gesamtfarmproduktensumme 1,8 Milliarden auf Verzinsung des Wertes der Farmländereien ab und verteilt den Rest unter die 6,8 Millionen Farmer, so bleibt für jeden ein jährlicher Gewinn von 868 Dollar.

Berücksichtigt man die Auslagen, die der Durchschnittsfarmer für Schmiede, Treiber, Säleute, für Gebäudereparaturen und Steuern und Hypothekenzinsen zu leisten hat, so erscheint der ihm für seine und seiner Familie Lebenshaltung verbleibende Betrag für amerikanische Verhältnisse nicht übermäßig hoch. Die Arbeitskräfte waren bisher allerdings relativ geringe. Im letzten Zensusjahr betrug ihr Wert durchschnittlich 64 Dollar pro Farm oder 43 Cents pro Acker, das sind 9,7 % vom Werte des erzielten Produktes. Dieser Betrag wechselt aber sehr stark je nach der Lage, Größe und Art der Betätigung, und zwar von 232 Dollar pro Farm, oder 60 Cents pro Acker, das sind 19,5 % von Werte des erzielten Produktes in den großen Farmen des Westens, bis 30 Dollar pro Farm, oder 19 Cents pro Acker, das sind 6,5 % vom Werte des Produktes in den Zentralstaaten. Andererseits von 29 Cents pro Acker auf den Viehweiden bis 86 Cents pro Acker in den Molkereiwirtschaften.

Von den 10,5 Millionen Menschen, die im Jahre 1900 ihren Unterhalt aus der landwirtschaftlichen Betätigung bestritten, waren etwa 5,6 Millionen Farmer, Pflanzer und Aufseher, der Rest landwirtschaft-

liche Arbeiter, wovon etwa die Hälfte auf Familienmitglieder der Farmer entfielen. Also etwa ¼ der landwirtschaftlichen Bevölkerung waren angeworbene Arbeiter und etwa 40 % aller Farmer waren Pächter.

Was den Wert der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte anlangt, so bezifferte sich derselbe im Zensusjahr auf durchschnittlich 133 Dollar pro Farm oder 90 Cents pro Acker, und zwar schwankte der Betrag von 226 Dollar im nordatlantischen Gebiet bis 218 Dollar im Westen, 166 Dollar im nordzentralen Gebiete und 76 bzw. 55 Dollar in den Südstaaten. Zum Betrieb der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte standen, abgesehen von dem städtischen Zugvieh, 18,2 Millionen Pferde und 3 Millionen Maulesel zur Verfügung.

Was die Verwendung von Düngemitteln anlangt, die bekanntlich ein Indikator für den Stand der wissenschaftlichen Bodenkultur eines Landes ist, so war dieselbe eine äußerst niedrige und betrug insgesamt 54,7 Millionen Dollar oder 10 Dollar pro Farm und 7 Cents pro Acker, ein Betrag, der etwa 1,2 % vom Werte des erzielten Produktes repräsentiert. Ein Gebiet von ¾ der Größe Europas braucht also nur ¼ soviel Düngemittel als Deutschland. Infolge der extensiven Wirtschaft sind auch die Ernteerträge der Union nur fast halb so groß als diejenigen Deutschlands, auf die Flächeneinheit bezogen. So wurden geerntet im Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1901 an Weizen: in den Vereinigten Staaten 892,6 kg, in Deutschland 1663 kg pro Hektar. Inzwischen ist es infolge verbesserter Technik und Ausbau der intensiven Wirtschaft gelungen, in Deutschland den Ernteertrag auf 1955 kg zu steigern. In der Union dagegen ist der jährliche Ertrag der Felder im Sinken begriffen. Der Übergang zur intensiven Wirtschaft scheitert dort an der dadurch verursachten Erhöhung der Produktionskosten und an der Arbeiterfrage, die sich infolge der fortschreitenden Entwicklung der Industrie immer schwieriger gestaltet.

Die Methoden der Bodenkultur wechseln auch sehr stark in den verschiedenen Teilen der Union. So belaufen sich beispielsweise im Osten des Landes, also in den nord- und südatlantischen Gebieten, die Ausgaben für Düngemittel auf 23 bis 24 Dollar pro Farm oder 22 bis 24 Cents pro Acker, in den zentralen und westlichen Gebieten dagegen nur auf 3 bis 4 Dollar pro Farm oder 1 bis 3 Cents pro Acker. Ebenso wechseln die Aufwendungen nach der Fruchtart, zum Beispiel betragen sie für Viehweiden 2 Cents, für Heu- und Getreidebau 4 Cents, für Molkereiprodukte 9 Cents, für Baumwolle 14 Cents, für Tabak 30 Cents pro Acker. Die Mehrzahl der großen Farmen des Nordens und Westens brauchen überhaupt fast keinen Kunstdünger, da die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens und die Abfälle der Viehhaltung für die extensive Wirtschaft zureichen.

Nach Ansicht von Fachleuten müßte die reichlichere Anwendung von Kunstdünger, von Drainage und überhaupt von wissenschaftlichen Bebauungsmethoden die Maisernte auf das Doppelte steigern. Dasselbe würde für Baumwolle, Tabak, Weizen, Hafer, Roggen, Gerste, Heu, Gemüse sowie auf die Geflügelzucht und Molkereiwirtschaft zutreffen. Doch scheint die Abkehr von der jetzigen Systemlosigkeit unter den gegenwärtig vorherrschenden Verhältnissen unmöglich.

Auch die imposanten Exportziffern der amerikanischen Landwirtschaft sind cum grano salis zu genießen. Zwar ist die Union am internationalen Nahrungsmittelhandel in hervorragendstem Maße beteiligt, steuert sie doch $^1/_5$ der Welterzeugung an Weizen, $^1/_4$ des Hopfens, $^1/_3$ des Mais, $^2/_5$ des Fleisches, nahezu die Hälfte des Leinkuchens und Blattabacks, $^2/_3$ der Baumwolle und $^4/_5$ des Baumwollsamenöls zur Versorgung der Menschheit bei. Der Gesamtexport an Farmprodukten repräsentiert demnach heut einen Totalwert von etwa 931 Millionen Dollar im Jahr, wovon England 45 %, Deutschland 18 % und Frankreich 6 % bezieht. Es ist aber nicht zu übersehen, daß etwa $^2/_3$ der Getreideausfuhr und namentlich Mais, Leinkuchen und die gröberen Körner Rohprodukte darstellen, welche unveredelt das Land verlassen und weniger ihres Nährwertes wegen als um des Düngewertes ihrer chemischen Ingredienzien willen (Stickstoff, Phosphorsäure, Pottasche) vom Auslande gekauft und nicht viel höher als mit dem Marktpreis dieser Düngemittel bezahlt werden; außerdem dazu dienen, die Milchwirtschaft, die Viehzucht, die Brauereien und Brennereien sowie den Land- und Gartenbau der europäischen Länder zu kräftigen und so Produkte höherer Ordnung zu schaffen, die zum Teil wieder im Wettbewerb mit den entsprechenden Edelwerten Amerikas auf dem Weltmarkt zum Verkauf gelangen.

Will man die landwirtschaftliche Entwicklung der Union und diejenige Deutschlands miteinander vergleichen und die Bedeutung derselben für die beiderseitigen Industrien beurteilen, so muß man sich zunächst vor Augen halten, daß für uns Deutsche eine weise Agrarpolitik schon aus dem Grunde unentbehrlich ist, weil wir bei dem Unvermögen unseres Landes, die wachsende Bevölkerung mit den Produkten der heimischen Landwirtschaft zu ernähren, von Jahr zu Jahr in stärkere Abhängigkeit vom Auslande geraten, deren Nahrungsmittellieferungen wir durch Gegenleistungen andersstofflicher Art kompensieren müssen. Deshalb ist rationeller Betrieb für uns eine Lebensnotwendigkeit, während die amerikanischen Ernten, wie gezeigt wurde, trotz des vorherrschenden Raubbaues nicht nur zur Deckung der dortigen Bedürfnisse völlig ausreichen, sondern auch die europäischen Länder noch in weitgehendstem Maße mit Lebensmitteln versorgen. Zu bedenken

ist ferner, daß bei den in Amerika vorherrschenden Verhältnissen die Industrialisierung des Landes bis zu dem heut erreichten Grade fortschreiten konnte, ohne die Bedeutung der Landwirtschaft als Faktor der Volkswirtschaft wesentlich herabzudrücken.

Noch spielt die Landwirtschaft in Amerika eine ganz hervorrragende Rolle. Gewährt sie doch der größten Anzahl von Menschen Beschäftigung und bestreitet etwa $^2/_3$ der gesamten Ausfuhr. Andererseits betätigt die Industrie ein größeres Kapitalaggregat und ihre Produkte besitzen einen höheren Wert als die landwirtschaftlichen. Solange große Ländereien noch brachliegen, wird die Landwirtschaft als Erwerbszweig wegen der weit geringeren Kapitalerfordernisse und der leichter erzielbaren Profite auch immer Unternehmer finden, wenn auch in um so geringerem Maße, als intensivere Wirtschaftsmethoden erforderlich werden. Deshalb ist die Verschiebung der völkischen Berufstätigkeit von der Landwirtschaft zur Industrie von weniger schwerwiegender Bedeutung für das Gesamtwohl der Union, als das bei uns der Fall ist.

Wir können und wollen — da wir kein Sammelvolk, sondern ein Rassevolk sind — nicht im entferntesten mit einer so starken Zuwanderung rechnen wie die Amerikaner. Noch zu Anfang des vorigen Jahrhunderts besaß Deutschland eine agrarische Bevölkerung von etwa 80 %. Heut ist dieselbe auf 37,5 % der Gesamtzahl gesunken. Vergleichsweise betrug der Abfall in der Union in 10 Jahren nur 2,1 %, in Deutschland in 13 Jahren 5,9 %, d. h. der Anteil der Landwirtschaft an der erwerbstätigen Bevölkerung ist dort viel langsamer gesunken als bei uns. Dabei ist die industrielle Konzentration und insbesondere der automatische Großbetrieb mit möglichster Ausschaltung der menschlichen Arbeitskräfte in Deutschland wegen unseres kleineren und nicht so einheitlichen Binnenmarktes noch lange nicht so weit fortgeschritten als in Amerika. In dem Maße, als wir uns ähnlich den Amerikanern der Massenfabrikation von Spezialitäten zuwenden, wobei Arbeitskräfte frei werden, und in dem Maße, als die Neuartigkeit des Fabrikbetriebes ihre Zugkraft verliert und die Getreidezölle den Profit der Landwirte erhöhen, dürfte auch ein gewisses Zurückebben von Arbeitern zur gesünderen landwirtschaftlichen Tätigkeit zu erwarten stehen. Wir haben gegenüber Amerika immer mit den eingefleischten Neigungen eines Rassevolkes zu rechnen, dessen Liebe zur Natur eine spezifische Eigenschaft ist, die es vor anderen auszeichnet. Jedenfalls liegt es im Interesse unserer Volkswirtschaft, daß der Tendenz zur Anhäufung der Bevölkerung in den Industriezentren der sogenannten „Flucht vom Lande", durch eine Aufteilung der landwirtschaftlich benutzten Fläche in kleine Anwesen entgegengearbeitet werde, wodurch bekanntlich auch eine weit intensivere Nutzung des Bodens erzielt wird.

Die deutschen Regierungen stehen glücklicherweise auf dem weitsichtigen Standpunkt, daß in der Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie der Großbetrieb gegenüber dem Kleinbetrieb im Nachteil ist. Denn die Hauptmerkmale des ersteren: größere Ausdehnung der Produktion, insbesondere großes Betriebskapital im Verhältnis zum Wert des einzelnen Produktes, regelmäßiger Absatz auf weiterem als lokalem Markt, Spekulation bei Ein- und Verkauf, weitgehende Zerlegung und Abstufung des Arbeitsvorganges, technisch vollkommener, insbesondere Maschinenbetrieb, nur leitende, dispositive Arbeit des Unternehmers, all dies kommt der Landwirtschaft lange nicht in dem Maße zugute als der Industrie, weil bei der Bebauung des Bodens nur eine beschränkte Möglichkeit der Arbeitsteilung vorhanden ist, und der Menschenarbeit und der Natur eine weit größere Bedeutung zukommt als dem Kapital. Die innere Kolonisation Deutschlands ist seit 1882 kräftig im Gange und hat auch schon günstige Resultate gezeitigt. Während nach der Berufsstatistik von 1895 fast $^1/_5$ der gesamten gewerblichen Produktion einschließlich Handel und Verkehr auf 296 Riesenbetriebe mit über 1000 Personen entfiel, davon 141 Betriebe mit 278 000 Personen auf Bergbau-, Hütten- und Salinenwerke, 55 mit 84 000 Personen auf die Textilindustrie, und diese Entwicklung seitdem unstreitig große Fortschritte gemacht hat, ist in der Landwirtschaft eine umgekehrte Bewegung zu verzeichnen. Die von den Ritter- und großen Bauerngütern besessene Fläche ist nämlich gegen 1882 um 1,1 % gesunken und beträgt nur noch 54,4 % gegen 40 % der kleinen und mittleren Güter.

Die künftige Entwicklung der amerikanischen Landwirtschaft dagegen dürfte ähnlich derjenigen der Industrie auf eine weitere Ausdehnung des Großbetriebes mit gleichzeitigem Ausbau der Spezialitätenwirtschaft hinauslaufen und darin ihre natürlichen Grenzen finden. Als Agrarexportstaat hat die Union heut unstreitig ihren Höhepunkt überschritten und wird in Zukunft hinter Südamerika, Kanada, später wohl auch Ägypten, Indien und China zurücksinken. Denn jungfräuliche und fruchtbare Landstrecken werden immer seltener, die Löhne der Landarbeiter immer höher, weil die rasch wachsende Industrie sie in ihren Bannkreis zwingt; und da die Bevölkerung dabei fortgesetzt wächst und mehr und mehr urbanen Charakter annimmt, ist es unwahrscheinlich, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte fallen oder ihre Menge sich stärker vermehren wird als der Inlandkonsum. Deshalb ist auch kaum anzunehmen, daß der Export der Hauptstapelartikel: Weizen, Baumwolle, Fleisch usw. sich wesentlich steigern wird. Ein Vergleich der Ziffern des amerikanischen Außenhandels im Durchschnitt der drei Jahre von 1880 bis 1882 mit dem der Jahre 1900 bis 1902 zeigt, daß, während der Gesamtexport von 814 Millionen auf 1396 Millionen,

d. h. um 72 % stieg, der landwirtschaftliche Export nur von 656 Millionen auf 857 Millionen gewachsen ist, also um 34 %. Demgegenüber ist es bemerkenswert, daß der Export von Industrieprodukten in derselben Zeitspanne von 117 Millionen auf 416 Millionen, also um 250 % zugenommen hat. Die Expansionsfähigkeit der amerikanischen Industrie ist demnach derjenigen der Landwirtschaft weit überlegen.

Betrachtet man die Ausfuhr der gesamten Bodenprodukte (einschließlich Fleisch und Molkereiprodukte, Schlachtvieh und Mineralöle), so hat nach einem Ausweise des statistischen Bureaus der Bundesregierung im verflossenen Fiskaljahr, endigend mit dem 30. Juni 1909, der Export von Mais, Weizen und Mehl gegenüber dem des vorhergehenden Rechnungsjahres trotz allgemeinen Aufschwunges und guter Ernten eine Einbuße an Wert und Menge, derjenige von Baumwolle bei quantitativer Zunahme eine Einbuße an Wert erlitten. Die gesamte Wertabnahme der ausgeführten Bodenprodukte belief sich auf nahezu 110 Millionen Dollar. Die Möglichkeit einer intensiveren Bodenkultur und damit einer enormen Steigerung der Leistungsfähigkeit sind wohl vorhanden, wie überhaupt die Natur das so rücksichtslos ausgesogene Land mit verschwenderischer Fülle bedacht hat. Aber es fehlen die Menschen, um den Boden zu bestellen, und es fehlt der ökonomische Zwang, um dem leichtsinnigen Raubbau Einhalt zu gebieten. Die Tatsache, daß trotz der rasch wachsenden Bevölkerung, der modernen Kulturtechnik, der billigen Beförderungsmittel, des steigenden Wohlstandes und des vielseitigen Zollschutzes der Aggregatwert der Farmländereien und landwirtschaftlichen Baulichkeiten in jedem der Neuengland- und der Mittelstaaten mit Ausnahme des Staates Massachusetts in den zwanzig Jahren von 1880 bis 1900 um 300 Millionen Dollar gesunken ist, läßt eine optimistischere Auffassung der Sachlage nicht zu.

## 4. Zukünftige Landverwertung.*)

Noch vor kaum 100 Jahren war das Gebiet der Vereinigten Staaten von Amerika im Osten des Mississippi ein zumeist ununterbrochener Wald, der etwas über 1 Million Quadratmeilen (a 259 Hektar) oder annähernd 700 Millionen Acker (a 40,5 Ar) umfaßte. Jetzt, nach einem

*) In Ergänzung des vorstehenden Kapitels ist im folgenden ein Bericht des U. S. Department of Agriculture, Forest Service, Circular 159, wiedergegeben, welches die landwirtschaftlichen Grundlagen nach der forstwirtschaftlichen Seite hin ergänzt, wenn auch nur die Auffassung der Unionsregierung darin zum Ausdruck kommt. Der Bericht wurde vom Reichsamt des Innern in den „Berichten für Handel und Industrie“ vom 4. Mai 1909 veröffentlicht.

Jahrhundert der Besiedelung, befinden sich in den östlichen Vereinigten Staaten nicht mehr als 300 000 Quadratmeilen nutzbares Forstland. Ungefähr 330 000 Quadratmeilen sind ausgerodet und zu Ackerbauzwecken verwendet worden, der Rest wurde seiner wertvollen Holzbestände gänzlich beraubt, ist durch Feuer verwüstet oder auf andere Weise in nutzloses Buschland verwandelt worden. Mit dem Anwachsen der Bevölkerung und dem steigenden Bedarf an Ackerland wird sich das Verhältnis zwischen Farm- und Forstland noch weiter verschieben. Die Wälder werden sich mehr und mehr auf die Gebirge und auf Bodenflächen, deren Humusschicht für Landbauzwecke zu dünn oder zu mager ist, beschränken. Es kann angenommen werden, daß in den nächsten 50 oder 100 Jahren die Einteilung des Landes zur Benutzung für die verschiedenen Zwecke sich fast ebenso sehr wie während des vergangenen Jahrhunderts verändern wird. Diese Veränderungen werden besonders im östlichen Teile der Vereinigten Staaten eintreten, weil dort der Wald nicht wie im Westen auf große Höhenlagen beschränkt ist, wo der Ackerbau im allgemeinen untunlich ist. Im Westen liegen die Wälder mit wenigen Ausnahmen, wie in dem niedrigen Gebiete um den Puget-Sund, in hohen, inmitten halbdürrer Ebenen ansteigenden Gebirgen und ihr anfängliches Gebiet von 150 000 Quadratmeilen, das zur Hälfte in der Sierra Nevada und dem Kaskadengebirge und zur anderen Hälfte in den Rocky Mountains gelegen ist, hat sich seit dem Beginne der Besiedlung nur sehr wenig vermindert. Im Westen muß die Ausdehnung des Ackerbaulandes hauptsächlich durch künstliche Bewässerung der halbdürren Gebiete ermöglicht werden.

Wenn man sich ein Zukunftsbild von der endgültigen Verteilung des Ackerlandes, der Forsten, des Weidelandes und der Wüsten in den Vereinigten Staaten nach etwa 50 Jahren unter Berücksichtigung des steigenden Bedarfs an Landbauerzeugnissen sowie der klimatischen Vorbedingungen und physikalischen Eigentümlichkeiten der einzelnen Landstriche ausmalt, so muß es ungefähr die folgenden Grundzüge aufweisen:

### Ackerbaugebiet.

Das zum Ackerbau benutzte Land wird nach einem halben Jahrhundert anstatt der jetzigen 21 % des Gesamtgebiets der Vereinigten Staaten annähernd 50 % desselben einnehmen. Daß diese Schätzung nicht zu hoch gegriffen ist, wird durch die Tatsache dargetan, daß während der letzten 50 Jahre das kultivierte Farmland in runden Ziffern von 113 Millionen auf 415 Millionen, d. h. um 302 Millionen Acker oder rund 370 % ausgedehnt worden ist. Bei einer weiteren Zunahme im gleichen Verhältnis würde das Ackerbaugebiet nach 50 Jahren um

reichlich 1 Million Acker angewachsen sein und annähernd 80 % des gesamten Landumfangs der Vereinigten Staaten einnehmen.

Bei intensiveren Bewirtschaftungsarten werden zweifellos von einem gegebenen Gebiete größere Erträge erzielt werden, aber dennoch muß die unter Kultur genommene Fläche eine Vergrößerung erfahren, zumal wenn die Union ein Ausfuhrland für Landbauerzeugnisse bleiben soll. Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Bevölkerung in den nächsten 50 Jahren auf wenigstens 150 Millionen oder 50 Seelen auf die Quadratmeile anwachsen wird. Ob die Fläche des kultivierten Farmlandes in einem viel stärkeren Verhältnis als die Bevölkerung zunehmen wird, wie es in der Vergangenheit der Fall war, oder ob sie in gleichem oder auch geringerem Verhältnis als die Einwohnerzahl steigen wird, kann nur die Zukunft erweisen; aber sich vergrößern muß sie unter allen Umständen.

Das statistische Bureau des Ackerbau-Departements in Washington schätzte im Jahre 1900 auf Grund des damaligen Volksverbrauchs, unter gänzlicher Außerachtlassung des Ausfuhrhandels, den Mehrbedarf an Ackerbauland für die Vereinigten Staaten bis zum Jahre 1931, wie folgt: 13,5 Millionen Acker für Weizen, 66 Millionen Acker für Mais, 23,7 Millionen Acker für Hafer, 10 Millionen Acker für die anderen Zerealien, 40,5 Millionen Acker für Heu; das ergibt eine Summe von 153,7 Millionen Acker ,wobei die Vergrößerung des Bedarfs an Gemüse, Früchten und ähnlichen Erzeugnissen noch außer Ansatz gelassen worden ist.

Die Größe des Farmlandes im Verhältnis zu anderen Landklassen wird aber nicht nur durch die Frage des wirtschaftlichen Bedürfnisses, sondern auch durch die natürlichen Vorbedingungen geregelt. Im östlichen Teile der Vereinigten Staaten, wo die Bodengestaltung weniger uneben und das Klima günstiger ist als im Westen, kann sich die Ausdehnung des Ackerbaugebietes auf Kosten der jetzt noch von Wäldern besetzten Flächen vollziehen, soweit sie zur Hervorbringung von Feldfrüchten geeignet sind, und dort wird sich das Waldgebiet auf die Stellen mit dünnem Humus und die steilen Abdachungen der Gebirge zusammenziehen. In dem Teile des Westens, der einen sehr unebenen Boden und sehr ungünstige klimatische Verhältnisse aufweist, wird Farmland hauptsächlich aus den halbdürren Gebieten und nicht aus den Wäldern gewonnen werden, die dort durch die Natur selbst auf für den Ackerbau unverwendbare Bodenflächen und Lagen zurückgedrängt sind. Es gibt natürlich hier und da in den pazifischen Küstengebirgen und selbst in dem Felsengebirge Land, das für Feldfruchternten verwertet werden kann, aber im allgemeinen werden die westlichen Gebirge immer ein Waldgebiet bleiben, und der Umfang des Farmlandes hängt dort hauptsächlich von den natürlichen Einflüssen ab.

### Weideland.

Hauptsächlich zur Weide verwertbares Land wird ungefähr ein Fünftel der Fläche in den Vereinigten Staaten einnehmen. Dieses Land erstreckte sich ursprünglich im Westen vom 100. Meridian ab über die Ebenen und Gebirgstäler, aber mit dem Fortschreiten des Trockenfarmbetriebs wurde seine östliche Grenze weiter nach Westen, ungefähr bis zum 103. Grade gedrängt. Dieses Land wird nur von spärlichen Niederschlägen angefeuchtet und kann weder Wälder noch Feldfrüchte hervorbringen, sondern seine Vegetation besteht nur in harten Gräsern. Es war früher die natürliche Zuchtstätte für Millionen von Büffeln und ist nun der Weidegrund für große Rinder- und Schafherden. Dieses Land wird im großen und ganzen naturgemäß ein Viehzuchtgebiet bleiben, da die künstlich bewässerbare und dadurch für Zwecke des Landbaues zu gewinnende und auch die für den Trockenfarmbetrieb benutzbare Fläche verhältnismäßig klein ist.

Nach den Schätzungen der Regierung wird das verfügbare Wasser zur künstlichen Bewässerung von 71 Millionen Acker oder von 1 von 7½ Ackern der ganzen Region ausreichen; jedoch glaubt das Bureau für Urbarmachung (Reclamation Service), nicht mehr als 5 % des ganzen dürren Landgebiets urbar machen zu können. Die hierbei sowie durch Trockenfarmbetrieb gewonnene Kulturfläche wird kaum groß genug sein, um nur den Verlust an nutzbarem Ackerboden durch die Vergrößerung der Wohnplätze, den Bau von Eisenbahnen, die Verwendung für Handel- und Industriezwecke auszugleichen. Mit Ausnahme dieser 5 % und der für Trockenfarmen verwendbaren Stellen wird dieses Gebiet für immer für Weidezwecke bestimmt bleiben. Während aber nur ein kleiner Teil davon unter den Pflug gebracht zu werden vermag, ist die Möglichkeit der Vergrößerung des Ertrages dieses Gebiets, wenigstens der 300 Millionen Acker Staatsländereien, auf dem Gebiete der Viehzucht sehr groß.

### Wüstengebiet.

Ungefähr 2 % des gesamten Landgebietes werden für immer Wüste bleiben. Es gibt nur wenige Gebiete in den Vereinigten Staaten, die entweder wegen starker Hitze oder wegen sehr niedriger Temperatur wegen Alkaligehaltes oder Mangels an Regen für den menschlichen Gebrauch ungeeignet sind und wirklich als Wüstenland angesehen werden müssen. Solche Ländereien finden sich im Südwesten am Golf von Kalifornien, in Nevada, in Utah und in Oregon in Gestalt trockener Mulden. Eisbedeckte Wüsten kommen in Alaska und auf den mit

Gletschern bedeckten Gebirgen vor. Diese Landgebiete müssen, solange die klimatischen Verhältnisse der Vereinigten Staaten unverändert sind, ohne Ertrag bleiben.

### Forstland.

Das benötigte neue Ackerland muß hauptsächlich im Osten der Vereinigten Staaten gewonnen werden durch Urbarmachung bis jetzt unkultiviert gebliebenen Acker- und Sumpflandes und auf Kosten der Forstgebiete. Die Forsten werden mehr und mehr auf Land beschränkt werden, das für Ackerbauzwecke offenbar ungeeignet und am besten zur Aufzucht von Bäumen verwendbar ist. Dieses unbedingte Forstland, wie wir es nennen können, umfaßt, soweit man es abzuschätzen vermag, rund 360 Millionen Acker oder annähernd ein Fünftel der ganzen Fläche der Union. Ungefähr 63 % davon oder 12 % der gesamten Landfläche der Vereinigten Staaten würden im Westen und der Rest oder 7 % der Fläche der Union würden im Osten des Mississippi liegen. Im Osten sind diese Striche hauptsächlich zu finden in Neu-England und in der Adirondackregion des Staates New York, ferner in Ost- und Nord-Minnesota, Nord-Wisconsin und Michigan, an den Alleghany- und Cumberlandhochländern, auf den Blue Ridge- und Smokygebirgen, in den Staaten Virgina, Nordkarolina und Georgia; im Mittelwesten liegen sie in der Ozarkregion von Missouri und Arkansas; im äußersten Westen ziehen sie sich an den Felsengebirgen und den pazifischen Küstengebirgen hin.

### Zwischenland.

Neben diesen für keinen anderen Zweck als die Gewinnung von Nutzholz geeigneten Gebieten wird es immer Landstreifen und Flecken geben, die weder ausschließlich Forstland noch Ackerbauland sind, sondern jedem dieser Zwecke mit Nutzen dienstbar gemacht werden können, je nachdem die Dichtigkeit der Bevölkerung oder die Entfernung von Märkten es bedingt.

Das hügelige Land des Nordostens, wo Steine und Geröll die Kultur erschweren, das hügelige Gebiet des Piedmontplateaus und des Ohiotales, wo in dem schweren Boden die Ausspülung sehr stark in die Erscheinung tritt, und die sandigen Striche längs der atlantischen Küste und in den Binnenseestaaten gehören unter diese Landklasse. Dieses in der Verwendungsart wechselnde Land wird zurzeit meistens zu dem unkultivierten Farmland gerechnet und wird in Zukunft mehr und mehr zu diesem hinzugenommen werden. Von den 426 Millionen Ackern unkultivierter Farmländereien werden jetzt 150 bis 200 Millionen Acker als Waldland angesehen, obwohl nicht alle Waldparzellen der

Farmen unbedingt zu dem Zwischenlande gehören. Der Rest des Zwischenlandes sind Sümpfe, Barren und Gezeitenland. — Mit der Zunahme der Bevölkerung und der steigenden Nachfrage nach Farmland zur Bebauung wird die Ausdehnung des auf den einzelnen fallenden Waldlandes wahrscheinlich zurückgehen. Die Zahl der Waldparzellen wird aber zweifellos steigen, da das Volk mehr und mehr ihren Wert als Schutz gegen Ausspülung, Wind und Frost erkennen und ausnutzen wird und die Waldparzelle eine wichtige Rolle bei der intensiveren Farmbewirtschaftung spielen wird. Wenn es auch schwer ist, ihre wirkliche Ausdehnung vorherzusagen, so ist doch unbedenklich, anzunehmen, daß das Gebiet der Waldparzellen von Farmen immer einen großen Umfang behalten wird. Diese Waldparzellen werden in Zukunft ebenso wie jetzt die auf der Farm gebrauchten Pfähle, Stangen und das Brennholz liefern und außerdem noch einiges Nutzholz abwerfen.

## Forstland und Holzversorgung.

Um eine Bevölkerung von 150 Millionen Seelen mit allem zur Herstellung von Bauten, Schwellen, Stangen, Holzstoff und allen Dingen, wofür Holz das einzig geeignete Material abgibt, benötigten Nutzholze zu versorgen, wird in den Vereinigten Staaten ein Forstgebiet von ungefähr 360 Millionen Acker neben dem auf etwa 100 Millionen Acker zu veranschlagenden Gebiete der Waldparzellen von Farmen usw. verfügbar bleiben, was eine Summe von 450 Millionen Acker Forst gegenüber dem jetzigen Bestande von 550 Millionen Acker ergibt.

Die Forsten haben neben der Lieferung des benötigten Holzes auch noch die wichtigen Aufgaben, den Boden vor Abspülung zu sichern, die Stromflut zu regeln und einen wohltuenden Einfluß auf das Wohlbefinden der Bevölkerung auszuüben.

### Wird die angegebene verfügbare Forstfläche für diese Aufgaben ausreichen?

Während der Umfang der für die Regulierung der Stromzuflüsse und zum Schutze des Humus unbedingt erforderlichen Waldfläche nur annähernd und mittelbar bestimmt werden kann, läßt sich das Waldgebiet, welches ein Land hinsichtlich der Erzeugung des benötigten Nutzholzes auf eigene Füße zu stellen vermag, mit größerer Genauigkeit ermitteln. Wenn man die Holzeinfuhr und -ausfuhr der verschiedenen Länder mit den Forstbeständen im Verhältnis zur Einwohnerzahl vergleicht, wie es unten geschieht, so findet man, daß Länder mit 92 Acker oder mehr Forst auf 100 Einwohner einen Ausfuhrüberschuß,

dagegen solche mit 85 oder weniger Acker einen Einfuhrüberschuß aufzuweisen haben. Eine Ausnahme von dieser Regel bilden Bulgarien und Serbien, die gegenwärtig mehr Holz ein- als ausführen, obgleich sie bedeutende Forstgebiete besitzen; letztere sind zurzeit noch fast unzugänglich; nach Entwicklung der Hilfsmittel zu ihrer Ausbeutung werden beide Länder später einen Holzausfuhrüberschuß erzielen.

Das Verhältnis des Forstlandes zum Außenhandel mit Holz ist in den wichtigeren Ländern das folgende:

| Land | Acker Forst auf 100 Einwohner | Mehrausfuhr (+) von Holz*) 1000 $ | Land | Acker Forst auf 100 Einwohner | Mehreinfuhr (—) von Holz*) 1000 $ |
|---|---|---|---|---|---|
| Kanada | 12490 | + 26 551 | Bulgarien | 230 | — 407 |
| Finnland | 850 | + 14 970 | Serbien | 155 | — 148 |
| Schweden | 952 | + 34 770 | Griechenland | 85 | — 873 |
| Ver. Staaten von Amerika | 775 | + 13 450 | Schweiz | 66 | — 3 653 |
| Norwegen | 762 | + 9 585 | Deutschland | 61 | — 48 750 |
| Europ. Rußland | 462 | + 23 039 | Frankreich | 61 | — 19 270 |
| Bosnien und Herzegowina | 405 | + 2 632 | Italien | 32 | — 5 964 |
| Rumänien | 127 | + 961 | Dänemark | 25 | — 4 817 |
| Österreich-Ungarn | 103 | + 32 756 | Belgien | 20 | — 16 330 |
| | | | Niederlande | 10 | — 5 945 |
| | | | Großbritannien | 7 | — 93 950 |

Hieraus läßt sich schließen, daß ein Land ungefähr 100 Acker Forstland für je 100 Einwohner benötigt, um sich das erforderliche Nutzholz selber zu beschaffen; natürlich schwankt der inländische Verbrauch von Nutzholz erheblich, und die Waldfläche von 100 Acker für 100 Einwohner muß als Mindestbedarf für ein dichtbevölkertes, im Holzverbrauche mäßiges Land angesehen werden. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist gegenwärtig der Holzverbrauch auf 100 Einwohner ungefähr sechsmal so groß wie in Deutschland und Frankreich, und der jährliche Holzertrag vom Acker Forst kann oberflächlich mit einem Drittel des Ertrages in jenen Ländern veranschlagt werden; um den jetzigen Holzschlag in der Union aufrechtzuerhalten, würden auf je 100 Einwohner 1600 Acres Forst oder mehr als das Doppelte des jetzigen Forstgebiets erforderlich sein. Der gegenwärtige Waldbestand von 775 Acker auf 100 Einwohner würde bei dem jetzigen Verbrauche und Nachwuchs von Holz nicht ausreichen, um den eigenen Bedarf der Vereinigten Staaten zu befriedigen, wenn nicht ein erheblicher Bestand

*) Durchschnitt für 1895/99 nach dem Werke von A. A. Radzig in St. Petersburg, 1902, über Wälder und Forstwirtschaft in den verschiedenen Ländern Europas.

von bisher unberührten Wäldern — eine in Jahrhunderten angehäufte Reserve — zur Verfügung stände, um die Vorräte zu ergänzen. Mit der Erschöpfung dieser Reserven, die nur noch für etwa 30 Jahre vorhalten können, müßte eine Zeit eintreten, wo nicht nur die gesamte Nutzholzausfuhr der Vereinigten Staaten aufhören würde, sondern auch nicht genügendes Holz für den inländischen Verbrauch aus eigenen Wäldern beschafft werden könnte. — Auch jetzt macht die Gesamtausfuhr von Holz aus den Vereinigten Staaten nur 5 % der geschlagenen Holzmengen aus, während der Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von Holz nur 1,87 % beträgt, also verschwindend klein ist. Das beweist, wie die Union beinahe aufgehört hat, ein Holzausfuhrland zu sein, und mehr und mehr dazu hinneigt, ein Holzeinfuhrland zu werden.

### Wie kann dem voraussichtlichen Mangel an Holz vorgebeugt werden?

Bei dem zunehmenden Bedarf an Land für landwirtschaftliche Benutzung besteht wenig Hoffnung, daß sich der Umfang des Forstlandes erweitern läßt. Wie wir oben gesehen haben, wird für Ackerbauzwecke in fünfzig Jahren zweifellos ein Gebiet von der doppelten Ausdehnung des jetzt dazu verwendeten erforderlich sein. Ein großer Teil des jetzt mit Forsten bedeckten Gebietes, soweit es zur Hervorbringung von Feldfrüchten geeignet ist, wird urbar gemacht und beackert werden müssen, um Nahrung für die vermehrte Bevölkerung zu beschaffen. Es ist überaus wahrscheinlich, daß während des nächsten halben Jahrhunderts das Forstgebiet der Vereinigten Staaten auf 450 Millionen Acker beschränkt werden wird, und aus diesem verkleinerten Forstland soll dann der Holzbedarf für eine doppelt so große Bevölkerung wie die jetzige beschafft werden.

Auch für Befriedigung des den Vorrat übersteigenden Bedarfs an Holz in den Vereinigten Staaten durch Einfuhr besteht nicht viel Hoffnung. Der Holzbedarf der ganzen Welt nimmt fortwährend zu und zwar ungefähr im Verhältnis von 5 %. Beim Vergleiche der Holzeinfuhren und Holzausfuhren der europäischen Länder erkennt man, daß ihnen jährlich ungefähr 141 Millionen Kubikfuß Holz fehlen, die jetzt durch die Einfuhr aus Nordamerika beschafft werden. Schweden, Norwegen und Österreich haben ungefähr die Höchstgrenze ihrer Holzausfuhr erreicht. Daß Rußland seinen Ausfuhrüberschuß von Holz wird vergrößern können, ist nicht anzunehmen, da zwar einerseits die Wälder im Norden, die vielfach noch unberührt sind, eine größere Ausbeute als bisher ermöglichen, andererseits aber in den anderen Teilen des Reichs das Holz seltener wird und der Holzbedarf steigt. Kanada vermag seine Holzausfuhr noch zu steigern, aber die Inanspruchnahme der

kanadischen Wälder steigt von Jahr zu Jahr, und sie bleiben die einzige Vorratsquelle zur Befriedigung des dringenden Nadelholzbedarfs der übrigen Welt, wenn Österreich-Ungarn und Rußland nicht mehr abzugeben vermögen. Daher würden die Vereinigten Staaten auch von ihrem Nachbarlande nicht genügende Holzmengen beziehen können, während die übrige Welt Sorge hat, ihren eigenen Bedarf zu decken.

Der wachsende Holzbedarf der Vereinigten Staaten kann also nicht durch Vergrößerung ihres Forstgebietes und auch nicht durch Zufuhren aus dem Auslande befriedigt werden, sondern es muß eine Erhöhung der Ergiebigkeit ihrer Wälder und eine Einschränkung der Holzverschwendung, die ihren Ausdruck in dem außerordentlich hohen Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung findet, herbeigeführt werden, um einer Holznot in den Vereinigten Staaten vorzubeugen.

Eine Einschränkung des Holzverbrauchs auf den Kopf in der Union würde nicht eine Verschlechterung der Lebenshaltung bedeuten, wie zum Beispiel eine Beschränkung des Weizenverbrauches. Die Höhe des gegenwärtigen Holzverbrauchs wird durch den wirklichen Holzbedarf des amerikanischen Volkes nicht gerechtfertigt; die Verschwendung der Nutzholzvorräte in den Vereinigten Staaten ist sehr groß. Zur Verwendung gelangen nur 50 % des Holzes der Bäume, während der Rest verwüstet wird. Erst jetzt beginnt der Amerikaner, die Brauchbarkeit vieler bisher als wertlos behandelter Bäume kennen zu lernen sowie die Lebensdauer von Schwellen, Pfosten und Stangen durch Behandlung mit Erhaltungsmitteln zu verlängern. Man kann als sicher annehmen, daß durch größere Sparsamkeit bei der Holzverwendung der Verbrauch von 260 auf 150, selbst auf 100 Kubikfuß für den Kopf der Bevölkerung heruntergedrückt werden könnte, ohne den wirklichen Holzbedarf irgendwie unbefriedigt zu lassen.

Das andere, noch wirksamere Vorbeugungsmittel für eine Holznot wäre die Vergrößerung der Ergiebigkeit der Forsten. Aus den Wäldern der Union werden jetzt im Jahre kaum mehr als 12 Kubikfuß Holz am Acker gewonnen, wenn man alle Sorten Holz berücksichtigt einschließlich des Brennholzes; weniger als 10 Kubikfuß entfallen davon auf Block- und Klobenholz. In Deutschland dagegen ergibt ein Acker Forstland im Jahre reichlich 38 Kubikfuß, in Sachsen allein 93 Kubikfuß, in der Schweiz 50 Kubikfuß und in Frankreich annähernd 40 Kubikfuß. Die Wälder der Vereinigten Staaten sind in der Vergangenheit sehr stark vernachlässigt worden. Bei angemessener Pflege und Beschützung vermögen diese Forsten nicht nur soviel wie Frankreich und die Schweiz, sondern sogar noch mehr Nutzholz zu liefern. Während ein Teil der Wälder, im Norden und in den Felsengebirgen, naturgemäß

nur einen langsamen Baumwuchs aufzuweisen hat, liegt die Hauptmasse der Forsten in Gebieten, die dem Wachstum der Bäume außerordentlich günstig sind, wie in den südlichen Appalachen und an der pazifischen Küste. Sie sind im allgemeinen mit sehr stark wachsenden Baumarten bestanden, die sehr groß werden, und sie stehen noch auf einem frischen Boden mit wunderbarer Zeugungskraft. Unter diesen Verhältnissen könnte in verhältnismäßig kurzer Zeit die Ergiebigkeit der Forsten in den Vereinigten Staaten leicht auf das Doppelte und selbst das Dreifache der jetzigen Höhe gebracht werden.

Wenn der Holzverbrauch für den Kopf der Bevölkerung auf 150 Kubikfuß herabgemindert und der jährliche Holzertrag der Forsten auf 50 Kubikfuß vom Acker gebracht werden könnte, dann würden die für Forsten zur Verfügung bleibenden 450 Millionen Acker imstande sein, genügende Holzmengen zur Versorgung einer Bevölkerung von 150 Millionen Seelen zu liefern. Daß eine solche Steigerung des Holzertrags ohne Schwierigkeiten möglich ist, haben Versuche der Forstverwaltung in dem Cumberland-Gebirge des östlichen Tennessee dargetan, wo man selbst gegenwärtig einen Hartholzertrag von durchschnittlich 40 Kubikfuß im Jahre bei Ausübung des Waldschutzes zu erzielen vermag. Demgemäß würden sich von den 75 Millionen Acker reinen Forstlandes in der Appalachischen Region mit Leichtigkeit 3 Milliarden Kubikfuß Hartholz im Jahre gewinnen lassen, womit ungefähr der ganze Hartholzbedarf des Landes gedeckt wäre. Entsprechende Erträge von Weichhölzern wären aus den Wäldern der Felsengebirge, der pazifischen Küstengebirge und des Nordostens zu ziehen. —

Wenn man in den Vereinigten Staaten in Erkenntnis der Notwendigkeit, die Forstfläche einschränken zu müssen, um Raum für einen vergrößerten Anbau von Nahrungspflanzen zu gewinnen, sich bemüht, die Ergiebigkeit der Wälder an Holz zu erhöhen und der Holzverschwendung Einhalt zu gebieten, dann hat man die Frage der Holzversorgung für die Zukunft gelöst. Es ist vom nationalökonomischen Standpunkt aus eine große Verschwendung, daß 550 Millionen Acker Forstland, weil sie von Feuersbrünsten verwüstet und in der Pflege vernachlässigt werden, eine Holzmenge hervorbringen, die bei geregeltem Forstbetriebe auf einer halb so großen Fläche gewonnen werden könnte. Auch für die Stromflutregulierung und den Schutz des Bodens vor Ausspülung hat eine kleinere, gut bestandene und gepflegte Waldfläche einen größeren Wert als eine viel größere, wenn durch wiederholte Brände ihr Bestand gelichtet und ihr Humus zerstört ist.

Es würde eine kurzsichtige Landverwertungspolitik sein, wenn man zum Ackerbau geeigneten Boden diesem vorenthielte, um darauf Wälder wachsen zu lassen. Vielmehr muß man danach streben, jeden Acker

Land der Benutzung zuzuführen, unter welcher er den höchsten Ertrag bringt. Die Einschränkung des Forstgebiets in einem neu besiedelten Lande mit wachsender Bevölkerung ist eine unvermeidliche ökonomische Erscheinung, die auch in Verbindung mit geeigneter Pflege und Beschützung der verbleibenden Wälder zu einer Wohltat für die Entwicklung des Landes wird. Eine gründliche Untersuchung und Vermessung der Ländereien in den Vereinigten Staaten mit der Absicht, den besten Verwendungszweck für jedes Stück ausfindig zu machen, ist ein natürliches Erfordernis, um die sicherste Wohlstandsquelle, den Grund und Boden, möglichst ergiebig zu gestalten.

Bodengestaltung und Klima der Vereinigten Staaten sind derart, daß auch nach Deckung des viel größeren Landbedarfs für Ackerbauzwecke in der Zukunft die lediglich für die Hervorbringung von Hölzern geeigneten Gebiete groß genug bleiben, um bei geeigneter Pflege und Ausnutzung den gesamten Holzbedarf des Landes zu decken und auch die Erfüllung der Aufgaben des Waldes als Beschützer des Bodens und Wasserversorger der Ströme in genügendem Maße zu sichern.

## III. Teil

# Die Entwicklung von Arbeit und Lohn.

Reicht die Geschichte der Union auch lange nicht so tief in die Vergangenheit zurück als diejenige Deutschlands, und ist sie wegen der ethnischen Uneinheitlichkeit des Sammelvolkes, welches heute die Union bewohnt, und welches infolge des steten Zuströmens fremder Rassen innerhalb weniger Jahre eine gänzlich andere Zusammensetzung zeigen mag, für die materiell-produktive Tätigkeit der Amerikaner keineswegs in gleicher Weise maßgebend, so enthält sie doch gewichtige Momente, deren Kenntnis zur richtigen Beurteilung der heutigen und der künftigen Arbeitsverhältnisse in Nordamerika unbedingt erforderlich ist. Die ersten Aufzeichnungen, welche sich über das Thema der nationalen Arbeit in den Archiven der Bundesregierung vorfinden, stammen aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts. Um jene Zeit waren die angelsächsischen Kolonisten nach einem kurzen und unfruchtbaren Versuch, auf kommunistischer Basis zu wirtschaften, im Norden zu einem durch legislative und juridische Maßnahmen geregelten, aber sonst freien System des Arbeitsaustausches übergegangen, während im Süden von Beginn des 17. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. das System der Sklavenhaltung ununterbrochen vorherrschte. Man muß das religiöse Sentiment der Pilgrimväter und ihren aus dem Mutterland mit hinübergeretteten Hang zum Feudalismus in Rücksicht ziehen, um verstehen zu können, wie sie während der ganzen Kolonialepoche im felsenfesten Vertrauen auf die Kraft des Gesetzes trotz dauernder Mißerfolge immer wieder versuchten, alle sich darbietenden Probleme — soziale, politische, industrielle — durch statutarische Bestimmungen zu lösen. Der in der Kabine der Mayflower als Fundamentaldoktrin aufgestellte Satz: To the end that this shall be a government of laws and not of men, der auch heute noch auf die echten Amerikaner seine traditionelle Wirkung ausübt — wenn auch die international denkenden Vertreter der haute finance darin mehr ein Hindernis auf dem Wege zum Geschäfts-

erfolg als eine Devise des Rechtsstaates erblicken — dieser Satz zieht sich wie ein leitendes Motiv durch die drei Jahrhunderte amerikanischer Geschichte und ist bezeichnend für den Glauben der Kolonisten, nicht nur die Preise von Sachgütern, den Schnitt der Kleidung und die intimsten Haushaltungsaffären, sondern auch die Regelung der Löhne durch Gesetz bewirken zu können.

In dem Staate Massachusetts, der heute in bezug auf industrielle Leistungsfähigkeit unter den 46 Staaten der Union an dritter Stelle steht, findet sich bereits im Jahre 1633 ein Statut des Generalhofes der Bay-Kolonie, wonach der Lohn für Zimmerleute, Säger, Maurer, Dachdecker, Rademacher, Mäher usw. auf maximal 2 Schilling für den ganzen Tag festgesetzt wird. Bestimmungen über die Länge der Arbeitszeit, Unterbrechungen, Ruhepausen usw. finden sich nicht, dagegen Strafffestsetzungen für den Fall, daß der Unternehmer dem Arbeiter höhere Löhne zahlte, als das Gesetz es zuließ. Bei dem großen Arbeitermangel, der damals vorherrschte, und der nicht wie heute durch Masseneinwanderung rasch beseitigt werden konnte, und bei der Fülle der Existenzmöglichkeiten, namentlich der Leichtigkeit, sich durch landwirtschaftliche Betätigung als Farmer das Leben zu fristen, kann es nicht wundernehmen, daß sich schon damals eine starke Opposition unter den geschickten und hochwertigen Arbeitern gegen die staatliche Regelung der Löhne geltend machte, die später durch das Hinzuströmen minderwertiger Hilfskräfte, Indianer, Neger und Mischlinge, aus dem Süden noch verstärkt wurde.

Die Einführung der Sklaven nach Virginien begann etwa um das Jahr 1618. Damals war der Süden fast ausschließlich mit Baumwoll- und Tabakbau beschäftigt. Die dort lebenden Pflanzer, welche im Gegensatz zu den Bewohnern der Nordstaaten agrarisch-konservativ gesinnt und stets auf Vergrößerung ihrer Plantagen bedacht waren, griffen mit Begierde nach dem willkommenen Mittel der Sklavenarbeit, die es den Feudalherren ermöglichte — ähnlich wie später die Maschine den wohlhabenden Gewerbtreibenden — mit Hilfe ihrer großen Kapitalien sich zahlreiche Arbeitskräfte dauernd verfügbar zu machen und diese über ihre ausgedehnten Besitzungen zweckentsprechend zu verteilen. Es ist natürlich, daß sich der freie weiße Arbeiter des Nordens nicht nach dem Süden gezogen fühlte, wo er mit den auf einer weit niedrigeren Stufe der Lebenshaltung stehenden Negern hätte in Wettbewerb treten müssen. Der Konsum der letzteren bewegte sich nach den vorhandenen Aufzeichnungen zwischen 40 und 50 Cents die Woche, während die freien Arbeiter 4- bis 5mal mehr zu ihrem Unterhalt gebrauchten. Obgleich die Sklaven außer Nahrung, Kleidung, Obdach und event. Pflege keinen Lohn erhielten, wäre es falsch, anzu-

nehmen, daß sie eine billigere Arbeitskraft abgaben als die freien Arbeiter. Berechnungen aus jener Zeit erweisen, daß der nördliche Baumwollpflanzer zur Bebauung von 100 Acker Land mit freien Arbeitskräften nur eines Gesamtkapitals von 6000 Dollar bedurfte, während der südliche Pflanzer wegen der höheren Anschaffungskosten der Sklaven (10 Stück 15 000 Dollar) ein Kapital von insgesamt 20 000 Dollar aufwenden mußte, um dieselbe Ernte zu erzielen. Schon damals erwies sich die bestgelohnte Arbeit als die leistungsfähigste. Dabei ist noch daran zu erinnern, daß der Norden durch die Verteilung der Löhne zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, d. h. durch Steigerung der Konsumkraft eines großen Teiles der Bevölkerung, aufnahmefähiger und reicher wurde, während im Süden das für Sklaven investierte Kapital gänzlich unproduktiv blieb, d. h. an die Sklavenhändler abfloß, das Überhandnehmen der Neger überdies einen großen Teil der Bevölkerung zur Abwanderung nach Norden veranlaßte, und die Pflanzer daher für den Absatz ihrer reichen Ernten und Fabrikate auf den Export nach auswärtigen Märkten angewiesen waren.

Diesen Verhältnissen ist es zuzuschreiben, daß, während die Industrialisierung des Nordens infolge der Masseneinwanderung gelernter Arbeiter aus Europa so außerordentlich rasche Fortschritte machte, der Süden noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts, also zur Zeit der Abschaffung des Sklavenhandels, gänzlich isoliert war und aus den fortschrittfördernden Wirkungen des heranbrechenden Maschinenzeitalters wenig Nutzen gezogen hatte. Die mechanische und organisatorische Unfähigkeit des Südens ist auch für den Ausgang des Bürgerkrieges mit verantwortlich gewesen. Dieser Bürgerkrieg erst brachte die notwendige Umgestaltung der ökonomischen Bedingungen, verwischte die durch den Unterschied der Lebens- und Arbeitsverhältnisse errichteten Grenzen zwischen Nord und Süd, öffnete dem Fortschritt, dem Fabriksystem, den nördlichen Kapital- und Arbeitskräften die Tore nach dem Süden, half dessen reiche Bodenschätze erschließen und stärkte die Produktionskapazität und die Konsumkraft der südlichen Bevölkerung. Kurz, mit dem Jahre 1860 beginnt die gewaltige innere Umwälzung, welche die Industrialisierung der nordamerikanischen Südstaaten im modernen Sinne erst möglich machte.

Über die Höhe der früher gezahlten Löhne sind einige Angaben aus dem Ende der Kolonialepoche in Massachusetts von Interesse. Danach erhielten landwirtschaftliche Arbeiter 40 Cents den Tag, Fleischer 33⅓ Cents, Zimmerleute 52 Cents, Schiffs- und Bootsbauer 90 Cents, Schuhmacher 73 Cents, Grobschmiede 70 Cents. Um sich einen Begriff von den wirklichen Löhnen jener Zeit zu bilden, muß man sich vergegenwärtigen, was der Arbeiter damals für Subsistenz-

mittel zu zahlen hatte. Dabei fällt zunächst auf, daß die Preise für Nahrungsmittel sehr viel stärker schwankten als die Löhne, und ferner, daß der Arbeiter einen unverhältnismäßig großen Teil seines Lohnes für Unterhaltszwecke aufzuwenden hatte. Zu Ende des 17. Jahrhunderts, nachdem die Verhältnisse etwas stabiler geworden waren, sind folgende Preisquotierungen erhältlich: Mais 3 Schilling, Weizen 5 Schilling, Gerste 2½ Schilling pro Bushel. Schweinefleisch 3 Pence und Beef 2 Pence das Pfund. Apfelwein 6 bis 7 Schilling pro Gallone. Mit Ausnahme der Zeit vor und während des Unabhängigkeitskrieges, also etwa um das Jahr 1774, hielten sich die Nahrungsmittelpreise lange auf ziemlich derselben Höhe. Nach Beendigung des Krieges erhielten Zimmerleute beispielsweise einen Tagelohn von 3 Schilling 4 Pence und mußten für ein Bushel Mais 3 Schilling 2 Pence bezahlen. Frauen, soweit sie nicht im Haushalt mit Spinnen und Weben beschäftigt waren, empfingen einen Durchschnittsjahreslohn von 4 bis 5 Pfund. Indianer erhielten für Feldarbeit 18 Pence pro Tag.

Was die allgemeinen Lebensbedingungen der Arbeiter zu jener Zeit anlangt, so waren sie im allgemeinen günstige. An geistigen Anregungen fehlte es allerdings gänzlich, Luxus kannte man nicht, Komfort nur in geringem Maße. Doch fehlte eben aus diesem Grunde die Unzufriedenheit, der Neid gegenüber den bemittelten Klassen, wie wir ihn heute in der Arbeiterschaft so vielfach konstatieren können, allerdings in der Union in weit geringerem Maße als in Europa. Die Idee, daß Amerika die Zufluchtsstätte der Bedrückten sei, ein freies Land, in dem man schalten und walten könne nach Belieben, jeder dem freien Spiel der eigenen Kräfte huldigend und der jungfräulichen Natur die unermeßlichen Schätze abringend, kämpfend gegen allerhand physische Widerwärtigkeiten, aber unbeengt durch die verhaßten Maßnahmen einer paternalen Regierung, diese Idee hat für die abenteuerlichen Geister der alten Kulturländer stets ihre Reize gehabt. Heute, wo man drei Jahrhunderte amerikanischer Geschichte vor Augen hat und imstande ist, den Erfolg des demokratischen Experiments an seinen kulturellen Erfolgen zu messen, heute, wo sich die Dezentralisationsdoktrin Jeffersons in die Zentralisationsdoktrin Roosevelts gewandelt, wo die koloniale Abgeschlossenheit von ehedem einem aggressiven Imperialismus gewichen ist, ist man wohl in der Lage, sich über die Wirkungen der „Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk", wie man sie nennt, ein Urteil zu bilden.

Nun kommt es aber dabei ganz darauf an, welchen Standpunkt man einnimmt. Hält man die ungezügelte Ausbeutung aller materiellen Werte des Bodens im Interesse des augenblicklichen Geschäftserfolges der lebenden Generation für das erstrebenswerte Ziel einer Volkswirt-

schaft, dann hat das Regierungsprinzip der Vereinigten Staaten in der Tat Wunder gewirkt. Denn kein Land der Welt kann in der gleichen Spanne Zeit eine ähnliche Steigerung seiner materiellen Produktionskapazität auf weisen, hat sich doch der Reichtum der Union in etwa einem halben Jahrhundert von 7.1 Milliarden auf 107.1 Milliarden vermehrt. Hält man dagegen die ökonomische Auswertung der nationalen Hilfsmittel im Interesse nicht nur der jetzigen, sondern auch der kommenden Generationen für staatsweise, beurteilt also die Leistungsfähigkeit des Landes nicht nach der Produktionskapazität, sondern nach dem Produktivwirkungsgrad der Volkswirtschaft (d. i. das Wertverhältnis zwischen den aufgewendeten Produktionsmitteln und den insgesamt erzielten Resultaten), und schätzt man den Erfolg der Union nicht nur nach der geldlichen Bereicherung der Wenigen, sondern nach der physischen, geistigen und moralischen Hebung der Massen ein, dann bewahrheitet sich das Wort Goethes: Gesetzgeber oder Revolutionäre, die Gleichheit und Freiheit zugleich versprechen, sind entweder Phantasten oder Charlatane!

Gleichgültig, welchen Standpunkt man vertrete, Tatsache bleibt, daß das Gefühl der politischen Freiheit, der sozialen Gleichheit, der wirtschaftlichen Unabhängigkeit sich in Amerika allen Mißständen zum Trotz erhalten hat, und wie in der Kolonialepoche, so auch heute noch den Arbeitern eine gewisse Zufriedenheit mit ihrem Lose gewährt, die wir in Europa zumeist vermissen. Eben weil es der Union an den einer Demokratie nicht verfügbaren imaginären Kompensationswerten mangelt, wie sie ältere Kulturländer in Form von Titeln, Würden, Orden, Kasten usw. — oft überreichlich und daher entwertet — besitzen, die Entlohnung der nationalen Arbeit in Amerika daher auf eine absolut materialistische Basis gestellt ist, wird das einzige imponderable Zahlungsmittel: Freiheitsillusionismus, von Regierung, Presse und Schule mit Vorbedacht propagiert; schon aus dem Grunde, weil der Begriff „free country" mangels anderer Bindemittel dazu dient, das aus allen Weltteilen zusammengewürfelte Völkerkonglomerat zur nationalen Einheit zusammenzuschweißen und das Proletariat mit der herrschenden Korruption zu versöhnen. Jedenfalls sind die Motive höherer Politik bei der Erörterung der Lohnfrage nicht außer acht zu lassen. Im übrigen wird man bei genauer Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse von dem Versuche, die wirklichen Löhne in Amerika mit denen anderer Länder, z. B. Englands und Deutschlands, zu vergleichen, als aussichtslos Abstand nehmen. Die geographischen, historischen und gouvernementalen Verschiedenheiten der drei Länder sind zu groß, die Bevölkerung der Union zu sehr im Fluß begriffen, also die Vergleichsbasis zu unsicher, als daß man selbst bei größter Gewissenhaftigkeit — wie sie

beispielsweise Shadwells Vergleiche auszeichnet — zu wirklich brauchbaren Schlüssen kommen könnte. Die letzteren werden immer nur für bestimmte kleine Bezirke des weiten Gebietes der Union zutreffend sein, während sie für andere gänzlich versagen. Es ist sehr selten, daß man in der reichen Literatur über Amerika eine Feststellung findet, die man auf Grund langjähriger persönlicher Erfahrungen nicht widerlegen könnte, und die doch für den kontreten Fall ganz zutreffend sein mag.

Betrachten wir unter diesem Gesichtswinkel die Entwicklung der Arbeitsbedingungen im Verlauf des verflossenen Jahrhunderts, so fällt, neben dem Bürgerkrieg, ein zweites Ereignis in die Augen, das zusammen mit dem genannten revolutionierend gewirkt hat: die Einführung des Fabriksystems resp. des maschinellen Betriebes in den industriellen Produktionsprozeß. Die unmittelbaren Wirkungen dieser Neuerung waren zunächst, in Amerika wie überall, die Verdrängung eines großen Teiles der Menschenarbeit aus bestimmten Branchen, namentlich Textil-, Schuh-, Kleiderfabrikation, anderseits die Eröffnung einer Reihe neuer Beschäftigungsarten, namentlich solcher, die der Herstellung von Maschinen galten, und die Erweiterung aller Arbeitsmöglichkeiten durch Vergrößerung der Produktionskapazität und Differenzierung sämtlicher Gewerbe. Die Einführung des Großbetriebes seit 1850 hat in ihrem weiteren Verlauf eine Steigerung der Zahl der industriell tätigen, eine Vergrößerung deren individueller Leistungsfähigkeit bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit, weiter eine Erhöhung der Gesamt- und Durchschnittslöhne zur Folge gehabt. Anderseits eine Verringerung desjenigen Teiles der Gesamtproduktion, der den arbeitenden Klassen bisher zufiel. Die letztgenannte Verschiebung mußte eintreten, weil heute ein recht bedeutender Prozentsatz des investierten Kapitals für maschinelle Hilfsmittel aufgewendet werden muß, wie überhaupt der zur Erzielung eines bestimmten Produktionswertes erforderliche Kapitalbetrag resp. die für dessen Verzinsung aufzubringenden Posten mit dem Aufstieg der Industrie zu Stufen höherer Ordnung sich erhöhten.

Bezogen auf Fertigwaren im Werte von 100 Dollar, stieg das erforderliche Kapital beispielsweise von 52.3 Dollar im Jahre 1850 auf 69.6 Dollar im Jahre 1890; und während im erstgenannten Jahr 51 % des Nettoproduktenwertes an die Arbeit fiel, waren es im Jahre 1890 nur noch 45 %. In derselben Zeitspanne hat die Gesamtzahl der industriell Tätigen um 347.8 % und der gesamte diesen gezahlte Lohnbetrag um 707.2 % zugenommen. Somit ist ersichtlich, daß die Einnahmen der Industriearbeiter sich tatsächlich gebessert haben, während anderseits nachgewiesen werden kann, daß die Erträgnisse der in der Industrie investierten Kapitalien, wie überall, so

auch in der Union, infolge der größeren Aufwendungen geringer geworden sind.

Ehe wir uns zu der Frage wenden, ob der wirkliche Lohn resp. die Bedarfsbefriedigung der Arbeiter in Amerika gegen früher gestiegen ist, ist es geboten, sich über den Lohnbegriff zu verständigen. Ohne auf die „Lohnfondstheorie" von Adam Smith, die „Verelendungstheorie" von Malthus, das „eherne Lohngesetz" von Ricardo und Lassalle, die „Surpluspopulation" von Marx, den „naturgemäßen Arbeitslohn" Thünens, die „Bodenreformlehre" von Henry George, die „Produktivitätstheorie" des Präsidenten Walker, die „Lebensstandard- oder Acht-Stunden-Philosophie", wie sie von Gunton und den amerikanischen Trade Unions verbreitet wird, einzugehen, die in jedem Handbuch der Sozialwissenschaften nachzuschlagen sind, und die alle ein gut Teil Wahrheit enthalten, wird man sagen dürfen: daß die Löhne das Resultat vieler ökonomischer Kräfte sind, daß ihre Regelung ähnlich derjenigen der Warenpreise erfolgt, nur mit den Unterscheidungen, wie sie durch das persönliche Element der Arbeitsüberlassung bedingt werden, daß es eine von Angebot und Nachfrage abhängige untere und obere Grenze für die Löhne gibt, die beide im Fluß sind und sich mit der Entwicklung von Technik und Wirtschaft verschieben.

Als spezifisch amerikanisch wird man hinzufügen können, daß der standard of living, also die Lebenshaltung, und daher auch die Entlohnung grundsätzlich höher ist als in irgendeinem andern Lande, wofür in letzter Linie der Reichtum der Bodenschätze verantwortlich ist; daß infolge der großen verfügbaren Kapitalien und der hohen Arbeitslöhne der Unternehmer in seinen Großbetrieben vorwiegend Maschinenarbeit an Stelle der Menschenarbeit verwendet, um — soweit letztere unerläßlich ist — statt der teuren, geschulten, einheimischen Arbeitskräfte solche durch das wohlorganisierte Einwanderungsgeschäft je nach der Konjunktur beliebig anziehbare und abstoßbare, billige, ungelernte, fungible Kräfte benutzen zu können, wie sie der Ausschuß Europas und das überquellende Volkstum Asiens und Indiens zu liefern vermögen; minderwertige und schlecht bezahlte Ausländer, die unter fachkundiger und höchstbezahlter heimischer Leitung die Riesenerzeugung der Union bewältigen.

Man wird, ohne auf Widerspruch zu stoßen, auch sagen können, daß diese angeworbene Söldnerarmee landwirtschaftlicher und industrieller Arbeiter — ganz abgesehen davon, daß der jährliche Zustrom von etwa 1 Million tiefstehender Einwanderer die kulturelle Hebung des seßhaften Volkes in Amerika verzögert — die Löhne der dort ansässigen Arbeiter herabdrückt, daß die neuzeitigen Wanderarbeiter

ihren ersparten Erwerb aus dem Lande tragen und so die Konsumkraft des Binnenmarktes nachteilig beeinflussen, während anderseits die rasche Volksvermehrung den enormen Heimmarkt noch vergrößert, daß also alles dazu drängt, den Großbetrieb, die automatische Massenfabrikation, die Überschußwirtschaft, die Expansionsbestrebungen der amerikanischen Produzenten zu fördern.

Wenn man, ohne fruchtlose mathematische Vergleiche zu ziehen, den Erfolg der Arbeit vom deutschen Standpunkt untersucht, so wird man zunächst der Ansicht zuneigen, daß eine aus sozial und kulturell tiefstehenden Fremdlingen gebildete, in ihrer Zusammensetzung stetig wechselnde und nur durch den Erwerbstrieb zusammengehaltene Industriearbeiterarmee an und für sich ein weniger günstiger Produktions- und Konsumtionsfaktor für die nationale Wirtschaft ist als eine wirklich bodenständige, militärisch disziplinierte, einheitlich geleitete Industriebevölkerung ein und derselben Rasse mit ausgeprägten Bedarfseigenheiten und erzogenen Ansprüchen, wie sie Deutschland noch überwiegend aufzuweisen hat, obgleich auch bei uns das Söldnerwesen, namentlich in den niederen Arbeitsgraden, infolge einer zum Teil ungesunden Produktionssteigerung leidige Proportionen annimmt.

Man wird sich weiter daran erinnern, daß zur profitablen Erwerbsbetätigung zwei Motive oder Qualitäten unerläßlich sind: die Fähigkeit und der Wille zu schaffen. Beide sind in Amerika wegen der weitaus günstigeren Arbeitsmöglichkeiten, wegen des freieren Ausblicks, wegen der Unbehindertheit des sozialen Aufstiegs eines jeden Fähigen unstreitig lockender, wenn auch nicht unbedingt stärker als bei uns. Denn den stärksten Trieb zur Arbeit gebiert immer die Not, das Verantwortlichkeitsgefühl, das Bewußtsein, für eine große Zahl Abhängiger sorgen zu müssen. Dieses zur Initiative reizende persönliche Moment des Erwerbssinnes haben wir in unserm mit Kindern reich gesegneten Arbeiterproletariat genau so ausgeprägt wie in Amerika, wo infolge der besseren Lebenshaltung, der Emanzipierung der Frauen usw. die hohe Geburtsfrequenz der eingewanderten Rassen nachweislich sehr bald nachläßt. Dagegen ist der Erwerbstrieb der besitzenden Klassen in der Union unbedingt stärker entwickelt als in den alten Kulturländern, wo stille Teilhaber, Rentner, Pensionäre, Soldaten und andere mehr oder weniger unproduktive Volksklassen zahlreicher vertreten sind, auch die gesellschaftliche Befangenheit, ein Produkt der Jahrhunderte, stärker retardierend wirkt. Auch die Anspannung der Arbeit ist infolge Fehlens einheitlicher staatlicher Regelung und Schutzgesetzgebung zu Zeiten günstiger Konjunktur eine weit schärfere, die Arbeitsteilung, volkswirtschaftlich wie manufakturmäßig, ist weiter getrieben als in Europa. Dafür ist aber auch das Eintreten wirtschaftlicher Störungen

häufiger, d. h. die Beschäftigungsdauer nicht so stabil und die Arbeitslosigkeit bei plötzlichen Konjunkturstockungen sehr groß, wie die Rückwanderungen der verflossenen Jahre beweisen. Dazu kommt das Fehlen staatlicher Fürsorge für Krankheit, Invalidität und Alter, ein Umstand, welcher die industriellen Unternehmer in Amerika von der Notwendigkeit entbindet, besondere Aufwendungen für Arbeiterversicherungszwecke zu machen, die bei uns den Arbeitslöhnen zugeschlagen werden müssen; ein Zustand der Existenzunsicherheit, der durch die unregelmäßig fließenden Gaben privater Wohltätigkeit in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges keineswegs behoben wird.

Zu berücksichtigen ist ferner die Ungleichheit des sozialen Problems, namentlich im Süden gegenüber dem Norden, wo die in puncto Lebenshaltung und Organisation auch heute noch tiefstehenden Neger den Industrieherren ein willkommenes Mittel bieten, der Steigerung der Löhne durch die Unions entgegenzuarbeiten, wie wir das eben jetzt wieder in dem Rassenkrieg der Eisenbahnarbeiter und angestellten in Georgia verfolgen können. Zu bedenken ist auch, daß in einem Staatswesen, dessen Geschicke teils von der Plutokratie, teils von der unintelligenten Masse geleitet werden, es für die nach politischer und damit wirtschaftlicher Domination strebende Partei unerläßlich ist, der großen Masse der Arbeiterschaft vor der Wahl gewisse Zugeständnisse und Versprechungen zu machen, die sich nach der Wahl zumeist als haltlos erweisen. Jedenfalls spielen die Schlagworte „höhere Lebenshaltung" und „bessere Löhne" in den Wahlkampagnen eine wichtige Rolle; es sind die Lockmittel, mit denen man die Stimmen der Arbeiter zu ködern versucht, ähnlich wie die Androhung der Werksstillsetzung resp. das Versprechen der Wiederaufnahme dem Industriekapitän ein bequemes Machtmittel bietet, seinen politischen Terrorismus den abhängigen Arbeitern gegenüber wirksam zu betätigen. Endlich muß noch hingewiesen werden auf die unterschiedliche Behandlung Armer und Reicher vor dem Gesetz, wie überhaupt auf die laxe Rechtsdurchsetzung, welche es dem Arbeiterproletariat, namentlich dem neu zugewanderten, fast unmöglich macht, irgendwelche Ansprüche pekuniärer Art, z. B. für Unfallentschädigung, den industriellen Korporationen gegenüber mit Erfolg geltend zu machen.

Wir dürfen bei der Erörterung von Arbeit und Lohn als Faktoren der amerikanischen Industriegebarung nicht mit Produktionsziffern rechnen und mit statistischen Belegen aufwarten, ohne — wenigstens in großen Zügen — das ethische Milieu des Landes zu charakterisieren, welches neben dem materiellen für die Kreditwürdigkeit und das Ansehen eines Volkes in der Weltwirtschaft und für dessen künftige Wettbewerbsfähigkeit auf international umstrittenen Märkten mehr und

mehr maßgebend wird. Die nordamerikanische Union, wie sie sich uns heute offenbart, ist in ihrer materiellen Größe und in ihrer ethischen Schwäche das natürliche Entwicklungsprodukt einer auf überaus reichem Boden rasch großgewachsenen interethnischen Volksmasse, welche unter der deckenden Form einer idealscheinenden Demokratie und geleitet von einer auserlesenen Schar praktisch denkender Sendlinge der ganzen Welt im Interesse höchster physischer Leistungsfähigkeit und größter leiblicher Bedarfsdeckung den wirtschaftlichen Egoismus zum alles beherrschenden Prinzip der Volkswirtschaft machte.

## 2. Organisationsbestrebungen und Arbeitslöhne.

In einem Lande, dessen oberstes Regierungsprinzip sich auf der Jeffersonschen Doktrin des ungezügelten Individualismus gründet, dessen Industriegebarung den geschäftstüchtigsten Produzenten zu einzigartiger Monopolmachtstellung verholfen, dessen Wirtschaftspolitik zur Schaffung eines Sonderorganismus innerhalb des Staates führte, zur Errichtung einer Trustoligarchie, welche die schwächliche Federalregierung zum willenlosen Werkzeug ihrer Erwerbsgelüste herabzwingt, welche sich durch ihre Geldmacht Presse, Kirche, Parlament tributär macht, und infolge ihrer legalisierenden Gewalt in den Stand gesetzt ist, die abhängigen Arbeiter, Erwerbstätige und Konsumenten nach Willkür zu behandeln — in einem solchen Lande ist es nur natürlich, daß der Mangel an paternaler Fürsorge auf seiten des Staates die große Masse der wirtschaftlich Schwächeren schon früh dazu getrieben hat, sich zwecks Durchsetzung ihrer Wünsche in der einen oder andern Form zusammenzuschließen: zu organisieren.

Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter in Nordamerika reichen bis ins Ende des 18. Jahrhunderts zurück. Die wirklich gestaltende Periode der Trade Unions beginnt aber erst um das Jahr 1825, umfaßt die Anfänge der 10 Stunden-Bewegung, verschmilzt dann im Jahr 1840 mit der Woge des von Europa herüberflutenden Fourrierismus und verschwindet in der darauf folgenden Zeit des Bürgerkrieges hinter dem drängenderen Problem der Sklavenbefreiung fast vollständig. Es folgt vom Jahre 1865 an ein Wiederaufleben des Organisationsgedankens, eine regere Betätigung der Arbeiterverbände, die zwar durch das damals vorherrschende Interesse an der Währungsfrage stark beeinträchtigt wird, aber doch zu verschiedenen wichtigen Gründungen führt: der Bildung von zwei einander folgenden nationalen Arbeiterparteien, der 8 Stunden-Liga, dem Arbeitsbureau in Massachusetts und den Anfängen zu einer Arbeiterschutzgesetzgebung in

genanntem Staat. Im Jahre 1870 finden wir dann die ersten Versuche zur Internationalisierung der Arbeiterbewegung, indem Verbindungen mit Europa angeknüpft werden, die aber nicht von langer Dauer sind. Es folgt im Jahre 1878 die Periode der großen Streiks und der großzügigen Arbeitermachtentfaltung, die in dem geheimen Orden der Knights of Labor ihren prägnantesten Ausdruck fand. Die notwendige Reaktion auf die allgemeine Tendenz zur Verschmelzung ist dann der Wunsch nach Autonomie in den einzelnen Berufszweigen, welche schließlich im Jahre 1886 zur Bildung der heute noch maßgebenden American Federation of Labor führte.

Auf den Ausgang der Wahlkampagnen haben die Arbeiterverbände wiederholt ausschlaggebend gewirkt, namentlich in Philadelphia und New York, bis es den Berufspolitikern gelang, eine Spaltung unter den einzelnen Gruppen herbeizuführen, welche bis heute fortdauert und die große Masse der Arbeiter als politischen Faktor ausschaltet. Nur ein kleiner Teil derselben ist unter der Führung von Eugene V. Debs, Chicago, als Sozialistenpartei, im Gegensatz zu den reinen Trade Unions, politisch tätig, ohne jedoch gegen die beiden großen Parteien, die republikanische und die demokratische, etwas ausrichten zu können.

Von den beiden vorherrschenden Tendenzen der nicht sozialistischen Organisationsbewegung erstrebt die eine: organization by industries, die Vereinigung sämtlicher Erwerbstätiger eines Industriezweiges in einem Verbande; die andere: organization by trades, trachtet nach Selbständigmachung der einzelnen Berufszweige. Drei der stärksten Verbände innerhalb der American Federation of Labor, die mine workers, longshoremen und brewery workers, neigen der erstgenannten, mehr sozialistischen Richtung zu. Die große Masse der organisierten Arbeiter aber, unter anderm die bedeutenden Verbände der locomotive engineers, firemen und conductors, stellen sich auf den entgegengesetzten Standpunkt.

Charakteristisch für die heutigen Trade Unions in Nordamerika ist vor allem ihre interethnische Zusammensetzung, da sich der Zustrom der jährlich millionenweis einwandernden ungelernten Arbeiter aus aller Herren Länder rekrutiert, ein Umstand, der zur Einheitlichkeit der Organisationsbewegung nicht gerade fördernd beiträgt. Den neueren Bestrebungen, namentlich unter den höher stehenden fremden Arbeitern, Mechanikern, Technikern usw., zur Abtrennung in nationale Gruppen nach den Ländern ihrer Herkunft ist man in den Kreisen der Nativisten aus begreiflichen Gründen abhold. Bemerkenswert ist ferner die Kampfesmethode der Unions, welche sich der Verbandsmarke (union label) bedient, um dem kaufenden Publikum und namentlich der großen Masse der Arbeiter dadurch die Garantie zu geben, daß die be-

treffenden Waren von Verbandsarbeitern hergestellt wurden. Diese Maßregel hat sich, was man auch sonst dagegen sagen mag, als ein überaus wirksames Agitations- und Zwangsmittel für die Besserung der Arbeitsbedingungen erwiesen. Die beifolgende Tabelle 5, welche einem Bulletin des U. S. Bureau of Labor entnommen ist, zeigt deutlich, wie notwendig die feste Organisation für den Arbeiterstand ist, um seine Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit, höheren Löhnen und besserer Schutzgesetzgebung den Unternehmern gegenüber durchzusetzen.

Die letzteren haben sich unter dem Druck der Trade Unions ihrerseits, namentlich in der National Association of Manufacturers, zusammengeschlossen, soweit sie nicht als Trusts in der Lage sind, durch Anwerbung fremder Arbeiter, die namentlich in den Kohlenregionen durch ein ausgeklügeltes System der Teilbeschäftigung für Reservezwecke stets vorrätig gehalten werden, sich über die Verbände hinwegzusetzen. Nach einer Periode scharfer Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, die in verschiedenen großen Streiks ihren Ausdruck fanden (erwähnt seien nur der Pittsburger Kohlenstreik von 1879, der Streik auf den Gouldschen Eisenbahnen Anfang der 90er Jahre, der berühmte Pullman-Streik von 1894, der Homestead-Streik von 1892 und der bedeutendste von allen: der Bergarbeiterstreik des Jahres 1902, der durch die Intervention Roosevelts geschlichtet wurde), ist man neuerdings auf beiden Seiten zur Methode des collective bargaining, der Massenverhandlungen und Versöhnungsversuche übergegangen, die besonders von der National Civic Federation im Interesse der Stabilität der Gesamtwirtschaft eifrig gefördert wird. Die zwangsweise Regelung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden durch Schiedsgerichte hat sich bislang nicht durchzusetzen vermocht. Sie scheitert an dem Widerstande der Arbeiterverbände, die sich um keinen Preis des Rechtes begeben wollen, die Arbeit niederzulegen, wann es ihnen paßt.

Dagegen haben sich die von den Staatsregierungen durch Gesetz ins Leben gerufenen Institutionen, state boards of arbitration genannt, in acht der östlichen Staaten recht gut bewährt, namentlich in Massachusetts, obgleich die Anregung zur Vermittlung zumeist von der Behörde, nicht von den Parteien ausging. So wurden von 122 Lohn- und ähnlichen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Industrien des benannten Staates, worunter 54 Streik- und Aussperrungsfälle waren, 22 durch freiwillige Versöhnung und 44 durch Schiedsspruch erledigt. In 9 Staaten des Westens sind die state boards bisher allerdings überhaupt noch nicht in Tätigkeit getreten [1]).

[1]) Siehe Anmerkung.

### Statistik der Streiks und Aussperrungen.

Der 21. Jahresbericht des Arbeitskommissars über Streiks und Aussperrungen in den Vereinigten Staaten von 1881 bis 1905 einschließlich, also über eine Zeitspanne von 25 Jahren, wurde am 5. Juni 1907 veröffentlicht. Die folgenden, dem Bericht entnommenen Tabellen geben Aufklärung über Zahl, Dauer, Ursachen und Resultate der Arbeitsunterbrechungen.

Die Zahl der Streiks im Baugewerbe übertrifft die aller anderen Industrien. Während der Jahre von 1881 bis 1905 zählte man dort 9564 Streiks, 69 899 davon betroffene Unternehmungen, 917 905 Streikende und 1 083 699 dadurch arbeitslos gewordene Angestellte. Die Kohlen- und Koksindustrie stand an zweiter Stelle, was die Zahl der Streiks und die davon betroffenen Unternehmungen anlangte, aber an erster Stelle, was die Zahl der Streikenden und der beschäftigungslos gewordenen Angestellten betraf. In besagter Industrie zählte man 336 Streiks, 17 025 davon betroffene Unternehmungen, 2 006 353 Streikende und 2 460 743 dadurch arbeitslos gewordene Angestellte.

### Dauer der Streiks und Aussperrungen.

Die Aufstellung der Streiks nach Jahren zeigt, daß deren Durchschnittsdauer pro Unternehmen in den 25 Jahren von 1881 bis 1905 25,4 Tage betrug. Während dieser Jahre wechselte die Durchschnittsdauer der Streiks von 12.7 Tagen im Jahre 1881 bis zu 35.5 Tagen in 1904. Von allen durch Streiks betroffenen Unternehmungen waren 61.3 % infolge solcher geschlossen, und die Durchschnittszahl der betreffenden Tage betrug pro Unternehmen 20.1. Der Prozentsatz der von Streiks betroffenen Unternehmen, die infolge solcher geschlossen waren, wechselte von 45.5 % im Jahre 1905 bis auf 85.8 % in 1895. Die Durchschnittsfeiertage pro Unternehmen schwanken von 12.1 im Jahre 1881 bis auf 36.9 in 1894. Die durchschnittliche Streikdauer pro Unternehmen schwankte von 4.6 Tagen in der Landwirtschaft bis auf 83.2 Tage im Erzbergbau. Industrien mit hohen Durchschnittsziffern sind: Töpferei 66.5 Tage; Handschuhfabrikation 54.6; Kohlen- und Koksindustrie 50.9 Tage. Eine interessante Feststellung des Berichtes bezieht sich auf den Prozentsatz der Unternehmen, welche infolge Streiks geschlossen waren. Der Prozentsatz schwankte von 9.72 % in der Schlächterei und Fleischpackerei bis auf 96.7 % in der Kohlen- und Koksindustrie. Unter den Industriezweigen, die einen niedrigen Prozentsatz geschlossener Unternehmen aufweisen, sind Lithographie mit 10 % und Wagenbau mit 13.6 %. Einen hohen Prozentsatz dagegen

Tabelle 1.

Zahl der Streiks und Aussperrungen.

| Jahr | Streiks | | | | | Aussperrungen | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Zahl | Unternehmungen | | Streikende | Angestellte beschäftigungslos | Zahl | Unternehmungen | | Angestellte ausgesperrt | Angestellte beschäftigungslos |
| | | Zahl | Durchschnitt pro Streik | Zahl | Zahl | | Zahl | Durchschnitt pro Aussperrung | Zahl | Zahl |
| 1881 | 471 | 2 928 | 6.2 | 101 070 | 129 521 | 6 | 9 | 1.5 | 655 | 655 |
| 1882 | 454 | 2 105 | 4.6 | 120 860 | 154 671 | 22 | 42 | 1.9 | 4 131 | 4 131 |
| 1883 | 478 | 2 759 | 5.8 | 122 198 | 149 763 | 28 | 117 | 4.2 | 20 512 | 20 512 |
| 1884 | 443 | 2 367 | 5.3 | 117 313 | 147 054 | 42 | 354 | 8.4 | 18 121 | 18 121 |
| 1885 | 645 | 2 284 | 3.5 | 158 584 | 242 705 | 50 | 183 | 3.7 | 15 424 | 15 424 |
| 1886 | 1 432 | 10 053 | 7.0 | 407 152 | 508 044 | 140 | 1 509 | 10.8 | 101 980 | 101 980 |
| 1887 | 1 436 | 6 589 | 4.6 | 272 776 | 379 676 | 67 | 1 281 | 19.1 | 57 534 | 59 630 |
| 1888 | 906 | 3 506 | 3.9 | 103 218 | 147 704 | 40 | 180 | 4.5 | 13 787 | 15 176 |
| 1889 | 1 075 | 3 786 | 3.5 | 205 068 | 249 559 | 36 | 132 | 3.7 | 10 471 | 10 731 |
| 1890 | 1 833 | 9 424 | 5.1 | 285 900 | 351 944 | 64 | 324 | 5.1 | 19 233 | 21 555 |
| 1891 | 1 717 | 8 116 | 4.7 | 245 042 | 298 939 | 69 | 546 | 7.9 | 14 116 | 31 014 |
| 1892 | 1 298 | 5 540 | 4.3 | 163 499 | 206 671 | 61 | 716 | 11.7 | 30 050 | 32 014 |
| 1893 | 1 305 | 4 555 | 3.5 | 195 008 | 265 914 | 70 | 395 | 4.4 | 13 016 | 21 842 |
| 1894 | 1 349 | 8 196 | 6.1 | 505 049 | 660 425 | 55 | 875 | 15.9 | 28 548 | 29 619 |
| 1895 | 1 215 | 6 973 | 5.7 | 285 742 | 392 403 | 40 | 370 | 9.3 | 12 754 | 14 785 |
| 1896 | 1 026 | 5 462 | 5.3 | 183 813 | 241 170 | 40 | 51 | 1.3 | 3 675 | 7 668 |
| 1897 | 1 078 | 8 492 | 7.9 | 332 570 | 408 391 | 32 | 171 | 5.3 | 7 651 | 7 763 |
| 1898 | 1 056 | 3 809 | 3.6 | 182 067 | 249 002 | 42 | 164 | 3.9 | 11 038 | 14 217 |
| 1899 | 1 797 | 11 317 | 6.3 | 308 267 | 417 072 | 41 | 323 | 7.9 | 14 698 | 14 817 |
| 1900 | 1 779 | 9 248 | 5.2 | 399 656 | 505 066 | 60 | 2 281 | 38.0 | 46 562 | 62 653 |
| 1901 | 2 924 | 10 908 | 3.7 | 396 280 | 543 386 | 88 | 451 | 5.1 | 16 257 | 20 457 |
| 1902 | 3 162 | 14 248 | 4.5 | 553 143 | 659 792 | 78 | 1 304 | 16.7 | 30 304 | 31 715 |
| 1903 | 3 494 | 20 248 | 5.8 | 531 682 | 656 055 | 154 | 3 288 | 21.4 | 112 332 | 131 779 |
| 1904 | 2 307 | 10 202 | 4.4 | 375 754 | 517 211 | 112 | 2 316 | 20.7 | 44 908 | 56 604 |
| 1905 | 2 077 | 8 292 | 4.0 | 176 337 | 221 686 | 109 | 1 255 | 11.5 | 68 474 | 80 748 |
| Gesamtzahl . | 36 757 | 181 407 | 4.9 | 6 728 048 | 8 703 824 | 1 546 | 18 547 | 12.0 | 716 231 | 825 610 |

## Tabelle 2.

### Resultate der Streiks und Aussperrungen.

| Jahr | Streiks | | | | | | Aussperrungen | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Angeordnet vom Arbeiterverband | | | Nicht angeordnet vom Arbeiterverband | | | Gesamtzahl betroffener Unternehmen | Proz. der Unternehmen, in denen Aussperrung | | |
| | Proz. der Unternehmen, in denen Streik | | | Proz. der Unternehmen, in denen Streik | | | | | | |
| | gelang | teilweise gelang | mißlang | gelang | teilweise gelang | mißlang | | gelang | teilweise gelang | mißlang |
| 1881 | 64.99 | 6.71 | 28.30 | 49.33 | 7.98 | 42.69 | 9 | 88.89 | 11.11 | — |
| 1882 | 56.36 | 9.54 | 34.10 | 44.71 | 3.79 | 51.50 | 42 | 64.29 | — | 35.71 |
| 1883 | 64.07 | 18.31 | 17.62 | 25.42 | 3.80 | 70.78 | 117 | 56.41 | — | 43.59 |
| 1884 | 55.62 | 3.25 | 41.13 | 31.25 | 7.00 | 61.75 | 354 | 27.97 | 0.28 | 71.75 |
| 1885 | 62.42 | 10.58 | 27.00 | 27.05 | 6.60 | 66.35 | 183 | 38.25 | 3.28 | 58.47 |
| 1886 | 33.46 | 20.48 | 46.06 | 42.07 | 7.07 | 50.86 | 1 509 | 21.18 | 13.11 | 65.71 |
| 1887 | 48.36 | 7.19 | 44.45 | 27.08 | 7.24 | 65.68 | 1 281 | 34.19 | 1.25 | 64.56 |
| 1888 | 56.17 | 4.99 | 38.84 | 25.00 | 8.86 | 66.14 | 180 | 74.44 | 3.89 | 21.67 |
| 1889 | 45.61 | 21.37 | 33.02 | 49.93 | 9.26 | 40.81 | 132 | 40.91 | 25.76 | 33.33 |
| 1890 | 53.99 | 10.17 | 35.84 | 39.86 | 8.45 | 51.69 | 324 | 65.74 | 5.56 | 28.70 |
| 1891 | 38.46 | 8.10 | 53.44 | 36.76 | 11.68 | 51.56 | 546 | 63.92 | 14.29 | 21.79 |
| 1892 | 39.33 | 8.75 | 51.92 | 39.19 | 8.16 | 52.65 | 716 | 69.13 | 25.28 | 5.59 |
| 1893 | 53.94 | 10.89 | 35.17 | 28.42 | 6.19 | 65.39 | 305 | 41.90 | 18.31 | 39.79 |
| 1894 | 37.35 | 13.67 | 48.98 | 43.94 | 12.12 | 43.94 | 875 | 11.31 | 2.40 | 86.29 |
| 1895 | 59.25 | 10.05 | 30.70 | 27.21 | 9.18 | 63.61 | 370 | 13.24 | 0.27 | 86.49 |
| 1896 | 62.47 | 6.55 | 30.98 | 29.93 | 15.69 | 54.38 | 51 | 80.39 | 1.96 | 17.65 |
| 1897 | 59.67 | 29.51 | 10.82 | 30.83 | 12.54 | 56.63 | 171 | 60.82 | 3.51 | 35.67 |
| 1898 | 69.74 | 6.15 | 24.11 | 33.96 | 7.64 | 58.40 | 164 | 63.41 | 0.61 | 35.98 |
| 1899 | 76.33 | 14.19 | 9.48 | 36.56 | 14.92 | 48.52 | 323 | 18.01 | 0.62 | 81.37 |
| 1900 | 48.06 | 21.95 | 29.99 | 29.94 | 7.03 | 63.03 | 2 281 | 94.30 | 0.31 | 5.39 |
| 1901 | 50.36 | 17.19 | 32.45 | 30.59 | 16.44 | 52.97 | 451 | 37.03 | 42.13 | 20.84 |
| 1902 | 48.31 | 23.72 | 27.97 | 31.38 | 8.74 | 59.88 | 1 304 | 78.22 | 4.06 | 17.72 |
| 1903 | 41.72 | 23.77 | 34.51 | 22.86 | 15.43 | 61.71 | 3 288 | 81.39 | 5.17 | 13.44 |
| 1904 | 35.75 | 15.59 | 48.66 | 25.48 | 8.78 | 65.74 | 2 316 | 55.91 | 23.06 | 21.03 |
| 1905 | 41.58 | 11.30 | 47.12 | 24.04 | 13.22 | 62.74 | 1 255 | 31.60 | 32.64 | 35.76 |
| Gesamtzahl | 49.48 | 15.87 | 34.65 | 33.86 | 9.83 | 56.31 | 18 547 | 57.20 | 10.71 | 32.09 |

Tabelle 3.

Hauptursachen der Streiks.

| Ursache oder Gegenstand | % der Unternehmen, in denen Streik | | | Streikende | | Angestellte beschäftigungslos | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | gelang | teilweise gelang | mißlang | Zahl | % der Gesamtheit (6,728,048) | Zahl | % der Gesamtheit (8,703,824) |
| Um Lohnerhöhung | 49.95 | 18.69 | 31.36 | 2 212 195 | 32.88 | 2 940 804 | 33.79 |
| Um Lohnerhöhung aus verschiedenen Gründen | 46.87 | 25.18 | 27.95 | 1 331 158 | 19.79 | 1 598 199 | 18.36 |
| Gegen Lohnherabsetzung | 34.95 | 12.74 | 52.31 | 856 947 | 12.74 | 1 158 485 | 13.31 |
| Gegen Lohnherabsetzung aus verschiedenen Gründen | 67.40 | 6.21 | 26.39 | 99 698 | 1.48 | 134 744 | 1.55 |
| Für Herabsetzung der Arbeitszeit | 50.69 | 10.08 | 39.23 | 389 876 | 5.79 | 514 496 | 5.91 |
| Für Herabsetzung der Arbeitszeit aus verschiedenen Gründen | 52.35 | 21.93 | 25.72 | 850 694 | 12.64 | 1 004 135 | 11.54 |
| Gegen Vermehrung der Arbeitsstunden | 50.06 | 12.85 | 37.09 | 65 883 | 0.98 | 82 808 | 0.95 |
| Gegen Vermehrung der Arbeitsstunden aus verschiedenen Gründen | 61.53 | 6.15 | 32.32 | 22 164 | 0.33 | 28 686 | 0.33 |
| Um Anerkennung des Verbandes und dessen Regeln | 55.48 | 1.64 | 42.88 | 610 088 | 9.07 | 743 523 | 8.54 |
| Anerkennung des Verbandes, dessen Regeln und verschiedene Gründe | 38.66 | 24.58 | 36.76 | 795 727 | 11.83 | 896 814 | 10.30 |
| Wegen Beschäftigung gewisser Personen | 24.81 | 1.64 | 73.55 | 287 883 | 4.28 | 402 339 | 4.62 |
| Beschäftigung gewisser Personen und verschiedene Gründe | 29.03 | 18.42 | 52.55 | 139 767 | 2.08 | 163 268 | 1.88 |
| Lohnzahlungssystem und Arbeitszeit und verschiedene Gründe | 55.39 | 27.60 | 17.01 | 235 668 | 3.50 | 251 995 | 2.90 |
| Wegen Lohnabzüge, Strafen und verschiedener Gründe | 22.07 | 59.45 | 18.48 | 171 404 | 2.55 | 177 740 | 2.04 |
| Wegen Arbeitsbedingungen und Fabrikordnung | 41.63 | 3.98 | 54.39 | 112 705 | 1.68 | 150 769 | 1.73 |
| Aus Sympathie für anderwärts ausgesperrte Streiker und Angestellte | 20.68 | 2.79 | 76.53 | 259 316 | 3.85 | 373 968 | 4.30 |

zeigen Wassertransport mit 92.4 %, Frauenkleidung 85.2 %, Erzbergbau 84.5 %, Wäscherei 83.8 % und Männerkleidung 82.8 %. Die Zahl der durchschnittlich infolge Streiks verursachten Feiertage schwankte von 3.1 in der Grob- und Hufschmiederei bis auf 103.4 in der Fabrikation von Töpfereiwaren. Die Durchschnittsdauer aller Aussperrungen pro Unternehmen während der 25jährigen Periode von 1881—1905 betrug 84.6 Tage; der Prozentsatz der betreffenden Unternehmen, welche geschlossen waren, betrug 68.2 % und die Zahl der durchschnittlich verursachten Feiertage war 40.4 pro Unternehmen. Die Durchschnittsdauer pro Unternehmen währte von 27 Tagen im Jahre 1901 bis zu 265.1 Tagen in 1900, der Prozentsatz der geschlossenen Unternehmen schwankte von 30.6 % im Jahre 1899 bis auf 91.8 % im Jahre 1900, und die Zahl der durchschnittlich verursachten Feiertage wechselte von 10.4 Tagen im Jahre 1901 bis auf 95.8 Tage im Jahre 1900. Im Baugewerbe, wo die Aussperrungen am häufigsten vorkamen, betrug die Durchschnittsdauer pro Unternehmen 105.3 Tage, der Prozentsatz der geschlossenen Unternehmen betrug 72.4 % und die Zahl der durchschnittlichen Feiertage war 49.3 pro Unternehmen. In der Fabrikation von Männerkleidung betrug die Durchschnittsdauer 33.8 Tage, der Prozentsatz geschlossener Unternehmen 86.3 % und die Zahl der durchschnittlichen Feiertage 32.5.

Tabelle 4.

Streiks und Aussperrungen durch Übereinkunft und Schiedsspruch geregelt. 1901—1905.

| Jahr | Streiks | | | Aussperrungen | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Zahl | Durch Übereinkunft geregelt, Zahl | Durch Schiedsspruch geregelt, Zahl | Zahl | Durch Übereinkunft geregelt, Zahl | Durch Schiedsspruch geregelt, Zahl |
| 1901 . . . . | 2,924 | 149 | 49 | 88 | 10 | 2 |
| 1902 . . . . | 3,162 | 204 | 58 | 78 | 11 | 1 |
| 1903 . . . . | 3,494 | 246 | 66 | 154 | 18 | 3 |
| 1904 . . . . | 2,307 | 130 | 23 | 112 | 17 | 2 |
| 1905 . . . . | 2,077 | 74 | 27 | 109 | 10 | 3 |
| Gesamtzahl . . | 13,964 | 803 | 223 | 541 | 66 | 11 |

Die American Federation of Labor umfaßt heute 116 nationale und internationale Verbände, repräsentiert 27 000 Lokalverbände, 38 Staatszweige, 587 städtische Zentralverbände und 664 lokale Vereinigungen. Die affiliierten Verbände veröffentlichen 245 Wochen- und Monatsschriften, die der Sache der Arbeit gewidmet sind. Das Hauptorgan, American Federationist, wird vom Verbandspräsidenten Samuel

Gompers herausgegeben. Außerdem bestehen noch 13 größere nationale Verbände, welche der Federation nicht angegliedert sind, sowie der bereits erwähnte, jetzt öffentliche Orden der „Ritter der Arbeit". Die Gesamtzahl der den Trade Unions angehörigen Erwerbstätigen betrug im Jahre 1907 rund zwei Millionen.

Faßt man die Wirkungen des Verbandswesens auf die nationale Arbeit in Amerika kurz zusammen, so ergibt sich folgendes: Die Trade Unions haben die tägliche Arbeitszeit von 13, 14 und bisweilen 16 Stunden, wie sie vor 17 Jahren noch üblich war, auf 12, 11, 10 und in vielen Industriezweigen auf 8 Stunden herabgedrückt. Sie haben die Erhöhung der Löhne, soweit solche stattgehabt, und die daraus resultierenden sozialen und kommerziellen Fortschritte einzig durch ihre intensive Agitationstätigkeit zustande gebracht, und haben anderseits Lohnherabsetzungen in unbekanntem Maße verhindert. Sie haben in vielen Staaten zu einer Gesetzgebung Veranlassung gegeben, welche das Truck-System verbot, das Verschließen der Fabriktüren während der Arbeitsstunden untersagte, und die Beschäftigung von Frauen und Kindern zur Nachtzeit strafbar machte. Sie haben ferner Schutzgesetze erlangt, welche Leben und Glieder der Angestellten vor unbedeckten Maschinenteilen sichern, den Einbau von Feuerleitern vorsehen, männliche und weibliche Fabrikinspektoren bestimmen. Sie haben die Errichtung von Abendschulen, Arbeitsbureaus, Schiedsgerichten und Versöhnungskommissionen veranlaßt. Sie haben Unterstützungskassen gegründet gegen Arbeitslosigkeit, für Reiseentschädigung, ferner für Krankheit, Unfall und Tod ihrer Mitglieder, also wohltätige Gesellschaften, deren Aufwendungen sich allein im Rahmen der American Federation im Jahre 1905 auf 1.5 Millionen Dollar beliefen. Sie haben endlich Gesetze erwirkt, welche dem Unternehmer die wöchentliche Lohnzahlung zur Pflicht machen, die Löhne der Frauen und Kinder vor Beschlagnahme sichern, die Verantwortlichkeit der Eisenbahnen und anderer Korporationen für Unfälle ihrer Angestellten festlegen und die zulässige Arbeitszeit der Frauen und Kinder herabsetzen. Diese Wirkungen sind gewiß sympathisch zu begrüßen; sie werden nur leider durch den Umstand stark beeinträchtigt, daß in Amerika zwischen Gesetzgebung und Rechtsdurchsetzung noch ein weiter Weg ist, der nur von den kapitalistisch Kräftigen mit Aussicht auf Erfolg beschritten werden kann.

Die den Trade Unions zugeschriebenen üblen Wirkungen: daß sie tyrannisch sind, ihre Mitglieder zum Streik zwingen, daß ihre Führer von der Agitation leben; ferner, daß die Trade Unions den Produktivwirkungsgrad der nationalen Arbeit herabsetzen, sich in persönliche Angelegenheiten mischen, daß sie die Lehrlingsaufnahme beschränken,

daß sie gleichmäßige Bezahlung ihrer Mitglieder fordern ohne Rücksicht auf deren Leistung, daß sie den Unternehmer hindern, einzustellen, wen er will, ihm Verbandsarbeiter aufzwingen und während des Streiks die Arbeitswilligen gewaltsam angreifen — diese und andere Argumente decken sich mit dem, was in England und Deutschland gegen die Arbeiterorganisationen vorgebracht wird.

Was die heutige Regelung der Arbeit durch gouvernementale Maßnahmen angeht, so haben 5 Staaten: Alabama, Colorado, Illinois, Indiana und Texas, Gesetze, welche das Boykottieren untersagen; 22 Staaten haben Gesetze, welche die schwarze Liste verbieten; 33 Staaten haben Gesetze gegen Einschüchterung, Verschwörung und Verhinderung der Tätigkeit Arbeitender durch Ausständige. In 15 Staaten ist es gesetzwidrig für den Arbeitgeber, seinen Angestellten ein mündliches Versprechen abzufordern, worin sich derselbe auf Grund der Anstellung verpflichtet, keinem Verbande als Mitglied beizutreten; 37 Staaten haben Gesetze zur Durchführung des 8-Stundentages für öffentliche Arbeiten. Roosevelt hat in seinen reichlich fließenden Botschaften einer allgemeinen Durchführung des 8-Stundentages das Wort geredet; des weiteren empfahl er die zwangsweise Untersuchung und Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Angestellten durch die Regierung; ferner eine feststehende Entschädigung aller Erwerbstätigen für solche Unfälle, welche sie sich während ihrer Berufstätigkeit zugezogen, gleichgültig ob Nachlässigkeit vorlag oder nicht, endlich weitere Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit und weise Mäßigung in der Handhabung des Einhaltbefehls.

Da wegen der vorherrschenden Rekordwirtschaft in den Industrien Amerikas überaus intensiv gearbeitet wird, d. h. in schnellem Zeitmaß mit großen Erzeugungsmengen, oft Tag- und Nachtschicht ohne Mittagspause, dann allerdings unter Schädigung der Qualität der Produkte, soweit es sich nicht um Rohstoffe handelt, so ist die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages von besonderer Wichtigkeit. Bisher hat sich die Federalregierung auf die Festsetzung des 8-Stundentages für alle öffentlichen Arbeiten beschränkt, die entweder durch die Regierung selbst oder durch Unternehmer (contract labor) für dieselbe ausgeführt werden. 37 Einzelstaaten besitzen ähnliche Gesetze wie der Empire-Staat New York. Einzelne, wie z. B. Missouri und Montana, greifen auch in die Tätigkeit der Privatindustrie über. Beispielsweise verbietet der Staat Missouri den Unternehmern, ihre Arbeiter in Berg- und Schmelzwerken länger als 8 Stunden den Tag zu beschäftigen, während Montana diese Vorschrift auch auf die Bedienungsmannschaften der Bergwerksfördermaschinen ausdehnt, „falls die Anlagen 16 oder mehr Stunden des Tages in Betrieb sind, oder die Maschine mehr als

15 Pferdekräfte entwickelt, oder 15 und mehr Leute während 24 Stunden unterirdisch beschäftigt sind". Pennsylvania, der größte Industriestaat der Union außer New York, dessen Eisen- und Stahlwerke gegen 175 000 und dessen Textilwerke über 100 000 Lohnarbeiter beschäftigen, enthält dagegen recht undurchsichtige Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit. Bei der Verschiedenartigkeit der Gesetzgeberinteressen in den Einzelstaaten kann von einer Einheitlichkeit der Arbeitsregelung natürlich nicht die Rede sein. So schwankt denn auch der Arbeitstag von 12 Stunden in den Baumwollindustrien der Südstaaten, wo Neger, Frauen- und Kinderarbeit vorherrscht, bis 10 Stunden in den Textilfabriken von Massachusetts, die beiläufig gegen 500 000 Personen beschäftigen. Für die Metallindustrie kommt Shadwell in seinen Vergleichen auf einen Durchschnittstag von 10 Stunden und bei der Schichtarbeit auf 12 Stunden wie in Deutschland, wobei allerdings die bei uns üblichen Freizeiten an jedem Sonntag sowie die zweistündige Essenspause in Betracht zu ziehen sind, die bei günstigen Konjunkturen in Amerika oft fortfallen, denn „get tonnage" ist die Losung.

Legt man sich nun die weitere Frage vor, ob die wirkliche Bedarfsbefriedigung der amerikanischen Arbeiter gegen früher gestiegen ist, so findet man sich zwei grundverschiedenen Ansichten gegenüber, die aber beide auf derselben Grundlage aufbauen: dem Aldrich Senate Report von 1893. Der frühere Arbeitskommissar Carroll D. Wright nimmt den Bericht ohne weiteres als zuverlässig an und zeigt zunächst, wie die Löhne in einigen Betätigungszweigen im Verlauf des verflossenen Jahrhunderts gestiegen sind. So die der Tagarbeiter von 43 Cents im Jahre 1790 auf 1 Dollar im Jahre 1860; die der Zimmerleute von 60 Cents im Jahre 1790 auf 1.40 Dollar im Jahre 1840 und 3.40 Dollar pro Tag im Jahre 1891. Arbeiter in Baumwollfabriken empfingen bis 1830 44 Cents pro Tag, 1850 dagegen 1.05 Dollar. In den Wollmühlen war die Entlohnung im Jahre 1830 allerdings höher als zu Ende des 19. Jahrhunderts, nämlich 1.12 Dollar pro Tag. Ziegelarbeiter und deren Gehilfen empfingen 1851 einen Tagelohn von 1.75 resp. 1 Dollar, 1891 dagegen 4 resp. 2.50 Dollar. Lokomotivführer und -heizer 2.14 resp. 1 Dollar im Jahre 1840, dagegen 3.77 und 1.96 im Jahre 1891. Die großen Krisen des Jahres 1837 und 1857 drückten die Löhne derart herab, daß dieselben erst 1860 über das frühere Niveau steigen konnten. Verglichen mit 100 % als Norm des Jahres 1860 standen die Löhne im Jahre 1840 auf 87.7 %, 26 Jahre später hatten sie sich auf 152.4 % und im Jahre 1891 gar auf 160.7 % erhöht. Betrachtet man die Lohnsteigerung im Zusammenhang mit der Bedeutung, welche jeder einzelne Industriezweig im Vergleich zu sämtlichen Industrien besitzt, so beträgt dieselbe im Jahre 1891 68.6 % gegenüber 1860 und 86.1 % gegenüber 1840. Nach

Wrights Ansicht ist die Mehrzahl der Löhne im Jahre 1891 um 80 % und einige sogar um 100 % höher gewesen als 1840. Was die Preise für die notwendigsten Unterhaltsmittel anlangt, so sind dieselben gegen früher gesunken, doch haben sich die Ausgaben für Lebenshaltung nicht in demselben Maße erniedrigt als die Löhne gestiegen sind. Wohnungsmieten sind heute bedeutend teurer als damals; ebenso Fleisch und einige andere Artikel. Zucker, Tee, Kaffee sind billiger. Nimmt man die Engrospreise von 223 Hauptverbrauchsartikeln zusammen, so läßt sich eine Abnahme gegen 1860 von 6 % feststellen. Soweit die Ausführungen Wrights, des Vertreters der Regierung.

Wendet man sich zu der gegnerischen Ansicht, so wird dieselbe hauptsächlich von Dr. Spahr in seiner bemerkenswerten Arbeit: „The Present Distribution of Wealth in the United States" vertreten. Dr. Spahr kritisiert zunächst den Aldrich Report und beweist, daß die Schlüsse desselben absolut unzuverlässig sind, weil die gründlich untersuchten Industrien mit den oberflächlich untersuchten zwecks Erlangung der Durchschnittslöhne als gleichwertig eingesetzt wurden. Wir können hier die Kritik nicht bis ins einzelne verfolgen. Aber wir sind berechtigt zu glauben, daß Aldrich die Lohnbewegung ebenso einseitig untersucht und die Resultate der Untersuchung den Sonderinteressen des konzentrierten Großkapitals ebenso rücksichtslos angepaßt haben wird, als er das bei der „Reform" des Zolltarifs im Senat getan hat. Jedenfalls kommt Dr. Spahr auf Grund der Originalberichte der untersuchten Industrien zu dem Ergebnis, daß die wirklichen Löhne anstatt zu steigen von 1873 bis 1891 bedeutend gefallen seien und im Jahre 1894 sogar noch 20 % niedriger waren als im Jahre 1891. Gestiegen seien nur die Löhne in der Getränkefabrikation, im Wagenbau, in Kaufhäusern, Vorkostgeschäften, in der Papier-, Spezerei- und Wollbereitung.

Angesichts dieser widersprechenden Gutachten der berufensten Autoritäten ist es für den fremden Beobachter natürlich schwer, zu einwandsfreien Schlüssen in dieser Frage zu kommen. Manche Widersprüche klären sich allerdings auf, wenn man die Vergleichsbasis berücksichtigt, auf welcher die Untersuchungen sich aufbauen. Einige beziehen sich nämlich auf den Anfang des 19., andere auf das Ende des 18. Jahrhunderts, wo die Verhältnisse gänzlich verschieden lagen. Als allgemein richtig läßt sich feststellen, daß die wirklichen Löhne heute besser sind als vor 100 Jahren. Ob aber die wirtschaftliche Lage und insbesondere die Existenzsicherheit des amerikanischen Arbeiters ebenfalls besser geworden ist, das wird man wohl mit Bestimmtheit behaupten, aber nicht beweisen können. Halten wir uns

daher an das, was wir positiv wissen: den zahlenmäßigen Ausweis über die Gestaltung der heutigen Löhne.

Zu diesem Zweck ist es nötig, auf das einzig verläßliche, wenn auch nicht erschöpfende Werk zurückzugreifen, das uns für derartige Studien zur Verfügung steht, den United States Census. Seit der Gründung der Union wird derselbe alle 10 Jahre zusammengestellt, früher unter der Aufsicht des Präsidenten, später unter der des Staatssekretärs, dann unter Leitung des Departements des Innern, seit 1903, also seit Schaffung der Abteilung für Handel und Arbeit, unter der Kontrolle dieses Amtes mit gleichzeitiger Errichtung des Census Bureaus als selbständiger Regierungsbehörde. Die ersten umfangreichen Aufnahmen über Arbeitsbedingungen wurden im Jahre 1904 angestellt, 1905 gesammelt und die Resultate der Erhebung im Mai des Jahres 1908 vom Hauptstatistiker William M. Steuart im Census Bulletin 93 veröffentlicht. Im folgenden sind die wichtigsten Ergebnisse des Berichtes zusammengefaßt.

Was zunächst die Art der Erhebung anlangt, so wurde jedes industrielle Unternehmen aufgefordert, für diejenige Woche des Jahres 1904, während welcher es die größte Anzahl von Personen beschäftigte, die Zahl der Erwerbstätigen festzustellen und sie nach ihren Einnahmen zu klassifizieren. Die Ermittlungen geben also die Einnahmen resp. Löhne und nicht die Lohnraten wieder. Die letzteren sind höher als die Einnahmen, weil sie sich auf eine volle Woche beziehen, während die Löhne, wie sie im Bulletin zum Ausdruck kommen, der wirklich erwerbstätigen Zeit entsprechen, die in einigen Fällen kürzer als eine volle Woche war. Ausreichende Antworten wurden von 123 703 Etablissements erteilt, das sind 62.9 % aller industriellen Unternehmungen, welche Erwerbstätige beschäftigen. Dieselben umfaßten überdies die Hälfte sämtlicher in den Fabrikindustrien der Vereinigten Staaten tätigen Personen. Die statistischen Ermittlungen sind daher umfassend genug, um annähernd richtige Resultate zu ergeben*).

Was die Verteilung der Geschlechter anlangt, so waren von den insgesamt 3 297 819 statistisch erfaßten Personen 70.4 % Männer, 17.9 % Frauen und 2.7 % Kinder. Von der insgesamt an diese Erwerbstätigen gezahlten Summe von 33 185 791 Dollar empfingen die Männer 88.1 %, die Frauen 11 % und die Kinder 0.9 % an Lohn. Ein wichtiger Punkt der Erhebung ist die Klassifizierung der industriell erwerbs-

*) Nach dem Census von 1900 wurden insgesamt 29.2 Millionen Erwerbstätige gezählt. Davon entfielen 10.4 Millionen auf die Landwirtschaft, 4.7 Millionen auf Handel und Transport, 7.1 Millionen auf die Industrie, 5.6 Millionen auf dienende Berufe und 1.2 Millionen auf wissenschaftliche und künstlerische Berufe.

tätigen Männer, Frauen und Kinder nach dem Betrag der erzielten Einnahmen. Die nachstehende Tabelle 6 gibt darüber Aufschluß. Wie ersichtlich, hatte mehr als die Hälfte aller in dem Bericht erfaßten Personen eine wöchentliche Einnahme von 9 Dollar und darüber. Der Durchschnittserwerbstätige empfing 10.06 Dollar die Woche, und zwar der Mann 11.16, die Frau 6.17 und das Kind unter 16 Jahren 3.46 Dollar.

Die höchsten Durchschnittswochenlöhne wurden erzielt von den Edelsteinarbeitern, welche es auf einen Betrag von 21.68 Dollar brachten. Die Haupttätigkeiten in diesem Industriezweige sind das Schneiden, Schleifen und Fassen von Diamanten und anderen Juwelen. Selbst bei Verwendung von Arbeitsmaschinen erfordern diese Beschäftigungsarten einen außergewöhnlichen Grad von Geschmack und Urteilsvermögen, weshalb tüchtige Arbeiter sehr hohe Löhne beziehen. Andere Industrien, welche sich durch die Höhe der den männlichen Arbeitern gezahlten Löhne auszeichnen, befassen sich mit der Herstellung von Korsetts (16.99), Photolithographie und Photogravüre (16.68), Herstellung von Statuen und Kunstbildnerei (16.45), Uhrenfabrikation (16.16). Die letztgenannte Industrie wies auch in bezug auf die den erwerbstätigen Frauen gezahlten Wochenlöhne bemerkenswerte Ziffern auf, nämlich 8.93 Dollar. Kein anderer Beschäftigungszweig mit starker weiblicher Beteiligung berichtet über einen ähnlich hohen Betrag.

Die niedrigste Durchschnittseinnahme männlicher Erwerbstätiger betrug 5.23 Dollar die Woche und wurde den in der Terpentin- und Harzbereitung beschäftigten Arbeitern bezahlt. Die Mehrzahl der in diesem Erwerbszweig tätigen Personen war mit dem Einsammeln des Rohharzes beschäftigt, eine Aufgabe, die so ziemlich den niedrigsten Grad aller im Censusbericht umfaßten Beschäftigungsarten darstellt. In der Baumwollsamenöl- und Leinkuchenbereitung, einem Industriezweig, in dem die Durchschnittswochenlöhne der männlichen Arbeiter gleichfalls sehr niedrig sind (6.64), war die Mehrzahl mit der Hantierung des Rohmaterials und der Fertigprodukte und nur verhältnismäßig wenige mit der Bedienung der Maschinen resp. in dem eigentlichen Produktionsprozeß beschäftigt. Der niedrigste Durchschnittslohn für Kinder betrug nach dem Censusbericht 1.84 Dollar die Woche und wurde an 105 Kinder gezahlt, die mit der Herstellung von Pickles, eingelegten Früchten, Saucen usw. betraut waren. Von den Unternehmungen, welche einer großen Zahl weiblicher Arbeitskräfte Beschäftigung gewährten, war das Sortieren, Rösten, Reinigen und Schälen von Peanüssen diejenige Tätigkeit, welche die niedrigsten Löhne brachte. Der Durchschnittswochenlohn der 392 dieserart tätigen Frauen betrug nur 2.26 Dollar.

Die bisher benannten Industriezweige sind von Interesse, weil sie die Extreme darstellen, nicht weil sie eine große Zahl Erwerbstätiger beschäftigen. Bekanntlich steht in bezug auf die Höhe der gezahlten Lohnsumme, wenn man das Baugewerbe ausschließt, die Eisen- und Stahlindustrie und deren weiterverarbeitende Zweige mit 100.4 Millionen Dollar an Beamtengehältern und 482.3 Millionen an Arbeiterlöhnen heute an der Spitze. Dann folgen die Textil-, die Holz- und Holzbearbeitungs-, die Fahrzeug-, die Papier-, die Nahrungsmittel-, die Druckereiindustrien und andere. Dagegen steht in bezug auf die Anzahl der in den betreffenden Industriezweigen beschäftigten Personen die Textilindustrie mit 1 156 305 Arbeitsleuten und 61 907 Beamten an erster Stelle, worauf die Eisen- und Stahl-, die Holz- und Holzbearbeitungs-, die Fahrzeug-, die Nahrungsmittelindustrien und andere folgen.

Die Durchschnittswochenlöhne in einigen der wichtigeren Industriezweige waren folgende: In Stahl- und Walzwerken 12.56, Hochofenanlagen 11.71, Gießerei und Maschinenwerkstätten 11.88, Holz- und Holzwaren 9.25, Möbelfabrikation 10.16, Baumwollwaren 7.71, Stiefel und Schuhwaren 11.88, Männerkleidung 12.23, Frauenkleidung 13.52, Tabak-, Zigarren- und Zigarettenfabrikation 11.14, Zeitungs- und Zeitschriftendruckerei und -Verlag 13.13, Glasfabrikation 14.10 Dollar. Die Durchschnittseinnahmen der Frauen in einigen der Industriezweige, welche weibliche Arbeitskräfte in großer Zahl beschäftigten, betrugen: In der Baumwollbereitung 6.03, Posamentenbranche 6.01, Seiden- und Seidenwaren 6.11, Stiefel und Schuhwaren 7.60, Männerkleidung 6.07, Frauenkleidung 6.85, Hemdfabrikation 5.69, Herstellung von Glaswaren 5.08 Dollar. Die einzigen Industriezweige, welche nach dem Censusbericht größere Mengen Kinder beschäftigten, waren die Glas-, Hemd-, Tabak-, Zigarren-, Zigaretten- und die fünf Textilindustrien. In der wichtigsten der letztgenannten, der Baumwollindustrie, betrug der Durchschnittswochenlohn der Kinder 3.21, in der Glasfabrikation 4.22, Hemdfabrikation 2.31, Tabak-, Zigarren- und Zigarettenbereitung 3 Dollar.

Die Verschiedenheit der Lohnhöhe in den verschiedenen Distrikten der Union kommt besonders deutlich in der Baumwollindustrie zum Ausdruck. Indem das Census Bulletin den Vergleich von Nord und Süd auf diejenigen Etablissements beschränkt, welche sich in der Tuchfabrikation mit Drucken und Appretieren befassen, schaltet es zum großen Teil den Unterschied im Charakter der Industrien in den beiden Sektionen aus und bietet somit eine faire Basis, auf welcher es möglich ist, die Erwerbseinkünfte in den genannten Landesteilen gegeneinander zu messen. Der Vergleich zeigt, daß der Durchschnittslohn der dieserart

tätigen Männer in Neu-England 8.52, im Süden dagegen 5.14 Dollar betrug, ein Unterschied von 3.38 Dollar. Für Frauen betrug der Durchschnitt in Neu-England 7.23, im Süden 3.77, ein Unterschied von 3.46 Dollar; endlich für Kinder in Neu-England 4.45, im Süden 2.73, ein Unterschied von 1.72 Dollar. Für sämtliche industrielle Erwerbszweige betrug der Durchschnittswochenlohn im Norden 7.62, im Süden 4.16 Dollar.

Zwecks Erklärung der allgemein niedrigen Durchschnittseinnahmen in den Südstaaten weist das Census Bureau auf die Kürzlichkeit der Entwicklung des Fabriksystems in jenem Landesteil, ferner auf den verhältnismäßig großen Prozentsatz, den Frauen und Kinder unter den Erwerbstätigen bilden, weiter auf die relativ große Zahl der beschäftigten Neger und endlich auf die Tatsache, daß die im Süden großgewachsenen Industriezweige zu denen gehören, welche nirgendwo im Lande die höchstbezahlten Arbeitskräfte erfordern. Es ist aber als wahrscheinlich zu bezeichnen, daß die weitere industrielle Entwicklung der nordamerikanischen Südstaaten eine wesentliche Erhöhung der Durchschnittslöhne dort zur Folge haben wird, wenn auch die Leistung der südländischen Arbeiter niemals an diejenige des Arbeiters des Nordens heranreichen wird. Die Rangordnung der verschiedenen Landesdistrikte in bezug auf die Durchschnittseinnahmen sämtlicher Erwerbstätiger stellt sich wie folgt: Westliche Division 13.65, Nordzentrale 10.62, Nordatlantische 10.11, Südzentrale 8.33, Südatlantische 7.31 Dollar. Was die Höhe der in den einzelnen Staaten gezahlten Durchschnittslöhne anlangt, so stand an erster Stelle Montana mit 18.19, es folgten Nevada mit 17.76, Arizona 16.15, Wyoming 15.75 Dollar. Der Empirestaat New York, welcher in bezug auf industrielle Leistungsfähigkeit an erster Stelle steht (das in der Fabrikindustrie investierte Kapital beträgt 2 Milliarden Dollar, die Zahl der in der Industrie tätigen Leute 856900, die Summe der gezahlten Löhne 430 Millionen Dollar und der Wert der erzeugten Produkte 2.4 Milliarden Dollar), und dem die Staaten Pennsylvania, Massachusetts, Illinois, Ohio und New Jersey an Bedeutung folgen, kam mit einem Durchschnittslohn von 10.40 Dollar erst an 25. Stelle, Pennsylvania mit 10.51 an 23., Massachusetts mit 9.68 an 32., Illinois mit 11.55 an 15., Ohio mit 10.63 an 20. Stelle. Die niedrigsten Durchschnittslöhne wurden in Nord- und Südcarolina gezahlt, nämlich 4.96 resp. 4.68 Dollar die Woche.

Diese Verschiedenheit der Löhne, die durch das Schwanken der Lebensmittelpreise und durch den Unterschied der Lebenshaltung in den verschiedenen Staaten und Distrikten noch kompliziert wird, macht es m. E. unmöglich, brauchbare Vergleiche mit europäischen Industriestaaten zu ziehen. Außerdem bedarf der Censusbericht viel-

facher Ergänzung und Einschränkung. Was beispielsweise über Kinderarbeit*) hier gesagt wurde, genügt keineswegs, um die in Amerika herrschenden Mißstände zu charakterisieren. Denn die Industrien der Rohstofflieferung, also vor allem Kohlen- und Erzbergbau, ferner Verkehr, Landwirtschaft usw. sind im Census nicht gefaßt. Und doch ist gerade die Zahl der im Bergbau beschäftigten Kinder eine außerordentlich große. Auch die bedeutende Menge von Kindern, die in sweat shops und im Straßenhandel tätig sind, werden in dem Bericht nicht berücksichtigt. Und doch sind von den in der Union lebenden 10.5 Millionen Kindern im Alter von 10 bis 15 Jahren 1.94 Million oder 18 % nachweislich erwerbstätig. Da man aus sprachlichen und anderen Gründen das Alter der Kinder, namentlich im Süden, selten genau feststellen kann, und da andererseits das Streben der Eltern, ihre Kinder frühzeitig zum Erwerb mit heranzuziehen, sehr ausgeprägt ist, so sind gerade die Statistiken über Kinderarbeit höchst unzuverlässig. Die Zahl der unter 10 Jahren erwerbstätigen und der unter 16 Jahren als Erwachsene fungierenden Kinder ist außerordentlich groß, aber schwer zu erbringen.

Zu berücksichtigen ist ferner die Dauer der Erwerbstätigkeit, welche bei Besprechung amerikanischer Arbeitsverhältnisse zumeist ganz übersehen wird, welche aber keinen geringen Einfluß auf die jährlich erzielten Einnahmen sowie auf die Existenzsicherheit der Arbeiterfamilie ausübt. In einem Lande, wo Konjunkturstockungen an der Tagesordnung sind und mit großer Heftigkeit auftreten, ist auch die Gefahr aller Berufsklassen, in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges ohne Verschuldung brotlos zu werden, größer als irgendwo anders. Dabei leiden die ärmeren Klassen, welche keinen finanziellen Rückhalt besitzen, natürlich am meisten. Die Tatsache, daß die Arbeitslöhne infolge straffer Organisation der Trade Unions in guten Zeiten dauernd hoch gehalten werden, kann die andere Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß es eine weit größere Zahl nicht Unionierter gibt, welche wohl arbeitswillig sind, aber bei der spasmodischen Wirtschaftsgebarung keine dauernde Beschäftigung finden können. Auch wirkt die zunehmende Konzentrationstendenz sowie das Eindringen der Frauen- und Kinderarbeit in die automatischen Großbetriebe auf die Ausschaltung der männlichen Arbeitselemente hin, wobei die weniger tüchtigen zuerst eliminiert werden. Nach dem Bulletin des New York Department of Labor betrug die Zahl der Arbeitslosen im Mittel der Jahre 1902 bis 1905 etwa 15 % für den Jahresdurchschnitt, so daß von den 2 Millionen Mitgliedern von Arbeiterverbänden immer 300 000

*) Vgl. Kapitel: „Soziale Schäden und Mißstände".

beschäftigungslos waren. Während der letzten Krise wuchs der Prozentsatz auf 30 bis 36 % im Oktober 1907. Nach privaten Angaben betrug die Zahl aller Beschäftigungslosen in der Union im Februar des Jahres 1908 rund 3 Millionen.

Endlich ist zu bedenken, daß es in fast jedem Erwerbszweig in Amerika und namentlich in den gut organisierten großen Etablissements, die ja die Grundlage der Censusermittelungen bilden, einige Arbeiter gibt, die gegenüber der großen Mehrzahl sehr hohe Löhne beziehen. Beispielsweise ist in einer Fabrik, wo 80 Leute nur 1 Dollar pro Tag und 20 besonders geschulte Spezialisten 6 Dollar den Tag beziehen, der Durchschnittslohn 2 Dollar; und doch gibt diese Ziffer gar kein richtiges Bild von den wahren Lohnverhältnissen. Allgemein wird man sagen dürfen, daß die Löhne der Durchschnittsarbeiter erheblich niedriger und die Arbeitszeiten oft höher sind, als die Durchschnittszahlen der Censusstatistik erkennen lassen. Auch finden sich, wie gesagt, die drückendsten Arbeitsbedingungen gerade in den Erwerbszweigen, welche im Census nicht gefaßt sind: im Bergbau, im Straßenhandel und in der Hausindustrie*).

Auf alle Erscheinungen einzugehen, welche bei der Erörterung von Arbeit und Lohn in Amerika Beachtung verdienen, so die Statistik über Einwanderung, Armut, Unfälle, Verbrechen; über sweat shops, contract labor, government by injunction, über private Wohltätigkeit, über den Einfluß der Kirche usw. würde an dieser Stelle zu weit führen. Sie sind soweit wie möglich in dem Kapitel „Soziale Schäden und Mißstände" zusammengefaßt. Es sei deshalb nur noch auf die folgenden Tabellen 7 bis 10 verwiesen, welche die hier behandelten Fragen statistisch ergänzen. Wenn sie auch nicht völlig einwandsfrei sind, so gehören sie doch zu den zuverlässigsten Dokumenten, die sich über die Entwicklung von Arbeit und Lohn in Amerika vorfinden.

Über die gebräuchlichsten Lohnsysteme wäre noch folgendes zu bemerken: Die Löhne scheiden sich grundsätzlich in Stücklöhne und Taglöhne. Erstere Form überwiegt. Im Jahre 1876 wurde etwa 90 % der gesamten Produktion nach diesem System entlohnt. Heute herrscht es noch in der Schneiderbranche, Schuhmacherei und in allen Industriezweigen vor, die sich mit der Fabrikation von Bekleidungsgegenständen befassen. Dabei ist daran zu erinnern, daß, während die Durchschnittslöhne mit den Kosten der Lebenshaltung steigen, der Preis für Stück-

*) Verbote der Lohnzahlungen in Waren oder in Geld- und einlöslichen Anweisungen bestehen in einer Reihe von Staaten. Wo, wie in Arkansas, das Gesetz allerdings Betriebe mit weniger als 20 Mann unter Tage, die dem Trucksystem besonders ausgesetzt sind, ausnimmt, kann die Wirksamkeit solcher Gesetze keine große sein.

arbeit sich im umgekehrten Verhältnis zur Änderung resp. Verbesserung der Produktionstechnik bewegt. Das heißt also: der Fortschritt der Fabrikationstechnik verbilligt den Preis von Sachgütern, hebt damit den Massenkonsum und kompensiert so mehr oder weniger die höheren Ausgaben für Grundstücke, Materialien, Maschinen, Arbeitskräfte, soziale Fürsorge usw. durch größere Einnahmen; und während die Löhne eine allgemein steigende Tendenz aufweisen mögen, sinkt der Preis der Stückarbeit etwa in demselben Verhältnis, wie die Produktionskapazität oder Leistung der Arbeitsmaschinen sich steigert. Das läßt sich in vielen Fabriken verfolgen, wo alte und neue Maschinen nebeneinander an der Herstellung derselben Artikel arbeiten, und wo, um die Löhne der Arbeiter auszugleichen, nach verschiedenen Lohnskalen bezahlt wird, oder wo, um letzteres zu vermeiden, ein oder mehr Arbeiter Tagelöhne empfangen, die nach den Durchschnittseinnahmen der Stückarbeiter bemessen werden. So werden beispielsweise in der Textilindustrie für das Weben schmalliegender Tuchstoffe in breiten Webstühlen höhere Preise gezahlt als für dieselbe Arbeit in schmalen Webstühlen, weil das Schiffchen in breiten Webstühlen pro Minute nicht so oft hin und her schnellen kann, der Weber daher pro Tag weniger Längen fertigstellt. Auch in der Schuhfabrikation läßt sich nachweisen, daß, während die Löhne der Schuhmacher zusammen mit den Kosten der Lebenshaltung gestiegen sind, der für die Herstellung von ein Paar Schuhen dem Arbeiter gezahlte Stückpreis immer langsamer gestiegen ist, je mehr verbesserte Maschinen zur Anwendung gelangten. Dasselbe trifft zu in der Uhren- und Juwelenindustrie, wo die Preise für Stückarbeit heute vielfach 50 bis 75 % niedriger sind als früher. Anderseits sind die Handelspreise all dieser Brauchlichkeiten infolge der verbesserten Produktionstechnik gegen früher gesunken.

Das System der Lohnzahlung hat demnach keinen nennenswerten Einfluß auf die Lohnhöhe; gleich, ob Stück- oder Taglöhne, regelt sich dieselbe vielmehr nach den Kosten der Lebenshaltung in der jeweiligen Wirtschaftsepoche. Das geht auch deutlich aus den beistehenden Tabellen 9 und 10 hervor, welche die wirklich gezahlten Preise für Tag- und Stücklöhne in Massachusetts wiedergeben. Danach verdienen also die Stückarbeiter tatsächlich weniger als die Tagarbeiter. Die Mehrzahl der Arbeiter hat einsehen gelernt, daß sie sich durch rasches Arbeiten ihre Löhne nicht dauernd bessern können, daß vielmehr der Unternehmer infolge der höheren Leistung die Zahl der Arbeiter beschränkt, ohne ihre Löhne zu erhöhen. Außer einigen Anfängern und den bezahlten Treibern stehen also auch die amerikanischen Arbeiter auf dem Standpunkt — der besonders von den Unions vertreten wird — daß Übereifer nur schadet, und man mit Muße dasselbe erreicht. Die Arbeiter

sind dem Stücklohn allgemein nicht günstig, teils weil sie nicht nach ihrer Leistung eingeschätzt sein wollen, teils weil sie eingesehen haben, daß die augenblicklichen Lohngewinne gar bald durch Lohnreduktionen ausgeglichen werden, die der Unternehmer infolge der Konkurrenz anderer Firmen vorzunehmen sich genötigt findet. Stückarbeit führt häufig zur Schleuderei, zur Erzielung von Quantität auf Kosten der Qualität. Trotzdem wird sie vom Unternehmer begünstigt, weil sie ihm ermöglicht, für denselben Preis höhere Leistung herauszudrücken, ferner, weil die Stücklöhne oft nur nach Fertigstellung des ganzen Stücks bezahlt werden, und weil anderseits bei der vorherrschenden Massenfabrikation auf die Qualität des einzelnen Stückes kein besonderer Wert gelegt wird. In Zeiten günstiger Konjunktur ist der Stücklohn infolge des Hochdrucks, unter dem die Fabriken zu arbeiten haben, gewöhnlich die bevorzugte Entlohnungsart, insbesondere ist er ein untrennbarer Teil der amerikanischen Rekordwirtschaft. Er hat aber bereits vielfach Anlaß zu Streiks gegeben, so zu dem langen Streik der Union Pacific Car Works (1902 bis 1903) und neuerdings zu dem Streik der Pressed Steel Car Company in Pittsburg (1909).

Über die gebräuchlichsten Prämiensysteme äußert sich Professor A. Rothert in „Technik und Wirtschaft" wie folgt:

„Wenn wir von einigen Sonderarten absehen, so gibt es eigentlich nur zwei Prämiensysteme, das Halseysche und das Rowansche. Sie unterscheiden sich in der Hauptsache dadurch, daß das erstere dem Verdienste des Arbeiters, ähnlich wie das Stücklohnsystem, keine Grenze zieht; das letztere dagegen tut dies. Der Ansporn zu erhöhter Leistung, den der Arbeiter durch die Lohnzunahme bei fleißigerer Arbeit empfinden soll, d. h. das Verhältnis Lohnzunahme und Leistungszunahme, ist beim Stücklohnsystem konstant, beim Halsey-Prämiensystem (mit 50 v. H. Prämie) ist er zuerst halb so groß wie beim Stücklohn und nimmt bei größerer Leistung zu, während er beim Rowan-System zuerst ebenso stark ist wie beim Stücklohn, um dann bis auf null abzunehmen. Das letztere System ist demnach im Prinzip verfehlt, während das Halsey-System von allen einfachen Systemen theoretisch das rationellste ist. In der Nähe der Grundzeit ist der Ansporn ziemlich klein, immerhin aber bei 50 v. H. Prämie noch genügend, bei wesentlich kürzerer Arbeitszeit, d. h. bei großem Fleiß, wird der Ansporn dagegen nahezu so groß wie beim Stücklohn, oder mit andern Worten: je mehr der tüchtige Arbeiter sich der Grenze seiner Leistungsfähigkeit nähert, desto größer ist der Ansporn zu weiterer Anstrengung. Beim Stücklohn ist dieser Ansporn dagegen gleichbleibend derselbe, allerdings durchgehend größer.

Während die verschiedenen Prämiensysteme in England und namentlich in Amerika infolge des Widerstandes der organisierten Arbeiterschaft

gegen den Stücklohn eine große Rolle spielen, scheinen sie sich in Deutschland nicht einbürgern zu wollen. Die Gründe hierfür sind wohl zum Teil darin zu suchen, daß der deutsche Arbeitgeber gegen das anscheinend verwickeltere Prämiensystem Abneigung zeigt, zum Teil darin, daß die Arbeiter bisher hauptsächlich mit der Schaffung von genügenden Organisationen vollauf beschäftigt waren und vielleicht deswegen den Kampf gegen den Stücklohn noch nicht aufgenommen haben, vielleicht auch in der ziemlich lange andauernden Prosperität des deutschen Maschinenarbeiters und den in den letzten Zeiten stark zunehmenden Löhnen.

Man hört häufig dem Prämiensystem den Vorwurf machen, daß die Berechnung der richtigen Grundzeiten angeblich schwierig durchzuführen ist. Dieser Vorwurf ist aber durchaus ungerechtfertigt, denn gerade beim Prämiensystem macht sich ein Kalkulationsfehler viel weniger unliebsam bemerkbar als beim Stücklohn. Die Vorkalkulation der Stücklohnakkorde ist ja schließlich doch auch nichts anderes als eine Zeitbestimmung, genau wie beim Prämiensystem. Die kalkulierte Arbeitszeit wird nur mit dem Durchschnittslohnsatz der betreffenden Arbeiterklasse multipliziert, um den Akkordsatz zu finden. Die Schwierigkeiten sind also genau dieselben.

In Fabriken, welche ihre Unkostenaufschläge proportional dem Arbeitslohn rechnen, würde die Einführung des Prämiensystems eine gewisse Erschwerung der Nachkalkulation bedeuten, da die Gestehungskosten eines Stückes nicht mehr konstant bleiben würden wie bisher. Eine solche Berechnung der Aufschläge ist aber nur in seltenen Fällen wirklich zulässig und führt bekanntlich oft zu ganz falschen Ergebnissen.

Das Prämiensystem trifft endlich auch häufig auf Widerstand seitens der Arbeiterschaft, da der Arbeiter nicht immer imstande ist, den erarbeiteten Lohn selbst nachzuprüfen, und daher leicht geneigt ist, zu glauben, daß er übervorteilt wird.

Die Grundzeit beim Prämiensystem kann etwa als die höchste zulässige Arbeitsdauer unter Voraussetzung eines mittelmäßig fleißigen und veranlagten Arbeiters angesehen werden, und der gute und fleißige Arbeiter soll durch Mehrverdienst angespornt werden, schneller zu arbeiten. Er wird aber auch beim Prämiensystem ähnlich wie beim Stücklohn mit der Zeit dazu kommen, nicht mehr als eine gewisse, begrenzte Prämie verdienen zu wollen, und so kann auch das Prämiensystem trotz aller seiner Vorzüge nicht dazu führen, das Mindestmaß an Zeitaufwand für jede Arbeit zu erreichen. Ein ideales System müßte den fleißigsten und intelligentesten Arbeiter dazu anspornen, wirklich die Erreichung dieses Mindestmaßes anzustreben bzw. die Arbeitszeit mit wachsender Übung noch weiter herunterzusetzen.

Diesen Zweck wollen die neuen amerikanischen Systeme von Taylor, Gantt und Emerson dadurch erreichen, daß sie dieses Mindestmaß möglichst sorgfältig im voraus, erforderlichenfalls durch den praktischen Versuch, festzustellen suchen und für Erreichung dieser Normalzeit eine hohe Prämie zahlen.

Unterschreitet ein Arbeiter, etwa durch gewonnene Übung oder durch geschickte Kniffe, dieses Mindestmaß, so erhöht sich die Prämie weiter. Zeigt es sich, daß die Normalzeit ohne hervorragende Schwierigkeiten unterschritten werden kann, so wird sie sofort herabgesetzt. Der Arbeiter hat aber für seine Beihilfe zur Verminderung der Arbeitszeit eine entsprechend erhöhte Prämie erhalten und erhält seine gewöhnliche Prämie bei Anwendung gewöhnlichen Fleißes immer wieder. Der unbrauchbare Arbeiter schaltet sich von selbst aus, da er auch bei mehrfacher Wiederholung der gleichen Arbeit nicht imstande ist, die Normalzeit zu erreichen.

Alle diese drei „Bonussysteme", so werden sie in Amerika genannt, laufen im Grunde genommen darauf hinaus, daß der fleißige und tüchtige Arbeiter nach Stücklohn, der faule oder unbeholfene nach Tagelohn bezahlt wird, wobei in der Nähe der Normalzeit, welche nur von einem tüchtigen Arbeiter erreicht und nur ausnahmsweise unterschritten werden kann, ein mehr oder weniger ausgesprochener, sprunghafter Übergang von Tagelohn auf Stücklohn neben einer Prämie von etwa 20 bis 25 v. H. in die Erscheinung tritt.

Mindestens ebenso wichtig wie der, ich möchte sagen, mathematische oder wirtschaftliche Charakter einer Lohnart ist auch der psychologische Charakter derselben oder die Form, in welcher sie dem Arbeiter entgegentritt. „Fortiter in re, suaviter in modo" sei hier der leitende Gedanke.

Von den drei oben erwähnten Bonussystemen, die neuerdings viel erörtert werden, ist das System von Harrington Emerson, von ihm „Efficiency system" genannt, jedenfalls das interessanteste. Abweichend von allen bis dahin bekannten Lohnverfahren berechnet Emerson die Prämie nicht für jede einzelne Arbeit, sondern er macht sie, und darin liegt ein riesiger psychologisch begründeter Vorzug des Systems, von der Summe aller Arbeiten innerhalb eines Monats abhängig.

Am Ende des Monats ergibt sich das Verhältnis der wirklich gebrauchten Zeit für die Gesamtheit aller Arbeiten zur Summe der angesetzten Grundzeiten, und jeden Monat ergibt sich für jeden Arbeiter ein gewisser Wirkungsgrad oder Leistungskoeffizient, ebenso für jede Werkstätte. Die Prämie des Arbeiters hängt von seinem Wirkungsgrad bzw. Leistungskoeffizienten ab, außerdem erhält aber auch der Meister eine Prämie in Abhängigkeit vom Leistungskoeffizienten seiner ganzen

Werkstatt, da er durch Vermeidung von Aufenthalt, rechtzeitige Disposition usw. viel zur Erhöhung desselben beitragen kann. Emerson hat auf diese Weise ein richtiges Mittel gefunden, den Meister an der Leistungsfähigkeit seiner Werkstätte zu interessieren. Ein weiterer Vorteil dieses Systems besteht darin, daß Lohnschiebereien ausgeschlossen bzw. gegenstandslos werden und daß kleinere Zwischenfälle, wie etwa zu hartes Material, ein geringer Aufenthalt aus irgendeinem Grunde oder dgl., keinen so unmittelbar fühlbaren Einfluß auf den Verdienst des Arbeiters und die Kosten des Arbeitsstückes haben. Ebenso wie die anderen beiden zuletztgenannten Systeme setzt das Emerson-System allerdings eine genaue Vorausbestimmung der Normalzeit voraus und dürfte sich daher ebenso wie jene wohl in der Hauptsache nur für stark normalisierte oder Massenfabrikation eignen."

Über die voraussichtliche Gestaltung der amerikanischen Löhne in der nächsten Zukunft wäre noch folgendes zu sagen: Die Anwesenheit verschiedenartiger Rassen: Weiße, Neger und Mongolen, und die unterschiedliche Einschätzung ihrer Menschenwürde und Leistungsfähigkeit, ferner die Einwanderung, welche den Nachschub fremder Arbeitskräfte nach Bedarf ermöglicht und die Zusammensetzung des nationalen Arbeitskörpers in stetem Fluß hält, all dies ist für den Unternehmer resp. Arbeitgeber von Vorteil, für den Arbeitnehmer von Nachteil. Die amerikanische Großindustrie wird deshalb stets danach streben, den status quo aufrecht zu erhalten, um dadurch in der Lage zu bleiben, den Bestrebungen der Arbeiterverbände nach Lohnerhöhung einerseits durch Verwendung von Neger- und Kuliarbeit, anderseits durch den Import europäischer Gelegenheitsarbeiter, die alle nicht organisiert sind und zu jedem Preise arbeiten, das Gleichgewicht zu halten. Die Rassestreitigkeiten, wie wir sie kürzlich in Georgia beobachten konnten, entsprechen durchaus nicht den Interessen der Arbeitnehmer, sind auch zum Teil nur künstlich hervorgerufen, um bestimmte Ziele zu erreichen. So wird es das Bestreben der Arbeiterverbände sein müssen, die „Gleichberechtigung" der Neger nach dem Grundsatz „equal pay for equal work" durchzusetzen, ebenso wie das zur Abschwächung der Konkurrenz der weiblichen Arbeitskräfte gemacht wurde; ferner die Organisationsbestrebungen der farbigen Arbeiter zu fördern, um auf diese Weise die Arbeitgeber zu verhindern, das eine Kontingent gegen das andere auszuspielen.

Solange die Grenzen offen bleiben, und die Trusts das Einwanderungsgeschäft in den Händen halten, wird aber stets die Tendenz zur Erniedrigung der Löhne vorhanden sein, namentlich da sich der Charakter des Zustroms von Arbeitskräften resp. deren Qualität seit dem Jahre 1890 ganz wesentlich verschlechtert hat. Statt der Deutschen,

Angelsachsen und anderer nordischer Völker der früheren Tage kommen heute, wie wir anderwärts gesehen haben, Italiener, Armenier, Südslawen usw. überwiegend als Zuzug in Betracht, Leute, die meist ungeschult sind, keine Organisation besitzen, geringe Bezahlung beanspruchen und auf einem äußerst niedrigen Niveau der Lebenshaltung stehen.

Ein weiterer Faktor, der reduzierend und in beschränktem Maße auch nivellierend auf die Löhne wirkt, ist die fortschreitende Mechanisierung der Produktionsprozesse, die Massenherstellung von Stapelartikeln mittels automatischer Maschinen, welche von ungelernten Kräften bedient werden können. So stieg beispielsweise in der amerikanischen Seidenindustrie während der Dekade von 1890 bis 1900 die Zahl der Erwerbstätigen von 49 000 auf 65 000, ein Zuwachs von 32.5 %, und der ihnen gezahlte Lohnbetrag von 17.7 Millionen auf 20.9 Millionen Dollar, also nur um 18 %, während in demselben Zeitraum der Wert der maschinellen Ausstattung von 14.1 Millionen auf 20.7 Millionen Dollar stieg, also einen Zuwachs von 46.3 % aufwies. Ähnlich stieg in der Lederindustrie die Zahl der Erwerbstätigen von 42 000 auf 52 000, ein Zuwachs von 23 %, und der Betrag der ihnen gezahlten Löhne von 21.2 Millionen auf 22.5 Millionen, also kaum um 6 %, während der Wert der maschinellen Ausrüstung von 8 Millionen auf 15 Millionen Dollar stieg, eine Zunahme von nicht weniger als 86 %. Ähnliche Verschiebungen lassen sich in der Fabrikation von Stiefeln und Schuhen, Wagen, Papier- und Gummiwaren feststellen.

Ein letzter wichtiger Faktor, der auf Herabsetzung der Löhne hinwirkt, ist endlich die nachlassende Produktivität der amerikanischen Industrie. Wir haben während des letzten Konjunkturrückganges wiederholt beobachten können, wie die Unternehmer unter dem Druck der Verhältnisse nicht nur Betriebseinschränkungen vornahmen, sondern auch die Löhne in dem Maße herabsetzten, als die Profite sich infolge sinkender Nachfrage, weichender Preise und wachsender Konkurrenz (des Südens gegenüber dem Norden) verringerten. Es ist an anderer Stelle gezeigt worden, daß in dem Maße, als sich die amerikanische Industrie zu Stufen höherer Ordnung entwickelt, und die Rohstoffe zur Neige gehen, die Entlohnung des Kapitals bei stärkerer Beanspruchung für die Produktionseinheit sich in absteigender Richtung bewegen muß. Auch die Industrialisierung von Ländern wie Südamerika, Kanada und namentlich Japan mit seinem Überangebot von billigen und leistungsfähigen Arbeitskräften, und deren wachsende Anteilnahme an der Versorgung des Weltmarktes dürfte kaum dazu geeignet sein, die Löhne Nordamerikas, welche heute die höchsten der Welt sind, noch weiter zu steigern. Dieselben dürften vielmehr ihren Gipfelpunkt bereits überschritten haben und in Zukunft höchstens durch bessere

soziale Fürsorge eine gewisse Ergänzung erfahren, wenn auch gegenwärtig dazu noch recht wenig Aussicht und Neigung vorhanden ist.

Tabelle 5.

Wirkung der Arbeiterverbände auf Löhne und Arbeitszeiten in der Union.

| Berufstätigkeit | Organisation | Stunden pro Woche | Änderungen 1890—1906 1890 = 100 | Löhne pro Stunde Dollar | Änderungen 1890—1906 1890 = 100 | Bemerkungen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Bäcker, männlich .. | schwach | 60 | 91.8 | 0.25 | 127.4 | |
| Stiefel- u. Schuharbeiter ..... | ziemlich | 56 | 97,6 | 0.31 | 132.4 | |
| Maurer ..... | stark | 46 | 91.9 | 0.62 | 138.6 | 2—4 Monate i. Jahr ohne Beschäftigung |
| Bauarbeiter, männlich ..... | schwach | 54 | 95.4 | 0.19 | 122.5 | |
| Zimmerleute..... | ziemlich | 48 | 89.7 | 0.40 | 141.6 | |
| Zigarrenmacher, männlich..... | teilweise | 55 | 106.7 | 0.31 | 117.6 | starker Zustrom von Südländern |
| Zuschneider ..... | stark | 49 | 97.2 | 0.42 | 109.9 | Maschinenarbeiter, männlich |
| Setzer, männlich ... | stark | 51 | 92.8 | 0.35 | 120.3 | |
| Schaffner, Eisenbahn ..... | stark | — | — | 3.04 | — | pro Tag |
| Elektriker ..... | ziemlich | 48 | 87.0 | 0.40 | 152.5 | Leitungsleger für Hausanschlüsse |
| Lokomotivführer .. | stark | — | — | 3.65 | — | pro Tag |
| Glasarbeiter ..... | stark | 42 | 100.1 | 0.90 | 146.3 | höchster Lohn für Fensterglas |
| Granithauer ..... | stark | 47 | 91.3 | 0.43 | 121.7 | |
| Hutmacher, Kappen und Mützen .... | stark | 53 | 98.9 | 0.49 | 121.1 | |
| Hufschmiede ..... | schwach | 54 | — | 0.36 | — | |
| Hausschmiede ..... | ziemlich | 49 | — | 0.47 | — | |
| Eisenformer ..... | stark | 56 | 95.1 | 0.32 | 123.8 | Gießerei und Maschinenwerkstatt |
| Maschinenschlosser | ziemlich | 55 | 96.7 | 0.32 | 118.6 | Wagenbau |
| Metallpolierer..... | ziemlich | 54 | 92.8 | 0.30 | 117.7 | Messingteile im Wagenbau |
| Anstreicher..... | teilweise | 47 | 89.7 | 0.38 | 136.8 | |
| Pflasterer ..... | stark | 46 | 90.0 | 0.59 | 148.7 | |
| Klempner ..... | stark | 46 | 90.2 | 0.53 | 141.9 | |
| Drucker, männlich | stark | 55 | 98.7 | 0.22 | 118.6 | |
| Blecharbeiter ..... | stark | 47 | 90.5 | 0.42 | 145.1 | |
| Straßenreiniger .... | schwach | 48 | 91.0 | 0.22 | 114.9 | städtische Arbeiter Kontrakt: 56 Std. à 19Cents; Änderung: 93.3 und 139.8 |
| Eisenbahner, Zugbegleiter ..... | ziemlich | — | — | 1.90 | — | pro Tag |

Tabelle 6.

Verteilung der Einnahmen unter den Erwerbstätigen.

| Erwerbseinkünfte | Zahl der statistisch erfaßten Erwerbstätigen | Prozent der Gruppe | Absteigender Prozentsatz |
|---|---|---|---|
| Weniger als 3 Dollar | 132 064 | 4.0 | 100.0 |
| 3— 4 „ | 150 403 | 4.6 | 96.0 |
| 4— 5 „ | 194 301 | 5.9 | 91.4 |
| 5— 6 „ | 206 163 | 6.2 | 85.5 |
| 6— 7 „ | 262 531 | 8.0 | 79.3 |
| 7— 8 „ | 266 012 | 8.1 | 71.3 |
| 8— 9 „ | 255 458 | 7.7 | 63.2 |
| 9—10 „ | 378 009 | 11.5 | 55.5 |
| 10—12 „ | 439 208 | 13.3 | 44.0 |
| 12—15 „ | 464 875 | 14.1 | 30.7 |
| 15—20 „ | 390 367 | 11.8 | 16.6 |
| 20—25 „ | 106 700 | 3.2 | 4.8 |
| 25 und darüber | 51 728 | 1.6 | 1.6 |
| Insgesamt | 3 297 819 | 100.0 | — |

Tabelle 7.

Relative Bewegung der Löhne und Engrospreise.

| Jahr | Engros-Preise | Stadtlöhne (Gold) in 25 Berufen | Löhne in 192 Berufen | Landarbeiterlöhne (Gold) pro Monat ohne Verpflegung |
|---|---|---|---|---|
| 1875 | — | 88.11 | — | 92.9 |
| 76 | — | 85.65 | — | — |
| 77 | — | 88.21 | — | — |
| 78 | — | 90.66 | — | — |
| 79 | — | 91.12 | — | 88.3 |
| 80 | — | 91.94 | — | — |
| 81 | — | 94.59 | — | — |
| 82 | — | 96.16 | — | 101.7 |
| 83 | — | 97.05 | — | — |
| 84 | — | 97.83 | — | — |
| 85 | — | 97.15 | — | 96.6 |
| 86 | — | 97.15 | — | — |
| 87 | — | 97.93 | — | — |
| 88 | — | 98.52 | — | 98.0 |
| 89 | — | 98.82 | — | — |
| 90 | — | 99.31 | — | 98.6 |
| 91 | 95 | 100.00 | 100.00 | 100.0 |
| 92 | 90 | 100.59 | 100.30 | — |
| 93 | 90 | 99.94 | 99.32 | 102.6 |
| 94 | 82 | 97.98 | 98.06 | 95.4 |
| 95 | 81 | 97.19 | 97.88 | 95.1 |
| 96 | 77 | 96.60 | 97.93 | — |
| 97 | 73 | 96.11 | 98.96 | — |
| 98 | 79 | 95.62 | 98.79 | 104.2 |
| 99 | 77 | — | 101.54 | 108.7 |
| 1900 | 90 | — | 103.43 | — |
| 1901 | 88 | — | — | — |

Tabelle 8.

Relativziffern bezogen auf den Durchschnitt von 1890—99 = 100.

| Jahr | Angestellte | Arbeitsstunden pro Woche | Löhne pro Stunde | Vollwöchentliche Einnahmen pro Angestellten | Kaufpreise von Nahrungsmitteln, bewertet nach dem Familienverbrauch | Kaufkraft, gemessen an den Nahrungsmittelverkaufspreisen nach | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | Stundenlöhnen | vollwöchentlichen Einnahmen pro Angestellten |
| 1890 | 94.8 | 100.7 | 100.3 | 101.0 | 102.4 | 97.9 | 98.6 |
| 91 | 97.3 | 100.5 | 100.3 | 100.8 | 103.8 | 96.6 | 97.1 |
| 92 | 99.2 | 100.5 | 100.8 | 101.3 | 101.9 | 98.9 | 99.4 |
| 93 | 99.4 | 100.3 | 100.9 | 101.2 | 104.4 | 96.6 | 96.9 |
| 94 | 94.1 | 99.8 | 97.9 | 97.7 | 99.7 | 98.2 | 98.0 |
| 95 | 96.4 | 100.1 | 98.3 | 98.4 | 97.8 | 100.5 | 100.6 |
| 96 | 98.6 | 99.8 | 99.7 | 99.5 | 95.5 | 104.4 | 104.2 |
| 97 | 100.9 | 99.8 | 99.6 | 99.2 | 96.3 | 103.4 | 103.0 |
| 98 | 106.4 | 99.7 | 100.2 | 99.9 | 98.7 | 101.5 | 101.2 |
| 99 | 112.1 | 99.2 | 102.0 | 101.2 | 99.5 | 102.5 | 101.7 |
| 1900 | 115.6 | 98.7 | 105.5 | 104.1 | 101.1 | 104.4 | 103.0 |
| 01 | 119.1 | 98.1 | 108.0 | 105.9 | 105.2 | 102.7 | 100.7 |
| 02 | 123.6 | 97.3 | 112.2 | 109.2 | 110.9 | 101.2 | 98.5 |
| 03 | 126.5 | 96.6 | 116.3 | 112.3 | 110.3 | 105.4 | 101.8 |
| 04 | 125.7 | 95.9 | 117.0 | 112.2 | 111.7 | 104.7 | 100.4 |
| 05 | 133.6 | 95.9 | 118.9 | 114.0 | 112.4 | 105.8 | 101.4 |
| 06 | 142.9 | 95.4 | 124.2 | 118.5 | 115.7 | 107.3 | 102.4 |

Tabelle 9.

Durchschnittswochenlöhne für Tagarbeiter, Stückarbeiter und für beide in Massachusetts.

| Industrien | Tagarbeiter | Stückarbeiter | Tag- u. Stückarbeiter |
|---|---|---|---|
| Landwirtschaftliche Geräte | $ 9.94 | $ 14.27 | — |
| Handwerkzeuge | 11.88 | 10.81 | — |
| Stiefel und Schuhe | 14.53 | 11.42 | — |
| Ziegel | 8.63 | — | — |
| Baugewerbe | 14.99 | — | — |
| Teppichzeug | 5.96 | 6.56 | — |
| Fuhrwerk | 12.80 | 14.90 | — |
| Kleider | 9.17 | 10.46 | $ 10.43 |
| Baumwollwaren | 6.61 | 6.31 | — |
| Flachs- und Jutewaren | 6.48 | 5.55 | — |
| Nahrungsmittelbereitung | 10.08 | 6.65 | — |
| Möbel | 11.16 | 11.35 | 7.69 |
| Glas | 12.83 | 9.62 | — |
| Hüte aus Pelz, Wolle, Seide | 9.73 | 11.75 | 9.00 |
| Strumpfwaren | 8.69 | 6.48 | — |
| Likör | 12.86 | 13.13 | — |
| Kraft- und Arbeitsmaschinen | 11.96 | — | 9.43 |

| Industrien | Tagarbeiter | Stückarbeiter | Tag- u. Stückarbeiter |
|---|---|---|---|
| Metall und Metallwaren | $ 11.55 | $ 10.74 | $ 11.92 |
| Druck und Verlag | 11.36 | 11.40 | — |
| Drucken, Färben, Bleichen u. Fertigstellen von Baumwolltextilwaren | 8.68 | 7.63 | — |
| Stein | 13.54 | 15.01 | — |
| Holzwaren | 13.51 | 8.55 | — |
| Wollwaren | 6.79 | 7.01 | — |
| Kammgarngespinste | 7.39 | 7.21 | — |

Tabelle 10.

Vergleich der gebräuchlichsten Lohnsysteme.

| Klassifizierung | Zahl der Industrien | Durchschn.-Wochenlöhne |
|---|---|---|
| Tagarbeiter | 24 | $ 10.46 |
| Stückarbeiter | 21 | 9.85 |
| Tag- und Stückarbeiter | 5 | 9.69 |

*Anmerkung.* Streiks in den Vereinigten Staaten. Aus Philadelphia wird dem B. T. unter dem 16. Juli geschrieben: Kaum ist die Krise überstanden, und kaum hat die Industrie wieder einen Aufschwung genommen, so häufen sich auch schon wieder die Streiks. Kein Tag vergeht, an dem nicht von neuen Störungen der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu berichten ist. Diese Erscheinung wird um so befremdlicher, wenn man in Rechnung zieht, daß die Arbeiterschaft kaum in der Lage ist, längere Streiks erfolgreich durchzuführen, da die lange Arbeitslosigkeit die arbeitenden Klassen in erster Linie getroffen hat. Trotzdem scheint die Streiklust eher zu- als abzunehmen, und die Frage, weshalb gerade jetzt zu diesem Gewaltmittel geschritten wird, bedarf einer kurzen Beantwortung. Die Ursachen sind so verschieden wie die Arbeiterklassen, die sich zum Streiken entschlossen haben. Allein in dem Hauptstreikgebiet Pittsburg, wo bereits blutige Zusammenstöße mit der Polizei und Gendarmerie stattgefunden haben, sind vier vollkommen getrennte Streiks zu unterscheiden. Der größte Streik ist der Streik der organisierten Kohlenarbeiter gegen die Pittsburg Coal Co., er betrifft mehr als 15 000 Mann. Die Arbeiter behaupten Verletzung des mit ihnen geschlossenen Lohnvertrages, treffen aber auf den entschiedenen Widerstand der nationalen Union, die durch ihre Exekutive heute zum zweiten Male nachdrücklichste Wiederaufnahme der Arbeit angeordnet hat. Auf die Dauer werden sich die Arbeiter dieser Anordnung nicht widersetzen, und es kann erwartet werden, daß friedliche Verhandlungen und Wiederaufnahme der Arbeit die jetzigen Störungen in der allernächsten Zeit ablösen werden. Der Streik verlief ruhig. Der zweite Streik ist der der Pressed Steel Car Co. Er betrifft 3500 Mann, unter denen eine große Anzahl Ausländer, und hat leider zu den schwersten Ausschreitungen geführt. Die Leute beschweren sich über zu geringe Löhne und besonders auch über ein neues Zahlsystem, das „Pooling", wonach Stücklöhne erst nach Fertigstellung der ganzen Arbeit bezahlt werden. Außerdem werfen die Arbeiter den Meistern und Beamten Bestechlichkeit vor. Beim Eintritt müsse jeder Arbeiter dem Meister, der ihn einstelle, je nach seiner Stellung 10 Dollars und mehr bezahlen. Nach mehrwöchiger Beschäftigung werde dann Entlassung angedroht, falls nicht neuerdings das Wohlwollen der Meister durch eine kleine Gefälligkeit gesichert werde.

Der grundsätzlich bedeutendste Streik ist von der Amalgamated Association of Iron, Steel and Tin Workers gegen die U. S. Steel Corporation bzw. gegen deren Mitglied, die American Sheet and Tin Plate Company, eingeleitet worden. Ursache ist in diesem Falle die Öffnung der Anlagen für Nichtunionarbeiter. Es sind siebentausend Mann im Ausstand, zu denen noch die letzte große Gruppe der Plate Workers Association kommt, die die Arbeit in den Anlagen der American Sheet and Tin Plate Company in New Castle, Pa. eingestellt hat, nachdem der laufende Lohnvertrag abgelaufen war. Dieser Streik von 10 000 Mann verläuft bis jetzt ruhig; für den Fall des Versuches, die Unionanlagen mit Streikbrechern in Betrieb zu nehmen, werden aber Unruhen wohl mit Recht befürchtet. Die Korporation findet jedenfalls bedeutend größere Hindernisse die „Open-Shop"-Politik durchzuführen, als erwartet wurde, und von Arbeiterseite wird erklärt, daß auch die Arbeiter in den Werken der Nichttrustmitglieder sich dem Streik anschließen werden.

## 3. Lehrlingswesen.

Während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Lehrlingsfrage für die Arbeiter Amerikas eine schwierige. Bereits im Juni des Jahres 1803 faßte die Philadelphia Typographical Society eine Resolution, wonach „kein Mitglied dieser Gesellschaft auf die Gefahr der Ausstoßung hin an der Druckerpresse in Gemeinschaft mit solchen Personen arbeiten durfte, die nicht eine bis zum 21. Lebensjahr dauernde richtige Lehrlingsausbildung genossen hatten". Im Jahre 1807 hielt dieselbe Organisation eine Konferenz mit den Druckereimeistern ab und verlangte, daß nur i h r e Mitglieder oder „wenigstens Leute, die eine richtige Lehrzeit durchgemacht hatten", beschäftigt werden sollten. Im Jahre 1808 setzte der Verband das Eintrittsalter für Lehrlinge auf 18 Jahre fest, und ein Jahr später bestimmte er, daß die Lehrzeit für Drucker und Setzer 3 Jahre dauern sollte. Erst im Jahre 1835 finden wir einen von der New Orleans Typographical Society ausgehenden Versuch, die Z a h l der Lehrlinge durch Resolution zu begrenzen.

Um jene Zeit macht sich der Widerstand gegen den Mißbrauch des Lehrlingssystems durch die Unternehmer in den verschiedenen Industriezweigen bereits allgemein bemerkbar. „Alle Sessionen der gewerblichen Organisationen", sagt Powderly von der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, „waren ausschließlich mit zwei Diskussionen beschäftigt, mit der Lohnfrage und mit der Regelung der Lehrlingszahl; alles andere war von untergeordneter Bedeutung." Die Unternehmer hatten es eben von jeher als ihr gutes Recht betrachtet, so viel Lehrlinge anzustellen, als ihnen passend dünkte. Mit der Einführung der arbeitsparenden Maschinen konnten die letzteren aber ebensoviel und zu billigerem Preise produzieren als die gelernten Arbeiter, die eine reguläre Lehrzeit durchgemacht hatten. Um diesen Übelstand zu beseitigen, wurden damals unter den besseren Arbeitern zahlreiche Verbände gegründet. Die National Association of Hat Finishers war eine der ersten,

welche zu diesem Zweck ins Leben trat (1854); darauf folgte die Iron Molders Union of America (1859). Bis dahin war jeder Formergeselle gezwungen gewesen, zwei Lehrlinge zu stellen und zu belehren, und erst durch ihren Zusammenschluß wurde diesem schädlichen System ein Ende bereitet.

Die kurzlebige National Labor Union von 1860 erklärte sich „für eine strengere Durchführung des Lehrlingssystems, um zu verhüten, daß die Werkstätten mit Pfuschern gefüllt werden". Die Industrial Brotherhood schloß sich ihr im Jahre 1874 an, indem sie in ihren Satzungen erklärte, daß sie für „eine Erhöhung des Standards der amerikanischen Mechaniker durch Einführung und Durchsetzung geeigneter Lehrlingsbestimmungen" einträte. Die Erklärungen anderer Verbände aus jener Zeit bewegen sich alle in derselben Richtung. In den darauf folgenden Jahren waren die Maßnahmen der Unions zur Ausrottung der Übelstände des bisherigen Lehrlingswesens so erfolgreich, daß die Frage für lange Zeit weder von seiten des Publikums noch von seiten der Arbeiter selbst angeschnitten wurde.

Daß die Bedeutung der Lehrlingsfrage damals tatsächlich im Abnehmen begriffen war, geht auch deutlich aus der Streikstatistik hervor. Denn die Zahl der zwecks Durchsetzung von Lehrlingsbestimmungen erklärten Streiks zeigte eine stark sinkende Tendenz. In der Zeit von 1881 bis 1886 wurden nur noch $1^1/_{10}$ % sämtlicher Streiks aus diesem Grunde unternommen, und in der Periode von 1881 bis 1900 war die Zahl noch weiter auf $^{78}/_{100}$ % gesunken. Das wird auch weiter durch die Tatsache erhärtet, daß der Census des Jahres 1900 nur von 81 482 Lehrlingen und Gehilfen in 16 Gewerben und anderen Industriezweigen berichtet das sind nur 2.45 % sämtlicher in diesen Erwerbszweigen tätigen Arbeiter. An die Stelle des Lehrlingsüberflusses von ehedem ist also heute ein Lehrlingsmangel getreten.

Dieser Mangel bildet die Grundlage der neueren Agitation der Unternehmerverbände gegen die Unions. Sie behaupten, daß die Unions durch ihre willkürlichen Beschränkungen dafür verantwortlich zu halten sind, daß es heute fast unmöglich ist, eine genügende Zahl gelernter Mechaniker für industrielle Betriebe zu bekommen. Sie gebrauchen dasselbe Argument, das die Unions einst mit Erfolg ins Treffen führten, nämlich, „daß die Werkstätten sich mit Pfuschern füllen, und daß Handel und Gewerbe ruiniert würden, wenn nicht hochwertige Arbeitskräfte beschafft würden."

Die Quellen, aus denen die größeren Fabriken früher ihren Bedarf an gelernten Arbeitern deckten, nämlich die kleineren Werkstätten und die Einwanderung, sind praktisch versiegt. Denn die größeren Werke haben die kleineren aufgesogen, und der Hauptstrom der Zu-

wanderer kommt nicht mehr aus den Industrieländern des nördlichen Europas, sondern aus den südlichen Ländern, da im Norden die Lebensbedingungen sich so günstig gestaltet haben, daß die Arbeiter im eigenen Lande Genüge finden. Diese Unmöglichkeit der Bedarfsdeckung an Lehrlingen und geschulten Arbeitern hat nun in Amerika die Forderung nach Errichtung von Handarbeits-, Handwerker- und Gewerbeschulen, wie überhaupt nach industrieller Erziehung nach dem Muster der europäischen Kulturländer ausgelöst.

Die Aufrichtigkeit der Forderung der Unternehmer nach hochwertigeren Arbeitskräften wird aber von den Unions oder Verbänden stark in Zweifel gezogen und mit Recht. Denn die allgemeine Tendenz geht heute auf Ausschaltung der hochwertigen und teuren Arbeitskräfte hin, und auf deren Ersetzung durch automatische Maschinen, die von billigen und ungelernten Arbeitern bedient werden können. Die Unternehmer trachten vielmehr nach der Durchsetzung des „open shop", d. h. der Möglichkeit, nach Belieben auch Nichtverbandsmitglieder einzustellen, wie überhaupt die Organisationsbestrebungen der Arbeiter nach Kräften zu schwächen.

Die Arbeiter sind der Meinung, daß solche Schulen das Arbeiterangebot bedeutend vergrößern, den Existenzkampf erschweren und die Beschäftigungsdauer, die ohnehin wegen der häufigen Konjunkturstockungen nichts weniger als stabil ist, noch weiter beschränken würden. Sie befürchten weiter, daß junge Leute, die ihr Gewerbe in der Schule erlernen, anstatt in gemeinsamer Arbeit mit Verbandsmitgliedern „upon the job", sich Ideen und Meinungen aneignen könnten, die denen der Arbeiterinteressen entgegengesetzt sind, und daher die gemeinsame Aktion der gesamten Arbeiterschaft zur Besserung ihrer Lage gefährden könnten. Es ist unmöglich heute den Ausgang der Agitation für industrielle Erziehung und Gewerbeschulen vorauszusagen. Einige Unions sind bereit, an der Errichtung von Lehrschulen mitzuarbeiten, falls sie die Leitung derselben in der Hand behalten. So besteht z. B. ein ständiges Übereinkommen zwischen der Mason Builders Association und der Bricklayer's Union von Boston und Umgebung, wonach die beiden Verbände sich gemeinschaftlich bemühen wollen, in benannter Stadt ein Institut zu errichten, wo alle Gewerbszweige systematisch gelehrt werden, und für das sie gemeinsam die Oberaufsicht und Erhaltung zu übernehmen sich verpflichten.

In der überwiegenden Zahl der gewerblichen Betriebe hat allerdings die industrielle Entwicklung der Neuzeit die Beibehaltung des alten Lehrlingssystems unnötig gemacht. In einigen, wie z. B. Steinmetzerei, Zimmerei, Maurerei usw. kann ein solches System aber noch mit Vorteil verwendet werden. Unter den großzügigen Produktions-

verhältnissen, wie sie in Amerika vorherrschen, ist es jedoch zumeist unnötig, daß ein Arbeiter erst als Lehrling anfängt und alle einzelnen Zweige seines Gewerbes systematisch erlernt. Spezialisierung, weitgetriebene Arbeitsteilung und die ausgedehnte Anwendung von Arbeitsmaschinen sprechen dagegen. In den Durchschnittsfabriken werden nur ein oder zwei gründlich durchgebildete Mechaniker gebraucht, die übrigen Leute sind „machine hands", d. h. Arbeiter, die der automatischen Maschine das Material zuführen und nur einen Teil des Fertigproduktes herstellen. In der Mehrzahl der Fälle ist es dem Arbeiter unmöglich, alle Zweige seines Berufes zu erlernen, auch wenn er wollte, weil es selten vorkommt, daß die sämtlichen verschiedenen Funktionen in demselben Etablissement vereinigt sind. Um also alles zu lernen, was not tut, müßte der Lehrling die Fabrik wechseln, und das verträgt sich schwer mit einem geregelten Lehrgang.

Außerdem erzeugt man in Amerika, infolge des großen und gleichförmigen Marktes, fast ausschließlich „standardized goods", d. h. Normalprodukte, Stapelartikel, Massengüter, bedarf deshalb weniger der geschickten Arbeitskräfte als wir in Deutschland, wo wir uns, um den Auftrag zu bekommen, oft nach den individuellen Wünschen der Kunden richten müssen. Weiter versteht der Arbeitgeber in modernen Betrieben (der nicht wie ehedem aus dem kleinen Betriebe herauswächst) selten sein Gewerbe gut genug, um seine Lehrlinge selbst unterweisen zu können, wenn er solche hat, oder auch nur ein Interesse an deren Entwicklung zu nehmen. Er geht in der Verwaltung seines Geschäftes auf und weiß oft wenig von dessen mechanischen Prozessen. Besonders in den großen Trustunternehmungen, wie überhaupt in den modernen Kapitalgesellschaften, ist die Erzielung hoher Dividenden für die Betriebsleitung die Hauptsache. Um die Erziehung eines tüchtigen industriellen Nachwuchses, der den Betrieb nur stört und verteuert, kümmert sich niemand, da staatlicher Eingriff in Amerika nicht in Frage kommt. Auch die Arbeiter, sofern sie nicht dafür bezahlt werden, haben kein Interesse daran, den Lehrlingen etwas beizubringen. Die letzteren sind sich also selbst überlassen und darauf angewiesen, sich durch B e o b a c h t u n g zu bilden.

Die große Mehrheit der Knaben, die in Amerika in die Fabriken gehen, ist aber nicht gewillt, 3 oder 4 Jahre auf Erlernung eines Berufes anzuwenden. Sie wollen Geld verdienen, und ein Posten an der Maschine ist einträglicher und schneller zu erlangen als ein regelrechtes Gewerbe*). Dasselbe will auch der Unternehmer, dem viel mehr daran ge-

*) Mir ist ein Fall aus Syracuse, N. Y. bekannt, wo Professor Sweet eine gewerbliche Fortbildungsschule ins Leben gerufen hat und nun die jungen Leute bezahlen muß, damit sie hinkommen und sich unterrichten lassen.

legen ist, daß seine Arbeiter rasch arbeiten und viel produzieren, als daß sie alle Zweige ihres Gewerbes kennen lernen, wie die Verbände das für den Ausbildungsgang vorschreiben. Der Unternehmer sagt sich sehr richtig, daß, selbst wenn er den Lehrlingen ihr Gewerbe gründlich beibrächte, sie ihn nach beendigter Lehrzeit doch verlassen würden, um anderswo, vielleicht bei der Konkurrenz, mehr zu verdienen. Der stark entwickelte Erwerbstrieb, sowie die Sucht der Amerikaner nach augenblicklichen Vorteilen hindert also die Gesundung des Lehrlingswesens, ebenso wie ihre automatische Produktionsweise retardierend wirkt. Die bereits erwähnte Unsicherheit der Geschäftslage in der Union ist ein anderer Faktor, der mit in Betracht kommt, da Paniken, Streiks und Konkurse einen großen Teil der Leute zwingen, von einem Werk zum andern zu wandern, um nach Arbeit zu suchen, ein Zustand der Existenzunsicherheit, der die systematische Durchführung der industriellen Erziehung des Nachwuchses zur Unmöglichkeit macht.

Mehrere der großen Korporationen, besonders in der Metallindustrie, haben sehr gut organisierte Lehrlingskurse in ihren Werken eingeführt, so besonders die Baldwin Locomotive Works wie auch die großen Eisenbahngesellschaften, und bestehen darauf, daß die jungen Leute einen ganz bestimmten Lehrgang durchmachen. Bei einigen dauert die Lehrzeit 3, bei anderen 4 Jahre. Einige schließen einen Vertrag mit dem Lehrling, andere treffen ein Übereinkommen, wonach derselbe einen bestimmten Geldbetrag deponieren muß zum Beweise der Ernsthaftigkeit seiner Absicht, die Lehrzeit durchzuhalten. Der Betrag wird ihm am Ende der Lehrzeit zurückerstattet (falls das Unternehmen noch im Gange ist) mit einer zusätzlichen Gratifikation für gutes Verhalten. Die den Lehrlingen gezahlten Löhne wechseln sehr stark, sowohl nach den Firmen, als nach der Länge der zurückgelegten Lehrzeit. Sie genügen aber, um ihn während der Lehrzeit über Wasser zu halten.

Was die Vorschriften der Arbeiterverbände über das Lehrlingswesen anlangt, so seien hier aus dem Chaos von Verordnungen einige wesentliche Punkte herausgegriffen. Die Lehrlingsregeln werden gewöhnlich von der National Union mehr oder weniger genau festgelegt, doch geschieht es selten, daß dieselben von den Lokalverbänden strikt befolgt werden. Die local unions sind vielmehr berechtigt, die Bedingungen nach den örtlichen Verhältnissen zu ändern. Die Durchschnittslehrzeit ist auf 3 bis 4 Jahre festgesetzt, doch wird in einzelnen Zweigen längere, in einzelnen kürzere Zeit gefordert. So z. B. verlangen die Uhrgraveure in New York 5 Jahre, die Elektrizitätsarbeiter dagegen nur 2 Jahre. Als allgemeine Norm gilt, daß der Lehrling seine Lehrzeit vor Vollendung des 16. oder 17. Lebensjahres antreten muß, während die obere Grenze gewöhnlich auf 21 Jahre festgesetzt ist. Geld und gute

Worte wirken aber, wie überall in Amerika, so auch bei den Unions Wunder.

Es ist üblich, daß die Verbände die Zahl der vom Arbeitgeber anzunehmenden Lehrlinge begrenzen. In einigen Berufen, z. B. bei den Steinmetzen, ist die Zahl sehr gering, nämlich ein Lehrling auf 15 Hauer. In anderen ist die Zahl sehr viel größer, z. B. erlauben die Drucker, Taschen- und Kofferarbeiter einen Lehrling auf 4 Gesellen. In einzelnen Fällen sind die Lehrlinge den Gesellenverbänden affiliiert, manchmal bilden sie eigene Vereine, meist aber sind sie nicht organisiert. In einzelnen Gewerben müssen sie mehr Stunden am Tage arbeiten als die Gesellen, werden dann aber auch in allen Zweigen ihres Gewerbes unterrichtet. Nach den Bestimmungen der New York Electrical Worker's Union ist ein Lehrling „ein in den Registern des Verbandes geführter Knabe, der damit beschäftigt wird, Botengänge zu besorgen, Materialien zu tragen, die Schränke zu beaufsichtigen und den Gesellen Handreichungen zu machen. Er darf aber nicht dem Gesellen in die Arbeit pfuschen und mit Werkzeugen hantieren." Weitere Bestimmungen gehen dahin, daß der Lehrling unter 18 Jahren alt sein muß und eine zweijährige Lehrzeit durchzumachen hat. Jede Werkstatt darf einen Lehrling auf 10 Gesellen einstellen. Die United Association of Journeymen Plumbers erlaubt einen Lehrling pro Werkstatt. Die International Association of Machinists erlaubt einen auf 5 Gesellen; die Iron Molder's Union einen auf 8 Gesellen; die Typographical Union einen auf 7 Gesellen; die Cigar Maker's Union einen auf 5 Gesellen.

Das von der Mason Builder's Association und den Bricklayer's Unions in und um Boston eingeführte Lehrlingssystem ist so eigen, daß es hier Erwähnung verdient. Danach ist die Zahl der Lehrlinge, welche der Unternehmer einstellen darf, nicht beschränkt. Nur wird gefordert, daß der Lehrling nicht unter 16 und nicht über 21 Jahre alt ist, daß er eine dreijährige Lehrzeit durchmacht, und daß er die englische Sprache in Wort und Schrift beherrscht. Ein Komitee aus Arbeitgebern und Verbandsmitgliedern zusammengesetzt kann zwecks Entscheidung über vorkommende Streitfälle sowohl vom Lehrling als vom Unternehmer angerufen werden. Die Lohnhöhe für den Lehrling ist auf 11 Cents pro Stunde im ersten Jahre, 12 Cents im zweiten, 13 Cents im dritten und 15 Cents pro Stunde in jedem weiteren Jahr, das sie unter dem Lehrvertrage durchmachen mögen, festgesetzt. Die Löhne werden wöchentlich gezahlt. Außerdem empfängt der Lehrling noch eine Gratifikation von 50 Dollar im ersten und 75 Dollar in jedem folgenden Jahre, die vierteljährlich zu verabfolgen ist. Ein Lehrling darf nicht in die Bricklayer's Union des betreffenden Ortes aufgenommen werden, wenn er nicht eine Legitimationskarte aufweist, aus welcher hervor-

geht, daß er die nach dem Abkommen vorgeschriebene Lehrzeit beendigt hat.

Als typisch für die heute bestehenden Zustände sind die Resultate einer kürzlich vom Kommissar des Staates California angestellten Untersuchung anzusehen. Danach besaßen im Jahre 1904 von sämtlichen in die Enquete einbezogenen Gewerben 13.4 % gar kein Lehrlingssystem, und 30.9 % der übrig bleibenden legten dem Unternehmer keinerlei Beschränkungen bezüglich der Zahl der anzunehmenden Lehrlinge auf. Die Lehrzeit schwankte zwischen 2 und 5 Jahren, 3 bis 4 Jahre überwogen; 16 bis 18 Jahre war die untere Altersgrenze, bis zu welcher Lehrlinge eingestellt wurden. Sämtliche Staaten der Union mit Ausnahme von Idaho, Wyoming und Nebraska haben in ihren Statutenbüchern sorgfältig ausgearbeitete Gesetze, die das Lehrlingswesen betreffen. Diese Gesetze sind heute überflüssig geworden und durch die Vorschriften der Arbeiterverbände ersetzt. Wieder ein Fall, wo die Privatwirtschaft mangels staatlichen Prestiges die Gesetzgebung selber in die Hand nimmt. Soweit sich ermitteln läßt, hat bisher noch kein Gerichtshof der Vereinigten Staaten über die Regelung oder Beschränkung des Lehrlingswesens eine Entscheidung gefällt.

Die heutige Auffassung der beteiligten Kreise läßt sich wie folgt kurz zusammenfassen: Die Unternehmer behaupten, daß die Arbeiterverbände durch Beschränkung der Lehrlingszahl versuchen, Alleinherrschaft in den Gewerben zu erlangen, daß sie Hunderte von jungen Leuten hindern, einen regelrechten Beruf zu erlernen, und daß sie die Entwicklung der Industrie dadurch zurückhalten. Die Unions anderseits versichern, daß sie nicht den Wunsch hegen, ein Monopol zu erringen, daß, wenn die Lehrlingszahl nicht beschränkt würde, die gelernten Arbeiter bald durch unwissende und billige Lehrlinge ersetzt wären, daß das Ansehen der Gewerbe infolgedessen zurückgehen, die Löhne sinken, und die Beschäftigungsdauer noch weniger stabil werden würde, als sie jetzt schon ist. Sie weisen dabei auf die Zustände hin, wie sie zu einer Zeit vorherrschten, als die Arbeiter mangels genügender Organisation noch nicht in der Lage waren, die Beschränkungen und Regelungen des Lehrlingswesens durchzusetzen. Sie behaupten ferner, daß die Unternehmer allein für den Mangel an gelernten Arbeitern verantwortlich sind, weil sie sich aus Engherzigkeit oft weigern, so viel Lehrlinge aufzunehmen, als die Unions zulassen. Die Arbeitgeber seien zu tadeln wegen ihres Mangels an Weitsicht, indem sie in der Sucht nach unmittelbarem Profit danach trachten, daß ihre Angestellten möglichst rasch arbeiten und viel fertigstellen, als daß sie sich im Interesse künftiger Entwicklung eine gründliche Kenntnis ihres Gewerbes aneignen. Die Unions stellen endlich fest, daß es nur ihrer organisatorischen

Tätigkeit zu danken ist, wenn die Arbeitsbedingungen auf einem Niveau erhalten werden, das es den jungen Leuten lohnend macht, ein Handwerk oder Gewerbe zu erlernen. Bei normaler Konjunktur, bei einer Durchschnittslehrzeit von 3 Jahren und einem Verhältnis von Lehrling zu Gesellen wie 1 zu 5 könnte der gegenwärtige Bestand an Gesellen in der Union alle 15 Jahre verdoppelt werden. Es gibt aber wenige Gewerbe, in denen ein so rascher Wechsel stattfindet. Deshalb ist es nicht unbedingt nötig, das Verhältnis auf 1 zu 5 festzulegen.

Eine wertvolle Ergänzung erfahren die vorstehenden Ausführungen durch die Beobachtungen des Ingenieurs F. Kerner, Pittsburg, Pa., welche in „Technik und Wirtschaft"*) veröffentlicht wurden und in folgendem wiedergegeben sind:

„Woher nehmen wir unseren Nachwuchs an allseitig gebildeten Handwerkern? Das ist die Frage, die seit mehreren Jahren in den gemeinschaftlichen Besprechungen amerikanischer Industrieller immer wieder und wieder auftaucht. Woher nehmen wir unsere Werkmeister, Monteure und Werkzeugmacher?

Hat die Großindustrie es mit sich gebracht, daß die stets fortschreitende Teilung in einzelne Arbeitsleistungen und der Ersatz menschlicher Geschicklichkeit durch vollendete Maschinen es einzelnen ganz ungelernten Kräften ermöglichte, vollständig zufriedenstellende Arbeit hervorzubringen, so hat sich anderseits durch den gleichzeitigen Aufschwung der Industrie ein erhöhter Bedarf an solchen Arbeitern eingestellt, die imstande sind, Arbeiten zu verteilen und zu leiten, selbstständige Arbeiten ohne Überwachung auszuführen und feingearbeitete Behelfe zur Massenfabrikation herzustellen.

In früherer Zeit, als die Großindustrie den kleinen Meister noch nicht verdrängt hatte, war die Sache allerdings leicht. Der Meister hatte genug Zeit, Lust und Opfermut, seinen Lehrjungen, der ein Teil seiner Familie wurde, in die Geheimnisse seines Gewerbes einzuweihen und ihn zum tüchtigen Arbeiter und Menschen heranzubilden. Hingegen in unserer jetzigen Zeit! Wo kann der Lehrjunge Platz finden in der Hetze, Spezialisierung und Sparsamkeit der modernen Großwerkstätte! Und so ist denn die Frage des Nachwuchses derzeit brennender denn je.

Die Quelle, aus der die amerikanische Industrie ihren Bedarf an allseitig gebildeten Handwerkern zeitweise deckte, die eingewanderte und besonders die deutsche Arbeiterschaft, ist so gut wie versiegt. Und angesichts des heutigen wirtschaftlichen Aufschwunges des Deutschen Reiches ist es fast unmöglich, Arbeiter von dort zur Auswanderung

*) Beiblatt der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure, Julius Springer, Berlin.

zu bewegen. Ich erinnere mich einer mir von einem Werkmeister einer ersten amerikanischen Firma gemachten Mitteilung. Als die Firma in England ein Tochterunternehmen gründete, wurde er, um dieses teilweise neu einzurichten, nach dort gesandt und hatte gleichzeitig den Auftrag, Arbeiter aus Deutschland (Werkzeugmacher) anzuwerben. Seine Reise nach Deutschland blieb infolge der außerordentlichen Lohnansprüche der betreffenden Arbeiter erfolglos. Die Auswanderung aus Deutschland hat eben in den letzten Jahren ihren Reiz für den Arbeiter verloren.

Und so haben denn die amerikanischen Industriellen in den letzten Jahren erhöhte Anstrengungen machen müssen, um das alte Lehrlingswesen neu zu beleben. Manche der Anstrengungen waren von Erfolg begleitet, manche waren es nicht. In der Regel nahm man eine Reihe von Lehrlingen auf, die durch alle Mittel amerikanischer Reklame angelockt wurden, und setzte sie ohne weiteres System in die Werkstätte, wo sie auf Gnade und Ungnade dem Werkmeister ausgeliefert waren. Der Betriebsleiter war gleichzeitig Vorgesetzter der Lehrlinge. Nun ist es aber die Pflicht des Werkmeisters, am Schluß des Monats Berichte über seine Abteilung abzugeben, und diese gipfeln in dem Quotienten aus Geldaufwand und Arbeitsleistung. Da man jedoch die Fortschritte in der Erziehung des Lehrlings nicht auf das Haben des Abteilungskontos buchen kann, sondern bloß die von ihm geleistete effektive Arbeit, so war sein Schicksal auch besiegelt. Der Werkmeister setzte ihn an irgendeine einfache und sich stets wiederholende Arbeit und ließ ihn daselbst sitzen und billige und gute Arbeit machen, bis sich endlich doch sein oder des Betriebsleiters Gewissen regte und man nun dem Lehrling eine andere Arbeit gab. Das dauerte aber mitunter sehr lange. Mir ist unter vielen anderen ein Fall bekannt, wo ein Lehrling einer amerikanischen Firma, die auf ihr Lehrlingswesen übrigens sehr stolz ist, durch volle 9 Monate seiner vierjährigen Lehrzeit zu nichts anderem verwendet wurde als zum Hin- und Hertragen von Werkzeug aus dem Werkzeuglager. Einsichtige Firmen suchten derartigen Schäden, die das ganze Lehrlingswesen zu vernichten drohten, dadurch abzuhelfen, daß irgendein verdienstvoller Beamter, der genügende allgemeine Bildung und pädagogisches Talent, gepaart mit Liebe zur Jugend und Taktgefühl, besaß, an die Spitze der Lehrlingsgruppe gestellt und übrigens vom Betriebsleiter unabhängig gemacht wurde. Sein Amt war es, das Lehrlingswesen in feste Regeln zu bringen, sich des Lehrlings in allen Fragen, die seine Ausbildung und zum Teil auch sein privates Leben betrafen, als wahrer Freund anzunehmen und die Interessen des Lehrlings dem Betriebsleiter und Werkmeister gegenüber zu wahren. Dieses Verfahren war ein bemerkenswerter Fortschritt

gegenüber dem früheren, doch auch hier war es in der Mehrzahl der Fälle nicht möglich, den Lehrling gegen die mißbräuchliche Ausnutzung seiner Arbeitskraft wirkungsvoll zu schützen. Trotzdem stehen noch sehr viele und darunter sehr bedeutende Firmen auf diesem Standpunkt. — Es schien nach alledem, daß der Lehrling nicht in die wirkliche, kommerzielle Werkstatt gehörte. Und da sind denn in den letzten Jahren einige teils von Privaten, teils von Industriellen geleitete Einrichtungen entstanden, die diesem Umstand Rechnung tragen; nämlich die private Handwerkerschule und die eigene und abgesonderte Schulwerkstätte großer industrieller Unternehmen. Über erstere sind die Meinungen sehr geteilt. Der Industrielle, und sein Urteil ist das maßgebende, behauptet, daß das aus diesen Schulen hervorgegangene Material zwar ganz gute Dilettantenarbeit leisten kann, daß aber zum Gebrauch für die wirkliche Werkstatt der Junge erst völlig umgemodelt werden muß, was mitunter mehr Zeit und Mühe kostet als seine vollständige Neuausbildung. Viele von diesen privaten Schulen lassen sich fernerhin auch bloß von dem Gedanken leiten, möglichst viele Schüler in kürzester Zeit auszubilden, da hiervon ihre Reklame und ihr Verdienst abhängt. Bezeichnend für einzelne dieser Schulen ist die Ankündigung einer von ihnen, in 6 Wochen fertige Monteure für gesundheitliche Anlagen auszubilden. Die Schulwerkstätten einzelner Firmen sollen hingegen ein großer Erfolg sein. Das hervorragendste Beispiel bietet die vom übrigen Betrieb abgesonderte Schulwerkstätte der General Electric Company (West Lyon Works), in der die Lehrlinge die ersten $1\frac{1}{2}$ bis 2 Jahre ihrer Lehrzeit verbringen und von erfahrenen Kräften unterrichtet werden. Hat ein Junge eine Arbeit erlernt, so hat er einen anderen in dieser zu unterweisen. Das bewirkt einerseits einen gewissen Zwang, näher in die Einzelheiten der Arbeit einzudringen, und anderseits ermöglicht es dem unterwiesenen Jungen, Fragen zu stellen, die er aus knabenhaftem Schamgefühl an den Werkmeister vielleicht nicht stellen würde. Die Jungen haben auch abwechselnd Schreiber- und Lagerhalterdienste zu versehen und lernen somit auch die Verwaltung des Geschäftes kennen. Im innigen Zusammenhang mit dieser Werkstättentätigkeit steht ein belehrender Unterricht, der dreimal wöchentlich von geeigneten Angestellten der Firma erteilt wird, und zwar innerhalb der regelmäßigen Arbeitsstunden. Bemerkenswert ist, daß die Lehrlinge auch während dieser Zeit ihren Stundenlohn beziehen. Den letzten Teil der Lehrzeit verbringt der Lehrling in der allgemeinen Werkstätte, jedoch noch immer unter der Aufsicht seines früheren Vorgesetzten. Soviel mir bekannt wurde, sind sehr gute Ergebnisse erzielt. Wie in diesem Falle, so sind auch in anderen mit den Lehrlingskursen Schulen verbunden, die die nötige theoretische Ausbildung geben sollen. Manchmal sind diese Schulen Eigentum der Firma,

diese berechnet das Schulgeld nach deren Eigenkosten, manchmal schließt die Firma einen Vertrag mit irgendeiner Schule ab, die die nötigen Behelfe besitzt. Der Hauptvertreter solcher Schulen ist die „Technische Abendschule" der Westinghouse Company in East Pittsburg. Außer der Lehrlingserziehung verfolgt diese Schule noch den Nebenzweck, auch den übrigen Angestellten eine Hilfe zur weiteren Fortbildung zu bieten. Die Schule verfügt über kleine Laboratorien, Fach- und Unterhaltungsbücherei usw. Doch ist es immerhin fraglich, ob man die erwünschten Ergebnisse ganz erreichen kann, wenn man einem in der Entwicklung begriffenen Knaben zumutet, nach rund zehnstündiger angestrengter Werkstättenarbeit noch 3 Stunden (dreimal wöchentlich) in der Schulstube zu verbringen, ungerechnet die Zeit, die er zur Erlernung seiner Aufgaben braucht. Was den erwachsenen Arbeiter betrifft, so wäre es vielleicht günstiger für seine Ausbildung und daher auch für die Firma, wenn man den strengen amerikanischen Werkstättengrundsatz „Kümmere dich um nichts anderes als um deine Arbeit" weniger streng durchführen würde. Da der Arbeiter überdies, sobald an der Maschine eine Instandsetzung zu besorgen ist, nach Hause geschickt wird, während ein eigens dazu bestimmter Arbeiter diese ausführt, so kennt er selbst die Maschine, an der er vielleicht jahrelang gearbeitet hat, nur oberflächlich. Daß von solchen Arbeitern keine Verbesserungen an bestehenden Einrichtungen zu erwarten sind, ist klar. Um jedoch wieder auf das Lehrlingswesen zurückzukommen, ist es vielleicht nicht uninteressant, zu erwähnen, wie sich die beiden Faktoren, aus denen sich die amerikanische Industrie zusammensetzt, der Unternehmer und die Arbeiterunion, zur Frage der Lehrlingsausbildung verhalten. Der Unternehmer wünscht den Lehrling in seiner eigenen Werkstätte ausgebildet zu sehen, die Union würde Handwerkerschulen unter öffentlicher Aufsicht vorziehen. Angesichts des fortschrittlichen Geistes der amerikanischen Industriellen ist jedoch anzunehmen, daß sie bald das richtige Mittel zur Lösung dieser wichtigen Frage finden werden.

Doch damit ist die Lehrlingsfrage als solche noch immer nicht gelöst. Denn gleich groß wie die Gefahr der mangelhaften Erziehung der Lehrlinge ist der Mangel an Knaben, die das Handwerk erlernen wollen. Und tatsächlich ist das Angebot an Lehrlingen auffallend gering. Vielfach hat man den Arbeiterunionen die Schuld zugeschoben, durch ihre die Lehrlingszahl einschränkenden Vorschriften den Lehrlingsmangel hervorgerufen zu haben. Daß dies jedoch unbegründet ist, zeigt sich dadurch, daß die Unionen zwar die Lehrlingszahl je nach Gewerbe und Örtlichkeit auf 7 bis 12 v. H. der Arbeiterzahl einschränken, das Lehrlingsverhältnis in Wirklichkeit aber bloß 4.4 v. H. beträgt. Die

Gründe sind daher anderwärts zu suchen. Um sie ganz zu verstehen, muß man sich den amerikanischen Jungen vergegenwärtigen. Praktisch und tatenbedürftig veranlagt, gibt es für ihn nur ein Ziel: das Geldverdienen. Für einen Jungen dieser Art kann es nicht verlockend erscheinen, sich vier Jahre oder länger mit 8 bis 10 Cents die Stunde zufrieden zu geben, in Aussicht auf eine bessere Zukunft, wenn er schon sofort als Stückarbeiter an einem Automaten, wo er bloß Material zuzuführen und höchstens untergeordnete Handgriffe zu vollbringen hat, 16 bis 18 Cents verdienen kann. Und auch die Eltern sind in der Regel nicht für die Lehrlingsschulen. So hört man oft: „Vier Jahre oder gar mehr lernt der Junge sein Handwerk, um dann zum gleichen Lohn an einer Maschine arbeiten zu müssen wie irgendein von der Straße aufgelesener ungelernter Arbeiter.“ Tatsächlich gibt das Unternehmen dem Jungen keinen Vorrang in der Bezahlung und der jährlichen Lohnsteigerung einem ungelernten Arbeiter gegenüber. Der Vorteil, späterhin leichter Arbeit finden zu können, und die Möglichkeit, es zum Werkmeister oder Monteur zu bringen, scheint zu sehr in die Ferne gerückt und darum nicht verlockend genug. Viele Eltern befürchten, daß der Sohn, wenn er irgendein Handwerk erlernt hat, sei es durch eine neu erfundene Maschine oder eine andere plötzliche Umwälzung, am Ende seiner Lehrzeit dieses Handwerk gar nicht mehr oder doch bedeutend eingeschränkt vorfindet. Weitere Einwände werden erhoben gegen die Patentklausel (alle Patente gehören der Firma, die die Patentkosten bestreitet). Man will nicht für die Gegenleistung von 8 bis 10 Cents die Stunde eine Hypothek auf die Fähigkeit des Knaben abgeben. Und so ließen sich der Gründe, die die Lehrlingsknappheit herbeiführen, noch viele anführen. Viele mögen ungerechtfertigt sein; doch es sind die Gründe der Eltern und des Knaben, von denen wiederum der Erfolg der Lehrlingskurse in erster Linie abhängt.

Für den amerikanischen Charakter ebenso bezeichnend wie für die Industrie schädlich sind die sogenannten ½- bis ⅔-Lehrlinge. Das sind Lehrlinge, die noch vor Beendigung der Lehrzeit den Dienst verlassen, um mit Hilfe ihrer erworbenen Halbkenntnisse anderwärts reichlicher und unabhängiger ihr Brod zu verdienen. Die Belohnung in Höhe von 100 bis 150 Dollars am Ende der Lehrzeit erscheint zu fernliegend und übrigens, auf den Stundenlohn der 4 Jahre berechnet, verhältnismäßig zu gering, um augenblicklichen Vorteilen gegenüber in die Wagschale zu fallen. Zwar haben Industriellenverbände beschlossen, derartige entlaufene Lehrlinge nicht in ihre Dienste aufzunehmen. Doch ist bei den amerikanischen Verhältnissen die Feststellung der einzelnen schwierig. (Mehrere Firmen photographieren ihre Lehrlinge und senden, wie ich vermute, Abzüge an die entsprechenden Firmen ein.) Im übrigen

fragt man in Zeiten reichlicher Arbeit den Arbeiter wenig, woher er kommt, und in Zeiten, wo Arbeit knapp ist, läuft auch der Lehrling nicht fort.

Die amerikanische Industrie sieht daher großen Schwierigkeiten entgegen. Dem amerikanischen Nachwuchs fehlt leider der Idealismus, der allein den Menschen, und sei es auch durch Entbehrungen hindurch, hinauf zur Vervollkommnung führt. Und so sieht man denn, wenn man amerikanische Fabriken durchwandert, junge Leute an Maschinen oder Arbeitstischen stehen, die jahraus, jahrein den gleichen Handgriff wiederholen und nicht einmal die Maschine oder den Gegenstand gesehen haben, an dessen Bestandteil sie arbeiten. Arme Opfer hinter eisernen Gitterstäben, die ihnen den Weg nach aufwärts verschließen!"

## 4. Soziale Schäden und Mißstände.

In folgendem sind einige Phasen des sozialen Problems in Amerika statistisch ergänzt:

Armut: Nach zuverlässigen Schätzungen Robert Hunters und des U. S. Census befinden sich in den Industriestaaten New York, Massachusetts, Connecticut, New Jersey, Pennsylvania, Ohio, Illinois, Indiana und Michigan etwa 20 % der Bevölkerung, das sind rund 6.6 Millionen Menschen, in Bedürftigkeit. Nimmt man die Hälfte dieses Prozentsatzes für die übrigen Staaten an, von denen viele wie Wisconsin, Colorado, California, Rhode Island einen starken Industriecharakter zeigen, namentlich der letzte Staat, wo 27 % der Gesamtbevölkerung in der Industrie beschäftigt sind, so kommt man zu dem Ergebnis, daß über 10 Millionen Menschen in der Union sich in Armut befinden. Im Jahre 1899 waren 18 % der Bevölkerung des empire Staates New York Empfänger öffentlicher und privater Almosen; im Jahre 1903 befanden sich 20 % der Einwohner Bostons in wirtschaftlicher Bedrängnis, und 14 % der Familien des Bezirkes Manhattan in New York wurden gepfändet; etwa 10 % aller der in diesem Bezirk jährlich Sterbenden haben Armenbegräbnisse. In demselben Jahr befanden sich in den Vereinigten Staaten 2476 Armenhäuser mit 81 764 Armen. Die Zahl der privaten Wohltätigkeitsgesellschaften in Nordamerika beträgt 200 gegen 29 in Deutschland, 19 in Frankreich, 9 in Österreich usw.

Unfälle: Nach Angaben von F. L. Hoffman und dem U. S. Census sind in den Industrien der Vereinigten Staaten mit Ausnahme des Bergbaus und der Eisenbahnen jährlich 200 000 Unfälle zu verzeichnen, von denen etwa 5000 tödlich verlaufen, während etwa

38 000 entweder gänzliche oder teilweise Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben. In Rhode Island, dem dichtbevölkertsten Staate Nordamerikas (zirka 407 Menschen pro Quadratkilometer), mit der größten industriellen Leistungsfähigkeit (410 Dollar pro Kopf), hauptsächlich Textilindustrie, entfielen von 18 403 Todesfällen erwerbstätiger männlicher Personen 1520 oder 8.3 % auf Unfälle, von den 1251 Todesfällen erwerbstätiger weiblicher Personen 3.4 % auf solche. Im Kohlenbergbau macht sich das Überwiegen der fremden Arbeit, welche auf 90 % der Gesamtleistung geschätzt wird, besonders fühlbar, weil die Löhne einen so hohen Anteil am Wert des Produktes (50—60 %) ausmachen und daher vom Unternehmer ständig gedrückt werden. Wechselnde Lohnhöhe und wechselnde Beschäftigungszeiten, veranlaßt durch Schwankungen der Konjunktur- und Frachtverhältnisse, machen es dem amerikanischen Arbeiter im Wettbewerb mit den tiefstehenden Zuwanderern zu existieren unmöglich. Das bisherige Vorherrschen des Truck-Systems gewährte dem Unternehmer fast absolute Kontrolle über die Arbeiter, ist aber jetzt infolge Aufsaugens des Bergbaus durch Privatmonopole im Abnehmen begriffen. Die Zahl der in einem Jahr durchschnittlich durch Unfall Getöteten beträgt etwa 2000, der Verletzten 8000; im Berichtsjahr 1907 waren die entsprechenden Ziffern 2400 und 5000. Auf den Eisenbahnen der Vereinigten Staaten wurden im Jahre endigend mit dem 30. Juni 1905 95711 Unfälle gemeldet, wovon 9703 Tötungen und der Rest Verletzungen waren. Im Berichtsjahr 1907 betrug die Zahl der durch die Bahnen verursachten Todesfälle 5000, die Zahl der Verletzungen 76 286. Von den etwa 1 Million Angestellten der amerikanischen Bahnen sind gegen 300 000 in Railway Unions organisiert, die als Unfall- und Lebensversicherungsinstitute für die Mitglieder und deren Familien wirken, wobei Arbeitsunfähigkeit und Tod als Entlohnungsfaktoren auf die gleiche Stufe gestellt sind. Von den Unfällen einzelner Industriezweige sind verläßliche Angaben schwer zu erhalten, weil es niemandes Sache ist, diese festzustellen. Man ist deshalb auf gelegentliche Enqueten privater Vereinigungen angewiesen. Beim Bau von Wolkenkratzern wurden in Chicago im Jahre 1906 von 1358 Mitgliedern der Bridge Structural Iron Workers' Union 136 getötet resp. verkrüppelt. Der Bericht des Coroners in New York vom selben Jahre meldet 68 Todesfälle von Arbeitern, die in Tunnelbauten beschäftigt waren. Ein Bericht der New Yorker Wundärzte schätzt auf Grund von Hospitallisten die Zahl der durch den Straßenverkehr verursachten Unfälle auf mindestens 150 000 im Jahr. Das New Yorker Bureau of Labor schätzt die Zahl der Unfälle in den gesamten Fabrikbetrieben der Union auf 44 pro 1000 Angestellte, das sind 232 000 im Jahr. Der Verlust an Arbeitskräften, welcher

dadurch der Nation jährlich erwächst, beläuft sich auf mehr als das Doppelte der durch Feuerschäden verursachten Verluste, also auf 348 Millionen Dollar im Jahr.

Einen Einblick in die geradezu furchtbaren Zustände, wie sie im Mittelpunkt des östlichen Industriebezirkes vorherrschen, gewährt der Bericht von Joseph Armstrong, bis vor kurzem der amtliche Leichenbeschauer Pittsburgs:

„Die Sicherheitsmaßregeln in diesen Werken sind nie zureichend gewesen. Die Pressed Steel Car Company bringt im Durchschnitt jeden Tag einen Arbeiter ins Grab. Die Leute, welche die Werke betreiben, kümmern sich nicht darum, ob sie einige „hunkies" (diese wegwerfende Bezeichnung wird auf die Arbeiter angewandt) mehr oder weniger töten. Bald nachdem ich Coroner (Leichenbeschauer) wurde, mußte ich sechs oder sieben Leiter der Gesellschaft unter Arrest stellen, da ich auf keine andere Weise Aufklärung über Betriebsunfälle erhalten konnte. Vorher waren solche überhaupt nicht angezeigt worden. Infolge meiner Tätigkeit mußte die Gesellschaft einige Schutzvorrichtungen einführen, so daß die Sterblichkeit infolge von Betriebsunfällen um etwa 65 Prozent reduziert wurde."

Aber dennoch ist die Zahl der Unfälle noch außerordentlich hoch, und noch immer verlieren dadurch von den 8000 Arbeitern in der Anlage dieser Gesellschaft 4 bis 5 % jährlich ihr Leben. Nach einem Pittsburger Blatt heißt eins der Etablissements direkt das „Schlachthaus", und ein anderes sogar „the last chance", denn ein Mann, der nur in irgendeinem andern Werk unterkommen kann, wird dort nicht arbeiten. Die Angaben des Coroners finden sich bestätigt in einer Artikelserie von „Charities and Commons", dem Organ der organisierten Wohltätigkeitsgesellschaften. Ich hebe daraus folgende Sätze, die sich auf die meisten Stahlwerke beziehen, hervor:

Unter den ungelernten Arbeitern ist die zwölfstündige Arbeitszeit sieben Tage die Woche die Regel. Wenn der Wechsel von der Tages- zur Nachtschicht kommt, muß der Arbeiter 24 Stunden hintereinander arbeiten. (!)

Der Stahlarbeiter muß eine furchtbare Arbeitsleistung in sehr kurzer Zeit bewältigen, denn die Werkführer werden von den Oberen zu immer größerer Produktion angespornt und müssen, um ihre Stellungen zu behalten, die reinen Viehtreiber werden. Schon allein die Ausdrücke in den Stahlwerken zeigen, welcher Behandlung sich das Personal erfreuen muß. Der Obmann einer Arbeiterabteilung wird nämlich „pusher" („Treiber") genannt.

Die meisten Arbeiter haben mit 35 Jahren schneeweißes Haar. Besonders viele Opfer fordert der 24 Stundentag, denn in dieser langen

Schicht werden infolge der ungeheuren, in den Werken herrschenden Hitze und der schweren Arbeit Augen und Hände des Arbeiters übermüdet, dann kommt vielleicht ein kleines Versehen beim Hantieren der glühenden Eisenmassen, und die Katastrophe ist da. Man sieht mehr Krüppel in Pittsburg und Umgebung als irgendwo anders auf der Welt.

Unglücksfälle sind so häufig, daß die Arbeiter dagegen abgestumpft werden. In so vielfacher Gestalt lauert der Tod in den Stahlwerken, und die Katastrophen sind so zahlreich, daß z. B. ein Arbeiter, der einen Schädelbruch erlitten hatte und außerdem den Verlust eines Fingers und eine Quetschung am Fuß beklagte, meinte, er sei gut davongekommen, seine Verletzungen seien nicht gefährlich.

Über die Zustände in den Pressed Steel Car Werken verbreitet sich auch der Bericht des österreichischen Konsuls in Pittsburg, Herrn von Bornewisza. Da von den Arbeitern einige Tausend Ungarn und Slowaken sind, wurde er von seiner Regierung aufgefordert, eine Untersuchung anzustellen. Drei Herren aus seinem Bureau und ein Privatdetektive haben das Material zusammengebracht, das die Grundlage dieses Berichtes bildet. Er findet die Angaben betreffs des mangelnden Schutzes für das Personal vollauf bestätigt und sagt dann noch wörtlich:

„Auch in anderer Hinsicht wurden die Leute sehr schlecht behandelt. Infolge der eigentümlichen Arbeitseinteilung und Abrechnungsmethoden weiß ein Arbeiter nie, wieviel er verdient. Wir fanden, daß ein Mann 90 Cents für 45 Stunden Arbeit erhielt. Ein anderer fand 2.50 Pfund Sterling in seinem Zahlkuvert, obgleich er wußte, daß er mindestens 12.50 Pfund Sterling verdient haben mußte. Nach vielem Hin- und Herlaufen erhielt er endlich noch 10 Pfund Sterling. Wir entdeckten auch, daß die Gesellschaft gewöhnlich den Mann, der sich über falsche Abrechnung oder Ähnliches beklagte, von ihrer eigenen Polizei (der sogen. „Coal and Iron Police") verhaften und vor einen Polizeirichter als „unordentliche Person" bringen ließ. Der arme Arbeiter, der in den weitaus meisten Fällen nicht Englisch sprechen konnte, wurde ohne weiteres zu 10 Pfund Sterling oder 20 Pfund Sterling Strafe verurteilt, die er häufig absitzen mußte. Jeder Arbeiter muß in einem der Gesellschaft gehörigen Hause (rohgearbeitete Holzbaracken) wohnen. Ist ein solches gerade nicht frei, und er mietet sich anderswo ein, muß er sofort, wie die Gesellschaft ihn unterbringen kann, aus dem Privathaus ausziehen, andernfalls er entlassen wird. Natürlich ist bei der Gesellschaft das Trucksystem in voller Blüte".

Angesichts solcher Zustände wird man fragen: Wo bleibt denn die Gesetzgebung? — Sicherlich hat es in den amerikanischen Legislaturen

einsichtige und warmherzige Menschen gegeben, die Maßnahmen für Arbeiterschutz vorbrachten. Einzelne davon sind auch angenommen worden, aber fast alle wurden von den Gerichten als verfassungswidrig umgestoßen. Jedem Menschen über 21 Jahre sichert die amerikanische Verfassung „Kontraktfreiheit" zu. Wenn er sich dazu herbeiläßt, 24 Stunden in Stahlwerken, wo er jede Minute das Opfer eines Betriebsunfalles werden mag, zu arbeiten, ist das seine Sache; die Öffentlichkeit hat kein Interesse daran. Das ist die Theorie der Gerichte. Beispiel: Im vorvorigen Winter nahm die Legislatur des Staates New York ein Gesetz an, das gewerblichen Etablissements verbot, Frauen des Nachts zu beschäftigen. Die Gerichte entschieden aber, man könne eine freie Bürgerin nicht in solcher Weise in ihrer Kontraktfreiheit beschränken. Hätte die Legislatur z. B. das Verbot auf Schwangere beschränkt, würde es aufrecht erhalten worden sein, denn eine solche Maßnahme gehe nicht über „die Polizeigewalt des Staates" hinaus. Dieser sind auch alle Minderjährigen unterstellt, was für sie und das Land ein wahres Glück ist, denn sonst würden sich auf dem Felde der Kinderarbeit noch ganz andere Zustände zeigen, als dies jetzt der Fall ist. Und jetzt ist es noch schlimm genug. Zivilrechtliche Entschädigungsansprüche wegen vorgekommener Betriebsunfälle sind auch schwer durchzubringen, denn die Gerichte halten an dem alten englischen Grundsatze fest, daß, falls der Unfall von einem Arbeitsgenossen des Verunglückten verschuldet oder mitverschuldet ist, eine Haftpflicht des Unternehmers nicht vorliegt. Und wenn ja einmal ein klarer Fall von Unternehmerfahrlässigkeit vorliegt, muß sich der Arbeiter oder seine Hinterbliebenen gewöhnlich mit einer winzigen Entschädigung begnügen, denn der Unternehmer hat die Mittel, den Prozeß jahrelang durch die Gerichte zu schleppen, während der Kläger kaum sein nacktes Leben fristen kann." (Bericht der Frankfurter Zeitung.)

Es nimmt angesichts solcher Zustände nicht wunder, daß die Zahl der Versicherungsgesellschaften, der Hilfsgenossenschaften und ähnlicher Vereinigungen eine so bedeutende ist. Nach der offiziellen Statistik vom Jahre 1905 betrug die Zahl der ausgegebenen Lebensversicherungspolicen 22.5 Millionen und deren Betrag 13.4 Millionen Dollar. Die Zahl der Feuer- und Marineversicherungsgesellschaften betrug 575. Insgesamt sind in den Vereinigten Staaten etwa 1 Million Familien in Unfallversicherungen eingekauft, welch letztere gegen 20 Millionen Dollar jährlich an Ansprüchen auszahlen. Was die Hilfsgenossenschaften anlangt, so wurden im Jahre 1905 87 758 „Logen" mit rund 5 Millionen Mitgliedern gezählt. Am 1. Januar benannten Jahres besaßen dieselben 51.5 Millionen Dollar an Guthaben und 9.6 Millionen Dollar an Verpflichtungen. Die Kor-

ruption der Versicherungsgesellschaften, wie solche durch die Untersuchungen des Armstrong Committee für den Staat New York und später auch für andere Staaten erwiesen wurde, gewährt dem Versicherten in Amerika keine absolute Garantie für die Zukunft. Mehrere große Geschäftskonzerns haben jetzt eigene Versicherungsorganisationen für ihre Angestellten durchgeführt. Eine allgemeine, zuverlässige und billige Versicherung der ärmeren Berufsklassen, wie wir sie in Deutschland besitzen, gibt es nicht.

Kinderarbeit: Nach Bulletin 69 des Bureaus of Census waren im Jahre 1900 insgesamt 1.75 Millionen Kinder im Alter von 10 bis 15 Jahren, davon 1.06 Millionen in der Landwirtschaft und 688 200 in anderen Berufszweigen, tätig. Gegen 1880 ist diese Ziffer betreffs der arbeitenden Knaben um 53.2 %, der arbeitenden Mädchen um 65.7 % gewachsen. Im Jahre 1906 waren schätzungsweise von einer Bevölkerung von 83.2 Millionen mit 10.5 Millionen Kindern im Alter von 10 bis 15 Jahren etwa 1.94 Millionen Kinder erwerbstätig, davon 147 300 im Handel und Verkehr und 329 100 in der Fabrikindustrie. Die Zunahme der Kinderarbeit in der Industrie von 1880 bis 1900 beträgt für beide Geschlechter 113.4 %, wovon der Hauptteil auf Textil-, Lederwaren-, Tabak- usw. Industrien entfällt. Nach dem Census Bulletin von 1905 waren in den 4 Baumwollenindustriestaaten Nord-Carolina, Süd-Carolina, Alabama und Georgia 32 826 Kinder beschäftigt. Nach dem Blue Book von 1905 sind in den Baumwollspinnereien der Südstaaten 70 412 Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren beschäftigt. Von den Spinnereiarbeitern Nord-Carolinas sollen 75 % 14 Jahre und darunter sein. Da etwa $^3/_4$ aller dortigen Kinder fremder Geburt und der Landessprache nicht mächtig sind, so hält es schwer, deren Alter genau zu ermitteln. Nach Feststellungen des National Child Labor Committee waren im Jahre 1906 in $^1/_6$ der Anthrazitbergwerke der Union etwa 2460 Knaben unter 14 Jahren beschäftigt. Nicht eingeschlossen in die Censusziffern ist die große Zahl von Kindern unter 10 Jahren, die in sweat shops und im Straßenhandel tätig sind. Nach dem Bericht des Department of Mines in Pennsylvania waren im Jahre 1905 von den 16 774 Kohlenauslesern 48 % weniger als 16 Jahre alt. Diese bildeten von den durch Unfall Getöteten 75 %. Demnach wäre das Risikoverhältnis zwischen Unfällen bei Kindern gegenüber Erwachsenen 3 : 1. Jedenfalls wird ein wachsender Prozentsatz der Unfälle der Jugend und Unwissenheit der Kohlenarbeiter zugeschrieben.

Was die Kinderschutzgesetzgebung anlangt, so haben 17 Staaten: Alabama, Arkansas, Florida, Idaho, Michigan, Minnesota, Missouri, Montana, Nebraska, New Jersey, New York, North Carolina, Oklahoma, Rhode Island, Tennessee, Washington und

Wiskonsin das Zulassungsalter der Kinder in Fabriken auf 14 Jahre erhöht; nur Florida setzt es auf 12 Jahre fest. Die Nachtarbeit wird Personen unter 18 Jahren in Alabama und Arkansas in der Zeit von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens untersagt, in Idaho Personen unter 16 Jahren von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, in Minnesota und Missouri von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, in New York von 5 Uhr abends bis 8 Uhr morgens, in Wiskonsin von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens. In North Carolina ist nur den Personen unter 14 Jahren die Arbeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten. Der Vollzug wird in Alabama durch den Gefängnis- und Armenhausinspektor gesichert. Einzelne Staaten wie Arizona, Connecticut, Minnesota, Montana, Nebraska, New Jersey, North Carolina, Pennsylvania, Tennessee, Washington haben für die Sicherung und den Nachweis des Schulbesuches der Fabrikkinder schärfere gesetzliche Maßregeln getroffen.

Sweat Shops: Was das sweat shop System anlangt, das besonders im Schneidergewerbe vorherrscht, so schätzt man, daß 39.7 % vom Werte der gesamten Männerkleidung und 64.4 % desjenigen der gesamten Frauenkleidung der Union in New York, der Rest in Chicago, Philadelphia, Cincinnati, Rochester, St. Louis, Boston, Baltimore usw. hergestellt werden. Nach Aussagen vor der industriellen Kommission werden $^4/_5$ des New Yorker Anteils obiger Bekleidungsziffern in sweat shops fabriziert. Nach Dr. A. S. Daniel richtet sich die Arbeitszeit dabei einzig nach dem Saisonbedarf, auch Sonntags und Feiertags wird gearbeitet. Die Entlohnung schwankt je nach der Art der Arbeit von $1\frac{1}{2}$—10 Cents die Stunde. Bei kleinen Kindern von 50 Cents bis 2 Dollar die Woche. Im Monat Dezember war beispielsweise das durchschnittliche Monatseinkommen von 49 Familien 13.24 Dollar; die pro Familie bezahlte Wohnungsmiete betrug 8.57 Dollar, so daß zur Beschaffung von Nahrung, Heizung und Kleidung für eine Familie von 5 Personen nicht mehr als 4.67 Dollar, das sind rund 20 M., im Monat verblieben.

Arbeitslosigkeit: Nach dem Bulletin des New York Department of Labor schwankte die Zahl der Arbeitslosen zwischen 1902 und 1905 von 11.2 bis 17.8 % im Jahresdurchschnitt; im Januar und Februar ist der Prozentsatz bedeutend größer. Rechnet man mit einem Mittel von 15 %, so ergibt sich, daß von den 2 Millionen Mitgliedern von Arbeiterverbänden durchschnittlich 300 000 beschäftigungslos sind. Über die Arbeitslosigkeit in den nichtorganisierten Gewerben sind Angaben nicht erhältlich. Die Zahl der Landstreicher in der Union wird auf $\frac{1}{2}$ Million geschätzt. Während der letzten Krise wuchs die Zahl der Arbeitslosen natürlich außerordentlich. Nach Angaben des Chicago „Sozialist", die allerdings mit Vorsicht zu genießen sind,

betrug die Zahl aller Beschäftigungslosen in der Union im Februar 1908 etwa 3 Millionen. In Chicago selbst wurde deren Zahl von verschiedener Seite auf 80 000 resp. 139 000 geschätzt. Das New Yorker Bulletin of Labor berichtet für den Monat Oktober 1907, daß 30—36 % der unionierten Arbeiter im Staate New York beschäftigungslos waren. Tatsache ist, daß die städtischen Logierhäuser New Yorks während der Depression noch nicht 1 % der Hilfesuchenden aufnehmen konnten, und daß eine große Zahl Obdachloser zur Nachtzeit in der Morgue untergebracht werden mußte. Infolgedessen ist auch die Zahl der auf den 9 Rekrutierungsstellen New Yorks in die Armeelisten Eingetragenen während der Monate Dezember und Januar um 300 % gestiegen; außerdem wurden 800 Applikanten abgewiesen, während es in Zeiten der Hochkonjunktur bekanntlich sehr schwer hält, brauchbares Material für den Militärdienst anzuwerben. Bezeichnend ist endlich, daß das staatliche Arbeitsvermittlungsbureau in New York sich im Wettbewerb mit den mannigfachen privaten Instituten dieser Art nicht halten konnte und eingegangen ist. Einzelne staatliche und städtische Vermittlungsbureaus bestehen noch in den westlichen Staaten, werden aber zweifellos der Aufsaugung durch Privatunternehmer ebenfalls zum Opfer fallen.

K i r c h e: Was die Stellung der Kirche anlangt, welche infolge ihrer Unabhängigkeit vom Staat in der Union vollkommene Bewegungs- und Entwicklungsfreiheit genießt, und an der Lösung des sozialen Problems mitzuwirken in erster Linie berufen erscheint, so ist sie bekanntlich zum überwiegenden Teil Kostgängerin des Großkapitals geworden, also in eine ihrer Mission noch weniger entsprechende Abhängigkeit als die staatliche geraten. Aber auch die organisierte Arbeit hat den Wert der Bundesgenossenschaft mit einem so brauchbaren Faktor nicht übersehen, und so haben wir denn in der Kampfesorganisation der Unternehmerverbände einerseits, und der Arbeiterverbände anderseits heute dasselbe Schauspiel, welches zwei feindliche Heerhaufen vor ihrer gewaltsamen Auseinandersetzung auf der Völkerbühne bieten, indem die beiderseitigen Priester, fraternal delegates oder chaplains genannt, zu derselben Autorität um Verleihung des Sieges flehen. Nur gilt hier die geistliche Intervention nicht der Erhaltung der Art, sondern der Verteilung der Profite resp. des Nationalertrages, eine weniger folgenschwere, aber immerhin nicht zu unterschätzende Frage. Dabei wollen wir die Lauterkeit der Motive der gegnerischen Kirchen nicht in Zweifel stellen. Um ohne Staatshilfe existieren zu können, müssen sie eben um Gemeinde werben, entweder unter den kapitalistisch Kräftigen, das sind die wenigen, oder unter den Massen. So kommt es, daß sich einzelne Konfessionen resp. Denominationen weniger durch ihre Glaubenssätze als durch den Reichtum ihrer Mitglieder auszeichnen.

Auf dem internationalen Kongregationskonzil im Jahre 1891 wurde beispielsweise festgestellt, daß von den 200 Personen in der Union, die 20 Millionen Dollar oder mehr Vermögen besaßen, 95 % Mitglieder evangelischer Kirchen waren. Interessant ist auch, daß die nordöstlichen Industriestaaten unter den 25 Laiendelegierten zur Generalkonvention der protestantischen Episkopalkirche 13 Millionäre erwählen, ein Beweis für die enge Liiertheit von Plutokratie und Episkopalkirche. Übrigens zeigt die Statistik, daß mit Ausnahme der römisch-katholischen Konfession, die durch die starke Zuwanderung aus katholischen Ländern profitiert, die Anziehung der Kirche auf die Massen im Sinken begriffen ist. Allerdings gibt es heute noch etwa 86 Denominationen mit rund 207 000 Kirchen und gegen 32 Millionen Bekennern außer den 1.7 Millionen Juden. Aber während die jährliche Bevölkerungszunahme neuerdings auf 2.18 % geschätzt wird, betrug die Zunahme der gesamten Kirchenmitgliedschaft in der Union im Jahre 1905 nur 1.69 %, nach Dr. Josiah Strong die geringste bisher festgestellte Zuwachsrate.

Verbrechen: Die Censusberichte für das Jahr 1907 sind noch nicht veröffentlicht. Nach offiziösen Feststellungen der Chicago Tribune hat sich die Zahl der Morde und Totschläge von 1808 Fällen im Jahre 1885 stetig auf 9350 im Jahre 1906 erhöht, eine Ziffer, die nur von Rußland überboten wird. Im erstgenannten Jahre entfielen auf jede Hinrichtung 17 Morde, heute auf jede Hinrichtung 76 Morde, eine Zunahme von 400%, welche die Unzulänglichkeit der polizeilichen und richterlichen Gewalt in der Union kennzeichnet. Das geht auch aus der Kriminalstatistik der großen Städte deutlich hervor. Beispielsweise wurden in London, einer Stadt von 6.5 Millionen Einwohnern, im Jahre 1903 24 Morde begangen. Sämtliche Schuldigen wurden von der Polizei ermittelt, 9 von ihnen zum Tode durch den Strang verurteilt, 4 begingen Selbstmord, die übrigen wurden mit Zuchthaus bestraft. Zu derselben Zeit wurden in Chciago, damals eine Stadt von etwa $^1/_5$ der Bevölkerung Londons, 128 Morde begangen. In 18 Fällen wurden die Mörder beim Verbrechen getötet, 4 wurden bei der Verhaftung durch die Polizei erschossen, von den übrig bleibenden 106 Fällen gelangten nur 34 zur Sühnung, in 19 Fällen konnten Verhaftungen nicht vorgenommen werden, in 53 Fällen endigte die Verhaftung mit Freisprechung. Die Tendenz zum Verbrechen ist, abgesehen von unredlichen Geschäftsusancen, unter den auswärts oder von fremden Eltern Geborenen etwa 2½ mal so stark wie unter den Einheimischen. Ende des vorigen Jahrhunderts lieferten die beiden Hauptströme der Einwanderung, Irländer und Deutsche, auch das Hauptkontingent an Strafgefangenen. Heute dürfte Italien an der Spitze stehen. Nach Schätzungen von Eugene Smith nährten sich im Jahre 1900 rund 250 000 Menschen vom Ver-

brechen. Dabei entfielen auf den einzelnen an Beute 1600 Dollar im Jahr, oder insgesamt 400 Millionen Dollar. Die Besteuerung des Landes infolge Verbrechens betrug etwa 200 Millionen Dollar. Nicht eingerechnet sind das zerstörte Eigentum, Zeit, Leben und Arbeitsverluste, private Ausgaben für Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen usw. Reverend J. J. Munro schätzt die direkten und indirekten Kosten des Verbrechens in den Vereinigten Staaten auf 1075 Millionen Dollar im Jahr. Davon entfallen auf Groß-New York 35 Millionen Dollar, auf den übrigen Staat New York 42 Millionen Dollar, auf alle übrigen Staaten 697 Millionen Dollar, auf Regierungsunkosten 80 Millionen Dollar, auf Verluste durch Brandstiftungen 100 Millionen Dollar, auf Zollhinterziehungen 60 Millionen Dollar, auf die Entlohnung der 100 000 Sträflinge in Staatsgefängnissen 28 Millionen Dollar und der 150 000 in anderen Gefängnissen 33 Millionen Dollar.

Auf die verschiedenen Formen der Korruption in der Regierung, im Korporationsleben, bei den Wahlen, in der Legislatur, in der Verwaltung der Städte hier einzugehen, würde zu weit führen. Es ist widerlich, in den Augiasstall von Verrottung, Schwindel, Unsittlichkeit und Heuchelei hinabzusteigen, der sich dort auftut, und der auch von einem politischen Herkules nicht gereinigt werden kann, solange das Geschäft prinzipiell höher als die Regierung steht. Nur ein typisches Beispiel über das „System" amerikanischer Städteverwaltung sei hier noch angefügt. Es entstammt dem Bericht des früheren Polizeikommissars von New York, General Theodore A. Bingham, und gibt einwandfreie Aufklärung über die munizipale Korruption in benannter Stadt:

New York „is in many respects the most lawless city in the world."

New York police magistrates discharge criminals for political reasons at the dictation of political bosses.

While probably 85 percent of the 10 000 police are honest at heart, the force is dominated by corrupt politicians.

Tammany Hall depends upon the thousands of men engaged in the white-slave traffic to furnish a sixth of the 30 000 to 50 000 illegal votes cast in close elections.

The great majority of the city ordinances were not made to be obeyed, but were made to be broken „so that some one could make money from the intentional or unintentional violator of insincere law."

The government of New York City costs $ 200 000 000 a year, an amount equaling a third of that expended in conducting the National Government; but in addition the city pays probably $ 100 000 000 a year in graft, blackmail, and „brokerage on crime".

IV. Teil

## 1. Die Konzentration der Privatwirtschaft.

„The belief is common in America that the day is at hand when corporations far greater than ever — swaying such power as has never in the worlds history been t r u s t e d in the hands of mere private citizens, controlled by single men . . . . or by combinations of men . . . — after having created a system of quiet but irrepressible corruption, will ultimatelly succeed in directing government itself." (Chapters on Erie.) — Diese Worte Charles Francis Adams' aus dem Jahre 1871 beweisen, daß das Problem der Unternehmerinteressenverschmelzung in Amerika bereits vor einem halben Jahrhundert pertinent war, und daß der Ursprung der Trustidee in der Fusion der amerikanischen Eisenbahngesellschaften zu suchen ist.*)

Aber nicht nur, daß die Privateisenbahnen aus ihrer inneren Entwicklung heraus zum (derzeit mächtigsten) Monopole drängten; sie sind auch indirekt für die Bildung anderer Kombinationen verantwortlich, wie zum Beispiel des Oiltrust, des Beeftrust usw., denen sie durch Begünstigung ihrer Sachgüterbeförderung, geheime Frachtrabatte usw. es ermöglichten, die kapitalistisch schwächere Konkurrenz ein für allemal aus dem Felde zu schlagen. Damals war das Argument maßgebend, daß die Massenverfrachtung ein ebensolches Recht auf Preiserlaß besäße als heute der Masseneinkauf. Und der kluge Geschäftsmann nutzt eben jeden Vorteil, der Profit verspricht, nicht nur in Zeiten der Not, oder weil er aus dem Zusammenschluß einen „Segen für die Volkswirtschaft" erhofft, sondern einfach aus ungeschminktem Trieb nach Erwerb.

In dem geschäftsbewußten Zusammengehen von Produzenten und Verfrachtern liegt also der Ausgangspunkt des heutigen Kombinations-

*) Deren Zahl hat sich bekanntlich von 5000 selbständigen Gesellschaften allmählich auf sechs große Gruppen unter der Führung von Rockefeller, Morgan, Harriman (†), Gould Vanderbilt und Hill verringert. Jede dieser Gruppen ist mit über 1000 Millionen Dolar kapitalisiert. Sie zeigen unter sich mannigfache Koordinierung und beherrschen zusammen über 90 % des Eisenbahnnetzes der Union.

wesens in Amerika, wie ja tatsächlich die Allianz zwischen den Besitzern der Anthrazitbergwerke und den Bahnmagnaten im Jahre 1872 der erste nachweisliche Schritt zur Trustbildung ist, den wir kennen. Es ist wichtig, sich diesen ursprünglichen Zusammenhang vor Augen zu halten, um verstehen zu können, was diese Erörterung erweisen soll: daß eine Reform des Trustübels nur möglich ist, wenn man den Auswüchsen der Privatwirtschaft ihren Nährboden entzieht, d. h. einerseits ihnen den Zugang zu den unersetzlichen Naturschätzen erschwert, andererseits deren Hebung und Transport der Allgemeinheit, d. i. dem Staat, in die Hände legt.

Über die Bedeutung des Trustbegriffes, der ja die verdichtetste Form der Konzentrationsbewegung darstellt — worunter wir hier den Zusammenschluß der Unternehmerinteressen verstanden wissen wollen — sind schon viele Definitionen geschrieben worden, von denen jedoch keine absolute Korrektheit beanspruchen kann, weil das Trustproblem seit seiner Entstehung in ständigem Fluß begriffen war und auch heute noch nicht als abgeschlossen gelten kann. Im weiteren, volkstümlichen Sinne bedeutet das Wort Trust dem Amerikaner eine Konsolidation oder Vereinbarung zwischen zwei oder mehr von Natur aus miteinander im Wettbewerb stehenden Konzerns, dem Zwecke dienend, ein begrenztes Monopol zu errichten, um dadurch Preise oder Raten von Sachgütern in irgendeinem Industriezweige oder einer Gruppe solcher willkürlich und zum Vorteil der Produzenten bzw. Unternehmer festsetzen zu können.

Da eine solche Beschränkung des freien Wettbewerbs, wenn sie auch fast nie zu einem vollständigen Monopol ausartet, dem Wirtschaftsprinzip der Union: fair play for all, und der grundsätzlichen Forderung der Demokratie: freedom in the pursuit of happiness zuwiderläuft, so hat sich in den letzten 25 Jahren ein tiefgegründetes Mißtrauen sowohl unter der breiten Masse des Volkes wie in Regierungskreisen gegen das Gebahren der Trusts herausgebildet, welches in einer lebhaften Antitrustagitation seinen Ausdruck fand. Letztere führte in den verschiedenen Staatslegislaturen zu zahllosen Versuchsmaßregeln, die zumeist erfolglos blieben, während die Föderalregierung sich bisher mit dem Erlaß zweier bemerkenswerter statutarischer Bestimmungen begnügte: dem Interstate Commerce Act vom Jahre 1887, und dem Sherman Antitrust Act vom Jahre 1890*). Ersterer bezweckte, allen Produzenten gleichmäßige Behandlung durch die Bahnen zu sichern, und hat in der letzten Zeit noch bedeutende Erweiterung erfahren. Doch haben die in den 21 Jahren seines Bestehens

*) Vgl. Anhang.

gezeitigten Resultate klar bewiesen, daß damit eine Änderung der bestehenden Übelstände nicht erzielt werden kann. Der Sherman Act hatte den Zweck, alle den zwischenstaatlichen Handel und Verkehr beschränkenden Monopole zu unterdrücken. In 15 Jahren seit seinem Bestehen ist nur ein einziger Fall, nämlich der gegen die Northern Securities Company, von der Bundesregierung „erfolgreich" durchgefochten worden. Und obgleich im verflossenen Jahr und zu Anfang dieses verschiedene endgültige Verurteilungen und Ausweisungen von Trusts durch das oberste Bundesgericht im Einverständnis mit den vorangegangenen Entscheidungen der Staatsgerichtshöfe erfolgt sind, so ist es doch nicht als wahrscheinlich zu bezeichnen, daß dem Trustübel durch gesetzgeberische Maßnahmen wirksam gesteuert werden kann. Sicher auch nicht durch die Institution des Einhaltsbefehls, government by injunction genannt, die bisher nur eine vom Kapital gegen die koalierte Arbeit erfolgreich genutzte Waffe war.

Im Gegenteil beginnt sich sowohl beim Volk wie bei der Regierung nachgerade das Empfinden durchzusetzen, daß die Trusts eine in der neueren industriellen Entwicklung begründete Naturnotwendigkeit sind und sich durch Legislatur und Jurisdiktion nicht zurückdrängen lassen. Daß vielmehr durch eine aggressive Regierungspolitik höchstens die Zuversicht des anlagesuchenden Großkapitals erschüttert wird, und dadurch panikartige Konjunkturstockungen, wie die verflossene, heraufbeschworen werden können, unter denen die Gesamtheit und vor allem die wirtschaftlich Schwachen zu leiden haben. Die Ära Roosevelt war ein Kampf zwischen der exekutiven Regierungsdisziplin und der Trustoligarchie, ein Versuch, Sachgüterpreise im Interesse der konsumierenden Allgemeinheit durch gesetzgeberische bzw. konfiskatorische Maßnahmen zu erniedrigen, und hat mit einer gänzlichen Niederlage der Regierung, mit einem glänzenden Siege der Monopol- über die Konkurrenzidee geendet. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die Ära Taft ein wesentliches Abflauen der Antitrustagitation, wahrscheinlich im Interesse materiellen Aufschwungs sogar eine Periode der Vereinbarungen — collective bargaining nennt man's in Amerika — zwischen den drei Faktoren Regierung, Kapital und Arbeit bringen, was unstreitig eine größere Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse auf der ganzen Linie zur Folge haben würde und auch Deutschlands augenblicklichen Interessen günstig wäre*). Es ist jedenfalls bedeutsam, daß heut einzelne Regierungsvertreter offen gegen die Antitrustgesetze Stellung nehmen. So Martin A. Knapp, der Chairman der Interstate Commerce Commission mit den Worten: „I believe the most

*) Siehe Anmerkung 1.

mischievous piece of legislation in the history of the country is the Sherman antitrust law as interpreted by the United States Supreme Court. It is intolerable and strikes a blow at development and progress."

Bemerkenswert ist auch, daß Präsident Roosevelt in einer besonderen Botschaft an den Kongreß, worin die Resultate der Country Life Commission zusammengefaßt werden, den Farmern Kombination als das wirksamste Mittel empfiehlt, um sich mit den organisierten Interessen der Zwischenhändler erfolgreich auseinandersetzen zu können. Insbesondere wird allgemein anerkannt, daß der Sherman Act in seiner Anwendung auf die Eisenbahnen von geringem Wert, ja geradezu die Ursache nutzloser Störungen gewesen, und daß er dem Prinzip der bundesstaatlichen Regulierung des Bahnwesens zuwiderläuft, wonach das letztere als monopolistisches und bis zu gewissem Grade außer Wettbewerb stehendes Gebilde anzusehen ist. Es geht dies auch aus den Bestrebungen Tafts hervor, die weniger gegen die Organisation der Trusts an sich als gegen deren Mißbräuche gerichtet sind. So sind wenigstens seine Vorschläge zur Korporationsbesteuerung und zur Reformierung des Eisenbahnwesens aufzufassen: Regelung der Tarifbemessung auf Grund des Prinzips der Selbstkosten, Ermittelung des wahren Wertes des Eisenbahneigentums und Kontrolle von deren Finanzierung durch eine besondere Behörde.

All dies deutet darauf hin, daß die Intervention der staatlichen Organisation mit der industriellen Organisation in Amerika im Nachlassen begriffen ist, daß Kombination und sogar Monopolisierung öffentlicher Nutzbarkeiten, wie zum Beispiel der Bahnen, nicht mehr als „Conspiracy", als Verstoß gegen die Verfassungsgrundsätze, sondern als eine unabänderliche Notwendigkeit betrachtet werden, und daß damit den Industriekonzerns das Recht zuerkannt wird, Massenkontrakte über Preise, Löhne, Raten usw. nach ihrem ureigensten Gutdünken abzuschließen. Auch daß der Mangel an Wettbewerb, wie er nach innen durch Kombination, nach außen durch prohibitiven Schutzzoll aufrecht erhalten wird — da er sich infolge der reichen Naturschätze und der rasch wachsenden aufnahmefähigen Bevölkerung den Kapitalinteressen bisher nicht als schädlich erwiesen —, als etwas Unvermeidliches hingenommen, und mit den übrigen Problemen: Einwanderung, Rassenfrage usw. bis auf weiteres beiseite zu stellen sei. Das ist in kurzen Zügen der Verlauf der Konzentrationsbewegung und Trustbildung bis auf den heutigen Tag.

Als politisch wichtig muß noch hinzugefügt werden, daß die immer stärker zunehmende Kapitalkonzentration in den verantwortlichen Kreisen der Union das Bewußtsein der Notwendigkeit stärkerer Zusammenziehung von Machtfülle in der Föde-

ralregierung ausgelöst hat, eine Bewegung, die von Roosevelt eingeleitet, von Taft in Form der Korporationsbesteuerung und anderer Maßnahmen systematisch fortgeführt wird, der die Demokraten aber ebenso programmäßig entgegenarbeiten, indem sie darin eine Rückkehr zur gefürchteten gouvernementalen Domination erblicken, von der sich der Experimentalstaat der Union doch gerade frei machen wollte. Dieser Widerstreit der Tendenzen lässt sich in einigen Aussprüchen leitender Männer klar erfassen: Sagt Woodrow Wilson, Präsident der Universität Princeton, vor der Bankierkonvention in Denver: „The most striking fact about the actual organization of modern society is that the most conspicuous, the most readily wielded, and the most formidable power ist not the power of government, but the power of capital. The old dread of tyrannical government has been supplanted by a fear of the oppressive might of capital. The contest is not so much between capital and labor as between capital in all its larger accumulations and all other less concentrated, more dispersed, smaller ecomonic forces in the land." Hier haben wir also zunächst die Klarstellung der Kontroverse zwischen den zentralisierten und den dezentralisierten Kräften der Union. Weiter sagt Theodore Roosevelt in einer Rede zu Harrisburg: „We need through executive action, through legislative and through judicial construction and interpretation of law, to increase the power of the Federal Government. If we fail thus to increase it we show our impotence." Also die deutliche Tendenz zur Stärkung der Zentralgewalt, weil die Einzelstaaten versagen. Endlich sagt der demokratische Präsidentschaftskandidat Judge Alton B. Parker in seiner Verurteilung der Korporationsbesteuerung Taft's: „The Corporation Tax is but another step in the carrying out of a carefully devised plan of contralization of power in the Federal Government, by which it can assume the role of inquisitor of local manufacturing and business corporations, which is now solely the office of the States . . ." Und bezüglich des Öffentlichkeitszwanges: „Assuming however that complete publicity is desirable — we know that the Corporation Tax clause of the Tariff Bill does not provide for publication in all cases, nor in any case — except upon the special direction of the President. The power to make or withhold publication at will should not be lodged in the President, for it is a dangerous power." — Die Zitate enthalten alles Wissenswerte über die politische Bedeutung und Behandlung der Kapitalkonzentration. Eine Änderung der bestehenden Mißstände ist kaum zu erwarten. Es fehlt nicht an Worten, wohl aber an positiven Vorschlägen und vor allem an einem politischen Herkules, der die Kraft hätte, dieselben durchzusetzen.

Solange die Parteiregierung besteht und den dominierenden Sonderinteressen der Privatwirtschaft tributär ist, ist an einen Fortschritt im staatsweisen Sinne nicht zu denken. Man dreht sich im Kreise.

Auch die Fundamentaltendenz der Trustbewegung: billig zu produzieren und teuer zu verkaufen, bzw. die Spannung zwischen Rohmaterial und Fertigprodukt möglichst hoch zu halten, wird das diplomatische Geschick T a f t 's nicht ändern können, obgleich er während der Wahlkampagne seine wissenschaftliche Überzeugung dahin formulierte, „daß diejenigen Kombinationen, welche zum Zweck der Preisverbilligung unternommen werden, gesetzlich, diejenigen aber, welche zum Zweck der Preisverteuerung unternommen werden, ungesetzlich sind". Also dieselbe Idee, welche der Syndikatspolitik der russischen Regierung zugrunde liegt. Nun müßte es eigentümlich zugehen, wenn sich die Bergherrn und andere Produzenten zu dem Zwecke vereinigen wollten, die Preise ihrer Erzeugnisse und damit ihre Einnahmen zu erniedrigen, um so dem Gemeinwohl nicht nur der jetzigen, sondern auch der kommenden Generation zu dienen. Solch vaterländischer Weitsicht ist nur der Staat fähig. Aber auch der Staat würde, wie wir gesehen haben, in der Union wegen des geringen Prestiges der Regierung und wegen der außerordentlichen Verschwendungssucht des Volkes als Rohstofflieferant unökonomisch wirken.

Nach M o o d y s Statistik ergibt sich die Gesamtzahl der am 1. Januar 1908 bestehenden Trusts zu 10 020, und deren Kapitalisierung zu 31 672 Millionen Dollar. (Unter Kapitalisierung ist in folgendem verstanden: die Summe der in den Händen des Publikums befindlichen Wertpapiere der Haupt- sowie der abhängigen Korporationen, also stocks und bonds outstanding (par value), nicht der autorisierte Gesamtbetrag an Industrieeffekten).

Davon entfallen auf Franchise Trusts 2599 Anlagen mit 7789,3 Mill. Dollar, auf die großen Eisenbahngruppen 745 Kombinationen mit 12 931,1 Millionen Dollar Kapital. Wenn man die sogenannten „natürlichen Monopole", wie Eisenbahnen, Straßenbahnen, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgungsgesellschaften, welche in Amerika trotz der vielfachen Interessenkoalition nicht als Trusts klassifiziert werden, sowie die unzähligen Preis- und Produktionskartelle, Profitteilvereinbarungen, Einkaufs- und Verkaufsverbände anderer Art beiseite läßt und sich nur an die inkorporierten Industrietrusts hält, so stellt sich deren Zahl auf etwa 458 und die Zahl der von ihnen erworbenen oder kontrollierten Anlagen auf 6676 mit einer Gesamtkapitalisierung von rund 10 951,6 Millionen Dollar. Von diesen Industrietrusts sind 15 mit 100 Millionen Dollar oder mehr, 33 mit 50 Millionen oder mehr, 165 mit 10 Millionen

oder mehr und 451 mit 5 Millionen Dollar oder mehr kapitalisiert, wobei also Verdopplungen usw., soweit wie möglich nicht einbegriffen sind. Die Ziffern sind so korrekt, wie sie sich in Amerika überhaupt ermitteln lassen. Unter den 458 inkorporierten industriellen Korporationen sind nur etwa die Hälfte von größerer Bedeutung, und unter letzteren ragen wieder sieben mächtige Gruppen als besonders bemerkenswert hervor: Die Amalgamated Copper Company, die American Smelting & Refining Co., die American Sugar Refining Co., die American Tobacco Co., die International Mercantile Marine Co., die Standard Oil Co. und die United States Steel Corporation.

Doch darf man auch diese sieben Gruppen nicht als in sich abgeschlossene Konzerns auffassen, ebenso wie es nicht angängig ist, die Konzentrierung nach rein technischen Gesichtspunkten zu analysieren. Denn die kapitalistischen Motive überwiegen dabei die technischen insofern, als es hauptsächlich Erwägungen geldlicher Art sind, welche die Leiter der Industriekonzerns veranlassen, sich gleichzeitig kontrollierenden Einfluß auf die Haupteisenbahngruppen, auf die Hauptbanken, auf die Hauptversicherungsgesellschaften usw. zu sichern. Denn erst durch die Einbeziehung der Momente der Kapitalbeschaffung, des Transports und der Sicherung des Absatzmarktes wird die Stellung des Industriekonzerns wirklich undurchdringlich. Sie gibt es dem Produzenten in die Hand, den gesamten Erstehungs- und Auswertungsprozeß ihrer Produkte von der Quelle bis zum Konsumenten, also Umfang der Produktion, Preisstellung und Absatzorganisation unabhängig von staatlichen Eingriffen durchzusetzen. So liegt der Übernahme von Aktien der großen Eisenbahngruppen durch den Stahltrust bekanntlich der doppelte Zweck zugrunde, einmal günstige Transportbedingungen durchzudrücken, vor allem aber die Aufträge dieser Bahnen sich zu sichern, die ja die besten Kunden der Stahlindustrie sind. Es läßt sich bereits an dieser Stelle erkennen, eine wie wichtige Operationsbasis der Trustomanie mit all ihren Schäden entzogen würde, wenn der Staat die Eisenbahnen in eigene Regie übernähme, wie das in Deutschland mit so gutem Erfolge geschehen ist. Der Bundesregierung verbleiben als Korrektivmittel: der Zolltarif, die Gesetzgebung und der Öffentlichkeitszwang; doch versagen dieselben, wie früher gezeigt wurde, infolge des dominierenden Einflusses des Großkapitals auf Parlament, Rechtsprechung und Presse. Die Verschiedenartigkeit des Trustproblems in der Union und Deutschland wird dadurch offenbar.

Im folgenden sind die Hauptmerkmale der sieben größten industriellen Trusts der Union zusammengefaßt:

A m a l g a m a t e d C o p p e r C o m p a n y und verbündete Korporationen, organisiert 1899. Besitzt Bergwerke, Forsten und Kohlen-

ländereien, Schmelzwerke, Eisenbahnen, Sägemühlen usw. Umfaßt 35 Anlagen. Gesamtkapitalisierung (d. h. im Publikum flottierende Aktien und Obligationen, par value) 271,1 Millionen Dollar.

American Smelting & Refining Company und Anhang, 1899. Besitzt Werke in sieben Staaten und auswärts, Gold-, Silber- und Kupferminen, erzeugt zirka 85 % der Bleiproduktion, kontrolliert die American Smelters & Securities Company, die Federal Mining & Smelting Company, die Utah Copper Company mit Bergwerken. Umfaßt ingesamt 145 Anlagen. Kapital 203,1 Millionen Dollar.

American Sugar Refining Company und Anhang, 1891. Besitzt über 25 Raffinerien, erzeugte im Jahre 1906 51 % des raffinierten Zuckers in Amerika und betreibt durch die Woolson Spice Company nebenbei ein energisches Kaffeegeschäft. Umfaßt etwa 60 Anlagen. Kapital 160,0 Millionen Dollar.

American Tobacco Company und Anhang, 1904. Eine Verschmelzung der Continental-, Consolidated- und American Tobacco Company, eignet $^2/_3$ der British American Tobacco Company, besitzt eine Mehrzahl der Aktien der American Cigar Company, der P. Lorrillard Company, der American Snuff Company, der American Stogie Company, der Havanna Tobacco Company, der Ogdens Cigarette Company, England, und die gesamte L. Miller & Company. Betreibt das Haupttabakgeschäft in Amerika. Umfaßt etwa 200 Anlagen. Kapital 324,3 Millionen Dollar.

International Merchant Marine Company (Schiffstrust), 1902. Eine Konsolidierung der White Star Line, der International Navy Company, der Leyland Line, der Atlantic Transport Company, der Dominion Line und der National Line. Umfaßt im ganzen sechs Gesellschaften. Kapital 176,3 Millionen Dollar.

Standard Oil Company und Anhang (Oiltrust), 1899. Produziert und verarbeitet etwa 88 % der Gesamterzeugung Amerikas an raffiniertem Öl und eine große Zahl von Nebenprodukten. Kontrolliert Ölquellen in Pennsylvania, Ohio und West-Virginia und besitzt Raffinerien in allen Hauptstädten Nordamerikas sowie im Auslande; hat eigene Rohrleitungen von den Quellen zum Seehafen. Umfaßt etwa 70 Konzerns mit 400 Anlagen. Kapital 98,3 Millionen Dollar.

United States Steel Corporation und Anhang (Stahltrust), 1901. Besaß im Jahre 1907 Hochöfen mit einer Kapazität von zirka 6,5 Millionen Tons, Walzwerke mit einer Erzeugung von zirka 9 Millionen Tons Fertigwaren im Jahr; ihre Erzbergwerke liefern gegen 12,7 Millionen Tons, das sind etwa 70 % der gesamten jährlichen Erzeugung der Lake Superior Region. Die Korporation besitzt etwa 18 500 Koksöfen, 30 000 Acker Land in der Koksregion, 70 850 Acker

Kohlenländereien und 125 Seefahrzeuge. Der Stahltrust erzeugte im Jahre 1907 etwa 42 % der gesamten Roheisenproduktion und 56 % der gesamten Stahlerzeugung der Union. Er eignet und kontrolliert etwa 792 Anlagen. Kapitalisierung 1475,2 Millionen Dollar.

Um einen Begriff von der Mannigfaltigkeit der Interessen zu geben, die in der Leitung amerikanischer Trusts zusammenlaufen, seien hier die Beziehungen angeführt, welche die sechs Direktoren der Standard Oil Company neben ihrer Hauptätigkeit noch aufrecht erhalten. In dem Verfahren, welches die Regierung durch den Staatsanwalt Frank B. Kellog gegen die Gesellschaft eingeleitet hatte, war bekanntlich festgestellt worden, daß die Profite des Trusts, der gegen 90 % des amerikanischen Petroleumhandels kontrolliert, bei einem Kapital von 98,3 Millionen Dollar im Durchschnitt der Jahre 1899 bis 1906 sich auf jährlich 61 Millionen Dollar beliefen, während die Gewinne des Jahres 1907 nachweislich 83 Millionen Dollar betrugen, von denen gegen 40 Millionen als Dividende zur Auszahlung gelangten. Von den Direktoren des Oil Trust begnügt sich der alte John D. Rockefeller damit, Präsident der Mutterkorporation in New Jersey zu bleiben, welche ihrerseits 19 Untergruppen kontrolliert und Aktieninteressen in 54 anderen Ölgesellschaften besitzt. Dagegen ist William Rockefeller außerdem Direktor von Amalgamated Copper, der United Metals Selling Company und der Anaconda Mining Company. Auch Direktor der Brooklyn und Consolidated Gastrusts. Ferner ist er im Direktorium der folgenden Eisenbahnen: Chicago, Milwaukee & St. Paul, Delaware, Lackawanna & Western, Lake Shore, Michigan Central, New York Central und New York, Ontario & Western. Zwei dieser Kompagnien sind im Anthrazitkohlentrust. — William G. Rockefeller ist Direktor von Gasgesellschaften und Banken, ferner der Union Pacificbahn, welche die Southern and Central Pacific und die Oregon Short Line kontrolliert. — John D. Rockefeller ist Direktor der Delaware, Lackawanna & Westernbahn und des Stahltrusts sowie Aufsichtsrat der Chicagoer Universität, welche sein Vater reichlich unterstützt hat. — H. H. Rogers (†) war Direktor von Amalgamated Copper und Anaconda Copper, des Steel Trust und der Union Pacific, Atchison, Topeka & Santa Fe und der Chicago, Milwaukee & St. Paulbahnen. Er war im Brooklyn Gastrust und war praktisch Eigentümer der elektrischen Licht-, Kraft- und Verkehrsgesellschaften von Staten Island. — James Stillman ist Präsident der National Citybank, einem Standard Oilkonzern, und Direktor von 20 anderen Banken und Trustgesellschaften, auch von Amalgamated Copper und von den Eisenbahnen, Direktor der Baltimore & Ohio, Chicago & Alton, Chicago & Northwestern, Delaware, Lackawanna & Western, Michigan Central, New York Central, Southern Pacific, Union

Pacific; auch der Western Union und verschiedener Gasgesellschaften. — H. M. Flagler ist im Direktorium von Banken, Dampfschiffsgesellschaften und der Western Union. — Charles M. Pratt, Sekretär der Standard Oil Company, ist Direktor der Brooklyner Straßenbahnen, der American Express Company, der Boston & Maine und Long Islandbahnen auch Direktor anderer Bank- und Trustgesellschaften. — Einige der Unterdirektoren von Standard Oil sind auf weniger hervorragende Plätze zweckentsprechend verteilt.

Noch umfangreicher sind die Beziehungen des Beherrschers der anderen großen Finanzgruppe, J. Pierpont Morgan. Derselbe ist Mitglied des Verwaltungsrates von 3 Schiffahrtsgesellschaften, 5 Banken, 8 Trustgesellschaften, 8 Versicherungsgesellschaften, 40 industriellen Unternehmungen und 50 Eisenbahnen. Es bedarf wohl nicht erst der Erwähnung, daß Morgan all diese Verwaltungsposten neben der Tätigkeit in seinem eigenen Bankgeschäft nicht selbst auszufüllen vermag. Die meisten derartigen Beziehungen sind nur äußerliche und erfordern keinerlei persönliche Arbeitsleistung von seiten der Finanzherrn. Die Namen Rockefeller und Morgan bedeuten fast unbegrenzten Kredit. Dafür müssen die bevorteilten Unternehmer den Gewaltigen von Wall Street mit Überlassung einer Machtfülle zahlen, die es den Herren ermöglicht, nach und nach über ganze Industriezweige unumschränkte Herrschaft auszuüben.

Dr. Victor Krakauer findet, daß es besonders fünf Hauptmittel sind, die dem amerikanischen Finanzmann gestatten, mit relativ geringer Kapitalbeteiligung auf möglichst sichere Weise der korporativen Geschäftsführung den Stempel seines Willens aufzudrücken, nämlich: Die möglichste Ersetzung stimmberechtigten durch stimmloses Kapital, die Kreierung von Aktien mit hohem Stimm- aber sehr geringem Kostenwert, die mittelbare Kontrolle, vor allem durch holding companies oder durch ein ganzes System solcher, die möglichste Heranziehung fremder Gelder in Darlehnsform als Unterlage für den Aktienbesitz, endlich das eigentümliche und juristisch etwas zweideutige, ökonomisch aber gänzlich eindeutige Gebilde des voting trust.

Von den finanztechnischen Methoden, welche die Trustmagnaten einschlagen, um zu ihrer Machtstellung zu gelangen, von der systematischen Verschleierung und Verwässerung ihrer Bestände zum Zwecke der Kapitalbeschaffung, von der Zusammenlegung und Überwertung von Aktien der verschmelzenden Konzerns usw., ist in Spezialwerken so viel geschrieben worden, daß sich hier kaum etwas wesentlich Neues hinzufügen ließe. Wie weit die amerikanische Industriegebarung neuerdings der Vertrustung anheimgefallen ist, darüber kann erst der Bericht des Census von 1910 einwandfreie Aufklärung bringen.

Daß die Zahl der Trusts und ihr Einfluß sich bedeutend gemehrt hat, darf keinem Zweifel unterliegen. Im Jahre 1900 zählte man nur 185 industrielle Kombinationen mit einem Gesamtkapital von 1461 Millionen Dollar, was damals etwa $^1/_7$ des gesamten in den Industrien der Union tätigen Kapitals darstellte. (Der Censusbericht versteht unter Kapital die Gesamtheit aller zur Industrie gehörigen Ländereien, Gebäude, Ausstattungen, Kassabestände, außenstehende Beträge, Rohmaterialien und solche, die im Verarbeitungsprozeß begriffen sind. Dieses Kapital, zirka 11 Milliarden Dollar — abzüglich eines Betrages von etwa 1,2 Milliarden für Landpacht — verteilte sich damals zu 10,5 % auf Ländereien, zu 14,8 % auf Gebäude, zu 25,9 % auf deren mechanische Ausstattung und zu 48,8 % auf Barmittel.)

Gegenüber dem durch den Census ermittelten Bestandkapital von 1461 Millionen Dollar betrug der nach dem Charter der betreffenden industriellen Kombinationen zur Emission berechtigte al pari-Wert der Kapitalisierung 3619 Millionen, wovon 3093 Millionen zur Ausgabe gelangt waren, eine Diskrepanz zwischen dem fiktivem und dem wahren Wert der im Publikum kursierenden Trustpapiere, welche durch die vielfach verzweigte Nebentätigkeit der Konzerns keineswegs erklärt scheint. Dabei gaben die Industrietrusts zirka 400 000 Leuten Beschäftigung und zahlten 195 Millionen Dollar an Löhnen aus, was so viel heißt als daß $^1/_{30}$ aller Industriearbeiter und $^1/_{12}$ der gesamten in der Union gezahlten Lohnsumme auf die Trusts entfielen. Der Totalwert der durch die Trusts fabrizierten Erzeugnisse betrug 1667 Millionen Dollar oder etwa $^1/_8$ des Gesamtproduktenwertes der Industrie, ein ziemlich hoher Prozentsatz, verglichen mit der Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte, der durch die Tatsache erklärt wird, daß in den großen Konzerns Maschinenarbeit wo immer möglich die Handarbeit ersetzt, und die Forderung get tonnage auf die Spitze getrieben wird.

Die im Jahre 1900 kursierenden Trustpapiere in der Höhe von 3093 Millionen Dollar bestanden aus 216 Millionen Bonds oder Obligationen, 1066 Millionen preferred stock oder Vorzugsaktien und 1810 Millionen common stock oder Stammaktien. Von den 185 Trusts hatten 117 auf ihren common stock im genannten Jahre überhaupt keine Dividende verteilt, 5 hatten den Regierungsbeamten jede Auskunft verweigert, und von den 63, die auf ihre Stammaktien etwas Dividende zahlten, besaßen 31 keine Vorzugsaktien. Vergleichen wir dies mit den uns vorliegenden Trustberichten des Jahres 1907, so zeigt sich, daß die 251 wichtigen derselben ein Gesamtkapital an kursierenden Papieren von 6905,7 Millionen Dollar aufwiesen, welches aus 1599,8 Millionen an Obligationen, 3419,7 Millionen an Stammaktien und 1926,2 Millionen Dollar an Vorzugsaktien bestand.

Bemerkenswert ist außer der ersichtlichen Steigerung des Gesamtkapitals die starke Zunahme der durch Bonds aufgebrachten Kapitalien, was der bei der Vertrustung mehrerer Unternehmungen auf seiten der Promotors vorherrschenden Gepflogenheit entspricht, mit kleinen verfügbaren Kapitalien die Mehrzahl der Aktien und damit die Kontrolle über das Geschäft an sich zu reißen, dagegen die benötigten Betriebsmittel durch Obligationen aufzubringen, deren Besitz ja — auch bei uns in Deutschland — leider kein Anrecht auf Kontrolle des Unternehmens in sich schließt. Von den 251 Trusts zahlten nur 110 Dividenden auf Stammaktien, und von diesen 110 besaßen 45 keine Vorzugsaktien. Diesen offiziösen Ziffern nach zu urteilen, hat der Sanierungsprozeß der industriellen Finanzgebarung in der Union seit 1900 einige Fortschritte gemacht, was nicht zuletzt dem Umstand zuzuschreiben ist, daß die fiktive Werte bzw. das „Wasser" durch die beispiellose Produktionssteigerung der letzten Jahre bzw. durch die Verbesserung der inneren Qualität der betreffenden Unternehmungen wieder gut gemacht und getilgt wurden, wenigstens zum Teil. Über eine gewisse Bohrtiefe hinaus vermag aber auch der konzentrierteste Erwerbstrieb den Boden nicht auszuschlachten, und auch der Konsumkraft der Massen sind bestimmte Grenzen gezogen, welche dem natürlichen Sanierungsprozeß früher oder später Einhalt tun müssen.

Da die moderne Form der Kapitalgesellschaftsunternehmung ein Produkt der Konzentrationstendenz ist, weil sie durch ihren kollektivistischen Charakter die für den Großbetrieb erforderliche Beschaffung großer Geldmittel sehr erleichtert, ist es interessant, festzustellen, ein wie großer Teil der industriellen Wertschaffung der Union durch Aktiengesellschaften und solche mit beschränkter Haftung, der Kürze wegen Korporationen genannt, besorgt wird. Der Ursprung der Korporationen reicht etwa 100 Jahre weiter zurück als der der Trusts. Sagt Hon. Walter Clark, Chief Justice of the Supreme Court of North Carolina: „Corporations, which now control the country and its government, where then (1787) so few that not till four years later, in 1791, was the first bank incorporated; the charter for the second bank was only obtained by the subtlety of Aaron Burr, who concealed the banking privileges in an act incorporating a water company. Corporations have had an affinity for water ever since." Nach dem Census von 1900 waren von 512 254 industriellen Unternehmungen mit einem Totalproduktenwert von über 13 Milliarden Dollar 40 743 oder etwa $^1/_9$ Eigentum von Korporationen, eine verhältnismäßig geringe Zahl; aber der Wert ihrer Erzeugnisse betrug 7,7 Milliarden, also etwa $^1/_5$ des Wertes der Gesamtproduktion, wobei die Transportgesellschaften nicht berücksichtigt sind.

Sondert man die Industriekorporationen nach technischen Gesichtspunkten, so ergibt sich folgende Gruppierung: An Eisen und Stahlerzeugnissen produzierten Korporationen 1508 Millionen Dollar oder 84 % vom Wert der Gesamterzeugung; an chemischen Produkten 430 Millionen oder 81 %; an Landfahrzeugen 430 Millionen oder 85 %; an anderen Metallen und Metallprodukten 578 Millionen oder 77 %; an Schiffsfahrzeugen 55 Millionen oder 74 %; an alkoholischen Getränken 305 Millionen oder 72 %; an Nahrungsmitteln 1414 Millionen oder 62 %; an Papier und Druckereiwaren 369 Millionen oder 60 %; an Glaswaren 157 Millionen oder 54 %; an Textilwaren 827 Millionen oder 50 % vom Wert der Gesamterzeugung des Landes. Von den 13 Industriegruppen sind es nur drei, die Leder-, die Holz- und die Tabakindustrie, in denen die Konzentration des Kapitals in Form der Gesellschaftsunternehmung im Jahre 1900 noch nicht stark in den Vordergrund getreten war. Daß sich die Verhältnisse seitdem ganz wesentlich verändert haben, geht schon daraus hervor, daß heute die American Tabacco Company das Haupttabakgeschäft Amerikas betreibt, wie ja die meisten der großen Industrietrusts erst nach 1900 entstanden sind, ob infolge der damals einsetzenden Periode der Hochkonjunktur, soll hier nicht untersucht werden.

Heut hat sich die korporative Unternehmungsform fast der gesamten wirtschaftlichen Produktion in den Vereinigten Staaten bemächtigt. Man schätzt, daß von dem Nationalreichtum der Union (etwa 110 Milliarden Dollar), gegen 50 %, und von dem in Industrie, Handel und Verkehr repräsentierten Teil desselben etwa 80 % in korporativer Form gebunden sind. Von den amerikanischen Eisenbahnen waren nach M o o d y 's Manual im Jahre 1907 etwa 90 % der gesamten Meilenlänge und etwa 92 % der par value Kapitalisierung aller Eisenbahngesellschaften des Landes in der Kontrolle von 57 großen Korporationen. Von den in Straßenbahnen, Gaswerken und Zentralstationen, Telephon- und Telegraphensystemen und anderen öffentlichen Unternehmungen sowie in Fabrik- und anderen Industrien beschäftigten Kapitalien sind über 20 Milliarden in Korporationen festgelegt, deren stocks und bonds sich in jedem Einzelfall auf wenigstens 500 000 Dollar belaufen, und in den Händen der Investoren bzw. der Öffentlichkeit sich befinden. Einschließlich der Eisenbahnen mit einem Kapitalisationswert von 14 Milliarden dürfte sich der Gesamtbetrag des in korporativer Form arbeitenden Kapitals in der Union auf etwa 34 Milliarden Dollar belaufen, die sich auf etwa 3 Millionen Investoren verteilen, wobei die kleinen Unternehmungen , Banken, Trustgesellschaften usw. mit weniger als 500 000 Dollar Kapital nicht berücksichtigt sind. Bringt man den Anteil des ausländischen Kapitals mit etwa 15 % in Abzug, so verbleiben

noch etwa 2,5 Millionen Menschen, also etwa 3 % der Gesamtbevölkerung von 90 Millionen, als Eigentümer des korporativen Reichtums in Amerika übrig, wobei natürlich die Anteile sehr ungleich verteilt sind.

Ein beträchtlicher Teil dieses Kapitals hat auch nur Papierwert, er ist, wie man in Amerika sagt: Wasser, d. h. er ist zu dem wirklich in dem Unternehmen investierten Kapital zugeschossen worden, repräsentiert aber zurzeit nur einen mehr oder weniger tangiblen Wert, z. B. Patentrechte, Zollschutz, Sonderprivilegien, event. Vorteile eines Zusammenschlusses, den Einfluß eines mächtigen Senators oder Finanzmannes oder die zu erwartende Steigerung der inneren Qualität des Unternehmens infolge des wachsenden Gesamtwohlstandes, häufig auch nichts dergleichen. Der fortschreitenden Produktionssteigerung und dem rasch wachsenden Konsum ist es zuzuschreiben, daß das Papier bzw. Wasser der früheren Jahre sich in Gold gewandelt, und daß die ungesunde Finanzgebarung des Landes keine ernsteren Folgen gehabt hat. So lange die Rohmaterialien zureichen, die Einwanderung weitergeht und das Vertrauen der europäischen Finanzwelt anhält, wird das auch so bleiben. Erst die Verteuerung der Rohstoffliefe-rung wird eine Änderung bringen, aber dann nicht eine Panik, eine Stockung, eine Kontraktion, sondern eine Krise, einen Zusammenbruch, einen nationalen Konkurs.

Die sonstigen Übelstände der korporativen Unternehmungsform sind denen ähnlich, die wir auch in Deutschland beobachten können, nur daß sie in der Treibhausatmosphäre Amerikas, welche gleichzeitig eine Atmosphäre der Zügellosigkeit und mangelnden Rechtsdurchsetzung ist, viel üppiger wuchern. So werden die Korporationen weit mehr als bei uns vornehmlich im Interesse der Direktoren und anderer kontrollierender Organe verwaltet als im Interesse der Aktionäre. Es ist ja nur natürlich, daß die Bankiers in Wallstreet in den von ihnen mit Kapital versorgten Unternehmungen vorwiegend solche geschäftlichen Politiken befürworten werden, die deren Abhängigkeit von ihnen erhalten oder noch enger gestalten, und daß diese finanztechnisch sehr wirksamen Mittel, nicht immer rechtlich einwandsfrei und ökonomisch erfolgreich sind, daß sie namentlich dem Interesse der Konsumenten fast durchgängig zuwiderlaufen, dürfte gleichfalls klar sein. Über die Beziehungen, welche die privilegierten Korporationen zur Legislatur und Judikatur unterhalten, um sich einerseits „gute Gesetze", andererseits Immunität für Verstöße gegen „schlechte Gesetze" zu sichern, ist an anderer Stelle bereits geredet worden.

Untersucht man die Industriekonzentration vom Standpunkt der Akkumulierung von Arbeitskräften aus, so ergibt sich folgendes: Von der Gesamtzahl der im Jahre 1900 in der Industrie be-

schäftigten Menschen (6,3 Millionen einschließlich Hausindustrie) waren 2,8 Millionen in größeren Betrieben tätig. Das heißt, 8494 Konzerns beschäftigten zwischen 101 und 250 Leuten, 2809 zwischen 251 und 500, 1063 zwischen 501 und 1000, und 443 Werke hatten mehr als 1000 Angestellte, Arbeiter, Bureaubeamte usw. Insgesamt dürften etwa 20 % der Industriebevölkerung in sogenannten Großbetrieben tätig gewesen sein, unter denen die Eisenhütten und Stahlwerke an erster, die Baumwollspinnereien an zweiter, die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken an dritter und die Elektromaschinenfabriken an vierter Stelle standen, was die Arbeiteranhäufung betrifft. Die Betriebe mit weniger als 100 Angestellten pro Werk, einschließlich der Einzelbetriebe, bildeten mehr als 97 % aller industriellen Betriebe, gewährten aber nur 3,5 Millionen Arbeitern, also etwas mehr als der Hälfte der gesamten Industriebevölkerung Beschäftigung. Das Zusammenballen von Arbeitskräften in großen Betrieben war also damals schon recht bemerkenswert.

Über die Organisation und Rentabilität der amerikanischen Industrie ist noch folgendes hinzuzufügen: Von den im Jahre 1900 insgesamt gezählten 512 339 industriellen Betrieben — von denen weniger als die Hälfte auf „Fabriken" entfielen, welch letztere aber $^{19}/_{20}$ des in der Industrie tätigen Gesamtkapitals und $^{9}/_{10}$ der Industriearbeiter beanspruchten, sowie über $^{9}/_{10}$ der Gesamtproduktion herstellten — besaß jeder einzelne im Durchschnitt 31 400 Dollar an Kapital, beschäftigte 16 Arbeiter und produzierte Waren im Wert von 39400 Dollar. Der Censusbericht von 1905 beschränkt sich ausschließlich auf die Fabrikindustrie und gibt folgendes Bild (die prozentualen Zuwachszahlen gegen 1900 sind eingeklammert): Zahl der Betriebe 216 262 (4,2 %), Kapital 12 686,2 Millionen Dollar (41,3 %), besoldete Beamte 519 751 (42,7 %), Beamtengehälter 574,7 Millionen Dollar (50,9 %), Zahl der Arbeiter 5,4 Millionen (16 %), Gesamtarbeitslöhne 2611,5 Millionen Dollar (29,9 %), verschiedene Ausgaben 1455,0 Millionen Dollar (60,7 %), Gesamtkosten der gebrauchten Materialien 8503,9 Millionen Dollar (29,3 %), Wert der erzeugten Produkte (einschließlich Routinearbeiten und Reparaturen) 14 802,1 Millionen Dollar (29,7 %).

Wie aus einem Vergleich mit den entsprechenden Ziffern des Jahres 1900 hervorgeht, ist der in der Industrie investierte Kapitalbetrag bedeutend stärker gestiegen als der Wert der erzeugten Produkte. Rechnet man den Überschuß desselben über die Gesamtausgaben als Profit, so ergibt sich derselbe im Jahre 1900 zu 1540 Millionen Dollar oder zirka 17 % des investierten Kapitals, im Jahre 1905 dagegen zu 1659 Millionen Dollar, also nur 13 %. Und wenn auch bei der Aufnahme der Statistik im Jahre 1900 und 1905 manche Unterschiede gewaltet haben, so ist der Abfall der Produktivität des Kapitals doch zu markant, um

durch diese Unterschiede erklärt zu werden. Natürlich ist es nicht statthaft, wie es bei dieser überschläglichen Rechnung geschehen mußte, Abschreibungen und Schuldverluste, die ja gerade in Amerika sehr hoch einzuschätzen sind, den Ausgaben nicht zuzurechnen. Aber das Verhältnis der Rentabilität der Industriegebarung, auf das es ja nur ankommt, würde auch in der korrigierten Bilanz nicht besser werden, weil das infolge wachsender Konzentrierung, Monopolisierung und Standardisierung zunehmende Nachlassen des Wettbewerbes den Riesenkonzerns auch die Anschaffung von Neuanlagen immer weniger dringend erscheinen läßt, weshalb die Rücklagen zugunsten der Dividenden oft geschmälert werden. Daß diese Tendenz außer auf die Freiwerdung von Kapital auch auf die Entwicklung der technischen Intelligenz Einfluß haben muß, ist ohne weiteres klar. Übrigens ist auch die Rentabilität unserer deutschen Großunternehmungen in der Montanindustrie, im Bankgewerbe, im Handel und Verkehrsgewerbe seit 1905 langsam im Abnehmen begriffen.

Auf die Besprechung der staatlichen und privaten Finanztechnik in den Vereinigten Staaten kann hier nicht näher eingegangen werden, weil eine sachliche Kritik im Rahmen dieser knappen Darstellung unmöglich erscheint. Ganz allgemein darf man sagen, daß der Hauptübelstand des amerikanischen Geldwesens in seiner Unelastizität und Systemlosigkeit liegt, indem eine Kontrolle oder Regelung irgend welcher Art durch ein Zentralinstitut, etwa nach dem Muster unserer Reichsbank, nicht besteht. Zwei Versuche dieser Art wurden im Verlaufe des verflossenen Jahrhunderts unternommen, sind aber an dem Widerstande der Privatwirtschaft gescheitert. Wie einsichtige Amerikaner über den Gegenstand denken, geht aus eine Rede des Präsidenten Taft hervor, die er auf einem Bankett der Bostoner Handelskammer kürzlich gehalten, und in der er erklärte, das Geldsystem des Landes sei ein Flickwerk, das niemand völlig befriedige. Es sei nicht nötig zu beweisen, daß eine Änderung des Banksystems erforderlich sei, er hoffe aufrichtig, daß die Bostoner Handelskammer ihren ganzen Einfluß aufbieten werde, damit noch vor Ablauf der gegenwärtigen Verwaltungsperiode ein befriedigendes System im Kongreß Annahme finde. Die Schwierigkeiten, welche einer Gesundung des Geldwesens im Wege stehen, wurzeln in der Unmöglichkeit, das Zentralinstitut von dem Einfluß von Wall Street freizuhalten, in der Gefahr, daß dasselbe zu politischen Zwecken mißbraucht würde, und in der finanzgeschäftlichen Unerzogenheit des kleinen Landbankiers, der jeder Änderung des Geldsystems mit Mißtrauen gegenübersteht. An diesen Widerständen dürften auch die Reformvorschläge Tafts scheitern.

Da interessierte Kreise bei der Erörterung der Konzentrations-

bewegung einen öfteren Hinweis auf den dadurch zu erwartenden „Segen für die Volkswirtschaft" für nötig erachten, scheint es angebracht, ehe man von den Entwicklungstendenzen der amerikanischen Trustomanie Schlüsse auf die deutsche Wirtschaft zieht, sich darüber klar zu werden, was wir bis jetzt durch das Zusammengehen der Unternehmerinteressen eigentlich erzielt haben. Dabei ergibt sich folgendes:

Vor der Konzentration (um ein Argument der Essener Handelskammer zu gebrauchen): Regel- und zielloses Produzieren mit dem Bestreben jedes einzelnen seine Anlagen aufs äußerste auszunutzen und zu erweitern, um dadurch die Generalunkosten zu verbilligen und so die inländische Konkurrenz unterbieten zu können. Folge: Kapitalfestlegung, Überproduktion, Preisverschlechterung, also Tendenz zur Begünstigung des Konsumenten auf Kosten des Produzenten. Konjunkturschwankungen.

Nach der Konzentration (um im Bilde zu bleiben): Einheitliches Rekordproduzieren mit dem Bestreben aller Beteiligten, ihre Anlagen aufs äußerste auszunutzen und zu erweitern, was infolge des schnell akkumulierenden Kapitals in viel größerem Maßstabe möglich ist als zuvor; Verbilligung der Generalunkosten infolge der Konzentration, wodurch die Möglichkeit gegeben wird, mit den ausländischen Produzenten auf dem Weltmarkt in Wettbewerb zu treten. Folge: Kapitalfreiwerdung, Massenproduktion, Teilnahme am Welthandel, Preiserhöhung, also Tendenz zur Begünstigung der ausländischen Konsumenten durch Schleuderverkäufe auf Kosten der inländischen. Konjunkturschwankungen.

Nachdem die Konzentrationsbewegung, horizontale sowohl wie vertikale, zunächst bewirkt, daß die inländische Konkurrenz, d. h. die kapitalistisch schwächeren Erzeuger des Heimmarktes, zur Unselbständigkeit herabgedrückt wurden, muß sie in ihrem weiteren Verlauf dahin führen, eine Scheidung nach Kräften, eine kapitalistische Auslese zwischen der internationalen Konkurrenz auf dem Weltmarkt herbeizuführen; und wie ihr erstes Stadium darauf hinauslief, eine Potenzierung der kapitalistischen Heimindustrie zu bewirken, muß das zweite zu einer Potenzierung der kapitalistischen Weltindustrie ausarten: Aufteilung des Weltmarktes durch Vereinbarungen zwischen den Leitern der Riesentrusts der Haupterzeugungsländer. Also weitere Kräftigung des Großkapitals durch internationale Verständigung der Produzenten auf Kosten der Konsumenten. Ganz allgemein und ohne Rücksicht auf nationale Erwägungen wird man sagen können, daß die Konzentrationsbewegung diejenigen, von denen sie ausging, stärker begünstigt hat, als die große Masse, deren Konsum entscheidet.

Was die Preispolitik der Trusts und deren Einfluß auf den Konsum anlangt, so wird man sich den sehr wohl durchdachten Erwägungen des amerikanischen Professors Jenks anschließen können, der sich darüber folgendermaßen äußert: „Während die Trusts es in der Hand haben, bei niedrigeren Preisen Profite zu erzielen, als uns das bei freiem Wettbewerb möglich wäre, neigen sie trotzdem dazu, die normale Preiserniedrigung, welche als eine Folge fortschreitender Fabrikationserleichterungen eintreten müßte, zurückzuhalten. Jedenfalls regeln sie die Preise immer so, daß sich bessere Profite für die Produzenten erzielen lassen, als das ohne Vertrustung möglich wäre. Doch werden Konkurrenz und verringerte Nachfrage, die sich beide bei zu hoher Preisstellung unweigerlich einfinden würden, es verhindern, daß die Preise bei Vertrustung auf die Länge der Zeit viel höher sind als bei freiem Wettbewerb." Und — so können wir hinzufügen — solch verringerte Nachfrage müßte ja die amerikanischen Trusts wegen ihrer durchgängig starken Verwässerung besonders empfindlich treffen, weshalb Überkapitalisierung in diesem Falle als Sicherheit gegen übertriebene Preisforderungen wirkt.

Nachdem wir so die Haupttendenz der Konzentrationsbewegung: Potenzierung der kapitalistischen Weltindustrie und stärkere Abhängigmachung der Konsumenten aller Länder von den koalierten Produzenten, festgestellt, bleibt mit den Übelständen der Vertrustung und ihrer Abhilfe auch die Frage zu erörtern, ob durch das Versagen des Wettbewerbs, als des anerkannten Spornmittels für die Produktivtätigkeit der Privatwirtschaft, und dessen Ersatz durch das Monopol, sowie durch die Notwendigkeit der Abschließung von Vereinbarungen zwischen den Privatmonopolmächten der verschiedenen Volkswirtschaften, die für das Wohl und Wehe oft ganzer Nationen von ausschlaggebender Bedeutung sein können — ob durch diese und andere Veränderungen nicht ein neues und schwerwiegendes Moment in die Argumentation zwischen Privatbetrieb und Staatsbetrieb gewisser Unternehmungen hineingetragen worden, welches die Entscheidung darüber sehr stark zugunsten des letzteren verschiebt? Denn es ist keineswegs sicher, daß, wenn auch vor 50 Jahren, wo wir am Anfange unserer technischen Entwicklung standen, die Verstaatlichung z. B. des Kohlenbergbaues eine politische Utopie war, sie heute, wo wir uns dem Ende unserer stürmischen industriellen Aufschwungsperiode nähern, nicht in den Kreis ernsthaftester Betrachtung gerückt ist. Das glaube ich an anderer Stelle nachgewiesen zu haben*).

*) „Die rationelle Auswertung der Kohlen als Grundlage für die Entwicklung der nationalen Industrie". Berlin, Julius Springer, 1909.

In der politischen Ökonomie gibt es eben nichts unabänderlich Feststehendes, keine Universalrezepte: hie Freihandel, hie Schutzzoll, sondern einzig Kompromisse, die eine weitsichtige Staatsleitung den veränderten Wirtschaftsbedingungen der neuen Zeit anpassen wird. Was heut als sozialistische Doktrin gebrandmarkt wird und mit Recht der jetzigen Generation als staatsgefährlich gibt, das mag in hundert Jahren durch den Lauf der industriellen Entwicklung so plausibel geworden sein, daß es vom Regierungstisch herab als staatserhaltende Idee gepriesen wird. Nun glauben aber diejenigen Wirtschaftsapostel, welche keinen Einblick in das komplizierte Reich der Technik besitzen, welche ihre Hypothesen auf Geologie, Physik, Chemie als Grundlagen aufbauen, ohne deren inneren Zusammenhang und technische Grenzen zu kennen, irrtümlicherweise, daß unser industrieller Aufschwung ad infinitum in demselben Tempo weitergehen wird. Sie vergessen bei aller Bewunderung vor den Riesenziffern der amerikanischen Industriegebarung, daß mit jeder neuen Rekordleistung ihres Kohlen- und Erzbergbaues die Amerikaner einen tieferen Schnitt in den Ast sägen, auf dem sie sitzen. Sie sehen nicht in ihrem Augenblicksdünkel oder wollen nicht sehen, daß mit dem Abnehmen der Rohmaterialien ein ständiger Aufstieg unserer Industrien zu Stufen höherer Ordnung sich vollziehen muß; daß dadurch deren Produktivwirkungsgrad, d. h. das Wertverhältnis zwischen Material-, Arbeit- und Kapitalaufwendungen zu den erzielten Erträgnissen sich immer mehr verschlechtert; daß immer größere Kapitalinvestierungen erforderlich werden, um hohe Dividenden zu erzielen, kurz, daß auch die technische Differenzierung eine weitere Potenzierung des kapitalistischen Milieus der Industrie zur Folge hat, und man auch in diesem Falle des Übels der einseitigen Bereicherung weniger Privater auf Kosten der Allgemeinheit nur Herr werden kann, wenn man es an der Wurzel faßt, d. h. dem Kapital den Zugang zum Boden erschwert, aus dem ja alle Quellen fließen. Damit darf aber nicht gewartet werden, bis die Ausschlachtung unserer Bodenschätze am Ende angelangt, und die Kapitalverteilung einseitig abgeschlossen ist wie in Amerika.

Und noch ein anderer Beweisweg führt zu demselben Schluß. Es läßt sich nämlich aus der Censusstatistik konstatieren, daß die Entlohnung der Ware Arbeit seit dem Jahre 1860 gestiegen, die Entlohnung der Ware Kapital dagegen gesunken ist; letzteres weil, wie bereits erwähnt, der Gesamtwert der Produkte, welcher mit einem gegebenen Kapitalbetrag heute erzielt werden kann, bzw. der Profit, der sich mit einem bestimmten Aufwand an Geschäftstätigkeit jetzt gegen früher realisieren läßt, geringer geworden ist.

Daß würde nun eigentlich darauf hindeuten, daß die Konzentration heute weniger ausgeprägt erscheint und immer weniger gefahrdrohend

werden müßte, je weiter die industrielle Entwicklung in den bisherigen Bahnen fortschreitet. Auch der kollektivistische Anstrich unserer heutigen Kapitalgesellschaftsunternehmung verführt ja manchen zu der Ansicht, daß das erstrebte Ziel einer „Demokratisierung des Kapitals", einer gleichmäßigeren Verteilung der nationalen Güter unter dem bisherigen System sich durchsetzen lasse, wie ja die tatsächliche Zunahme des Massenwohlstandes dahin gedeutet werden kann.

Demgegenüber ist aber anzuführen, daß der Kapitalzins, also die Erträgnisse der Anlage der großen Masse, seit Beginn der Industrieperiode stetig geringer geworden ist (in Amerika von 8 % auf 5 %), und daß die Industriedividende, d. i. die Renumeration der Anlage des kapitalistisch kräftigen oder wenigen, weil nur diesen zugänglich, sich nur durch Akkumulierung und Investierung immer größerer Kapitalmengen auf ihrer derzeitigen Höhe halten läßt. Mit andern Worten: wenn auch die große Masse der Menschen wohlhabender und damit konsumkräftiger geworden ist, so ist doch die geldliche Differenzierung zwischen ihr und den wenigen Finanzriesen immer stärker ausgeprägt, die Kluft immer weiter, die Abhängigkeit immer drückender geworden. Diese Tendenz kann man in dem phänomenalen Aufstieg der Rockefeller, Morgan, Harriman usw. zu einzigartiger Machtstellung in der Union deutlicher verfolgen als an irgendeinem Beispiel in Deutschland*).

Die Furcht der Amerikaner vor der Gebarung des kapitalistischen Sonderorganismus, des Staates im Staate, dessen Erwerbsgier die Unionsregierung im Interesse der Durchsetzung nationaler, sozialer und kultureller Ziele einzuschränken sich außerstande findet, hat etwas Pathetisches. Es ist weniger die Auflehnung der Massen gegen das Kapital im M a r x schen Sinne — da das Land noch zu reich und die fortschrittfördernde Wirkung des Kapitalbesitzes zu offenbar ist — weniger ein Angriff auf die kapitalistische Unternehmungsform als auf die begünstigten Sonderinteressen, also weniger eine ökonomische als eine politische Spannung, wie sie sich heute äußert. Es ist der aussichtslose Kampf gegen die Unterjochung von Legislatur und Kongreß, gegen die Erwählung von Repräsentanten, Senatoren, Gouverneuren, Präsidenten, gegen die Erkaufung jeglicher Obrigkeit durch das alles beherrschende Großkapital, der in den Gemütern rechtlich denkender Amerikaner tiefe Erbitterung wachgerufen und die Vereinigten Staaten in den Augen der europäischen Kulturländer stark diskreditiert hat.

Wie vor einem halben Jahrhundert steht das amerikanische Volk heute vor einem gewaltigen Konflikt, diesmal zwischen den Gegnern der G e l d s k l a v e r e i und ihren Anhängern; einem Konflikt, dessen

*) Siehe Anmerkung 2.

unheilvolle Wirkung auf die nationale Einheit des Landes Abraham Lincoln in seiner berühmten Rede vom 16. Juni 1858 prophetischen Geistes Ausdruck verliehen: „A house divided against itself can not stand. I believe this government cannot endure permanently half slave and half free. I do not expect the Union to be dissolved; I do not expect the house to fall; but I do expect that it will cease to be divided. It will become all one thing or all the other". — Und dieses andere Ding, das Lincoln damals im Sklavenstaat voraussah, hat sich heut in der kapitalistischen Unterjochung der Union erfüllt. Denn im Gegensatz zu dem American Commonwealth von einst sehen wir vor uns eine von dem Leitmotiv des Erwerbsbetriebes durchtränkte Herrschaft der Reichen über die Armen, der Wenigen über die Massen, der Industrie-Mandarine über die „Kulis der Zivilisation." Aber eine Herrschaft, die im Gegensatz zu den Plutokratien und Oligarchien der alten Geschichte nicht nur die politische Entmannung der tributpflichtigen Bevölkerung zum Ziel hat, nicht nur deren Begehrlichkeit und Bedarfsansprüche auf Kosten ihrer physischen, geistigen und moralischen Kräfte listig fördert, sondern auch mit Hilfe einer wundersamen Technik in den Stand gesetzt ist, die unersetzlichen Schätze des Bodens, aus dem doch aller Reichtum fließt, rücksichtslos auszubeuten und so die Fundamente künftiger, nationaler Machtstellung dauernd zu erschüttern. Kohle und Erz, die Grundlagen der modernen Industrie, lassen sich nicht säen wie Getreide und nicht ernten wie die Früchte des Feldes. Und nicht die leiseste Deutung berechtigt uns zu dem Glauben, daß Erfindertalent und Genie einen Ersatz für diese wichtigsten aller Mineralien schaffen werden, wenn der Erwerbstrieb des Großkapitals sie zur Neige getrieben. Die Enteignung der dem Volke in seiner Gesamtheit rechtlich zustehenden Bodenschätze durch die Sippschaft der Wenigen wird so lange dauern, als die Unionsregierung ihre Weisungen von den Raubrittern der Industrie empfängt. Erst wenn die Domination der haute finance aufhört, erst wenn die amerikanische Regierung das wird, was sie sein will: eine Regierung des Volkes, durch das Volk für das Volk kann die Erdbaupolitik das werden, was sie sein soll, eine geonomia pauperum. —

Angesichts der heutigen plutokratischen Herrschaft in den Vereinigten Staaten ist es sehr lehrreich, sich vor Augen zu halten, was die Begründer der nordamerikanischen Demokratie über die Dauerhaftigkeit der von ihnen geschaffenen Volksregierung zu sagen hatten. Und da sind es besonders zwei Stellen aus den Reden Benjamin Franklin's vom Jahre 1787, mit denen ich meine Ausführungen über die Konzentration der Privatwirtschaft beschließen möchte, weil sie mir als kulturhistorische Dokumente unübertrefflich dünken: „There is a natural inclination in mankind to kingly government. It sometimes

relieves them from aristocratic domination. They would rather have one tyrant than five hundred. It gives more of the appearance of equality among citizens; and that they like". . . „I believe further, that this Constitution is likely to be well administered for a course of years and can only end in despotism, as other forms have done before it, when the people shall become so corrupted as to need despotic government, being incapable of any other."

*Anmerkung 1.* Daß das amerikanische Großkapital unter der Administration Tafts einer Periode ruhiger, durch konfiskatorische Maßnahmen der Regierung wenig gefährdeten Betätigung entgegensieht, lehrt die folgende Betrachtung der Zusammensetzung des Presidential Cabinets: Der jetzige Staatssekretär und frühere Senator Philander Chase Knox war früher Anwalt der United States Steel Corporation; später Generalstaatsanwalt und als solcher gemeinsam mit Roosevelt an der Lösung des Korporationsproblems tätig. Er wurde im Juni 1907 von der republikanischen Konvention des Staates Pennsylvania als Präsidentschaftskandidat aufgestellt und mit 68 Stimmen unterstützt, konnte aber auf der nationalen Konvention gegen Taft nicht aufkommen. Er gilt als Gegner der Antitrustgesetzgebung. Der Kriegssekretär Jacob M. Dickinson-Tennessee, ein Ex-Demokrat und bewährter Jurist, war früher Anwalt für die Illinois Central Railroad. Der Sekretär für Handel und Arbeit Charles Nagel-Missouri war zur Zeit seiner Erwählung Anwalt für den Standard Oil Trust in St. Louis. Die übrigen Kabinettsmitglieder sind: Schatzsekretär Franklin Mac Veagh-Illinois, ein bewährter Bankier und Geschäftsmann, Generalstaatsanwalt George W. Wickersham-New York, ein noch wenig in der Öffentlichkeit hervorgetretener Anwalt, Marinesekretär George von L. Meyer-Massachusetts, früher Leiter des Postdepartements, Sekretär des Innern Richard A. Ballinger-Washington, früher Kommissar des General Land Bureaus, General-Postmeister Frank H. Hitchcock-Massachusetts, früher im Postdienst tätig, und Landwirtschaftssekretär James Wilson-Iowa, der sich als einziges Kabinettsmitglied durch die ganzen sieben Jahre der verflossenen Administration auf seinem Posten zu behaupten vermochte. Im übrigen hat Roosevelt drei Staatssekretäre, drei Schatzsekretäre, drei Generalstaatsanwälte, sechs Marinesekretäre, drei Kriegssekretäre, drei Sekretäre des Innern, drei Sekretäre für Handel und Arbeit und fünf Generalpostmeister während seiner Amtszeit um sich gesehen. Man muß bis auf Präsident Jackson zurückgehen, um auf einen derart rapiden Kabinettswechsel zu stoßen. Auch hierin dürfte die Ära Taft eine größere Stabilität bringen. Mit sieben Juristen, darunter drei Korporationsanwälten im Kabinett, darf das amerikanische Großkapital in Ruhe den kommenden Ereignissen entgegensehen.

*Anmerkung 2.* Harrimans Operationsbasis umfaßte eine fast lückenlose Kette von Ozean zu Ozean im Gesamtausmaße von zirka 65 000 Eisenbahnmeilen. Er beherrschte, um nur die wichtigeren Linien zu erwähnen, die Union Pacific mit 6057, die Southern Pacific mit 9956, die Illionis Central mit 4509, die Georgia Central mit 1916, die Baltimore und Ohio mit 4448, die Erie mit 2574, die New-York Central mit 12 284, die Pere Marquette mit 2394, die St. Paul mit 8390, die Northwestern mit 9361 Meilen. Außerdem war er, und zwar nicht nur dem Namen nach, Mitglied des Direktoriums bei 41 der wichtigsten Banken, Industrie- und Versicherungsgesellschaften.

Zum Tode Harrimans schreibt die Handelszeitung des B. T.: Es ist das Schicksal großer Finanzleute, daß bei ihrem Hinscheiden das menschliche Interesse zurücktritt hinter der Frage, welche Folgen ihr Tod für die wirtschaftliche

Entwicklung haben wird. An dem Krankenlager und an dem Totenbette Harrimans schien die rein menschliche Anteilnahme vollkommen ausgeschaltet zu sein. Für die Menge, die in den letzten Tagen die Stelle in Wallstreet umlagerte, an der die Bulletins über das Befinden des Eisenbahnkönigs angeschlagen wurden, war die Krankheit des Mannes, der ein Eisenbahnnetz im Umfange von etwa 25 000 englischen Meilen beherrschte, gewissermaßen nur ein Spekulationsobjekt. Und selbst vor der Majestät des Todes machten die Spekulationsinteressen nicht Halt. Um eine Panik an der New Yorker Börse zu verhindern, verheimlichten, ja leugneten die nächsten Angehörigen Harrimans seinen Tod, ebenso wie sie noch in den letzten Tagen, als Harriman von den Ärzten schon aufgegeben war, günstige Meldungen über seinen Gesundheitszustand lanciert hatten. Das geschah alles offenbar auf Veranlassung der Standard Oil-Interessenten und der Morgan-Gruppe, die die Ordnung der Angelegenheit des Verstorbenen in die Hand genommen haben. Aber die Gerüchte, daß es mit dem Beherrscher der Union Pacific-Bahn schlecht stehe, wollten nicht verstummen, und die Kurse der „Harrimanwerte" senkten sich andauernd. Für die New Yorker Börse bedeuteten freilich diese Baisseattacken eine langsame Vorbereitung auf das Hinscheiden Harrimans. Als dann sein Tod offiziell bestätigt wurde, blieb die Panik in New York, die vielfach infolge dieses Ereignisses befürchtet worden war, aus. Angesichts der energischen Interventionstätigkeit der Standard Oil- und der Morgan-Gruppe ging die Baissepartei mit Deckungskäufen vor. Auch der hiesige Amerikanermarkt stand im Zeichen von Deckungskäufen. — Das „Journal of Commerce" verurteilt die Harrimanschen Finanztaktiken auf das schärfste und nennt sie eine Piratenmethode, die anachronistisch sei und die Börse der Vereinigten Staaten überall diskreditiert habe und nicht wiederkehren könne.

## 2. Wirkungen des Kapitalismus.

„Wie einer den Sinn des Lebens auffaßt und worin er die Bestimmung des Menschen findet: darauf allein kommt es an!" Auch bei der Betrachtung der Wirkungen, die eine neue Zeitströmung — denn wegen der Neuheit der Technik hat sie nicht ihresgleichen in der Geschichte — auf die Grundlagen der Gütererzeugung: Natur, Arbeit und Kapital, auf die Fundamente der Kultur: Physikum, Intellekt, Moral, auf die ethischen und ästhetischen Werte: Religion, Wissenschaft, Kunst, auf die Bedingungen staatlichen Wesens: Recht, Sitte und Ordnung auszuüben berufen ist, muß man sich zuvörderst fragen: Was wollen wir eigentlich? Stellen wir uns auf den verneinenden Standpunkt des Theosophen oder auf den bejahenden des Sophisten; halten wir es mit Tolstoi oder mit Rockefeller; predigen wir mit dem Nazaräer: „Werfet alles von Euch", oder mit dem Neuchristen: „In Kulturzeiten ist der Ruhm um so größer, je mehr man braucht."

Um nicht in uferlose Spekulationen zu versinken, wird man sich als praktischer Mensch, ohne Talent zum Apostel und ohne Neigung zum Märtyrer, in der Lebensphilosophie, wie in der politischen, von radikalen Schlüssen fernhalten, und um überhaupt etwas zu erreichen, sich mit

Kompromissen bescheiden. Denn beide Richtungen, Lebensverneinung und Lebensbejahung, sind in ihrer extremen Durchsetzung gemeingefährlich: das Zurücksinken in die tierische Dumpfheit des Urmenschen und das Ausarten zur zügellosen Genußsucht des Modernen. Sintemalen wir aber heut dem zweiten Extrem um vieles näher stehen als dem ersten, können wir auch die Grenzen der Zulässigkeit positiver Lebensauffassung um vieles klarer festlegen als die Beschränkungen der absoluten „Reinheit des Naturzustandes". Da wo der Erwerbsgierige und der Genußsüchtige ihre Gelüste auf Kosten des öffentlichen Wohles zu befriedigen streben, muß die Allgemeinheit korrigierend eingreifen. Da wo die Geschäftsinteressen des Großkapitals mit den traditionellen Aufgaben des Staates in Konflikt geraten, müssen die ersteren den letzteren weichen. Da wo die Konsumfähigkeit der Massen — deren Stärkung den Produzenten Geschäftsbedürfnis ist, — durch die physische und psychische Entmannung der Art erkauft wird, fängt sie an, kulturfeindlich und staatsgefährlich zu werden.

Rockefeller wird in Amerika an den Pranger gestellt, nicht weil er „sein Land bereichert, Millionen Verdienst geschaffen, ganzen Geschlechtern ans Licht geholfen und tausenden den Weg zu den Gipfelquellen der Kultur gebahnt", sondern weil er durch seine gewalttätigen Machinationen die Achtung der Massen vor dem Gesetz, vor der Rechtsprechung, vor dem Parlament, vor der göttlich und menschlich ordinierten Obrigkeit, vor den Institutionen, die das Produkt jahrhundertelanger Aufwärtsentwicklung sind, erniedrigt hat. Weil er auf Kosten des Ehrbegriffes den Geschäftserfolg zur Norm öffentlichen Ansehens gemacht, weil er die quantitative Leistung der qualitativen, die materielle Bewährung der moralischen vorangestellt, weil er in den Augen des Volkes den Wirtschaftsstaat über den Rechtsstaat gesetzt hat.

Der Brauherr, dessen Einnahmen mit dem Bierkonsum steigen, der Schnapsbrenner, dessen Interessensphäre wächst, je mehr der per capita Verbrauch an Branntwein in die Höhe geht, sie können nicht als Wohltäter der Menschheit gepriesen werden, solange ihr Ruhm sich auf dem Dusel der Massen aufbaut. Armour, der Begründer des Beef Trust, dessen Konservenbüchsen mit ekelhaftem und verfaultem Fleisch gefüllt auf allen Märkten feil sind, Patten, dessen Weizenkorners den Armen der ganzen Welt das tägliche Brot verteuern, sie haben für ihr unbeflecktes Raubritterhandwerk kein größeres Recht auf unsere Achtung als mancher geniale Spekulant und Börsengaukler, der in unserem Polizeistaat seine Ränke hinter Eisengittern schmiedet.

Kurz, wirtschaftliche Erfolge, die von einer Gruppe von Menschen erzielt werden, dadurch, daß sie die große Masse des Volkes körperlich

und seelisch zu Schaden bringt, können nicht als kulturfördernd, nicht als staatsweise, nicht als mit den Zielen unserer nationalen Bestrebungen vereinbar anerkannt werden. Eine mehr oder weniger ausgeprägte Demarkationslinie zwischen Nahrungs- und Reizmittel, Lebensbedarf und Luxus, solider Geschäftstätigkeit und Freibeuterei, über die hinaus das Interesse des Produzenten mit dem des Konsumenten und des Staates kollidiert, wird sich von der dazu berufenen Obrigkeit stets feststellen lassen. Where there is a will there is a way.

Also um Kompromisse handelt es sich beim Vorwärtsstreben: Auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung, unter Umgehung alles Radikalen, unter weiser Nutzung des traditionell Bewährten, unter Vermeidung der Auswüchse, wie sie uns die demokratische Zivilisation der neuen Welt demonstriert, vorwärtsschreiten zu dem Ziel physischer, geistiger und moralischer Hebung der Nation und durch sie der Menschheit. „Mit Bosheit gegen niemand, mit Milde für alle, mit Festigkeit im Rechttun wie Gott uns das Rechte offenbaret, laßt uns weiter streben." So hatte Lincoln in seiner zweiten Inauguralrede zu tun gelobt. Wie weit die heutige Generation der Amerikaner hinter die Norm zurückgesunken ist, welche der alte Abé in den großen Tagen des Sklavenkampfes als das Ziel seiner staatsmännischen Tätigkeit gesichtet, und wie absolut materialistisch der Geist unserer jetzigen Zeit geworden ist, davon gibt ein Vergleich der damaligen mit den Reden der heutigen Staatsmänner beredtes Zeugnis. „What we need is a restoration of confidence; what we need is that these men who control capital shall be willing to invest it, that railroads shall be able to borrow money so that the work of construction and reconstruction may go on. We are all in the same boat — the laboring men, the business men, professional men." Und weiter: „Wir alle wollen, daß die Geschäfte gut gehen; wir alle wollen, daß Geld investiert werde, und wenn Ihr hört, wie Ihr es überall hören könnt, daß die Leute im ganzen Lande Ordres geben, die erfüllt werden sollen, wenn das republikanische Ticket gewählt wird, und nicht erfüllt werden sollen, wenn das Bryan Ticket gewählt wird, könnt Ihr Euch daraus nicht einen Schluß ziehen auf was das Urteil dieser Leute ist?" (Wahlrede Taft's in Indiana 1908.)

Wir schwimmen also unter der Führung Amerikas allesamt in einem kapitalistischen Fahrwasser, dessen idealfeindlichen Wirkungen wohl einem jeden von uns täglich fühlbarer werden. Gladstone hat ja berechnet, daß der Weltreichtum im 19. Jahrhundert um dreimal so viel zugenommen hat, als in den 18 vorangegangenen Jahrhunderten der christlichen Ära. Christlicher in dem Sinne Savonarolas sind wir dadurch kaum geworden. Wohl aber materiell genußfähiger, religiös-toleranter, hygienisch-humaner, technisch-rationeller. Es wäre inter-

essant, den geldlichen Absolutismus Amerikas, wie er sich in den letzten Jahrzehnten industrieller Entwicklung herausgebildet, in seiner Wirkung auf die Kultur der Massen mit dem politischen Absolutismus Rußlands zu vergleichen. Manche Inkonsequenz unserer Beurteilung würde dabei zutage treten. Die Hängejustiz des Zarenreiches flößt uns Abscheu ein, während die Lynchjustiz Amerikas unsere Abenteurerlust kitzelt. Von den wohlannoncierten Schenkungen Carnegie's vernehmen wir voll gläubigen Staunens, aber von den tausenden, die durch gleißende Versprechungen angelockt alljährlich in den Mühlen der Industrie um das tägliche Brot ringend ihr Leben lassen, von der drückenden Armut, von der schreienden Geldjustiz, von den barbarischen Rechtsformen hören wir nichts.

Was tun, um unsere leichtgläubigen Landsleute der suggerierenden Wirkung des amerikanischen Bluffs zu entziehen, und unsere nationale Kultur vor der Domination des Kommerzialismus zu retten? — Der Versuch durch einen gewaltsamen Eingriff in die geldliche Struktur der Privatwirtschaft eine Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung erzwingen zu wollen, wäre ebenso flüchtig als zu versuchen, das Schwungrad einer mächtigen Maschine in vollem Lauf zur Umkehr zu bewegen. Ebensowenig wie in der Religion den Atheismus, in der Kunst den Sezessionismus, in der Wissenschaft den Anti-Atomismus, können wir in der nationalen Wirtschaftspolitik jeden radikal klingenden Reformgedanken aufgreifen und damit den ganzen mühsamen Bau der Jahrhunderte über den Haufen werfen. Die konservative Idee ist der große Regulator kultureller Aufwärtsbewegung. Sie trennt sich schwer von Altbewährtem und greift nur zögernd zu unerprobter Neuheit. Dieses Zaudern widerstrebt aber dem stürmischen Egoismus der heutigen Jugend, die nur in sich selbst Anfang und Ende alles Bestehenden erblicken will. Der Geist der Zeit treibt nach Unmittelbarkeit, nach sofortiger Anerkennung und Entlohnung der Leistung. Daß gewisse Früchte unserer Tätigkeit erst der Nachwelt zugute kommen könnten, nicht uns selbst, ist ein wenig ansprechender Gedanke. Daß der Lohn irdischen Mühens im Jenseits liege, ist nur noch Opium fürs Volk. „Genießen, daß der Kalk in den Arterien raucht", ist die Losung der „Jugend". Und das Chor der Unternehmer, das aus dem Massenkonsum Gewinn schlägt, heult ihr nach.

Dieser beklagenswerte Zustand, den wir nur durch mühevolle Arbeit an unserem Volksleib ausmerzen können, ist eine Folge der materiellen Neuordnung der Gesellschaft unter dem Einfluß der amerikanischen Zivilisation; ein Beweis von deren geringem Wert für die Schaffung nationaler Menschenwürde, und eine Mahnung zur Rückkehr zu germanisch-idealer Lebensauffassung. Wieviel reicher als der reichste ist der

Mann, der nur in Herzensbildung, Natursinn und ästhetischem Wissen nach dem höchsten strebt, dagegen in materiellen Dingen sich mit wenigem bescheidet. Wer so das Erdenleben als Schule zur Erlangung psychischer Harmonie betrachtet und gewillt ist, im Rahmen der nationalen Gesamtheit seine Einzelinteressen dem Gemeinwohl und seine Einzelleistung dem Gemeinziel kultureller Aufwärtsbewegung unterzuordnen, der wird auch in den sozialen, politischen und religiösen Gegensätzen unserer Zeit nur Naturnotwendigkeiten erblicken, deren Härten jahrhundertelange Rodearbeit wohl mildern, aber nie ausgleichen kann. Und wer weiß, ob mit dem Augenblick, wo alle Lebenshaltung auf eine graue Durchschnittsebene nivelliert wäre, nicht auch die Triebkräfte und die Betätigungsmöglichkeiten zur Veredlung des Menschentums versagen müßten.

Doch was nützt dem Arbeiter die Zukunftsmusik, wenn die Kinder nach Brot schreien. Für den Augenblick ist eines gewiß: die Kapitalkonzentration hilft uns nicht zur Milderung ominöser Gegensätze. Mag man der kapitalistischen Verkehrswirtschaft als einer aus den „Bedürfnissen" der Gesellschaft abgeleiteten Erscheinung, also als Mittel zum Zweck, vollkommenste Gerechtigkeit widerfahren lassen, so wird man im Hinblick auf amerikanische Verhältnisse doch zugeben müssen, daß sie nicht geeignet ist, manche einem Kulturvolke unentbehrlichen Charaktereigenschaften lebendig zu erhalten oder gar zu kräftigen: Den Ehrbegriff (im Gegensatz zur erfolgreichen Geschäftsroutine und der berechnenden Wirkung auf die Menge); das echte Mitgefühl mit dem Geschick des Schwächeren (im Gegensatz zu dem Sensationskitzel bei Massenkatastrophen); die persönliche Opferwilligkeit (im Gegensatz zu den Offenbarungen kollektiver Barmherzigkeit); die wahre Gottesfurcht (im Gegensatz zu dem Weltweisheitsdünkel der Modernen); von der disputablen Kunstbefruchtung und anderem gar nicht zu reden.

Wir predigen Rückkehr zu spartanischer Zucht, zu preußischer Sparsamkeit, zu frugaler Lebenshaltung, dulden aber, daß die kapitalistische Industrie in der Sucht nach Absatz und Gewinn mit allen Mitteln die Begehrlichkeit der Massen anfacht, durch Bild und Wort und Schrift ihre Kauflust fördert, ohne der Unzufriedenheit zu achten, die mangelnde Kaufkraft in der durch sozialistische Propaganda verhetzten Menge notwendigerweise zeitigen muß. Für das in der Privatwirtschaft tätige Großkapital ist der im Staat inkorporierte Einzelmensch weiter nichts als Konsument bei dem höchste Bedarfskapazität großzuzüchten oberste Pflicht ist, gleichwohl durch welche Mittel. Nationale, soziale, kulturelle Interessen verschwinden dabei hinter den materiellen. Es ist ein peinlicher Gedanke, daß während

in der Nationalökonomie, in der Technik, überall, dasjenige System für das wertvollste gilt, welches mit dem geringsten Aufwand an Kraft und Stoff die größte Leistung erzielt, gerade beim Menschen, der doch erst als integrierender Bestandteil der nationalen und sozialen Struktur Bedeutung erlangt, die umgekehrte Losung sich breit macht: Seine Überlegenheit über Tier und Maschine dokumentiert sich vielfach nur in höherem Bedarf, nicht in höherer Leistung.

Und doch wird unsere Menschenökonomie, wird unsere Rassenzucht illusorisch, und wir sinken unter das Niveau unverbrauchter Naturvölker zurück, sobald unsere Konsumkraft unsere Schaffenskraft überflügelt. Je bequemer und verschwenderischer wir werden, desto mehr bedürfen wir ausländischer Kräfte, um die harten Arbeiten zu leisten, und desto abhängiger werden wir von dem Zuzug! Deshalb: wenn jemand ohne Lackstiefeln, Mustafa-Cigaretten, Nacktbilder und Henckel Trocken existieren kann, dann reiße man ihn doch um Gottes Willen nicht aus seiner glücklichen Beschränkung, um etwa durch Steigerung seiner Begehrlichkeit der Industrie einen neuen Kunden zu erschließen. Das ist üble Logik! Eine Verdichtung der Rasse, wie wir solcher durch intensivere Betätigung ja zustreben, ist dadurch keinesfalls garantiert, eben weil sich die unteren Berufsschichten Deutschlands nach dem Beispiel Amerikas in höchst unwünschenswerter Weise mit wirtschaftlich und kulturell tiefstehenden Ausländern füllen, die unser Geld aus dem Lande tragen. Im Gegenteil, die Geburtsfrequenz sinkt mit steigender Genußsucht, und wir begeben uns, infolge Aufsaugens durch die Industrie, allgemach derjenigen bodenständigen Volksschichten, aus deren Bedürfnislosigkeit und Unverbrauchtheit sich der morsche Leib der oberen Strata bisher regenerieren konnte.

Sagt Goldsmith: „Princes and peers are to be made by a breath, but a peasantry, a middle class, is the growth of ages, and when once decadent can never be replaced.“ Nichts entnervt, mechanisiert, verdirbt den Charakter der bodenständigen Volksschichten gründlicher, als die Routine geschäftlicher Zweckmäßigkeit, wie sie durch das moderne Industriesystem im Verein mit der modernen „Zivilisation“ durch die Unternehmerinteressen dem Volk beigebracht wird. Das kann man in Amerika am allerbesten beobachten.

Warum also dieses stete Überschreiten unserer wirtschaftlichen Produktionskapazität, dieses Aufzwingen wertloser Massengüter, dieses künstliche Aufblähen unserer nationalen Leistungsfähigkeit? Aus Nächstenliebe? Lächerlich. Zur Kräftemessung? Absurd! Die Welt zu blüffen? Zwecklos! An die Adresse des Großkapitals als der Triebfeder wachsender Üppigkeit richte sich daher vor allem die Mahnung unserer Staatsleistung: Kein gigantisches Übernehmen, das

nichts einbringt als Kursstürze, aus denen nur der Börsenjobber Gewinn schlägt! Keine Verwässerung unserer industriellen Finanzgebarung nach amerikanischem Muster, die bei ausbleibender Dividende bloß Unzufriedenheit auslöst und Krisen heraufbeschwört, die unsere schwächsten Volksglieder am härtesten treffen! Rückkehr zur Gediegenheit, zur Stetigkeit, zur kraftvollen Beschränkung, zur nüchternen Betätigung einheimischer Kräfte im Rahmen gesunder Nachfrage! Keinen Export um jeden Preis im Interesse der Exporteure. Sondern Export einzig von Sachgütern höherer Ordnung, die dem heimischen Markt bereits einen Teil ihrer Bodenwerte und Arbeitswerte abgeworfen; Export als Sicherheitsauslaß bei inländischer Bedarfsverminderung, und nach gebührender Berücksichtigung des viel wichtigeren Heimmarktes! Mehr Fusion nach technischen Gesichtspunkten zum Zwecke der Betriebsverbilligung und weniger zum Zwecke der Finanztransaktion per se, aus der allein das allmächtige Kapital auf Kosten des konsumierenden Publikums Nutzen zieht! Bei dem Streben nach kapitalistischer Emanzipierung müssen die oberen Stände, zu denen das Proletariat nach Inspiration aufblickt, müssen diejenigen, welche den Vorzug höherer Bildung, größerer Unabhängigkeit, tieferer Einsicht besitzen, mit gutem Beispiel vorangehen!

Der Staat bekämpft den Jesuitismus, weil er sich im Interesse des Reiches Gottes und seiner irdischen Vertreterin, der römischen Kirche, durch Verfechtung des Grundsatzes: „der Zweck heiligt die Mittel" jenseits von gut und böse stellt. Er sieht in ihm, mit Recht, eine politische und soziale Gefahr, die, wenn nicht beschworen, die Fundamente unseres nationalen Wesens zu erschüttern vermöchte. Aber in dem Industriekapitalismus, der auf eben diesem Lebensprinzip großwuchert, der in gleich listiger Sophistenart die Beschränkung dem Gelüste, das Ideal der Handgreiflichkeit, opfert, der einer politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Sonderstellung zustrebt, die nicht ihresgleichen hat in der Geschichte, in ihm vermag er den Usurpator staatlicher Gerechtsame nicht zu erkennen! Bei der sattsam ausgesponnenen Mär von dem Gespenst des Junkertums, das sich von Jahr zu Jahr mehr in sich selber verzehrt, verschläft der Bürger das Hereinbrechen des Industriedespotismus, welches ihn zwingt, seine nötigsten Nutzbarkeiten, die Rohstoffe, die Halbfabrikate, die Fertigwaren, ohne Wahl zu willkürlich festgesetzten Preisen vom Unternehmerbunde zu erstehen!

Hier ist das Klagelied der Berliner Handelskammer: „Die Rohstoff- und Halbzeugsyndikate erschweren die Ausfuhr von Fertigware, weil sie, infolge des Zollschutzes, in der Lage sind, im Auslande billiger zu verkaufen als im Inlande. Das Anziehen und Nachlassen der Syndikats-

preise erfolgt zu plötzlich, und ohne jedwede Warnung, während bei freiem Wettbewerb die Preisveränderungen allmählicher statthaben. Die Zentralisierung der Exekutivgewalt in wenigen Händen hat oft einen reduzierenden Einfluß auf die Qualität des Produktes, und dem Verbraucher bleibt keine Alternative für den Bezug seiner Waren!" Nachdem die Gewerbefreiheit unseren Volkswohlstand seit 1870 unzweifelhaft zu großer Blüte gebracht, aber ebenso unstreitig den Produzenten zu einzigartiger Machtstellung verholfen, brauchen wir heute wieder etwas mehr von der Konsumentenfürsorge, wie sie die Blütezeit des Zunftwesens auszeichnete. Denn es steht unzweifelhaft fest, daß die kapitalistische Produktionsweise eine Vergewaltigung der großen Masse der Konsumenten zur Folge gehabt hat, indem den Verbrauchern nur das geboten wurde, was den Unternehmerinteressen profitabel erschien. In Amerika läßt sich diese Tatsache noch viel deutlicher erkennen als bei uns.

Wir sind glücklicherweise Glieder eines Rechtsstaates, in dem „Geschäftserfolg um jeden Preis" noch nicht zur durchgängigen Norm öffentlichen Ansehens geworden ist, obgleich zahlreiche Kräfte nach dieser Richtung drängen. Deshalb kann die Allgemeinheit auch durch legislative, juridische und polizeiliche Maßnahmen, wie sie in der Gewerbeordnung, in der Aktiengesetzgebung usw. vorgesehen sind, in den modernen Industriebetrieb noch tatkräftiger eingreifen, als das im Lande der Freiheit Amerika der Fall ist. Auch ist, außer durch den Zolltarif, durch die Verstaatlichung der Verkehrsmittel unserer Regierung, im Gegensatz zur amerikanischen, ein wirksames Korrektivmittel in die Hände gegeben, der Preispolitik der koalierten Produzenten, sofern sie sich durch Auslandsschleuderei auf Kosten der heimischen Verbraucher unliebsam bemerkbar macht, durch entsprechende Tarifierung wirksam entgegenzutreten, wenn auch die technische Neuordnung der Dinge den Privatmonopolmächten vielfach die Möglichkeit verschafft hat, es auf eine Kraftprobe mit der Staatsgewalt ruhig ankommen zu lassen.

Wo der paternalen Fürsorge des Staates durch den Fortschritt der Technik derart die Hände gebunden sind, da müssen die Konsumenten durch Zusammenschluß eben für sich selber sorgen. Das mächtigste Monopol muß an der einmütigen Abstinenz der Verbraucher scheitern, gleichviel ob Diamanten, Leuchtöl oder Beef auf der Liste stehen. Aber auch ohne Totalabstinenz, die so unsere Industriegebarung ruinieren müßte, auch wegen der Vielseitigkeit der Konsumenteninteressen kaum durchführbar wäre, lassen sich, wo die Not es fordert, neue Formen der Handelstechnik finden, welche die Interessen der Konsumenten mit denen der Händler identifizieren, und die wahre Preiswürdigkeit der Erzeugnisse zur Grundbedingung dauernden Absatzes machen.

Wie aus dieser flüchtigen Schilderung der Gesamtlage bereits zu ersehen ist, sind die Triebkräfte sowie die Betätigungsformen der Konzentrationsbewegung in Amerika wegen der geographischen, historischen und gouvernementalen Sonderheiten wesentlich andere als in Deutschland. Ihre schädlichen Einflüsse müssen bei uns weniger fühlbar, aber auch ihre günstigen Wirkungen wegen des stärkeren kontrollierenden und regelnden Einflusses der Staatswirtschaft weniger ausgeprägt sein als dort. Das wird deutlich erkennbar, wenn man die Folgen der Preispolitik der Trusts für die beiderseitigen Verbraucherkreise näher untersucht.

Es muß anerkannt werden, daß das amerikanische Volk mit seiner bekannten Neigung aus dem Vollen zu wirtschaften nur durch eine rücksichtslose Preissteigerung, bzw. Hochhaltung der notwendigen Bedarfsmittel zur Sparsamkeit gezwungen werden kann. Ein konkurrenzfreies Angebot der „public utilities" zu niedrigen Preisen wäre da gänzlich ausgeschlossen, eine Verstaatlichung so lange zwecklos, als die Federalregierung gegenüber der festorganisierten Trustoligarchie eine so schwächliche Haltung und Zusammensetzung zeigt, daß zu befürchten steht, sie werde nach erfolgter Verstaatlichung dem Drängen des Volkes nach Preisermäßigung dieser Nutzbarkeiten willig nachgeben, so daß das Resultat wieder eine Wirtschaft aus dem Vollen wäre. Bei ihren vielen Schäden besitzen die amerikanischen Trusts doch den einen großen Vorzug, daß sie die Neigung der Massen zur Verschwendung zügeln, und damit ihre Auslandsschleuderei durch eine Inlandersparnis teilweise korrigieren.

Diese unwillkürlich wohltätige Tendenz kann man in der Entwicklung des Anthrazitkohlentrusts, der durch acht das Kohlenbecken erschließende Bahnen gebildet wird, deutlich verfolgen. Vor der Vertrustung produzierte jeder Bergwerksbesitzer aufs Blaue los, ohne Kenntnis der Marktlage. Überangebot und häufige Kohlenauktionen waren die Folge. Die erzielten Preise deckten oft nicht die Kosten des Abbaues, und das Volk verschwendete die Kohlen wegen ihrer Billigkeit in maßloser Weise. In den bituminösen Kohlenbecken, wo noch heut zum Teil freier Wettbewerb vorherrscht, verdient der Unternehmer oft nicht 3 Cents an der Tonne, häufig weniger. Unter solchen Umständen ist es zu verstehen, wenn die Bergwerksbesitzer gedrängt werden ihr Eigentum an die Bahnen zu veräußern, und die letzteren durch inneren Zusammenschluß dann höhere Preise erzielen. Ähnlich ist es mit Öl, Naturgas, Fleisch und anderen Bedarfsartikeln. In jedem Falle wirkt die Preispolitik der Trusts zügelnd auf die Verschwendungssucht der Massen.

Anders in Deutschland, wo jahrhundertelanger Druck den Trieb zur Sparsamkeit und die Willigkeit zur fügsamen Unterwerfung unter den

Staatswillen dem Volkscharakter eingeprägt hat. Hier fällt die volkserzieherische und vaterländische Tendenz im Wirken der Privatmonopole gänzlich fort. Tradition, Not und die straffe Organisation unseres Bildungs- und Staatswesens wirken selber zügelnd auf den Verbraucher ein. So hätte die Erwerbung und Aufschließung des Gesamtkohlenbesitzes durch den Staat — eine Frage, die ja die Öffentlichkeit seit langem beschäftigt — bei uns nicht zur Folge, wie in Amerika, daß als Resultat gebieterischer Kundgebungen des Volkswillens ein Nachlassen der Kohlenpreise unter das nationalökonomische Minimum zu befürchten wäre. In Preußen sicher nicht. Auch wäre der Staat als Rohstofflieferant wohl imstande, die übrigen Aufgaben eines im nationalen Sinne arbeitenden Kartells zufriedenstellender zu lösen, als eine Reihe Privater, nämlich: den heimischen Markt durch Schaffung dauernder Arbeitsgelegenheiten bei mäßigen Profiten vor heftigen Kursschwankungen zu bewahren.

Eine weitere Verschiedenheit der Wirkungen: Je größer das Unternehmen wird, dem man dient, desto mehr verwischt sich das Gefühl der persönlichen Verantwortlichkeit des Angestellten gegenüber dem Leiter. Derselbe Mann, dem es nicht einfallen würde, sich an dem Eigentum seines Brotherrn zu vergreifen, mit dem er persönlich bekannt ist, findet nichts entwürdigendes dabei, eine dolose Handlung zu begehen, wenn der Brotherr eine Korporation oder gar die Allgemeinheit ist. Das kann man in Amerika an vielen Beispielen verfolgen: Wenn sich der Straßenbahnschaffner und die Mitreisenden nicht um Beitreibung des Obolus kümmern, dann wäre man doch ein Narr, sein Fahrgeld der Gesellschaft in den Rachen zu werfen, die ohnehin viel mehr verdient, als ihr zukommt. So das fahrende Publikum. Daß die Angestellten der Bergbaukonzerns ihren Hausbedarf an Kohlen auf Kosten der Aktionäre decken, ist selbstverständlich. Daß die Dollarprinzessinnen bei ihrer Rückkehr von Europa mit Edelsteinen und kostbarem Pelzwerk beladen durch die Zollkontrolle schlüpfen, ist Sportsache. „It has got to be a chronic disease with the public that anything you can swipe from a company or corporation — without being caught — is something creditable. Their faculties in this line have become so dulled and blunted that they do not really know the distinguishing line between honesty and dishonesty", sagt Fred. C. Kaighly, Präsident des Coal Mining Institute bei Eröffnung des Kongresses am 10. Dezember 1907, von seinen Landsleuten.

Seit Enthüllung der agrarischen Steuerhinterziehung, der Durchsteckereien auf den Werften und Eisenbahnen haben auch wir Grund, an die Brust zu schlagen mit dem Bekenntnis: mea culpa. Aber schändlich wie diese Vorkommnisse sind, so bleiben sie doch vereinzelt, finden

alsbald strenge Untersuchung und Sühne und verschwinden hinter den großzügigen Diebereien im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten. Allerdings marschieren wir dafür auch in puncto polizeilicher Beaufsichtigung und Bevormundung an der Spitze aller Nationen, wie die Unzahl der jährlichen Strafmandate beweist, aber wer möchte diesen Zustand der Unfreiheit im Interesse von Recht, Sitte und Ordnung nicht dem Zustand der Zügellosigkeit vorziehen, wie er in Amerika vorherrscht? Mich dünkt ein ehrlicher Knecht besser wie ein diebischer Freiherr, wenn es auch altmodisch sein mag so zu räsonieren! Die fortschreitende Vergesellschaftung der Produktionsmittel, soweit sie als Folgeerscheinung der Konzentrationsbewegung anzusehen ist, wirkt somit auf das amerikanische Volk, das infolge des dauernden Zustroms tiefstehender Einwanderer, sowie infolge des alle Ideale nivellierenden Erwerbstriebes niemals Zeit findet, sich selbst zu erziehen — außer soweit der Geschäftserfolg davon abhängt — weit stärker demoralisierend, als auf das deutsche Volk, dem Disziplin, Ehrbegriff und Achtung vor dem Gesetz schon von Kindesbeinen an systematisch eingebläut werden; das auch aus seiner ethnischen Entwicklung heraus reifer ist, dieses Problem seiner Lösung näher zu bringen, als das „freie" Volk der Amerikaner. Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß die Public Ownership Commission der National Civic Federation, die aus 100 prominenten Männern besteht, welche jede Schattierung der öffentlichen Meinung repräsentieren, nach einem eingehenden Studium der europäischen, speziell englischen Munizipaleinrichtungen zu dem betrüblichen Schlusse kam: „America unripe for municipal ownership!"

Betrachtet man die Konzentrationsbewegung von der technischen Seite — ohne auf solche Fusionen einzugehen, die nur zu Verwässerungszwecken inszeniert werden, und ohne die steuerfiskalische Seite der Sache zu berücksichtigen, — so sind deren Vorteile fast identisch mit denen des Großbetriebes im allgemeinen: Verringerung der Erstehungs-, Auswertungs- und Absatzverluste des Unternehmens, oder anders gesprochen: bessere Nutzung der drei Produktionsfaktoren Natur, Arbeit und Kapital. Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist die Vertrustung den amerikanischen Unternehmerinteressen weit mehr eine „Lebensfrage" als den deutschen, weil die Amerikaner neben ihren überaus reichen Naturschätzen auch mit der Ungunst von Verhältnissen zu rechnen haben, die für uns fortfallen, z. B. Bewältigung weiter Distanzen zwischen Erstehung, Auswertung und Absatz infolge der ungeheuren Ausdehnung des Landes (Auseinanderliegen der Kohlenfelder, Erzfelder und Märkte), Mangel an hochwertigen Arbeitskräften, teure Arbeitslöhne u. a. m. Diese Ungunst natürlicher Verhältnisse drängt

im Verein mit dem Profittrieb zur Verbilligung des Transports, zur Ausschaltung kostspieliger Arbeitsfunktionen, zur Eliminierung des Zwischenhandels, zu weitgehender Spezialisierung und Massenfabrikation, zur großzügigen Absatzorganisation, kurz zu all den betriebstechnischen und handelstechnischen Schöpfungen, die unserer deutschen Großindustrie in der Tat manches Lernenswerte zu bieten vermögen. Andererseits liefert wieder der enorm große Binnenmarkt, z. B. durch die notwendig extensive Ausdehnung des Eisenbahnnetzes, der Kohlen-, Eisen- und anderen Industrien eine rege Nachfrage und damit die Grundbedingung zu profitablem Großbetrieb.

Allerdings ist es volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen, daß, wie es in der Gründerperiode häufig geschah, zur Verbindung zweier Städte mehrere Bahnlinien im Wettbewerb miteinander niedergelegt werden, wo kein Verkehrsbedürfnis vorliegt. Nur bietet die spätere Verschmelzung der Konkurrenzunternehmungen den „Fusionären" willkommene Gelegenheit durch Verwässerung Geld zu verdienen. Doch stets ist das konsumierende Publikum der zahlende Teil. Der Bau der beiden Parallelstrecken West Shore und Nickel Plate von New York nach Chicago hat allein 200 Millionen Dollar zwecklos verschlungen, und der Gesamtverlust an verbautem Eisenbahnkapital der letzten 50 Jahre, wovon nebenbei bemerkt bis zur Währungskrise des Jahres 1893 40 % aus Europa stammt, ist kaum hoch genug einzuschätzen. Auch hierin offenbart sich also die Überlegenheit der Einbeziehung eines wesentlichen Brauchmittels der Privatwirtschaft unter staatliches Regime: die Einheitlichkeit des Organisierens als Quelle nationaler Sparkraft; Öffentlichkeit, Betriebssicherheit, Pünktlichkeit, militärischer Nutzen, gleichmäßige Behandlung aller Verfrachter und Verteilung des Gewinns auf die Allgemeinheit, das sind andere Vorteile des Staatsbetriebes gegenüber dem Privatbetrieb*).

Demgemäß ist auch die konjunkturkontrollierende Wirkung des konzentrierten Kapitals in Amerika eine viel ausgeprägtere als bei uns. Es ist bekannt, daß keine Börse der Welt sich bezüglich des Umfanges der täglichen Transaktionen mit der New Yorker messen kann, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil im Durchschnitt noch nicht 10 % aller gehandelten Effekten von den Käufern dauernd gehalten werden, während der Rest nur spekulativen Zwecken dient, also wieder verkauft wird, sobald die erhoffte Kurssteigerung eingetreten ist. Beispielsweise wurden an einem Tage höchster Spekulationswut, dem 30. April 1901, 3,2 Millionen Anteilscheine umgesetzt, was bei einem Durchschnittspreis von 70 Dollar pro share, und den Preis der

*) Vgl. Anhang.

Obligationen zu pari Wert berechnet, einem Umsatz von 224 Millionen Dollar an stocks und bonds gleichkommt. Im Durchschnitt des Jahres 1905 betrug der entsprechende Umsatz 19,5 Milliarden Dollar. Das sind kolossale Ziffern, die einerseits durch den seit 1898 andauernden außerordentlichen Aufschwung der amerikanischen Prosperität sowie durch die große Masse des in Privathänden befindlichen Kapitals, andererseits durch die ausgeprägte Spielwut (gambling spirit) des Volkes erklärlich werden; die aber nur so lange möglich sind, als die europäische Finanzwelt sich bereitfindet, bei den panikartigen Rückschlägen (1903, 1906, 1907 und früher) mit Bargeld auszuhelfen.

Nun wird man die Börsenspekulation durch gesetzgeberische Maßnahmen wohl niemals aus der Welt schaffen, sicher nicht aus Amerika. Insofern als das Börsenspiel einen gewissen Aufwand an Geistestätigkeit erfordert, steht es ja höher als das Hazardspiel und die Lotterie, und die Sucht nach Gewinn hat es mit jeder legitimen Geschäftstransaktion gemeinsam. Gefährlich wird die Sache erst durch die Spekulation on margin, wobei der Käufer nur einen Bruchteil des Papierwertes aus eigenen Mitteln bezahlt, den Hauptteil aber sich vom Bankier vorschießen läßt. Dadurch wird auch der Unbemittelte in den Stand gesetzt, sein Glück in Wall Street zu versuchen, also die große Menge kleiner und kleinster Investoren wie die Mücken ans Licht gelockt. Mit unserm staatlich geregelten, harmlosen Lotteriespiel läßt sich das in keiner Weise vergleichen. Denn im Falle eines starken Kursrückganges verlieren die Opfer der Börsenspekulation nicht nur ihre angezahlten Einsätze in beträchtlicher Höhe, sondern auch die Kommission und Zinsen, welche der broker für leihweise Überlassung des Geldes fordert. Die Gesamtsumme der letztgenannten Beträge, welche in Wall Street alljährlich weiten Kreisen des Volkes durch die Banken abgenommen werden, beträgt nach den Schätzungen des Representative William P. Hepburn (der im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf beim Senat einbrachte, wonach Effektenverkäufe mit 50 cents pro share belastet werden sollte, zum Zweck dem stock gambling ein Ende zu machen) 200 Millionen Dollar, während er das gesamte Börsenspielgeschäft auf 30 Milliarden Dollar im Jahr bewertet. Daß enorme Summen verdient werden, geht schon daraus hervor, daß für einen Sitz in der New Yorker Stock Exchange 75 000 bis 100 000 Dollar bezahlt werden, und daß die Hauptfinanziers sich Tausende von Meilen privater Telegraphen- und Telephonleitungen legen lassen, um durch den ticker ständig mit der Börse in Verbindung zu bleiben*).

Um sich nun von dem Einfluß, welchen das konzentrierte Kapital

*) Siehe Anmerkung 1.

auf diese Börsentransaktionen bzw. auf die Erzeugung künstlicher Kursschwankungen auszuüben vermag, einen Begriff zu machen, muß man auf die Verteilung des Nationalwohlstandes einen Blick werfen. Während in Deutschland nach Schmoller etwa 2 % des Nationalreichtums im Besitz der oberen Klassen, 54 % im Besitz der mittleren Klassen und 44 % im Besitz der unteren Klassen sich befinden, sind nach den Wealth Statistics for the Tenth Census in der Union 20 % des Nationalreichtums Eigentum von 0,3 % der Bevölkerung, 51 % desselben Eigentum von 8,97 %, und 29 % Eigentum von 91 % der Bevölkerung. Bereits im Jahre 1896 wurde festgestellt, daß 1 % aller Familien 90 % des gesamten nationalen Reichtums besaßen. Scheidet man den Gesamtwert der jährlichen Gütererzeugung des Census-Jahres 1900 im Betrage von 24,5 Milliarden Dollar nach dem Anteil, welcher auf die Unternehmer, und dem Anteil, welcher auf die Arbeiter entfiel, so ergibt sich, daß die ersteren 76,3 %, die letzteren 23,7 % des Produktionswertes empfingen, wenn auch offenbar ist, daß sich eine reinliche Scheidung hierbei nicht durchführen läßt. In jedem Falle ist die einseitige Kapitalverschiebung in Amerika außerordentlich weit fortgeschritten.

Senator La Folette behauptet, daß die Kontrolle über sämtliche Industrien in der Union heute in den Händen von weniger als 100 Männern liege, die ihrerseits wieder von der Standard Oil-Morgan-Gruppe dominiert werde. Er weist dabei auf die Rolle hin, welche J. Pierpont Morgan und John D. Rockefeller während der letzten Panik gespielt. Bekanntlich hatten, nachdem die Regierung zur Stillung des run auf die Wall Street-Banken einen Hilfsbetrag (40 Millionen Dollar) deponiert, und der Zinsfuß für Bargeld infolge der allgemeinen Nervosität auf 150 % gestiegen war, die beiden Finanziers 25 Millionen Dollar zu 10 % angeboten und mit insgesamt 110 Millionen Dollar die Panik beschworen. Während man im ersten Taumel nach überstandener Gefahr die beiden Genies für diese Tat als Nationalhelden pries, gewann bei ruhigerer Überlegung die Überzeugung die Oberhand (die auch im Kabinett des Präsidenten vorherrschte), daß das ganze nur ein geniales Manöver gewesen, um mit den aus sämtlichen Depositenbanken der Union zusammengezogenen Kapitalien (ca. 500 Millionen Dollar), nachdem der Kurssturz den tiefsten Punkt erreicht hatte, durch Vertrauensmänner die Aktien en masse aufzukaufen und sie nach erfolgtem Kurstreiben mit enormem Profit wieder zu veräußern.

Ob wir nun die Morgan-Rockefeller-Gruppe als rettenden Engel oder als Dämon der verflossenen Panik betrachten, Tatsache bleibt, daß sie infolge ihrer einzigartigen Machtstellung in der Lage ist, die Geschicke vieler Millionen von Menschen nach ihrem eigensten Gutdünken zu formen und Perioden der Prosperität und der Panik, mit all ihren

sozialen Schrecken künstlich in Szene zu setzen; ein Zustand, der in Deutschland wegen der viel gleichmäßigeren Kapitalverteilung, wegen des viel größeren Anteils, den der Staat am Nationalvermögen besitzt, wegen der vielfach verzweigten Produktivtätigkeit des Fiskus im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft, wegen des regelnden Einflusses der Reichsbank auf das Geldwesen und wegen der ungleich strafferen Regierungsdisziplin glücklicherweise undenkbar ist.

Es wird der staatlichen Wirtschaftspolitik Deutschlands von seiten unserer Geschäftswelt häufig der Vorwurf gemacht, daß sie zum Schutze der heimischen Arbeit beträchtliche Mengen des Nationalkapitals an sich zieht und in mehr oder weniger unproduktive Kanäle leitet, so daß wir im Gegensatz zu Amerika, England und Frankreich fortgesetzt an Kapitalmangel leiden, und daher bezüglich unserer Wertschaffungsfähigkeit scheinbar im Nachteil sind. Bedenkt man demgegenüber, daß das starke Anwachsen flüssiger Kapitalien in der Union bisher noch jedesmal die Kosten der Arbeit und der Lebenshaltung auf eine ungesunde Höhe getrieben hat, ein Zustand künstlicher Aufblähung, der schließlich die gesamten wirtschaftlichen Betriebskosten des Landes verteuerte und unweigerlich eine Kontraktion des Geschäftes zur Folge hatte, und daß dieser Rückschlag immer so lange dauerte, bis der wirkliche Reichtum des Landes so weit gestiegen war, daß er der Menge des umlaufenden Kapitals tatsächlich entsprach; und wenn man weiter bedenkt, daß in der einer Hochkonjunktur folgenden Periode wirtschaftlichen Niederganges der Mangel an Bedarfsdeckung sich den ärmeren Volksklassen doppelt fühlbar macht, so wird man zugeben müssen, daß für ein Volk mit den Eigenschaften des deutschen die Entziehung eines Teiles des Nationalkapitals durch den Staat und die Verwendung desselben für ideale Zwecke volkswirtschaftlich berechtigt und uns prinzipiell dienlicher ist, als eine zügellose Rekordwirtschaft nach amerikanischem Muster. Die staatliche Wirtschaftspolitik Deutschlands hindert im Interesse der wenig Begüterten die Aufsaugung übermäßigen Kapitalbesitzes durch die begüterten Wenigen, bewahrt den Schwächling vor Üppigkeit und erhält die traditionelle Sparsamkeit und den Fleiß des deutschen Volkes lebendig. Sie schützt die große Masse vor ihren eigenen niederen Instinkten, erhält den bodenständigen Volksschichten ihre Genügsamkeit und Unverbrauchtheit und gewährt der völkischen Gesamtheit einen Widerhalt gegen die zerstörende Wirkung des „Amerikanismus", der über all da, wo er sich breit macht, die edleren Triebe der Menschheit bald mit grob-sinnlicher Begehrlichkeit überwuchert.

Eine übermäßig starke Anziehung der Produktionsfaktoren: Natur, Arbeit und Kapital durch den Staat, hätte natürlich auch für Deutsch-

land mannigfache Nachteile im Gefolge, weil der Staatswirtschaft im Gegensatz zur Privatwirtschaft das zur Initiative reizende persönliche Moment des Erwerbssinns mangelt, welches durch das stärker ausgeprägte Gefühl der Verantwortlichkeit der Allgemeinheit gegenüber nicht völlig aufgewogen werden kann, und weil somit die nationale Wertschaffung und daher auch die günstigen sozialen und kulturellen Wirkungen der Kapitalbildung Beeinträchtigung erleiden müßten. Es wäre ja vollständig verkehrt, nur die üblen Seiten der durch die Konzentrationsbewegung beförderten Kapitalentstehung betrachten zu wollen und sich ihren zivilisatorischen Wirkungen zu verschließen. „Immer und immer wieder hört man von den Übeln des Reichtums und von der sündlichen Liebe zum Gelde. Und doch hat sicherlich, nächst dem Wissenstriebe, keine andere Leidenschaft der Menschheit soviel Gutes gebracht. Handel und Gewerbtätigkeit haben uns mit den Produkten vieler Länder bekannt gemacht, unsere Wißbegierde erweckt, durch den Umgang mit Nationen verschiedener Sitten, Sprachen und Gedanken unsere Ideen erweitert, die Menschen an Unternehmungen, Voraussicht und Berechnung gewöhnt und uns außerdem viele nützliche Kunstfertigkeiten gelehrt, uns in den Besitz höchst schätzbarer Mittel zur Rettung des Lebens und zur Linderung des Schmerzes gesetzt. Das alles verdanken wir der Liebe zum Gelde. Wenn es den Theologen gelänge, sie auszurotten, so würde all das aufhören, und wir würden verhältnismäßig in Barbarei zurückfallen. Ohne Reichtum würde es keine Muße geben, ohne Muße keine Wissenschaft und Kunst."

Mag man Buckles Worten in ihrem ganzen Umfang zustimmen, oder nicht: sie enthalten jedenfalls recht viel Beherzigenswertes. Der Mammon hat zunächst die internationalen Beziehungen der Hauptkulturländer untereinander enger geflochten, indem jede Nation stille oder tätige Teilhaberin der anderen geworden, eine Zerstörung des Eigentums der letzteren daher gleichbedeutend mit einem Verlust an eigenem Hab und Gut ist. Im Mittelalter stand die Kirche über den Königen. Heute sind es die internationalen Finanzgrößen, deren Entschließungen für Krieg und Frieden immer mehr bestimmend werden. In dem Maße, als die Geschäfte aller Länder aus den Händen von Einzelpersönlichkeiten in die Kontrolle von Kapitalgesellschaftsunternehmungen, Korporationen usw. übergehen, sehen wir auch den Begriff der Eigentümerschaft sich ständig weiten, bis einst die Nationalität der Unternehmungen gegenüber ihrer kosmopolitisch-finanziellen Bedeutung gänzlich in den Hintergrund getreten sein wird. Zu jener Zeit wird die Verbrüderung der Welt, die Missionare und Friedensapostel vergebens gepredigt haben, durch die bindende Kraft des Kapitalbesitzes und durch die Erwägung geschäftlicher Zweckmäßigkeit zur vollendeten Tatsache

werden, und die materielle Interessenharmonie wäre vielleicht eine vollkommene, wenn den pekuniär gesättigten Völkern dann nicht wieder eine neue Schar wirtschaftlich und kulturell tiefstehender Menschenhorden gegenüberstehen würde, deren Begehrlichkeit und Unverbrauchtheit den Weltfrieden immer wieder aufs neue gefährdet. Wie dem auch sei: Vorläufig haben wir mit Verhältnissen zu rechnen, wie sie in der Gegenwart bestehen, und sind als praktische Menschen verpflichtet, die Bedeutung des Kapitals, als Produktionsfaktor, von dem engeren Gesichtspunkt der nationalen Gemeinschaft aus zu erörtern.

In Amerika, wo das anlagesuchende Großkapital die Haupttriebfeder materiellen Fortschrittes ist, kann man auch dessen zivilisationsfördernde Wirkungen deutlicher verfolgen als in den Industrieländern Europas. Die industrielle Entwicklung der Union hat klar erwiesen, daß mit großen Kapitalien höhere Profite auf leichtere Art zu erzielen sind als mit kleinen. Die ganze Gebarung der amerikanischen Industrie mit ihrem stark ausgeprägten spekulativen Charakter ist derart, daß sie die Kapitalisten länger in ihre Bande zwingt und länger tätig erhält, als die Industrien der alten Kulturländer das vermögen. Die für leihweise Überlassung von Kapitalien erzielten Zinsen sind im Vergleich zu den durch aktive industrielle Betätigung erzielbaren Renumerationen niedrig, woraus sich für den Yankee der Ansporn ergibt, möglichst viel und möglichst lange zu schaffen. Deshalb finden wir in Amerika, außer unter den nicht seßhaften Ausländern, verhältnismäßig wenig Leute, die sich im besten Mannesalter aus dem Geschäft zurückziehen, um von ihren Renten zu leben. Auch fehlt die große Masse pensionierter Staatsbeamter und Soldaten, die für die deutsche Wirtschaft nur als Konsumtions-, aber nicht als Produktionsfaktoren in Betracht kommen. Die amerikanische Sparkraft ist daher, im Gegensatz zur deutschen, insofern eine unmittelbare, als sie sich weniger in der Rücklegung von Geldern zu Lebenssicherungszwecken als in der Verwendung überschüssiger Kapitalsummen zur Vermehrung der Produktion betätigt.

Wenn man bei dem Konglomerat wechselnder Rassen in Amerika auch nicht ohne weiteres von statistischen Zahlen auf den Charakter des Menschentums allgemeine Schlüsse ziehen darf, so wird man doch an der Hand der ziffernmäßigen Ausweise zu der Feststellung berechtigt sein, daß die Amerikaner weniger zur Sparsamkeit veranlagt sind als andere Völker. „Easy comes, easy goes" ist die Losung. Bei dem ausgeprägten Industriecharakter, den die Wirtschaftsgebarung der Union in den letzten Dezennien angenommen, und angesichts der Tatsache, daß es ein Agrariertum in unserem Sinne nicht gibt, da die Kinder der Farmer, dem Zuge nach der Stadt folgend, den elterlichen Besitz massen-

weise an Unternehmer veräußern, und die Großgrundbesitzer ihre Ländereien vorwiegend an nicht seßhafte Italiener, Schweizer usw. auf Zeit verpachten, ist es erklärlich, daß die Tendenz zur Vererbung großer Vermögen von Generation auf Generation, wie sie in unserem Junkertum vorherrscht, und die Neigung zum Sparen, wie sie unseren Bauernstand auszeichnet, also die Fähigkeiten zur Aufspeicherung bzw. Aufsaugung eines beträchtlichen Teiles des Nationalvermögens innerhalb der landwirtschaftlichen Bevölkerung, wodurch diese zu einem wertvollen Konsumenten der Industrie wird, in Amerika viel schwächer entwickelt ist als bei uns.

Von der in allen Sparkassen der Welt mit insgesamt 92,5 Millionen Sparern deponierten Summe von 9297,6 Millionen Dollar entfielen auf die Vereinigten Staaten im Jahre 1908 8,7 Millionen Sparer mit 3660,5 Millionen Dollar an Einlage, was einer Durchschnittssumme von etwa 412 Dollar entspricht, die in 1453 Sparbanken verteilt waren. Deutschland, dessen Größe nur $^4/_5$ des Staates Texas beträgt, wies bereits im Jahre 1905 17,9 Millionen Sparer mit einer Gesamtsumme von 3016,7 Millionen Dollar oder einen Durchschnitt von 168 Dollar auf. Während in Deutschland immer auf vier Menschen ein Sparer kommt, und der Durchschnitt an Erspartem rund 50 Dollar pro Kopf beträgt, ist in der Union immer von zehn Leuten erst einer ein Sparer, und der durchschnittlich zurückgelegte Betrag beläuft sich pro Kopf auf 42 Dollar, wenn man die heutige Bevölkerung auf 90 Millionen schätzt.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß unter den eingewanderten Arbeitern das Mißtrauen gegen die amerikanischen Sparbanken so groß ist, daß sie nach den Feststellungen des Generalpostmeisters alljährlich über 70 Millionen Dollar in die Banken ihrer Heimatländer zur Aufbewahrung schicken. Ein Teil der ärmeren Bevölkerung zieht es vor, seine Ersparnisse allmonatlich in Form von Geldanweisungen an seine eigene Adresse der Post bzw. der Regierung zur kostenlosen Verwertung zu überlassen. Deshalb ist unter dem Taft-Regime der Gedanke an die Errichtung einer Postsparkasse wieder einmal aufgetaucht. Leider ist diese Reform wie die meisten durchgreifenden Verbesserungsvorschläge „unamerikanisch", d. h. sie widerspricht den demokratischen Prinzipien, wonach die Regierung sich nicht auf Produktivunternehmungen im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft, also auch nicht auf Bankgeschäfte, einlassen darf.

Nun ist bekanntlich der Sparkassenausweis auch nicht der einzige Maßstab der völkischen Sparkraft. Denn Frankreich, das eine notorisch sparsame Bevölkerung besitzt, weist nur 12,4 Millionen Sparer mit 921,1 Millionen Dollar Einlagen oder 23 Dollar pro Kopf der Bevölkerung auf. Das erklärt sich daraus, daß die Franzosen

ihre Ersparnisse sehr gern in auswärtigen Anleihen, so früher stark in Panamaaktien, neuerdings überwiegend in russischen Bonds, anlegen, welch letztere Anlage die Gesamtsparkasseneinlage weit übersteigt. Das trifft aber für die Amerikaner nicht zu, weil diese, d. h. die kapitalistisch kräftigen, die Investierung kleiner Beträge in Staatspapieren und Schuldverschreibungen privater Korporationen mit niedriger, wenn auch sicherer Verzinsung nicht schätzen, sondern sich entweder aktiv betätigen, wozu bei dem raschen Anwachsen der Bevölkerung genügend Gelegenheit geboten ist, oder durch Teilnahme an dem Börsenspiel einen mühelosen und raschen Gewinn erstreben. Wenn die Gewinnhöhe bei industriellen Unternehmungen durch Gerichtsbeschluß begrenzt werden könnte — wie im Falle der Consolidated Gas Company, deren Dividendenhöhe auf 6 % vom wahren Wert des Unternehmens festgesetzt wurde —, dann wäre es nicht ausgeschlossen, daß im weiteren Verlauf des Sanierungsprozesses die Entlohnung des Kapitals allmählich auf die Ebene der government bonds zurücksinken könnte, obgleich die augenblicklich herrschende Reaktion in der Behandlung von Korporationsmißbräuchen und Privilegien einen solchen Ausgang nicht als baldig bevorstehend erscheinen läßt. Vorläufig, d. h. so lange die Staatswirtschaft nicht einen größeren Teil des „wüsten" Kapitals an sich zieht, ist das Sprunghafte der Industriegebarung in den Vereinigten Staaten und, bei der engen Liiertheit unserer Interessen, auch die üble Rückwirkung auf die deutsche Wirtschaft unvermeidlich.

Es läßt sich also auf verschiedenen Beweiswegen feststellen, daß im Gegensatz zu Europa, wo die Genußfähigkeit der Menschen deren Schaffensfähigkeit zu beeinträchtigen beginnt, in Amerika, dank dem steten Zustrom unverbrauchter Kräfte aus aller Herren Länder und dank der Fruchtbarkeit des unübertrefflichen Nährbodens, die Produktion weit höher entwickelt ist als der Konsum. Professor Arthur Twining Hadley sagt: „For at least fifty years we have been developing our skill as producers much more than our intelligence as consumers. We have been increasing our industrial output without correspondingly improving our civilization. We earn our money by processes vastly more complex and intelligent than we formerly did. I wish I could feel sure that the wisdom with which we spend our money had increased correspondingly. Intelligent consumption is a neglected art. The individual buys, not what he wants, but what he sees most prominentliy advertised. We see the same course of events in educational matters. The learned professions have become more learned; the public has made no corresponding progress in appreciating their results. . . . . ."

Wo durch derartigen Schaffenstrieb, verbunden mit der Gunst natürlicher Verhältnisse, große Kapitalien rasch freiwerden, stehen

auch unstreitig große Mittel für soziale und kulturelle Zwecke zur Verfügung. Wird doch der Reichtum erst durch das selbstherrliche Verteilen von Spenden dem Besitzer zum Genuß. Deshalb: wo Kunst und Wissenschaft fehlen, da importiert man sie von außen; wo die Mutter versagt, muß die Amme herhalten. Das geht nicht anders. Aber in der Philantropie möchte man sich von dem Vorbild Europas emanzipieren und etwas spezifisch Amerikanisches schaffen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Höhe der privaten Stiftungen ganz von der jeweiligen Konjunktur der nationalen Wirtschaft abhängt. So betrug die Summe der Zuwendungen für wohltätige Zwecke im Jahre 1906 100 Millionen, im Jahre 1907 50 Millionen, im Jahre 1908 57,9 Millionen Dollar. Während die Rockefellers und Carnegies einerseits keine Mittel scheuen, um zu ihrem Gelde zu kommen, und bei dem Streben nach Macht jegliche Obrigkeit als quantité négligeable behandeln, wollen sie andererseits, nachdem sie pekuniär gesättigt sind, bei der großmütigen Verteilung ihres Reichtums — den sie beim besten Willen nicht allesamt selber verzehren können — unter Nichtberücksichtigung alles bisher anderwärts Geschaffenen ganz neue Wege wandeln. „Es ist eine neue Spezies von Bourbonen, die in der neuen Welt entsteht, von Cäsaren, die kein Bedenken tragen, das Volk zur Erhöhung ihres königlichen Glanzes bis aufs äußerste auszuplündern, und dann doch wieder von der fixen Idee geplagt sind, diesem Volk als fürsorgender Landesvater und Schrittmacher zu höheren Stufen der Zivilisation zu erscheinen."

Die Unkenntnis und daher Nichtachtung bewährter europäischer Institutionen ist ja etwas typisch Amerikanisches, bei der großen Masse verständlich, aber bei den Gebildeten als Ausdruck mangelnder Erziehung bedauerlich. Bedauerlicher jedoch ist, daß viele unserer deutschen Landsleute, infolge Unkenntnis ihrer heimischen Errungenschaften die Propagierung amerikanischer Sozialweisheiten kritiklos hinnehmen. Die Memoiren Rockefellers und besonders die Schöpfung seines „Wohlfahrtstrusts" haben ja in der deutschen Presse wahre Beifallsstürme ausgelöst. Wer sich ein beliebiges Handbuch für Sozialwissenschaften durchblättert und sachliche Vergleiche zieht, der wird in den Auslassungen Rockefellers wenig finden, was nicht bereits früher gedacht und getan worden ist, wenn auch die Lebenserfahrungen eines amerikanischen Multimillionärs für viele Behauptungen eine wertvolle Bestätigung bilden. So seine Überzeugung, daß man nur durch gemeinsame Aktion die Wohlfahrtsbestrebungen nach bestimmtem Plan wirksam gestalten kann, und daß man bleibenden Segen erst dann gestiftet hat, wenn man den Leuten dazu verhilft, sich selber zu helfen. „Wenn in geschäftlichen Dingen ein Zusammengehen sich bewährt, durch Ersparnis und durch Erzielung besserer Resultate, weshalb sollte dann auf philan-

tropischem Gebiete ein Zusammenarbeiten nicht ebenso bedeutsam sein?" Eine sehr berechtigte Frage, die unsere Reichsregierung bereits im Jahre 1881 dadurch zum Teil erledigt hat, daß sie die Versicherung der Industriearbeiter dem mächtigsten und vertrauenswürdigsten Wohlfahrtstrust in die Hände legte, den wir kennen: dem Staat bzw. dem Reich, wobei der privaten Wohltätigkeit keine Schranken gesetzt sind. Auch für die moderne Sozialpolitik gilt der Satz: Wo Konzentration möglich ist, ist Wettbewerb unmöglich! Und wo Wettbewerb unmöglich ist, ist Verstaatlichung das einzig Zweckmäßige.*)

Sicherlich ist es ein menschenwürdigerer und kürzerer Weg, durch Zwangsersparnisse der Arbeiter, durch Staatshilfe und durch Pflichtbeiträge der Arbeitgeber den sozial schwächeren Volksschichten ein Anrecht auf ein Existenzminimum zu schaffen, das ihnen Selbständigkeit und Selbstachtung bewahrt, als sie von der spasmodisch geäußerten Mildtätigkeit des konzentrierten Großkapitals abhängig zu machen, von den Zuwendungen eines privaten Wohlfahrtstrustes, die bei nicht annähernd ähnlicher Wohlorganisiertheit stets den Charakter der Gnadenreichnisse tragen und gerade dann am spärlichsten fließen, wenn sie am dringendsten bedurft werden: in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges. Die Leiter der Geschicke Amerikas, das sind die Trustmagnaten, haben eben kein wirkliches Interesse an der nationalen Eugenetik oder Volksaufzucht, weil es ihren Zwecken viel besser entspricht, anstatt einer bodenständigen Arbeiterschaft, deren Ansprüche mit der Zeit immer unbequemer werden, die überschüssigen Arbeitskräfte fremder Länder anzuziehen und abzustoßen, wie es ihnen paßt. So lange die letzteren sich durch das Lockmittel der höheren Löhne und des Freiheitsillusionismus immer wieder betören lassen, die Reihen der Reservearmee zu füllen, wird die Fürsorge für Pflanzen, Vieh und Maschinen den Großkapitalisten immer stärker am Herzen liegen als die Heranbildung einer gesunden Kulturnation. Diese Politik der Eigensucht ist für die herrschende Klasse der eingesessenen Amerikaner augenblicklich die profitabelste, aber für die künftige nationale Machtstellung der Union die kurzsichtigste, die man sich denken kann, denn sie untergräbt die Wurzeln der nationalen Kraft. Das ist den weiter blickenden Amerikanern auch völlig klar, wie aus der Maxime Roosevelts hervorgeht: „The preservation of national vigor should be a matter of patriotism." Und aus den Worten des „Independent": „When we face the certainty of the exhaustion of our main material revenues by the middle of this century, the question is, can the American people readjust themselves

*) Vgl. vorstehendes Kapitel.

to new and perhaps pinching conditions, or will we have worn ourselves out in the unreasoning hustle of money getting and waste? Have we got the stuff in us to conquer the wrenching times that are promised not far in the future? It seems not improbable that those races which have learned to apply to daily life the lessons of strictest economy will be fittest to survive."

*Anmerkung 1.* Zur Börsenreform in New York schreibt die Handelszeitung des B. T.: Die letzte Geldkrisis, die in der Union so viele Mißstände aufgedeckt und im Zusammenhange hiermit auch die Gesetzgebungsmaschine in Washington zeitweise in eine Art von Eiltempo versetzt, hatte auch Bestrebungen hervorgerufen, auf dem Gebiete der Börse Reformen herbeizuführen. Der Gouverneur des Staates New-York hatte einen Sonderausschuß „zur Untersuchung der Frage der Spekulation in Wertpapieren und Waren im Staate New York" eingesetzt. Der Bericht dieses Sonderausschusses ist nunmehr erschienen. Über den Inhalt dieses Berichtes meldet W. T. B.:

Bei der Mehrheit der Reformen wird empfohlen, daß es den Gouverneuren der verschiedenen Börsen überlassen werden soll, sie in Wirksamkeit zu setzen. Was die New Yorker Börse anbetrifft, so wird für den Fall, daß Corners (Aufkäuferringe) entdeckt werden, ein Einschreiten des Gouverneurs angeraten mit der Machtvollkommenheit, den Preis der betreffenden Ware festzusetzen. Ferner wird vorgeschlagen, daß die Gouverneure der Börsen die Vollmacht haben sollen, von Zeit zu Zeit die Bücher der Mitglieder der Fondsbörse einzusehen. Die Fondsbörse wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Publikum auf Reformen von außen bestehen wird, wenn die jüngst zutage getretenen Mißstände von der Börse selbst nicht abgestellt werden. Der Bericht des Ausschusses schließt mit einer kurzen Darlegung der Untersuchung der Börsenverhältnisse in Deutschland im Jahre 1892 und der Wirkungen des im Jahre 1896 in Deutschland erlassenen Börsengesetzes.

Danach scheint der Sonderausschuß im wesentlichen zu dem Resultat gekommen zu sein, den Börsen des Staates New York Selbstzucht zu empfehlen, ein Rat, dem warnend hinzugefügt wird, daß, falls die Börsen nicht selbst die Mißstände, die sich herausgestellt haben, abstellen, die Öffentlichkeit die Behörden zu legislatorischen Maßnahmen zwingen werde. Die einzige positive Maßregel, die der Ausschuß empfohlen hat, betrifft — und das ist recht charakteristisch für die amerikanischen Börsenverhältnisse — die Corners. Der Vorschlag, der für die Abwehr solcher Corners gemacht wird, ist recht einschneidend. Wenn der Gouverneur das Recht haben wird, bei der börsenmäßigen Regulierung einer „gekornerten" Ware oder eines „gekornerten" Papieres den Preis oder den Kurs zu fixieren, so wird die unterlegene Partei, die mit der Lieferung im Rückstande ist, wenigstens nicht der Gegenpartei auf Gnade und Ungnade preisgegeben sein. Wie aber amerikanische Geschäftsleute eine solche Zwangslage bisher ausgenutzt haben, dafür bildete das bekannteste Beispiel ein Fall, der auch nach Deutschland hinüberspielte, der Fall der „Aufschwänzung" der Northern Common Shares, bei der die in die Enge getriebenen Baissiers Kurse bis zu 1000 % als „Lösegeld" bewilligen mußten. Weit wichtiger werden solche Fälle sein, in denen der Gouverneur bei einem „Waren-Corner" für die Regulierung einen Preis bestimmt, der nicht — wie es bisher der Fall war — der rücksichtslosen Ausnutzung der Gewalt seine Entstehung verdankt. Zweifellos würden in diesem Falle die „corners" in Amerika zum mindesten seltener werden, wobei in Betracht gezogen werden muß, daß diese Erscheinungen sehr häufig eine Irritierung der regulären Preisbewilligung der „gekornerten" Ware auch auf dem Weltmarkt hervorriefen.

An anderer Stelle heißt es: Der Amerikaner wird sparsamer und konservativer. Je größer die großen Korporationen werden, desto geringer werden die Aussichten der kleineren Investoren, auf den Gang der Geschäfte und damit den Wert ihrer Papiere Einfluß auszuüben. Als willenloses Werkzeug in der Hand einiger „Manipulanten" will sich der Amerikaner nicht länger gebrauchen lassen, er wendet sich daher immer mehr den Werten zu, die ihm selbst einige Mitbestimmung sichern, oder die ihm wenigstens durch offene Darlegung der Geschäftslage selbständige Prüfung seiner Aussichten ermöglichen. Dadurch werden Aktien der Korporationen, die das Prinzip verfolgen, die Öffentlichkeit über ihre Lage zu informieren, immer mehr zu festen Anlagepapieren und unterliegen einer spekulativen Beeinflussung ihrer Kurse nur in beschränktem Maße. Bei großen Korporationen wird stets eine Anzahl Aktien in den Händen der Spekulation bleiben und dadurch für die Kurse von großer Bedeutung werden; je größer aber die Menge der Aktien ist, die sich in den Händen sicherer Investoren befindet, desto geringer wird der Spielraum für die Spekulation werden, die bei Börsenpaniken nur in seltenen Fällen in der Lage sein wird, das Vertrauen der Leute, die ihre Aktien als Anlagepapiere betrachten, zu erschüttern. Es würde eines der interessantesten Kapitel amerikanischer Wirtschaftsentwicklung sein, festzustellen, in welcher Weise sich im Laufe der letzten Jahrzehnte Spekulationspapiere zu Anlegepapieren umgewandelt haben, und welche Gründe für die Umwandlung der Wertung maßgebend gewesen sind. Bei weitaus den meisten Papieren würde man finden, daß die Einführung breitester Öffentlichkeit das ausschlaggebende Moment bildete, während bei anderen das Vertrauen auf dauernde Dividende in Verbindung mit hohen Reserven (siehe Zuckertrust) entscheidend wirkte.

## 3. Konzentration und Technik.

Die Entwicklung der Technik und insbesondere die Anwendung von Maschinen im landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsprozeß hat die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft bekanntlich deshalb so enorm erhöht, weil sie es dem Menschen ermöglichte, große Mengen von Wärme, Licht und Kraft auf e i n e n Bestätigungspunkt zu konzentrieren und die Bewegungen des Arbeitsprozesses gleichmäßig, kontinuierlich und automatisch zu gestalten. Rationellere Auswertung der Naturkräfte, bessere Nutzung der Bodenstoffe, Brauchlichmachung von früher als wertlos erachteten Abfällen, das sind, neben zentralisierter Überwachung und Verminderung von Betriebsverlusten, entsprechender Erweiterung der Erstehungs-, Umsetzungs- und Absatzgelegenheiten und vergrößerter Wertschaffung einige der direkten Folgen der Anwendung von Maschinen in Landwirtschaft und Industrie.

„Alle technischen Fortschritte während des Mittelalters, ja seit der Zeit der Ägypter", sagt von E h e b e r g , treten weit zurück hinter der Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens durch die Maschine und die motorischen Kräfte der neuesten Zeit. Seine wichtigste Anregung und seine vollendetste Ausbildung empfing das Maschinenwesen durch die

Fortschritte der Naturwissenschaften zu Ende des 18., insbesondere aber im Verlaufe des 19. Jahrhunderts. An die Stelle des Werkzeuges tritt die Arbeitsmaschine, an die Stelle der menschlichen und tierischen Kraft, der unzuverlässigen und nicht überall verhandenen Wind- und Wasserkraft tritt die hauptsächlich durch Dampf bewegte Kraftmaschine. Hand in Hand damit geht die Ersetzung des Holzes durch die Kohle als Brennmaterial und die steigende Ausbeutung der Eisenlager.

Die Arbeitsmaschine, die zuerst in der Textilindustrie Verwendung fand und diese sowie zahlreiche andere Produktionsgebiete heute vollständig beherrscht, hat der menschlichen Hand unzählige Verrichtungen abgenommen. Sie arbeitet gleichmäßiger, billiger, unendlich viel feiner, und ausdauernder als der Mensch mit Werkzeugen; sie bietet Kraftleistungen, welche die Menschenkraft um das Hundert- und Tausendfache übersteigen. Die Kraftmaschine, als deren Typus uns immer noch die Dampfmaschine erscheint, obwohl auch Gas, Petroleum, Benzol und insbesondere die Elektrizität in großem Umfang als Triebkraft benutzt werden, hat die Industrie unabhängig von Wind und Wasser gemacht, sie ist fast an keine örtliche Fessel gebunden, sie ist ebenso schnell zu erzeugen wie abzustellen, kann ebenso leicht zu den höchsten Stärken gesteigert, wie in kleinstem Maße verwendet werden. Sie ist ausdauernder und ihre Leistung ist außerordentlich viel billiger wie die jeder anderen Kraftquelle; sie ist das wichtigste und schnellste Bewegungsmittel (Eisenbahnen, Dampfschiffe) geworden. Produktion und Verkehr sind durch das Maschinenwesen von Grund aus umgestaltet worden. Es hat die moderne Massenproduktion möglich gemacht, unsere wichtigsten Konsumgüter verbilligt, die allgemeine Lebenshaltung verbessert; unser Personen-, Güter- und Nachrichtenverkehr hat einen Umfang und eine Intensität erreicht, die noch am Anfang des 19. Jahrhunderts niemand ahnte. Es hat Länder und Meere miteinander verbunden, die Absatzgebiete ungeheuer erweitert, die Bedürfnisbefriedigung durch Zufuhren aus den fernsten Erdteilen ermöglicht. Aber nicht bloß Industrie und Handel, sondern auch die Landwirtschaft hat im Laufe des 19. Jahrhunderts durch das Eindringen der Naturwissenschaften, durch Beachtung der Gesetze des pflanzlichen und tierischen Lebens, unter gesteigerter Anwendung von Kapital und Arbeit, bemerkenswerte Fortschritte gemacht.

Die gänzliche Umgestaltung der Technik hat aber auch die Organisation der Volkswirtschaft völlig verändert. Sie hat alte Stände und Berufe (Handwerk, Hausindustrie) vernichtet oder zurückgedrängt und neue Stände und Klassen geschaffen. Das moderne Unternehmertum sowie der typische Lohnarbeiter der Gegenwart, der Fabrikarbeiter, sind Erscheinungen, die erst die durch das Maschinenwesen

notwendig bedingte Großindustrie ins Leben gerufen hat. Aber auch eine lokale Umschichtung der Bevölkerung hat das Maschinenwesen verursacht; es hat die Massenanhäufung der Bevölkerung in den Kohlen- und Eisengegenden, das rasche Anwachsen der Städte bewirkt. Wohlstand und Lebenshaltung sind außerordentlich gestiegen, aber das Wirtschaftsleben ist auch viel komplizierter, die Abhängigkeit der einzelnen Produktionszweige voneinander und die Gefahr von Störungen und Krisen ist größer geworden. Aus diesen veränderten Verhältnissen sind der Gesetzgebung und der Sozialpolitik neue, ebenso große wie schwierige Aufgaben erwachsen."

Die Folgen bzw. Entwicklungserscheinungen der modernen Produktionstechnik sind für Amerika darum so besonders tiefgreifende gewesen, weil das Land, wie jeder Kolonialbesitz, trotz seiner ungeheuren latenten Naturschätze so lange wirtschaftlich unbedeutend bleiben mußte, als ihm die zur großzügigen Hebung, Auswertung und Konsumierung der Bodenprodukte nötigen physischen und geistigen Kräfte mangelten. Erst das Hereinbrechen des Maschinenzeitalters hat es Amerika ermöglicht, trotz des Mangels an hochwertigen einheimischen Arbeitskräften, — der auch heute noch keineswegs behoben ist, obgleich Arbeitsteilung, Spezialisierung und Betriebskonzentration auf die Spitze getrieben sind, — in weniger als 100 Jahren, gestützt auf eine betriebsame Wanderbevölkerung, auf einen stetig wachsenden, nach außen geschlossenen, nach innen freihändlerischen Binnenmarkt, unbehindert durch retardierende Traditionen, durch soziale Ambitionen, durch kostspielige Rücksicht auf die Landesverteidigung usw., sich in materiell produktiver Hinsicht zur ersten landwirtschaftlichen und industriellen Macht der Welt zu entwickeln.

Man teilt den Verlauf des Maschinenzeitalters gewöhnlich in vier Perioden: die Zeit von 1764 bis 1785, während welcher in Europa die Entwicklung der Haus- zur Fabrikindustrie sich vollzog, die Zeit von 1785 bis 1814, während der die Anwendung der Dampfkraft in Fabrikbetrieben Einführung fand, die Zeit von 1814 bis 1856, während welcher die Lokomotive ihren Siegeszug im Verkehrswesen vollendete und die Zeit von 1856 bis 1866 und später, welche charakterisiert ist durch die automatische Herstellung von Industrieprodukten in wachsenden Massen. Die bedeutenderen Erfindungen, welche diese Entwicklung begleiten, sind: Hargreaves' Spinnmaschine 1764, Arkwrights Spinnmühle 1771, Cromptons kombinierte Mule-Jenny 1779, Cartwrights Webmaschine und Watts Dampfmaschine zum Betrieb von Baumwollspinnereien 1785, Whitneys Baumwollsamenseperiermaschine (cotton-gin) 1792, Stephensons Lokomotive 1814, die Eröffnung der ersten Eisenbahn 1822, die Hochofenwinderhitzung 1829, die Ringspinnerei 1841, ferner Telegraphie

und Telephonie, neuerdings die Einführung des maschinellen Betriebes in Bergbau und Eisenindustrie, die Ausnutzung der Nebenprodukte, die Vervollkommnung der Werkzeugmaschinen, die Entwicklung der Elektrotechnik, der chemischen Technik usw.

Welchen Umfang die Ersetzung der Handarbeit durch Maschinenarbeit in einigen Zweigen der amerikanischen Industrie und Landwirtschaft bereits im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts angenommen hatte, darüber gibt der erste Bericht des Arbeitskommissars aus dem Jahre 1886 interessanten Aufschluß. In der Papierfabrikation leistet eine Maschine, die zum Trocknen und Schneiden dient und von 4 Männern und 6 Mädchen bedient wird, heut dasselbe und mehr, als früher 100 Leute zu bewältigen vermochten. In der Tapetenfabrikation ist das Verhältnis der ersparten Menschenarbeit noch größer, nämlich 100 zu 1, d. h., was früher 100 Arbeiter schafften, wird jetzt durch einen geleistet. In einer Phosphatgrube in Südkarolina leisten heut 10 Bergarbeiter mit Maschine dasselbe als früher 100 ohne Maschine. In der Herstellung von Gummischuhwaren beläuft sich die Eliminierung menschlicher Arbeitskräfte auf 50 %. Die Leistungsfähigkeit der südkarolinischen Töpferei ist durch Anwendung von Maschinen auf das Zehnfache der früheren gestiegen. Bei der Fabrikation von Sägen sind von 5 Leuten 3 überflüssig geworden. Ähnlich ist es in der Druckereibranche. Beispielsweise stellt eine moderne sextuple stereotype Schnellpresse in New York 72 000 achtseitige Zeitungen in der Stunde fertig, d. h. eine Maschine von einem Drucker und vier gelernten Arbeitern bedient, druckt, schneidet, faltet, klebt und zählt 72 000 Zeitungen ev. mit Ergänzungsbeilage. Für das Drucken derselben Quantität hätten nach früherer Methode ein Mann und ein Gehülfe bei täglich 10 stündiger Arbeitszeit 100 Tage lang tätig sein müssen. Auf einer Goodyear Nähmaschine kann ein Arbeiter 250 Paar Schuhe in einem Tag fertigstellen, wofür ohne Maschine 8 Handarbeiter erforderlich waren. Mit der sog. McKay Maschine ist ein Arbeiter in den Stand gesetzt, 300 Paar Absätze in einem Tag anzunähen oder 300 Paar Schuhe zuzuschneiden, wozu früher 3 Mann nötig waren. In der Seidenweberei beträgt die Ersetzung der Menschen- durch Maschinenarbeit 90 bis 95 %. Eine große Seifenfabrik schätzt das Verhältnis in ihrem Betrieb auf 50 %. In der Weinbereitung Kaliforniens wird eine Quetschmaschine benutzt, welche von einem Mann bedient, 80 Tonnen Trauben in einem Tage verarbeiten kann, wozu früher 8 Arbeiter erforderlich waren. In der Wollwaarenfabrikation hat moderne Maschinerie die menschliche Arbeitsleistung um 33 % in der Aufbereitung, 50 % in der Spinnerei und 25 % in der Weberei reduziert. In einigen Sonderarbeiten der Spinnerei ist die Ersetzung sogar 100 zu 1, mit entsprechender Verringerung der Ge-

stehungskosten. Mit der Handspindel konnte ein Spinner in 56 Stunden 5 Strähne 32er Garn spinnen, heut kann er, von zwei Knaben unterstützt, mittelst der automatischen Mule Spinnmaschine, die 2124 Spindeln hat, in derselben Zeit 55 098 Strähne fertigstellen. Während ein Weber früher einen Webstuhl bediente, bedient er heute deren zwei bis zehn, je nach der Art der Ware. Ein Handweber konnte früher auf seinem Handwebstuhl wöchentlich 42 bis 48 yards (1 yard = 0,914 m) gewöhnlichen Hemdkattun fertigstellen. Heut bedient ein Weber in einer Baumwollweberei 6 Kraftwebstühle und bringt es bis auf 1500, infolge einer neueren Erfindung sogar auf 3000 yards in einer Woche. In einem großen Etablissement in New Hampshire hat die Verbesserung der Textilmaschinen innerhalb 10 Jahren die für ein und dieselbe Warengattung erforderliche Menschenarbeit um 50 % reduziert. Ganz allgemein kann man sagen, daß ein Arbeiter heute nahezu dreimal so viele Maschinen bedient als sein Vater. Die Gesamtzahl der Maschinen hat sich innerhalb einer Generation verfünffacht, die Zahl der Arbeiter nur verdoppelt. Die Geschwindigkeit der Spinnereimaschinen hat sich seit den siebziger Jahren um 15 % erhöht.

Während heut in Industrie und Transport der Union an technischen Betriebskräften gegen 30 Millionen Pferdekräfte zur Verfügung stehen, wovon wegen der Teilbelastung nur etwa ⅓ tatsächlich entwickelt werden, betrug die Gesamtkraft, welche im Jahre 1886 verfügbar war, nur 3,5 Millionen Pferdekräfte. Zur industriellen Produktion von damals wären 21 Millionen Menschen erforderlich gewesen, tatsächlich wurde die Erzeugung aber mit Hilfe der Maschinen von 4 Millionen Menschen vollbracht. Zur Bewältigung der gesamten wirtschaftlichen Arbeit, die im Jahre 1886 von Kraftmaschinen, Arbeitsmaschinen und Eisenbahnen geleistet wurde, wären insgesamt 172,5 Millionen Menschen erforderlich gewesen, während die wirkliche Bevölkerung nur 60 Millionen, also etwa ⅓ betrug. Eine ähnliche Entlastung der Menschenarbeit beobachten wir in der Landwirtschaft, und zwar wegen des vorherrschenden Großbetriebes in Amerika in viel stärkerem Maße als in Deutschland. Dampfpflüge, die einen Acker pro Stunde (40,4 Ar) und mehr bearbeiten, Sähmaschinen, die das Dreifache der Handarbeit leisten, Mähmaschinen, die 20 Acker und mehr im Tage bestreichen, und etwa 80 Leute entbehrlich machen, kombiniert mit Dresch-, Sondier-, Sackfüllmaschinen, die den ganzen Ernteprozeß in sich vereinen und unmittelbar und automatisch gestalten, sind bekannt. Ferner beim Maisbau: Pflanzmaschinen und Kultivatoren, welche in einer Stunde einen Acker und mehr bebauen und ernten und 20 Landarbeiter ersetzen; Schälmaschinen, welche 240 bushel Maiskolben im Tag abschälen und etwa sechsmal soviel leisten als die Handarbeiter früher.

Je nach der Größe der Maschine kann ein Arbeiter heut dieselbe Arbeit vollbringen als 37, 50 oder 100 Arbeiter ehedem. Auch bei der Heuernte, beim Grasschneiden, Wenden und Rechen verrichten 3 Maschinen mit Pferdegespann und je einem Mann dasselbe als 12, 20 und 10 Leute mit Sense, Heugabel und Handrechen. Die Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine ist also beim Säen etwa 3 zu 1, beim Pflügen 12,5 zu 1, beim Mähen und Ernten 384 zu 1.

Zur Verbesserung der Produktionstechnik kommt die ungeheure Verkürzung und Verbilligung des Transportes landwirtschaftlicher Produkte von der Farm zum Markt vermittels der Eisenbahn. Im Kartoffelbau, in der Molkerei, in der Schweizerei, in der gesamten Nahrungsmittelindustrie finden wir dieselbe oft nicht zahlenmäßig belegbare Eliminierung der Menschenarbeit durch die Konzentration technischer Betriebskräfte. Im Mississippi-Tal, in Kalifornien und im Staat Dakota, wo die Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen am weitesten getrieben und der Bedarf an menschlichen Arbeitskräften auf ein Minimum reduziert ist, schätzt man die Arbeitsleistung eines einzelnen Mannes gleichwertig der Produktion von 5500 bushel Weizen, (1 bushel = 35,2 l = 60 Pfd. Weizen). In den großen Mühlen des Staates Minnesota, die bis zu 30 000 Sack pro Tag mahlen, wird die Arbeitsleistung eines Mannes bei Umsetzung dieser 5500 bushel Weizen der Erzeugung von 1000 Fässern Mehl gleichgerechnet, wobei 500 bushel für Samenzwecke verbleiben. Rechnet man, daß zur Beförderung dieser 1000 Faß mit der Bahn von der Mühle bis zum Dock in New York (1000 bis 1500 englische Meilen) fertig zum Export 1.5 bis 2 Leute benötigt werden, die 1,5 bis 2 Dollar den Tag verdienen, und schlägt man für die Seefracht von New York nach den Häfen Europas den Bruchteil eines Cents auf das Pfund, so ergibt sich, daß die Arbeit von 3 bis 4 Männern, unterstützt durch Maschinenkraft, genügt, um all das Mehl zu erzeugen, welches zur Ernährung von 1000 Menschen im Jahr ausreicht, und welches im Wettbewerb mit russischen und anderen Produkten auf dem europäischen Markt zum Absatz gelangt.

Die Konzentrierung der technischen Betriebskräfte in der Fabrikindustrie hat sich nun in den Distrikten der ältesten Besiedelung Nordamerikas, wo ursprünglich reiche Naturschätze der Auswertung harrten, und wo das Angebot an Arbeitskräften und die Möglichkeit des überseeischen Güteraustausches am größten waren, also im Osten, am frühesten entwickelt. Infolgedessen marschieren heute die Staaten New York, Pennsylvania, Massachusetts, Illinois, Ohio und New Jersey an der Spitze. So beträgt z. B. das in der Fabrikindustrie des Empire Staates New York beschäftigte Kapital rund 2 Milliarden Dollar, die

Zahl der in der Industrie tätigen Leute 856,9 Tausend, die Summe der gezahlten Löhne 430 Millionen und der Wert der erzeugten Produkte 2,4 Milliarden Dollar. Der Abstand der industriellen Leistungsfähigkeit zwischen besagten Oststaaten und dem Westen und Süden ist ganz bedeutend, schon aus dem Grunde, weil die letztgenannten Gebiete, namentlich im äußersten Westen, viel ärmer an den wichtigsten Rohmaterialien sind, ferner weil sie infolge ihrer späteren Besiedelung vorwiegend im Stadium landwirtschaftlicher Betätigung, Ackerbau und Viehzucht sich befinden, und weil endlich die klimatischen Verhältnisse, die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung, die dünngesäten Märkte usw., einer intensiveren Betätigung nicht günstig liegen.

So erfolgt denn die Industrialisierung des Westens und Südens im Gegensatz zu der Pionierarbeit der früheren Tage, heut vorwiegend durch Emissionen und Käufe der in den Oststaaten großgewachsenen auf Expansion und Beschaffung von Rohmaterialien bedachten großen Industriekonzerns. Die Gründungen des Stahltrusts in Gary und Birmingham sind neuerliche Belege für die west-südliche Verziehung der schweren Industrien nach Gegenden, wo Rohmaterialien noch ihrer Erschließung harren. Auf Grund der vorliegenden geologischen Feststellungen muß aber angenommen werden, daß damit die Verschiebung ihr Ende erreicht hat, da abbauwürdige Kohlen- und Erzlager in den pazifischen Staaten nicht nachgewiesen sind. Es folgen den oben genannten Staaten an industrieller Wertschaffung: Missouri, Michigan, Wisconsin, Indiana, Connecticut, California, Minnesota, Rhode Island usw. Die Staaten Alabama und Colorado, welch ersterer gegenwärtig nur 105,3 Millionen Dollar in Fabrikindustrien investiert hat, 62 Tausend Leuten darin Beschäftigung gewährt, 21,8 Millionen an Löhnen zahlt und 109,1 Millionen Dollar an Erzeugnissen der Fabrikindustrie herstellt, gehören zu den wenigen Staaten, die in der künftigen Konzentrierung der amerikanischen Industrie eine bedeutende Rolle zu spielen berufen sind. Besonders wird man dort mit den schweren Industrien zu rechnen haben, deren Hauptsitz bisher der Staat Pennsylvania war und die, ähnlich wie diejenigen Deutschlands, die Tendenz zur Verziehung an die Gewinnungsstellen der Mineralien zeigen, sowie zur Veredlung der Produkte am Gestehungsort, von wo die Güter höherer Ordnung infolge Verbesserung und Verbilligung der Kommunikationsmittel, Bahnen, Wasserstraßen, Leitungen leicht auf die entfernten Märkte verteilt werden können. Auch die Textilindustrie, welche bisher in den Neuenglandstaaten am meisten prosperierte, hat eine entschieden südliche Tendenz, zu den Baumwollenfeldern. Dagegen sind die sonstigen weiterverarbeitenden Industrien, soweit sie nicht zweckmäßig in den Urbetrieb mit einbezogen werden, z. B. Maschinenfabriken, von den

Bodenschätzen unabhängiger und werden sich daher mehr und mehr den Hauptverkehrsadern angliedern, die zu den stark besiedelten östlichen Märkten führen. Andererseits werden diejenigen Industrien, welche bezüglich ihrer Rohmaterialien und Absatzmärkte vorwiegend auf der Landwirtschaft basieren, also Nahrungsmittel-, Fahrzeug-, landwirtschaftliche Maschinenfabriken usw., im Mittel-Westen, besonders in Ohio und Illinois, verbleiben. Desgleichen die Holzindustrie in California, Washington und Oregon.

Bewegungsfreiheit und Großzügigkeit sind zwei Eigenschaften, welche die amerikanische Industrie vor der deutschen charakterisieren, nicht unbedingt auszeichnen, weil sie sich sehr oft auf Kosten der nationalen Ökonomie, der sozialen Wohlfahrt und des staatlichen Prestiges durchsetzen. Aber sie sind die natürlichen Merkmale einer Pionierindustrie, die zu einer Zeit einsetzte, da die moderne Technik ihren Anfang nahm, und die nicht erst über die traditionellen Stufen des Gilden-, Zunft- und Privilegienwesens schreiten mußte, um zu einem mächtigen Gliede der Volkswirtschaft zu erstarken; die auch wegen der Größe des Landes und wegen der ausgiebigen Benutzung maschineller Hilfskräfte, gestützt auf eine äußerst betriebsame Bevölkerung, neben den verschiedenen Entwicklungsformen der Landwirtschaft sich entfalten konnte, ohne die Bedeutung der letzteren herabzudrücken. Hat sich nun, wie wir gesehen haben, die Industrialisierung Amerikas in einzelnen bevorzugten Teilen des Ostens der Union ähnlich weit entwickelt als wie in den mit Kohle und Eisen reichlich versehenen westlichen Ländern Europas, so trifft das auf die Industriegebarung der übrigen Gebiete der Union keineswegs zu. Und wenn sich auch wegen der großen Verschiedenartigkeit der weit auseinanderliegenden Landesteile in dieser Frage wie in allem, was Amerika betrifft, nichts verallgemeinern läßt, so darf man doch sagen, daß die Industrie der Vereinigten Staaten als Ganzes betrachtet noch weit mehr auf dem Niveau kolonialer Rohstofflieferanten steht als die Industrien Englands und Deutschlands.

Es ist ja während der Blütezeit des Merkantilismus, welcher dem Mutterlande ein vollständiges Monopol auf Produktion und Konsumption in den Kolonien gab, stets das Bestreben der englischen Könige gewesen, ihre amerikanischen Besitzungen an der Anschaffung von Maschinen zu verhindern, um sie auf diese Weise von dem Handel des Mutterlandes dauernd abhängig zu erhalten. Erst nach dem Unabhängigkeitskriege konnte daher der Import von Maschinen einen kräftigen Aufschwung nehmen. Die erste Textilfabrik wurde 1787 in Beverly, Massachusetts, der erste Kraftbetrieb 1790 in Pawtucket, Rhode Island, errichtet. Und erst im Verlauf des vorigen Jahrhunderts vollzog sich —

namentlich in Lowell und anderen Städten Neuenglands — die allmähliche Umgestaltung der Haus- in die Fabrikindustrie. Dagegen wurde in England die erste Seidenfabrik bereits im Jahre 1719 von Sir Thomas Lombe in Derbyshire betrieben, und der Umschwung von Hausindustrie zur Manufaktur ging bereits im 18. Jahrhundert vor sich.

Auch steht wegen der geographischen, gouvernementalen und historischen Sonderheiten der Union wohl ein allmählicher Aufstieg der gesamten und eine weitere Assimilierung einzelner Zweige der nationalen Industrie an die entsprechenden Industriezweige höchster Ordnung Europas zu erwarten, doch kann der historische Abstand nie ganz verschwinden, quantitativ wohl aber qualitativ nie. Zwar ist die industrielle Produktionskapazität der Union um vieles größer als die irgend eines anderen Landes; aber ihr Produktivwirkungsgrad ist um vieles niedriger. Das heißt, aus derselben Menge an Kohle und Erz und anderen Stoffen schafft die deutsche Industrie mehr Werte, stillt sie die nationale Bedarfsbefriedigung in weit höherem Maße als die amerikanische es vermag. Unsere Rohmaterialien werden, ehe sie als Fertigwaren zum Verkauf, zum Konsum und damit zur Vernichtung gelangen, viel weitgehender und rationeller ausgewertet als die entsprechenden Stoffe Amerikas. Wenn Natur und Kapital es auch zuließen, daß sich dort ähnliche Feinindustrien wie z. B. in unserer chemischen Technik entwickelten, so wird der dritte Faktor, die unerläßliche Menschenarbeit, wegen der ethnischen Zusammensetzung des Volkskörpers, stets hindernd wirken. Amerika ist, insofern es von dem Überschuß der europäischen Intelligenz zehrt, auch heute nichts weiter als ein Stück Kolonisierungsarbeit der alten Kulturländer, das sich infolge des überaus reichen Nährbodens unabhängig gemacht und seine Produktionstechnik den geographischen Bedingungen des neuen Landes mit mehr Geschick als Geschmack angepaßt hat.

Die relative Bedeutung verschiedener Industrien ist natürlich nicht nach ihrem absoluten Produktenwerte zu bemessen. Gewisse Zweige wie die Nahrungsmittelindustrien verändern den Wert des behandelten Rohmaterials nur wenig, so daß etwa $^4/_5$ vom Gesamtwerte auf dieses entfallen. In anderen Industrien dagegen, z. B. der Textil-, Eisen- und Holzindustrie, die weit größere Kapitalanlagen erfordern, zahlreicheren Menschen Beschäftigung bieten und sehr hohe Lohnsummen zahlen, beträgt der Wert des Erzeugnisses fast das Doppelte des Rohmaterialwertes, was ein Beweis dafür ist, daß die Reihe der Veränderungen, die der Urstoff im Fabrikationsprozeß durchlaufen muß, beträchtliche gewesen sind. Man ist demnach berechtigt zu sagen, daß der Unterschied zwischen dem Endwerte eines Erzeugnisses oder einer Serie solcher und dem Anfangswert des Rohmaterials, das zu seiner

Herstellung verwandt wird, oder kurz, die Differenz, welche angibt, wieviel die Industrie zu dem Urwert des Grundstoffes hinzugefügt hat, der wahre Maßstab ist, nach welchem man den Wert jener Industrie für das betreffende Land bemessen sollte.

Betrachtet man dieser Art die 14 Hauptgruppen der amerikanischen Industrie, so kann man deren relative Bedeutung wieder nach verschiedenen Gesichtspunkten einschätzen. Klassifiziert man die Industrien nach der Höhe des in jeder einzelnen investierten Kapitalbetrages, so steht an erster Stelle die Eisen- und Stahlindustrie und deren weiterverarbeitende Zweige mit einer Summe von 2331,4 Millionen Dollar; dann folgen die Textilindustrie, die chemische und verwandte Industrien, die Nahrungsmittel- usw. Industrien, weiter Holz und Holzbearbeitung, Papier und Druckerei, Getränke, Metall und Metallprodukte außer Eisen und Stahl, Steine und Erden, Landfahrzeuge, Leder und Lederwaren, Tabak, Schiffbau und andere Industrien mit abnehmenden Kapitalien. Stellt man sich auf den Standpunkt des Erwerbstätigen und klassifiziert die einzelnen Gruppen nach der Zahl der in jeder von ihnen Beschäftigung findenden Beamten und Arbeiter, ein Standpunkt, der für dichtbevölkerte Länder wie Deutschland sehr wesentlich ist, so steht obenan die Textilindustrie mit 61 907 Beamten und 1 156 305 Arbeitern. Es folgen die Eisen- und Stahl- usw., die Holz- usw., die Fahrzeug-, die Nahrungsmittelindustrien und andere. Bezüglich der gezahlten Lohnsummen steht wieder die Eisen- und Stahlindustrie und deren Weiterverarbeiter mit 100,4 Millionen Dollar an Beamtengehältern und 482,3 Millionen an Arbeiterlöhnen an der Spitze. Dann folgen die Textil-, die Holz- usw., die Fahrzeugindustrien und andere. Ordnet man die Industriezweige nach den Gesamtkosten der in jedem von ihnen zur Verarbeitung gelangenden Materalien, so steht an erster Stelle die Nahrungsmittelindustrie mit einem Betrage von 2304,4 Millionen Dollar. Es folgen Textil-, Eisen- und Stahl-, Holz- usw. und andere Industrien. Ordnet man endlich nach dem Wert der Erzeugnisse, so steht wieder obenan die Nahrungsmittelindustrie mit 2845,2 Millionen Dollar, es folgen die Textil-, die Eisen- und Stahl- usw., Holz- und Holzbearbeitungs-, chemische, Metall-, Papier- usw., Leder- usw., Fahrzeug-, Getränkeindustrien, Steine und Erden, Tabak-, Schiffbau- und andere Industrien. Man kann aus dieser Gruppierung ohne weiteres die Bedeutung der verschiedenen Tätigkeiten für die Union erkennen.

Faßt man, um den Entwicklungsgrad der Gesamtindustrie bestimmen zu können, die Gesamtkosten aller verarbeiteten Materialien zusammen und vergleicht dieselben mit dem Wert der insgesamt erzielten Produkte, so ergibt sich für das Jahr 1905 ein Wertverhältnis von 8,5: 14,8 Milliarden Dollar, das heißt, 6,3 Milliarden

Dollar hat der industrielle Arbeitsprozeß der Union dem Urwert der in seinen verschiedenen Zweigen verarbeiteten Roh-, Halb- und Edelstoffe hinzugefügt. Daß die industrielle Wertschaffung der Union auf einer niedrigeren Entwicklungsstufe steht als diejenige Deutschlands, geht schon aus der Exportstatistik hervor. Denn von dem Gesamtexport der Vereinigten Staaten von 1717,9 Millionen Dollar im Jahre 1906 entfielen dem Ursprung nach 56,4 % auf die Landwirtschaft, 3,0 % auf Bergbau und 35,1 % auf Industrieerzeugnisse. Betrachtet man die landwirtschaftliche und insbesondere die Getreideausfuhr für sich, so ergibt sich, daß etwa $^2/_3$ derselben Rohprodukte darstellen, die unveredelt das Land verlassen und demselben unberechenbare Material-, Arbeits- und Kapitalwerte entziehen, die den beziehenden Ländern zugute kommen. Von dem Hauptausfuhrartikel, Baumwolle, werden beispielsweise dem Werte nach 437,7 Millionen Dollar in Form von Rohbaumwolle und nur 25,1 Millionen Dollar in Form von Baumwollfabrikaten ausgeführt.

Aus der etwa 933 Millionen Mark betragenden Einfuhr aus den Vereinigten Staaten bezieht die deutsche Reichskasse nur 13,7 % an Zoll, die Union dagegen von 471 Millionen Mark, dem Werte unserer Ausfuhr nach dort, 37,5 %, ein Verhältnis, das einen Schluß auf den relativen Entwicklungsstand der beiderseitigen Exportindustrien zuläßt. Daß die wirtschaftliche Größe der Union weit stärker in der Urproduktion ist als im Weiterverarbeiten wurzelt, wird noch deutlicher, wenn man die Haupterzeugnisse Amerikas mit denen der Weltproduktion in Vergleich setzt. In den Jahren 1905 bzw. 1906 erzeugte die Union 79 % der Weltproduktion an Mais, 70 % der gesamten Baumwolle, 55 % des Kupfers, 42 % des Stahls, 40 % des Roheisens, 38 % des Wertes an Silber, 35 % der gesamten Kohle, 24 % des Wertes an Gold, 20 % des gesamten Weizens, also alles Urprodukte im ersten oder zweiten Stadium der Erzeugung, dagegen nur 35 % der Welterzeugung an Fabrikaten. Andererseits darf man nicht verkennen, daß der Aufstieg der Industrie angesichts der verhältnismäßig kurzen Entwicklungszeit ein ganz hervorragend intensiver gewesen ist, hat sich doch der Wert der erzeugten Fabrikate von 1,9 Milliarden Dollar im Jahre 1860 auf 14,8 Milliarden im Jahre 1905 erhöht. Das ist eine bemerkenswerte Leistung, viel bedeutungsvoller als die Rekordziffern der Rohstofflieferung, die von Außenstehenden gewöhnlich bestaunt werden.

Wie tiefgreifend die Entwicklung der Industrie zu Stufen höherer Ordnung die nationale Wertschaffung beeinflußt, das läßt sich an einigen Beispielen zahlenmäßig verfolgen. In der Textilindustrie: Ein Pfund Rohbaumwolle, das sich im Jahre 1887 mit 13 Cents verkaufte, hat sich mit fortschreitender Fabrikation in eine entsprechende Quantität

Muslin gewandelt, welche 80 Cents einbrachte, und weiter in eine entsprechende Quantität Zitz, die einen Erlös von 4 Dollar ergab. In der Eisenindustrie: Ein Quantum Eisenerz im Werte von 75 Cents entwickelte sich im Verlauf der fortschreitenden Industrialisierung zu Eisenbarren im Werte von 5 Dollar, zu Pferdehufen im Werte von 10 Dollar, zu Tischmessern im Werte von 180 Dollars, zu Stahlnadeln im Werte von 6800 Dollar, zu Hemdknöpfen im Werte von 29 480 Dollar, zu Uhrfedern im Werte von 200 000 Dollar, zu Haarfedern im Werte von 400 000 Dollar, zu Uhrspindeln im Werte von 2,5 Millionen Dollar. Wenn ein Artikel der letztgenannten Kategorien zum Versand bzw. zum Konsum gelangt, hat er dem erzeugenden Lande den Gesamtbetrag aller heut erzielbaren Material-, Arbeits- und Kapitalwerte abgeworfen. Bei der Auswertung der Kohle: Eine Tonne Rohkohle, die 5 % Asche, 20 % flüchtige Bestandteile und 75 % Kohlenstoff enthält, ergibt, wenn sie nicht verbrannt, sondern vergast wird, folgende Werte: Im Nebenproduktenprozeß werden aus 200 kg flüchtigen Bestandteilen 2,5 kg Salpetersäure oder 9,7 kg Ammoniumsulfat, 25 kg Teer, das auf Teerprodukte weiterverarbeitet wird, 4,5 kg Benzol und 135 Gaspferdekräfte. Im Hochofen werden aus 750 kg Kohlenstoff bzw. Koks in Verbindung mit den verhütteten Erzen 800 kg Roheisen, 1000 bis 1500 kg Schlacken, die auf Zement und Formsteine weiterverarbeitet werden, und 600 Pferdekräfte an Gaskraft. Es ist ersichtlich, daß, wenn man solche Kohlen, welche auswertbare Nebenprodukte erhalten, exportiert, der nationalen Wirtschaft eine bedeutende Menge an Kräften, Stoffen und Arbeitsgelegenheiten verloren gehen, die genutzt werden, wenn die Rohkohle zu Edelprodukten ausgewertet wird.

Zur Ausschlachtung eines reichen Bodens gehören eine laxe Regierungsdisziplin, Unternehmungsgeist und Organisationstalent; die übrigen Talente lassen sich aus dem Auslande beziehen. Energie steht sicher höher als Tatenlosigkeit, Arbeitsfreudigkeit höher als Müßiggang, doch darf der Erwerbstrieb nicht alle Ideale, Tugenden und Pflichten staatserhaltender Art überwuchern. So lange Raubbau, Freibeuterei, Rücksichtslosigkeit und Wirtschaft aus dem Vollen nicht als F o r t s c h r i t t e der Kultur gelten, wird man auch die Produktionskapazität der Union nicht mit ungeteilter Bewunderung betrachten und als V o r b i l d für die Industrien der alten Welt hinstellen dürfen. Augenblicklich findet sich Amerika mit der Rolle des Rohstofflieferanten, die ihm seine natürlichen Hilfsquellen, seine Geschichte und die internationale Arbeitsteilung zuweisen, in wenig rationeller, aber dafür um so großzügigerer Weise ab. Die heutige Wirtschaftspolitik der Union ist für die Besitzer von Grund und Boden unstreitig sehr profitabel. Die Leidtragenden werden die künftigen Generationen sein. Ob, wenn diese

Rolle ausgespielt ist, was in 50 bis 100 Jahren voraussichtlich der Fall sein wird, und Kanada, Südamerika, China, Sibirien, Afrika die Rohstoffbeschaffung übernommen haben, — wir denken hauptsächlich an Kohle und Erz —, die amerikanische Industrie dann mehr als ein Lieferant von Spezialitäten sein wird, das hängt, außer von vielen anderen Faktoren, z. B. der Beteiligung europäischer Arbeitskräfte und Kapitalien, hauptsächlich von der Größe, Zusammensetzung und Erziehung des Volkes ab, das um jene Zeit die Union füllen wird (man schätzt, daß die Bevölkerung in den nächsten 50 Jahren auf 150 Millionen, oder 50 Seelen auf die Quadratmeile anwachsen wird), sehr wesentlich auch davon, wem dann die Leitung der Geschicke des Landes obliegt, ob, wie heute, teils der unintelligenten Masse, teils den Vertretern des Großkapitals, oder, wie bei uns, einer aus den Besten des Volkes herauskristallisierten einheitlich geleiteten Gruppe verbündeter Regierungen. Wegen der ungeheuren Ausdehnung des Landes und der außerordentlichen Verschiedenheit der Probleme in den verschiedenen Staaten Amerikas wird man dort, trotz steigender Tendenz zur Föderalkontrolle, kaum jemals mit so starker Zentralisation arbeiten dürfen, wie sie sich für das kleine Gebiet des Deutschen Reiches so außerordentlich bewährt hat.

Die sozialen Wirkungen des Maschinenzeitalters mit seiner stetig fortschreitenden industriellen Verdichtung sind bereits an anderer Stelle betrachtet worden. Die Konzentration technischer Betriebskräfte hat Veranlassung gegeben zur Erweiterung der Kluft zwischen Kapital und Arbeit, zur Herabdrückung eines früher selbständigen Mittelstandes zu wirtschaftlicher Unselbständigkeit, zur Zusammenballung proletarischer Existenzen in den Arbeitszentren und zu all den Problemen, mit denen wir in allen Industrieländern mehr oder weniger stark zu rechnen haben: einseitige Entwicklung des nationalen Arbeitskörpers, Entgeistung der Arbeitenden durch automatische Betätigung, Schädigung der technischen Intelligenz des industriellen Nachwuchses, Ersetzung der Männer- durch Frauen- und Kinderarbeit, Entvölkerung des Landes, Heranziehung staatsgefährlicher ausländischer Arbeitskräfte zur Ausübung der unteren Arbeitsfunktionen, Schwierigkeit einheitlicher Kontrolle infolge zunehmender Vermannigfaltigung der Arbeitstätigkeit, Begünstigung der sozialen Ungleichheit, Aufsaugung großer Kapitalmengen in Privathänden und Beeinflussung der wirtschaftlichen Konjunktur durch Privatmonopole in nationalschädlicher Weise; Übelstände, deren Behebung in den verschiedenen Ländern je nach den ethnischen Eigenschaften des Volkskörpers, nach dessen gesellschaftlicher Verfassung, Staatseinrichtung, Besitzverteilung, Kulturstand usw. mit verschiedenem Erfolge durchführbar sein wird.

Wenden wir uns nun den mehr technischen Erwägungen zu: Wollte man den materiellen Fortschritt eines Landes nach der Zahl der Erfindungen beurteilen, welche alljährlich von der betreffenden Regierung patentamtlich geschützt werden, dann müßte man die Vereinigten Staaten nach dem Zensus von 1900 mit 22 600 Patenten, oder 30 pro 100 000 Einwohner, bzw. England mit 15 300 Patenten, das sind 37 auf je 100 000 Einwohner, über Deutschland stellen, welches nur 14 800 Patente oder 26 pro 100 000 Einwohner aufwies. Auch wenn man die Gesamtzahl aller bisher in der Union erteilten Patente zu denen der übrigen Welt in Vergleich setzt, so ergibt sich die stattliche Zahl von 885 635 gegenüber 1 863 836. Dieses imponierende Verhältnis reduziert sich aber wesentlich, wenn man die überaus große Zahl der fremden Patentsucher berücksichtigt, die ihr geistiges Eigentum in Amerika gern schützen möchten, deren Erfindertätigkeit aber billigerweise nicht den Vereinigten Staaten als Verdienst zugerechnet werden kann. Von den insgesamt 36 620 Patenten des Jahres 1907 wurden 3866 an Fremde, davon nicht weniger als 1182 an Deutsche erteilt. Dazu kommt die große Zahl der in den Vereinigten Staaten tätigen fremden Ingenieure, Techniker, Mechaniker usw., deren Erfindungen Amerika ohne weiteres zugute gerechnet werden. Zu berücksichtigen ist ferner die große Leichtigkeit und verhältnismäßige Billigkeit der Erlangung von Patenten in der Union und die Länge des Patentschutzes (17 Jahre gegen 15 in Deutschland und Frankreich und 14 Jahre in England). Endlich ist zu bedenken, daß zwischen Patenterteilung und Fortschritt noch ein weiter Weg liegt. Viele Erfindungen können nur auf einem geeigneten, d. h. vorbereiteten Nährboden gedeihen, namentlich diejenigen, welche Industriezweige höherer Ordnung betreffen. So sind die Errungenschaften unserer hochentwickelten chemischen Industrie Amerika überwiegend nur auf dem Wege des Sachgüterexports zugänglich, weil die Arbeits- und Absatzbedingungen dort noch nicht so weit fortgeschritten sind, daß eine Ausbeutung der komplizierten Prozesse an Ort und Stelle möglich bzw. profitabel wäre. Ein weiteres Moment und zwar ein überwiegend retardierendes ist neuerlich zwischen Erfindung und Fortschritt dadurch hineingetragen worden, daß das Patent in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung kaum noch, wie ehedem, ein Schutz oder eine Belohnung des ursprünglichen Erfinders in sich schließt, vielmehr dem Arbeitgeber oder Unternehmer, von dessen geldlicher Betätigung der Erfinder abhängt, ein Monopol zur Herstellung der neuen Brauchlichkeit garantiert. Wie vieles andere, so ist eben auch das Erfindertalent in die Abhängigkeit der Kapitalgesellschaft oder Korporation geraten.

Die anscheinend unvermeidliche Aufsaugung der fortschrittfördern-

den Arbeitskräfte durch das Kapital wäre an und für sich nicht fortschritthemmend. Für die Durchsetzung mancher Experimente, z. B. auf dem Gebiete der elektrischen Schnellbahnen, der Luftschiffahrt, der Schiffstechnik usw., sind große Geldmittel, wie sie nur durch Kombination aufgebracht werden, unbedingt erforderlich. Wohl besitzt das konzentrierte Großkapital die Sucht nach unmittelbarem Profit wie der Einzelmensch sogar in stärkerem Grade, nicht aber die Phantasie, die Regsamkeit, die Opferwilligkeit des einzelnen Erfinders, der in Erwartung künftiger Entlohnung oft aus reinem Forschungstriebe bereit ist, sich mancherlei Entbehrungen aufzuerlegen, um das weitgesichtete Ziel seines Strebens durch mühevolle Pionierarbeit zu erreichen. Die Industriekonzerns halten sich ja Ingenieure, die kontraktlich verpflichtet sind, zu erfinden. Aber ein sehr weiser Mann (ich glaube Salomo) hat gesagt: „Wo die Vision fehlt, da verderben die Leute". Je komplizierter unsere Brauchlichkeiten werden, je mehr das Talent in das Joch des Verdienstes gespannt wird, je mehr ihm der Ausblick auf Belohnung beschränkt wird, desto unproduktiver muß es notwendigerweise werden.

Zweifellos liegen in Amerika die Verhältnisse für den Erfinder noch weit günstiger als in irgend einem anderen Lande, obgleich dort die Konzentration des Großkapitals am weitesten fortgeschritten ist. Flüssiges Geld ist immer noch in bedeutenden Mengen zu haben; auch fehlt die bedächtige Zurückhaltung europäischer Investoren. Das ganze Land atmet Abenteuerlichkeit, Sensationslust, Fortschritt. Je phantastischer das Projekt, desto besser sind die Chancen für Finanzierung desselben. Dem Erfinder, der eine solide Verbesserung an irgend einer Maschine geschaffen, die aber keine Umwälzung und keine enormen Profite verspricht, wird es nur nach vieler Mühe gelingen, Geld zu Versuchszwecken vorgestreckt zu erhalten. Aber wer einen Vorschlag hat, die telegraphische Verbindung mit dem Mars herzustellen oder ganze Schlachtflotten durch Erzeugung einer Dynamitriesenwelle à la Tesla zu vernichten oder ein Luftschiff zu bauen, das die Reisezeit zwischen New York und London auf 24 Stunden reduziert, oder ein System bearbeitet, mittels dessen man die Börsenkurse vorher bestimmen kann, oder Asche durch Begießen mit Säuren brennbar zu machen verspricht, oder wer auch nur dem alten perpetuum mobile oder dem Stein der Weisen neue Seiten abgewinnt, der darf getrost sein, daß er im Vestibul des Waldorf einen Kapitalisten finden wird. Dort berühren sich unmögliche Begrenztheit und unbegrenzte Möglichkeit. Es wird eine Aktiengesellschaft gegründet (incorporated in New Jersey), die übliche Reklame geschlagen und shares zu 10 Cents das Stück ausgegeben, damit auch der kleine Mann der Segnungen der bahnbrechenden Neuheit teilhaftig werden kann. Nachdem der Promoter auf seine Kosten gekommen,

verpufft das Feuerwerk; und wer würde es riskieren, wegen des Verlustes von ein paar hundert Dollar in Amerika den Klageweg zu beschreiten!

Fortschritt h e m m e n d wirken die großen Industriekonzerns durch ihre Tendenz, Erfinder samt ihren Erfindungen aufzukaufen und kaltzustellen, weil die Ausbeutung der neuen Sache die bereits bestehenden lukrativen Unternehmungen der Gesellschaft schädigen könnte; oder bei der Anschaffung neuer Betriebsmittel nicht das technisch Vollkommenste, sondern das Billigste — weil innerhalb des Trusts hergestellt — zu verwenden; oder bei der Propagierung von Leistungsberichten nicht die technische Wahrheit, sondern die bombastischen Übertreibungen eines zur Anfertigung von Gutachten verpflichteten Professors oder publicity man durch eine — infolge Zuwendung von Inseraten — abhängige Presse dem Käufertum aufzutischen; oder endlich, infolge Vereinbarung unter den wenigen Produzenten, dem zahlenden Publikum nicht das Neueste und Beste, sondern das auf Lager Befindliche, oder nach vorhandenen Standards und Modellen mit größtem Profit Herstellbare zu liefern.

Je großzügiger und komplizierter der Betrieb ist, desto schwerer kann und darf sich die Betriebsleitung zur Anschaffung unerprobter Neuanlagen entschließen. Die Mißachtung dieser Überlegung hat mancher Firma sehr viel Geld gekostet. Zu einer Zeit, da die Großgasmaschinen noch im Entwicklungsstadium begriffen waren, und über die Notwendigkeit und Art der Hochofengasreinigung noch nicht genügende Erfahrungen vorlagen, entschloß sich die Betriebsleitung eines bekannten amerikanischen Stahlwerkes, „die größte Gasmaschinenzentrale der Welt zu schaffen". Vierzigtausend Pferdekräfte, teils zum Antrieb von Gebläsen, teils zur Erzeugung elektrischer Energie dienend, wurden installiert. Infolge der mangelhaften Einrichtungen für die Gasreinigung entstanden sehr bald Betriebsstockungen, die fortdauernde kostspielige Reparaturen, Stillsetzungen, Ergänzungen notwendig machten, die natürlich die Produktionskapazität wesentlich herabsetzten und bis heut auf die Bilanz des Werkes einen unheilvollen Einfluß ausüben. Derartige Erfahrungen bringen es mit sich, daß die Leiter anderer großer Werke sich Neuerungen gegenüber sehr reserviert verhalten, so daß es vielen Verbesserungen, z. B. elektrischen Umkehrstraßen, Turbinengebläsen usw. — um bei der Eisenindustrie zu bleiben — schwer wird, sich in der Praxis zu bewähren. Diese indirekte Begleiterscheinung des Großbetriebes beschränkt somit den Wirkungskreis und den Einfluß der Techniker und hemmt die Fortentwicklung der industriellen und somit der nationalen Ökonomie, denn alle neuen Maschinen bringen schließlich eine Verbesserung bzw. Verbilligung, jedenfalls eine Rationalisierung der wirtschaftlichen Produktion mit sich.

Der Großbetrieb hat in der Tat mehr Geld für Neuerungen auszuwerfen als der Kleinbetrieb; aber da die Forderung der Aktionäre nach Erzielung hoher Dividenden, also augenblicklicher Vorteile, das Verlangen nach fortschreitender technischer Vervollkommnung, wie es den Besitzer eines kleinen Betriebes wohl beseelt, in den Hintergrund drängt und dem Direktorium die Richtlinien seiner Operationen vorschreibt, so ist, namentlich bei Konjunkturrückgängen, die Neigung zum Experimentieren eine geringe. Bei Haussebewegungen ist sie allerdings vorhanden; das ist ja die „Saison" für den Ingenieur. Doch machen sich dann gleichzeitig Forderungen für soziale Fürsorge, Expansionsgelüste und andere Kostspieligkeiten in verstärktem Maße geltend. Auch sind die Konjunktursteigerungen in dem Maße, als wir uns dem Ende unserer stürmischen Industrieentwicklung nähern, und in dem Maße, als die Börsenspekulation den tatsächlichen Ereignissen vorauseilt, schwächer und von zu kurzer Dauer, als daß sie zu weitgehenden Neuerungen reizen könnten. Es scheint auch, als ob die wirklich umwälzenden Erfindungen alle zu einer Zeit gemacht wurden, da von technischer Konzentration im modernen Sinne noch nicht die Rede war.

Die großen Konzerns wirken aber außerdem oft direkt retardierend auf den technischen Fortschritt, indem sie durch Beherrschung des Marktes in der Lage sind, Erfindungen, die ihren Zielen zuwiderlaufen, zu unterdrücken. Auf der St. Louiser Weltausstellung wurde u. a. ein Telegraphensystem vorgeführt, mit dem man in der Lage war, bis zu 1000 Worte in der Minute über einen Draht zu befördern. Obgleich der Erfinder — eine Autorität auf dem Gebiete des Telegraphenwesens — die Finanzierung seiner wirklich guten Sache bewährten New Yorker Promotern in die Hände gelegt, war er nicht imstande, die beiden großen Telegraphengesellschaften Amerikas für seine Erfindung zu erwärmen. Denn die Leitungen waren vorhanden, die bisherigen Apparate genügten zur Bewältigung des Geschäftes, und eine Verbilligung der Tarife lag nicht im augenblicklichen Interesse der stock holders, obwohl als sicher anzunehmen war, daß durch die infolge enormer Herabsetzung der Leitungskosten ermöglichte Reduzierung der Gebühren das Publikum sich in weit stärkerem Maße des Telegramms bedient hätte, und ein neuer Aufschwung im Telegraphenwesen ausgelöst worden wäre. Ähnliche Beispiele ließen sich an kleineren Gegenständen massenweise zitieren.

Bekannt dürften auch die Vereinbarungen sein, welche zwischen den beiden großen Elektrizitätsfirmen Amerikas beim Bau der New Yorker Untergrundbahn getroffen wurden und welche dahin resultierten, daß besagte Anlage in jeder Beziehung hinter der des früher erbauten Bostoner Subway zurücksteht. Die Sucht nach augenblicklicher Erzielung hoher Dividenden aus dem investierten Kapital und die hohen

Arbeitslöhne und Schmiergelder lassen eine häufige Änderung der Pläne, Zeichnungen, Modelle usw., also eine Anschmiegung der Fabrikation an die Sonderwünsche der Kunden und an die Fortschritte der Technik nicht zu. Automatische Massenfabrikation ist hervorragend billig, und je länger sich der Bedarfsgeschmack der Konsumenten auf einem und demselben niedrigen Anspruchsniveau halten läßt, um so besser für den Produzenten. Die amerikanische Parole: Fabrikation auf Lager statt Einzelbau, oder Kauf statt Werkvertrag, die wir auch in Deutschland mit Vorteil in vielen Zweigen des Maschinenbaues befolgt haben, kann nicht auf alle Brauchlichkeiten ausgedehnt werden, ohne monotonisierend und geisttötend zu wirken. Nur irgend eine Form von Wettbewerb und sei es die Friktion mit staatlichen Betrieben kann unsere Industrie vor der Erstarrung der Produktion bewahren, wie sie sich in Amerika wahrnehmbar zu machen beginnt. Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß das Übermaß an Erwerbstrieb, wie es die modernen Monopolgesellschaften charakterisiert, eine ähnlich fortschritthemmende Wirkung auf die Erzeugung von Sachgütern ausgeübt hat wie sein gegenteiliges Extrem, der Mangel an Erwerbstrieb, den wir für das Versagen unserer staatlichen Produktivunternehmungen verantwortlich halten.

Es liegen auch Fälle vor, die beweisen, daß das konzentrierte Großkapital oft ein Interesse daran hat, sog. fake Neuheiten, die noch nicht die Probe der Zuverlässigkeit bestanden haben, zu eigennützigen Zwecken zu propagieren. Der Verkaufspreis der Hillschen Erzländereien an den oberen Seen wurde durch Vorspiegelung eines Torfkoksverfahrens — wodurch die dort brachliegenden Torfländereien angeblich zur Brennstofflieferung für die Hochöfen nutzbar gemacht werden sollten — so in die Höhe getrieben, daß der Stahltrust noch heut an der Akquisition zu beißen hat. Erfindungen, die aus Amerika stammen, werden in Europa deshalb immer mit einer guten Dosis Mißtrauen betrachtet. Das Gaileysche Windtrocknungsverfahren, das als die bedeutendste neuzeitige Erfindung in der Hochofenindustrie gepriesen wird, — Enthusiasten stellen es der Winderhitzung Nielsons vom Jahre 1828 an die Seite, weil es 20 % Brennstoffersparnis, größere Ofenleistung und Verringerung des Staubverlustes bringen soll, — hat sich in Deutschland nur schwer Eingang verschaffen können, obgleich Gailey Vizepräsident des Stahltrusts ist, also Mittel an der Hand hat, seine Erfindung auszuprobieren und anzupreisen wie kaum ein anderer Erfinder.

Die Diskreditierung amerikanischer Werte wird gefördert durch die laxe Handhabung der Rechtsmittel. Ein Privatmann und selbst ein Kleinindustrieller kann wegen Patentverletzungen von seiten der Trusts nicht vorgehen, weil ihm die Mittel fehlen, den Prozeß gegen die von den Korporationen ständig engagierten besten Anwälte des Landes durch

alle Instanzen und Chikanen jahrelang durchzuführen. Wir haben erst kürzlich den Fall gehabt, daß eine dem Stahltrust affiliierte amerikanische Maschinenfabrik, nachdem sie mit einer bedeutenden deutschen Firma einen Lizenzvertrag auf den Bau einer neuen, von letzterer unter großen Opfern geschaffenen Maschinengattung geschlossen, durch trügerische Machinationen den Vertrag umgangen hat und nun die Maschinen unter grober Verletzung der betreffenden Patente in großem Maßstabe baut, ohne für das Privileg zu zahlen. Daß die betroffene Firma sich nicht auf einen langjährigen Patentstreit mit dem allmächtigen Stahltrust einlassen will, ist ihr schließlich nicht zu verdenken. Es ist aber offenbar, daß der Schutz, den das amerikanische Patentamt den ausländischen Erfindern zu bieten vermag, durch solche Zustände illusorisch wird. Auch unser Mißtrauen gegen das Geschäftsgebaren amerikanischer Industriekonzerns wird dadurch noch verstärkt, und das fremde Kapital so gezwungen, im Wettbewerb mit dortigen Häusern auf dem amerikanischen Kontinent selbst festen Fuß zu fassen, um die berechtigten Interessen der auswärtigen Produzenten zu wahren. Allzu große Gerissenheit oder, wie man im Englischen sagt, a low standard of commercial morality mag augenblickliche Geschäftsvorteile bringen, fällt aber schließlich immer wieder auf das betreffende Land zurück und schädigt dessen nationalen Kredit*).

Es lassen sich aus naheliegenden Gründen diese intimen Wirkungen der Konzentration, soweit sie in das Bereich der persönlichen Tätigkeit hineinspielen, nur skizzenhaft behandeln. Hingewiesen mag noch werden auf die wachsende Abhängigkeit der Fachpresse von den Industriekonzerns. Für die überwiegende Zahl der Zeitschriften in Amerika ist die Reklame „gerade die wichtigste Geldgeberin, die eigentliche Ernährerin und damit die Herrin". Ähnlich wie die Zeitungsunternehmungen Kostgänger bestimmter Kapitalinteressen sind, so hängt die technische Presse von den Wünschen der Interessenten ab. Deshalb tritt, wie schon bemerkt, bei der publizistischen Behandlung industrieller Probleme an Stelle der technischen Wahrheit oft das für Handel bzw. Verkauf Zweckmäßige in den Vordergrund. Die publicity men, die advertising managers usw. nehmen in den wissenschaftlichen Versammlungen, in den Spalten der technischen Zeitschriften einen breiteren Raum ein, als das — nach unserer Ansicht — mit der Sachlichkeit, der Würde und dem Zweck dieser Institute vereinbar ist. Das Verhältnis des wissenschaftlichen Inhaltes amerikanischer Fachzeitschriften zu ihrem Annoncen- und Reklameinhalt bietet einen ungefähren Maßstab zur Beurteilung des beim Umsatz von Industrieprodukten

*) Vgl. Anmerkung 1.

aufgewendeten Betrages an technischer bzw. kaufmännischer Intelligenz. Welcher Aufwand von Papier, Druckerschwärze und Superlativen, um die Produkte amerikanischen Gewerbefleißes auf dem vor fremder Konkurrenz durch hohe Zollschranken sorgfältig geschützten Binnenmarkt zum Absatz zu bringen*)!

Dieser Übelstand hängt innig zusammen mit einem anderen, durch die Entwicklungsgeschichte bedingten, daß dem Amerikaner der traditionelle Sinn für die Profession fehlt, er seinen Beruf daher einzig als Mittel zum Erwerb betrachtet. Es soll hier nicht auf die Erörterung der Vorzüge und Mängel der höheren technischen Erziehung in Amerika näher eingegangen werden. Das Thema ist zu umfangreich, um in Kürze sachgemäß behandelt werden zu können. Erwähnt sei nur, daß man sich in den maßgebenden Kreisen der Union über die Mittel und Wege, die Ingenieurausbildung auf eine ähnlich hohe Stufe der Vollkommenheit zu bringen, wie sie in Deutschland besteht und wie sie für alle Industrieländer der Welt vorbildlich geworden, keineswegs im klaren ist. Die Universitätslehrer beklagen sich durchweg über den Mangel an wissenschaftlicher Vertiefung unter den Studenten, welche infolge mangelnder Vorbildung überwiegend dazu neigen, die technischen Aufgaben nur m e c h a n i s c h zu erlernen. Die Fabrikanten andererseits weigern sich häufig, akademisch gebildete Ingenieure in ihren Betrieb aufzunehmen, weil dieselben mangels genügender Einsicht und Disziplin in der straffen Organisation derselben störend wirken. Die Wurzel des Übels scheint mir in dem durch das Fehlen der allgemeinen Wehrpflicht, also der gemeinsamen Erziehung aller Volksschichten im Heeresdienste verursachten Mangel an Zucht zu liegen; ferner an dem historisch begründeten Mangel an Berufsfreudigkeit und Idealismus, der sich kaum durch Augenblicksausnahmen wird beseitigen lassen**).

Das Abströmen der jungen Ingenieure aus den technischen in die kaufmännischen Bureaus der großen Werke, wo höherer Verdienst und schnellere Beförderung winken, und die Füllung der Vakanz mit Ausländern ist dafür typisch. Es ist ja scheinbar auch eine ganz weise Art der Arbeitsteilung, die verschiedenen Funktionen des industriellen Arbeitsprozesses den dazu bestgeeigneten Leuten zu überlassen, gleichgültig welcher Herkunft. Nur darf man nicht übersehen, daß dieses Söldnerwesen, ebenso wie das massenweise Zuströmen fremder Kapitalien, den I n t e r n a t i o n a l i s i e r u n g s p r o z e ß der Union beschleunigt.

---

*) Siehe Anmerkung 2.

**) Vergleiche die Kapitel über Arbeit und Lehrlingswesen.

Deutschland darf froh sein, daß es in der überwiegend großen Zahl seiner Ingenieure einen Stamm von Leuten besitzt, die in der Technik wurzeln, die in ihrem Beruf aufgehen und aus ihrer Tätigkeit eine Lebensarbeit machen. Daß sie wie jeder andere Stand aufwärts streben, nach einem größeren Wirkungskreis verlangen, dem Staat mit ihren Kenntnissen an geeignetster Stelle dienen möchten; daß sie entsprechend ihren wertvollen Leistungen bessere geldliche Entlohnung fordern, Sicherstellung ihrer Existenz, Unabhängigkeit von Börsenschwankungen, feste Organisation gegenüber der Willkür des Großkapitals, all dies ist verständlich und berechtigt. Mehr eitel als würdig aber müßte das Verlangen der Technikerschaft erscheinen, durch äußerliche Einverleibung in eine bestimmte Kaste gesellschaftliche Anerkennung zu erlangen. Der Ingenieurberuf ist neben dem des Kaufmanns einer der wenigen Deutschlands, in dem das Talent aus den untersten Volksschichten zur starken Persönlichkeit emporreifen konnte, ungeachtet der Vorrechte eingesessener Kasten und ungehindert durch die Beschränkungen eines formalen Lehrganges. Lassen wir uns diesen Jungbronnen völkischer Kraft nicht durch kurzsichtige Präventivmaßnahmen vermauern. An ihren W e r k e n soll man sie erkennen. Es ist eine Lebensforderung für Deutschlands industrielle Hegemonie, daß die Liebe zum technischen Beruf mit allen gangbaren Mitteln kultiviert werde. Dazu gehört auch die Züchtung des unvermeidlichen Standesbewußtseins. Wenn es e r w o r b e n werden kann durch B e w ä h r u n g, anstatt v e r l i e h e n zu werden durch E r l a ß, um so besser!

Hingewiesen sei noch auf die Schwierigkeiten, welche die automatische Massenfabrikation und der Großbetrieb überhaupt für die Anziehung bzw. Heranbildung tüchtiger Lehrlinge und Meister im Gefolge hat; auf die nivellierende Wirkung, welche durch Vernachlässigung der Vielseitigkeit der Produktion zugunsten der Masse auf die Exportfähigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie ausgeübt wird, endlich auf die wachsende Schwierigkeit, Persönlichkeiten zu finden, welche — ohne wie die heutigen Leiter der großen Konzerns aus dem Kleinbetriebe herausgewachsen zu sein — imstande sind, den äußerst komplizierten Organismus solcher modernen Riesenbetriebe zu lenken. Daß letztere sich in dem Maße, wie sie an Ausdehnung zugenommen haben, immer mehr den Staatsbetrieben anähnlichen und mit wachsendem Verwaltungs- und Beamtenapparat an Fortschrittlichkeit und Elastizität verlieren und daß sie auch auf die politische Betätigung der abhängigen Arbeiter einen prohibitorischen Einfluß ausüben, wie überhaupt den Erwerbstätigen und Konsumenten gegenüber eine gefährliche Machtfülle erlangt haben, dürfte ohne weitere Beweisführung erkenntlich sein. Es ist deshalb der Gedanke nicht von

der Hand zu weisen, daß in Ländern, wo eine größere Ausdehnung staatlicher Produktivtätigkeit auf gewisse Industrien niederer Ordnung, namentlich auf die Rohstofflieferung, im Rahmen der politischen und ökonomischen Möglichkeit liegt, dieselbe durch den Lauf der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung heut ernsthaft diskutabel geworden ist.

*Anmerkung 1.* Warnung vor Beteiligung an amerikanischen Minengesellschaften. Aus Philadelphia wird dem B. T. geschrieben: „Erfahrungen der allerletzten Zeit lassen es geraten erscheinen, das europäische Publikum wieder einmal auf die Gefahr, mit der Geldanlagen in amerikanischen Minenpapieren verknüpft sind, aufmerksam zu machen. Hier Abnehmer für solche Aktien zu finden, ist schon recht schwer geworden, und die Herren „Unternehmer" suchen daher in den letzten Jahren mit Vorliebe ausländische Kunden. Häufig werden als wertvolle Unterstützung bei solchen Zwecken alte persönliche Beziehungen oder rein privatgesellschaftliche Empfehlungen benutzt und nur zu häufig mit Erfolg. Interessenten wollen immerhin bedenken, daß von 5000 Unternehmungen nach einer Zusammenstellung der „New-Yorker Evening Post" gerade eines eine Dividende zahlt, während bei allen 4999 die Leute froh sind, nach Jahren ihr einbezahltes Kapital zurückzuerhalten. Durch den Titel und die soziale Stellung, die die Vertreter solcher Minengesellschaften oft führen, sollte sich niemand täuschen lassen, und genaue Erkundigungen sollten selbst in den Fällen, in denen der Repräsentant der Gesellschaft als früherer U. S. Senator sich auszuweisen vermag, nicht unterlassen werden."

*Anmerkung 2.* Nach dem Zensus von 1900 betrug der durch Abonnement und Verkauf von Zeitungen und Zeitschriften erzielte Betrag 77 Millionen Dollar und der durch Reklamen und Annoncen realisierte Betrag 95,8 Millionen Dollar. Der Wert der Wand- und Zaunreklame wird auf 1,2 Millionen, derjenige der Straßenbahnreklame auf 2 Millionen, der Säulenreklame auf 15 Millionen, die gesamte für Geschäftsreklame jährlich verausgabte Summe auf 600 Millionen Dollar geschätzt, ein Betrag, der als viel zu niedrig gegriffen gilt. Es gibt bekanntlich drei Arten, Käufer zu erreichen: durch Agentenbesuch, durch Zirkularversendung per Post und durch Annoncieren. Durch sorgfältige Versuche ist in Amerika festgestellt worden, daß, um 1000 eventl. Kunden zu erreichen, der Agentenbesuch 60 Dollar, die Zirkularversendung 50 Dollar, das ganzseitige Annoncieren in populären Zeitschriften dagegen nur 1 Dollar kostet. Es ist deshalb nicht wunderzunehmen, daß die letztgenannte Methode die bevorzugteste ist. Was die Anzeigenpreise anbetrifft, so kosten dieselben durchschnittlich 1 Dollar pro Seite per tausend Stück der Zeitschrift im Umlauf. Je größer die Zirkulation, desto höher die Preise. Bekannte Zeitschriften wie „McClure's" und „Cosmopolitan" verlangen 400 bis 500 Dollar pro Seite, „Ladies' Home Journal", die verbreitetste Zeitschrift, sogar 5000 Dollar pro ganzseitige Annonce bei einmaliger Anzeige. Dementsprechend sind auch die Profite der Verlagsgesellschaften sehr hohe. Kennt man die Zirkulation eines Journals, so kann man den Nettoprofit annähernd durch Addierung der Zahl der Annoncenseiten ermitteln, da die Herstellungskosten gewöhnlich durch die Subskriptionseinnahmen gedeckt werden. Die erzielten Profite schwanken von jährlich 50 000 Dollar beim „Red Book" bis zu 800 000 Dollar bei „Everybody's" und „Munsey's" und 3 Millionen Dollar bei „Ladies' Home Journal". Die Summen, welche einzelne Firmen für Reklamezwecke verausgaben, sind ganz erhebliche. Eine bekannte Nahrungsmittelfirma wirft jährlich 600 000 Dollar dafür

aus; „Force" 1 Million und „Peruna" noch mehr. Es wird annähernd richtig sein zu sagen, daß in der Union etwa 1 % vom Werte des jährlichen Gesamtgüterumsatzes für Reklamezwecke verausgabt wird. Die Zahl der Fachzeitschriften in New York beläuft sich annähernd auf 2000. Davon werden allein 450 in der Stadt New York veröffentlicht; nämlich 14 Tageszeitungen über Finanzwesen und Handel. 70 Wochen- und Monatsschriften über Finanzen, Handel, Versicherung und Warenmärkte; 75 für Eisen- und Stahlfabrikation, Bergwerks- und Bauwesen und Engroshandel; 38 für Eisenbahn-, Elektrizitäts-, Ingenieur- und Maschinenwesen; 60 für Rechtswissenschaft, Medizin, Pharmazeutik, Architektur, Wissenschaft und Erziehung; 50 für Literatur, Kunst, Musik, Drama, Publikation und Reklamewesen; 50 für Kleinhandel, 43 für Sport, Mode und Landwirtschaft und 50 für verschiedene Gebiete.

## Trusts und Zolltarif.

Wie bei den meisten Auseinandersetzungen zwischen Produzenten und Konsumenten tritt auch bei der Reform des Zolltarifs wieder die Ungleichheit der Befähigung der beiden Wirtschaftsfaktoren deutlich zutage. Die Produzenten bzw. Trusts können ihr Heer von Lobbyisten gegen das Ways and Means Comité, gegen Kongreß, gegen Senat zu Felde führen, denn sie sind organisiert. Die Konsumenten dagegen, wenigstens die große Masse derselben, sind nicht organisiert, haben deshalb auch keine Interessenvertretung da, wo sie not tut. Die Interessen einzelner Teilkonsumenten sind allerdings hier und da durch Assoziation verbunden, so z. B. in der National Manufacturers Assoziation, welche Halbfabrikate kauft und sie in Fertigwaren wandelt. Ihre Interessen sind aber vielgestaltig, zersplittert und oft einander zuwiderlaufend, so daß nur mit gegenseitigen Kompromissen und Zugeständnissen ein halbwegs annehmbarer Weg gefunden werden kann. Dem endgültigen Verbraucher, der alle Lasten zu tragen hat, bleibt nur eine Assoziation, nämlich die politische Partei: Hie Demokraten, hie Republikaner, wenn man sich nicht zu einer gänzlich aussichtslosen Sache schlagen will, wie der Volks-, Unabhängigkeits-, Sozialisten-, Arbeitersozialisten- oder Prohibitionspartei.

Die Plattform der Demokraten war viel versprechend und ist auch heute, nachdem die Entscheidung längst gefallen, zum mindesten lehrreich. Zollbefreiung solcher Artikel, welche mit Trustprodukten in Wettbewerb kommen; wesentliche Herabsetzung der Zölle auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse, namentlich solche, die von amerikanischen Fabrikanten im Auslande billiger verkauft werden als im Inlande; sofortige Reformierung des Tarifs auf der Basis reiner Finanzzölle. Das waren die klaren Versprechungen der Demokraten. Schutzzölle in Form eines Maximum- und Minimumtarifes in solcher Höhe, daß

dadurch die inländischen und ausländischen Gestehungskosten der Waren ausgeglichen und der amerikanischen Industrie ein angemessener Profit und den Erwerbstätigen lohnende Beschäftigung gesichert werde, war die ebenfalls deutliche Ankündigung der Republikaner. Auch ohne den Sieg ihres Kandidaten wären die Vertreter des Großkapitals in der Lage gewesen, die Bedingungen der Reform des Dingleytarifs im Senat zu diktieren, denn die Macht, welche sie durch ihre Mehrheit von 31 Senatoren, mehr als $\frac{1}{3}$ der Gesamtzahl, besitzen, ist absolut. Taft ist ein ehrenwerter Mann. Er hat sein Bestes getan, um den Industriellen den versprochenen Profit und den Arbeitern die lohnende Beschäftigung zu sichern, wie es im Programm der republikanischen Partei geschrieben stand. Er hat sich in dieser schwerwiegenden Frage nicht auf sein eigenes Urteil verlassen, sondern auch den Ratschlägen seines Kabinetts ein williges Ohr geliehen. Wir haben bereits an anderer Stelle die Zusammensetzung des Presidential Cabinets kurz charakterisiert. Es sind überwiegend Korporationsanwälte, die als Ratgeber in Frage kommen. Man hat es Tafts Edelmut nachgerühmt, daß er Mitglieder der oppositionellen Partei in sein Kabinett aufgenommen, nämlich McVeagh, ein Chicagoer Bankier und Kaufmann, und Dickinson, der Hauptsyndikus der Illinois und Central Railroad. Aber beide gehören der Anti-Bryan-Gruppe der demokratischen Partei an. Was kann also aus den Beratungen des Präsidenten mit seinem Kabinett für den Konsumenten Gutes kommen?

Schon wenn man die Tarifgeschichte der letzten 20 Jahre überblickt, muß man zu der Überzeugung gelangen, daß die Chancen für eine wirkliche Tarifrevision, also eine Revision, welche die Warenpreise und die Profitraten zugunsten der heimischen Verbraucher erniedrigen würde, nie so ungünstig gewesen sind als gerade heut. Seit dem Jahre 1892 ist das Interesse der politischen Parteien für den Tarif im Abnehmen begriffen. Aus den Einwanderern der früheren Jahre sind Grundbesitzer, aus den Arbeitnehmern Arbeitgeber, aus den Unbemittelten Bemittelte, aus den Freisinnigen Konservative, aus den Freihändlern Schutzzöllner geworden. Vor 80 Jahren machte Calhoun den Anti-Protektionismus zum Prinzip der demokratischen Organisation. Heute stimmt eine demokratische Mehrheit im Senat offen für Schutzzoll auf Eisenerz. Seit dem Walker-Tarif des Jahres 1846 ist es ein leitender Grundsatz der demokratischen Plattformen gewesen, daß Rohmaterialien zollfrei einzuführen sind. Heut ist der Gedanke maßgebend, daß der Zoll auf Rohmaterialien den Wert der betreffenden Ländereien erhöht und der Regierung die benötigten Einnahmen sichert. Seit die Trustidee ins Leben trat, ist es eine demokratische Doktrin gewesen, daß die Kapitalassoziationen durch Schutzzölle künstlich großgezüchtet, und der

freie Wettbewerb unterbunden würde. Heut erklärt der demokratische Senator Bailey von Texas, daß der Tarif nicht das geeignete Mittel böte, gegen die Trusts vorzugehen, daß dieselben vielmehr, soweit sie gegen das Gesetz verstoßen, gerichtlich zu verfolgen seien. Er unterschreibt damit die politische Überzeugung der Republikaner, daß Schutzzoll und Trusts keinerlei Beziehungen zueinander aufweisen. So hat sich im Laufe der Zeit innerhalb der demokratischen Partei eine Spaltung gebildet, deren Ende heut noch gar nicht abzusehen ist.

Auch die geographischen Verhältnisse haben sich geändert, oder besser die örtlichen Beziehungen der Industrien zu diesen. Zur Zeit, da die Schiffbauinteressen in Amerika noch im Vordergrund standen, war Neu-England freihändlerisch gesinnt. Dann als Textil- und andere Industrien heranwuchsen, neigte es dem Schutzzoll zu. Heut, wo die Rohmaterialien zur Neige gehen oder vertrustet sind und der Inlandmarkt den Ambitionen der Großindustriellen nicht mehr genügt, schwärmt man im Osten wieder für Öffnung der Zollschranken. Nichts natürlicher als dies, denn man ist immer auf der Seite, wo das meiste Geld zu verdienen ist. Bei der ungeheuren Ausdehnung der Union spielen eben die geographischen Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten bei der Revision des Zolltarifs eine hervorragende Rolle. Nachdem sich die Produzenten des Nordens durch ihre ausgedehnten Kohlen- und Erzfelder unter dem Schutzzoll bereichert, und die schweren Industrien sich jetzt nach Süden und Westen verziehen, wo Rohstoffe noch ihrer Erschließung harren, fängt auch der Süden und Westen an, seine traditionellen Theorien vom Freihandel zu vergessen, und Birmingham, Anniston, die Karolinas, die Rocky Mountains gehen ins republikanisch-protektive Lager über. Und zwar sind es nicht nur die Industriellen, sondern auch die Farmer, denen die Rübenzuckerindustrie, der Zoll auf Weizen, die Verdichtung der Märkte durch fortschreitende Industrialisierung die Vorteile des Zollschutzes plausibel gemacht haben.

Soweit die allgemeine wirtschaftspolitische Lage. Überblicken wir noch kurz die historische Entwicklung an Hand der Durchschnittstarifraten. Das Prinzip der Protektion, welches nach Webster ein Hauptgrund zur Bildung der Union gewesen, nimmt im Jahre 1816 zuerst feste Formen an. Die Durchschnittsraten steigen von 22,5 % im Jahre 1816 auf 40,2 % im Jahre 1827. Unter dem Einfluß des freihändlerischen Südens senkt sich der Durchschnitt allmählich wieder bis auf 15,4 % im Jahre 1840. Es folgt eine längere Aufwärtsbewegung mit einem Durchschnitt von 23,8 % endigend mit dem Jahre 1857, darauf eine Periode des Rückschlags nach der Richtung des reinen Finanzzolls bis auf 14,2 % endigend im Jahre 1861. Der berühmte Morrel

Tarif Akt des benannten Jahres und die folgenden Kriegstarife leiten die endgültige Periode des Hochschutzzolles ein. Die betreffenden Durchschnittstarifraten sind für die Perioden endigend mit den Jahren 1865 31,2 %, 1871 43,9 %, 1891 29,7 %. Im Jahre 1890 erfolgt der berühmte McKinley-Akt. Der darauf folgende Wilson-Akt des Jahres 1894 brachte unter demokratischem Regime eine geringe Herabsetzung, freie Einfuhr von Wolle, dagegen im Interesse des Zuckertrusts einen Zoll von 40 % auf Zucker und einen Zuschlag auf raffinierten Zucker. Die wirtschaftlichen Erfolge des demokratischen Experimentes sind aber wenig ermutigend. Im Jahre 1896 erlangt die republikanische Partei ihre Macht wieder, und im Jahre 1897 erfolgt im Kongreß die Annahme des Dingley-Aktes, mit dem wir bisher zu rechnen hatten. Die Einzelheiten desselben sind bekannt. Die Raten sind durchschnittlich höher als die des McKinley-Aktes und zwar, wie die Republikaner vorgaben, aus dem Grunde, um dadurch Handelsverträge mit dem Auslande zu erzwingen. Der Zweck ist nicht erfüllt worden. Trotzdem besteht man auf einer weiteren Revision nach oben. Die durchschnittliche ad valorem-Rate des Dingleytarifs ist heute 44,8 %. Kombiniert man 91 separate Gruppen von Brauchlichkeiten, so betrug deren Zollbelastung im Jahre 1906 100 % und darüber. Die Durchschnitts-ad valorem-Rate des vorliegenden Entwurfs beträgt 46,4 % oder 1,6 % mehr als der Durchschnitt des Dingleytarifs. Die republikanische Partei hat ihr Versprechen wahr gemacht, den Industriellen einen angemessenen Profit zu sichern.

Betrachten wir nun insbesondere die Beziehungen zwischen Trusts und Zolltarif, wobei es unvermeidlich ist, einige der Argumente, Schutzzoll versus Freihandel, aufzurollen. Wir wollen dabei die geläufigsten Argumente der beiden Parteien nebeneinanderstellen und es jedem überlassen, sich in dieser strittigen Frage selbst sein Urteil zu bilden. Nach Ansicht des Protektionisten, deren bewährte Führer Cannon, Aldrich, Payne, Dalzell und andere heute ausschlaggebend sind, regelt sich der Preis der Waren unabhängig von Tarif und Trusts nach dem ehernen Gesetz von Angebot und Nachfrage. Wenn die amerikanischen Trusts die Sachgüter- und Lebensmittelpreise wirklich etwas über dem natürlichen Niveau halten, so geschieht dies im Interesse der nationalen Ökonomie, um die Verschwendungssucht der Massen zu zügeln. Trusts sind naturnotwendige Entwicklungsprodukte von Technik und Wirtschaft und lassen sich durch Aufhebung der Einfuhrzölle nicht aus der Welt schaffen. Internationale Trusts insbesondere werden sich durch Tarifveränderungen nicht beirren lassen, ihre Waren immer dort zu produzieren, wo die Bedingungen am profitabelsten sind, werden also die Industrien der beteiligten Länder je nach der augenblicklichen Konjunktur beschäftigen oder stillsetzen. Die durch den Schutzzoll

bewirkten Produktionsverbesserungen wirken im Laufe längerer Zeiträume preiserniedrigend, also günstig für den Konsumenten. Kurze Perioden der Preiserhöhung werden durch Spekulation veranlaßt und sind nicht maßgebend. Auch sind als Erklärung für die hohen Preise von heut die vermehrte Goldproduktion, der größere Geldumlauf und der intensivere Bedarf in Rücksicht zu ziehen. Während der letzten sieben Jahre des 19. Jahrhunderts betrug die Goldproduktion in den Vereinigten Staaten 74 Cents per capita, seit 1900 ist sie auf 120 Cents, also um 62 %, gestiegen. Die entsprechende Zunahme des Geldumlaufs betrug 24 %, nämlich von 23,8 Dollar auf 29,5 Dollar per capita. Niemals ist der allgemeine Wohlstand der Union so groß gewesen als seit Inkrafttreten des Dingleytarifs. Das Land, drei Millionen englische Quadratmeilen an Ausdehnung umfassend, besitzt heut $\frac{1}{4}$ des Reichtums der ganzen Welt und produziert $\frac{1}{3}$ sämtlicher Fabrikate. In der Erzeugung von Kohle, Eisen, Baumwolle, Weizen, Mais usw. steht es an erster Stelle. Die Zahl der Sparkassendepositoren betrug im Jahre 1906 8 Millionen mit einer Durchschnittseinlage von 433 Dollar pro Kopf, gegen 1896 eine Steigerung von 3 Millionen in der Zahl der Sparer und von 51,7 Dollar in der Höhe der Einlagen. Der Gesamtreichtum steigerte sich in zehn Jahren von 77 Milliarden auf 108 Milliarden Dollar. Der auswärtige Handel ist in demselben Zeitraum um 71,2 %, die Einfuhr um 52,7 %, die Ausfuhr um 88 % gestiegen. Insbesondere stieg der Import von Nahrungsmittel und Vieh um 16,9 %, Fertigwaren um 19 %, zur Weiterverarbeitung bestimmte Artikel 93,3 %, anderes Halbzeug oder Fertigprodukte für die heimische Industrie um 72,4 %, Luxusartikel 57,8 %. Der Export von landwirtschaftlichen Produkten wuchs um 48,4 %, von heimischen Fabrikaten um 196,1 %, Bergbauprodukten um 157,4 %, Forstprodukten um 117,4 %, Fischereiprodukten um 36,9 %, Verschiedenes um 66,4 %. Die Gesamtausfuhr der Union nach Europa stieg um 62,6 %, nach Nordamerika um 140 %.

Neben diesen statistischen Belegen, welche die Republikaner zur Rechtfertigung ihrer Hochschutzzollpolitik ins Treffen führen, finden sich noch folgende bemerkenswerten Argumente. Obgleich sich die Industrien der Vereinigten Staaten in kurzer Zeit zu beispielloser Höhe entwickelt haben, ist es nicht angängig, den Zollschutz fortzulassen, weil die Industrien anderer Länder in der Zwischenzeit ebenfalls riesenhafte Proportionen angenommen haben. Auch ist der natürliche Frachtschutz, welcher die Waren Europas zur Zeit Alexander Hamiltons (dessen „Report on Manufactures" der Koran des protektionistischen Glaubens ist), noch mit einem Zuschlag von 15 bis 25 % zu ihren Gestehungskosten belastete, infolge Verbesserung der Kommunikationsmittel, größerer Ladekapazität der Schiffe usw. in einzelnen Fällen bis auf 1 %

vom Wert der Waren gesunken, bietet also keinen Schutz mehr. Außerdem bewilligen Frankreich und Deutschland besondere Ausfuhrtarife auf ihren Bahnen, die bis zur Hälfte der Raten der für den Heimkonsum bestimmten Waren hinabreichen. Auch die Syndikate, Kartelle und andere Vereinigungen europäischer Produzenten, welche die Eroberung fremder Märkte zum Ziel haben, können nur durch Schutzzoll erfolgreich in Schach gehalten werden. Endlich gibt es nicht nur kräftige, sondern auch im Entstehen begriffene Industrien, welche großgezogen werden müssen, damit sie mit den älteren in Wettbewerb treten können; und da die Konstitution vorschreibt, daß die Tarifraten innerhalb des gesamten Gebietes der Union überall gleichmäßig hoch seien, so läßt sich der Zollschutz nicht für die Trusts abschaffen und für die kleinen Produzenten erhalten. Letztere müßten zuschanden gehen, und der heimische Markt den fremden Trusts überliefert werden. Kurz, die Industrialisierung anderer Nationen mit billigeren Arbeitskräften muß durch entsprechende Reformierung des Tarifs, d. h. eventuelle Erhöhung der Zollraten oder Fortdauer der Dingleysätze kompensiert werden. Die Arbeitslöhne betragen in Europa $^1/_5$ bis $^2/_3$, in Indien, China, Japan, $^1/_{10}$ bis $^1/_5$ der Löhne, die in der Union gezahlt werden. Dieser Unterschied muß durch den Zoll ausgeglichen werden. Die 500 000 Fabrikanten der Union fabrizieren überwiegend für den amerikanischen Markt, nur 9,1 % aller Fabrikate werden exportiert. Fremde Märkte sind schwer zu erobern und schwer zu halten, selbst wenn die Waren billiger hergestellt sind und ihre Qualität überlegen ist. Alle draußen erzielten Gewinne können nicht das Wachstum des heimischen Marktes aufwiegen, deshalb darf der letztere und wichtigere nicht zugunsten des Auslandes geschädigt werden — Soweit die Republikaner.

Um die gegnerische Ansicht kennen zu lernen, müssen wir uns an die orthodoxen Vertreter, das ist heut die Minderheit der demokratischen Partei, halten, da die Majorität ihre Ansichten bezüglich Trusts und Tarife im republikanischen Sinne geläutert hat. Hier ist die Ansicht Bryans, Culbersons, Warners, Holts und anderer Vorkämpfer für Freihandel bzw. Finanzzoll. Das jetzige Protektionssystem der Union ist gleichbedeutend mit einer Begünstigung der Wohlhabenden gegenüber den Unbemittelten, der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern, der Produzenten gegenüber den Konsumenten, der ausländischen Verbraucher gegenüber denen des Heimmarkt. Diese Begünstigung ermöglicht es dem Produzenten, durch Ausschließung des fremden Wettbewerbs dem heimischen Verbraucher einen Zuschlag zu den Preisen aufzuerlegen, die er ohne den Zoll für seine Waren erzielen könnte. Der Schutzzoll ist eine indirekte Steuer, von der regierenden Plutokratie ersonnen; eine Steuer, von der die große Masse

der Verbraucher nicht weiß, wie hoch sie ist, wann sie ihr abgenommen wird, wer sie empfängt, und wozu sie dient, ob dazu, der Regierung Einnahmen zu verschaffen oder die Trusts zu bereichern; ein Privileg der Produzenten auf die Herstellung bestimmter Sachgüter, das den Konsumenten die Alternative raubt, da zu kaufen, wo es ihnen am besten zusagt; das sie unter dem Vorwande der Beschützung vor einem Welttrust den heimischen Monopolgesellschaften in die Arme treibt; ein Privileg, das den Import ausländischer Waren und deshalb auch den Export heimischer — denn der internationale Handel ist ein Austausch von Gütern — künstlich zurückhält; auch wegen der höheren Preise den Inlandkonsum verringert und den Arbeitern die Möglichkeiten des Verdienstes schmälert. Schwächliche Industrien, welche aus sich selbst heraus im freien Wettbewerb nicht erstarken können und, um sich bezahlt zu machen, auf Regierungshilfe, Schutzzölle usw. angewiesen sind, also sogenannte „Glashausindustrien", sind Parasiten des öffentlichen Gemeinwohls. Die Fertigwaren des einen sind die Rohstoffe des andern; es ist nicht möglich, einige Industriezweige zu begünstigen, ohne andere zu benachteiligen; auch nicht einen Tarif aufzustellen, der allen Ansprüchen gerecht wird. Amerika ist reicher an Bodenschätzen als irgend eine Nation der Welt. Infolge der Rohstoffzölle ist der einzelne Fabrikant im Gegensatz zum Trust aber gezwungen, mehr für seine Materialien an die begünstigten Bergherrn bzw. Eisenbahnen zu zahlen als die Produzenten anderer Länder. Letztere können deshalb billiger produzieren und sich den Weltmarkt erobern. Die Ausfuhr der Union steht zu dem unvergleichlichen Überfluß an Bodenschätzen, zu der Schaffenskraft der Bevölkerung, zu der verhältnismäßigen Billigkeit der Arbeit (bezogen auf die Leistung) in gar keinem Verhältnis. Das Argument, daß der Schutzzoll den Arbeitern der Union lohnende Betätigung sichert, ist unzutreffend, weil gerade die Ware Arbeit im Interesse der Unternehmer und, um die Löhne herabzudrücken, die von den Unions hochgehalten werden, zollfrei eingeführt wird. Wenn die wirklichen Löhne höher sind als im Ausland, so liegt der Grund dafür in den unvergleichlichen Naturschätzen, mit denen das Land gesegnet ist, und in der Möglichkeit, die sie dem Arbeiter bieten, sich als Farmer oder sonstwie selbständig zu machen. Unübertreffliche Produktionsbedingungen, Kräfte, Stoffe, Menschen, Kapitalien nach Wunsch und natürlicher Schutz, wie sie in der Union vorherrschen, bedürfen keiner künstlichen Großzüchtung durch Tarife. Infolge ihres Überflusses an landwirtschaftlichen Produkten liefert Amerika an Europa hauptsächlich Nahrungsmittel und empfängt dafür Fabrikate aller Art. Export und Import können auf die Länge der Zeit nicht sehr verschieden voneinander sein. In dem Maße, als die Einfuhr von Fabrikaten im Interesse der Fabri-

kanten künstlich zurückgehalten wird, werden auch die Farmer verhindert, ihre Ausfuhr an landwirtschaftlichen Produkten zu erhöhen, müssen deshalb die Früchte ihrer Tätigkeit infolge des größeren Angebots auf dem Inlandmarkt zu niedrigeren Preisen verkaufen. Der Zollschutz fördert die Bildung von industriellen Verbänden, Trusts usw., indem er es den Fabrikanten ermöglicht, die volle Tarifrate von dem heimischen Konsumenten als bonus einzustreichen. Ohne Schutzzoll wären nur solche Trusts denkbar, welche die ganze Welt umfassen, und es ist offenbar leichter, die Produzenten einer Nation zu einer Interessenverschmelzung zu bewegen, als die große Zahl der in verschiedenen Ländern zerstreuten, verschieden gesinnten und verschieden begabten Erzeuger. Infolge der Vertrustung erhält der Verbraucher weniger für sein Geld. Er kauft weniger. Die gesamte Wirtschaft wird geschädigt, indem die Beteiligungsquoten nach Maßgabe der Verhältnisse verteilt werden und ohne Rücksicht auf die Erwerbstätigen nur da gearbeitet wird, wo es dem Trust am profitabelsten erscheint. Der Trust kann aus kleinerem Umsatz größere Profite erzielen als der einzelne. Für die Volkswirtschaft ist aber nicht nur der Profit des Unternehmers, sondern die Größe der Produktion, die Nachfrage nach Arbeit bzw. nach Arbeitsmöglichkeiten und die Höhe der gezahlten Lohnsumme maßgebend.

Obiges sind die Ansichten der nach der freihändlerischen Seite neigenden Parteien. Es wird sich nun darum handeln, an der Hand statistischer Ausweise die Beziehungen zwischen Trusts und Tarif zahlenmäßig festzulegen; insbesondere zu ermitteln, welche zusätzlichen Profite durch den Schutzzoll auf Stahl, Wolle, Zucker usw. den Produzenten zufallen, welche Besteuerung der Verbraucher durch den Tarif erfährt und wie sich unter dem Dingley-Akt das Verhältnis der Exportpreise zu den Inlandpreisen gestaltet.

Eine bemerkenswerte statistische Beleuchtung erfahren die Beziehungen zwischen Trusts und Tarif durch die Untersuchung Byron W. Holts, welche in folgendem kurz zusammengefaßt ist. Holt befaßt sich zunächst mit der United States Steel Corporation, dem größten und typischsten Tarifţrust der Union. Im Jahre 1905 betrug dessen emittiertes Kapital 1439 Millionen Dollar. Schließt man die vom Trust kontrollierten oder mit ihm in Interessengemeinschaft stehenden Korporationen ein, so beläuft sich die Gesamtkapitalisierung auf 1700 Millionen Dollar. Seine Engrosverkäufe bzw. Bruttoeinnahmen beliefen sich im genannten Jahre auf 585,3 Millionen Dollar, seine Nettoeinnahmen auf 119,7 Millionen. Er zahlte 128 Millionen an Arbeitslöhnen und Beamtengehältern an seine 180 158 Angestellte, ein Durchschnitt von 710 Dollar pro Kopf. Die Inhaber der Trustwerte erhielten demnach etwa

ebensoviel an Reingewinn als die 180 000 Angestellten an Lohn. Im Jahre 1902 überstiegen die Nettoprofite die Löhne und Gehälter sogar um 20 Millionen. Seit Gründung des Stahltrusts sind seine Nettoeinnahmen den insgesamt gezahlten Löhnen und Gehältern immer ziemlich gleich geblieben.

Der Stahltrust führt seine Erzeugnisse nach fast allen Teilen der Welt aus und verkauft sie daselbst, nach Aussage des früheren Präsidenten Charles M. Schwab, zu bedeutend niedrigeren als den Inlandpreisen. Dieser Unterschied hat im Durchschnitt etwa 10 Dollar pro Tonne betragen. Im Jahre 1905 verkaufte die Stahlkorporation 9,2 Millionen Tonnen Walzwerksprodukte und andere Fertigwaren. Der durchschnittliche Verkaufspreis blieb wahrscheinlich etwas unter 40 Dollar pro Tonne, so daß die Gesamteinkünfte aus dieser Quelle sich auf 370 Millionen Dollar beliefen. Andere Eingänge aus Fracht- und Passagierbeförderung, Verkäufen von Zement, Zink, Sulphat usw. dürften sich auf 25 Millionen Dollar belaufen haben, so daß die Gesamtsumme der „gross sales and earnings" nicht ganz 400 Millionen Dollar betrug. Die im Bericht des Jahres 1905 angegebene Ziffer der Gesamteinnahme von 585,3 Millionen enthält unzweifelhaft auch Verkäufe an subsidiäre Gesellschaften, wie das im Bericht des Jahres 1902 auch zugegeben wurde. Zieht man die Nettoeinnahmen ab — rund 120 Millionen — so bleiben 280 Millionen Dollar als die gesamten Gestehungsunkosten, einschließlich aller Verwaltungs-, Verkaufs- und sonstigen Unkosten, dem bonus für Angestellte, den Steuern usw. Die Profitrate betrug demnach etwa 43 %. Da dieser Prozentsatz sehr hoch scheinen mußte, berichten die Beamten des Stahltrusts über fiktive Engrosverkäufe und abnorme Gestehungskosten; die letzteren sollten angeblich 440 Millionen Dollar betragen. Aber selbst dann würde noch ein Reinnutzen von über 23 % verbleiben.

Zieht man weitere 5 Millionen Dollar als die geschätzten Profite für alles andere ab, so erhalten wir 115 Millionen Dollar als Reingewinn für den Verkauf von 9,2 Millionen Tonnen Stahlprodukten, das sind durchschnittlich 12,50 Dollar pro Tonne. Die Profite der im Inland abgesetzten Waren beliefen sich auf etwa 14 Dollar gegen 4 Dollar, die pro Tonne für im Ausland abgesetzte Produkte erzielt wurden. Dabei wurden 10—12 % der gesamten Erzeugung als für den Export bestimmt bezeichnet.

Alle für die Ausfuhr bestimmten Waren werden an und durch die U. S. Steel Products Export Company verkauft, deren Aktien Eigentum der Federal Steel Company, also des Stahltrusts sind. Diese Verkaufsmethode trägt, ebenso wie die fiktiven Engrosverkäufe und Kostenangaben, dazu bei, die Exportpreise und die durch den Tarif erzielten

Profite zu verschleiern. Die Preisangaben beziehen sich auf die Lieferung in fremden Häfen. Die Verkaufsgesellschaft kontrahiert langfristige Verträge für Sendungen nach dem Auslande und ist so in der Lage, relativ niedrigere Preise für auswärtige Lieferungen in Anschlag zu bringen, als das für den Export von New York möglich ist. Holt bespricht dann die Preispolitik des internationalen Schienensyndikats, welche darauf hinauslief, den dortigen Produzenten die beiden amerikanischen Kontinente vorzubehalten, so daß in Schienen fast gar kein Wettbewerb mehr bestand. Den internationalen Verbänden schreibt er es zu, daß heut zwischen Inland- und Exportpreisen ein geringerer Unterschied wahrnehmbar ist als früher. So wurde Ende 1906 der Preisunterschied in Stahlprodukten auf 5 bis 6 Dollar pro Tonne geschätzt, während er vordem 10 bis 12 Dollar betrug. Für die meisten anderen Produkte jedoch, z. B. Drahtstifte, Bleche usw. beträgt der Unterschied immer noch ½ Cent pro Pfund, das sind über 10 Dollar pro Tonne. Vor Zustandekommen der internationalen Vereinbarungen haben die Unterschiede zwischen den heimischen und den Exportpreisen annähernd den Tarifprofiten des Stahltrusts entsprochen. Seit 1905 haben die infolge des Schutzzolles erzielten Profite diesen Preisunterschied angeblich noch überschritten.

Holt berechnet an Hand der Jahresausweise, daß der Stahltrust in den ersten 6 Jahren seines Bestehens etwa 48,8 Millionen Tonnen Fertigwaren erzeugte, worauf ein Durchschnittstarif von 8,50 pro Tonne stand, so daß die infolge dieses Tarifs erzielten Profite 415,6 Millionen Dollar und die Gesamtnettoprofite 676,8 Millionen Dollar betrugen, was einen Durchschnitt von 118 Millionen Dollar im Jahr ergibt. Auf das nominelle Kapital des Trusts berechnet gibt das einen Durchschnittsgewinn von über 8 % im Jahr. Nun hat aber der wirkliche Wert des im Jahre 1901 vom Stahltrust übernommenen Eigentums kaum mehr als 400 Millionen Dollar betragen, und da seitdem an wirklich neuen Erwerbungen kaum 100 Millionen Dollar dazugekommen sind (bis 1907), so hat das wirklich investierte Kapital nur etwa 500 Millionen Dollar betragen. Auf dieses berechnet, also nach Ausschluß des Wassers, ergibt sich der jährliche Durchschnittsgewinn zu 23,5 %. Zieht man den geschätzten Tarifprofit von 415 Millionen Dollar, bzw. dessen Jahresdurchschnitt von etwa 70 Millionen Dollar ab, so bleibt noch ein Gewinn von 9 % auf das wirklich arbeitende Kapital, ein Beweis, daß der Stahltrust auch ohne den übertriebenen Zollschutz bestehen könnte.

Da der Stahltrust etwa ⅔ des gesamten in der Union erzeugten Stahls herstellt, so beträgt die gesamte durch den Schutzzoll ermöglichte Besteuerung dieser Klasse von Stahlprodukten (Nettoprofit

plus Tarifprofit) etwa 177 Millionen Dollar. Außerdem wurden beispielsweise im Jahre 1903 52,4 Millionen Dollar an Eisen- und Stahlprodukten importiert, wofür 16,8 Millionen Dollar an Zollgebühren erhoben wurden. Die Tarifsteuer auf den Großhandel belief sich demnach auf insgesamt 200 Millionen Dollar. Für den Kleinhandel, und nachdem Roheisen und Rohstahl zu Maschinen, Werkzeugen, Geräten usw. weiterverarbeitet war, betrug die durch den Hochschutzzoll verursachte Besteuerung bzw. der durch den Tarifzuschlag zu den Weltmarktpreisen von den Produzenten erzielte Mehrgewinn 400 Millionen Dollar.

In neuerer Zeit hat der Trust nur etwa die Hälfte seines Schutzes ausgenutzt, auf einige Produkte mehr, auf einige weniger. Daß der Schutzzoll tatsächlich keinem anderen Zwecke dient als dem der Preishochhaltung, geht nach Holt aus dem großen Umfange des Exportes dieser Produkte hervor. So wurden im Jahre 1906 390 Millionen Pfund Draht, über 27 Millionen Pfund Weißblech und 328 000 Tonnen Stahlschienen ausgeführt im Werte von 8,9 Millionen Dollar. Dabei waren die Löhne der für Exportweißblech arbeitenden Leute um 25 % niedriger als die durchschnittlich gezahlten, also eine Exportprämie vom Arbeitslohn.

Charles M. Schwab schrieb bereits im Jahre 1899 in einem Briefe an H. C. Frick, daß Stahlschienen in Amerika für weniger als 12 Dollar die Tonne hergestellt wurden, während die Gestehungskosten in England 19 Dollar betrugen. Er sagt weiter, daß ähnliche Unterschiede bei anderen Stahlprodukten bestünden. Der Bericht des Bureau of Statistics in Commerce and Finance erwähnt bereits im August 1900 die Export- und die Inlandpreise der Stahlschienen, die damals 24 bzw. 35 Dollar betrugen; auch die exorbitanten Preise für Draht und Nägel, die im Laufe eines Jahres von 1,35 auf 3,20 Dollar gestiegen waren.

Neuerdings hat Andrew Carnegie, dessen Sachverständigkeit als Stahlfabrikant niemand anzweifeln wird, vor der Tarifkommission des Ways and Means Committee ausgesagt, daß nach dem Bericht der Stahlkorporation diese an 10 Millionen Stahl 158 Millionen Dollar verdient hat, ein Nettoprofit von wenigstens 15,50 Dollar pro Tonne. Ferner, daß eine Industrie, die 45 % der gesamten Welterzeugung an Stahl kontrolliert, keines Zollschutzes mehr bedarf. Daß man aus dem Vergleich der Arbeitskosten in Europa und Amerika keinen Schluß auf das relative Schutzbedürfnis der Industrien ziehen dürfe, weil in Amerika ein Mann mit modernen Hilfsmitteln oft dasselbe leistet als z w e i Leute in England. Daß die Gestehungskosten von Stahlschienen in dem neuen Stahlwerk Gary-Indiana trotz der billigen Arbeitslöhne in England noch nicht halb so hoch sein würden wie dort, nicht nur weil

die Amerikaner billigere Kohlen, billigeren Koks und billigere Eisenerze besäßen, sondern weil sie eine größere Leistung pro Mann erzielen; hauptsächlich trifft dies zu wegen der großen standardisierten Ordres, die nur auf einem enormen Markt wie dem amerikanischen erhältlich sind, ferner wegen der spezialisierten Walzwerke, die wochenlang Normalprofile herstellen, ohne die Walzen zu wechseln. — Nachdem Carnegie sein Vermögen in vierzigjähriger Tätigkeit auf rücksichtsloseste Art unter dem Schutz der hohen Zollschranken erworben, und nachdem er einen Teil seines Vermögens — 300 Millionen Dollar — in Stahlbonds angelegt hat, deren Zinsen unbedingt in Gold bezahlt werden müssen, gleichgültig ob die Preise der Stahlprodukte hoch oder niedrig sind, kann er es sich jetzt leisten, den Apostel zu spielen.

Aber selbst Judge Gary, der Präsident des Stahltrusts, hat erklärt, daß seine Gesellschaft infolge der günstigen Produktionsbedingungen sehr wohl ohne jeden Schutzzoll durchkommen könnte, hat aber gleichzeitig der „Befürchtung" Ausdruck gegeben, daß die Konkurrenten des Trust bei Aufhebung der Zollschranken zu Schaden kommen würden. In vielen Fällen wäre allerdings gerade das Gegenteil zutreffend, namentlich im Osten des Landes, wo die kleinen teuer arbeitenden Werke, welche nicht über eigene Erzgruben, Bahnen usw. verfügen, dadurch in den Stand gesetzt würden, ihre Rohstoffe zu günstigen Bedingungen mit billiger Seefracht aus Europa zu beziehen und so mit dem Stahltrust erfolgreich in Wettbewerb zu treten. Den besten Beweis dafür, daß die beteiligten Kreise eine solche Konkurrenz fürchteten, bietet die Tatsache, daß nach Bekanntwerden der Aldrich-Raten, also nachdem man über die Fortsetzung des bisherigen Systems Gewißheit erlangt, die 5 Millionen common shares des Stahltrust innerhalb 100 Tagen von 200 Millionen auf 345 Millionen Dollar im Werte anzogen*).

Außer den direkt interessierten Produzenten gibt es in Amerika heut wohl niemand, der den gegenwärtigen Zoll von 45 % ad valorem auf Stahlprodukte nicht für zu hoch hält, und der von dem Weichen der Preise, wie es bei einer Zollreduktion wahrscheinlich eintreten würde, nicht gewisse Vorteile für die weiterverarbeitenden Industrien und für

---

*) Die Wertsteigerung dieser Papiere, die vor fünf Jahren noch 9 Dollar pro share galten und sich heut für 71¼ Dollar verkaufen, ist natürlich teilweise auch den wirklichen Verbesserungen und Vergrößerungen zuzuschreiben, die innerhalb dieser Zeit bewirkt worden sind; ferner die Tatsache, daß der Trust die verflossene Panik so gut überstanden hat und endlich dem — inzwischen gescheiterten — Versuch Morgans, 100 000 Stück steel common in Paris unterzubringen. Es ist lehrreich zu beobachten, wie die geldkundigen Franzosen mit der einzigen Ausnahme der für die Pennsylvania Eisenbahn gewährten Anleihe die russischen Konsols den gilt edged industrials der Vereinigten Staaten konsequent vorziehen.

die große Masse der Konsumenten erwartete, wenn man sich auch darüber im klaren ist, daß bei den bestehenden oder werdenden internationalen Abmachungen und bei der infolge zunehmender Leistungsfähigkeit stark fortgeschrittenen Unabhängigkeit der amerikanischen Eisenindustrie keine wesentliche Steigerung der Einfuhr aus Europa zu erwarten steht. Maßgebende Kreise beharren jedenfalls auf dem Standpunkt, daß es für die nationale Gesamtheit, d. h. Plutokratie, Regierung und Volk, besser ist, wenn das Ausland die Stahlzölle zahlt, als wenn diese Einnahme dem internationalen Trust zum Geschenk gemacht würde, und der Zollausfall durch direkte Steuern, (corporation tax, income tax) aufgebracht werden müßte. Im Hinblick auf unsere eigene kürzlich erfolgte Finanzmißgeburt können wir die Scheu der amerikanischen Regierung, sichere Einnahmequellen für unsichere Steuerpläne aufzugeben, wo noch dazu kein zwingender Grund vorliegt, lebhaft nachempfinden.

Wenden wir uns zur Wollwarenindustrie, so betrug der Fakturenwert der im Jahre 1900 in der Union gefertigten Wollwaren nach Angaben Holts 296,9 Millionen Dollar. Schlägt man 8 % für Bevölkerungsvermehrung und 12 % für Preissteigerung von 1900 bis 1905 dazu, so ergibt sich der Wert der in letztgenanntem Jahre fabrizierten Produkte zu 356 Millionen Dollar. Der von den im Jahre 1905 importierten Wollwaren im Werte von 18 Millionen Dollar erhobene Zoll betrug 16,5 Millionen oder 91,8 % ad valorem. Einschließlich der Transportkosten bewerteten sich diese Waren bei ihrem Eintreffen in Amerika zu 38 Millionen Dollar. Fügt man diesen Betrag hinzu, so ergibt sich der Fakturen- und Importwert sämtlicher Wollwaren zu 394 Millionen Dollar. Die Menge der für den Konsum zurückbehaltenen Rohwolle betrug aber nach den statistischen Angaben 6,42 Pfund pro Kopf im Jahre 1905 gegen 5,72 Pfund im Jahre 1900. Da die Einfuhr von Wollfabrikaten im Jahre 1905 nur unwesentlich größer war als im Jahre 1900, so muß man zu dem obigen Fakturenwert mindestens 10 % zuschlagen, was denselben auf 433 Millionen Dollar steigert. Fügt man noch 15 % für Profite hinzu, so ergibt sich der Wert der zum Weiterverarbeiten fertigen Wollwaren zu 498 Millionen Dollar. Der Verkaufswert der gefertigten Kleider war dann wahrscheinlich 50 % höher, also 747 Millionen Dollar, was einen Durchschnitt von 41,50 Dollar pro Familie ergibt.

Die Einfuhr von Rohwolle im Jahre 1905 betrug 35,4 Millionen Dollar, wofür 16,5 Millionen Dollar Zoll erhoben wurde. Demnach betrug der gesamte auf eingeführte Wolle und Wollwaren erhobene Zollbetrag rund 33 Millionen Dollar. Da nur etwa $^1/_9$ aller gebrauchten Wollwaren importiert werden und der darauf lastende Zoll 16,5 Millionen

im Groß- und 27 Millionen im Kleinhandel beträgt, so würden die zusätzlichen Kosten für die Konsumenten etwa neunmal höher sein, also 243 Millionen Dollar betragen. Rechnet man nur mit 200 Millionen, so beträgt die durchschnittliche Belastung 11,10 Dollar pro Familie, wovon nur 1,84 Dollar an die Regierung geht, während 9,26 Dollar an die amerikanischen Wollproduzenten und ein geringer Betrag an die Besitzer der 40 Millionen Schafe geht. Die Zahl der letzteren hat sich innerhalb des verflossenen Vierteljahrhunderts wenig geändert. Der per capita-Verbrauch von Wolle ist von 6,8 Pfund, dem Durchschnitt der Jahre 1890—97, auf 5,6 Pfund im Durchschnitt der Jahre 1898 bis 1905 gesunken. Dieser Rückgang wird dem prohibitiven Zoll von nahezu 100 % zugeschrieben, der allerdings in der Ausdehnung der Baumwollenindustrie ein nicht zu unterschätzendes Korrektiv gezeitigt hat.

Was die Zuckerindustrie anlangt, so beträgt der durchschnittliche Zuckerverbrauch etwa 72 Pfund pro Kopf der Bevölkerung, der durchschnittlich bezahlte Preis 5½ Cent pro Pfund oder 18 Dollar pro Familie. Die gesamte Zuckerrechnung des Landes beläuft sich auf 325 Millionen Dollar. Im Jahre 1905 wurden 3680,9 Millionen Pfund Rohzucker eingeführt. Sie repräsentierten einen Wert von 97,6 Millionen Dollar, worauf ein Zoll von 51,1 Millionen Dollar erhoben wurde. (Die betrügerischen Zollhinterziehungen des Zuckertrust sind hier nicht berücksichtigt.) Dazu kam die heimische Produktion mit 2200 Millionen Pfund, was einen Gesamtverbrauch von 2,9 Millionen Tonnen ergibt. Der Zoll auf raffinierten Zucker beträgt 1,95 Cent pro Pfund plus einem Zuschlag, welcher der Exportprämie entspricht, die von dem betreffenden fremden Lande gezahlt wird. Die Raffineure sind durch einen Differentialzoll, der nominell 12½ Cents pro 100 Pfund beträgt, noch besonders geschützt. Dieser Extraschutz beträgt annähernd $^1/_5$ Cent pro Pfund. Die Produzenten der 576 124 Tonnen Rüben- und Rohrzucker, welche nicht importiert werden, genießen natürlich den vollen Zollschutz von 1,95 Cents pro Pfund. Es besteht also eine Tarifsteuer von 51 Millionen Dollar, die von der Regierung, und von etwa 38 Millionen Dollar, die von den Trusts und anderen geschützten Interessen auf Engroszucker eingezogen wird. Im Kleinhandel beträgt die Steuer wahrscheinlich über 125 Millionen oder 2,15 Cents pro Pfund, das sind nahezu 40 % des Gesamtpreises, der vom Volke bezahlt wird. Die Zuckerrechnung pro Familie betrug also 18 Dollar im Jahr, wovon mehr als 7 Dollar für Zollgebühren an den Zuckertrust und andere geschützte Interessen flossen.

Daß der Zollschutz auf Zucker weder ökonomisch noch moralisch gerechtfertigt ist, scheint daraus hervorzugehen, daß die Kosten der Raffinade in Amerika billiger sind als irgendwo anders. Nach dem

Zensus von 1900 betrugen nämlich die gesamten Arbeitskosten des Raffinierens weniger als 3 % vom Werte des Produktes, oder nur 15 Cents pro 100 Pfund; das heißt, der durch den Zoll gewährte Extraschutz für raffinierten Zucker repräsentiert einen höheren Betrag, als die gesamten Arbeitsunkosten des Raffinierens ausmachen.

Über die Besteuerung des amerikanischen Volkes durch den Tarif wurden im Jahre 1903 Untersuchungen angestellt, deren Schlüsse auch heut noch zutreffend sein dürften. Durch den Vergleich verschiedener Schätzungen über Einnahmen und Ausgaben wurde zunächst festgestellt, daß der Nettowert aller produzierten Sachgüter etwa 18 Milliarden Dollar betrug und daß der Konsum der 17 Millionen Familien etwa 16 Milliarden oder 941 Dollar pro Familie ausmachte. Der Prozentsatz für die Hauptausgaben fußt auf dem Bericht des Bureau of Labor vom Jahre 1904. Es war bekannt, daß die Regierung einen Betrag von 16,52 Dollar pro Familie an Tarifgebühren einzog. Die Hauptposten, aus denen die Gebühren erhoben wurden, waren gleichfalls bekannt. Häufig jedoch, wie bei Stahlschienen, Borax, Draht und hundert anderen Artikeln, wurde wegen des geringen Imports von der Regierung fast gar kein Zoll eingezogen, während fast der volle Betrag der Tarifgebühr von den Trusts und anderen geschützten Interessen, die diese Waren herstellten, den Konsumenten abgenommen wurde. Im allgemeinen wurde bei der Berechnung dem Fakturen- und Importwert jedes wichtigen Produktes ein angemessener Betrag für Transport und für die Profite der Zwischenhändler zugefügt, und diese Ziffer durch 17 000 000 dividiert ergab dann den Familienkonsum für jedes Produkt. Auf dieser Basis wurde unter Berücksichtigung der bekannten Tatsachen die Tarifgebühr für jeden Einzelfall berechnet.

Es ergab sich, daß die Durchschnittsfamilie in Amerika indirekt, also auf dem Umweg des Konsums, 111 Dollar an Zollgebühren zahlt, wovon 16,52 Dollar an die Regierung und 94,48 Dollar an die Trusts und Zwischenhändler gehen. Daß diese Schätzung, wonach etwa 10 % des Aufwandes für die Lebenshaltung der einzelnen Familie von den Trusts als Zollbonus eingestrichen wird, richtig ist, geht auch aus einer anderen Überlegung hervor. Es waren nämlich nach Holt die Durchschnittspreise aller Brauchlichkeiten im März des Jahres 1907 etwa um 50 % höher als vor 10 Jahren, während in dem überwiegend freihändlerischen England die Teuerung in demselben Zeitraum nur etwa 30 % betrug. Das gibt einen Unterschied von 20 %. Schiebt man nur $\frac{2}{3}$ dieses Unterschiedes dem Tarif und den Trusts in die Schuhe, so bleiben immerhin noch volle 10 %, die der preissteigernden Wirkung des Hochschutzzolls zuzuschreiben sind.

Die stärksten Argumente, welche gegen das amerikanische Zolltarifsystem vorgebracht werden, fußen bekanntlich auf dem markanten Unterschied zwischen heimischen und Exportpreisen der hauptsächlichsten Brauchlichkeiten. Es steht fest, daß gegen 80 % der im Jahre 1906 ausgeführten Fabrikate im Werte von 570 Millionen Dollar zu niedrigeren als den Inlandpreisen abgesetzt wurden. Der Durchschnittsunterschied betrug etwa 15 %. Dieses System der Begünstigung des Auslandes demonstriert nicht nur die Unnötigkeit eines Zollschutzes für derart verschleuderte Waren; er beweist auch, um mit Holt zu reden, daß eine Schutzzollpolitik, die den Beschützten besteuert und den Unbeschützten beschenkt, eine selbstmörderische Politik ist und nicht im Interesse der nationalen Wirtschaft liegt. Denn sie steigert die Kosten der Lebenshaltung und der gewerblichen Produktion im eigenen Lande und mindert sie in fremden Ländern.

| Artikelbeschreibung | Exportpreise Dollar | Inlandpreise Dollar | Unterschied % |
|---|---|---|---|
| Kultivatoren, Rad, Nr. 61, Stück | 4.00 | 5.00 | 25 |
| Schubkarren, Garten, Holzrad, Stück | 2.50 | 3.00 | 20 |
| Dreschsätze, Getreide, Pferde- oder Dampfkraft, 32zöllig, Stück | 300.000 | 400.00 | 33⅓ |
| Treibriemen, Gummi, 6 zöllig, Fuß | 0.39 | 0.30 | 33⅓ |
| Maschinen, 10 Pferde, Stück | 143.00 | 190.00 | 33⅓ |
| Schleppmaschinen, 8 Pferde, Stück | 917.00 | 1125.00 | 33⅓ |
| Lokomobilen, 8 Pferde, Stück | 563.00 | 750.00 | 33⅓ |
| Wringmaschinen, 10×13/4, Dutzend | 18.70 | 22.50 | 20 |
| Inkubatoren, Nr. 1, Stück | 15.00 | 20.00 | 33⅓ |
| Brutapparate, 200 Hühner, Stück | 9.20 | 11.50 | 25 |
| Kartoffelhackmaschinen, Stück | 90.00 | 100.00 | 11 |
| Schaufeln, D-Griff, quadratisch, Nr. 2, Stück | 8.25 | 11.00 | 33⅓ |
| Uhren, 21 Juwelen, Nickelgehäuse, Stück | 15.43 | 19.88 | 28 |
| Uhren, 23 Juwelen, Riverside Maximus, Stück | 31.77 | 43.15 | 35 |
| Uhren, 21 Juwelen, Father Time, Stück | 14.42 | 19.89 | 38 |
| Küchenmesser, Gros | 12.00 | 6.00 | 33⅓ |
| Bohrer, ½ Zoll, Dutzend | 1.62 | 2.40 | 48 |
| Bohrer, ½ Zoll, Jennings, Dutzend | 1.21 | 2.00 | 60 |
| Schneiden, Clark Brown, Dutzend | 4.86 | 8.10 | 66 |
| Barbierscheeren, 8 zöllig, lackiert, Dutzend | 3.80 | 4.80 | 26 |
| Schneiderscheeren, 13 zöllig, Paar | 3.60 | 4.32 | 20 |
| Toilettenseife, violett, Gros | 32.00 | 40.80 | 25 |
| Toilettenseife, Lavendel, Gros | 14.04 | 19.12 | 35 |
| Rasierseife, Gros | 13.00 | 16.74 | 20 |
| Toilettenseife, Glyzerin, Gros | 8.34 | 12.75 | 52 |
| Floridawasser, Schachtel | 2.75 | 5.00 | 82 |
| Vaseline Nr. 2 | 0.58 | 0.70 | 20 |
| Pflüge, Scheibe Nr. 1, Stück | 32.50 | 40.00 | 25 |
| Petroleum in Fässern, Gallone | 7.50 | 12.00 | 60 |
| Drahtnägel, 100 Pfund | 1.55 | 1.90 | 23 |
| Drahtspitzen, 100 Pfund | 2.22 | 2.45 | 10 |

Die vorstehende Tabelle gibt eine Zusammenstellung der heimischen und der Exportpreise verschiedener Artikel für den Sommer und Herbst des Jahres 1906, also zu einer Zeit günstiger Konjunktur, wo keine Schleuderausfuhr in Frage kam.

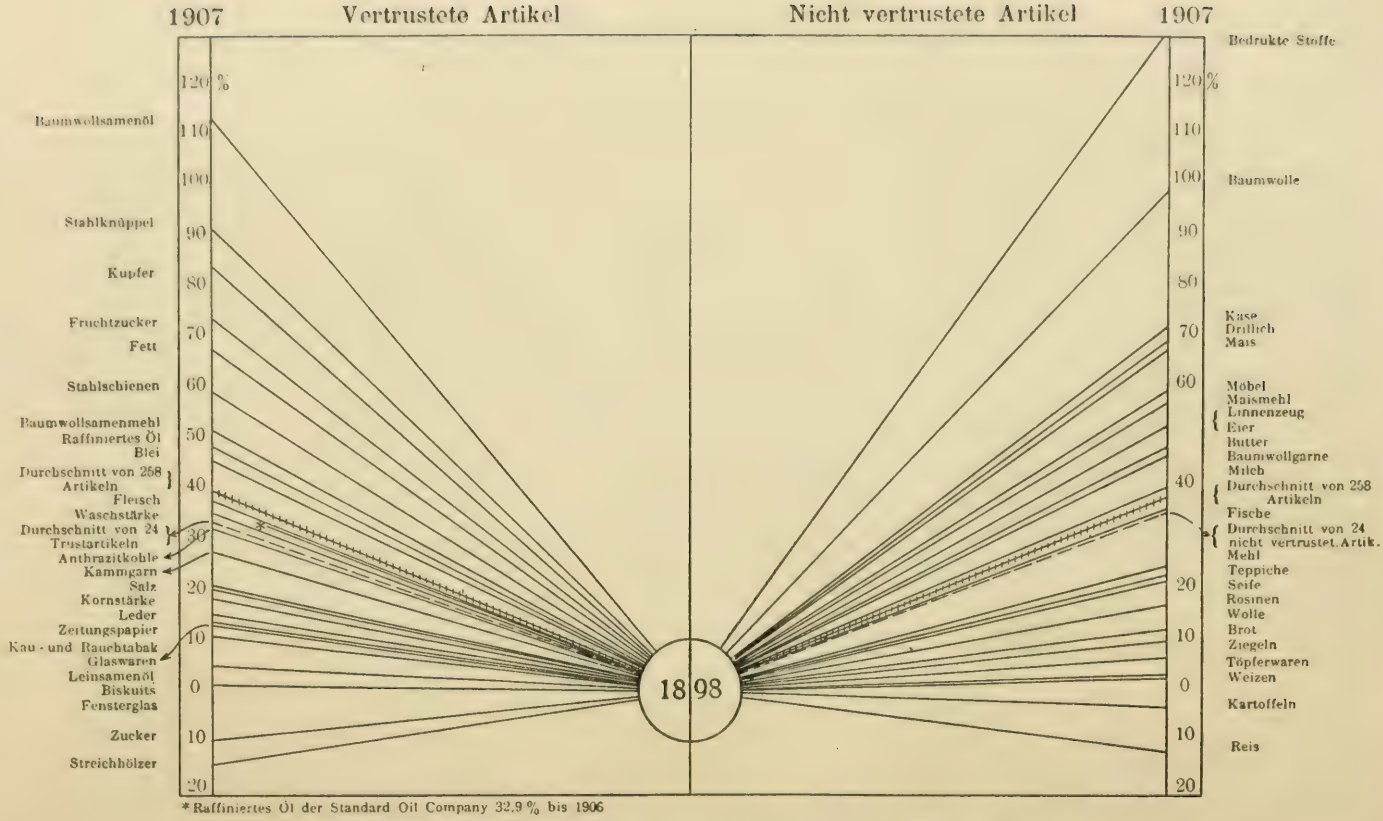
Die hohen Inlandpreise bieten mir einen Beweis dafür, daß für den amerikanischen Produzenten der großartige Heimmarkt ein weit erstrebenswerteres Absatzgebiet ist und bleibt als das unsichere Ausland. Auszunehmen sind einige Trusts wie die Standard Oil Company und ähnliche, die ein begrenztes Monopol auf leicht transportable und leicht absetzbare Rohstoffe besitzen. Von diesen wenigen Beispielen, die immer wieder zitiert werden, darf man aber nicht auf die große Masse der amerikanischen Fabrikanten, die Waren höherer Ordnung herstellen, allgemeine Schlüsse ziehen. Der Dingley Tarif und die Trusts bestehen nun schon eine ganze Reihe von Jahren und die Folgerungen, die wir aus dem Verlauf der Ereignisse auf ihre wechselseitige Wirkung heute ziehen können, sind verläßlicher als die Spekulationen, die wir zu Beginn der Trustära riskieren konnten.

Es dürfte unzweifelhaft feststehen, daß die amerikanischen Trusts nur auf der Basis der durch den Dingley Akt eingeleiteten Hochschutzzollpolitik zu ihrer einzigartigen Machtstellung gedeihen konnten. Ferner, daß sie die Preise der von ihnen hergestellten Brauchlichkeiten dauernd um den Betrag des Zolles und der Fracht über den Weltmarktpreisen halten. Weiter, daß sie die Preise niemals über ein volkswirtschaftlich gesetzmäßiges Maximum steigern können, ohne ihre verwässerte Existenz infolge der dann einsetzenden geringeren Nachfrage stark zu gefährden. Endlich, daß der Export für die überwiegende Anzahl von Trusts nur ein Sicherheitsauslaß ist, um ihren unvermeidlichen Überschuß namentlich in Zeiten sinkender Konjunktur abzustoßen, und daß die internationalen Vereinbarungen, solange sie Geltung haben, geeignet sind, die gegenseitigen Einbrüche in fremdes Gebiet zu beschränken und den Absatz zu stabilisieren, soweit sich letzterer innerhalb der auf- und abflutenden Wirtschaftskonjunktur überhaupt beeinflussen läßt.

Der Dingley-Tarif und die Trusts haben nun schon eine ganze Reihe von Jahren bestanden, ohne daß die Exportpolitik der Union dadurch wesentlich aggressiver geworden wäre als unsere eigene, wo wir doch im Vergleich zu Amerika einen recht mäßigen Schutzzoll und eine noch recht schwach entwickelte industrielle Vertrustung besitzen. Jedenfalls haben wir bis jetzt auf international umstrittenen Märkten im Wettbewerb mit den Amerikanern nicht übel abgeschnitten. In letzter Linie sind eben die Faktoren Trusts und Tarife für die wirtschaftliche Expansion eines Landes bedeutungslos. Sie verschwinden hinter dem wahren Ursprung aller treibenden Kräfte: dem Rassen-

hunger, der sich seine Wege mit Gewalt erzwingt. Und dieser ist in einem kleineren und ärmeren Lande, dessen Geschichte zu einem eisernen Verwaltungssystem geführt hat, dessen geographische Lage und territoriale Begrenztheit die innere und äußere Reibung aller freien Kräfte fördert, und dessen überquellendes Volkstum gebieterisch nach Bedarfsdeckung drängt, unzweifelhaft stärker und zwingender als in einem großen und reichen Lande, dessen Erwerbstrieb in dem Maße erschlaffen muß, als die Üppigkeit wächst, die Menschenökonomie sinkt und die legitime Inzucht des Volkes nachläßt.

Über den Einfluß der Trusts auf die Preisbildung wäre noch folgendes zu sagen. Daß die preissteigernde Tendenz nicht nur eine Eigenschaft des Trusts ist, sondern ein Charakteristikum der ganzen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, dafür dürfte das nachstehende Diagramm von Meredith N. Stiles einige Belege bieten. Es gibt einen über die 10 Jahre von 1898 bis 1907 sich erstreckenden Vergleich der Preiserhöhung von vertrusteten und nicht vertrusteten Artikeln. Auf der linken Seite der Figur sind die von Trusts kontrollierten Artikel zusammengestellt, auf der rechten solche, in deren Erzeugung und Absatz noch größtenteils freier Wettbewerb vorherrscht. Die Berechnungen fußen auf der Statistik der Engrospreise, wie sie im Bulletin des Bureau of Labor vom März 1908 zum Ausdruck kommen. Von den dort aufgeführten 258 Brauchlichkeiten wählt Stiles 24 für jede seiner Gruppen aus und findet für die Trustgruppe eine durchschnittliche Preiserhöhung von 34 % gegenüber einer solchen von 36 % der anderen Gruppe. Die prozentuale Preiserhöhung der Trustartikel ist also etwas niedriger. Sie ist außerdem auch niedriger als der Durchschnitt der 258 Brauchlichkeiten. Letztere stellen die Gesamtzahl der in den Berechnungen des Arbeitsbureaus aufgeführten wichtigsten Bedarfsartikel dar. Ihr Durchschnittspreis pro Jahr gibt deshalb einen ziemlich guten Begriff von der allgemeinen Wirtschaftslage. Demnach scheint es, als ob die Verantwortung für die allgemeine Teuerung nicht allein auf die Machenschaften der Trusts geschoben werden könnte. Betrachtet man die von den Trusts hergestellten Artikel für sich, so ist die Preissteigerung einzelner von ihnen allerdings beträchtlich, so beim Baumwollsamenöl, Stahl, Kupfer und Fruchtzucker. Andererseits gibt es eine ganze Zahl, 13 im ganzen, deren Teuerungszunahme nicht einmal so groß ist als die der 258 insgesamt untersuchten Artikel. Bei zweien, Zucker und Streichhölzern, sind die Preise in den verflossenen 10 Jahren sogar gewichen. Das Diagramm zeigt natürlich nur die Tatsachen, nicht die Ursachen. In vielen Fällen ist die Teuerung durch gewichtige Gründe bedingt. So sind einzelne der von weiterverarbeitenden Trusts hergestellten Artikel höherer Ordnung in ihrer Preislage mehr oder weniger




*Raffiniertes Öl der Standard Oil Company 32,9 % bis 1906

Preissteigerung vertrusteter und nicht vertrusteter Artikel seit 1898.

von Rohmaterialien abhängig, deren Gewinnung und Verkauf nicht vertrustet ist. Nach den offiziellen Angaben der Regierung würde die allgemeine Preissteigerung in den letzten 10 Jahren nur 40 % betragen haben, nicht 50 %, wie Holt annimmt.

Inzwischen ist die „Reform" des Zolltarifs vor sich gegangen. Deren Einzelheiten werden bei der Besprechung des Außenhandels der Union zu erörtern sein. Hier sollen nur die erzielten Resultate kurz zusammengefaßt werden. Der Payne-Aldrich-Akt hat die Dingley Raten in 300 Fällen erhöht und in 584 Fällen erniedrigt. Die Erhöhung betrifft Sachgüter, von denen im Jahre 1907 ein Gesamtwert von mindestens 105,8 Millionen Dollar eingeführt wurde, während die Zollreduktion solche Waren betrifft, deren Import in demselben Jahre sich auf etwa 132,1 Millionen Dollar bezifferte. Außerdem bleiben, an der Einfuhr von 1907 gemessen, Importartikel im Werte von 447 Millionen Dollar denselben Zollsätzen unterworfen wie unter dem Dingley-Tarif. Das heißt also: 65 % des Gesamtimports wird wie bisher behandelt; über 15 % der Einfuhr wird nach höheren Raten bezollt, wobei die Durchschnittserhöhung 31 % gegenüber den Dingley Sätzen beträgt; und weniger als 20 % der Gesamteinfuhr wird niedriger bezollt, wobei der Zollerlaß etwa 23 % gegenüber den früheren Raten ausmacht.

## Politischer und wirtschaftlicher Imperialismus.

„Die staunenswerte Ausdehnung der amerikanischen Industrie, die auf den großen natürlichen Reichtümern des Landes beruht und in erster Linie auf den eifrigen Unternehmungsgeist des amerikanischen Volkes zurückzuführen ist, könnte anderer industrielle Nationen in Angst versetzen . . ., hätten wir nicht gelernt, daß das Gedeihen anderer Völker eine unmittelbare Wohlstandsquelle für das eigene Land ist. Alle industriellen Nationen, mögen sie sich noch so sehr durch Tarife schützen und des eigenen Marktes noch so sicher sein, müssen an dem Punkte ankommen, wo ihre Fabriken mehr produzieren, als die Verbraucher im eigenen Lande aufnehmen können. Dann greift der Handel ein und beweist, wie falsch der Schluß ist, daß die Schwäche und Armut eines Landes für das andere Stärke und Macht bedeute." Diese Worte sind einer kürzlich vor dem nationalen Fabrikantenverein der Vereinigten Staaten gehaltenen Rede unseres Botschafters Grafen Bernstorff entnommen und charakterisieren annähernd die Stellungnahme der deutschen Regierung zur Frage unserer äußeren Handelspolitik. Dieselbe offenbart sich, kurz gefaßt, als das Bestreben, mit allen Ländern, die zu einer

ähnlichen Stufe wirtschaftlicher Entwicklung gelangt sind als wir selbst, auf der Grundlage loyaler Gegenseitigkeit zu verhandeln und den Zolltarif wohl zum Schutze und zur Ermutigung berechtigter heimischer Interessen, aber nicht zur Ausschließung der Produkte fremder Länder zu benutzen, deren unsere Volkswirtschaft zu ihrem Gedeihen benötigt, und deren Konsum durch den Export andersstofflicher Produkte nach den betreffenden Ausfuhrländern ganz oder zum Teil wieder wettgemacht wird. Der internationale Güterverkehr gründet sich ja auf der naturnotwendigen Arbeitsteilung, welche jeder Nation diejenige produktive Tätigkeit zuweist, zu der sie ihre geographischen, historischen und gouvernementalen Grundlagen am besten befähigen. Nur dürfen wir nicht wie Cobden und seine Zeitgenossen in den Irrtum verfallen zu glauben, daß diese natürliche Staffelung oder Rollenverteilung, worin die eine Nation die Lieferantin von Rohstoffen, die andere die Weiterverarbeiterin der ersten wird, für alle Zeiten unverändert bestehen bleibt; denn alles ist Änderung, Fluß und Fortschritt. Jedes Land, das über Bodenschätze, Arbeitskräfte und Kapitalien verfügt, hat die Tendenz, sich früher oder später über die verschiedenen Stufen der Haus-, Stadt- und anderer Übergangswirtschaften zur Staatswirtschaft und schließlich wo die Verhältnisse es erlauben, zur Weltwirtschaft durchzuentwickeln.

In Kolonisationsländern wie Nordamerika, welche durch die in der alten Welt gemachten und von dort eingeführten Fortschritte und Errungenschaften ohne weiteres profitieren und vorwiegend mit fremden Talenten arbeiten, drängt sich dieser Aufstieg natürlich in eine kürzere Zeitspanne zusammen; und es ist bezeichnend für die Gemeinsamkeit mancher industrieller Fähigkeiten und Interessen, daß in dem viel älteren, kleineren und konservativeren Deutschland, also trotz prinzipieller Gegensätze, die letzten Perioden der wirtschaftlichen Entwicklung sich ebenfalls in überraschend kurzer Folge vollzogen. „Bis zum Jahre 1866", sagt Bismarck zu Bucher, „verfolgten wir eine preußisch-deutsche Politik; von 1866 bis 1870 eine deutsch-europäische; seit jener Zeit treiben wir Weltpolitik." Und weiter: „Bei der Erörterung künftiger Ereignisse dürfen wir auch die Vereinigten Staaten nicht außer acht lassen, die in ökonomischer und vielleicht auch in politischer Beziehung sich zu einer weit größeren Gefahr auswachsen werden, als die meisten Leute für möglich halten." Der weitblickende Kanzler sah also in dem industriellen Aufstieg der Union schon vor mehr als einem Vierteljahrhundert ein bedeutungsvolles Moment, mit dem man rechnen mußte, während Großbritannien für ihn bekanntlich ein Land war, „das bessere Tage gesehen hatte."

Die tatsächliche Entwicklung der Dinge hat ihm recht gegeben. Das Sammelvolk der Amerikaner ist als Besitzer des größten und besten

aller volkswirtschaftlichen Nährböden an die erste Stelle wirtschaftlicher Bedeutung gerückt. Die Angelsachsen sind, nachdem sie durch ihre Erfindungen der Welt die Grundlagen zu ihrem beispiellosen industriellen Aufschwung gegeben, infolge ihrer Wohlhabenheit und Lässigkeit an die dritte Stelle zurückgesunken. Die teutonische Gruppe hat sich wie ein Keil zwischen beide geschoben. Wenn man nicht Generationen weit hinausblicken will bis zu dem Zeitpunkt, wo Rußland und China mit ihren ungeheuren latenten Bodenschätzen wachgerüttelt sein werden, und wenn man absieht von den kleineren, aber in ihrer Art deshalb nicht weniger bewundernswerten Industrieländern wie Frankreich, Belgien, Japan, die Schweiz usw., so muß man zugeben, daß sich der Kampf um die wirtschaftliche Suprematie der nächsten Zukunft zwischen der Union und Deutschland abspielen wird. Die Tatsache, daß zwischen den beiden ersten Industriemächten der Welt ein gewaltiges Ringen um den Weltmarkt besteht, läßt sich auch durch diplomatischen Optimismus nicht wegschaffen. Auf heimischen wie auf fremden Märkten spüren wir den Vorstoß der Amerikaner; und was Deutschland dem Handel der Union zu schaffen macht, darüber geben die U. S. Consular and Trade Reports und die neuen Zollsätze des Payne-Aldrich-Tarifs demjenigen, der sich darüber informieren will, beredten Aufschluß.

Niemand wird leugnen wollen, daß ausgeführte Waren, Rohmaterialien und Maschinen, dazu dienen, die Erträgnisse und die industrielle Entwicklung der einführenden Länder zu heben und sie so allmählich in den Stand zu setzen, mit den ausführenden Ländern in Wettbewerb zu treten. Aber man tröstet sich damit, daß durch Förderung der Industrialisierung der fremden Länder die Löhne der dortigen Arbeiter, also der Wohlstand der Bevölkerung und damit ihre Konsumkraft wächst, und sie somit bessere Abnehmer für den Überschuß an Waren werden, welchen moderne Großbetriebe naturgemäß erzeugen. Dieser Gedankengang ist wohl richtig, wenn er auf Länder wie Südamerika, China und andere angewendet wird, die keine hinreichende Eigenproduktion besitzen. Die Union mit ihrer weitentwickelten großzügigen Industrie, die sich fast alle Waren niederer Ordnung und neuerdings auch Fabrikate jeglicher Art in hinreichenden Mengen selbst erzeugt, und alle profitabel erscheinenden Fabrikationszweige mit den nötigen Arbeitern und Maschinen infolge ihrer Kapitalkraft einfach importieren kann, vermögen wir durch unsern Export an Fertigwaren höchster Ordnung kaum zu bereichern. Spitzen, Stickereien, Spielwaren, Teerfarbstoffe, Pelzsachen, Handschuhe, Porzellangeschirr, Bilder und Ansichtskarten bilden den Hauptgegenstand unserer Ausfuhr nach dort.

Den Industrialisierungsprozeß der Union haben wir allerdings mehr als irgend eine andere Nation gefördert, aber hauptsächlich durch

geistigen Export, durch Überlassung technisch geschulter Arbeitskräfte, denen das alte Vaterland nicht genügende Beschäftigungsmöglichkeiten bot oder aus anderen Gründen zu eng geworden. Wenn die Union wohlhabend wird — und ihr Reichtum ist von 7 Milliarden Dollar im Jahre 1850 auf 107 Milliarden Dollar im Jahre 1908 gewachsen —, so profitieren dadurch vor allem die dortigen Produzenten und Erwerbstätigen, wie ja überhaupt die Kräftigung des Binnenmarktes für die heimischen Käufer und Verkäufer doppelt gewinnbringend ist. „Der auswärtige Handel", sagt Carnegie, „ist in Wirklichkeit immer nur ein Aufschneider; der Innenhandel ist der echte König." Bei der ungeheuren Ausdehnung der Bodenfläche und der dadurch ermöglichten fast unbegrenzten Vermehrung der Bevölkerung ist dieser Satz für die Union allerdings in weit höherem Maße zutreffend als für das viel kleinere Deutschland.

Jedenfalls ist die Insichgeschlossenheit der Union, d. h. die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, infolge ihrer reichen natürlichen Hilfsquellen ihre Bedarfsdeckung wenn nötig unabhängig vom Auslande zu besorgen, der wahre Grund für ihre zollpolitische Anmaßung. Dieselbe offenbart sich deutlich in der neueren Handelspolitik der Union, welche den Abschluß von Reziprozitätsverträgen grundsätzlich ablehnt und lediglich einen Minimal- und Maximaltarif aufstellt, den einen (mit Sätzen, die denen des Dingley-Tarifs sehr ähneln) für diejenigen Staaten, die der Union die Meistbegünstigung gewähren, den andern (dessen Sätze einem Einfuhrverbot fast gleichkommen) für alle anderen Konkurrenten. Dabei erkennt man in der Aufmachung des Payne-Aldrich Tarifs das deutliche Bestreben, möglichst die weiterverarbeitenden Industrien Amerikas zu entwickeln, entweder durch zollfreie Einfuhr von Rohstoffen oder von Zwischenprodukten, die zur Erzeugung bestimmter Fertigwaren dienen, welche bisher vom Auslande bezogen wurden.

Was die Amerikaner, die sich dank ihrer wirtschaftlichen Großmachtstellung zuweilen als die ökonomischen Diktatoren der übrigen Welt fühlen, Deutschland gegenüber zu gewissen Konzessionen zwingt, sind weniger die Freundschaftsbeteuerungen unserer diplomatischen Vertreter, — denn an den Geschäftsinstinkten der Yankees scheitert alle Sentimentalität —, als die nüchterne Erkenntnis, daß gewisse Rohmaterialien in Amerika infolge Raubbaus und Mißwirtschaft zur Neige gehen, die logische Erwägung, daß Artikel „made in Germany" zu den besten gehören, die man akquirieren kann, und der begreifliche Wunsch, den deutschen Markt mit seinen 65 Millionen Menschen, — die der Union in dem Krisenjahr 1908 Waren im Werte von mehr als eineinviertel Milliarden abgenommen, — sich zu erhalten. Solange das Deutschtum

einen so prominenten Teil des Sammelvolkes der Amerikaner bildet, wird das Verlangen nach deutschen Waren auch durch nativistische Machinationen niemals zu unterdrücken sein. Die Deutschen im Auslande sind unsere besten sales agents! Ist der Außenhandel den Vereinigten Staaten an und für sich also lange nicht ein so dringendes Lebensbedürfnis, als der Außenhandel Deutschlands es für uns ist, so ist ihnen doch unsere Produktion und unser Konsum zu wichtig, um durch allzu rigorose Zollschikanen aufs Spiel gesetzt zu werden.

In dem Maße nun, als unsere Kolonien für die heimische Rohstofflieferung stärker als bisher herangezogen werden, emanzipieren auch wir uns stärker aus der Abhängigkeit von Nordamerika und sind deshalb von Jahr zu Jahr in besserer Lage, durch Verschließen unseres Marktes auf die Amerikaner einen Gegendruck auszuüben. Auch die fortschreitende Verbesserung unserer Produktionstechnik trägt im Verein mit der Konservierung unserer industriellen Rohstoffe dazu bei, die wirtschaftliche Stellung Deutschlands Amerika gegenüber stetig zu verbessern. Endlich sind wir heut nach dem Grundsatze „der Hieb ist die beste Deckung" dazu übergegangen, die fremde Konkurrenz im fremden Lande selbst anzugreifen, d. h. überall da, wo wir durch Zollplackereien oder sonstige Übervorteilungen (z. B. den Ausführungszwang des englischen Patentgesetzes oder die Spionage-Agenten des Schatzamtes in Washington) an dem Absatze deutscher Produkte gehindert werden, eigene Fabriken im Auslande zu errichten und dort die Endverarbeitung deutscher Materialien mit deutschem Kapital und deutschen Arbeitern durchzuführen. In diesem Punkte lernen wir nur von dem Beispiel der Amerikaner. Jedenfalls verringert sich infolge unserer eigenen Fortschritte die Gefahr einer wirtschaftlichen Unterjochung durch die Union zusehends von Jahr zu Jahr und braucht uns heute nicht mehr ernstlich zu schrecken.

Daß die Eroberung fremder Märkte den amerikanischen Produzenten in der Tat nicht ein Hauptzweck ist, sondern nur ein Mittel zur Abstoßung des Überschusses, welchen der moderne Großbetrieb notwendigerweise mit sich bringt, und daß ihm der heimische Markt, der bereits 95 % aller erzeugten Waren aufnimmt, viel wichtiger ist als die verhältnismäßig geringe Ausfuhr und das dumping zu niedrigeren als den Inlandspreisen, das wird jeder zugeben, der mit amerikanischen Tendenzen praktisch vertraut geworden.

Die große Masse von Geschäftsleuten ist den imperialistischen Gelüsten Roosevelts und seiner Clique abhold. Army und Navy, deren Bestand wesentlich von den auswärtigen Engagements der Union abhängt — denn auf dem natürlich geschützten Inlandsmarkt lassen sich militärische Lorbeeren nicht erringen —, und die Lieferanten von Kriegs-

material, ferner einige Trusts, welche ein begrenztes Monopol auf Rohstoffe oder landwirtschaftliche Produkte besitzen und zum Schleuderexport gezwungen sind, um wenigstens ihr Riesenkapital umzuschlagen und durch die Größe des Umsatzes die Generalunkosten zu verbilligen, endlich das übliche Häuflein der Pannationalisten sind den Expansionsbestrebungen günstig gesinnt. Das versteht sich von selbst. Aber der Durchschnittsamerikaner ist in erster Linie Geschäftsmann und will sich durch den dramatischen Kriegslärm in seinen Kreisen nicht stören lassen. Charakteristisch für die nüchterne Beurteilung der häufigen Interventionen der Bundesregierung in Mittel- und Südamerika ist folgende Auslassung der Philadelphia Press: „Das Volk der Vereinigten Staaten hat keinerlei koloniale Ambitionen. Die Möglichkeiten daheim sind so großartige, daß kein zwingendes Motiv zur Abwanderung in fremde Länder vorhanden ist. Ein Dollar, der in Haiti werbend angelegt würde, könnte niemals bessere Früchte tragen, als ein Dollar, der in der Union investiert wird. Die Amerikaner sind sich dessen wohl bewußt und behalten deshalb ihr Geld daheim. Geschichtliche und politische Beweggründe haben europäische Nationen dazu gedrängt, Kolonisten nach den entlegensten Weltecken auszusenden. Diese abenteuerlichen Geister haben Wunder gewirkt. Neue Länder luden zur Aufschließung ein und lieferten so den benötigten Auslaß für die übervölkerten Distrikte der alten Welt. Sie gewährten Gelegenheit zur profitablen Investierung von Arbeit und Geld. Aber die Vereinigten Staaten brauchen und wünschen keinen Fuß fremden Territoriums. Wir haben bereits alles, was wir brauchen, ein fruchtbares Land, Mineralien, Holz, Klima, Reichtum, Möglichkeiten und Menschen, die mehr Eigentum und mehr Komfort erwerben können, als es irgend einem anderen Lande je zufallen kann, und unser Volk ist sich dessen wohl bewußt. Deshalb existiert auch nirgends der Wunsch, auszuwandern oder Geld aus dem Lande zu schicken, und gegen die Ausdehnung der territorialen Grenzen der Union besteht ein tiefgegründetes Gefühl der Opposition."

Von dem hier entwickelten Gesichtspunkte aus sollte man auch den neuerlichen Vorstoß des amerikanischen Kapitals in China und Kleinasien betrachten. Nicht als Symptom einer nationalen Tendenz, sondern als Privatunternehmen, dem — wenn es auch durch das Staatsdepartement direkt gefördert wird — doch das treibende Moment des ökonomischen und völkischen Druckes mangelt. Anders liegen die Verhältnisse in solchen Ländern, (Mexiko, Kanada), die infolge ihrer örtlichen Nähe sich als die natürlichen Auslässe für amerikanische Waren, Kapitalien und Kolonisten darbieten. Hier wird die Vormacht der Amerikaner schwer zu umgehen sein. Ähnlich ist es in Kuba, Portoriko

und den Hawai Inseln, wenn auch dort bereits die fremdrassige Bevölkerung eigene Probleme bietet, welche die Elastizitätsgrenze des amerikanischen Kaufmanns und Kolonisten oft übersteigen.

Noch schwieriger gestaltet sich das Verhältnis zu den sehr entfernt gelegenen Philippinen-Inseln, die noch dazu in den Bereich der japanischen Interessensphäre fallen. Wer die Stimmung der Amerikaner für die Philippinen und andere abhängige Gebiete sondiert hat, der wird eine geradezu überraschende Gleichgültigkeit und Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse feststellen können. „We dont want them" ist das übereinstimmende Urteil. Eine Dekade forzierten Imperialismus hat die Amerikaner gelehrt, daß auswärtige Experimente sich nicht bezahlt machen, daß die Widerwärtigkeiten der amerikanischen Fremdherrschaft, „the white man's burden", weit größer sind als der Ruhm und die Profite, die sich damit erzielen lassen.

Die amerikanische Theorie der Kolonialregierung basiert bekanntlich auf dem Gedanken, daß die fremden Völker, gleichgültig, ob Portorikaner, Filipinos oder Eskimos in Alaska im Werden begriffene Amerikaner sind, die durch Befolgung des demokratischen Regimes zu der Vollkommenheit wirklicher Bürger erzogen werden können, daß also die Praxis der Selbstverwaltung in sich selbst ein Training in Charakter und Moral ist, und daß alle Menschen, gleichgültig ob weiß, schwarz, braun oder gelb, ungeachtet auf welcher Zivilisationsstufe sie stehen mögen, in gleicher Weise befähigt sind, durch self government zu profitieren. Diese Idee, welche im Gegensatz zu den Erfahrungen aller erfolgreichen Kolonialreiche steht, wonach die Bildung des Charakters der abhängigen Rassen der Gewährung der Autonomie vorangehen muß, hat sich bei der Verwaltung der Philippinen vom ökonomischen Standpunkte aus betrachtet entschieden nicht bewährt. Denn obgleich Armee und Polizei auf dem Archipel dem Schatzamt der Union zur Last fallen, ist das dort eingeführte Regierungssystem eines der kostspieligsten der ganzen Welt. Die Eingeborenen zahlen nahezu die Hälfte des Wertes ihres gesamten Exports für das Privileg, unter dem Sternenbanner regiert zu werden. Die Steuerbelastung wächst und der Handel stagniert oder ist im Abnehmen begriffen. Die für Kolonisierungszwecke verausgabten 400 Millionen Dollar haben sich bisher nichts weniger als bezahlt gemacht. Der einzige Erfolg der amerikanischen gegenüber der spanischen Herrschaft ist die Unterdrückung der Mönchsorden und die Aufteilung und der Verkauf der Ländereien, welch letzterer aber durch die höhere Besteuerung zum Teil wieder ausgeglichen wurde.

Die Schwächen der amerikanischen Kolonisationstheorie zeigen sich auch neuerdings wieder darin, daß Präsident Taft, angesichts des

Umstandes, daß die Portorikaner sich zur Selbstverwaltung unfähig erwiesen haben, dem Kongreß eine Spezialbotschaft zugehen ließ, worin er empfahl, die Befugnisse des Unterhauses oder House of Delegates, dessen Mitglieder vom Volke gewählt werden, gegenüber denen des Oberhauses, Executive Council genannt, das eine vorwiegend amerikanische Zusammensetzung zeigt, zu beschränken. Es berührt eigen, wenn man Vergleiche zwischen Gegenwart und Vergangenheit zieht, zu sehen, wie leicht eine Nation ihre geschichtliche Entwicklung vergißt und andern Völkern genau dieselbe Behandlung zuteil werden läßt, die sie einst als Eingriff in ihre heiligsten Rechte mit Waffengewalt zurückgewiesen: „No taxation without representation!" Wie die Portorikaner heut, so hatten die Amerikaner sich damals geweigert, die Gehälter ihrer Unterdrücker zu bezahlen, und wie Mr. Taft heut, so hatte damals König Georg von England eine Botschaft erlassen, worin er die Undankbarkeit der Kolonisten geißelte und militärische Aktion veranlaßte, welche zu Bunker Hill und schließlich zur amerikanischen Unabhängigkeit führte.

Auch die mehr und mehr aggressive Interpretation der Monroe-Doktrin durch die neueren Machthaber beweist, daß die Unionsregierung, im Gegensatz zum Volk, gewillt ist, mit Hilfe einer starken Flotte Weltpolitik in großem Maßstabe zu treiben, eine Politik, wie sie unamerikanischer, d. h. den Intentionen der Begründer der amerikanischen Demokratie widersprechender gar nicht gedacht werden kann.

Sagt George Washington: „The great rule of conduct in regard to foreign nations is, in extending our commercial relations, to have, with them, as little political relation as possible." Beabsichtigt als eine rein politisch protektive Maßnahme, zum Zweck, die auf dem amerikanischen Kontinent etablierten Staatswesen vor den Gelüsten europäischer Monarchen zu schützen — ein Zweck, der heut ernstlich nicht mehr in Frage kommt —, ist die Monroe-Doktrin im Laufe der Zeit zu einem willkommenen Werkzeug des kommerziellen Ehrgeizes der amerikanischen Machthaber geworden, welche gewillt sind, auch andere Fragen als die nationaler Rechte zu ihrem eigensten Vorteil zu lösen. Dabei vermißt man zunächst die notwendige Konsequenz, welche die Union durch die Fernhaltung europäischer Intervention von dem amerikanischen Kontinent für ihr Verhalten Europa gegenüber doch notwendigerweise ziehen müßte, nämlich sich von einer Einmischung in die Angelegenheiten der Mächte des europäischen Kontinents gleichfalls fernzuhalten.

Auch findet die Monroe-Doktrin insofern eine sehr einseitige Anwendung, als sie unter dem Deckmantel nationaler Interessen die kommerzielle Ausschlachtung bzw. Versorgung des gesamten amerikanischen Kontinents den Nordamerikanern vorbehalten

möchte, während die Exportstaaten Europas infolge ihrer weit früher einsetzenden Kolonisierungs-, Industrialisierungs-, Handels- und Verkehrstätigkeit sich unzweifelhaft ein Anrecht auf einen entsprechenden Anteil an dem Geschäft der wirtschaftlichen Erschließung des amerikanischen Kontinents erworben haben. Namentlich die vermittelnde Tätigkeit unserer Handelsflotte ist es, die Deutschlands Stellung Amerika gegenüber ein für allemal festlegt. Ein Land, das, wie die Union, um Südamerika zu erreichen, seine Waren auf englischen, deutschen, norwegischen Schiffen über Europa senden muß, kann schon aus diesem Grunde im Auslande nicht so achtungsgebietend auftreten als ein anderes, das seine Exportartikel auf eigenen Dampfern verfrachten kann und den auswärtigen Kunden direkt zuführt.

Die Gründe, warum die Vereinigten Staaten keine eigene Flotte zur Bewältigung ihres Außenhandels besitzen, sind kurz folgende: 1. Kapitalisten können gegenwärtig aus industriellen Anlagen höhere Profite erzielen als aus Seeverkehrsunternehmungen. 2. Die Ausgaben für Schiffbau sind in Amerika viel größere als in Europa und Japan. Von den Gesamtkosten eines Fahrzeuges entfallen 50 bis 75 % auf Arbeitslöhne, und diese sind für gelernte Arbeiter auf amerikanischen Schiffswerften nahezu doppelt so hoch als im Ausland. Auch die Kosten der Schiffsbaumaterialien sind höher. 3. Es ist nach amerikanischem Gesetz nicht zulässig, auswärts gebaute Schiffe anzukaufen und unter der Unionsflagge in den Verkehr zu stellen. 4. Es ist sehr viel teurer, ein Fahrzeug mit amerikanischer Bemannung in Betrieb zu halten als etwa ein englisches, deutsches, norwegisches, japanisches. Der Übergang der Flotte der United States Fruit Company in norwegische Hände ist einzig der damit ermöglichten Betriebsverbilligung zuzuschreiben. Ebenso die Übernahme der Mehrzahl der pazifischen Dampferlinien durch Japan. 5. Die Rentabilität eines Dampfschiffes verringert sich in dem Maße, als es in den fremden Häfen auf Rückfrachten warten muß, bzw. überhaupt keine solchen bekommen kann. Während es ein leichtes ist, Frachten, namentlich Rohstoffe, in genügender Menge nach dem Auslande zu bekommen, ist es infolge des prohibitiven Einfuhrzolls in vielen Teilen der Welt fast unmöglich, Rückfrachten nach den Vereinigten Staaten zu erhalten, im Gegensatz zu England, das infolge des Freihandels und des ausgedehnten Kolonialbesitzes in dieser Beziehung besonders günstig gestellt ist.

Man hat nun versucht, durch staatliche Subsidierung nach dem Muster Englands und Deutschlands mit Gewalt eine Kauffahrteiflotte zu schaffen, die in der Lage wäre, die amerikanische Navy auf ihren Uebungsfahrten um die Welt sowie im Falle eines Engagements im stillen Ozean ohne fremde Hilfe mit Kohlen zu versorgen. Die Ship-

subsidy-bill war bekanntlich eine Lieblingsidee des Sekretärs Elihu Root, der sich überhaupt um die Ausdehnung des nordamerikanischen Einflusses in Mittel- und Südamerika sehr bemüht hat. Er empfahl seinen Landsleuten, ihre Produkte dem Geschmack der Latino-Amerikaner anzupassen, sich in Punkto Verpackung mehr nach den örtlichen Verhältnissen der Abnehmer zu richten, die Bedürfnisse derselben und ihre Sprachen zu studieren, ihnen Kredit zu gewähren, Banken zu errichten und die auswärtige Kapitalinvestierung stärker zu betreiben, kurz dasselbe zu tun, was die europäischen Exportländer infolge ihres viel kleineren Binnenkonsums und ihrer größeren Bevölkerungsdichte längst zu unternehmen gezwungen waren. Aber wo der innere ökonomische Druck der Massen fehlt, wie in der Union, und nur der Ehrgeiz weniger Trusts die treibende Kraft bildet, da läßt sich der Außenhandel und damit die politische Expansion nur schwer durch äußerliche diplomatische Aktionen, durch Vermittlungsbureaus nach Art des International Bureau of American Republics in Washington, durch doktrinäre Maßnahmen usw. ins Leben rufen. Auch die periodischen Unterstützungen, welche Staatssekretär Knox vom Kongreß zur „systematischen Förderung des amerikanischen Handels", namentlich mit China und Südamerika bewilligt erhalten hat, werden kaum das bewirken, was allein das überströmende Volkstum zu vollbringen vermag.

Den südamerikanischen Handel durch staatliche Subsidierung zu erkaufen, d. h. das ganze Volk zu belasten, nur um dadurch den Interessen des Anlage suchenden Großkapitals zu dienen und an Stelle der miteinander konkurrierenden ausländischen Schiffahrtsgesellschaften einem amerikanischen Schiffstrust in die Hände zu fallen, das erschien den Demokraten der Zentral- und Weststaaten, nach den Erfahrungen, die sie mit Eisenbahnen und Trusts gemacht, als ein übles Geschäft, und so kam die Bill, trotz starker administrativer Unterstützung, zu nichte und wird auch trotz der Unterstützung durch Taft schwerlich wieder aufleben, höchstens in Form einer versteckten Prämie, indem beabsichtigt wird, nach Eröffnung des Panamakanals den amerikanischen Fahrzeugen eine geringere Durchfuhrgebühr aufzuerlegen als den fremden Schiffen. Eine Herabsetzung des Zolltarifs oder die Zulassung auswärts gebauter Schiffe würde den Bestand der amerikanischen Flotte wesentlich vermehren. Doch würden dadurch die Interessen der Plutokratie wieder zu sehr gefährdet, denen der hohe Zollschutz Lebensbedingung ist. Solange der Außenhandel der Union, nicht weit größere Proportionen annimmt, ist die Frage auch nicht dringend, da die fremden Schiffahrtsgesellschaften aus mehr als einem Grunde beflissen sind, die Frachtenvermittlung bestens zu besorgen.

Im Jahre 1907 belief sich der Gesamthandel der Union mit Zentral- und Südamerika auf etwa 596 Millionen Dollar, d. h. etwa 29 % des Außenhandels jener Staaten wurde durch Nordamerika besorgt. Davon entfielen auf Südamerika 238,1 Millionen (96,9 Millionen), Panama 20,3 Millionen (18,6 Millionen), Zentralamerika 23,8 Millionen (10,0 Millionen), Mexiko 161,0 Millionen (73,1 Millionen), Inselrepubliken 152,6 Millionen (57,3 Millionen) Dollar. Eingeklammert sind die Exportziffern der Union nach den betreffenden Staaten. Der Gesamtexport nach Mittel- und Südamerika aus den Vereinigten Staaten belief sich demnach auf 256,2 Millionen Dollar gegen 137,7 Millionen Dollar von Deutschland. Der Unterschied ist groß genug, um uns zu veranlassen, unser Augenmerk noch intensiver als bisher auf den Handel mit Mittel- und Südamerika zu lenken, um bei der örtlichen Entferntheit und in dem Maße, als der nordamerikanische Markt sich uns verschließt, unsern legitimen Anteil an der wirtschaftlichen Erschließung dieser Länder zu behaupten und wenn möglich zu vergrößern. Die Gestaltung des Außenhandels der Union zu den übrigen Ländern ist aus den einschlägigen statistischen Tabellen zu ersehen *). Derselbe darf keineswegs als Maßstab für die nationale Prosperität gelten, denn während der Industriewarenexport infolge des steigenden Inlandkonsums zeitweilig abnimmt, wächst der Gesamtwohlstand des Landes außerordentlich, wie die Produktionsziffern beweisen.

Die Monroe Doktrin hat aber, vom Standpunkt der höheren Politik betrachtet, auf dem amerikanischen Kontinent selbst eine verhängnisvolle Wirkung gezeitigt, die ihr Begründer sicherlich niemals beabsichtigte, nämlich die indirekte Begünstigung der politischen Mißwirtschaft in den beschützten Kleinstaaten. Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit der Frage ist hier die sachverständige Auslassung eines Nordamerikaners wiedergegeben, der die Zentral- und Südstaaten zu Studienzwecken längere Zeit bereist und seine Eindrücke kürzlich veröffentlicht hat. Sagt Mr. Edwin Emerson: „In the region around the Caribean the Monroe Doctrin is regarded as being not so much the shining shield of a mighty Republic held over her younger sisters, as a cloak under whose hiding folds petty despots feel encouraged to do their worst without fear of correction and punishment. . . But for the Doctrin, men argue, petty tyrants of the Castro and Cabrera type would not dare to defy the commonest dictates of international law and humanity, nor could the financial sharks who fatten under their rule venture to enrich themselves and their silent governmental partners

*) Vgl. Anmerkung.

quite so shamelessly at the expense of the countries exploited by them." Und weiter: „The Monroe Doctrin, as president Roosevelt pointed out in his first presidential message seven years ago, in order to remain respected in the world must entail international responsibilities as well as international privileges. Without such recognition of responsibility it becomes nothing but a cloak for international misconduct and domestic oppression."

Diesen Eröffnungen gegenüber ist es wenig erhebend, feststellen zu müssen, daß einige europäische Mächte, unter anderen Italien, ihre diplomatischen Vertreter in Zentral- und Südamerika angewiesen haben, der Monroe Doctrin bzw. den kostbaren Handelsbeziehungen mit der Union zuliebe sich jeglicher energischer Vorstellungen gegen diese Staaten zu enthalten, selbst wenn das Leben, die Ehre oder das Eigentum der eigenen Staatsangehörigen auf dem Spiele stehen. Es ist dies einer der vielen Fälle, die beweisen, daß eine Nation, die auswärtige Interessen wahrzunehmen hat und gewillt ist, sie wahrzunehmen, einer starken Flotte bedarf, um ihre getrennten Volksglieder und ihre nationale Würde nicht dem Hirngespinst einer fremden Macht opfern zu müssen. Ob es weise ist, sich zum Verwalter fremder Haushaltungen zu proklamieren, wenn die eigene Wirtschaft so sehr der Reform und der Aufmerksamkeit der Staatsleiter bedarf wie die nordamerikanische, ist eine Frage, die wir hier nicht untersuchen wollen. Auch nicht, wie weit die Schwächen des amerikanischen Konsular- und diplomatischen Dienstes, dessen verantwortliche Stellen infolge des Systems der parteipolitischen Begünstigung oft mit gänzlich unfähigen Persönlichkeiten gefüllt werden, geeignet sind, uns die eigene Interessenvertretung im Auslande gerechter beurteilen zu lassen.

Nur der Opposition, welche sich unter den einsichtigen Amerikanern gegen eine Forzierung der Flottenrüstungen geltend macht, sei hier, weil zum Thema gehörig, noch Ausdruck gewährt. Gelegentlich der verflossenen Marinevorlage, die bekanntlich vier neue Schlachtschiffe forderte, von denen der Kongreß nur zwei 26 000 Tonnen-Schiffe bewilligte (außerdem 5 Torpedobootszerstörer, 3 Kohlenschiffe, 4 Unterseeboote und ein Unterflächenboot), wurden von den unten genannten hervorragenden Persönlichkeiten in einem Aufruf 30 gewichtige Gründe gegen eine Flottenvermehrung veröffentlicht, von denen einige in folgendem zitiert sind:". .

„(1) Because we have fought foreign foes, English, Spanish and Mexican, only six years in the 125 years since the Revolution. In every foreign war we made the first attack. With less danger from attack than any other nation, we are now spending more for past war and preparation for future war than any other nation in the world.

„(2) Because our extent of coast-line has little relation to danger from attack. . . . . .

„(7) Because our three foreign wars since 1781, which lasted only six years, cost in life, all told, in battle, nothing comparable with our reckless slaughter by accidents every year in time of peace. The $ 60000000 increase of the Navy asked for last year, if spent in fighting disease, ignorance, waste, and wickedness at home, probably could save as much life and property as all our foreign and civil wars have cost. In five years we have lost alone by fire, largely preventable, $ 1200000000. In four years we have killed, by accident, largely preventable, 80 000 more than were killed on both sides in the four years of civil war.

„(8) Because we are already spending over 65 per cent of the nation's revenue in payment for past war and in preparation for future war, and have but one-third of our national revenue left for judicial and executive departments, coast guard, lighthouses, quarantine, custom-houses, post-offices, census, waterways, forestry, consular and diplomatic service, and all other constructive work . . . . . .

„(9) Because our Navy is already so large as to incite other nations to increase theirs. Our naval increase was quoted last year in the French Assembly as an argument for a French increase. This senseless rivalry is driving certain would be customers of ours toward bankruptcy. . . . . .

„(29) Because by lowering excessive tariffs and thus promoting commercial fraternity we could do more for peace than through intimidation by armaments."

Unterzeichnet ist der Aufruf von:

Charles Francis Adams, Jane Addams, Samuel Bowles, John Graham Brooks, Andrew Carnegie, James Duncan, President Faunce, of Brown University, A. B. Farquhar, Edwin Ginn, Washington Gladden, Edward Everett Hale, William D. Howells, Chester Holcombe, Prof. William James, the Rev. Charles E. Jefferson, President Jordan of Leland Stanford University, Bishop William N. McVickar, Marcus Marks, N. O. Nelson, Gen. William J. Palmer, the Rev. Charles H. Parkhurst, George Foster Peabody, Bliss Perry, Dean Henry Wade Rogers of the Yale Law School, Prof. William G. Sumner, Lincoln Steffens, Ida M. Tarbell, President Thwing of Western Reserve University, President Thompson of the State University of Ohio, Booker T. Washington, Rabbi Stephen S. Wise, President Mary E. Woolley of Mt. Holyoke College und anderen.

Es ist nicht unsere Sache, den Amerikanern in ihre maritimen Angelegenheiten zu pfuschen, gerade wie wir Deutsche es uns nicht nehmen lassen, unsere Flottenrüstungen den eigenen Bedürfnissen des wachsenden Außenhandels entsprechend anzupassen. Die obigen Auslassungen

sollen nur erweisen, daß gegen die Überspannung der politischen und wirtschaftlichen Expansion der Vereinigten Staaten in den einsichtsvollen Kreisen des amerikanischen Volkes selbst eine tiefgegründete Abneigung besteht, daß also der amerikanische Imperialismus keine völkische Bewegung ist, sondern im besten Falle eine kapitalistische, der jedoch im Gegensatz zu anderen, z. B. der japanischen, die wirklich treibende Kraft fehlt: das überströmende Menschentum.

Noch einige Worte über den Handel Deutschlands mit den Vereinigten Staaten. Derselbe steht bekanntlich an Bedeutung für die Union an zweiter Stelle, rangiert also dicht hinter dem Handel der Union mit England. Im Jahre 1907 erreichte unser Export nach Nordamerika 161,5 Millionen Dollar, während wir Waren im Werte von 256,6 Millionen Dollar von dort einführten, d. h. ein Mehr von etwa 50 %, also eine entschieden passive Bilanz. Der Überschuß der Einfuhr betrug aber — das muß notwendigerweise berücksichtigt werden —, vor 10 Jahren noch 130 %, die Bilanz hat sich also trotz des Dingleytarifs ganz wesentlich zu unsern Gunsten verschoben, wenn man eine aktive Handelsbilanz als günstig ansieht. In den zwei Jahren von 1905 bis 1907 ist sogar der Wert unserer Ausfuhr nach der Union um denselben Betrag gestiegen als der Wert unserer Einfuhr von dort, nämlich um 43 Millionen Dollar. Von der letztgenannten Steigerung entfielen allein 34 Millionen oder 80 % auf Rohbaumwolle, die wir in Deutschland weiter verarbeiten. Und hierin liegt ein weiteres bereits beleuchtetes Charakteristikum unserer Exportgebarung gegenüber derjenigen Nordamerikas. Wohl führen wir bedeutend weniger Rohmaterialien nach dort aus als die Amerikaner nach Deutschland, aber der Wert der von uns nach der Union ausgeführten Fabrikate betrug im Jahre 1907 147,0 Millionen Dollar, während die Union solche Waren nur im Werte von 90,6 Millionen Dollar uns zuführte.

In diesen Ziffern wurzelt unsere Bedeutung als Industrieexportstaat, ruht unser Schutz gegen die Invasion amerikanischer Produzenten. Weltwirtschaft in dem Sinne der Versorgung fremder Märkte läßt sich auf die Länge der Zeit nur mit solchen Waren betreiben, in denen ein hoher Arbeits- und Kapitalwert, aber ein geringer Bodenwert steckt. Die Suprematie der Rohstofflieferung wird nur so lange dauern, bis die Quellen versiegen, aus denen die Materialien fließen, und bis die neu erschlossenen Länder soweit erstarkt sind, daß sie die Lieferung der Produkte niederer Ordnung selbst übernehmen. Derselbe Zug, welcher die schweren Industrien innerhalb der Grenzen eines Landes zu den Rohstoffen treibt, muß sich notwendigerweise im Laufe der Zeit nach den Ländern fortsetzen, deren Bodenschätze noch der Erschließung harren. Wohl läßt sich durch Kapitalinvestierung, z. B. Aufkauf russischer,

rumänischer, galizischer Ölquellen und Raffinerien durch den Oiltrust, die Suprematie der Rohstofflieferung verlängern, doch wird sich das nur so lange tun lassen, bis die betreffenden ausgesogenen Länder zur nationalen Selbständigkeit und industriellen Reife erwachsen und schließlich die Fremdherrschaft mit Gewalt abschütteln.

Die neuere Geschichte Englands lehrt, daß sich fremde Länder und Rassen nur so lange in Abhängigkeit halten lassen, als sie politisch unfähig sind, sich selber zu regieren. Ähnlich ist es mit der Beherrschung fremder Märkte. Nur so lange ein tatsächliches Bedürfnis in dem beziehenden Lande vorliegt, wird es von einem andern Waren kaufen, und zwar wird die Kundschaft um so länger dauern, je komplizierter die gewünschten Brauchlichkeiten sind und je schwieriger sie sich an Ort und Stelle fabrizieren lassen. Deshalb wird dasjenige Land, welches sich bemüht, Industrien höchster Ordnung zu entwickeln, seine Industriegebarung mit nationalem Geiste zu durchtränken und seinen Waren ein spezifisches Gepräge aufzudrücken, die beste Aussicht haben, im Lichtkreis des Weltwirtschaftslebens als Industrieexportstaat dauernd eine Rolle zu spielen. Die natürlichen Hilfsquellen würden Nordamerika mehr als irgend ein anderes Land zur wirtschaftlichen Suprematie befähigen. Reiche Bodenschätze, menschliche und maschinelle Arbeitskräfte, einheimische und fremde Kapitalien, ungehemmter Schaffenstrieb und ein enormer Binnenmarkt mit stark wachsender Bevölkerung, also alle Grundbedingungen zu profitablem Großbetrieb, zur Fabrikation von Exportstapelartikeln, zur Überschußwirtschaft und zur Eroberung fremder Märkte sind gegeben. Nur fehlt der innere ökonomische Druck, welcher durch den Selbsterhaltungstrieb der Rasse ausgelöst manche kleinere Nation befähigt, Wunder zu wirken.

In Amerika ist es der Erwerbstrieb des Großproduzenten, welcher das Sättigungsvermögen des Volkes übersteigt und zum Export drängt. In Deutschland ist es das Unvermögen der nationalen Wirtschaft, die durch legitime Inzucht — nicht durch Einwanderung — stetig wachsende heimische Bevölkerung mittelst des inneren Güterumsatzes zu ernähren, welches uns zwingt, den Weltmarkt aufzusuchen.

Und noch eine Eigenschaft fehlt der amerikanischen Demokratie, die unserer deutschen Monarchie den Mangel mancher physischen Fähigkeit ersetzen muß: die aus der historischen Entwicklung einer ethnisch geschlossenen Volksmasse logisch herausgebildete und durch die wachsende Rassenverdichtung auf beschränktem Boden moralisch bedingte Einheitlichkeit des Organisierens der nationalen Kraft. Allerdings beschränkt sich dieselbe auf ein winziges Territorium von nur $^4/_5$ der Größe des Staates Texas. Und doch erhalten wir auf diesem Raum nahezu 65 Millionen Menschen, während das

18mal größere Gebiet der Union heut erst 90 Millionen beherbergt. Wohl ist es die Größe des Landes und seiner Bodenschätze, welche in letzter Linie die Bevölkerungsdichte und damit den Inlandkonsum bestimmen. „Mehr und immer mehr muß sich die Wahrheit durchringen, daß der Kampf der Industrie um einen Platz unter den Nationen gebunden ist an die politische Stellung, da die Größenfrage im Grunde auch die Frage nach der Suprematie ist. Eine Nation kann nicht klein sein an territorialer Ausdehnung und Bevölkerungszahl und eine Großmachtstellung in der Herstellung materieller Produkte einnehmen wollen. Um in der Industrie, in der Finanzwelt, im Handel den ersten Platz zu behaupten, müssen sich die kleineren Nationen mit anderen verschmelzen und gedeihliche Glieder einer großen vereinigten Macht werden. . . . . Der tiefste und mächtigste aller Gegensätze zwischen den beiden Kontinenten (dem nordamerikanischen und dem europäischen) ist, daß der eine Kontinent ein einiges, harmonisches, friedlich zusammenarbeitendes Ganzes bildet, dessen Macht und Energie auf industriellen Fortschritt gerichtet ist, daß der andere in feindliche Lager gespalten ist, daß jedes dieser Lager seine Energie auf militärische Abwehr und kommerzielle Isolierung richtet."

Carnegie, der die ganze Welt nach seinen geldlichen Erfolgen im Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten" beurteilt und die Schwierigkeiten einer radikalen Zustandsänderung in den alten Kulturländern vollständig verkennt, überschätzt in seinen Essays über die Weltwirtschaft den Einfluß territorialer Masse und unterschätzt die Möglichkeiten fortschreitender Verdichtung auf gegebenem Raum. Auch sieht er nur die Übelstände und Kosten der Rüstungen, die verkehrshindernden Wirkungen der Zollschranken isolierter Staaten, ohne zu berücksichtigen, daß der Druck und die Friktion, welche durch das Rassen-, Klassen- und Nationalitätenprinzip bedingt werden, auch fortschrittfördernd wirken. Wieviel reiche Anregung hat nicht die „Last des Militarismus", die Notwendigkeit der Schaffung nationaler Wehrmacht, der Zwang zur Sparsamkeit der deutschen Technik schon gegeben; wieviel Gelegenheit zur fruchtbaren Betätigung von Arbeit und Kapital! Überhaupt sollte man sich bei den häufigen Klagen über „Knebelung von Industrie, Handel und Verkehr durch reaktionäre Regierungsmaßnahmen" billigerweise vor Augen halten, daß das Vorhandensein von Hindernissen einer hochentwickelten Technik bessere und vielseitigere Gelegenheit zur ingeniösen Leistung bietet als die schrankenlose Wirtschaft aus dem vollen.

Die Erhaltung spezifischer Volksart gegenüber dem nivellierenden Strome eines allumfassenden Weltbürgertums hat, vom reinen Nützlichkeitsstandpunkt betrachtet, noch weitere Wirkung

auf die wirtschaftliche Wertschaffung. Es verbindet sich eine nationale Pflicht mit der Käufertugend, weil von der höheren Leistungsfähigkeit die Konkurrenztüchtigkeit eines Volkes im Wettbewerb mit anderen Nationen abhängt. Nur ein Käufertum mit erzogenen Ansprüchen entwickelt ein hochstehendes Gerwerbetum. Deshalb die Notwendigkeit der Differenzierung und Konservierung solcher Klassen, welche aus dem Wohlleben ein Studium machen und verfeinerte Bedürfnisse wachrufen, und die Wichtigkeit der Förderung technischer Intelligenz, welche die Mittel schafft, jene zu befriedigen. „Also besteht", sagt Avenarius, „eine Art prästabilierter Harmonie, die allein das für den Konsumenten Nützliche auch zu dem für den Produzenten und Händler Profitablen macht."

Die Gefahr der kapitalistischen Neuordnung der Dinge scheint mir aber in der Umkehrung der Gleichung zu liegen: Das für den Produzenten und Händler Profitable und nur dieses wird dem Konsumenten als nutzbar geboten. Beim Export ist es aber wie bei jeder Art von Handel und Fluß. Je größer der Gestehungsunterschied, desto intensiver der Ausgleich. Sagt Carnegie: „Um dauernd eine Bevölkerung über der Lebensmittelgrenze zu halten, muß eine Nation imstande sein, notwendige Artikel zu soviel besseren Bedingungen liefern zu können, als sie die kaufenden Nationen selbst zu erzeugen oder sich zu verschaffen vermögen. Nur dann sind sie in der Lage, das Mißverhältnis der höheren Lebensmittelpreise zu ertragen." Aber zu dem Unterschied der Gestehungskosten tritt der Unterschied der Sachqualität.

Es fällt uns leicht, als Kenner und Mitarbeiter der amerikanischen Industrie, solche technische oder organisatorische Errungenschaften, die sich unter den großzügigen Produktionsverhältnissen der Union durchgesetzt haben, in unsere vergrößerten Betriebe einzuführen und den Amerikanern quantitativ gleichwertig zu werden, wo immer unser Absatz so weit gesteigert ist, um automatischen Großbetrieb lohnend zu machen. Der technische Vorsprung einer Nation vor der anderen ist heute nie von langer Dauer. Die Verbreitung der Werkzeugmaschinen, der Schiffsturbinen, der Gichtgasauswertung, der Nebenproduktengewinnung sowie die rasche Industrialisierung Japans beweisen uns das. Was sich nicht ohne weiteres in eine Volkswirtschaft übernehmen läßt, das sind außer den grundlegenden Bodenschätzen die schöpferischen Eigenschaften, die im Menschentum und im staatlichen Zusammenwirken der Volksglieder wurzeln, und zu deren Hervorbringung es einer jahrhundertelangen nationalen Entwicklungsgeschichte bedurfte. Von den drei grundlegenden Faktoren der wirtschaftlichen Produktion spielen in Amerika Natur und Kapital, in Deutschland dagegen die Arbeit eine überwiegende Rolle. Die Vorteile der möglichsten Ausschaltung der Menschenarbeit,

wie sie für die amerikanische Produktionstechnik charakteristisch ist, sind nur geringe und augenblickliche. Auf die Länge der Zeit führt die Vernachlässigung gerade dieses Faktors zur Erstarrung der Produktion zur Verminderung des Absatzes, zum Versiegen des Urquells der nationalen Kraft. Die Prägung und Wertung neuer Brauchlichkeiten unter dem ökonomischen und politischen Druck unserer gedrängten Volkswirtschaft ist für die deutsche Nation aber umsomehr eine Lebensforderung, als unsere Fabrikation gezwungen ist, sich mangels ausreichender Rohstoffe zu Stufen höchster Ordnung zu entwickeln und infolge der billigen Konkurrenz anderer Völker Qualitätswaren für ein hochstehendes Käufertum herzustellen.

Nur solange wir Produkte höherer Ordnung im Austausch gegen solche niedrer Ordnung oder gegen Gold zu liefern vermögen, werden reiche und unabhängige Länder wie Nordamerika zu unseren Kunden zählen. Alles, was diesen Niveauunterschied auszugleichen strebt, so die natürliche Tendenz der Amerikaner, ihre heimische Industrie nach europäischem Muster zu Stufen höchster Ordnung zu entwickeln — und die Sätze des neuen Zolltarifs lassen uns über die Ernsthaftigkeit ihres Vorhabens nicht im Zweifel —, ist dem Güterabsatz schädlich. Diese Emanzipierung oder Selbständigmachung der Union können wir aber nicht aufhalten. Unser stofflicher und namentlich unser geistiger Export liefert ihnen ja die Mittel zur Selbsthilfe. Wehren können wir uns aber, ein jeder in seinem Wirkungskreis, gegen das gleichfalls exportfeindliche Herabsinken unseres spezifisch-germanischen Milieus zu der alles verflachenden Zweckmäßigkeitsroutine des amerikanischen Völkerbreies. Dasselbe schädigt die ausgeprägten Schaffens- und Bedarfseigenheiten unserer Rasse. Wenn sich auch völkische Instinkte und Fähigkeiten nicht in einem Jahrhundert materialistischer Ausartung in unserem gepanzerten Volkskörper ertöten lassen, so lassen sie sich doch schwächen und von Mittelmäßigkeit überwuchern. Kein Land kann aber an industrieller Intelligenz und Fortschrittlichkeit in der Welt dauernd die Führung übernehmen, wenn es sich mit der Herstellung von „standard goods", von Massengütern begnügt; wenn seine Fabrikanten aus Rücksicht auf die investierten Kapitalien zögern, die Produktion den ständig neu erstehenden Bedürfnissen der Konsumenten entsprechend zu ändern. An dieser Erstarrung der Produktion krankt die Industriegebarung der Union — wie die Importstatistiken beweisen — stärker als an der Verwässerung ihrer finanziellen Grundlagen, die sich, solange die Bodenschätze zureichen, immer wieder sanieren lassen. Die Überspannung des kapitalistischen Prinzips kann niemals zur dauernden Beherrschung des Weltmarktes dienen. Das sollten wir uns klar machen und daraus für unser Handeln die Konsequenzen ziehen. Ausführen

können wir — abgesehen von den Gelegenheitsexporten zu Zeiten großer Streiks oder sonstiger Störungen der fremden Wirtschaften — nur wirkliche Brauchlichkeiten und zwar Betriebsstoffe und Auswertungsprozesse, die durch ihre Überlegenheit vorbildlich sind, Edelprodukte, die sich vor andern durch ihren Gütegrad auszeichnen, Waren, die wir besser, billiger oder eigenartiger herzustellen vermögen als das Ausland. Und diese Hegemonie des Bedarfsgeschmacks, der schöpferischen Kraft, der Vielseitigkeit, des Anpassungsvermögens läßt sich nicht aufrecht erhalten, wenn wir uns allesamt amerikanisieren.

*Anmerkung.* Der gesamte Außenhandel der Union betrug im Jahre 1907 3,3 Milliarden Dollar, die Einfuhr 1,4 Milliarden, die Ausfuhr 1,9 Milliarden. Die Haupteinfuhrartikel waren (in Millionen Dollar): Chemikalien 86, Zucker 83, Baumwollenfabrikate 79, Felle 77, Rohseide usw. 71, Kaffee 71, Flachs und Hanf verarbeitet 65 Millionen Dollar. Die Hauptausfuhrartikel sind: Baumwolle 469, Getreide, Mehl usw. 214, Eisen und Stahl 197, Schlächterei- und Molkereiprodukte 197, Kupfer 100, Mineralöle 91, Holzwaren 86 Millionen Dollar. Gruppiert man die eingeführten und ausgeführten Waren nach dem Zustande der Verarbeitung so ergibt sich für die Einfuhr bzw. Ausfuhr in Millionen Dollar: Nahrungsmittel in rohem Zustande und Tiere für die Ernährung: Einfuhr 152, (10,6 %), Ausfuhr 193 (10,2 %), Nahrungsmittel, Halbfabrikate und Fertigfabrikate, Einfuhr 153 (10,7 %), Ausfuhr 341 (18,0 %), Rohstoffe für die Industrie: Einfuhr 464 (32,6 %), Ausfuhr 586 (10,2 %), Halbfabrikate für die Industrie: Einfuhr 262 (18,4 %), Ausfuhr 267 (14,0 %), Fertigfabrikate für den Konsum: Einfuhr 379 (26,6 %), Ausfuhr 499 (26,3 %). Der prozentuale Anteil der zollfrei eingeführten Waren betrug 44,7 %, die Zollerträge 324 Millionen Dollar. Zur Ergänzung der statistischen Angaben über den Außenhandel der Union sind folgende Notizen aus der „Handelszeitung des Berliner Tageblattes" noch von Interesse.

Die Ausfuhr von Bodenprodukten aus den Vereinigten Staaten (einschließlich von Fleisch und Molkereiprodukten, Schlachtvieh und Mineralölen) hat nach einem Ausweise des Statistischen Bureaus der Bundesregierung in dem mit dem Juni 1909 beendeten Rechnungsjahre eine Wertabnahme um nahezu 110 Millionen Dollars erfahren, die sich folgenderweise verteilt:

| | Abnahme Doll. |
|---|---|
| Brotstoffe | 54 697 543 |
| Fleisch und Molkereiprodukte | 24 218 406 |
| Schlachtvieh | 11 257 330 |
| Baumwolle | 20 399 293 |
| Mineralöle | *) 817 943 |
| Total | 109 754 629 |

*) Zunahme.

Dem Werte nach belief sich die Gesamtausfuhr von jenen Produkten auf nahezu 834 Millionen Dollar und verteilte sich wie folgt:

| | 1909 Doll. | 1908 Doll. |
|---|---|---|
| Mais | 24 716 415 | 33 433 906 |
| Weizen | 66 663 646 | 99 595 532 |
| Mehl | 50 884 600 | 63 930 421 |
| Sonstige Brotstoffe | 8 388 555 | 8 390 900 |
| Total der Brotstoffe | 150 653 216 | 205 350 759 |
| Fleisch und Molkereiprodukte | 146 280 220 | 170 498 626 |
| Schlachtvieh | 17 936 055 | 29 193 385 |
| Baumwolle | 417 124 818 | 437 524 111 |
| Mineralöle | 101 983 107 | 101 165 164 |
| Total | 833 977 416 | 943 732 045 |

Der Menge nach stellten sich die betreffenden Ausfuhren folgenderweise:

| | 1909 | 1908 |
|---|---|---|
| Mais (Bushel) | 35 213 240 | 51 517 106 |
| Weizen (Bushel) | 65 479 311 | 100 212 161 |
| Mehl (Fass) | 10 463 709 | 13 875 357 |
| Baumwolle (Ballen) | 8 570 220 | 7 430 234 |
| Mineralöle (Gallonen) | 1 483 867 818 | 1 300 037 369 |

Während also die letztjährige Ausfuhr von Mais, Weizen und Mehl gegenüber der des vorhergehenden Rechnungsjahres eine Einbuße an Wert und Menge aufweist, läßt die von Baumwolle bei quantitativer Zunahme eine Einbuße an Wert und die an Mineralölen eine Zunahme an Wert und Menge ersehen.

Außenhandel der Vereinigten Staaten im Fiskaljahr 1909. Dem soeben veröffentlichten detaillierten Bericht des Statistischen Bureaus der Bundesregierung entstammen die folgenden Daten. Der Import (Wert in Dollars) gestaltete sich wie folgt:

| Import | 1909 | 1908 |
|---|---|---|
| Nahrungsstoffe, einschl. animalischer, roh | 163 921 598 | 145 577 427 |
| Nahrungsstoffe, Halb- und Ganzfabrikate | 165 028 764 | 147 008 870 |
| Rohmaterialien für Manufakturwaren | 453 319 751 | 363 482 258 |
| Manufakturwaren, Halbzeug | 222 580 277 | 196 248 409 |
| Manufakturwaren, Ganzfabrikate | 297 617 739 | 331 617 926 |
| Diverse | 9 452 095 | 10 406 902 |
| Total der Importe | 1 311 920 224 | 1 194 341 792 |

| Export (Wert in Dollars). | | |
|---|---|---|
| Nahrungsstoffe, einschl. animalischer, roh | 135 663 625 | 189 051 824 |
| Nahrungsstoffe, Halb- und Ganzfabrikate | 302 457 144 | 331 961 663 |
| Rohmaterialien für Manufakturwaren | 520 768 631 | 556 681 462 |
| Manufakturwaren, Halbzeug | 229 937 155 | 261 105 883 |
| Manufakturwaren, Ganzfabrikate | 441 820 754 | 489 469 958 |
| Diverse | 7 707 984 | 6 515 567 |
| Total des Exportes heimischer Erzeugnisse | 1 638 355 593 | 1 834 786 357 |
| Wiederausfuhr ausländischer Erzeugnisse | 24 655 511 | 25 986 989 |
| Total der Exporte | 1 663 011 104 | 1 860 773 346 |

An der Ein- und Ausfuhr des letztvergangenen Fiskaljahres waren vornehmlich beteiligt:

| | Export | Import | | Überschuß |
|---|---|---|---|---|
| England | 514 627 365 | 208 612 758 | Ausf. | 306 014 607 |
| Deutschland | 235 324 140 | 143 525 828 | „ | 91 798 312 |
| Frankreich | 108 764 262 | 108 387 337 | „ | 376 925 |
| Niederlande | 95 012 366 | 26 086 336 | „ | 68 926 030 |
| Kanada | 163 448 656 | 79 317 055 | „ | 84 131 601 |
| Mexiko | 49 793 323 | 47 712 214 | „ | 2 081 109 |
| Cuba | 43 913 356 | 96 722 193 | Einf. | 52 808 837 |
| China | 19 420 024 | 28 798 723 | „ | 9 378 699 |
| Japan | 26 691 613 | 70 392 722 | „ | 43 701 109 |

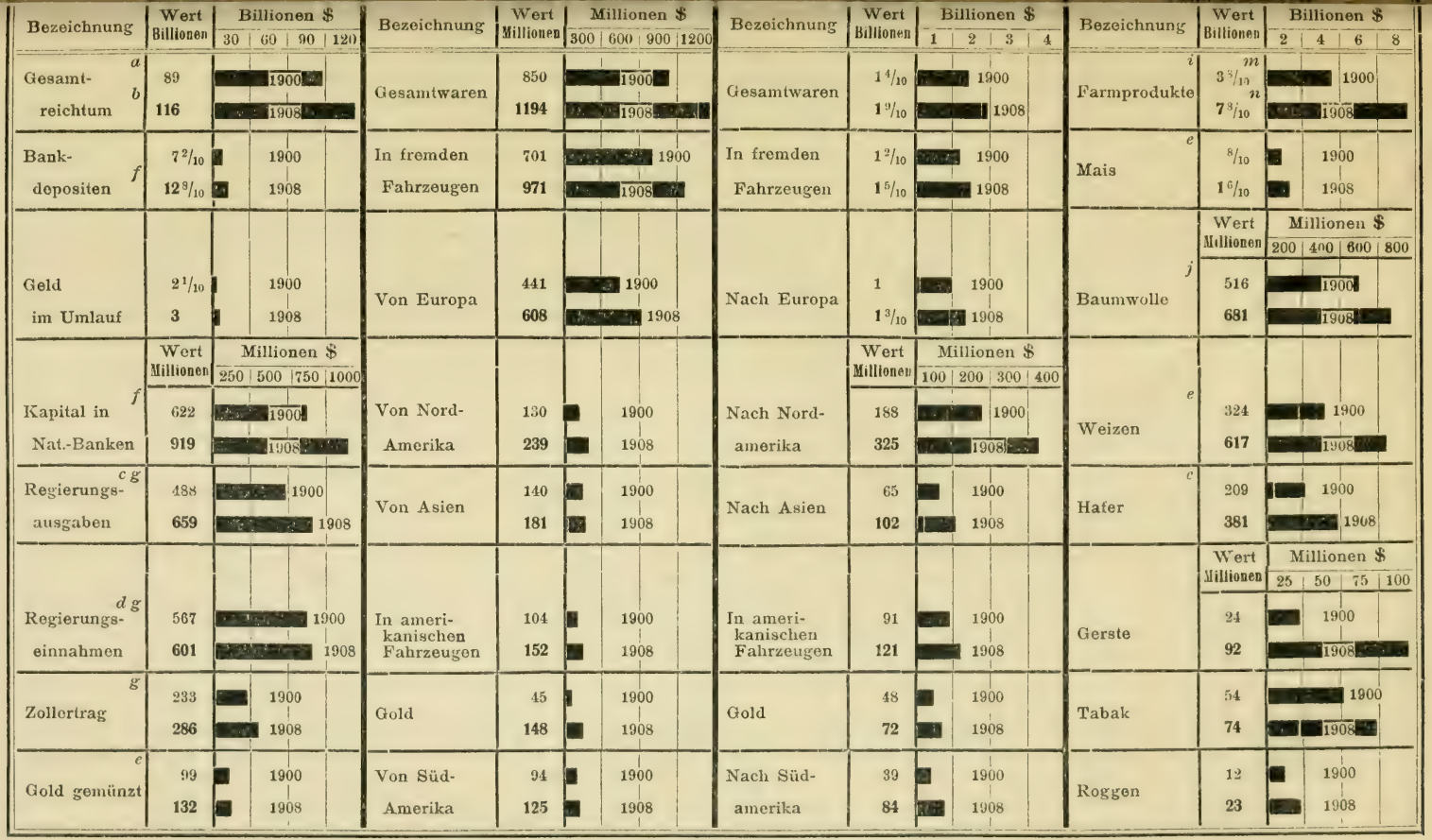
Der Überschuß der Gesamtausfuhr über die Gesamteinfuhr, der im Fiskaljahr 1908 664 431 554 Dollar betrug, ist im Fiskaljahr 1909 auf 351 089 880 Dollar zurückgegangen.

Laut dem Berichte des Statistischen Bureaus der Bundesregierung schloß der Außenhandel der Vereinigten Staaten im diesjährigen Juni (zum ersten Male seit dem gleichen Monat des Jahres 1897) wieder einmal mit einer Unterbilanz ab, und zwar mit einer solchen von 7 158 104 Dollar. Denn während sich der Wert der Ausfuhr auf 117 535 393 Dollar belief, erreichte der der Einfuhr eine Höhe von 124 693 497 Dollar, davon entfielen 71 025 603 Dollar auf zollpflichtige Waren. Für das Fiskaljahr, das mit dem letztvergangenen Juni zum Abschluß gelangte, belief sich der Wert der Ausfuhr auf 1 663 126 908 und der der Einfuhr auf 1 311 948 592 Dollar, von dem letzteren Betrage entfielen 712 384 817 Dollar auf zollpflichtige Waren. Für jenes Jahr ergab sich demnach ein Überschuß der Exporte in der Werthöhe von 351 178 316 Dollar, gegenüber einem Überschusse von 666 431 554 Dollar für das vorhergehende Fiskaljahr, das in Hinsicht auf diesen Überschuß einen Rekord schuf. Indessen waren für den letzteren eigentümliche Verhältnisse verantwortlich, die bei einem Vergleiche zwischen jenen beiden Exportüberschüssen wohl zu beachten sind. Infolge der Katastrophe, die gegen Ende des Kalenderjahres 1907 hereinbrach, nahmen die Importe gar bald in großem Umfange ab, während die Exporte so ziemlich ihre Werthöhe behaupteten, so daß bei einer Werteinbuße von 260 Millionen Dollar, die der gesamte Außenhandel der Vereinigten Staaten in dem Fiskaljahre 1907/08 gegenüber dem Vorjahre mit seinem bis heute noch größten Außenhandel aufwies, nur 20 Mill. Dollars auf der Ausfuhrseite zu verbuchen waren. Ferner ist hier noch die starke Zunahme der Einfuhr zu berücksichtigen, die in der zweiten Hälfte des letztvergangenen Fiskaljahres zu verzeichnen war, während fast in jedem Monat die Wertziffern des Exportes hinter den der vorjährigen Parallelperioden zurückblieben. Deshalb reduzierte sich der Exportüberschuß in dem mit dem letzten Juni beendeten Vorjahr gegenüber dessen Vorgänger um ein so Bedeutendes und damit zugleich auch auf das geringste Maß seit dem Jahre 1896—1897. Der gesamte Außenhandel des letztvergangenen Jahres blieb bei einem Werte von 2 975 Mill. Doll. um rund 80 Mill. Doll. hinter dem des Vorjahres zurück. Was die Edelmetallbewegung zwischen den Vereinigten Staaten und dem Auslande, die in den obigen Wertziffern nicht einbegriffen ist, anlangt, so wurden in dem letztvergangenen Fiskaljahr 55 682 192 Dollar Silber und 91 531 818 Dollar Gold aus den Vereinigten Staaten exportiert, das heißt, 11 727 382 bzw. 47 477 829 Dollar mehr, als gleichzeitig importiert wurden. Aus den obengelieferten Ziffern ist bereits zu ersehen, daß die diesseitige Außenhandelstatistik für das mit dem letzten 30. Juni zum Abschluß gelangte Jahr ein Bild der letztjährigen Weltkonjunktur liefert. Die unbefriedigende Situation, die sich im Aus-

lande aus industrieller Depression, finanziellen oder politischen Störungen und anderem mehr ergab und durch geringe Ernten verschärft wurde, verminderte die ausländische Nachfrage nach diesseitigen Waren, die auch noch, was unsere vornehmlichen Zerealien anbetrifft, durch hohe Preise und knappe Vorräte eingeschränkt wurde. Auf der anderen Seite hob sich die Einfuhr, weil mit dem Anbruche besserer geschäftlicher Zustände in den Vereinigten Staaten eine Rekomplettierung der in der Notzeit mehr oder weniger geräumten Lager sich aufdrängte und vor allem der Verlauf der Tarifberatungen im Kongreß anstatt Zollermäßigungen höhere Zölle in Aussicht stellte.

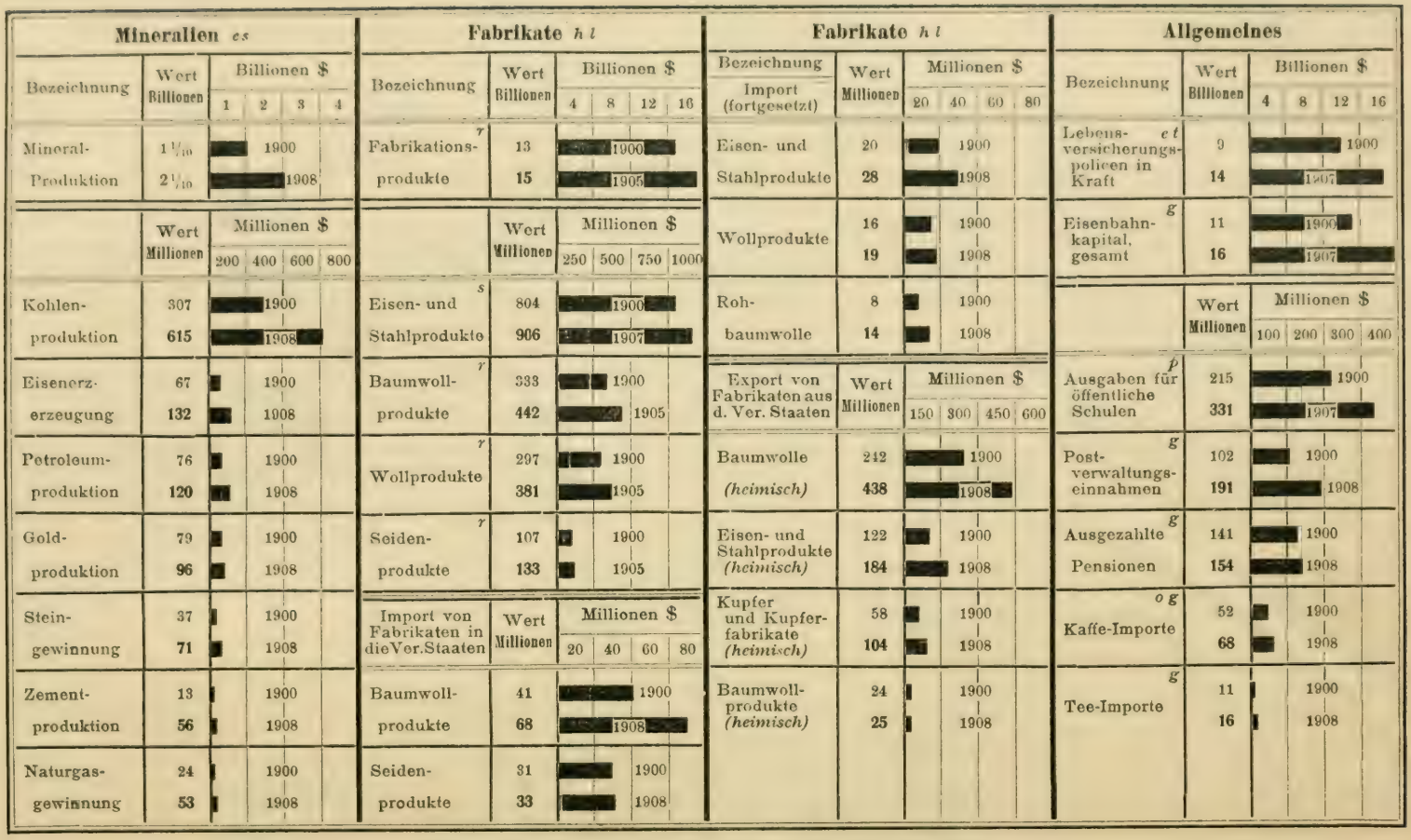
Die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland. Schon angesichts der Veränderung, die der amerikanische Zolltarif kürzlich erfahren hat, ist ein Überblick von Interesse, wie sich die Handelsbeziehungen zwischen der amerikanischen Union und Deutschland in den letzten Jahren gestellt haben. Dem Monthly Summary of Commerce and Finance of the Mited States zufolge betrug der Gesamtwert der im letzten amerikanischen Fiskaljahr — Juli 1908 bis Juni 1909 — aus Deutschland eingeführten Waren 143 525 000 Dollar. Verglichen mit dem vorhergehenden Fiskaljahr bedeutet dies eine allerdings nur recht kleine Steigerung; denn im Fiskaljahre 1907/08 wurden für 142 935 000 Dollar Waren eingeführt. Einen nicht unerheblichen Rückgang bedeutet das aber gegen das Fiskaljahr 1906/07, in dem für 161 543 000 Dollar Waren aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten eingeführt wurden. Dem Werte nach stand an erster Stelle unter allen aus Deutschland in die Union eingeführten Waren in 1908/09 Papier und Papierwaren, an denen für 7 132 000 Dollar (i. V. 7 816 000) bezogen wurden. Mit 6 408 000 Dollar (8 332 000) folgen dann an zweiter Stelle die Bezüge der Union an Strumpfwaren aus Baumwolle. An Lederwaren wurden für 5 356 000 Dollar (7 412 000) aus Deutschland importiert. Sehr bedeutend im Fiskaljahre 1908/09 dem Werte nach über 4 Millionen Dollar waren auch die Importe von Kohlenteerfarbstoffen und Farben, von baumwollenen Spitzen, Stickereien, Spitzengardinen usw., usw., Pelze und Pelzfellen, Spielsachen. An Porzellan, Steingut und irdenen Waren sank der Wert der Bezüge aus Deutschland im letzten Fiskaljahre von 5 287 000 Dollar auf 3 528 000 Dollar. Was die von der Statistik als nach Deutschland ausgeführt bezeichneten Waren anlangt, so stellte sich deren Gesamtwert in 1908/09 auf 235 324 000 Dollar. Das ist gegenüber dem Vorjahre, in dem die Ausfuhr 276 922 000 Dollar betragen hatte, ein größerer Rückgang, aber auch gegen 1906/07, in dem für 256 596 000 Dollar Waren aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland exportiert wurden. An weitaus erster Stelle steht rohe Baumwolle, deren Export nach Deutschland über 112 426 000 Dollar (i. V. 135 617 000) betrug. Es folgt Kupfer mit 18 179 000 Dollar (19 750 000). Schweineschmalz mit 17 519 000 Dollar (16 458 000), Weizen mit 9 889 000 Dollar (12 714 000), Leuchtpetroleum mit 6 920 000 Dollar (7 847 000), Rohtabak mit 3 895 000 Dollar (4 944 000), Mais mit 3 203 000 Dollar (5 250 000).

Aus folgenden Tabellen ist die Entwicklung der gesamten amerikanischen Wirtschaftsgebarung seit dem Jahre 1900 zu ersehen.




## Wirtschaftsgebarung der Vereinigten Staaten seit 1900.

*a*, Wert des wirklichen und persönlichen Eigentums auf dem Kontinent der Vereinigten Staaten. *b*, Letzte Schätzung des „World Almanac". *c*, Ordentliche Ausgaben, einschließlich Krieg, Marine, Indianer, Pensionen, Zinszahlungen und Verschiedenes, aber ausschließlich der Aufwendungen für Postdienst, die aus dessen Einnahmen bestritten werden, für Prämien, Kapital der öffentlichen Schuld oder Auslagen. *d*, Ordentliche Einnahmen, einschließlich Zollerträge, inneres Einkommen, direkte Steuer, öffentliche Ländereien und Verschiedenes, aber ausschließlich Einnahmen aus Darlehn, Prämien auf Schatzamtnoten oder Erträgnisse des Postdepartements. *e*, Kalenderjahre. *f*, Nach Berichten nächst dem 30. Juni 1908. *g*, Fiskaljahr. *h*, Zensusjahr, einschließlich 1905 für Fabrikate. *i*, Geschätzter Wert der Farmprodukte (Landwirtschaftsdepartement). *j*, Erntejahre. *l*, Kalenderjahre mit Ausnahme des Zensusjahres 1900, welches mit dem 31. Mai endigte. *m*, Ausschließlich des Produktenwertes des Viehfutters. *n*, Neueste offizielle Ziffern 1908.




**Wirtschaftsgebarung der Vereinigten Staaten seit 1900.**

*p*, Schuljahre. *r*, Letzte Zensusziffern für Fabrikate, 1905. *s*, Letzte Berichte des Geological Survey, 1907. *t*, Letzte offizielle Angaben.

## Zusammenfassung.

Aus vorstehender Untersuchung der amerikanischen Wirtschaftspolitik lassen sich folgende Leitsätze kurz zusammenfassen:

Die Befolgung der Devise des extremen Individualismus: laissez faire ... pas trop gouverner, welche der nordamerikanischen Wirtschaftsgebarung als Leitmotiv dient, hat unter besonders günstigen natürlichen Bedingungen zur höchsten Entfaltung der materiellen Produktion, zur zweckmäßigsten Durchsetzung quantitativer Leistung, zur weitgehendsten Ausnutzung der menschlichen Arbeitskräfte geführt. Dagegen ist der Gesamtproduktivwirkungsgrad der amerikanischen Volkswirtschaft ein äußerst geringer, die Auswertung der Bodenschätze unrationell, die Bedarfsdeckung ungeordnet, die Kapitalverteilung ungerecht, die Preisbildung unstet und die Erzielung höherer Interessenharmonie unter den herrschenden Verhältnissen unmöglich.

Die nordamerikanische Union hat unter der deckenden Form einer idealscheinenden Demokratie zur Bildung eines kapitalistischen Sonderorganismus innerhalb des Staates geführt, der die Funktionen des letzteren hemmt und usurpiert, ohne dessen historische Berechtigung, moralische Verantwortlichkeit und vaterländische Weitsicht zu besitzen; der die Privilegien des Staates im Interesse der wirtschaftlich Starken betätigt, ohne seinen Verpflichtungen gegen die wirtschaftlich Schwachen nachzukommen und ohne der zukünftigen Entwicklung der Union Rechnung zu tragen.

Die charakteristischen Merkmale der amerikanischen Volkswirtschaft sind: Systemlosigkeit, Mangel an Prestige und Imkompetenz auf seiten der Staatsgewalt, Raubbau auf seiten der Unternehmer und Wirtschaft aus dem vollen auf seiten der Verbraucher; also Merkmale einer Politik der Unmittelbarkeit und Fülle, wie sie dem Völkerkonglomerat der Vereinigten Staaten heut als nationales Bindemittel dient. Wie sich der Ausgleich der widerstreitenden Kräfte der Union, der besitzenden und der begehrenden, bei Verarmung des gemeinschaftlichen Nährbodens vollziehen wird, ob auf dem gütlichen Wege der Kompromisse oder auf dem blutigen der Gewalt, läßt sich vorläufig noch nicht absehen.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben den Zustand höherer Sittlichkeit, welcher sich in den Kulturländern Europas und

vor allem in Deutschland, in der Zurückdrängung des rücksichtslosen Erwerbstriebes des Individuums zugunsten des Gemeinwohles durchgesetzt hat, mangels historischen Trainings und mangels ethnischer Einheitlichkeit des Volkskörpers, sowie infolge des vom Kapitalismus gewaltsam erzwungenen hastigen Produktionstempos bis heut nicht erreicht und werden ihn bei fortdauernder Anziehung von wirtschaftlich und kulturell tiefstehenden Zuwanderern auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung nur schwer erreichen können.

Die Verfassung der Union gründet sich auf die Furcht vor dem Staat, auf den Widerstand gegen dessen Übergriffe in das Privatleben, auf den Kultus des Geschäftserfolges, der Quantitäten, der Persönlichkeiten. Deshalb finden wir in Amerika die höchstentwickelte Form privatwirtschaftlicher Machtfülle: die Trusts, welche zugleich den sichtbaren Ausdruck der inneren Widersprüche, der Unzulänglichkeiten und des Versagens der demokratischen Idee darstellen; ein Organismus der die konstitutionellen Garantien als Schutzwehr für die plutokratische Vorherrschaft mißbraucht, der die politischen Parteien für seine Zwecke nutzt, doch über den Parteien steht, der sich die öffentliche Meinung formt und jegliche Autorität mißachtet und dessen Leiter, anstelle der Regierung, der Wirtschaftspolitik des Landes ihre Wege weisen, als höchstes Tribunal, als oberstes Gewissen. Somit ruht das Geschick der amerikanischen Nation in den Händen einer internationalen Gewalt: des Kapitalismus.

In Preußen-Deutschland gilt der Staat alles, der einzelne nichts, sofern er nicht als dienendes Glied dem nationalen Organismus einverleibt ist. Nicht der Erfolg eines Einzellebens genügt, in der Regel, um aus der breiten Masse zur Staatsleitung emporzusteigen, sondern die generationenlange Bewährung, das historische Training, das mähliche Heraufkristallisieren aus dem niederen Milieu des selbstischen Erwerbstriebs zu dem höheren Niveau völkischen Denkens, staatserhaltender Gesinnung, vaterländischer Weitsicht. Somit haben wir, im Gegensatz zu Amerika, ein über die zeitliche individuelle Beschränkung hinausragendes, transzendentales Wirken der Persönlichkeitswerte, welches im Staat organisiert und auf einem Rassevolk gegründet, das nationale Bollwerk gegen jede äußere Macht bildet, die durch ihre internationale Geltung die völkische Kultur zu überwuchern droht.

In Amerika arbeiten einzelne Wirtschaftsorganismen in höchstbeschleunigtem Zeitmaß, mit größten Leistungsmengen und äußerster Anspannung der individuellen Fähigkeiten, aber nicht einheitlich, oft gegeneinander. In Deutschland arbeitet die straff organisierte und disziplinierte nationale Gesamtheit, Staats- und Privatwirtschaft, in gemäßigterem Tempo, mit geringerer Einzelleistung, oft schwerfällig,

aber alle Volksglieder in einer Richtung, unter zentraler Leitung, mit methodischer Stetigkeit und deshalb mit der vollen Wucht völkischer Kraft. Statt einer vielköpfigen internationalen terrorisierenden Trustoligarchie erkennen wir nur einen alles umfassenden Trust an, und dieser Trust ist der Staat.

Die Lehren, welche wir aus der Entwicklung von Landwirtschaft, Handel und Industrie in Amerika für unseren eigenen Volkshaushalt ziehen können, sind mehr negativer als positiver Art, doch sind sie beachtenswert. Gemeinsam erscheint trotz aller sonstigen Verschiedenartigkeit, daß in beiden Ländern die Ungunst der natürlichen Verhältnisse es gewesen ist, welche im Verein mit der Fähigkeit, der Willenskraft und dem Erwerbstrieb der Menschen die Technik zur ingeniösen Leistung gedrängt hat: in Amerika die Größe des Landes, die weiten Distanzen, die Spärlichkeit der Arbeitskräfte, in Deutschland die Kargheit der Natur, die Not der Wehrhaftigkeit, der Zwang zur Sparsamkeit, der historische, ökonomische und gouvernementale Druck.

Die Produktionstechnik der Vereinigten Staaten erreicht ihre enorme quantitative Leistungsfähigkeit durch höchste Ausbeutung der erforderlichen (Arbeits-) Kräfte; die Produktionstechnik Deutschlands erzielt ihre qualitative Höchstleistung durch vollkommenste Auswertung der erforderlichen (Arbeits-) Stoffe. Also ist der technische Produktivwirkungsgrad der deutschen Volkswirtschaft, soweit die physische Rührsamkeit der Massen in Frage kommt, ein geringerer. Dagegen ist die Menschenökonomie, soweit sie mit nationaler Eugenetik oder Volksaufzucht identisch ist, in Deutschland eine höhere; desgleichen ist die Bodenökonomie, d. h. die systematische Ausnutzung und Konservierung der unersetzlichen Naturschätze des Landes, eine wesentlich bessere. Somit ist die gesamte volkswirtschaftliche Produktivität Deutschlands, deren Wertung außer durch technische Symptome noch durch Momente der gesellschaftlichen Organisation, der Volksbildung, der Staats- und Rechtsordnung und der künftigen nationalen Gedeihlichkeit bedingt wird, derjenigen Amerikas weitaus überlegen.

Während sich die Industrien niederer Ordnung Amerikas, ähnlich wie die Landwirtschaft, von denjenigen Deutschlands durch ihren extensiveren Betrieb unterscheiden, zeichnen sich die Industrien höherer Ordnung dadurch aus, daß Arbeitsteilung und Spezialisierung in ihnen auf die Spitze getrieben sind: Automatische Herstellung von Massengütern durch Maschinenaggregate, zu deren Bedienung minderwertige ausländische Arbeitskräfte herangezogen werden, während die dispositive Arbeit, die Kontrolle über das Geschäft und damit der Hauptgewinnanteil den eingesessenen Amerikanern verbleibt. Dieser kapitalistisch zentralisierte Betrieb durch Maschinen und Söldner

hat den Vorteil, daß er die Leistungsfähigkeit der Industrie steigert, die Produktion verbilligt und den Absatz anregt. Er hat den Nachteil, daß er die einseitige Kapitalverschiebung verstärkt, die Arbeiter zu geist- und willenlosen Werkzeugen herabdrückt, sie zu Sklaven ihrer eintönigen Verrichtung macht, ihnen die Möglichkeit raubt bei Änderung der Konjunktur oder Mode sich rasch anderweitigen Erwerb zu schaffen und sie die Unstimmigkeit des demokratischen Regimes erkennen läßt, das ihnen statt Freiheit und Gleichheit nur drückendste Abhängigkeit vom konzentrierten Großkapital gebracht.

Die Philosophie der quantitativen Leistungsfähigkeit, welche der amerikanischen Produktionstechnik ihr eigentümliches Gepräge verleiht, kennzeichnet auch die Arbeiterfürsorgepolitik der Union, soweit solche überhaupt besteht, als: die aufgeklärte Selbstsucht der Unternehmer, darauf trachtend, durch Förderung des Wohlbefindens ihrer Angestellten deren Arbeitsleistung bezw. Wertschaffungsfähigkeit nach Möglichkeit zu steigern, also als eine Augenblickspolitik geschäftlicher Zweckmäßigkeit. Wo dagegen leicht ersetzbare ausländische Arbeitskräfte verwendbar sind, wie im Bergbau, in der Stahl-, Textil- und anderen Industrien mit automatischer Massenfabrikation, kommt die Behandlung der Arbeiter oft einer menschenunwürdigen Sklaverei nahe, die dringendster Reform bedarf, ohne daß die Regierung imstande wäre, von den dominierenden Korporationen eine Änderung der herrschenden Mißstände zu erzwingen, oder das Sammelvolk zu einer höheren sozialen Denkart zu erziehen.

Die Routine materieller Quantitäten kennzeichnet auch das amerikanische Entlohnungswesen als ein aller ethischen Werte bares, absolut materialistisches Kompensationssystem, in dem jegliche Leistung durch Aufwendungen geldlicher Art beglichen wird. Seine Vorzüge liegen in der Stärkung der Kaufkraft der großen Massen, deren intensiver Konsum wieder zur Großproduktion anregt. Seine Mängel in der fortschreitenden Teuerung, Komplizierung und Überspannung der gesamten Lebenshaltung, in der Ausmerzung jeglicher Berufsideale, in der Tendenz zur Anwerbung minderwertiger ausländischer Arbeitskräfte, um die Löhne zu drücken und die Gestehungskosten zu verringern, in der Schwierigkeit, geeignete Persönlichkeiten für die Übernahme von Ehrenämtern gemeinnütziger Art zu finden, endlich in der Unmöglichkeit, die nationale Wehrmacht dem wachsenden Schutzbedürfnis des Landes entsprechend auszubauen, ohne das Budget zu überlasten oder in die Abhängigkeit von fremden Söldnern zu geraten.

Solange die Trusts in der Lage sind, durch Ausspielung des Kontingents der Farbigen und Einwanderer, durch Spaltung der Organisationsbestrebungen des Proletariats, durch Kokettieren mit den

demokratischen Idolen: Kontraktfreiheit, Selbstbestimmungsrecht usw. die heimischen Arbeiter in Schach zu halten, und solange ein großer Teil der stimmfähigen Erwerbsschichten vom Großkapital abhängt, werden die Löhne in Amerika niemals das Niveau der notwendigen Bedarfsdeckung überschreiten, wenn sie auch nominell stets höher sein müssen als diejenigen Europas, schon um überhaupt Einwanderer ins Land zu ziehen, mit deren Zustrom das Wirtschaftssystem der Vereinigten Staaten steht und fällt. Berücksichtigt man dabei die höheren Kosten der Lebenshaltung, die häufigeren Geschäftsstockungen und die dadurch verursachten Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit, ferner die hygienisch schlechteren Arbeitsbedingungen, die intensivere Betriebsweise und die größeren Gefahren für Leben und Gesundheit, endlich die Tatsache, daß die Aufwendungen für Krankheit, Unfälle und Alter zumeist ganz aus den Löhnen gedeckt werden müssen, so wird man zu dem Schlusse kommen, daß das Los der Arbeiter in Amerika durchaus kein besseres, ihre Existenzsicherheit entschieden eine geringere ist als die der entsprechenden Bevölkerungsschichten Deutschlands.

Die Schwächen der amerikanischen Wirtschaftspolitik zeigen sich besonders deutlich in dem Geld- und Kreditwesen des Landes. Dasselbe ist ein Flickwerk, dessen Reform solange undurchführbar scheint, als es der Union an einer gesicherten Rechtsgrundlage und an einer starken Regierung mangelt, die über der Privatwirtschaft steht. Charakteristisch sind: die intensive Kapitalbildung, verursacht durch Ausschaltung der Konkurrenz und Kontrolle des Staates, durch den rastlosen Erwerbstrieb sämtlicher Volksschichten, durch den großen Bodenreichtum und den enormen Binnenmarkt und durch die hohen Margen der Unternehmer infolge Vorherrschens der Produktionsstufen niederer Ordnung, Großbetrieb und technisch rationellster Fabrikationsweise; ferner: die häufigen Kapitalverluste, verursacht durch unsolide Finanztaktiken, leichtsinnige Kreditgewährung, Überkapitalisierung, Schiebungen der Konjunktur, sprunghafte Nachfrage mit den üblen Begleiterscheinungen der Paniken, Konkurse, Bereicherung einzelner und Verschärfung der sozialen Gegensätze; endlich: die extreme Kapitalkonzentration oder Vertrustung, d. h. Verschmelzung von Produktivunternehmungen und Güterumsatz mit Banken und Börse, bezw. Abhängigkeit der Wirtschaftsgebarung von Kreditvermittlung und Spekulation, also Überspannung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes durch das Anlage suchende Großkapital auf Kosten von Natur, Arbeit und nationalem Ansehen.

Die kraß-kapitalistische Produktionsweise hat neben den Vorteilen einer vergrößerten Wertschaffung und einer Verbilligung der Sachgütererzeugung auch den schwerwiegenden Nachteil einer Vergewalti-

gung des Bedarfsgeschmacks des Konsumenten zur Folge gehabt, indem der großen Masse von Verbrauchern heut nur das als nutzbar geboten wird, was den Unternehmerinteressen umzusetzen profitabel erscheint. Diese durch alle Mittel der Reklame forzierte Aufzwingung automatisch hergestellter, oft minderwertiger und oft schädlicher Massengüter, ist in Amerika wegen des großen, gleichheitlichen und geschützten Binnenmarktes, wegen der Unerzogenheit des Käufertums und wegen der Teuerkeit geschulter Arbeitskräfte besonders weit getrieben und hat, gestützt auf die Tendenz der Fabrikanten ihre Erzeugung und Betriebe mit Rücksicht auf die Erzielung hoher Erträgnisse aus den investierten Riesenkapitalien möglichst wenig zu verändern, zu einer Nivellierung, Monotonisierung und Erstarrung der Produktion geführt, welche deren Wettbewerbsfähigkeit auf international umstrittenen Märkten in Zukunft mehr hinderlich als förderlich sein dürfte.

Der Imperialismus der Vereinigten Staaten ist, ungleich den wirtschaftlichen Expansionsbestrebungen Deutschlands, nicht eine völkische Bewegung, sondern eine politische Tendenz: Die Machination des anlagesuchenden Großkapitals, der aber, im Gegensatz zur Ausdehnung des deutschen Welthandels, die wirklich treibende Kraft fehlt: das überströmende Menschentum. Die „amerikanische Gefahr" ist in ihrer ökonomischen Bedeutung weit mehr eine Gefahr für Amerika als für die übrige Welt, weil sie infolge Raubbaus und Verschwendungssucht die Grundlagen der wirtschaftlichen Machtstellung des Landes zu erschüttern droht. Für die Nationen Europas besteht weniger die Gefahr einer wirtschaftlichen Unterjochung durch die Vereinigten Staaten, welche bald in ihrem eigenen Haushalt voll beschäftigt sein werden, als die Gefahr des Übergreifens der Routine materieller Quantitäten auf die staatsethischen Prinzipien der alten Kulturländer; des Verdrängens der völkisch-sittlichen Ideale der letzteren durch den ungezügelten Individualismus, Opportunismus und Kommerzialismus der ersteren: des Überwucherns der europäischen Kultur durch die amerikanische Zivilisation.

In der staatsweisen Vergesellschaftung der grundlegenden nationalen Hilfsmittel haben wir dank unserm tiefgegründeten völkischen Rechtsbewußtsein und Idealismus unendlich größere Fortschritte gemacht als das „freie" Volk der Amerikaner. Ihnen ist die gemeinsame Nutzung öffentlicher Betriebe, Produktivunternehmungen, Verkehrsmittel, durch staatliche und unterstaatliche Verbände zwecks Dämpfung der Auswüchse der Privatwirtschaft, wegen der politischen und ökonomischen Mißstände durchzusetzen unmöglich. Aber auch des Übels Kern: die Nichtachtung der Gesetze, vermögen sie nicht zu reformieren,

weil die Regierung der Vereinigten Staaten eine Parteiregierung ist, und jede Parteiregierung auf politische Beihilfe von seiten der dominierenden Spezialinteressen angewiesen ist, die wiederum nur durch gouvernementale Begünstigungen von Fall zu Fall erkauft werden kann.

Kein Land der Welt demonstriert das Versagen der demokratischen Staatstheorie in der Praxis neuzeitiger Wirtschaftsentwicklung überzeugender als die nordamerikanische Union. Nirgends tritt die unterschiedliche Behandlung Armer und Reicher, Farbiger und Weißer, Fremder und Einheimischer vor dem Gesetz und vor dem Forum öffentlichen Ansehens unverhüllter zutage als in der Republik der Vereinigten Staaten. Kaum in dem autokratischen Rußland finden wir eine rücksichtslosere Vergewaltigung der rechtlichen Autorität der Gesamtheit durch die herrschenden Kasten als sie in Amerika die Besitzenden gegenüber den Besitzlosen üben. Die Duldung der kraß-kapitalistischen Verkehrswirtschaft, welche nur dem geldlich Erfolgreichsten politische Macht sichert, und der Geist wahrer Demokratie, welcher auch für den wirtschaftlich Schwächsten Gleichberechtigung anstrebt, sind unvereinbare Begriffe, die sich nicht durch formelle Bestimmungen überbrücken lassen. Die Vereinigten Staaten sind auf dem besten Wege nach einer kurzen Epoche lärmenden Freiheitsillusionismus in die Schwächen der europäischen Monarchien zu verfallen, ohne deren Tugenden nachahmen zu können; womit sich das Wort Goethes bewahrheitet: „Gesetzgeber oder Revolutionäre, die Gleichheit und Freiheit zugleich versprechen, sind entweder Phantasten oder Charlatane."

Unter den mannigfachen Problemen, welche heut die Aufmerksamkeit der amerikanischen Staatsleiter erfordern, ist eines der drängendsten: ein wirksames Bindemittel zu finden, welches geeignet ist, den Zustrom disparater Volksrassen zu einer einheitlichen und gesunden Kulturnation zusammenzuschmelzen. Das Stammvolk eingesessener Amerikaner ist wegen seines geringen Wachstums und wegen seiner ausschließlichen Beanspruchung durch materiell-produktive Aufgaben weniger als je imstande, die niedrigstehenden Zuwanderer zu assimilieren und mit nationalen Idealen zu durchtränken. Andererseits sinkt der Erwerbstrieb mit sinkenden Profitaussichten; und da der kulturbildenden Faktoren in Amerika nur wenige sind, während die alten Kulturnationen wirtschaftlich und politisch erstarken, so läßt sich bereits eine doppelte Abwanderung amerikanischer Werte nach den Ländern Europas wahrnehmen: Angehörige der unteren Berufsschichten mit ihren Kräften, Erfahrungen und Ersparnissen, denen die Union nur ein vorübergehendes Erwerbsfeld gewesen, und Angehörige der pekuniär gesättigten Klassen, deren Ansprüchen an eine verfeinerte Lebens-

haltung das ästhetische Milieu Amerikas nicht länger genügt. Berücksichtigt man dazu noch die steigende Anteilnahme europäischer Kapitalien an der wirtschaftlichen Ausbeutung der Vereinigten Staaten, so läßt sich der Gedanke nicht abweisen, daß der Internationalisierungsprozeß der Union bezw. deren kosmopolitische Segregation im Wachsen, ihre meteorische Wirtschaftshegemonie aber im Sinken begriffen ist.

Was uns Deutsche — abgesehen von den wirtschaftlichen Beziehungen — mit den Besten Amerikas verbindet, ist die Sympathie, welche wir deren redlichem Streben entgegenbringen, den haltlosen Zustand der Korruption, wie er sich infolge der plutokratischen Vorherrschaft heute in allen Zweigen des öffentlichen Lebens der Union offenbart, zu unterdrücken; der großen Masse tiefstehenden Volkes zu einem höheren Begriff der Menschenwürde zu verhelfen; durch werktätige Berührung der verschiedensten Rassen untereinander die internationale Verständigung zu fördern und den wirtschaftlich und politisch Bedrückten aller Herren Länder einen Zufluchtsort und eine Stätte lohnender Erwerbstätigkeit zu gewähren. Wenn sich auch die Vereinigten Staaten von dem erstrebten Ideal der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wie es den ersten Ansiedlern vorschwebte, ganz wesentlich fortentwickelt und einem unerträglichen Zustand privatwirtschaftlichen Terrorismus zuentwickelt haben, so ist dieses Versagen doch nur die Schuld der Verhältnisse, nämlich der nivellierenden Einflüsse des vaterlandslosen Kapitalismus einerseits und des interethnischen Arbeitskörpers andererseits, also in letzter Linie die Schuld der überaus reichen materiellen Hilfskräfte des Landes, die sich als stärker erwiesen als die kulturbildende Kraft der Kavaliere und Puritaner.

Eine der wenigen positiven Befruchtungen, welche die nordamerikanische Wirtschaftsgebarung den alten Kulturländern gegeben, wurzelt in der größeren Rührsamkeit des gesamten Volkskörpers, in der Mißachtung tatenlosen Genießens, in der Anerkennung individueller Tüchtigkeit, in der Wertschätzung der Arbeit, selbst der geringsten, und in der Möglichkeit, die sie dem einzelnen bietet, durch eigene Bewährung die höchsten Stufen gesellschaftlicher Staffelung erklimmen zu können, ungeachtet niederer Geburt und der Vorrechte eingesessener Kasten; endlich, als das Resultat größerer Bewegungsfreiheit, in der Entfaltung der Persönlichkeit, des Selbstvertrauens, des Unternehmungsgeistes, des Organisationstalentes und in der Fähigkeit der Amerikaner, technische Probleme großzügig zu lösen. Jedoch mit der Einschränkung: daß die größere Leistungsfähigkeit nur eine bedingte, d. h. auf den günstigen Nährboden des eigenen Landes beschränkte ist, und daß die stärkere Persönlichkeit sich mehr in der Beherrschung der kapitalbildenden als der kulturbildenden Faktoren, mehr in der profitablen

Nutzung von Kraft und Stoff als in Selbstzucht, ästhetischem Mühen und sozialer Arbeit äußert.

Auch eine andere günstige Wirkung des „Amerikanismus" auf die deutsche Volkswirtschaft darf nicht verkannt werden: Er hat den Vorteil einer aufs äußerste gesteigerten industriellen Leistungsfähigkeit für die nationale Wertschaffung praktisch demonstriert und hat dadurch nicht nur unsern Privatbetrieben vielseitige Anregung gegeben, sondern hat auch unsere Staatsbetriebe dazu gedrängt, ihre Einrichtungen und ihre Geschäftsführung auf deren Zweckmäßigkeit hin zu prüfen und sie modernen Ansprüchen gemäß umzugestalten. Die Staatsbetriebe sind deshalb nicht nur in sozialer, sondern auch in wirtschaftstechnischer Hinsicht vielfach zu vorbildlichen Erwerbsunternehmungen herangereift und werden, dem Zweck unserer fiskalischen Politik entsprechend, bei fortschreitender Anpassung an die entsprechenden Musterinstitute der Privatwirtschaft mit diesen erfolgreich in Wettbewerb treten und sie in den Industriezweigen niederer Ordnung bisweilen ersetzen können. Bei dem naturgemäßen Triebe der heutigen Privatwirtschaft zur Konzentration, also zur Ausschaltung des Wettbewerbs, und bei der unvermeidlichen Tendenz aller Staatsbetriebe zur bürokratischen Erstarrung, bildet das anlagesuchende Großkapital Amerikas ein, wenn auch beunruhigendes, so doch anspornendes Element im deutschen Wirtschaftsleben, welches Staats- und Privatbetriebe gleichmäßig zwingt, in ihrem Bemühen nach Neuerung und Fortschritt nicht zu erschlaffen.

Die paternale Regierung Deutschlands kann aus dem Wirken der fraternalen Regierung Nordamerikas mannigfache Belehrung schöpfen. Zunächst aus deren Unzulänglichkeiten: daß bei Verhältnissen, wie sie in Deutschland vorliegen, eine gedeihliche Entwicklung des Landes auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung nur erfolgen kann, wenn die mächtig aufstrebenden Privatmonopole durch eine kapitalistisch, intellektuell und moralisch erstarkende Staatsgewalt dauernd in Schach gehalten werden. Ferner aus deren Finanzgebarung: daß die finanzielle Kräftigung des Reiches weniger auf dem dornigen Wege der Erbringung neuer Steuern zu erreichen ist als auf dem Wege der gesteigerten volkswirtschaftlichen Produktivtätigkeit, wobei der Staat sich dem Fortschritt von Technik und Wirtschaft gemäß an der Hebung und Auswertung der ihm gehörigen Bodenschätze unter Nutzung des Kapitals und der Intelligenz der Privatwirtschaft fiskalisch stärker beteiligt und den Erwerbstrieb der letzteren durch das Moment seiner traditionellen Aufgaben kontrollierend ergänzt.

Endlich kann die paternale Regierung, ohne sich ihrer Autorität oder ihres Prinzipes zu begeben, von der fraternalen Regierung lernen,

daß die moderne Staatsgewalt mit fortschreitender Allgemeinbildung der Massen und mit zunehmendem Aufstieg der unteren Erwerbsschichten zu höherer Berufstätigkeit neben ihren übrigen Aufgaben auch die wichtige Funktion der Aufklärung des Volkes über seine staatsbürgerlichen Rechte stärker üben muß, damit der einzelne ein bewußtes Gefühl der Mitverantwortlichkeit, die Masse ein starkes völkisches Empfinden erwirbt, damit alle unserer Nation verfügbaren wirtschaftlichen und politischen Kräfte ausgelöst und vereinigt werden, auf daß wir den friedlichen Wettkampf mit anderen Ländern, deren wirtschaftliche Betriebskosten durch Lasten und Pflichten idealer Art weniger stark beschwert sind, in Ehren bestehen.

Ein wahrhaftes Reich des Rechtes, in dem jeder Bürger politische Freiheit, wirtschaftliche Gleichheit und soziale Brüderlichkeit findet, kann nicht durch Aufstellung einer Verfassung und durch das Bekenntnis zu einer liberalen Staatstheorie geschaffen werden, solange es dem Lande an einem historisch bodenständigen, einheitlich organisierten, kulturell hochstehenden Menschentum mit ausgeprägt völkischem Empfinden und starkem Rechtsbewußtsein mangelt, auf das es sich stützt. Deshalb wird, solange die Periode ethnischer Disharmonie andauert, und die Geschicke des Landes der Beutepolitik des plutokratischen Machthabertums preisgegeben sind, in Amerika der Wirtschaftsstaat stets über dem Rechts- und Sozialstaat stehen. Das Ideal einer innerlich und organisch verschmolzenen Staatsgemeinschaft kann von einem Sammelvolk, dessen soziale Entschließungen sich als Augenblicksmaßnahmen einseitig geschäftlicher Zweckmäßigkeit erweisen, und dessen politische Entschließungen jeweilig vom bloßen Nützlichkeitsstandpunkt diktiert sind, niemals verwirklicht werden. „Nur von den Deutschen, die seit Jahrtausenden für diesen großen Zweck da sind und ihm langsam entgegenreifen, ein anderes Element für diese Entwicklung ist in der Menschheit nicht da ...“ (Johann Gottlieb Fichte 1813).

# Anhang.

## Sherman Antitrust Act und Interstate Commerce Act.

Zu obigem Thema gibt Dr. Leo Vossen, Düsseldorf, folgenden Commentar:

Während das am 4. Februar 1887 erlassene und zuletzt durch die Novelle vom 29. Juni 1906 („Hepburn act") wesentlich erweiterte und umgestaltete „Interstate Commerce-Gesetz" sich nur auf den zwischenstaatlichen Verkehr und zwar auf Eisenbahn- und Binnenschiffahrtsunternehmungen sowie auf die Röhrenleitungen zur Beförderung von Erdöl usw. bezieht, dagegen mit der Gütererzeugung und dem Handel unmittelbar nichts zu tun hat, richtet das „Sherman-Gesetz" („An Act to protect Trade and Commerce against unlawful Restraints and Monopolies") vom 2. Juli 1890 sich allgemein gegen „jede Person, die sich auf einen Vertrag, eine Vereinbarung oder Komplott in trustartiger oder anderweitiger Form zwecks Beschränkung der freien Ausübung des gewerblichen oder Handelsverkehrs der einzelnen Bundesstaaten untereinander oder mit dem Auslande einläßt", und erklärt jede derartige Abmachung für gesetzwidrig. In zahlreichen früheren Streitfällen hatte das Oberste Bundesgericht die Geltung dieses auf den ersten Anschein alle nur denkbaren Fälle umfassenden Gesetzes in einzelnen abgegrenzt und überwiegend eingeschränkt. So wurde z. B. in dem Prozesse gegen den Zuckertrust dahin erkannt, wenn nur die Herstellung der Ware, nicht aber auch direkt ihr Verkauf oder Vertrieb in den verschiedenen Bundesstaaten monopolisiert werde, so sei das Sherman-Gesetz nicht anwendbar, da es sich nur auf den zwischenstaatlichen Handel beziehe, während die Gütererzeugung der einzelstaatlichen Kontrolle unterstehe. In zwei anderen Fällen (Hopkins versus United States und Anderson Versus United States) hatte sich das Bundesobergericht unter Abweisung der Klage der Regierung auf den Standpunkt gestellt, das Geschäft der beklagten Trustgesellschaften sei ein lokales, nicht zwischenstaatliches; die Gesellschaft befasse sich lediglich mit der Regelung ihrer eigenen Geschäfte; die Geschäftsführung stehe aus diesem Grunde außerhalb des Bereiches des Bundesgesetzes. Indessen schon in dem berühmten Prozesse der Vereinigten Staaten gegen die Northern Securities Company sprach das Gericht mit einer Mehrheit von 5 zu 4 Stimmen aus, die Northern Securities Company vereinige zwei durch mehrere Staaten parallel laufende und miteinander konkurrierende Eisenbahnen in einer Hand, schließe dadurch den freien Wettbewerb dieser Gesellschaften aus und beschränke somit den zwischenstaatlichen Handel im Sinne des „Sherman-Gesetzes". In einem weiteren Falle („Coal-Trust-Case") wurde die Vereinbarung aller zu dem Verbande der Kohlenhändler gehörigen Gesellschaften, die gesamte Förderung der übrigen an dem Abkommen Beteiligten aufzunehmen und nicht unter einem statutengemäß festgesetzten Minimalpreise in anderen Staaten zu verkaufen, als eine gesetzwidrige und daher unstatthafte Beschränkung des zwischenstaatlichen Handels erklärt und der weitere Verkauf

von Kohlen und Koks in anderen Staaten auf Grund der Vereinbarung verboten. Im Falle Montague versus Lowry hatte zum ersten Male nicht der Bund, sondern eine Einzelperson auf Grund des „Sherman-Gesetzes" geklagt. Die Klage war damit begründet, der Ziegeltrust habe den Kläger boykottet und verhindert, von anderen als von Trustmitgliedern zu kaufen; auch von diesen könne er die benötigte Ware nur zu einem um 50 % höheren als dem den Mitgliedern gewährten Preise erhalten und sei daher außerstande, im zwischenstaatlichen Handel weiter zu konkurrieren. Auch hier konstatierte das oberste Bundesgericht, eine den zwischenstaatlichen Handel beschränkende und daher gesetzwidrige und unzulässige Abmachung. Ein fernerer Fall, in welchem das „Sherman-Gesetz" angewendet wurde, betraf den Verband der Großschlächtereien, der den zwischenstaatlichen Handel unmittelbar beeinflußt hatte. Der heute noch schwebende Fall des Petroleumtrusts betrifft dagegen Verstöße gegen die „Interstate-Commerce-Act". Auf den beiden zuletzt behandelten Vorentscheidungen fußt nun das Urteil, welches das Bundesobergericht am 1. Februar 1909 gesprochen hat. Der Tapetentrust („Continental Wall Paper Company") war, nachdem er fast die gesamte Tapetenerzeugung in seine Macht bekommen hatte, dazu übergegangen, auch den Tapetenhandel zu kontrollieren. Zu diesem Zweck hatte er mit den Zwischen- und Kleinhändlern eine Anzahl von Verträgen abgeschlossen, auf der Grundlage, daß denselben nicht nur der Einkaufspreis der Tapeten gegenüber dem Trust, sondern auch die Mindestverkaufspreise an ihre Kunden vorgeschrieben wurden und außerdem die Händler verpflichtet waren, von keinem andern Fabrikanten als dem Tapetentrust zu kaufen. Als der Trust gegen einen Händler eine Schuldsumme einklagte, wandte der Händler ein, der Trust stelle eine gesetzwidrige „combination in restraint of trade" dar, und der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten erklärte dementsprechend Verträge von Firmen, durch welche deren Kunden verboten wird, von anderen Firmen zu kaufen und ihnen Mindestpreise für den Kleinhandel vorgeschrieben werden, für ungültig, weil sie den freien Handel einschränkten. Die Klage der im Widerspruch mit dem „Sherman-Gesetze" bestehenden Vereinigung wurde demgemäß abgewiesen. Bezeichnend für die Meinungsverschiedenheit selbst der zur Rechtsprechung berufenen Faktoren und damit für die Rechtsunsicherheit auf diesem Gebiete überhaupt ist indessen der Umstand, daß, analog wie in dem „Northern Securities"-Falle, auch diese Entscheidung mit einer Mehrheit von nur fünf gegen vier Stimmen gefällt wurde. Sie geht auch in der Tat viel weiter und greift tiefer in das wirtschaftliche Leben ein, als unsere deutsche Rechtsprechung, die im vorliegenden Falle die Klage des Unternehmerverbandes wohl nur dann abgewiesen hätte, wenn — was indessen vom Beklagten gar nicht behauptet war — die Existenz des betreffenden Händlers durch die Maßnahmen der vereinigten Unternehmer untergraben oder doch schwer gefährdet gewesen wäre.

## Prozeß gegen Standard Oil.

Zur Zeit dieser Niederschrift schwebten gegen die Standard Oil Company und deren Untergesellschaften 21 Prozesse von denen der bekannteste der 29 Millionen Dollar-Fall ist. Die Geldstrafe, welche am 3. August 1907 wegen Gewährung geheimer Frachtnachlässe an bestimmte Bahnen verhängt wurde, ist nicht bezahlt, sondern durch ein Erkenntnis des Berufungsgerichtes (Circuit Court of Appeals for the Seventh Circuit) vom 22. Juli 1908 unter Zurückweisung an die erste Instanz aufgehoben worden. Die Regierung versuchte den Fall nochmals vor das Appellationsgericht zur Verhandlung zu bringen, wurde aber am

10. November 1908 abgewiesen. Darauf kündigte Generalstaatsanwalt Bonaparte an, daß der Fall dem Supreme Court oder Bundesobergericht zur endgültigen Entscheidung unterbreitet werden würde. Im folgenden ist der neueste Prozeß gegen Standard Oil, soweit er sich bis heut verfolgen ließ, besprochen:

„Monopoly in the great form of its foremost, oldest and wiliest champion is on its defense against the Republic, which means equal opportunity for all, or else means nothing!" So leitet die „World" ihren Bericht über den bedeutsamen Prozeß ein, der sich augenblicklich vor den Richtern der U. S. Circuit Court in St. Louis gegen den Oiltrust und in weiterem Sinne gegen das „Sherman-Antitrustgesetz" abspielt, „Denn", sagt Frank B. Kellog, der Oberstaatsanwalt, „das Shermangesetz ist völlig bedeutungslos, wenn es nicht zur Verhinderung solcher Kombinationen wie die Standard geschaffen ward". Der Prozeß, dessen Anfänge bereits auf den 15. November 1906 zurückreichen, ist ein Erbteil der Rooseveltschen Administration und überragt an Bedeutung den 29 Millionen Dollar-Fall bei weitem. Die Prophezeiung der Presse, daß der Ausgang dieses Falles die ganze künftige Struktur der amerikanischen Regierung bestimmen würde, erscheint uns aber — selbst auf die endgültige Entscheidung des Supreme Court angewendet — übertrieben. Als fremder Beobachter pflegt man den Gesetzesmaßnahmen und gerichtlichen Entscheidungen in der Union weniger Bedeutung beizumessen, als der optimistische Amerikaner. Selbst wenn die Klage gegen Standard Oil mit einer Verurteilung und Auflösung des Trusts enden sollte, so würde sich höchstens das alte Beispiel der Hydra mit den vielen Körpen wiederholen. Als man die ursprüngliche Oil Corporation, die ihren legalen Sitz in Ohio hatte, durch ein Dekret cenes Staates aufhob, entstand in der New Jersey-Company ein neues Haupt. Als der berühmte Northern Securitie's Case von der Bundesregierung „erfolgreich" durchgefochten ward, fuhren die früher vereinigten Kompagnien fort, genau wie ehedem ihre Geschäfte zu betreiben, nur als Separatgesellschaften, aber unter derselben Eigentümerschaft, gegen die man geklagt hatte. Die Hill-Morgan-Kombination betreibt heute genau dieselben Eisenbahnlinien in genau derselben Form wie früher, nur mit getrennter Buchführung, und doch fällt es niemandem mehr ein, gegen die Gesellschaft wegen Beschränkung des Handels, Unterdrückung von Wettbewerb usw. vorzugehen. Einen ganz analogen Fall werden wir in Bälde zu beobachten Gelegenheit haben, nach dem der U. S. Supreme Court die Entscheidung des Bundesgerichtes in Philadelphia vom 10. September 1908 umgestoßen hat, wonach die Hepburn-Klausel als verfassungswidrig erklärt wurde und es dem Kongreß jetzt zusteht, dieser Klausel Rechtskraft zu geben. Da es den Bahnen auf diese Weise unmöglich gemacht wird, Kohlen aus eigenen Bergwerken von einem Staat zum andern zu befördern, außer soweit sie zum Selbstverbrauch dienen, so wird man sich einfach damit helfen, daß die Eisenbahnen besondere Kohlengesellschaften gründen und durch diese ihre Geschäfte besorgen lassen. Außer einer Änderung der Form bleibt alles beim alten.

Wenn wir deshalb von dem jetzt schwebenden Verfahren auch keine Umwälzungen oder Katastrophen in der Trustfrage erwarten dürfen, so bietet dasselbe doch einen wiederholten und womöglich noch intimeren Einblick in das Geschäftsgebaren der großzügigsten und verwegensten aller Freibeuterorganisationen der Neuzeit. Die Anklageschrift allein ist 200 Seiten stark. Die gedruckten Ermittelungen füllen ein mehrbändiges Werk. Über 7 Millionen Worte wurden von einem Stenographen aufgenommen. Der Rekord ist so umfangreich, daß es dem Gerichtshof unmöglich ist, auch nur eine gedrängte Zusammenfassung der Ergebnisse zu überlesen. Also quantitativ wie qualitativ ein echt amerikanischer Fall. Das Hauptargument, welches ins Treffen geführt wird, zum Beweise, daß es sich

bei der Standard um ein gesetzwidriges Monopol handelt, ist, daß der Trust mit einem ursprünglich investierten Kapital von 69 Millionen Dollar innerhalb 23 Jahren einen Profit von 1000 Millionen Dollar erzielt habe. Aus dem interessanten Dokument, das von dem Kommissar für Korporationen, Herbert Knox Smith, für die Anklage zusammengestellt ist, zitieren wir nachstehend folgende Hauptpunkte. „Die Ermittelungen beweisen, daß es in der Absicht der Standard Oil Company lag, das Ölgeschäft in den Vereinigten Staaten zu monopolisieren. In vielen Distrikten besitzt die Gesellschaft ein absolutes Monopol. Damit ist gemeint, daß sie an jenen Orten das gesamte Geschäft in Händen hat und jede Konkurrenz ausgeschlossen ist. Das ist praktisch der Fall in dem Rocky-Mountaingebiet und in den pazifischen Küstenstaaten. Der Prozentsatz unabhängiger Geschäfte im Süden ist gleichfalls sehr gering. Wo Wettbewerb vorhanden ist, werden die Konkurrenten vom Trust gewöhnlich scharf kontrolliert und müssen, um die Erlaubnis zur Geschäftsführung nicht zu verwirken, sich mit einem kleinen Teil des Umsatzes begnügen." Bezüglich der Preispolitik: „Es ist zugunsten der großen Korporationen hierzulande geltend gemacht worden, daß sie das Geschäft erweitert und die Preise für den Konsumenten erniedrigt haben. Was die Standard Oil Company angeht, so hat dieselbe während der letzten 10 bis 15 Jahre den Detailpreis für Öl erhöht und zwar in viel höherem Maße, als das für die Preise anderer Produkte im ganzen Lande zutrifft, obgleich doch der Preis der Rohstoffe sowie Herstellungs- und Verkaufskosten während dieser Zeit wenig oder gar nicht gestiegen sind." Während der letzten 23 Jahre hat die Standard mehr als 25 % an ihrem Besitz verdient. „Die Tochtergesellschaften haben sogar noch höhere Profite aufzuweisen. Im Falle der Consolidated Gas Company hat der Supreme Court 6 % als fairen Profit festgesetzt. Die Waters Pierce Oil Company dagegen verteilte im Jahre 1904 600 % an Dividenden, und die Standard Oil Company von Indiana zahlte im Jahre 1907 1051 % an Dividenden aus. Es ist durch Zeugen festgestellt worden, daß ½ Cent pro Gallone ein guter Profit für Öl ist. Die Profite der Standard betragen im Durchschnitt 3,7 Cents, die der Waters Pierce Oil Company sogar 6 Cents pro Gallone. Der Preis für raffiniertes Öl ist vom Trust im Laufe der Zeit um 49 % erhöht worden, während die durchschnittliche Steigerung der übrigen kommerziellen Produkte nur 26,6 % betrug. Standard bestimmt die Preise für Rohöl auf allen Feldern bis auf Texas und California und kontrolliert den Preis von Öl und Gasolin in den Vereinigten Staaten. In den kontrollierten Territorien werden die Preise erhöht, damit in den unter Wettbewerb stehenden Gebieten die Preise zu Kampfzwecken erniedrigt werden können. Die fremden Tochtergesellschaften erzielen einen Durchschnittsprofit von 25 %, und ein Vergleich dieser Rate mit den höheren Profiten in den amerikanischen Ölfeldern ergibt, daß das Volk der Vereinigten Staaten höhere Preise zahlen muß, damit der Trust in fremden Ländern niedrigere Preise ansetzen kann." Also das bekannte Klagelied über Auslandsschleuderei. Unter den übrigen Feststellungen ist noch von Interesse: „Die Standard Oil Company von New Jersey kontrolliert 85 bis 97,5 % des Ölgeschäftes der Vereinigten Staaten. Sie eignet 65 und überwacht 49 untergeordnete Gesellschaften, umfaßt also insgesamt 114 Kompagnien." — Unter den Argumenten der Verteidigung, welche in den Händen von John G. Milburn liegt, ist folgendes von Interesse: „Die Profite der Standard betragen 24 %; nach den Auslassungen von Charles M. Schwab ist aber 25 % ein angemessener Profit für den amerikanischen Fabrikanten. Der Preis von Öl hat nachweislich ebenso geschwankt wie die Preise anderer Brauchlichkeiten. Wenn das aber der Fall ist, dann ist die Standard keine preiskontrollierende Monopolgesellschaft. Sie ist wie jede andere Gesellschaft den unvermeidlichen Gesetzen

von Angebot und Nachfrage unterworfen, sonst würde sie die Preise auf der Höhe gehalten haben, die sie einst im Jahre 1903 erreicht hatten. Der Trust ist nicht nur nicht ein Schreckgespenst für die unabhängigen Raffinerien, sondern er ist ihr Führer gewesen, der die nationalen Hilfsmittel erschlossen und Amerika einen hervorragenden Platz unter den Welthandel treibenden Nationen gesichert hat." Ein anderer Standard Oil-Anwalt, Mr. David T. Watson, erklärt, daß die Beklagten für ihre verflossenen Begehen nicht verantwortlich gehalten werden können, und daß der Gerichtshof sich ausschließlich mit den Vorgängen des 15. November 1906 zu befassen haben wird. Als bezeichnend für amerikanische Verhältnisse mag hinzugefügt werden, daß Watson, der seinerzeit im Northern Securities-Fall Vertreter der Regierung war, heute zum Anwalt der Standard Oil Company avanciert ist.

## Eisenbahnwesen.

Geheime Begünstigung einzelner Verfrachter, namentlich der eigenen Bergwerke gegenüber den unabhängigen Kohlengruben, willkürliche Ratenfestsetzung, Überkapitalisierung, Förderung der Börsenspekulation, Vermehrung der Konjunkturschwankungen, Stärkung der Privatmonopolmacht, Tendenz zur politischen Korruption, Unsicherheit und Unregelmäßigkeit der Dienstleistung und Gefährdung der Existenzsicherheit aller Beteiligten, das sind kurz gefaßt die Hauptübelstände, welche das Privatbahnsystem der Vereinigten Staaten aufzuweisen hat. Die vorgeschlagenen Remeduren: Pooling, oder die durch Gesetz bestätigte Kontrakts- und Kombinationsfreiheit, wie sie von den Eisenbahnmagnaten angestrebt wird, Konsolidation oder die Vereinigung aller Eisenbahnen zu einer mächtigen Privatkorporation mit Beschränkung der Einzelbeteiligung und Beaufsichtigung durch die Federalregierung, wie sie von Cook, Hunlington, Lewis und anderen vertreten wird, Publizität oder Öffentlichkeitszwang, wie solcher seit dem Hepburn-Bericht von 1879 bis zum Garfield Report und den Untersuchungen der zwischenstaatlichen Kommission im Jahre 1906 vergeblich versucht wurde, Judikatur oder gesetzliche Regelung, wie sie seit zwanzig Jahren von der Federalregierung in Szene gesetzt wird, endlich das Radikalmittel der Nationalisierung oder Verstaatlichung, welches nach der Niederlage Bryans heute weniger Aussicht auf Erfolg hat als je.

Es muß auf das Studium von Spezialwerken verwiesen werden, um alle Einzelheiten dieses ungeheuer vielseitigen Themas kennen zu lernen: Die Höhe der Eisenbahnfrachtsätze und deren Bedeutung für jegliche Sphäre geschäftlicher Tätigkeit, die Notwendigkeit einer Kontrolle der Eisenbahntarife durch die Zentralgewalt, die zwischenstaatlichen Handelsakte und deren Auslegung durch die Kommission und die Gerichte. Fixieren wir hier nur die notwendigsten Tatsachen, so ergibt sich, daß infolge des früher in den Vereinigten Staaten vielfach vorherrschenden freien Wettbewerbs die amerikanischen Privateisenbahnen den deutschen Staatsbahnen gegenüber vielfach im Vorteil waren, sowohl was den Unternehmergewinn, als was die Lage der Verfrachter und das allgemeine Publikum anbetraf.

Ende 1906 hatte das Bahnnetz der Vereinigten Staaten eine Gesamtlänge von 358 293 km; die Aufwendungen für Eisenbahnbau, bezogen auf die Einwohnerzahl standen nur hinter Kanada zurück, denn auf 10 000 Einwohner entfielen etwa 44,7 km Bahnlänge gegenüber 10 km in Deutschland. Für die zukünftigen Absatzverhältnisse der Eisenindustrie von Interesse ist das Verhältnis des vorhandenen Eisenbahnnetzes zum Flächeninhalt des Landes. Auf 100 qkm

Fläche entfallen an Kilometer Eisenbahnen: in Belgien 24,6 km, in England 11,6 km, in Preußen 9,8 km und in den Vereinigten Staaten 3,8 km.

Die Frachtsätze für Rohstoffe sind in Amerika infolge der Trustwirtschaft starken Schwankungen unterworfen. Zurzeit sind sie durchschnittlich um 65 bis 70 % niedriger als in Preußen. Sie betragen im Inlandverkehr pro Tonnenkilometer für Kohle 1,15 Pf. gegen 1,9—2,3 Pf. in Preußen. Für die Ausfuhr 0.6 Pf. pro Tonnenkilometer gegen 1,3 Pf. in Preußen. Die Gründe für die Billigkeit der Tarife, soweit sie nicht durch ungesetzlichen Wettbewerb verursacht sind, liegen hauptsächlich in den längeren Durchschnittswegen, in der größeren Beförderung billig tarifierter Massengüter, in Wagen mit Selbstentladung und hoher Tragfähigkeit (etwa 30 t gegenüber 15 t in Preußen), in den höheren Personentarifen und in den bedeutend niedrigeren Anlage- und Betriebskosten und Aufwendungen für Betriebssicherheit und Wohlfahrtszwecke. Die 5000 Todesfälle und 76 286 Verletzungen, die innerhalb der letzten 12 Monate auf den Eisenbahnen der Vereinigten Staaten vorgefallen, sprechen auch hier wieder eine beredte Sprache.

Der amerikanische Unternehmer betrachtet es natürlich als eine besondere Errungenschaft, daß zur Herstellung einer englischen Meile an Eisenbahnen dort nur die Hälfte der Kapitalsanlage aufgewendet wird als in Europa, nämlich 58 000 gegen 108 000 Dollar im Durchschnitt. In Deutschland steht das öffentliche Interesse über dem Partikularinteresse des einzelnen Erwerbsunternehmers. Deshalb wird die Wirtschaftsgebarung der deutschen Bahnen stets humaner, stetiger, vielfach auch technisch rationeller, aber immer weniger rentabel für den Unternehmer sein. Ein prinzipiell unterschiedlicher Faktor unseres Eisenbahnwesens gegenüber dem amerikanischen liegt auch darin, daß bei uns die Einzelstaaten bei aller Selbständigkeit doch nur mehr oder weniger verschmolzene Glieder eines einheitlichen Reiches sind, während in der Union die Selbständigkeit der Einzelstaaten zu groß ist, als daß letztere der Bundesregierung die Machtfülle zuzuerkennen geneigt wären, welche notwendig ist, um gewisse die Allgemeinheit betreffende Probleme in zweckmäßiger und gleichheitlicher Weise zu lösen.

Auch fehlt, bei reichlich vorhandenem Partikularismus, in Deutschland das alles überwuchernde Moment des unmittelbaren Erwerbstriebes, welches die Einzelstaaten in Amerika dazu verleitet, Konzessionen nur aus dem Grunde zu erteilen, damit ein Nachbarstaat die neue Eisenbahnlinie und so die wirtschaftlichen Vorteile der Erschließung brachliegender Landesteile nicht erhält. Anstatt eine sachgemäße Prüfung der Verhältnisse anzuordnen, und demgemäß den sich um eine Konzession bewerbenden Eisenbahngesellschaften zweckentsprechende Vorschriften zu machen, bemühen sich die Staaten vielmehr, durch Gewährung besonderer Begünstigungen, Landabtretungen usw. die Eisenbahngesellschaften anzulocken, um dadurch die wirtschaftliche Lage in ihrem Bereich zu heben. So kann z. B. die Gründung und der Bau einer Bahnlinie einem Territorium unter Umständen überhaupt erst die Möglichkeit verleihen, als „Staat" in die Union aufgenommen zu werden. Dadurch ist die Machtstellung der Bahnen natürlich ein für allemal festgelegt und ihr Einfluß auf alle Organe staatlichen Wesens gesichert. Dazu kommt, daß die Eisenbahnen zunächst die privaten Interessen ihrer Besitzer, Gesellschaften oder gar Einzelpersonen verfolgen, ohne Rücksicht auf die Gesamtheit, ohne den Interessen von Handel und Gewerbe im übrigen zu dienen.

Es ist somit kein Wunder, wenn das zurzeit bestehende System der amerikanischen Eisenbahntarife ein unentwirrbares Durcheinander von Sonder- und Einzeltarifen bildet. Von einer einheitlichen Frachtpolitik, die sich nach genau bestimmten und begrenzten Gesichtspunkten richtet und wie man sie in der Haupt-

sache auch nur in den Ländern mit Staatsbahnsystem findet, ist in Amerika keine Spur — sehr zum Schaden der gewerblichen und kommerziellen Interessen des Landes. Nicht unerklärlich und unbegründet sind denn auch die vielfachen Klagen, die seit den letzten Jahren immer mehr laut geworden sind und eine energische Abhilfe der jetzt bestehenden Zustände fordern. Gleichmäßige, einheitliche, nach bestimmten Regeln festgesetzte Tarife für die gesamte Union werden verlangt. Nicht mehr der durch seine Sonderpolitik zum Schaden des Gesamtstaates beeinflußte Einzelstaat soll bei der Festsetzung der Tarife maßgebend sein oder gar sie bestimmen, sondern die Union, die Bundesregierung.

Geklagt wird, daß die Frachten viel höher seien, als es wirklich nötig wäre. Klagen sind laut geworden über die enormen Schwankungen der Tarife, zunächst einmal in den verschiedenen Zweigen der Industrie und zum andern in den einzelnen Teilen der Union. Manche Staaten weisen im Vergleich gegen andere in dieser Hinsicht eine geradezu unglückliche Lage auf.

So viel des Ergänzenden über das amerikanische Eisenbahnwesen im allgemeinen. Über die Bedeutung der Bahnen als Faktor für die nationale Industrie gibt folgender Auszug aus der Handelszeitung des Berliner Tageblatts Aufschluß:

Die Eisenbahnen, schreibt das B. T., spielen für die amerikanische Eisenindustrie eine wesentlich bedeutsamere Rolle als die Bahnen anderer Industrieländer. Auf das Wehe und Wohl der Stahlwerke wirken sie geradezu bestimmend. Die Bahnen der Union sind samt und sonders Privatgesellschaften. Verringern sich ihre Einnahmen, dann geht es ihnen wie jedem Privaten. An allen Ecken und Enden wird gespart, neue Projekte werden sistiert, neue Strecken werden kaum noch gebaut, und schwer, viel schwerer als beispielsweise bei uns wird die Eisenindustrie in Mitleidenschaft gezogen. Hatten doch die großen Schienenwerke der Union im letzten Jahre nicht viel mehr als die Hälfte der Schienenmengen produziert wie in den beiden Vorjahren. An Eisenbahnwaggons wurde noch mehr gespart; wurden im Jahre 1907 noch über 280 000 Eisenbahnwagen in den Vereinigten Staaten hergestellt, im Jahre 1908 waren es nicht einmal mehr 70 000. Die Baldwinschen Lokomotivfabriken brachten nur den vierten Teil der Lokomotiven zur Ablieferung, die sie im Jahre vorher fertigstellten. Das sind Verhältnisse, wie sie unserer heimischen Industrie fremd sind. Gewiß, unser Eisenbahnfiskus pflegt seine Bestellungen in schlechten Zeiten auch zu verringern; aber das geschieht doch nicht in einem solchen Ausmaße wie in den Vereinigten Staaten. Bessern sich nun eines Tages die Zeiten, dann kommt jenseits des Ozeans aber auch wieder die Kehrseite. All das Oberbaumaterial und das rollende Material, an dem in den schlechten Zeiten gespart wurde, muß nachbestellt werden; bringt dazu eine Periode niedrigerer Zinssätze die Geldgeber erst wieder aus ihrer Reserve heraus, nicht allzulange dauert es, und die privaten Bahngesellschaften fallen über alles her, was sie haben können, ja, wenden sich schließlich noch um Geld an das Ausland. In dem gleichen Maße aber, wie sie ehedem so stark in Mitleidenschaft gezogen war, so muß sie nun von der veränderten Situation profitieren, sie, die Hauptlieferantin der Bahnen, die Eisenindustrie.

Nur von diesem allgemeinen Gesichtspunkte aus ist eine New Yorker Meldung verständlich, die Mitte der Woche nach Europa gekabelt wurde: für die nächste Zeit stehen Schienenorders in Höhe von 500 000 Tons zu erwarten. Dem ruhigen Beobachter nur heimischer Wirtschaftsverhältnisse scheint das übertrieben, kaum faßlich zu sein. So schnell können sich die Verhältnisse im Wirtschaftsleben eines Volkes in der relativ kurzen Zeit doch nicht ändern, hört man nur zu häufig sagen. Aber bietet die den Geschehnissen vorauseilende Börse in den Vereinigten Staaten nicht ein ähnliches Bild?

Vor noch nicht ganz zwei Jahren bewertete Wallstreet die Aktie des Stahltrusts an manchen Tagen mit nicht viel mehr als 20 %, in der letzten Zeit war deren Kurs vorübergehend nicht mehr weit von 80 % entfernt. Die gesamten Verhältnisse in der Union sind eben in Berücksichtigung zu ziehen, wenn wir verwundernd Tatsachen gegenüberstehen, die uns kaum glaubhaft erscheinen. Um nur ein Beispiel anzuführen, wie kräftig die Bahnen die Eisenindustrie alimentieren können: in den letzten Tagen war in einem New Yorker Blatt zu lesen, daß die Pennsylvania Railroad Co. allein 7 Millionen Dollars für Ameliorationen auf zwei ihrer vielen Bahnstrecken aufzuwenden beabsichtige, und dies in der Hauptsache für die Legung von Doppelgleisen. Bei einem Grundpreis von 28 Dollars pro Tonne Schienen bedeutet das schon einen ganz respektablen Auftrag für die Mitglieder des amerikanischen Railpools.

Was die vorstehenden Zeilen aber auch wieder einmal klar demonstrieren, ist das, wie wenig angebracht es ist, die Verhältnisse jenseits des Ozeans mit den heimischen zu vergleichen, und dabei zu dem Schluß zu kommen, daß nun eine Besserung der Geschäftslage, die sich in den Vereinigten Staaten vollzieht, so ohne weiteres auch auf unsere Eisenindustrie zurückwirken müsse. Wir werden nach dem Vorstehenden vielmehr geradezu gezwungen, die amerikanische Eisenindustrie gesondert zu beurteilen, ja sogar mehr oder weniger losgelöst von dem großen Weltmarkt. Die tatsächlichen Ereignisse haben in diesem Jahre aber auch nur zu deutlich gezeigt, wie wenig der deutsche Eisenmarkt auf die Besserung in der Situation der amerikanischen Schwesterindustrie reagierte.

## Auslegung des Hepburn-Aktes.

Die Commodities-Klausel des Hepburn-Aktes, welcher die bedeutendste Maßnahme der Regierung darstellt, die Eisenbahnen durch gesetzliche Maßnahmen zu regulieren, und welcher erlassen wurde zum Zweck, allen Verfrachtern gleichmäßige Behandlung durch die Bahnen zu sichern, hat folgenden Wortlaut: „It shall be unlawful for any railroad company to transport from any State, territory, or the District of Columbia, to any other State, territory or the District of Columbia, or to any foreign country, any article or commodity, other than timber and the manufactured products thereof, manufactured, mined or produced, by it or under its authority, or which it may own in whole or in part, or in which it may have any interest, direct or indirect, except such articles or commodities as may be necessary or intended for its use in the conduct of its business as a common carrier." Nach der Intention des Senators Elkins, der die Klausel formulierte, hatte dieselbe den Zweck, die Produktion und den Transport von Sachgütern voneinander zu trennen, um so einer bestimmten Art von Frachtendiskriminierung, welche in der Anthrazitregion vorherrschte, den Boden zu entziehen.

Bekanntlich ist das Anthrazitkohlenbecken aus den Händen der früheren unabhängigen Besitzer zum überwiegenden Teil in die Hände der sechs großen Eisenbahngruppen übergegangen, welche jenes Gebiet erschließen: the Delaware & Hudson, the Erie, the New Jersey Central, the Delaware & Lackawanna, the Pennsylvania, the Lehigh Valley Railroad. Die wenigen noch unabhängigen Bergwerksbesitzer können nun die Märkte nur vermittelst der obigen Bahnen erreichen, welche als Kohlenproduzenten mit ihnen im Wettbewerb stehen. Die Bahnen können nun offensichtlich ihre Konkurrenten einfach dadurch an die Wand drücken, daß sie ihnen außerordentliche Frachtraten abverlangen, obgleich diese Raten keineswegs höher zu sein brauchen, als diejenigen, welche sie ihren eigenen Bergwerken anrechnen. Während aber der Trust in der Lage ist, die Verluste, welche

er als Kohlenproduzent erleidet, durch Gewinne, die er als Transportagent realisiert, wieder wett zu machen, steht den unabhängigen Kohlengruben ein solcher Ausweg nicht offen.

Gegen diese eine, tatsächliche, aber versteckte Art der Benachteiligung der Produzenten war die Commodities-Klausel gerichtet, nicht aber gegen die Diskriminierung überhaupt, deren es nachweislich gegen 60 bis 70 ausgeklügelte Arten gibt (Nichtgewährung von Anschlußgleisen, künstlicher Wagenmangel usw.), und deren Anwendung je nach den lokalen und zeitlichen Bedürfnissen wechselt. Aber auch diese eine Klausel ist von den findigen Eisenbahnanwälten einerseits und von den Vertretern der Unionsregierung andererseits so verschiedenartig gedreht und gedeutet worden, daß es geboten erschien, ihr durch bundesgerichtliche Entscheidung eine endgültige Auslegung zu geben. Die Gelegenheit dazu bot sich, als die unteren Gerichtshöfe auf den Einspruch der Eisenbahnen hin die Klausel für konfiskatorisch und daher unkonstitutionell erklärten. Demgegenüber hat nun der Supreme Court ein für allemal entschieden, daß die Klausel den Forderungen der Verfassung entspreche.

Die zusammengefaßte Entscheidung von Justice White lautet:

„1. The claim of the Government that the provision contained in the Railroad Rate Act approved June 29. 1906, commonly called the commodities clause, prohibits a ralway company from moving commodities in interstatei, commerce because the company has manufactured, mined or produced them, or owned them in whole or in part, or has had an interest, direct or indirect, in them wholly irrespective of the relation or connection of the carrier with the commodities at the time of transportation, is decided to be untenable. It is also decided that the provision of the commodities clause relating to interest, direct or indirect, does not embrace an interest which a carrier may have in a producing corporation as the result of the ownership by the carrier of stock in such corporation irrespective of the amount of stock which the carrier may own in such corporation, provided the corporation has been organized in good faith.

2. Rejecting the construction placed by the Government upon the commodities clause, it is decided, that that clause, when all its provisions are harmoniously construed, has solely for its object to prevent carriers engaged in interstate commerce from being associated at the time of transportation with the commodities transported, and therefore the commodities clause only prohibits railroad companies engaged in interstate commerce from transporting in such commerce commodities under the following circumstances and conditions:

a) When the commodity has been manufactured, mined or produced by a railroad company or under its authority, and at the time of transportation the railroad company has not in good faith before the act of transportation parted with its interest in such commodity.

b) When the railroad company owns the commodity to be transported in whole or in part.

c) When the railroad company at the time of transportation has an interest, direct or indirect, in a legal sense in the commodity, which last prohibition does not apply to commodities manufactured, mined, produced, owned &c., by a corporation, because a railroad company is a stockholder in such corporation. Such ownership of stock in a producing company by a railroad company does not cause it, as the owner of the stock, to have a legal interest in the commodity manufactured. &c., by the producing corporation."

Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes bedeutet einen Pyrrhussieg für die Regierung. Sie entspricht der Politik der Vermittlung, wie sie unter dem Regime

des Präsidenten Taft im Interesse der Beruhigung und Ermutigung der Finanzwelt eingeleitet wurde. Die Commodities-Klausel ist somit gleichzeitig konstitutionell und unwirksam. Denn dem Trust sind zwei Hintertüren offen gelassen. Einmal ist den Bahnen erlaubt, Aktien der Bergwerksgesellschaften zu behalten oder zu erwerben, deren Produkte sie befördern. Ferner dürfen sie auch Eigentümer der Bergwerke verbleiben, sobald sie nur deren Erzeugnisse am Schacht verkaufen und dann erst transportieren. Denn nur während der Zeit des Transportes darf keine Interessengemeinschaft zwischen Produzenten und Bahnen bestehen. Daß eine solche Interessengemeinschaft nicht bestehen soll, wenn die Bahnen Aktien, also auch eine Aktienmehrheit und damit die Kontrolle über die Bergwerksgesellschaft besitzen, dürfte eine spezifisch amerikanische Auffassung sein. Dieselbe hat sogar unter den Bundesrichtern nicht vollstimmig befriedigt. Justice Harlan äußert sich in seinem Minoritätsbericht wie folgt: „As those cases are now determined, wholly on the construction of the parts of the Hepburn Act here in question, and as congress, if it sees fit, may meet this construction by additional legislation, I content myself simply with an expression of nonconcurrence in some of the views exprest by the court as to the meaning and scope of the act. In my judgement, the act, reasonably and properly construed, according to its language, includes within its prohibitions any railroad company transporting articles or commodities if at the time it legally or equitably owns stocks — certainly if it so owns a majority of all the stock — in the company that mined, manufactured or produced the articles or commodities being transported by such railroad company."

Bis der Kongreß auf die Vorschläge des von Taft ernannten Komitees *) hin weitere legislative Maßnahmen trifft — die natürlich auch wieder vieldeutige Auslegung gestatten —, werden die Kohlenbahnen dasselbe, was sie jetzt als Verkehrsgesellschaften tun, durch Scheingesellschaften, sog. „subsidiary and holding companies", besorgen lassen müssen. Für sie bedeutet die Entscheidung also nichts als die Notwendigkeit einer Änderung der Unternehmungsform, eine Verwandlung der Gelegenheitsgesellschaften in Aktiengesellschaften, eine Transaktion, die den in Gründungen aller Art sattsam versierten Eisenbahngesellschaften keine Schwierigkeit bereiten dürfte. Auf die allgemeine Geschäftslage hat die Auslegung der Commodities-Klausel unstreitig anregend gewirkt. Denn man hat nicht länger mit der Möglichkeit zu rechnen, daß zirka 75 % aller im Staate Pennsylvanien erzeugten Anthrazitkohlen durch Regierungsdekret plötzlich dem Markte entzogen und so eine Kohlennot von unabsehbarer Tragweite ausgelöst werden könnte. Auch nicht, daß die betreffenden Bahnen auf einmal vor die Notwendigkeit gestellt würden, ihren „in good faith" erworbenen Kohlenbesitz mit großen Opfern zu veräußern, was bei dem immensen Wert der in Frage kommenden Liegenschaften überhaupt ein fast unmögliches Unterfangen gewesen wäre.

Auch im Weichkohlenrevier, das ja für die amerikanische Wirtschaft weit bedeutungsvoller ist als das Anthrazitbecken, welch letzteres nur verhältnismäßig kleine Mengen eines kostspieligen Brennmaterials liefert, schreitet deshalb der Zusammenschluß der Kohlengesellschaften mit den Bahnen rüstig vorwärts. Schon der Report der Interstate Commerce Commission berichtet über neue Verschmelzungen großen Umfanges in Ohio und West-Virginien. Neuerdings haben sich auch die Weichkohleninteressen in Maryland, West Virginia, Kentucky und Pennsylvania zu einem merger vereinigt. Der Name des neuen Trusts ist sehr harmlos: Sunday Creek Coal Company, inkorporiert in New Jersey; die haupt-

*) Vgl. Anmerkung.

sächlich beteiligten Gesellschaften sind: Hocking Valley und Kanawha & Michigan Railway Companies. Das Kapital beträgt 37 Millionen Dollar. Die andere Fusion setzt sich zusammen aus der Consolidation Coal Company, welche im vergangenen März 60 % Dividende verteilte, der Fairmont Coal Company, der Somerset Coal Company nebst Anhang einschließlich Eisenbahnen mit einem Gesamtkapital von 37,6 Millionen Dollar und Kohlenländereien in 4 Staaten.

Es bleibt also nach der definitiv erfolgten Auslegung des Hepburn-Aktes ebenso wie bei der des Sherman-Aktes, ebenso wie bei der Tarifrevision, ebenso wie bei jeglicher Maßnahme, die bisher von der Regierung zwecks Durchsetzung geschäftlicher Gleichberechtigung gegen das konzentrierte Großkapital in Szene gesetzt wurde, alles beim alten, und man wird lebhaft an die Worte des Eisenbahnkönigs Stuyvesant Fish erinnert, der im Jahre 1905 auf die Frage, ob man das Unwesen der Begünstigung nicht durch regulative Maßnahmen ausrotten könnte, die klassische Antwort gab: „Tell me how to enforce the Ten Commandments and I will tell you how to stop discrimination!"

Anmerkung: Folgendes sind die Vorschläge Tafts:

Die „Interstate Commerce Commission" soll das Recht erhalten, auf Ansuchen der Verschiffer ungerechte Frachtklassifikationen zu ändern; es soll den Eisenbahngesellschaften nicht nur verboten sein, Aktien von Konkurrenzeisenbahnen anzukaufen, sondern auch ohne Erlaubnis der „Interstate Commerce Commission" neue Aktien oder Obligationen zu emittieren. Seine Vorschläge umfassen noch folgende Einzelheiten: Die Kommission sollte beauftragt werden, die miteinander in Verbindung stehenden Linien zu zwingen, durchgehende Routen einzurichten und einen Satz für durchgehende Frachten festzusetzen. Ferner empfahl der Präsident die Abschaffung des Paragraphen des Antitrustgesetzes, durch welchen Tarifvereinbarungen zwischen Eisenbahnen verboten sind; doch sollten solche Abkommen der Genehmigung der Kommission unterliegen. Auch kündigte der Präsident an, er werde für die Bildung eines Gerichtshofes für den zwischenstaatlichen Handel eintreten, der Berufungen, die gegen die von der Kommission bestimmten Raten erhoben würden, zu prüfen hätte.

Universitäts-Buchdruckerei von Gustav Schade (Otto Francke) in Berlin N
und Fürstenwalde (Spree).

Verlag von Julius Springer in Berlin.

Die rationelle

# Auswertung der Kohlen

als Grundlage für die
Entwicklung der nationalen Industrie.

Mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in den Verein. Staaten von Nordamerika, England und Deutschland.

Von

**Dr. Franz Erich Junge,**
Beratender Ingenieur, New York.

Mit 10 graphischen Darstellungen. — Preis M. 3,—.

---

**Die Stahlindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika** in ihren heutigen Produktions- und Absatz-Verhältnissen. Von Dr. **Hermann Levy,** Privatdozent der Nationalökonomie an der Universität Halle. Preis M. 7,—

---

**Entstehung und Rückgang des landwirtschaftlichen Großbetriebes in England.** Wirtschaftliche und sozialpolitische Studien über die landwirtschaftliche Betriebsfrage. Von Dr. **Hermann Levy.** Preis M. 5,—.

---

**Nordamerikanische Eisenbahnen.** Ihre Verwaltung und Wirtschaftsgebarung. Von **W. Hoff,** Geheimem Ober-Regierungsrat, und **F. Schwabach,** Geheimem Regierungsrat. Preis M. 8,—

---

**Die Finanz- und Verkehrspolitik der nordamerikanischen Eisenbahnen.** Von Dr. **Alfred von der Leyen,** Wirkl. Geheimem Ober-Regierungsrat, vortragenden Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. Preis M. 5,—.

---

**Zu beziehen durch jede Buchhandlung.**

**Die Wertminderungen an Betriebsanlagen** in wirtschaftlicher, rechtlicher und rechnerischer Beziehung (Bewertung, Abschreibung, Tilgung, Heimfallast, Ersatz und Unterhaltung) von **Emil Schiff.**

Preis M. 4,—; in Leinwand gebunden M. 4,80.

---

**Der Fabrikbetrieb.** Praktische Anleitung zur Anlage und Verwaltung von Maschinenfabriken und ähnlichen Betrieben sowie zur Kalkulation und Lohnverrechnung. Von **Albert Ballewski.** Zweite, verbesserte Auflage. Preis M. 5,—; in Leinwand gebunden M. 6,—.

---

**Die Betriebsleitung insbesondere der Werkstätten** (Shop management). Von **Fred W. Taylor.** Autorisierte deutsche Ausgabe, von Professor **A. Wallichs.** Mit 6 Figuren und 2 Tafeln.

In Leinwand gebunden Preis M. 5,—.

---

**Fabrikorganisation, Fabrikbuchführung und Selbstkostenberechnung** der Firma Ludw. Loewe & Co., Aktiengesellschaft, Berlin. Mit Genehmigung der Direktion zusammengestellt und erläutert von **J. Lilienthal.** Mit einem Vorwort von Dr.-Ing. **G. Schlesinger,** Professor an der Technischen Hochschule zu Berlin.

In Leinwand gebunden Preis M. 10,—.

---

**Die Technik des Bankbetriebes.** Ein Hand- und Lehrbuch des praktischen Bank- und Börsenwesens. Von **Bruno Buchwald.** Fünfte, vermehrte und verbesserte Auflage.

In Leinwand gebunden Preis M. 6,—.

---

**Die Abfassung der Patentunterlagen und ihr Einfluß auf den Schutzumfang.** Ein Handbuch für Nachsucher und Inhaber deutscher Reichspatente. Von Dr. **Heinrich Tendt,** ständigem Mitarbeiter im Kaiserlichen Patentamt. Mit zahlreichen Beispielen und Auszügen aus den einschlägigen Entscheidungen.

Preis M. 3,60; in Leinwand gebunden M. 4,40.

---

**Buchführung und Bilanzen.** Eine Anleitung für technisch Gebildete. Von **G. Glockemeier,** Diplom. Bergingenieur. Preis M. 2,—.

---

**Die Diskontierung offener Buchforderungen.** Ein Leitfaden für die Praxis. Von **Heinr. G. Mueller.**

Preis M. 2,—; in Leinen gebunden M. 2,60.

---

BINDING SECT. FEB 9 1971

HC
106
J8

Junge, Franz Erich
Amerikanische Wirthschaft-
spolitik

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY